

# ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE FORSCHUNG

Beiheft 35

## Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?



Duncker & Humblot · Berlin

# Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?

# ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE FORSCHUNG

Vierteljahresschrift zur Erforschung des Spätmittelalters u. der frühen Neuzeit

Herausgegeben von

Johannes Kunisch, Klaus Luig, Peter Moraw,  
Heinz Schilling, Bernd Schneidmüller,  
Barbara Stollberg-Rilinger

Beiheft 35

# Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?

Herausgegeben von  
Barbara Stollberg-Rilinger



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:  
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0931-5268  
ISBN 3-428-11868-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Dieser Band dokumentiert eine Tagung, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 496 in Münster, „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution“, am 1. und 2. Oktober 2003 veranstaltet worden ist. Sie diente der Verständigung über theoretisch-methodische Prämissen und unterschiedliche Gegenstandsfelder dessen, was gegenwärtig unter dem Etikett „Kulturgeschichte des Politischen“ firmiert. Wie aktuell dies ist, zeigt die Tatsache, daß sich derzeit mehrere kulturwissenschaftliche Forschungsverbünde ebenso wie der Münsteraner SFB mit einschlägigen Ansätzen beschäftigen – darunter vor allem die SFBs in Dresden, „Institutionalität und Geschichtlichkeit“, in Konstanz, „Norm und Symbol“, und in Bielefeld, „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“, die alle durch einzelne Mitglieder an der Tagung beteiligt waren. Allerdings war die Veranstaltung ursprünglich epochenübergreifender geplant, als es dieser Band vermuten läßt. Besonders bedauerlich ist, daß alle zu Vorträgen eingeladenen Mediävisten kurzfristig absagen mußten, so daß das Mittelalter in diesem Band nicht vertreten ist – was gerade den wichtigen mediävistischen Impulsen für die Kulturgeschichte des Politischen nicht gerecht wird, aber leider nicht zu ändern war. Thomas Großbötling und Thomas Mergel, die ebenfalls an der Tagung selbst nicht teilnehmen konnten, haben dankenswerterweise für die Druckfassung trotzdem Aufsätze beigesteuert. Einen Blick auf die Debatte in der angelsächsischen Forschung ermöglicht der Beitrag von Kevin Sharpe, der freundlicherweise bereit war, seinen zuerst 2000 erschienenen grundlegenden Appell zu einer postmodernen, theoriegeleiteten Geschichte des Politischen im frühmodernen England in einer gekürzten deutschen Übersetzung in den Band aufzunehmen zu lassen.

Die Tagung hatte den Charakter eines Arbeitsgesprächs mit kurzen Impulsreferaten und viel Raum für die gemeinsame Diskussion. Der Ertrag dieser lebhaften Debatten und vor allem der intensiven, von Albrecht P. Luttenberger (Regensburg), Johannes Paulmann (Bremen), Gerd Schwerhoff (Dresden) und Aloys Winterling (Freiburg) eingeleiteten und strukturierten Schlußdiskussion läßt sich in diesem Band nicht angemessen dokumentieren. Die Autoren der vorliegenden Beiträge waren aber bemüht, die Anregungen aufzugreifen und in die teilweise wesentlich erweiterten schriftlichen Fassungen ihrer Vorträge einfließen zu lassen.

Prof. Dr. Norbert Simon vom Verlag Duncker & Humblot sowie den Mit Herausgebern der Zeitschrift für Historische Forschung bin ich für die Aufnahme des Bandes in die Reihe der ZHF-Beihefte zu Dank verpflichtet. Schließlich ist an diejenigen zu erinnern, die hinter den Kulissen für das Gelingen der Tagung und das Zustandekommen der Publikation gesorgt haben: Für die reibungslose Organisation waren meine Mitarbeiterin Claudia Strieter, Dr. Maria Hillebrandt als Koordinatorin des SFB sowie Tim Neu und Matthias Köhler zuständig. Ursula Daoudi und Michael Koop haben sich um die redaktionelle Einrichtung der Manuskripte gekümmert; Marianne Hopmann hat den Beitrag von Kevin Sharpe mit Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen ins Deutsche übertragen und einen großen Teil der Endredaktion des ganzen Bandes übernommen. Die Drucklegung lag wie immer in den Händen von Heike Frank. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Münster, im Herbst 2004

*Barbara Stollberg-Rilinger*

# Inhaltsverzeichnis

*Barbara Stollberg-Rilinger* (Münster):

- Einleitung: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? ..... 9

## I. Konzepte und Begriffe

*Andreas Suter* (Bielefeld):

- Kulturgeschichte des Politischen – Chancen und Grenzen ..... 27

*Gerhard Göhler* (Berlin):

- Symbolische Politik – Symbolische Praxis. Zum Symbolverständnis in der deutschen Politikwissenschaft ..... 57

*Reinhard Blänkner* (Frankfurt [Oder]):

- Historizität, Institutionalität, Symbolizität. Grundbegriffliche Aspekte einer Kulturgeschichte des Politischen ..... 71

*Rainer Walz* (Bochum):

- Der Begriff der Kultur in der Systemtheorie ..... 97

*Rudolf Schlögl* (Konstanz):

- Interaktion und Herrschaft. Probleme der politischen Kommunikation in der Stadt ..... 115

*Frank Becker* (Münster):

- Begriff und Bedeutung des politischen Mythos ..... 129

*Kevin Sharpe* (London):

- Politische Kultur, Autorität und Schrift im England der Frühen Neuzeit ..... 149

## II. Fallstudien

*Birgit Emich* (Freiburg):

- Frühneuzeitliche Staatsbildung und politische Kultur. Für die Veralltäglichung eines Konzepts ..... 191

*Achim Landwehr* (Düsseldorf):

- Das gezählte Volk. „Bevölkerung“ als Gegenstand einer Kulturgeschichte des Politischen ..... 207

*Antje Flüchter* (Münster):

- Konfessionalisierung in kulturalistischer Perspektive? Überlegungen am Beispiel der Herzogtümer Jülich-Berg ..... 225

*Silvia Serena Tschopp* (Augsburg):

- ,Rhetorik des Performativen' und ‚innere‘ Nationenbildung. Die vaterländische Festkultur im jungen schweizerischen Bundesstaat ..... 253

*Ute Daniel* (Braunschweig):

- Einkreisung und Kaiserdämmerung. Ein Versuch, der Kulturgeschichte der Politik vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen ..... 279

*Thomas Großbölting* (Münster):

- Le memorie della repubblica. Geschichtspolitik in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg ..... 329

*Thomas Mergel* (Bochum):

- Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele ..... 355

- Autorenverzeichnis ..... 377

# Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?

## Einleitung

Von *Barbara Stollberg-Rilinger*, Münster

Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Mit dieser Titelfrage handelt man sich auf den ersten Blick mindestens drei Probleme ein: Es ist bekanntlich alles andere als eindeutig und unumstritten, was das Politische, als auch, was Kultur, als schließlich auch, was *Kulturgeschichte* ist – um so mehr gilt das für eine „Kulturgeschichte des Politischen“. Nun kann es bei einer Arbeitstagung wie der, deren Beiträge hier dokumentiert sind, selbstverständlich nicht darum gehen, sich auf eine autoritative Definition dieser komplexen Begriffe zu einigen oder für ein bestimmtes geschichtswissenschaftliches Konzept hegemoniale Geltung zu beanspruchen. Sinn der Veranstaltung war vielmehr eine Bestandsaufnahme, welche geschichtswissenschaftlichen Ansätze derzeit unter diesem Etikett firmieren, worin fundamentale Gemeinsamkeiten, aber auch, worin Unterschiede liegen, welche theoretischen Konzepte prominent dazu herangezogen werden, welche Gegenstandsbereiche damit erschlossen werden und welche noch zu erschließen sind. Dahinter stand die Frage, auf welche Weise und mit welchem Ergebnissen die sogenannte kulturalistische Wende für die Politische Geschichte fruchtbar gemacht worden ist und zukünftig noch gemacht werden kann<sup>1</sup>. Schließlich ging es auch darum, zur Klärung einiger verbreiteter

---

<sup>1</sup> Zur „Neuen Kulturgeschichte“ programmatisch zuerst *Lynn Hunt* (Hrsg.), *The New Cultural History* (Studies on the History of Society and Culture, 6), Berkeley 1989; der umfassendste und am besten orientierende Überblick bei *Ute Daniel*, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselworte*, Frankfurt a. M. 2001; zuletzt *Lutz Raphael*, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003, 228–247; *Martin Dinges*, *Neue Kulturgeschichte*, und *Roger Chartier*, *New Cultural History*, beide in: *Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch*, hrsg. v. *Günther Lottes*, Göttingen 2002, 179–192 bzw. 193–205; vgl. ferner die Sammelbände: *Wolfgang Hardtwig / Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Kulturgeschichte heute*, Göttingen 1996; *Thomas Mergel / Thomas Welskopp* (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997; *Christoph Conrad / Martina Kessel* (Hrsg.), *Kultur und Geschichte*, Stuttgart 2000. Zum größeren Kontext der Kulturwissenschaften zuletzt *Angela Nünning / Vera Nünning* (Hrsg.), *Konzepte der Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven*, Stuttgart / Weimar 2003 (darin insbes. *Ute Daniel*, *Kulturgeschichte*, 186–204); *Heinz-Dieter Kittsteiner*, *Was sind Kulturwissenschaften? 13 Antworten*, Paderborn 2004; *Lutz Wusner / Gisela Wunberg*

Mißverständnisse beizutragen, mit denen gerade eine Kulturgeschichte des Politischen immer noch konfrontiert ist.

Kulturgeschichte und Politische Geschichte sind bekanntlich lange Zeit als Gegensatz aufgefaßt worden; die Kulturgeschichte verstand sich geradezu als Gegenveranstaltung zur Politischen Geschichte<sup>2</sup>. Das ist inzwischen nicht mehr der Fall – zumindest nicht aus der Perspektive der Neuen Kulturgeschichte, allerdings wohl doch immer noch aus der Perspektive der konventionellen Politik- und Verfassungsgeschichte<sup>3</sup>. Die Formulierung „Kulturgeschichte des Politischen“ jedenfalls hebt diesen Gegensatz auf und setzt damit stillschweigend schon voraus, daß Kultur nicht im engeren Sinne verstanden wird als ein sektoraler Gegenstandsbereich neben anderen – also als das, was eben nicht Politik, Ökonomie, soziale Ordnung, Religion usf. ist, daß ihr also nicht ein gewissermaßen feuilletonistischer, klassisch-bildungsbürgerlicher Begriff von Kultur zugrundeliegt<sup>4</sup>. Vielmehr haben die unter dem Etikett „Kulturgeschichte des Politischen“ versammelten Ansätze gemein, daß sie von einem weiten, sozialanthropologischen Kulturbegriff ausgehen, wonach Kultur über die fundamentale Fähigkeit des Menschen zur Symbolerzeugung definiert wird und die Gesamtheit der symboli-

(Hrsg.), Kulturwissenschaften. Forschung – Praxis – Positionen, Wien 2002; *Friedrich Jaeger / Burkhard Liesch* (Hrsg.), Handbuch der Kulturwissenschaften, 3 Bde., Stuttgart / Weimar 2004.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der älteren Kulturgeschichte v.a. *Stefan Haas*, Historische Kulturforschung in Deutschland 1880–1930. Geschichtswissenschaft zwischen Synthese und Pluralität, Köln [u. a.] 1994; *Friedrich Jaeger*, Bürgerliche Modernisierungskrise und historische Sinnbildung. Kulturgeschichte bei Droysen, Burckhardt und Max Weber, Göttingen 1994. Schon die ältere „Kulturgeschichte“ stellte keineswegs ein einheitliches Paradigma dar, sondern umfaßte verschiedene Richtungen, die sich vor allem über die Abgrenzung von den etablierten Historie definierten.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. *Winfried Schulze*, Die Frühe Neuzeit zwischen individueller Erfahrung und strukturgeschichtlichem Zugriff. Erfahrungen, Defizite, Konzepte, in: Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch, hrsg. v. Helmut Neuhaus / Barbara Stollberg-Rilinger (Historische Forschungen, 73), Berlin 2002, 71–90, hier 83, wonach die Kulturgeschichte zu der Geschichte der politischen Institutionen und Mechanismen (hier: des Alten Reiches) geradezu „quer stehe“. – Vgl. auch den aktuellen Bericht von *Philipp Menger* über die von Thomas Nicklas und Hans Christoph Kraus organisierte Tagung „Geschichte der Politik – Alte und neue Wege“ (1.–3. 10. 2004), im Internet unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=655>. Dort wird die Befürchtung geäußert, daß die kulturalistischen Ansätze „in ihrer radikalen Variante die Redundanz der Politikgeschichte propagierten und, in ihrer weniger radikalen Form, immer noch danach trachteten, sich die Politikgeschichte einzuverleben“.

<sup>4</sup> Auch diese Position wird nach wie vor vertreten, etwa (allerdings nicht konzeptionell explizit ausgeführt) im „Archiv für Kulturgeschichte“ oder bei *Michael Mauerer* (Hrsg.), Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 3: Sektoren, Stuttgart 2004. – Der bildungsbürgerliche Kulturbegriff, halbherzig verbunden mit dem Verständnis von Kultur als materieller Kultur des einfachen Volkes zuletzt noch bei *Peter C. Hartmann*, Kulturgeschichte des Heiligen Römischen Reiches 1648–1806, Köln 2001.

schen Hervorbringungen – von der Sprache über die Institutionen und Alltagspraktiken bis zur Wissenschaft – umfaßt. Dabei wird der dialektische Charakter des symbolischen Weltbezugs betont: Das kulturelle Bedeutungsgefücht ist den einzelnen als objektives und kollektives immer schon vorgegeben, ebenso wie es umgekehrt von den einzelnen stets aufs Neue reproduziert und modifiziert wird<sup>5</sup>. Um Mißverständnissen vorzubeugen, scheint es sinnvoll, zwischen zweierlei Ebenen der Symbolisierung zu unterscheiden<sup>6</sup>: Auf der einen Ebene handelt es sich um die fundamentale Konstituierung der sozialen Welt durch Symbolsysteme im weitesten Sinne, allen voran die Sprache. Darauf zielt der weite Symbolbegriff etwa von Ernst Cassirer. Auf der anderen Ebene handelt es sich um Symbolik im engeren Sinne, sozusagen um Symbole zweiter Ordnung (Walz), also eine besondere Spezies von Zeichen, die in verdichteter (verbaler, visueller, gegenständlicher oder gestischer), nichtdiskursiver Form über sich selbst hinaus auf etwas anderes, auf einen größeren Zusammenhang verweisen, also sprachliche Metaphern, Bilder, Artefakte, Gebärden, komplexe symbolische Handlungssequenzen wie Rituale und Zeremonien, aber auch symbolische Narrationen usf. Da Symbole keine Entitäten sind, sondern in einer Beziehung zwischen Entitäten bestehen, kann grundsätzlich alles zum Symbol werden.

Das hier skizzierte Kulturverständnis hat zur Folge, daß *alle* Geschichte Kulturgeschichte ist bzw. als solche thematisiert werden kann. Wird das Konzept für Historiker damit unbrauchbar, weil es keinen Gegenstands-

<sup>5</sup> Vgl. die Ausführungen von *Walz* im vorliegenden Band, 97 ff. – Grundlegend dafür *Ernst Cassirer*, Philosophie der symbolischen Formen, Darmstadt 1997; *Arnold Gehlen*, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1956; *ders.*, Mensch und Institutionen, in: *ders.*, Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen, Hamburg 1986, 69–77; *Alfred Schütz*, Strukturen der Lebenswelt, 2 Bde., Neuwied 1974; vgl. *Karl-Siegbert Rehberg*, Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – eine Einführung in systematischer Absicht, in: Institutionnalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. v. Gert Melville, Köln [u. a.] 2001; *ders.*, Die stabilisierende „Fiktionalität“ von Präsenz und Dauer. Institutionelle Analyse und historische Forschung, in: Institutionen und Ereignis, hrsg. von Bernhard Jussen / Reinhard Blänkner, Göttingen 1998, 381–407; vgl. auch den nützlichen Überblick von *Dirk Hüst*, Symbol und soziologische Symboltheorie. Untersuchungen zum Symbolbegriff in Geschichte, Sprachphilosophie, Psychologie und Soziologie, Opladen 1999. – Die Neue Kulturgeschichte nahm allerdings den Umweg über die Rezeption ethnologischer Ansätze insbesondere von *Clifford Geertz*, Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M. 1983; vgl. dazu zuletzt den Überblick von *Christoph Jamme*, Symbolische Bedeutungsansprüche der Kulturen, in: Handbuch der Kulturwissenschaften (Anm. 1), Bd. 1, 207–218.

<sup>6</sup> Vgl. im vorliegenden Band die Vorschläge von *Gerhard Göhler*, 61 f., und aus systemtheoretischer Perspektive von *Rainer Walz*, 110 f.; vgl. auch die Überlegungen von *Rudolf Schlögl*, Symbole in der Kommunikation. Zur Einführung, in: Die Wirklichkeit der Symbole, hrsg. v. dems. / Bernhard Giesen / Jürgen Osterhammel (Historische Kulturwissenschaften, 1), Konstanz 2004, 9–40.

bereich ausschließt? Darauf ist geantwortet worden, daß die Neue Kulturgeschichte eben nicht von bestimmten Gegenständen her zu definieren ist, sondern von einer spezifischen Perspektive auf *alle* möglichen Gegenstände<sup>7</sup>. Diese Perspektive besteht im wesentlichen darin, historische Phänomene immer als Ergebnisse von (impliziten oder expliziten) Sinnzuschreibungen, Geltungsbehauptungen und Deutungskonflikten der Akteure zu beschreiben. Es ist eine Perspektive der Fremdheit, ein „ethnologischer Blick“, der seine Gegenstände zunächst einmal grundsätzlich als deutungsbedürftig wahrnimmt und gerade das scheinbar Selbstverständliche *nicht* als selbstverständlich hinnimmt. Es erscheint dann als die wesentliche Leistung des kulturalistischen Ansatzes, daß er die Hermeneutik auf dem Umweg über die Ethnologie in die Geschichtswissenschaft „reimportiert“ und die „die Erkenntnis von der Unhintergehrbarkeit hermeneutischer Zugänge zur Geschichte“ in einem fundamentalen Sinne neu belebt hat<sup>8</sup>.

Daß dieser ethnologische Blick nun zunehmend auch auf Gegenstände der klassischen Politik- und Verfassungsgeschichte geworfen wird – zuerst auf die der Vormoderne, aber inzwischen zunehmend auch auf die der Moderne –, ist offensichtlich durch verschiedene gesellschaftliche Umstände begünstigt, wenn nicht sogar überhaupt erst ermöglicht worden. Erstens stirbt das Bildungsbürgertum als normsetzende soziale Formation bekanntlich aus und mit ihm auch das konventionelle Verständnis von Kultur als dem Schönen, Wahren und Guten jenseits der ökonomischen und macht-politischen Zwänge<sup>9</sup>. Zweitens hat die gegenwärtige Medienrevolution

<sup>7</sup> So *Daniel*, Kompendium Kulturgeschichte (Anm. 1), 8 ff.; vgl. etwa auch *Raphael*, Geschichtswissenschaft (Anm. 1), 229.

<sup>8</sup> *Daniel*, Kulturgeschichte, in: Konzepte der Kulturwissenschaften (Anm. 1), 199; *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–607; *ders.*, Kulturwissenschaft der Politik: Perspektiven und Trends, in: *Jaeger / Liebsch*, Handbuch der Kulturwissenschaften (Anm. 1), Bd. 3, 413–425; ähnlich *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: AKG 85 (2003), 71–117; vgl. auch *Rainer Walz*, im vorliegenden Band, 102 ff., der dies mit Luhmann als „Reflexivwerden der Politik“ beschreibt; ferner – für die angelsächsische Debatte – *Kevin Sharpe*, ebd. 167. – Eine eigene Position vertritt *Wolfgang Reinhard*, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), 593–616; er nennt Kultur im weitesten Sinne ein „erlerntes Programm zur Regelung von Verhalten samt dem Niederschlag dieses Verhaltens in Objektivationen wie Texten, Bau- und Kunstwerken, Institutionen“; wobei dieses Verhalten keineswegs auf Symbole zu reduzieren sei. Stärker als andere Kulturwissenschaftler betont er, daß Praxis durchaus auf rationalem Interessenkalkül beruhe – „aber seltener mittels umfassender theoretischer Entwürfe als vielmehr kraft Bewährung in der Praxis auf politischen Machtmärkten“ (ebd. 596).

<sup>9</sup> Norbert Schindler spricht in diesem Zusammenhang treffend von der „bürgerlichen Zwei-Reiche-Lehre“: *Norbert Schindler*, Jenseits des Zwangs? Zur Ökonomie

nicht nur den Blick für das Nichtdiskursive und Inszenatorische in der Politik geschärft, sondern – viel grundsätzlicher – die desillusionierende Erkenntnis von der Unhintergehrbarkeit medialer Konstruktionen begünstigt. Drittens geht die Epoche der souveränen Staatlichkeit offensichtlich zu Ende, so daß deren Kategorien nicht mehr als Fluchtpunkte historischer Beschreibung dienen und in radikalerer Weise als bisher einem kulturrelativistischen Blick unterzogen werden können – ähnlich wie die gesamte christliche Kulturtradition, die für die jüngere Generation von Historikern weit hin fast ebenso fremd geworden ist wie die Kulturen der Ndembu oder Bororo. Schließlich ist auch die grundlegend gewandelte berufliche Identität der jüngeren Historiker in Rechnung zu stellen<sup>10</sup>: Nur wenige können und wollen sich heute noch hinreichend mit den politischen Akteuren identifizieren, um diesen die Legitimationsmuster und Sinnstiftungsangebote zu liefern, deren sie so dringend bedürfen. Doch auch der ideologiekritische Gestus ist mit den Gewißheiten, die er voraussetzte, weithin geschwunden. Angesichts tiefgreifender sozialer Unsicherheit, total destruierter Fortschrittserwartungen und der alltäglichen Erfahrung pluralistischer Beliebigkeit liegt ein Verhältnis zur Politik nahe, das antiidentifikatorisch und dekonstruktivistisch, nicht kontinuitätsstiftend und traditionsbewußt ist. Damit unterscheidet sich die neue Kulturgeschichte des Politischen von älteren Arbeiten zur Politischen Kultur, auch wenn diese es zumindest teilweise mit denselben Gegenständen zu tun hatten, nämlich mit Herrschafts- und Staatssymbolen, Festen und Feiern, Mythen und Metaphern.

Das Anliegen einer Kulturgeschichte des Politischen ist also die Dekonstruktion jedes überhistorisch-universalisierenden und essentialistischen Verständnisses politischer Handlungsformen und Institutionen, Wertvorstellungen und Motive. Der Weg dazu führt über die Rekonstruktion von Diskursen, Praktiken und Objektivationen, in denen sich die zeitgenössischen Bedeutungsstrukturen greifen lassen, ohne die wiederum die zeitgenössischen Macht- und Herrschaftsstrukturen nicht angemessen zu verstehen sind. Die skizzierte Auffassung von Kultur im allgemeinen prägt entsprechend das Verständnis des Politischen im besonderen: Auch dafür läßt sich eine essentialistische oder gar normative Definition nur mehr schwer geben. Als hinreichend formale, weithin konsensfähige und heuristisch nützliche Definition kann diejenige gelten, wonach Politik es zum einen

---

des Kulturellen inner- und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in: *ZfVolkskunde* 81 (1985), 192–219.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. die Überlegungen von *Valentin Groebner*, Welche Themen, wessen Frühe Neuzeit? Kulturbegriff und Gegenwartsbezug, in: *Zwischen den Disziplinen? Perspektiven der Frühneuzeitforschung*, hrsg. v. Helmut Puff / Christopher Wild, Göttingen 2003, 21–36. – Eine Ausnahme macht derzeit vielleicht der Europa-Diskurs; hier erscheint es für manche Historiker durchaus verlockend, die dringend geforderten Sinnstiftungsleistungen zu liefern.

stets mit dem *Ganzen* und zum anderen mit *Entscheidungen* zu tun hat: Das Politische ist danach der Handlungsräum, in dem es um die Herstellung und Durchführung kollektiv verbindlicher Entscheidungen geht<sup>11</sup>. Diese Definition schließt nicht aus, daß der Raum des Politischen historisch jeweils ganz unterschiedlich (und mit einem unterschiedlichem Ausmaß an struktureller Autonomie) abgegrenzt und ausgestaltet worden ist. Nicht nur ist die Frage, welche Materien jeweils als politisch im genannten Sinne ausgegeben und durchgesetzt werden, selbst Gegenstand von Aushandlungs- und Deutungskämpfen<sup>12</sup>. Sondern noch viel fundamentaler: Was dieses kollektive politische *Ganze* jeweils ausmacht, auf das sich Entscheidungen beziehen, ist nicht nur historisch variabel, es ist seinerseits immer schon das Ergebnis von Bedeutungszuschreibungen. Politische Einheiten, kollektive Akteure wie Kommune, Staat, Kirche, Reich, Volk oder Nation haben insofern den Charakter handlungsleitender Fiktionen, als sie erst durch Repräsentationsprozesse – im doppelten Sinne des Begriffs: sowohl durch institutionalisierte Zurechnungsverfahren als auch durch symbolische Verfahren der Darstellung und Verkörperung – zur Existenz gelangen<sup>13</sup>.

---

<sup>11</sup> Vgl. Gerhard Göhler, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, hrsg. v. dems. / Rudolf Speth, Baden-Baden 1997, 11–62; oder Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2000. – Auf die Unterscheidung zwischen der „Politik“ und dem „Politischen“ wird hier kein größeres Gewicht gelegt; die Bezeichnung „das Politische“ wird lediglich deswegen bevorzugt, weil sie nicht die Existenz eines ausdifferenzierten Funktionssystems „Politik“ suggeriert, das erst mit dem modernen Staat gegeben ist. – Anders allerdings Thomas Mergel im vorliegenden Band, 361 f.

<sup>12</sup> Vgl. zum Begriff des Politischen im vorliegenden Band *Landwehr*, 210 f.; *Mergel*, 361 f.; *Bläckner*, 77 ff.; vgl. auch die sehr weite Definition im Programm des Bielefelder SFB „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“; dazu Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: *Kompass der Geschichtswissenschaft* (Anm. 1), 152–164.

<sup>13</sup> Vgl. etwa Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a. M. 1985, 37 ff. Hasso Hofmann, Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zum 19. Jahrhundert, Berlin 1974; Rehberg, Die stabilisierende „Fiktionalität“ (Anm. 5); ferner Horst Jürgen Helle, Symbolbegriff und Handlungstheorie, in: Kölner Zs. für Soziologie und Sozialpsychologie 20 (1968), 17–37; Rudolf Speth, Symbol und Fiktion, in: *Institution – Macht – Repräsentation* (Anm. 11), 65–142. – Für die Frühe Neuzeit Barbara Stollberg-Rilinger, Die zeremonielle Inszenierung des Reiches, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Verfassungsgeschichte? In: *Imperium Romanum – irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat*, hrsg. v. Matthias Schnettger, Mainz 2002, 233–246; *dies.*, Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Begriffe – Thesen – Forschungsperspektiven, in: ZHF 31 (2004), 489–527; demnächst *dies.*, Herstellung und Darstellung politischer Einheit. Instrumentelle und symbolische Dimensionen politischer Repräsentation im 18. Jahrhundert, in: Herrschafts(re)präsentationen. Zur symbolischen Konstitution des Politischen, hrsg. von Jan Andres [u. a.] (im Druck).

Die so verstandene Kulturgeschichte des Politischen hat nicht nur Mißverständnisse provoziert, sondern auch eine Reihe ernst zu nehmender Vorwürfe auf sich gezogen, die einer ausführlichen Richtigstellung nach wie vor bedürfen. Die gängigsten Vorwürfe, mit denen sich auch die Beiträge dieses Bandes implizit oder explizit auseinandersetzen, sollen hier noch einmal rekapituliert und beantwortet werden.

1. Ein alter Vorwurf – und ein immer noch begegnendes Mißverständnis, das erst vor kurzem wieder polemisch überspitzt formuliert worden ist – lautet, eine politische Geschichte, die sich als Kulturgeschichte verstehe, behandle bloße Oberflächenphänomene und dringe nicht zum „Eigentlichen“ der Politik vor: nämlich zu Macht, Gewalt und Interesse als anthropologischen Grundkonstanten des politischen Handelns, „so wie sie waren und wie sie sind“. Vor allem aus der Perspektive der traditionellen Politikgeschichte wird gern unterstellt, die Kulturgeschichte begnüge sich mit Be langlosigkeiten: „Vor einer Kriegserklärung verstummt die Frage nach den Gamaschenknöpfen“<sup>14</sup>.

Sieht man einmal von aller verzerrenden Polemik ab, so bleibt als Kern die Auffassung, die Kulturgeschichte des Politischen beschäftige sich mit effektvollen Inszenierungen und ornamentalen Äußerlichkeiten, die nicht

---

<sup>14</sup> So Thomas Nicklas, Macht – Politik – Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kulturgeschichte, in: AKG 86 (2004), 1–25. „Die Macht mit allen Formen ihrer Ausübung“ entziehe sich vollständig der „konstruktivistischen Bearbeitung“, sie sei „das unheimliche Band, das alle Primaten umschlingt“ (ebd., 5). – Der Verfasser diskreditiert sein Anliegen durch ungewöhnlich überzogene polemische Verzerrung und leistet damit jener „Vergiftung“ der Geschichtswissenschaft Vorschub, die er den Vertretern der Politischen Kulturgeschichte seinerseits vorwirft (ebd., 3). So ist z. B. die Rede von deren „habituelle[m] Ritus der Rebellion“ und von „elegische[m] Epigonentum“, an dem das historische Denken selbst zugrunde zu gehen drohe. Der traditionellen Politikgeschichte wird offenbar die „harte Aufbaurarbeit am historischen Kontext“ und die „gewissenhafte Interpretation“ „auf der Basis historischer Quellen“ vorbehalten, während die Kulturgeschichte durch Metaphern wie „Fallenstellerei nach den Symbolen“, „Beschwörung“ u.ä. mit dem Ruch des handwerklich Unseriösen umgeben wird (ebd., 20). „Der verfremdende Blick des in theoretischer Einseitigkeit verhärteten Kulturalisten führt zur Verarmung und am Ende zur Sprachlosigkeit“ (ebd., 19). Der klassische Politikhistoriker hingegen zeichnet sich gleichermaßen durch moralische wie kognitive Qualitäten aus: Er weiß „den Ernst der Welt zu ertragen“ und wiederholt – man darf ergänzen: im Gegensatz zum Kulturhistoriker – nicht mehr die „Märchen seiner Amme“ (ebd., 21). – Die Vorstellung von einer „fruchtbaren Zusammenarbeit“, die Nicklas anschließend den nach diesen Anwürfen vermutlich nicht mehr sonderlich kooperationsbereiten Kulturhistorikern großzügig anbietet, ist dann allerdings von eklatanten Mißverständnissen geprägt. Der Kulturgeschichte werden nach wie vor die „Randbereiche des Politischen“, äußerliche Zeichen („signa extranea“) und dergleichen zugewiesen. Politische Sprachen, Wahrnehmungen und Sinnwelten, „Erlebnisse“ und „Bilder in den Köpfen“ werden als legitime Gegenstände einer Politischen Kulturgeschichte zwar akzeptiert, aber grundsätzlich als Epiphänomene aufgefaßt. Eine argumentative Auseinandersetzung mit den theoretisch-konzeptionellen Fundamenten der Kulturgeschichte findet nicht statt.

nur über das wahre Wesen des Politischen nichts aussagten, sondern schlimmer noch: es geradezu verschleierten. Diese Charakterisierung trifft für weite Bereiche vor allem der älteren Politischen Kulturforschung zweifellos zu. Für diesen Zweig der Politikwissenschaft waren im wesentlichen zwei Ansätze prägend: zum einen das klassische *civic culture*-Konzept im Anschluß an Gabriel Almond und Sidney Verba, das einen ausgeprägt normativen Grundzug aufwies und dem es um die Frage ging, wie ein dem modernen demokratischen Rechtsstaat gemäßer staatsbürgerlicher Habitus zu standekomme, und zum anderen das Konzept der „symbolischen Politik“ im Anschluß an Murray Edelman, der das Symbolische in einem ideologiekritischen Sinne als mediale Inszenierung der politischen Elite gegenüber der uninformierten Masse zu entlarven suchte<sup>15</sup>. Beide Konzeptionen beruhen auf der Annahme, daß man die Darstellung und Wahrnehmung des Politischen von den „eigentlichen“ Machtstrukturen und Entscheidungsprozessen unterscheiden, mithin Form und Inhalt voneinander trennen könne – so als wären nicht auch die Strukturen immer schon von Wahrnehmungsmustern durchdrungen, ebenso wie umgekehrt die Wahrnehmungsmuster in objektiven Gegebenheiten wurzeln<sup>16</sup>. Von einem solchen Verständnis ihres Gegenstandes haben sich die Vertreter einer kulturalistisch orientierten Politikgeschichte mehrfach ausdrücklich distanziert. Ihnen geht es, wie auch die Beiträge des vorliegenden Bandes dokumentieren<sup>17</sup>, vielmehr gerade darum, Gegenüberstellungen wie die von „symbolischer“ und „realer“ Politik, von Schein und Sein, Form und Inhalt, von Deutungssystemen einerseits und Macht-, Herrschafts- und Interessenstrukturen andererseits aufzubrechen und zu zeigen, welch fundamentale Rolle symbolische Praktiken und diskursive Strukturen schon bei der *Konstitution* von politischen Institutionen, Ordnungskategorien, Geltungs- und nicht zuletzt Herrschaftsansprüchen spielen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß es keine bewußt kalkulierten Inszenierungen seitens politischer Akteure gäbe, die der

<sup>15</sup> Gabriel A. Almond / Sidney Verba, *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963; Murray J. Edelman, *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt a. M. 1976 (Orig.ausgaben 1967 und 1971); für die deutsche Forschung vor allem zum einen Karl Rohe, *Politische Kultur und ihre Analyse*, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), 333–346; zum anderen Ulrich Sarcinelli, *Symbolische Politik*, Opladen 1987; Rüdiger Voigt (Hrsg.), *Symbole der Politik – Politik der Symbole*, Opladen 1989; plakativ Thomas Meyer, *Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik*, Frankfurt a. M. 1992; vgl. zur Forschungsgeschichte Mergel, *Kulturgeschichte der Politik* (Anm. 8).

<sup>16</sup> So Bourdieu, *Sozialer Raum* (Anm. 13), hier 18. – Vgl. auch Christoph Wulf / Michael Göhlich / Jörg Zirfas (Hrsg.), *Grundlagen des Performativen. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sprache, Macht und Handeln*, Weinheim / München 2001; Hans-Georg Soeffner / Dirk Tänzler (Hrsg.), *Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft*, Opladen 2002.

<sup>17</sup> Vgl. im vorliegenden Band vor allem Göhler, 60 ff.; Mergel, 363 ff; Landwehr, 210 ff; Suter, 27 ff.; Sharpe, 160 ff.

Verschleierung dienen, oder daß diese nicht Gegenstand der Kulturgeschichte des Politischen seien. Es bedeutet vielmehr, daß es keine völlig „nackte“, „unverschleierte“ soziale Realität gibt, die nicht immer schon durch die Sinnzuschreibungen und Bedeutungskategorien in den Köpfen *aller* Beteiligten (nicht nur des „Volkes“, sondern auch der politischen Akteure selbst) auf die eine oder andere Weise strukturiert wäre. Daß gerade das Verständnis von Macht und Herrschaft (man könnte hinzufügen: selbst von Gewalt<sup>18</sup>) nicht ohne die Analyse kollektiver Vorstellungen und Zuschreibungen auskommt, hat übrigens schon Thomas Hobbes mit großer Klarheit ausgesprochen: „Im Ruf von Macht stehen *ist* Macht<sup>19</sup>.“ Allen denjenigen, die die kulturalistische Politikgeschichte gegen eine Geschichte der „wahren Macht“ ausspielen wollen, ist entgegenzuhalten, daß sie ohne den Blick für das Imaginäre von Macht und Herrschaft deren eigener Aura aufsitzen, anstatt sie zu analysieren.

2. Aus ganz anderer Perspektive ist ein ähnlicher Vorwurf gegen die Behandlung von Kultur als Bedeutungssystem erhoben worden – ein Vorwurf, der zwar nicht ausdrücklich auf die Kulturgeschichte des Politischen bezogen, aber von dieser besonders ernst zu nehmen ist. Auch dabei wird das Anliegen der Kulturgeschichte verkürzt und behauptet, es gehe ihr um „nichts als Bedeutungen“. So hat zuletzt Gadi Algazi polemisch von „Kulturtukt“ gesprochen: Man übertrage hermeneutische Verfahren, die bisher auf die „bildungsbürgerlichen Monamente der Hochkultur“ angewandt worden sind, auf die Kultur im allgemeinen und reduziere damit Geschichte auf beliebige „Lektüren“ vergangener „Texte“<sup>20</sup>. Dabei unterlege man alltäglichen kulturellen Praktiken subtile tiefere Bedeutungen, die den Beteiligten nicht bewußt gewesen seien und um die es ihnen gar nicht gegangen sei, weil sie „den Zwängen des Alltags und der Dringlichkeit ihrer Bedürfnisse ausgeliefert“ gewesen seien. Kultur, so schlägt Algazi stattdessen vor, müsse als System von Handlungsrepertoires aufgefaßt werden, die der Praxis bestimmte Optionen – „Modelle, *scripts*, *templates* und fertige Elemente“ – für das Handeln eröffneten und andere nicht. So sinnvoll dieser letzt-

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Argumentation von *Thomas Mergel* im vorliegenden Band, 363 f. Vgl. *Bourdieu*, Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt. Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion, Frankfurt a. M. 1973.

<sup>19</sup> *Thomas Hobbes*, Leviathan, hrsg. und eingel. von Iring Fettscher, Frankfurt a. M. [u. a.] 1966, Kap. 10, 66 (Hervorhebung B. Stollberg-Rilinger). Vgl. dazu *Landwehr*, in diesem Band 213; exemplarisch *Sharpe*, ebd., 180 ff.; *Barbara Stollberg-Rilinger*, Höfische Öffentlichkeit. Zur zeremoniellen Selbstdarstellung des brandenburgischen Hofes vor dem europäischen Publikum, in: *Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte*, N.F. 7, 1997, 1–32; grundlegend *Bourdieu*, Sozialer Raum (Anm. 13); zuletzt *Albrecht Koschorke* [u. a.], Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Texte, Bilder, Lektüren, Frankfurt a. M. 2002.

<sup>20</sup> *Gadi Algazi*, Kulturtukt und die Rekonstruktion von Handlungsrepertoires, in: *L'Homme* 11 (2000), 105–119. – Ähnliche Vorwürfe und Mißverständnisse seitens der englischen Historiker diskutiert *Sharpe*, unten 156 ff., 174 ff.

genannte Vorschlag ist<sup>21</sup>, um den heterogenen, dynamischen und offenen Charakter jeder Kultur herauszustellen, so klar verfehlt der erhobene Vorwurf die Konzeption der kulturalistischen Politikgeschichte. Das läßt sich gerade an einem von Algazi gewählten Beispiel zeigen. „Wer vor der Ampel steht, hat [...] für Hermeneutik keine Zeit, muß auf Signale reagieren und nicht ‚Symbole‘ interpretieren. Wer im Fluß des Alltags lebt, muß mit den Wirkungen von Handlungen rasch fertig werden und hat für die Ermittlung ihres vermeintlichen tieferen Sinns nicht die nötige Muße“<sup>22</sup>, heißt es bei Algazi, der damit die „gelehrte Sinnproduktion“ und ihre kunstvolle hermeneutische Dechiffrierung durch den Historiker gegen die alltägliche Praxis und ihre Zwänge ausspielt. Daß dies die Kulturgeschichte des Politischen nicht trifft, liegt nach dem bisher Gesagten auf der Hand. Gerade eine Verkehrsampel, um bei Algazis Beispiel zu bleiben, führt ja die fundamentale Ordnungsleistung von Symbolisierungen, deren selbstverständliche, unthematisierte Geltung und zugleich ihre handlungsleitende Wirkung schlagend vor Augen (auch wenn natürlich die meisten politischen Symbole nicht von der gleichen autoritativen Unzweideutigkeit sind wie ein Ampelsignal). Wer vor einer roten Ampel stehenbleibt, der „versteht“ sie ja, und dieses Verstehen impliziert, daß er sie als Bestandteil einer bestimmten institutionellen Ordnung mit allgemeinem autoritativem Anspruch und dem dazugehörigen Sanktionsapparat dechiffriert. Jedes Mitglied der betreffenden Kultur leistet diese Deutung normalerweise, ohne dies zu reflektieren<sup>23</sup>, und kann die Bedeutung des Ampelsignals zur Prämissen seines Handelns machen – d. h. ihm in Abschätzung möglicher Konsequenzen folgen oder auch nicht. Für den Historiker, der sich dem kulturellen Symbolsystem zuwendet, bedarf es hingegen erst einer hermeneutischen Reflexionsbemühung, um die in dem Ampelsignal steckenden Leistungen an Symbolisierung und Komplexitätsreduktion zu rekonstruieren, und genau darum geht es der Kulturgeschichte des Politischen.

3. Ein weiterer Vorwurf gegen die Kulturgeschichte im allgemeinen und die des Politischen im besonderen lautet, sie vernachlässige langfristige historische Prozesse zugunsten einer mikrohistorischen Filigranperspektive. Daran ist sicher richtig, daß die Neue Kulturgeschichte mit einer tiefen Skepsis gegenüber herkömmlichen Modernisierungstheorien einhergegangen ist und sich zum Ziel gesetzt hat, die traditionellen „Großen Erzählun-

<sup>21</sup> Der sich übrigens weitgehend mit dem klassischen Kulturbegriff von Talcott Parsons deckt; vgl. dazu *Walz*, in diesem Band 98 f.; in ähnlichem Sinne auch *Suter*, in diesem Band 42 ff.

<sup>22</sup> *Algazi*, Kultukturkult (Anm. 20), 109 f.

<sup>23</sup> Die Existenz kultureller Bedeutungssysteme heißt nicht, daß der Umgang der einzelnen damit nicht „praktischen, vorreflexiven und impliziten Charakter“ haben kann und in der Regel auch hat; vgl. dazu *Bourdieu*, Sozialer Raum (Anm. 13), 18; ähnlich z. B. auch *Reinhard*, Europäische politische Kultur (Anm. 8), 596.

gen“ zu dekonstruieren. Man hat dabei gelegentlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und, um teleologische Projektionen zu vermeiden, um jede Art von Prozeßkategorie einen Bogen gemacht. So berechtigt daher dieser Vorwurf im einzelnen sein mag, die Blindheit für Prozesse folgt nicht notwendig aus der methodischen Grundkonzeption. Wie Rainer Walz in seinem Beitrag theoretisch und Rudolf Schlägl in seinem Beitrag am Beispiel der frühneuzeitlichen Stadt zeigen, ist die Kulturgeschichte des Politischen beispielsweise mit dem systemtheoretischen Evolutionsmodell nicht nur problemlos vereinbar, sie erhält damit auch einen Schlüssel zur Erklärung zahlreicher vormoderner politischer Phänomene, die auf die mangelnde Ausdifferenzierung des Politischen als gesellschaftliches Funktionssystem zurückgeführt werden können<sup>24</sup>. Die Systemtheorie stellt vor allem einen geschärften Kommunikationsbegriff zur Verfügung und rückt den Wandel der Kommunikationsmedien als Faktor strukturellen historischen Wandels ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Auch die Beschreibung makrohistorischer Prozesse wie der Staatsbildung und der Konfessionalisierung bedarf der Ergänzung durch eine kulturalistische Perspektive, wie die Beiträge von Birgit Emich im Anschluß an die Patronageforschung und von Antje Flüchter im Anschluß an die jüngere Debatte über Normsetzung und Normdurchsetzung in der Frühen Neuzeit zeigen<sup>25</sup>.

4. Schließlich wirft man der Kulturgeschichte des Politischen gelegentlich vor, sie lasse keinen Spielraum für unvorhergesehene, kontingente Ereignisse, die ihrerseits die Strukturen verändern. In dem Bemühen, handlungsleitende Bedeutungssysteme zu rekonstruieren, beschreibe sie „semantische Mauern, die die Akteure ein Leben lang gefangen halten“<sup>26</sup>. Das ist insofern nicht ganz unberechtigt, als man bei der Untersuchung von Diskursen und Ritualen gemeinhin eher deren überindividuelle, ordnungsstiftende, stabilisierende und Komplexitätsreduzierende Wirkung in den Vordergrund stellt<sup>27</sup>. Unausgesprochene Diskursregeln grenzen das „Sagbare“ ein; Ritua-

<sup>24</sup> Vgl. Schlägl, im vorliegenden Band, 115 ff.; Walz, ebd., 106 ff.; ferner Frank Becker (Hrsg.), *Geschichte und Systemtheorie. Exemplarische Fallstudien*, Frankfurt a. M./New York 2004; Uwe Goppold, *Präsenz und Entscheidung. Politische Kommunikation frühneuzeitlicher Städte zwischen Ritualen und Verfahren*, Diss. phil. Konstanz 2003; Barbara Stollberg-Rilinger, *Einleitung*, und Michael Sikora, *Vom Sinn des Verfahrens*, beide in: *Vormoderne politische Verfahren*, hrsg. v. Barbara Stollberg-Rilinger, Berlin 2001 (ZHF, Beiheft 25), Berlin 2001.

<sup>25</sup> Flüchter 225 ff.; Emich, 191 ff., im vorliegenden Band; vgl. Jürgen Schlumbohm, *Gesetze, die nicht durchgesetzt wurden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), 647–663; Achim Landwehr, „Normdurchsetzung“ in der Frühen Neuzeit? Kritik eines Begriffs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48 (2000), 146–162. Lothar Schilling, *Les effets des lois de police et l'évolution de la gouvernementalité pendant la première modernité*, in: *Les sciences camérales*, hrsg. v. Pascale Laborier u. a., Amiens 2005.

<sup>26</sup> So Suter, im vorliegenden Band, 55.

lisierungen reduzieren die unübersehbare Vielfalt der Handlungsmöglichkeiten; Symbolisierungen umgeben soziale Strukturen mit einer „Aura der Notwendigkeit“, die sie der Disposition der einzelnen entzieht<sup>28</sup>. Das ist indessen keinesfalls absolut und rigide zu verstehen. So wie die Grammatik jeder Sprache durch die Praxis weiterentwickelt wird, indem sie Regelverstöße und Varianzen integriert, ist jedes kulturelle Bedeutungssystem grundsätzlich offen für Veränderung durch kreative Abweichungen, Umdeutungen, nicht zuletzt auch durch Konflikte, in denen sich neue Deutungsansprüche durchsetzen. Schon die unvermeidliche Unschärfe jedes Kommunikationsvorgangs, der stets so viele Deutungsnuancen erlaubt, wie es Teilnehmer an dem kommunikativen Geschehen gibt, sorgt dafür, daß grundsätzlich immer Spielraum für Wandel gegeben ist – auch wenn dieser Spielraum eben keineswegs immer genutzt wird<sup>29</sup>. In aller Regel sorgen kulturelle Symbolisierungen gerade dafür, daß die unterschiedlichen Deutungen der Beteiligten unsichtbar bleiben. Man kann eine der besonderen Leistungen politischer Symbole, Mythen und Rituale gerade darin sehen, daß sie hinter ihrer eigenen Vieldeutigkeit divergierende Positionen und Interessen wie hinter einer Konsensfassade verschwinden lassen. Das kann im Interesse einzelner erzwungen sein, es kann aber auch im stillschweigenden Interesse aller Beteiligten liegen. Besonders erklärbungsbedürftig, aber auch für Historiker besonders aufschlußreich sind allerdings alle die Fälle, in denen konkurrierende Deutungen aufeinandertreffen, hegemoniale Zuschreibungen nicht mehr akzeptiert werden und offene Deutungskonflikte ausbrechen<sup>30</sup>.

<sup>27</sup> So spricht z. B. *Landwehr* im vorliegenden Band, 222, von dem „petrifizierten Diskurs“ des traditionellen Drei-Stände-Schemas, das der Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit Zwang angetan und neuen Deutungen im Weg gestanden habe. Indirekt wird damit die Möglichkeit einer Auseinanderentwicklung von Struktur und Semantik eingeräumt. Erklärungsbedürftig ist dann allerdings, wie das Ereignis der Französischen Revolution den erstarrten Diskurs hat aufbrechen können. Vgl. dazu die konzeptionellen Überlegungen von *Suter* im vorliegenden Band, 51 ff., und für die Debatte um den englischen Bürgerkrieg *Sharpe*, unten 157.

<sup>28</sup> Vgl. zur Diskurstheorie etwa *Achim Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001; zur Ritualtheorie *Andrea Belliger / David Krieger* (Hrsg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch*, Opladen 1998; *Christoph Wulf / Jörg Zirfas* (Hrsg.), *Rituale Welten* (Paragrana, 12), Berlin 2003; *dies.* (Hrsg.), *Die Kultur des Rituals. Inszenierungen. Praktiken. Symbole*, München 2004; zur Institutionentheorie *Rehberg*, *Weltrepräsentanz* (Anm. 5); *ders.*, *Die stabilisierende „Fiktionalität“* (Anm. 5).

<sup>29</sup> Vgl. dazu erhellend *Bourdieu*, *Sozialer Raum* (Anm. 13), bes. 16 ff.

<sup>30</sup> Vgl. *Suter*, 27 ff., *Becker*, 133 ff., oder *Daniel*, 279 ff., im vorliegenden Band. – Solche Deutungskonflikte stehen im Zentrum verschiedener Teilprojekte des Münsteraner SFB 496; vgl. etwa die Sammelbände von *Gerd Althoff* (Hrsg.), *Zeichen – Rituale – Werte. Symbolische Kommunikation vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution*, Münster 2004; *Christoph Dartmann / Marian Füssel / Stefanie Rüther* (Hrsg.), *Raum und Konflikt. Zur symbolischen Konstituierung gesellschaftlicher Ordnung in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Münster 2004; *Marian Füssel / Thomas*

Nicht zufällig hat die neue Kulturgeschichte des Politischen einen ihrer wichtigsten Impulse von der Forschung zur Französischen Revolution erhalten<sup>31</sup>. Die fundamentale Bedeutung von Vorstellungen, Zuschreibungen und symbolischen Praktiken für jede politisch-soziale Ordnung zeigt sich ja besonders deutlich an der Geschichte von Revolten, Konflikten und Herrschaftsumbrüchen: Jeder Prozeß der Delegitimation einer Ordnung kulminiert schließlich darin, daß das Imaginäre der Herrschaft plötzlich thematisiert und sichtbar gemacht, ihr die Aura der objektiven Faktizität, Notwendigkeit und Naturgegebenheit genommen wird, indem man die herrschenden Rituale entweicht, die Bilder zerstört und die Symbole verbrennt, so daß der König auf einmal nackt erscheint. Solche Umbruchphasen machen die Konstruiertheit der Ordnung auch deshalb so deutlich, weil das Neue seinerseits symbolisch-rituell durchgesetzt, verankert und auf Dauer gestellt werden muß. Der ethnologische Kulturbegriff verdankt sich schließlich selbst der historischen Erfahrung des Kultur- und Herrschaftsumbruchs: Es ist kein Zufall, daß Emile Durkheim die Feste der Französischen Revolution vor Augen hatte, als er die gemeinschaftsstiftende und kategorienbildende Wirkung von sakralen Ritualen beschrieb<sup>32</sup>, oder daß Mary Douglas ihre Ritualtheorie unter dem Eindruck der bilderstürmerischen 68er-Bewegung formulierte<sup>33</sup>. So schloß sich gewissermaßen der Kreis, als die Historiker wiederum von den Ethnologen zu lernen begannen, wie politisch-soziale Ordnungsstrukturen symbolisch konstituiert, stabilisiert, tradiert und verändert werden.

Die Kulturgeschichte des Politischen nimmt also für sich in Anspruch, die Perspektiven von Mikro- und Makrohistorie zu integrieren, zwischen Struktur und Semantik zu vermitteln, anstatt polarisierender Gegenüberstellungen dialektische Wechselwirkungen zu rekonstruieren. Ihre spezifische Leistung könnte darin bestehen, den Bestand ebenso wie den Wandel von Herrschaftsstrukturen, Normen, Regelsystemen usw. gewissermaßen unter die Lupe zu legen, auf das Niveau des individuellen sinnhaften Handelns und der konkreten Kommunikationsakte hinunterzuverfolgen und dabei zu beobachten, wie sie sich in ein kompliziertes Geflecht wechselseitiger Geltungszuschreibungen, -ansprüche und -zurückweisungen auflösen. Ob dieser Anspruch erfüllt wird, müssen die konkreten Einzelstudien zeigen.

---

Weller (Hrsg.), *Ordnung und Distinktion. Praktiken der sozialen Repräsentation in der ständischen Gesellschaft*, Münster 2005.

<sup>31</sup> Lynn Hunt, *Symbole der Macht – Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankfurt a. M. 1989; *dies.*, *New Cultural History* (Anm. 1). – Zum Reflexivwerden von Kultur in der Moderne vgl. auch Walz, in diesem Band 100 f.

<sup>32</sup> Emile Durkheim, *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, Frankfurt a. M. 1981.

<sup>33</sup> Mary Douglas, *Ritual, Tabu und Körpersymbolik. Sozialanthropologische Studien zur Industriegesellschaft und Stammeskultur*, Frankfurt a. M. 1974.

Den hier vorgelegten Beiträgen ist der konstruktivistische Blick auf das Politische gemeinsam. Sie zeigen auf sehr vielfältige Weise – teils theoretisch, teils praktisch an konkreten Beispielen –, wie kulturalistische Konzepte für die Geschichte des Politischen fruchtbar gemacht werden können, welche unterschiedlichen politischen Gegenstände mit welchem Gewinn aus dieser Perspektive betrachtet werden können und wo offene Fragen liegen.

Klassische Gegenstände der Politischen Kulturgeschichte („Symbolik zweiter oder dritter Ordnung“ im Sinne von Walz<sup>34</sup>) thematisieren Silvia Serena Tschopp mit dem Schweizer Nationalfest, Thomas Großbölting mit der demokratischen Erinnerungspolitik im modernen Italien, Frank Becker, der den politischen Mythos im allgemeinen behandelt, und Ute Daniel, die die Entstehung eines solchen Mythos, nämlich des kollektiven Wahrnehmungsmusters von der „Einkreisung Deutschlands“ vor dem Ersten Weltkrieg, analysiert. Gemeinsam ist diesen Beiträgen unter anderem das Interesse an den spezifischen Leistungen und der Eigendynamik, die die jeweiligen Kommunikationsformen und -medien entfalten. Will man nicht den Ähnlichkeiten aufsitzen, die Rituale kollektiver Erinnerung vom Alten Orient bis zur Moderne auf den ersten Blick aufzuweisen scheinen, so muß man nach den gewandelten Rahmenbedingungen fragen und genau hinschauen, in welchem Verhältnis etwa rituelle und schriftliche Formen der Kommunikation in einer bestimmten Kultur zueinander stehen. Inwiefern verändern die gesteigerten medialen Möglichkeiten und die gestiegene gesellschaftliche Komplexität den Charakter und die Funktion eines politischen Rituals? Die Rolle von Schriftlichkeit, genauer: schriftlicher Techniken der Sammlung, Archivierung und Auswertung von Wissensbeständen für den strukturellen Wandel und die Möglichkeit des Neuen erörtern anhand unterschiedlicher Beispiele sowohl Andreas Suter und Rudolf Schlögl als auch Kevin Sharpe<sup>35</sup>. Die Möglichkeiten epochenübergreifender Vergleiche und genauer historischer Differenzierungen sind in dieser Hinsicht allerdings von der Kulturgeschichte des Politischen bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Viele Beiträge thematisieren Gegenstände aus dem Bereich dessen, was bisher eher der klassischen Politik- und Verfassungsgeschichte vorbehalten war, nämlich Verfahren und Institutionen der Entscheidungsbildung, Herrschaftshandeln, gewaltsame Konflikte: so Antje Flüchter über die landesherrliche Gesetzgebung im konfessionellen Zeitalter, Birgit Emich über die Integration eines Territoriums in einen neuen Herrschaftsverband, Andreas Suter über die Handlungs- und Kommunikationsformen im Schweizer Bauernkrieg, Rudolf Schlögl über die Struktur politischer Entscheidungsprozesse in frühneuzeitlichen Städten, Achim Landwehr über die Verfahren

<sup>34</sup> Walz, unten 110 f.

<sup>35</sup> Im vorliegenden Band Suter, 37 ff.; Schlögl, 119 ff.; Sharpe, 180 ff.

der Bevölkerungsstatistik, Ute Daniel über die zwischenstaatlichen Beziehungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Thomas Mergel über die bundesrepublikanischen Parlamentswahlen. Wenn dabei stets eine kulturalistische Perspektive eingenommen wird, so bedeutet das, daß politische Handlungsmodi und -kategorien nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden, sondern auf die ihnen zugrundeliegenden wechselseitigen Kommunikationsprozesse, Zuschreibungen und Deutungen hin befragt werden.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten machen die hier versammelten Beiträge indessen auch deutlich, aus welch unterschiedlichen Quellen die konzeptuellen Anregungen für die Kulturgeschichte des Politischen geschöpft werden. So ist in letzter Zeit die soziologische und politikwissenschaftliche Institutionentheorie von der Geschichtswissenschaft mit Gewinn aufgegriffen worden<sup>36</sup>, die im vorliegenden Band von Gerhard Göhler und Reinhard Blänkner vertreten wird und die ihrerseits auf eine Reihe einflußreicher Konzepte rekurriert: neben Ernst Cassirers und Charles S. Peirces Symboltheorien und Hannah Arendts Begriff des Politischen ist das nicht zuletzt die staatsrechtliche Integrationslehre Rudolf Smends, deren Bedeutung für ein kulturalistisches Konzept von Verfassungsgeschichte noch kaum ansatzweise untersucht ist. Von der Frage, inwiefern die Systemtheorie Luhmanns mit einer Kulturgeschichte des Politischen vereinbar ist, war schon die Rede. Andreas Suter ruft unter anderem den oft übersehenen Anteil der klassischen Koselleckschen Begriffsgeschichte an der kulturalistischen Wende in Erinnerung. Suter beruft sich darüber hinaus auf die praxeologischen, Struktur und Ereignis verbindenden Konzepte von Marshall Sahlins und Anthony Giddens. Achim Landwehr stützt sich auf die Diskurstheorie Foucaults; Silvia Serena Tschopp macht die ethnologische Ritualtheorie und den theaterwissenschaftlichen Performanzbegriff für die Untersuchung nationaler Festkultur fruchtbar; Thomas Großböltung knüpft an die Theorie der Erinnerungskultur im Sinne von Jan und Aleida Assmann an; Antje Flüchter greift das juristische Konzept der „symbolischen Gesetzgebung“ auf. Kevin Sharpe empfiehlt der bisher offenbar ziemlich theorieresistenten englischen Politikgeschichte teils dieselben, teils andere theoretische Anregungen, als sie in der deutschen Debatte vorherrschen: Neben Vätern der Postmoderne wie Nietzsche oder Saussure sind es vor allem Derrida, Foucault, Chartier, Geertz und der *New Historicism* Stephen Greenblatts, die er für das Verständnis von Herrschaft und Schriftlichkeit im frühneuzeitlichen England fruchtbar zu machen sucht.

Bei dieser Vielfalt der theoretischen Anregungen überrascht es nicht, daß nicht alle hier versammelten Ansätze untereinander kompatibel sind. Nicht

<sup>36</sup> So vor allem von dem Dresdner SFB „Institutionalität und Geschichtlichkeit“, vgl. nur Rehberg, Weltrepräsentanz (Anm. 5); aber auch darüber hinaus, z. B. Blänkner/Jussen (Hrsg.), Institutionen und Ereignis (Anm. 5); Gerhard Göhler (Hrsg.), Institutionenwandel, Opladen 1997.

alle Autoren verstehen unter Kultur, Politik und Kulturgeschichte das gleiche<sup>37</sup>. Die Frage, die sich am Ende der hier dokumentierten Arbeitstagung stellte, war: Braucht man für all das, was hier vorgestellt wurde, ein gemeinsames Etikett namens „Kulturgeschichte des Politischen“? Oder provoziert das nicht nach wie vor mehr Mißverständnisse, als daß es die Orientierung erleichtert? Fördert es nicht womöglich eine unproduktive, Erkenntnissen im Weg stehende und zu Polemik verleitende Lagerbildung<sup>38</sup>? Auch das soziale Feld der Historiker wird bekanntlich von Deutungskämpfen strukturiert. Etiketten dienen der leichteren Orientierung und Zuordnung – aber sie sollten nicht die Wahrnehmung von Unterschieden verhindern und vor allem nicht die Verständigung über methodische Grundannahmen ersetzen. Dem sollte die Debatte über das Etikett dienen, die der Arbeitstagung den Titel gab. Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß sich über den Begriff der Kultur viel leichter Konsens erzielen ließ als über den Begriff des Politischen oder den des Symbols. Jedenfalls waren aber zumindest unter den Autoren der hier versammelten Beiträge der Kern der gemeinsamen methodischen Prämissen und vor allem das Abgrenzungsbedürfnis gegenüber traditionellen Ansätzen groß genug, um ein einheitliches Etikett – sei es nun „Kulturgeschichte des Politischen“ oder „Neue Politikgeschichte“ – weiterhin sinnvoll erscheinen zu lassen.

---

<sup>37</sup> Um nur ein Beispiel zu nennen: Schwer vereinbar ist etwa die Begriffsverwendung von *Göhler* und *Emich*: Während Göhler die Begriffe „Wert“ und „Integration“ normativ besetzt – Werte stifteten kollektive Integration –, verwendet Emich die gleichen Begriffe rein deskriptiv: Die Werte, die sie den Akteuren (jedenfalls im konkreten Falle Ferraras) zuschreibt, sind weitgehend mit deren materiellen Interessen identisch und wirken gerade umgekehrt desintegrierend. Wo Emich mithin die politische Kultur Ferraras beschreibt, müßte Göhler geradezu die Abwesenheit jeder politischen Kultur konstatieren.

<sup>38</sup> Vgl. den Tagungsbericht von *Menger*, Geschichte der Politik (Anm. 3), wo die Furcht vor der „Marginalisierung bewährter Forschungsfelder und klassischer Ansätze“ artikuliert wird. – Das Problem der konventionellen Politikhistorie besteht indessen darin, daß sie sich auf die kulturalistischen Theorieansätze eben nicht einlassen will und sie daher nicht überzeugend widerlegen kann. Ähnliches beobachtet *Sharpe* für England, vgl. unten 155 ff.

## **I. Konzepte und Begriffe**



## Kulturgeschichte des Politischen – Chancen und Grenzen\*

Von *Andreas Suter*, Bielefeld

„Kulturgeschichte des Politischen?“ – mit diesem Begriff verbindet sich die programmatische Absicht, eine „Politikgeschichte neuen Zuschnitts“ zu entwerfen, indem man die herkömmlichen Verfahrensweisen der Politikgeschichte oder der politischen Sozialgeschichte durch die konsequente Berücksichtigung der kulturellen Dimension erweitert oder ersetzt<sup>1</sup>. Diese Absicht wird heute im Grundsatz von vielen geteilt<sup>2</sup>. Die Frage ist allerdings, wie diese Absicht praktisch umgesetzt werden kann.

---

\* Dieser Tagungsbeitrag resümiert und reflektiert aus der Distanz von mehreren Jahren Erfahrungen mit einem eigenen Versuch, eine Form der Kulturgeschichte des Politischen zu realisieren. Entsprechend sind manche der hier vorgestellten Überlegungen und empirischen Ergebnisse bereits an anderer Stelle publiziert wurden. Siehe *Andreas Suter*, Der schweizerische Bauernkrieg von 1653. Politische Sozialgeschichte – Sozialgeschichte eines politischen Ereignisses, Tübingen 1997; *ders.*, *Histoire sociale et événements historiques. Pour une nouvelle approche*, in: *Annales Histoire, Sciences sociales* 52 (1997), 543–567 (deutsche Fassung: Theorien und Methoden für eine Sozialgeschichte historischer Ereignisse, in: *ZHF* 2 (1998), 209–243); *ders.*, Kommunikationsweisen ländlicher Untertanen im Alltag und Konflikt, in: *Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich*, hrsg. v. Jan Peters, Berlin 1997, 55–68; *ders.*, Ereignisse als strukturbrechende und strukturbildende Erfahrungs-, Entscheidungs- und Lernprozesse. Der schweizerische Bauernkrieg von 1653, in: *Struktur und Ereignis*, hrsg. v. dems. / Manfred Hettling, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19 (2001), 175–207. Für kritisches Mitdenken an diesem Manuskript danke ich meinen Mitarbeitern und insbesondere Lars Behrisch. Er hat mich durch seine kritischen Einwände dazu gebracht, eine erste Fassung vollkommen neu zu schreiben. Wenn das Ergebnis besser geworden ist, ist es wesentlich sein Verdienst, für die weiter bestehenden Unklarheiten ist allein der Autor verantwortlich.

<sup>1</sup> Sonderforschungsbereich 584, Universität Bielefeld, „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“, Bielefeld 2004 (masch.), Forschungsprogramm, 13.

<sup>2</sup> Der Sonderforschungsbereich 496, Universität Münster, „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme“ sowie der Sonderforschungsbereich 485 der Universität Konstanz, „Norm und Symbol. Die kulturelle Dimension sozialer und politischer Integration“ verfolgen ungeachtet der großen Unterschiede eine ähnliche Stoßrichtung. Wichtig daneben *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 574–606; *Ute Frevert*, Neue Politikgeschichte, in: *Kompaß der Geschichtswissenschaft*, hrsg. v. Joachim Eibach / Günther Lottes, Göttingen 2002, 152–164.

Dieser Aufsatz möchte anhand eines konkreten Beispiels zeigen, wie Kultur und das Politische miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Die Grundlage dazu bildet eine Untersuchung über den schweizerischen Bauernkrieg von 1653, den größten Sozialkonflikt der Frühen Neuzeit auf dem Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft. Damit rückt ein Genre ins Blickfeld, das zusammen mit der politischen Biographie zweifellos zu den klassischen Themen und Darstellungsweisen der politischen Geschichte gehört – und genau deswegen von der Kulturgeschichte des Politischen, die sich als innovativ versteht, als ein wenig lohnender, antiquierter und überholter Untersuchungsgegenstand betrachtet wird. Gemeint ist die Geschichte politischer Ereignisse.

Der vorliegende Aufsatz plädiert im Gegenteil dafür, daß eine Kulturgeschichte des Politischen die Kategorie und den Untersuchungsgegenstand des politischen Ereignisses wieder stärker berücksichtigen sollte. Allerdings muß das unter anderen methodisch-theoretischen Prämissen geschehen als unter jenen, die die klassische Politik- und die Sozialgeschichte verwendet haben.

Wie sind diese Prämissen genauer zu beschreiben? Im Unterschied zur klassischen Politikgeschichte darf sich die Rekonstruktion eines politischen Ereignisses nicht damit begnügen, den ereignisstiftenden Handlungszusammenhang als das Ergebnis offener oder verdeckter Intentionen, Motive und Zielvorstellungen herausragender Akteure zu erklären<sup>3</sup>. Im Unterschied zur herkömmlichen Struktur- und Sozialgeschichte darf sich die Untersuchung eines politischen Ereignisses jedoch auch nicht darauf beschränken, das ereignisstiftende kollektive Handeln eindeutig auf strukturelle Gegebenheiten und daraus funktional abzuleitende Interessen der beteiligten Gruppen zurückzuführen, wie das Fernand Braudel gefordert hat. Vielmehr ist von der Prämisse auszugehen, daß Ereignisse bzw. das ereignisstiftende kollektive Handeln der Akteure „stets mehr und weniger zeitigt, als in seinen Vorgegebenheiten enthalten ist“<sup>4</sup>. Der Grund dafür, daß politische Ereignisse nicht eindeutig auf den strukturellen Kontext zurückführbar sind und gleichzeitig strukturverändernde Kraft besitzen, ist darin zu sehen, daß Ereignisse im Sinne komplexer Handlungszusammenhänge individueller und kollektiver Akteure kulturelle Konstruktionen oder anders gesagt: „kulturelle Schöpfungsleistungen“ darstellen<sup>5</sup>. Eine in dieser Perspektive

<sup>3</sup> Für einen konzisen Überblick über die Herangehensweisen der klassischen Politikgeschichte siehe Thomas Mergel, Überlegungen (Anm. 2), 575 ff. Noch 1973 formulierte Andreas Hillgruber, ein wichtiger Vertreter dieses Ansatzes, daß Politikgeschichte sich vornehmlich mit den „Intentionen und Zielvorstellungen der Führungsgruppen der Großstaaten und ihrer wichtigsten Repräsentanten“ zu beschäftigen habe. Zit. nach ebd., 576 f.

<sup>4</sup> Reinhart Koselleck, Ereignis und Struktur, in: Geschichte – Ereignis und Erzählung, hrsg. v. dems. [u. a.], München 1973, 560 – 571, hier 566.

erneuerte politische Ereignisgeschichte ist mithin über weite Strecken nichts anderes als eine Kulturgeschichte von politischen Ereignissen.

Die Konzeptualisierung von Ereignissen als kulturelle Schöpfungsleistung besagt, daß die Akteure im Ergebnis kollektiver, in biographischen, situativen oder historischen Erfahrungen gründender Lern- oder Verlernprozesse die Grenzen habitualisierten politischen Sprechens und Handelns überschreiten, indem sie neue Semantiken (Begriffe und Sprache, Rituale und Symbole, Bilder) sowie neue Handlungsstrukturen schaffen und auf diesen Grundlagen ihre gewohnten Vorgehensweisen verändern. Im Ergebnis schafft das kollektive ereignisstiftende Handeln und Sprechen einen neuen politischen Erfahrungs-, Kommunikations- und Handlungsraum, der den strukturellen Kontext, aus dem er herausgewachsen ist, um neue Dimensionen erweitert. In diesen neuen Dimensionen – zu denken ist an kollektive Erinnerungen an das Ereignis, an neue Begrifflichkeiten und neue institutionelle Regelungen, die durch das ereignisstiftende kollektive Handeln hervorgebracht werden – zeigt sich die strukturverändernde Kraft von Ereignissen. Für die Kulturgeschichte politischer Ereignisse sind mithin vier Untersuchungskategorien zentral: *Sprache und Kommunikation*, biographische, situative und historische *Erfahrung*, *Lernen und Verlernen* sowie *Agency*. Im folgenden werden diese Untersuchungskategorien in mehreren Einzelschritten entfaltet. Im ersten Schritt wird unter dem Titel: „Lernen der Obrigkeit – die Erneuerung des herrschaftlichen Bauernkriegsdiskurses“ gezeigt, wie die Regierenden als Ergebnis ihrer kulturellen Erfahrung mit dem Bauernkriegsereignis ihre politisch-soziale Sprache lernend verändert haben. Im zweiten Schritt: „Lernen der Untertanen – die Erneuerung habitualisierter Handlungsweisen“ wird gezeigt, daß die neuen politischen Kategorien, welche die Obrigkeit gebrauchten, ein qualitativ neues Handeln der Untertanen auf den Begriff brachten, das wiederum ein Ergebnis kollektiven Lernens der Untertanen darstellte. Der dritte Schritt: „Politische Ereignisse, situative Erfahrungen und Kommunikation“ weist nach, daß das kollektive und teilweise qualitativ neue Handeln der Untertanen einen außeralltäglichen, subversiven Kommunikationsraum des Politischen voraussetzte, den die aufständischen Untertanen beim Übergang vom politischen Alltag zum Konflikt geschaffen hatten. Im vierten Schritt: „Ereignis und kulturelles Verlernen“ wird gezeigt, daß Lernen immer auch die Möglichkeit des Verlernens einschließt. Zuletzt sollen die Ergebnisse zusammengefaßt, in Bezug zu radikalkonstruktivistischen Positionen gesetzt, in Abgrenzung dazu auf Grenzen des kulturgeschichtlichen Zugangs hingewiesen und dargelegt werden, daß die Kulturgeschichte des Politischen auf ergänzende Analysekategorien, Fragestellungen und Zugangsweisen angewiesen ist und bleibt. Angesprochen sind damit namentlich die Kategorien des Interesses, der Erfahrung und der Agency.

---

<sup>5</sup> Suter, Histoire sociale (Anm. \*), 544.

## I. Lernen der Obrigkeit – die Erneuerung des herrschaftlichen Bauernkriegsdiskurses

Im Begriff des Ereignisses steckt etymologisch das deutsche Wort „eräugen“, vor die Augen treten<sup>6</sup>. Der Begriff des Ereignisses ist also ohne den Beobachter, der etwas sieht und über das Gesehene berichtet, nicht zu denken. Freilich tritt jedem von uns vieles vor Augen und trotzdem erheischt nicht alles unsere Aufmerksamkeit. Dies verweist auf eine wichtige Eigenschaft politischer Ereignisse: Im Unterschied zum bloßen Geschehen, daß wir ebenfalls sehen, aber kaum beachten, handelt es sich bei Ereignissen um Vorkommnisse, die für die Zeitgenossen einen außergewöhnlichen oder gar überraschenden Sinn transportieren. Politische Vorkommnisse werden mithin deshalb zu Ereignissen, weil der Sinn, der ihnen zugeschrieben wird, vor dem Hintergrund der zeitgenössischen kulturellen Maßstäbe und Erwartungshorizonte sie als bemerkenswert, im Sinne des Nichtalltäglichen, Besonderen oder gar Überraschenden, erscheinen läßt. Politische Ereignisse sind also letztlich als diskursive Phänomene aufzufassen<sup>7</sup>. Was in einer Gesellschaft als politisches ‚event‘ oder ‚non-event‘ gilt, ist kulturell definiert, entsteht als Ergebnis komplexer Zuschreibungs- und Kommunikationsprozesse und ist dem historischen Kontext und den unterschiedlichen Diskursgemeinschaften entsprechend sowohl in der diachronen wie synchronen Be- trachtungsweise variabel.

Deshalb ist die Analyse der politischen Semantik (Sprache und Begriffe, Symbole, Rituale, Bilder), mit deren Hilfe Diskursgemeinschaften Ereignisse herstellen, das heißt auf den Begriff bringen und beschreiben, für die Geschichte politischer Ereignisse zentral: Sie erlaubt die Analyse der kulturellen Werte, Begriffe und Ordnungsvorstellungen, mit deren Hilfe eine bestimmte Gesellschaft das Geschehen in politisch Alltägliches und Außeralltägliches, Zulässiges und Unzulässiges, Erwartetes und Überraschendes einteilt.

---

<sup>6</sup> Vgl. zur Definition der Begriffe Geschehen, Ereignis, historisches Ereignis ausführlicher *Suter, Bauernkrieg (Anm. \*)*, 11 f.

<sup>7</sup> Diesen grundlegenden Aspekt von Ereignissen hat Marshal Sahlins herausgearbeitet, der in diesem Zusammenhang von der Konstitution des Ereignisses durch kulturelle Strukturen spricht. Vgl. *Marshal Sahlins, Die erneuerte Wiederkehr des Ereignisses. Zu den Anfängen des Großen Fidschikrieges zwischen den Königreichen Bau und Rewa 1843 – 1855*, in: *Das Schwein des Häuptlings*, hrsg. v. Rebekka Habermanns / Niels Minkmar, Berlin 1992, 84 – 129, hier 89. Die kulturalistische, diskursive Konzeptualisierung der Kategorie des Ereignisses gilt auch für die Kategorie des Politischen überhaupt. Nach einer zentralen Annahme des Bielefelder SFB's kann es keine essentialistische, epochenübergreifende Definition des Politischen geben. Vielmehr wird das, was als politisch und unpolitisch gilt, in kommunikativen Aushandlungsprozessen immer wieder neu konstruiert und definiert, ist mithin historisch veränderbar und variabel. Siehe *SFB 584, Forschungsprogramm*, 13.

Welche Ergebnisse ergibt nun die Untersuchung der Semantik des Bauernkriegsereignisses? Die Quellen zeigen, daß sich die politische Semantik des Ereignisses in der Dynamik des Geschehens fortlaufend verändert hat. Der Sinn, den das Ereignis transportierte, war für die Zeitgenossen nicht ein für allemal gegeben, sondern änderte sich wiederholt. Das gilt insbesondere für den herrschaftlichen Diskurs. Ganz zu Beginn des Ereignisses bezeichnete dieser das Geschehene mit dem Begriff der „Unruhe“<sup>8</sup>. Damit verband sich der Sinn, daß zwar nicht mehr alles den Regeln des politischen Alltags gemäß verlief. „Unruhe“ beutete aber weiter, daß der Zustand der Revolte, bei dem die Untertanen die Herrschaft offen in Frage stellten und mit illegalen Verfahrensweisen herausforderten, ebenfalls noch nicht erreicht war.

Als die Untertanen im weiteren Verlauf des Ereignisses auch diese Grenze überschritten und dazu übergingen, die habituellen Verhaltensweisen sowie die impliziten Normen und expliziten Gesetze, welche die politischen Alltagsbeziehungen zwischen Obrigkeit und Untertanen regelten, massenhaft und offen zu verletzen, brachte der herrschaftliche Diskurs die Geschehnisse als „Revolte“, „Rebellion“ und „Widersetzlichkeit“ auf den Begriff. Zu einem späteren Zeitpunkt des Ereignisses tauchten noch einmal andere Begriffe auf: Die herrschaftlichen Quellen bezeichneten das Ereignis jetzt als eine „General-verschwörung“, als eine „General-machination“, ja sogar als eine „Revolution mehrteils eydtgenössischer Untertanen“.

Bemerkenswert an diesem semantischen Befund ist der Umstand, daß die Begriffe der „Unruhe“, der „Revolte“, der „Rebellion“ und der „Widersetzlichkeit“ in der politisch-sozialen Sprache der Vormoderne zur Bezeichnung von Untertanenaufständen bestens bekannt und eingeführt waren<sup>9</sup>. Bei „General-machination“, „General-verschwörung oder „Revolution““ dagegen handelt es sich um Begriffe, die in der politisch-sozialen Sprache der Vormoderne selten waren. Bei der Verwendung des Begriffs der Revolution handelt es sich sogar um die erste Benutzung dieses Begriffs zur Charakterisierung eines sozialen Konflikts, die bisher festgestellt werden konnte<sup>10</sup>. Wie die Begriffe der „Unruhe“, „Revolte“ usw. korrespondieren auch die Begriffe der „General-verschwörung“, der „General-machination“ und der „Revolution“ genau mit entscheidenden qualitativen Veränderungen in der Radikalität des Widerstandshandelns. Sie traten zeitlich kurz nach entscheidenden Wendepunkten des Konflikts auf, die jeweils zu neuen Vorgehensweisen der Aufständischen führten. Weiter kann gezeigt werden, daß

<sup>8</sup> Ich verzichte in diesem Aufsatz darauf, die Fundorte jeder einzelnen Quellenstelle aufzuführen, und verweise interessierte Leser stattdessen auf *Suter, Bauernkrieg (Anm. \*)*, 12 ff.

<sup>9</sup> Vgl. *Reinhart Koselleck*, Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg, in: *Ge- schichtliche Grundbegriffe* 5 (1984), 653 – 788.

<sup>10</sup> *Ebd.*, 723.

die Begriffe der Unruhe und Revolte mit Qualitäten des Handelns korrespondierten, die zwar einerseits nicht mehr der alltäglichen Politik zugerechnet werden konnten, die aber andererseits auch noch nicht den zeitgenössischen Erfahrungsraum der herrschaftlichen Akteure überstiegen. So kommentierte die Berner Obrigkeit den Ende Februar 1653 erfolgten Ausbruch der „Revolte“ im benachbarten Territorium Luzern mit betonter Gelassenheit, ja Schadenfreude: „Die Herren lächeln darzu und reden: es sye zuerst an ihnen gsin, darnach an die Zürcher kommen, jetzt an Luzern; muess also umgahn.“

Die Berner Räte rekurrierten an dieser Stelle auf ihre biographischen Erfahrungen mit früheren Revolten, namentlich auf den Aufstand von 1641, der auf ihrem eigenen Territorium stattgefunden hatte, sowie auf den Aufstand der Untertanen von 1645 / 46 im benachbarten Kanton Zürich<sup>11</sup>. Aus diesen gelebten Erfahrungen mit früheren, als „Unruhe“, „Revolte“ oder „Rebellion“ bezeichneten Untertanenaufständen bezogen die Berner Herren im Jahr 1653 die Gewißheit, daß es sich bei den neuen Geschehnissen in Luzern um dasselbe Phänomen wie 1641 und 1645 / 46 handeln müsse, nämlich um eine lokale Erhebung, die weder ihr selber noch der Luzerner Herrschaft wirklich gefährlich werden könnte. Wie die Formulierung: „muß also umgehen“ zeigt, verband der herrschaftliche Diskurs den Begriff der Revolte mit dem Bild einer ansteckenden Krankheit. Ähnlich einem grassierenden Fieber waren Revolten zwar lästig und unangenehm, aber sie brachten die Obrigkeiten nicht in existentielle Gefahr. Insbesondere konnte man darauf zählen, daß sie ähnlich wie das Fieber nach einer gewissen Zeit wieder vorübergehen würden.

Ende März 1653 sollte das „Lächeln“ der Berner Obrigkeit allerdings gefrieren. Anders als sie erwartet und mit dem Terminus Revolte auf den Begriff gebracht hatte, wiederholte sich die Geschichte der lokalen Aufstände im Bauernkrieg von 1653 nicht. Tatsächlich hatte sich der zunächst lokale, auf Luzern begrenzte Aufstand inzwischen auf das halbe Territorium der Eidgenossenschaft ausgeweitet. Diese Widerlegung des herrschaftlichen „Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes“ löste umgehend Erstaunen

---

<sup>11</sup> Im Anschluß an Susan Crane, Writing the Individual Back into Collective Memory, in: American Historical Review 102/5 (1997), hier 1373, mache ich im folgenden die wichtige Unterscheidung zwischen biographischer bzw. situativer Erfahrung einerseits und der historischen Erfahrung andererseits. Biographische und situative Erfahrungen sind gelebte Erfahrungen, die man innerhalb der eigenen Lebenszeit gemacht hat oder in der Gegenwart eines Geschehens oder Ereignisses macht. Historische Erfahrungen dagegen sind Erfahrungen, die man nicht selber erlebt, sondern die von Menschen außerhalb des eigenen Erfahrungshorizontes gemacht, durch verschiedene Medien festgehalten, fixiert und an spätere Generationen weitergegeben worden sind. Historische Erfahrungen sind mithin Erfahrungen zweiter Ordnung, die die Akte der Fixierung, der Weitergabe und des Erinnerns voraussetzen.

und nackte Angst aus, wie die Quellen belegen<sup>12</sup>. Die Aufständischen hätten sich jetzt, wie die Luzerner Obrigkeit formulierte, auf „verfahrungen und extremitäten“ verlegt, „die wir uns nyt hetten ynbilden können“. Nur zwei Tage nach diesem Eingeständnis, von der Entwicklung überrascht und überrumpelt worden zu sein, tauchen die neuen und ungewöhnlichen Begriffe auf: „General-Verschwörung, General-machination, Revolution“.

Aus diesem Befund lassen sich grundsätzlichere theoretisch-methodische Folgerungen über die Funktionsweise von Begriffen, Begriffsfeldern und semantischen Zeichen überhaupt ziehen, auf die Marshal Sahlins in seinen bahnbrechenden Untersuchungen über ein anderes Ereignis, die Landung von Captain Cook auf Hawaii, hingewiesen und die er im Rahmen seiner „möglichen Theorie der Geschichte“ theoretisch konzeptualisiert hat<sup>13</sup>. Was die Dinge in der Welt sind und wie wir sie sinnhaft konstruieren, ist nie allein durch die vorhandenen Begriffe und semantischen Systeme determiniert, wie extreme konstruktivistische Positionen behaupten. Zwar betont Sahlins gemäß der ersten grundlegenden Annahme, die seiner „möglichen Theorie der Geschichte“ zugrundeliegt, nicht nur den diskursiven Charakter von Ereignissen, sondern von Welterfahrung überhaupt. Er konzeptualisiert soziale Erfahrung nämlich in einem ersten Schritt als einen Akt der Zuschreibung: Die „Erfahrung der Menschen [...] ist die Aneignung spezifischer wahrgenommener Gegenstände durch allgemeine Begriffe“<sup>14</sup>. In diesem bestimmten Sinn sind Sprache, Begriffe und semantische Zeichensysteme für die Erfahrung konstitutiv, weil Erfahrungen nur im Medium semantischer Zeichensysteme überhaupt möglich und mitteilbar werden.

In seiner zweiten grundlegenden Annahme betont Sahlins jedoch, daß Erfahrung durch semantische Systeme nicht determiniert ist. Denn „die Welt ist nicht gezwungen, sich der Logik zu fügen, mit der manche Menschen sie wahrnehmen“<sup>15</sup>. Danach setzen die semantischen Zuschreibungsoperationen, welche die Menschen ausführen, wenn sie Erfahrungen machen, die gegebenen Begriffe und semantischen Zeichen einer Belastung und einem Risiko aus, die wiederum zu Transformationen der Begriffe und der semanti-

<sup>12</sup> Vgl. zum Begriff des Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes *Reinhart Koselleck*, „Erfahrungsraum und Erwartungshorizont“ – Zwei historische Kategorien, in: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, hrsg. v. dems., Frankfurt a.M. 1989, 349 – 374.

<sup>13</sup> *Marshal Sahlins*, Der Tod des Kapitän Cook. Geschichte als Metapher und Mythos als Wirklichkeit in der Frühgeschichte des Königreiches Hawaii (1981), Berlin 1986; *ders.*, Inseln der Geschichte (1985), Hamburg 1992. Für eine konzise Zusammenfassung von Sahlins „möglicher Theorie der Geschichte“, auf die ich mich im folgenden stütze, siehe *William H. Sewell jr.*, Die Theorie des Ereignisses. Überlegungen zur „möglichen Theorie der Geschichte“ von Marshall Sahlins, in: *Struktur*, hrsg. v. Suter [u. a.], (Anm. \*), 46 – 74.

<sup>14</sup> *Sahlins*, Inseln (Anm. 13), 142.

<sup>15</sup> *Ebd.* 135.

schen Zeichen führen können. Das Risiko besteht erstens darin, daß die praktische Einschreibung der Objekte der Wahrnehmung in die bestehenden semantischen Systeme nicht mehr gelingt, weil sie mit den in den semantischen Begriffen und Systemen angelagerten Erfahrungsraumes und Erwartungshorizonten allzu stark differieren und es im bestehenden Sprachsystem kein Zeichen gibt, das diese Differenz ausdrücken könnte.

Das zweite Risiko besteht darin, daß die habitualisierten Handlungsweisen, die durch die semantischen Systeme ermöglicht und zugleich begrenzt werden, nicht mehr die erwarteten Resultate erbringen und versagen<sup>16</sup>. Das bedeutet zugleich, daß Sahlins den Erfahrungs begriff nicht im Sinne eines wie auch immer gearteten essentialistischen und vorsprachlichen Erkennens einer objektiven Welt konzeptualisiert. Erfahrung meint vielmehr: Die Erfahrung des Gelingens oder die Erfahrung des Scheiterns von (Sprach-)Handlungen, also die Erfahrung des Sprachversagens oder – noch einmal anders formuliert – der Falsifizierung der semantischen Systeme und Begriffe, sei es, weil der Akt der Zuschreibung nicht mehr gelingt, sei es, weil die aus derartigen Zuschreibungsakten abgeleiteten Handlungsweisen nicht mehr die erwarteten Ergebnisse zeitigen. So befriedigend die Erfahrung gelungener (Sprach-)Handlungen für die Akteure ist, so irritierend ist für sie die Erfahrung der Falsifizierung ihrer Sprech- und Handlungsakte. Sie werden überrascht, verunsichert, unter Umständen und eine Zeitlang sogar sprachlos und handlungsunfähig. Aber dieselbe irritierende Erfahrung bereitet zugleich den Boden für Prozesse der Umsemantisierung, durch die die Akteure ihre Sprach- und Handlungsfähigkeit wiedergewinnen. Sie tun das in der Weise, daß sie neue Begriffe und Definitionen vorschlagen, indem sie z. B. die zuvor getrennten Begriffskategorien verbinden, eine Kategorie von ihrem Platz in einem Diskurszusammenhang in einen anderen Diskurszusammenhang verschieben, die Ebenen einer Kategorie verschmelzen oder vermehren, alternative Schemata der Klassifikation entwickeln und so fort.

Mit Hilfe dieser „möglichen Theorie der Geschichte“ läßt sich die skizzierte Dynamik des herrschaftlichen Bauernkriegsdiskurses von 1653 und insbesondere die neue Verwendung des Begriffs der Revolution gut erklären. Bekanntlich bezeichnete der Begriff gemäß seiner griechischen und lateinischer Verwendung bis ins 17. Jahrhundert und darüber hinaus die regelmäßige Umlaufbahn der Sterne, war also Bestandteil eines naturwissenschaftlichen Diskurses<sup>17</sup>. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde der Begriff der Revolution zunehmend auf das Feld der Politik überführt. In der

<sup>16</sup> Semantische Systeme unterliegen nach Sahlins auch noch einem „subjektiven Risiko“. Vgl. weiter unten 52.

<sup>17</sup> Vgl. *Karl-Heinz Bender*, Revolutionen. Die Entstehung des politischen Revolutionsbegriffs in Frankreich zwischen Mittelalter und Aufklärung, München 1977; *Koselleck*, Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 5 (Anm. 9), 718.

politischen Publizistik Frankreichs bezeichnete er häufig politische Umstürze, gewaltsame Herrscherwechsel und Palastrevolutionen, die nach dem Verständnis der Zeitgenossen ein eindeutig negativ konnotiertes Charakteristikum der nichtchristlichen, vor allem islamischen politischen Kultur darstellten. In der christlichen Welt, in der die weltliche Ordnung als Abbild der göttlichen Ordnung galt, war es schlechterdings unmöglich, solche gewaltsamen Umwälzungen in einem positiven Sinn zu denken und entsprechend mit einer neutralen oder gar befürwortenden Begrifflichkeit zu beschreiben.

Im Jahr 1653 hat der Begriff der Revolution wie gezeigt seinen Weg in den herrschaftlichen Bauernkriegsdiskurs der Alten Eidgenossenschaft gefunden. Er wurde aus dem Kontext des naturwissenschaftlichen Diskurses über die Himmelsbewegungen und aus dem christlichen Diskurs über die politische Kultur des Islams herausgelöst, umsemantisiert und in den Bauernkriegsdiskurs eingeführt, um die neue Qualität, die der Aufstand angenommen hatte, eben das, was sich die Obrigkeiten aufgrund ihrer früheren Aufstandserfahrungen nicht „hettend ynbilden“ können, auf den Begriff zu bringen. Revolution meinte jetzt die Steigerung einer gewöhnlichen Revolte zur überlokal organisierten Erhebung der Untertanen mit dem Ziel einer gewaltsamen Beseitigung der legitimen Herrschaft und deren Ersetzung durch neue politische Institutionen, welche die ehemaligen Untertanen an der Herrschaft beteiligen sollten. Natürlich war durch die Verwendung des Begriffs der Revolution im herrschaftlichen Diskurs mitgemeint, daß dieses Unternehmen der Untertanen zutiefst illegitim und unchristlich sei.

Dieser Befund wirft Anschlußfragen auf, die in diskurstheoretisch informierten Untersuchungen selten gestellt und schon gar nicht beantwortet werden, wie auch Rebekka Habermas unlängst festgestellt hat<sup>18</sup>. Unter welchen Bedingungen und auf welchen Wegen werden Begriffe, Begriffsfelder und semantische Zeichensysteme verändert? Wie sind die komplexen semiotischen Handlungen der Akteure genauer zu beschreiben, die Umsemantisierungsprozesse begleiten? Umgekehrt: Was verleiht semantischen Zeichensystemen eigentlich Stabilität, wenn die Stabilität nicht im semantischen System allein begründet ist? Unter welchen Bedingungen verlaufen Umsemantisierungsprozesse reibungslos, unter welchen Bedingungen und durch welche Mechanismen werden Umsemantisierungsprozesse beein-

<sup>18</sup> Diskursanalysen können „historischen Wandel nur nachzeichnen, aber nicht erklären. Um den Wandel präziser erklären zu können, müßten – so die Argumente der Kritikerinnen am Poststrukturalismus – die sozialen, ökonomischen und politischen Kontexte berücksichtigt werden und müßten auch die Subjekte und ihre Interaktionen bzw. Erfahrungen wieder ins Spiel kommen.“ Rebekka Habermas, Frauen- und Geschlechtergeschichte, in: Kompaß der Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Joachim Eibach / Günther Lottes, Göttingen 2002, 231 – 245, hier 242.

trächtigt, manipuliert, ja gestoppt, wie das offensichtlich in totalitären Staaten in hohem Maße der Fall ist?

Daß politische Ereignisse für die Untersuchung dieser Fragen ein zentrales Untersuchungs- und Experimentierfeld darstellen, zeigt das Bauernkriegsereignis von 1653 exemplarisch, sowohl in Gestalt des herrschaftlichen Bauerndiskurses wie auch in Gestalt des subversiven Diskurses der Aufständischen, der an anderer Stelle behandelt wird<sup>19</sup>. Grundsätzlich wird aber jedes politische Ereignis durch Umsemantisierungsprozesse begleitet, die in vielen Fällen sogar ungleich massiver ausgefallen sind, als man das beim Ereignis des Bauernkriegs beobachten kann. So gab es eine neue Sprache der Französischen Revolution<sup>20</sup>, eine Sprache der nationalsozialistischen Machtergreifung und Herrschaft<sup>21</sup> und eine Sprache der DDR, die nach dem Ereignis der „Wende“ ziemlich rasch verschwunden ist<sup>22</sup>. Will man semantischen Wandel nicht gegen jegliche Erklärung immunisieren, indem man ihn letztlich als einen durch Zufall gesteuerten Prozess konzeptualisiert<sup>23</sup>, und will man den semantischen Wandel auch nicht nur bloß beschreiben, sondern erklären, dann wird es unerlässlich, die einzelnen Sprachhandlungen so genau wie möglich im historischen, sozialen und politischen Kontext des Ereignisses, aber auch im Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Beteiligten zu verorten. Allein auf der Grundlage von derartigen detaillierten Kontextanalysen können die Zuschreibungsprozesse zwischen Begriff und gemeinter Sache einschließlich deren Gelingen und Mißlingen rekonstruiert und Umsemantisierungsprozesse empirisch beschrieben und erklärt werden.

<sup>19</sup> Vgl. 44 ff. dieses Aufsatzes.

<sup>20</sup> *François Furet / Mona Ozouf*, Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution, Frankfurt a.M. 1988; *Jacques Guilhaumou*, La langue politique et la Révolution française. De l'événement à la raison linguistique, Paris 1988; *Reinhart Koselleck* (Hrsg.), Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins, München 1988; *Lynn Hunt*, Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur, Frankfurt a.M. 1989.

<sup>21</sup> *Victor Klemperer*, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, Berlin 1995.

<sup>22</sup> *Birgit Wolf*, Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin 2000.

<sup>23</sup> Soweit ich sehe, ist das die Erklärungsstrategie von *Philippe Sarasin*, Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte, in: Kulturgeschichte Heute, hrsg. v. Wolfgang Hardtwig / Hans-Ulrich Wehler, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 16 (1996), 131–164.

## II. Lernen der Untertanen – die Erneuerung des Widerstandsrepertoires

Wenn die Verwendung der Begriffe der „Revolution“, der „General-machination“ oder der „General-verschwörung“ darauf verweist, daß die Aufständischen 1653 auf eine Weise handelten, die gegenüber den früheren Erfahrungen der Obrigkeit mit Untertanenaufständen eine andere Qualität besaß, dann wirft das die Frage auf, worin denn die neue Vorgehensweise eigentlich bestand? Wie es die Begriffe der „General-machination“ oder der „General-verschwörung“ bereits andeuten, handelte es sich bei der veränderten Taktik um den Aufbau neuer Handlungsstrukturen. So organisierten sich die Aufständischen, die sich noch zu Beginn des Bauernkriegs in Gestalt verschiedener lokaler Revolten sehr vereinzelt gegen die Obrigkeit gewehrt hatten, auf einmal in einem großen, überregionalen, überherrschaftlichen Bauernbund, der die Ziele und Vorgehensweisen der ländlichen Untertanen in nicht weniger als vier Kantonen der Eidgenossenschaft koordinierte. Die beabsichtigte Wirkung dieses organisatorischen Zusammenschlusses war klar: „Ziel und end dieses pundts sye, größere Macht zu zusammenzubringen und hierdurch mehrere siegel und brief uszuozwingen“, wie die Aufständischen selber formulierten.

Aus heutiger Sicht wird man diesem Vorgehen wenig Originelles abgewinnen können, aus der Perspektive der europäischen Protest- und Widerstandsforchung dagegen schon. Es gehörte im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit nämlich eindeutig nicht zum Repertoire ländlicher Aufstandsbewegungen, sich großräumig zu organisieren und zu koordinieren<sup>24</sup>. Bauernrevolten waren und blieben, wie Hunderte von Beispielen zeigen, in aller Regel lokale Phänomene, auf das Territorium eines Dorfes, eines Gerichts oder einer Territorialherrschaft beschränkt. Der lokale Charakter der Erhebung gehörte denn auch zum zeitgenössischen Erfahrungs- und Erwartungshorizont, der sich mit Begriffen wie „Revolte“ und „Rebellion“ verband.

Wie wurde es 1653 möglich, das vorhandene Handlungsrepertoire zu durchbrechen? Die eidlich bekräftigten Bundesakte, die den weiträumigen Zusammenschluß schriftlich fixierten und auf Dauer stellten, erklärten die Notwendigkeit der neuen Vorgehensweisen mit den gelebten Erfahrungen von Niederlagen in früheren Revolten. Ähnlich wie die Obrigkeit rekurrerten die Aufständischen in diesen Texten auf die lokalen Revolten der Jahre 1641 und 1645/46. Aber im Unterschied zu den Obrigkeit bezogen sie daraus im Jahr 1653 gerade nicht die Erwartung, daß sich alles wieder-

<sup>24</sup> Vgl. David Sabean, Die Dorfgemeinde als Basis der Baueraufstände in Westeuropa bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Europäische Bauernrevolten in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Winfried Schulze, Frankfurt a.M.1982, 191–204, hier 191; ebenso Charles Tilly, European Revolutions, Oxford 1993, 42.

holen würde. Aufgrund ihrer biographischen Erfahrungen mit den früheren Niederlagen wollten sie jetzt „mit geeigneten Mitteln vorgehen und ernstlich daran sein“. Und mit diesen geeigneten Mitteln war eben der organisierte Zusammenschluß der Aufständischen in Bauernbünden gemeint: „Weil, wenn früher ein Amt allein unsere Obrigkeit gebeten und angehalten hat, solche ihre neuen Aufsätze ihm gnädiglich abzunehmen, dasselbe viel und oftmal abgedrohet und abgewiesen wurde, so haben die Ämter gut, nützlich und recht befunden, daß sie sich miteinander verbinden und einen Eid zusammen schwören sollen.“

Man kann aus diesem Beispiel in bezug auf kollektives Handeln und Ereignis einen ähnlich verallgemeinernden Schluß ziehen, wie das an anderer Stelle in bezug auf den Zusammenhang zwischen Semantik und Ereignis getan wurde. Die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren sind nicht notwendig auf ein bestimmtes, habituelles Repertoire von Sprach- und Tathandlungen beschränkt. Das Verhältnis von Struktur und Handeln läßt, wie Antony Giddens gegen Pierre Bourdieu argumentierte, unter Umständen durchaus die Möglichkeit zu, daß Akteure durch die Erfahrung des Scheiterns habitualisierter Handlungsformen sich von diesen reflexiv distanzieren und lernend neue, alternative Vorgehensweisen entwickeln<sup>25</sup>. Eben darin beweist sich die gleichzeitig strukturtranszendernde wie strukturerhaltende Kraft der menschlichen ‚Agency‘, die in überraschenden Ereignissen zur Wirkung kommt und die sich im Alltag darin beweist, daß sie die Strukturen durch Wiederholungshandeln reproduziert oder allenfalls unmerklich variiert.

Allerdings führt dieser Befund sogleich zu einem neuen Erklärungsproblem. Warum haben die ländlichen Untertanen nicht bereits bei früheren Konflikten und Niederlagen ähnliche Konsequenzen gezogen? Warum waren derartige Lernprozesse so selten? Wenn man die große Zahl der Revolten der Vormoderne berücksichtigt und die vielen Niederlagen, die Bauern dabei erlitten, dann erscheint dies in hohem Maße erkläруngsbedürftig, sofern man das inzwischen vielfach widerlegte kulturelle Vorurteil der Gewohnheit und Tradition verhafteten Bauern nicht wieder aufleben lassen möchte.

Einmal mehr kann die Erklärung dafür in der Kultur gefunden werden, genauer in den Bedingungen, unter denen Erfahrungen über längere Zeiträume hinweg im Gedächtnis behalten und vergessen werden. Kollektive Akteure können nämlich bei Konflikten nicht nur Erfahrungen machen und Lehren daraus ziehen. Mit der Zeit werden sie diese Erfahrungen vielmehr

<sup>25</sup> *Anthony Giddens*, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a.M./New York 1988, 51 ff. Für den Begriff des Lernens grundlegend *Hansjörg Siegenthaler*, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.

ganz oder teilweise vergessen und sich damit der Möglichkeit berauben, in neuen Konfliktsituationen auf frühere Erkenntnisse zurückgreifen zu können. Anhand der Quellen zum Bauernkrieg von 1653 läßt sich der Zeitpunkt, an dem die Kräfte des Vergessens und Verlernens ganz massiv einzusetzen, genau bestimmen: Der Tod der beteiligten Akteure<sup>26</sup>. Erstaunlicherweise findet man in den Bauernkriegsakten nur gerade zwei Quellen, in denen sich die Akteure an einen der zahlreichen Konflikte ihrer Vorfahren mit der Obrigkeit erinnerten, die außerhalb ihres persönlichen Erfahrungshorizontes gelegen haben. Und in beiden Fällen waren die Erinnerungen unpräzise, vage, ja sogar falsch.

Wenn man bedenkt, daß allein auf dem Territorium von Luzern vor 1653 nicht weniger als sieben Revolten stattgefunden haben, nämlich in den Jahren 1382, 1421, 1434, 1478, 1513 – 15, 1570 und 1629 – 36, ist dieser Befund doch erstaunlich. Genauer besehen bestätigt er jedoch nur die in anderen Zusammenhängen gewonnene Erkenntnis, daß die generationenübergreifende historische Erinnerung, sofern sie sich auf die mündliche Weitergabe von Informationen stützen muß, wenig leistungsfähig und höchst ungenau ist<sup>27</sup>. Dabei war die orale Tradition vergangener Revoltenerfahrungen für die Untertanen um so wichtiger, als die Obrigkeiten zur Restabilisierung ihrer Herrschaft im Anschluß an soziale Konflikte jeweils große Anstrengungen unternahmen, die historische Erinnerung an den offenen Widerstand zu zerstören oder ihr mindestens eine herrschaftskonforme Deutung zu geben. Zudem wurden in den meisten Fällen die Archive der Bauernaufstände – zum Beispiel rebellische Fahnen und Waffen, der subversive Schriftverkehr und die Rechtstitel, auf die sich die Rebellen berufen hatten, oder auch materielle Rechtssymbole, die an derartige Rechtstitel erinnerten und anderes mehr – zerstört oder in die herrschaftlichen Archive überführt.

Daraus ergibt sich folgende Schlußfolgerung: In einer primär oralen Überlieferungskultur ist die Möglichkeit für das Zustandekommen von Lernprozessen und Revolten an die Bedingung geknüpft, daß dieselbe Generation mindestens zwei Konflikte mit der Obrigkeit erlebte. Diese Bedingung war beim Bauernkrieg von 1653 in der Tat erfüllt. In eben jenem Gebiet, das 1653 Zentrum des Aufstands war und wo die Taktik der bundesmäßigen Organisation konzipiert wurde, gab es mehrere Anführer, die in jungen Jahren bereits einen Aufstand gegen die Obrigkeit angezettelt und

<sup>26</sup> Suter, Bauernkrieg (Anm. \*), 408 ff.

<sup>27</sup> Vgl. zu den Möglichkeiten und Grenzen der oralen Überlieferung Jürgen von Ungern-Sternberg [u. a.] (Hrsg.), *Vergangenheit in mündlicher Überlieferung*, Stuttgart 1988. Für die Schweiz Guy P. Marchal, *Das Meisterli von Emmenbrücke oder: vom Aussagewert mündlicher Überlieferung. Eine Fallstudie zum Problem Willhelm Tell*, in: SZG 34 (1984), 521 – 539; ders., *Memoria, Fama, Mos Maiorum. Vergangenheit in mündlicher Überlieferung im Mittelalter*, unter besonderer Berücksichtigung der Zeugenaussagen in Arezzo von 1170 / 80, in: *Ungern-Sternberg, Vergangenheit*, 289 – 320.

verloren hatten. Der wichtigste Bauernführer von 1653 war sogar wegen seiner Beteiligung an der verloren gegangenen Revolte von 1628 – 1636 zum Tode verurteilt und danach begnadigt worden.

Für eine Kulturgeschichte des Politischen bzw. der politischen Ereignisse kann man dieses Ergebnis folgendermaßen verallgemeinern: Viele Ereignisse durchbrechen den Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Zeitgenossen. Der Grund dafür liegt in kollektiven Lernprozessen, die zu Veränderungen und Innovationen habitualisierter Handlungsweisen führen. Allerdings sind derartige Lernprozesse alles andere als selbstverständlich. Sie verweisen auf komplexe, historisch und gruppenspezifisch unterschiedlich ausgebildete Möglichkeiten der Sammlung, der Archivierung, der Auswertung und der Weitergabe von kollektiven Erfahrungen und Wissensbeständen<sup>28</sup>. Es ist deshalb eine faszinierende Aufgabe der Kulturgeschichte politischer Ereignisse, die kulturellen Bedingungen und Veränderungen, die derartige Lernprozesse in historisch unterschiedlicher Weise strukturieren, genauer zu erforschen und nach deren Konsequenzen zu fragen. Haben moderne Oppositionsbewegungen wie zum Beispiel die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaftsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, die ihre eigene Geschichte ungleich systematischer erinnerten und reflektierten, ihre Möglichkeiten zu Lernprozessen im Vergleich zu frühneuzeitlichen Aufstandsbewegungen verbessert? Es wäre vorschnell, diese Frage ungeprüft im positiven Sinn zu beantworten, denn stets ist auch mit der Möglichkeit des Verlernens zu rechnen, wie an anderer Stelle gezeigt wird. Inwiefern verändern die Möglichkeiten, zum Beispiel durch Statistik, Finanz- und Budgetplanung, Meinungsumfragen, Geheimdienste und Verwaltungen massenweise Informationen über die eigene Bevölkerung und über andere Länder zu erhalten, die Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Akteure in politischen Ereignissen, aber auch im politischen Alltag<sup>29</sup>? Führen die gesteigerten Informationsmöglichkeiten zu einer Rationalisierung des Politischen im Sinne einer besseren Planung, einer besseren Einschätzung der Handlungsspielräume und adäquateren Umsetzung politischer Absichten oder wird das Politische nicht geradezu umgekehrt erratischer, weil der durch den gesteigerten Informations- und Datenfluß gestützte Glaube an die Mess-, Plan- und Organisierbarkeit des Politischen zu einer systematischen Selbstüberschätzung der Akteure führt?

<sup>28</sup> Das neue, wesentlich von *Martina Kessel* konzipierte Bielefelder Graduiertenkolleg „Archiv, Macht, Wissen“ rückt derartige Fragen ins Zentrum seines Forschungsinteresses.

<sup>29</sup> Dies ist das zentrale Erkenntnisinteresse des Teilprojekts im Rahmen des Bielefelder SFB's von Lars Behrisch und Andreas Suter, „Die Grafschaft Lippe als Kommunikationsraum des Politischen“, das in der zweiten Projektphase unter dem Titel „Politische Zahlen“. Statistik als neues Medium politischer Kommunikation im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Deutschland und Frankreich im Vergleich“ fortgesetzt wird.

### III. Politische Ereignisse, situative Erfahrungen und Kommunikation

An einer wichtigen Stelle seines Werkes bezeichnete der Ethnologe Victor Turner Konfliktbereignisse als bedeutungsstiftende Kommunikationsereignisse oder als „soziale Dramen“: „Ich neige dazu, das soziale Drama [...] als einen Prozess aufzufassen, der bestimmte, über viele Handelnde verteilte Werte und Ziele in ein (immer nur vorübergehendes und provisorisches) System gemeinsamer oder übereinstimmender Bedeutung verwandelt“<sup>30</sup>. Turner macht hier zunächst das Prinzip des methodologischen Individualismus stark, das folgendes besagt: Akteure sehen die Welt, die darin eingelassenen Krisen- und Konfliktsituationen und die Art und Weise, wie sie sich aus diesen Krisen und Konflikten lösen wollen, grundsätzlich verschieden.

Diese Behauptung wird durch den Quellenbefund aus dem Bauernkrieg eindrucksvoll gestützt<sup>31</sup>. Man stellt fest, daß die Akteure dieselbe situative Krisen- und Konfliktsituation auf sehr unterschiedliche Weise erfahren haben und entsprechend unterschiedliche Vorstellungen entwickelten, was zu tun sei. Besonders aus der Anfangsphase des Bauernkriegs sind solch differierende Einschätzungen überliefert, obwohl sich deren Urheber alle auf exakt dieselbe Situation bezogen und auch derselben Region entstammten, mithin über einen ähnlichen kulturellen Hintergrund verfügt haben müssen.

Diese Anfangsphase war durch eine schwere politische Krise, genauer durch die Erfahrung der Falsifikation habitualisierter politischer Vorgehensweisen des politischen Alltags gekennzeichnet. Die den Obrigkeit durch das Mittel der „untertänigen Bitte“ oder Supplikation vorgebrachten Anliegen – der einzige Weg, auf dem sich die Untertanen bei ihrer Obrigkeit auf legale Weise Gehör verschaffen konnten – waren nämlich endgültig abgelehnt worden. Die Hoffnung, daß die Obrigkeit die Folgen der schweren Wirtschaftskrise, die viele Betriebe in den Ruin zu treiben drohte, lindern helfen würden, war damit endgültig dahin. Alternative legale Möglichkeiten, auf die Obrigkeit Einfluß zu nehmen, gab es nicht. Was konnten die Untertanen in dieser Situation tun? Sollten sie sich dem ablehnenden Entscheid fügen oder sollten sie statt dessen zu illegalen Mitteln greifen, um sich bei der Obrigkeit doch noch Gehör zu verschaffen?

Ein erster Untertan redete in der Tat der Passivität das Wort. Er begründete seinen Vorschlag mit einer Analogie, die er zwischen der Natur und weltlichen Obrigkeit zog: Gegen schlechte Obrigkeit könne man ge-

<sup>30</sup> Victor Turner, *Vom Ritual zum Theater. Der Ernst des menschlichen Spiels*, Frankfurt a. M. 1989, hier 119.

<sup>31</sup> Vgl. Suter, *Bauernkrieg* (Anm. \*), 89 ff.

nauso wenig ausrichten, wie gegen das „schlechte Wetter“. Wer das nicht glauben wolle, sei ein „Narr“. Ein zweiter Untertan wollte sich ebenfalls nicht offen auflehnen. Anstelle bloßer Resignation und Passivität schlug er jedoch nach biblischem Vorbild vor, daß man sich den nachteiligen Folgen der Wirtschaftskrise und der obrigkeitlichen Politik durch die kollektive Auswanderung in ein anderes Land entziehen solle, wobei er an den benachbarten süddeutschen Raum dachte, dem es nach dem Dreißigjährigen Krieg an Arbeitskräften mangelte. Wieder andere Untertanen wollten die Obrigkeit durch begrenzte Widerstandsaktionen zu einer entgegenkommenderen Politik zwingen. Sie warfen ihnen in begrenztem Maße Versagen vor, weil sie die „Alten Rechte“ der Untertanen verletzt hätten, und befürworteten folgerichtig einen ebenso begrenzten Widerstand, der diese „Alten Rechte“ wieder herstellen sollte. Eine andere Stimme forderte dagegen bereits in diesem frühen Stadium die radikale Beseitigung der Herrschaft, weil sie zur Tyrannei pervertiert und so schlimm wie die Habsburger Obrigkeit zu „Tell's Zeiten“ geworden sei.

Wie kann man erklären, daß die Akteure und ihre Weltwahrnehmung einerseits durch Kultur, Sprache und semantische Zeichen zutiefst geprägt sind, daß sie aber andererseits dieselbe politische Situation auf denkbar unterschiedliche Weise betrachten? Warum konstruierte ein Untertan die Krisensituation, die Obrigkeit und die sich ihm präsentierenden Handlungsoptionen in Analogie zur Natur, ein anderer in Analogie zur Bibel, der dritte in Analogie zu verbreiteten Rechtsvorstellungen und der vierte in Analogie zu historischen Situationen und Vorbildern, die ihm aus dem Geschichtsbewußtsein überliefert waren<sup>32</sup>?

Man kann dieses Problem theoretisch nur dann lösen, wenn man erstens die Kultur und die darin eingelassenen semantischen Systeme nicht als homogen und kohärent, sondern als vielfältig und nur lose integriert konzeptualisiert<sup>33</sup>. Es gibt in jeder Gesellschaft nicht nur eine Kultur, sondern eine Vielzahl von Kulturen. Zweitens ist anzunehmen, daß jeder Mensch entsprechend seiner spezifischen Lebensgeschichte eine jeweils einzigartige Mischung von kulturellen Prägungen in sich vereinigt und entsprechend über je unterschiedliche Fähigkeiten verfügt, sich in den unterschiedlichen Kulturen und Sprachen zu bewegen. Angesichts dieser je individuellen Sozialisation machen Menschen in identischen Situationen unterschiedliche soziale Erfahrungen, das heißt eben: Sie ordnen dieselbe Situation gemäß ihrer spezifischen kulturellen Prägung in unterschiedlicher Weise allgemeinen Begriffen zu und entwickeln entsprechend unterschiedliche Vorstellun-

<sup>32</sup> Dieselbe Beobachtung beschreibt auch *Mary Douglas*, Wie Institutionen denken, Frankfurt a. M. 1991, 14 ff.

<sup>33</sup> Ich folge hier dem Lösungsvorschlag von *William H. Sewell jr.*, A Theory of Structure. Duality, Agency, and Transformation, in: AJS 98 (1992), 1–29 sowie *ders.*, Theorie (Anm. 13), 55 ff.

gen über ihre Ziele sowie über die geeigneten Mittel und Wege, diese Ziele zu realisieren.

Für die Untersuchung politischer Ereignisse als kulturelles Phänomen ergeben sich daraus wichtige Konsequenzen, auf die Turner an der zu Beginn dieses Abschnittes zitierten Stelle ebenfalls hingewiesen hat. Die Transformation vieler individueller Akteure in einen kollektiven und handlungsfähigen Akteur, zum Beispiel eine Partei oder eben eine frühneuzeitliche Aufstandsbewegung, stellt einen höchst komplexen und schwierigen Vorgang dar. Um von einer Vielzahl individueller zu einer kollektiven Deutung einer Situation zu kommen, gibt es nur einen Weg – den Weg des kulturellen Austausches oder anders gesagt: den Weg der Kommunikation. Die Akteure müssen, wenn sie in Ereignissen kollektiv handeln wollen, solange miteinander kommunizieren, bis die Vielfalt der Situationsdeutungen, Lösungs- und Erfolgsprognosen in ein System gemeinsamer oder übereinstimmender Bedeutungen verwandelt ist. Kommunikation ist Voraussetzung kollektiven Handelns, da nur sie durch Komplexitätsreduktion eine vorübergehende, stets fragile, aber jedenfalls gemeinsame Gewißheit über Gegenwart und Zukunft schaffen kann.

Ereignisse im Sinne komplexer kollektiver Handlungszusammenhänge sind mithin auf Kommunikation wesentlich angewiesen. Daraus folgt die Hypothese, daß Ereignisse notwendigerweise einen außeralltäglichen „Kommunikationsraum des Politischen“ schaffen müssen, der sich vom Kommunikationsraum alltäglicher Politik unterscheidet<sup>34</sup>. Zur empirischen Illustration dieser Hypothese soll der Kommunikationsraum des Politischen, der 1653 neu geschaffen wurde, anhand von vier Dimensionen genauer beschrieben werden<sup>35</sup>.

---

<sup>34</sup> Begriff und Konzept des Kommunikationsraumes sind aus dem Bielefelder SFB 584 übernommen. Dabei ist der Begriff des Raumes einerseits in einem territorialen Sinn zu verstehen, dessen Grenzen primär durch die Reichweite der zur Verfügung stehenden Medien (Druck, schriftliche, mündliche, rituelle und symbolische Kommunikation) gezogen werden. Andererseits sind diesem Raum auch virtuelle Grenzen gezogen in Form von diskursiv hergestellten Ordnungsvorstellungen, die darüber entscheiden, welche Akteure zu diesem Kommunikationsraum Zugang haben und welche nicht und welche Gegenstände in diesem Kommunikationsraum legitimerweise verhandelt werden dürfen. Vgl. Sonderforschungsbereich 584, Universität Bielefeld, „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“, Bielefeld 2004 (masch.), Forschungsprogramm, 29 ff.

<sup>35</sup> Vgl. zum folgenden einschließlich der Quellennachweise Suter, Bauernkrieg (Anm. \*), 107 ff. Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, daß der neue Kommunikationsraum des Politischen von 1653 mit diesen vier Dimensionen nicht erschöpfend beschrieben ist. Aus Platzgründen mußte auf Ausführungen zur neuen Funktion der schriftlichen Kommunikation in Form von massenweise kopierten Briefen, die in primitiven aufständischen Kanzleien hergestellt wurden, sowie zur Problematik des Einsatzes der druckbasierten Kommunikation, zur Rolle der überregionalen protokapitalistischen Märkte als überregionale Zentren der subversiven Kommunikation

Erstens fällt auf, daß die Sprache, in der die Untertanen mit der Obrigkeit kommunizierten, gegenüber dem politischen Alltag grundlegend verändert wurde. Die Art und Weise, wie man der Obrigkeit die Anliegen vorbrachte, folgte nicht mehr der rituellen Form der „untertänigen Bitten“ und der Supplikation, welche die Obrigkeit nach eigenem Gutdünken gewähren oder ablehnen konnte. Die Anliegen der Untertanen wurden jetzt vielmehr in Form von Forderungen formuliert, denen die Obrigkeit angesichts allgemeiner Rechtsgrundsätze wie „Altes Recht“ und „Gemeinwohl“ oder auch einfach angesichts angedrohter Gegenmaßnahmen stattgeben müßten. Die herrschaftlichen Quellen registrierten diesen fundamentalen Bruch mit dem politischen Alltag sehr genau: „Si haben [...] gegen uns den gewöhnlichen stylum wie underthanen gebuert verenderet.“ Noch genauer beschreibt die folgende Quelle die Veränderungen im Sprachstil: Auf einer Versammlung mit der Obrigkeit hätten die Untertanen ihre Forderungen jetzt ultimativ mit „es muessindt [Hervorhebung im Original, A.S] ihr Herren“ eingeleitet. Um zu verdeutlichen, wie unerhört diese neue Sprache war, fügt die Quelle erklärend hinzu, daß dieser fordernde Stil selbst einigen anwesenden Untertanen zu weit gegangen sei: „Ist daz formule, obwessen hartigkeit [...] allbereit etliche der achtarbsten sich erklagt.“ Dennoch wurde diese Sprechweise von den meisten Untertanen akzeptiert und stellte einen wichtigen Integrationsfaktor dar, der das neue politische Selbstverständnis zum Ausdruck brachte. Aus bittenden Untertanen waren selbstbewußte Verhandlungspartner geworden, die Forderungen stellten.

Zweitens veränderten die Untertanen jetzt auch die Bedingungen, unter denen die Kommunikation zwischen den Untertanen und der Herrschaft stattzufinden hatte, zu ihrem Vorteil. Sie bestimmten nicht nur den Zeitpunkt von Verhandlungen, sondern forderten, daß diese nicht mehr in der Stadt, sondern auf dem Lande durchgeführt werden sollten. Dieses Vorgehen, dem aus heutiger Sicht wenig Spektakuläres anhaftet, verletzte die rituellen Kommunikationsweisen zwischen Herrschaft und Untertanen genauso, wie das schon die neue, fordernde Sprache getan hatte. Folgerichtig wurden diese augenscheinlichen Details von der Obrigkeit als politische Straftatbestände registriert. So gab sie in einer Anklageschrift gegen die Untertanen „jedem vernünftigen und standeserfahrenen zu bedenken“, daß es die Untertanen und nicht die Obrigkeit gewesen sei, die den Treffen „den Tag und das Orth angesetzt“ hatten. Der Skandal daran war, daß damit erneut gegen das Herrschaftsritual der „untertänigen Bitte“ verstoßen wurde und so die „Ehr und Reputation“ einer hochweisen Obrigkeit verletzt wurde, wie die Anklageschrift fortfährt. Denn die Ehre der Herrschaft hätte es unbedingt verlangt, daß die Untertanen „der Obrigkeit entgegen gekommen“ wären und nicht auf dem Land, sondern in den Städten verhandelt wurde.

---

und zu den neuen Inhalten, die in diesem Kommunikationsraum verhandelt wurden, verzichtet werden.

In der Tat zementierte das Ritual der Supplikation, die im politischen Alltag bei der Artikulation von Interessen der Untertanen zu befolgen war, das faktische Machtgefälle zwischen Herrschaft und Untertanen in zweierlei Hinsicht. Einerseits machte das Ritual die Ohnmacht der Untertanen wie die Machtfülle der Herrschaft augenfällig und offensichtlich. Die Begegnung fand zum Vorteil der Obrigkeit am Sitz der Herrschaft statt, was ihr die Unannehmlichkeiten, Kosten und Gefahren der Reise ersparte – zum Nachteil natürlich der Untertanen, deren politische Schwäche und Abhängigkeit damit ebenso sinnfällig demonstriert wurde. Andererseits brachte das Ritual das Machtgefälle nicht nur zum Ausdruck, sondern verstärkte es. Denn die Untertanen mußten sich am Herrschaftssitz ja nicht nur symbolisch, sondern ganz real in die Verfügungsgewalt der Obrigkeit begeben, was für die Bittsteller nicht in jedem Fall ungefährlich war und die ganze Gesprächs- und Verhandlungssituation zu ihrem Nachteil gestaltete, wie viele Beispiele demonstrieren. So sagte ein Bürger der Stadt Luzern, auf diese Gefahr anspielend, zu einer Untertanendellegation, die zu Beginn des Bauernkriegs mit einer Supplikation in die Stadt gekommen war, sie sollten aufpassen, daß sie nicht „hinter die Muren geworfen werden“.

Drittens veränderten die Untertanen den Kommunikationsraum in personeller Hinsicht, indem sie den Kreis derjenigen, die zu den Verhandlungen zugelassen und ausgeschlossen waren, erweiterten. Sie verlangten nunmehr, daß die Verhandlungen nicht mehr im kleinen Kreis, das heißt zwischen den Vertretern der herrschaftlichen Delegation und den Gemeindevorstehern, erfolgen sollten. Die Verhandlungen sollten vielmehr in aller Öffentlichkeit, konkreter auf dem Forum regionaler und überregionaler „Landsgemeinden“, zu denen alle Untertanen Zutritt hatten, geführt werden. Dies zeigt zugleich, daß der neue politische Kommunikationsraum nicht nur die etablierten politischen Regeln zwischen Untertanen und Obrigkeit veränderte, sondern auch zwischen den Untertanen selber. Den Gemeindevorgesetzten wurde nämlich im Bauernkrieg der im Alltag übliche Allgemeinvertretungsanspruch nach Außen entzogen, weil ihnen vorgeworfen wurde, daß sie das „alte Recht“ nicht mit genügend Entschlossenheit verteidigt hätten. Deshalb wollte der „gemeine Mann“ den Verhandlungen mit der Herrschaft in Zukunft „selbstens persönlichen bywonnen“. Auch die neue Führungsschicht der Bauernkriegsbewegung setzte sich sowohl aus etablierten Gemeindevetretern wie aus neuen Vertretern des gemeinen Mannes zusammen. Wichtig ist schließlich der Hinweis, daß die Institution sich selbst konstituierender Gemeindeversammlungen sowie von regionalen und überregionalen Landsgemeindeversammlungen, die im Bauernkrieg geschaffen wurden, im politischen Alltag strengstens verboten war. Die massenhafte Übertretung dieses Verbots brachte am augenfälligsten zum Ausdruck, wie verschieden der außeralltägliche vom alltäglichen Kommunikationsraum war. Auf solchen Versammlungen redeten jetzt nicht nur der klei-

ne Kreis der Gemeindevorsteher und die lokalen Herrschaftsvertreter, es redete jetzt vielmehr der gemeine Mann, das heißt die Vielzahl der Hausvorstände – und zwar nicht nur im Verkehr mit der Obrigkeit. Die Hausvorstände besaßen in diesen Versammlungen neue Orte, in denen sie auch untereinander kommunizieren und genau das tun konnten, was eine wesentliche Bedingung gemeinsamen Handelns ist: Die Verwandlung der Vielfalt konkurrierender Situationsdeutungen in „ein (immer nur vorübergehendes und provisorisches) System gemeinsamer oder übereinstimmender Bedeutung“, um die Formulierung Turners aufzunehmen.

Viertens veränderte der außeralltägliche Kommunikationsraum nicht nur die Kommunikationsorte, den Kreis der zur Kommunikation Zugelassenen und den Sprachstil. Vielmehr veränderte er auch den Stil der symbolischen und rituellen Kommunikation. Wie an vielen Einzelbeispielen gezeigt werden kann, erfanden die Untertanen eine neue politische Symbol- und Ritualsprache, mit der sie untereinander wie mit der Obrigkeit kommunizierten und auf diese Weise höchst subversive Botschaften vermittelten. Zu diesem Zweck wurden im Bauernkrieg teilweise völlig neue politische Rituale erfunden, wie das am Beispiel des „Widlens“, einem Bestrafungsritual für Herrschaftsvertreter, gezeigt werden kann. Verbreiteter war jedoch, bestehende Rituale aus anderen Kontexten zu übernehmen und mit neuen politischen Bedeutungsgehalten aufzuladen. Ein Beispiel dafür sind die religiösen Massenprozessionen, die 1653 zu politischen Versammlungen und Manifestationen umfunktioniert wurden.

In den meisten Fällen nutzte die subversive Symbol- und Ritualsprache jedoch das politische Zeichenarsenal der Herrschaft. In diesen Fällen wurden die Zeichen aus dem herrschaftlichen Anwendungs- und Bedeutungszusammenhang herausgenommen und in neue, subversive Bedeutungszusammenhänge und Bildfolgen überführt. Das herrschaftlich monopolisierte militärische Besammlungsritual des Fahnenumzuges zur Mobilisierung der Untertanen gegen äußere Feinde wurde beim Bauernkrieg in Gestalt der „Knüppelumzüge“ zum Mittel, um gegen die eigene Obrigkeit zu mobilisieren. Das ebenfalls von der Herrschaft monopolisierte Instrument des politischen Eides verstärkte in Gestalt der „Conspiratio“, der rebellischen Untertaneneide, nicht mehr die vertikale Bindung zwischen Untertanen und Obrigkeit, sondern die horizontale Verbindung zwischen den Aufständischen. Die Tellenfigur und -geschichte, eine spätmittelalterliche Schöpfung der eidgenössischen Eliten zur Abgrenzung nach Außen, wurde aus dem ursprünglichen Kontext der außenpolitischen Beziehungen gelöst und in den herrschaftskritischen Binnendiskurs überführt. Nicht mehr die Habsburger, sondern die eigenen Obrigkeit waren tyrannisch – folgerichtig wurde Tell zum Symbol des radikalen Kampfes gegen die einheimischen Tyrannen. Eine letzte Strategie, die bereits bei der Umgestaltung des Herrschaftsrituals der untertänigen Bitte deutlich wurde und in vielen anderen

Beispielen demonstriert werden kann, bestand darin, daß die herrschaftlich besetzten Rituale in expressiver Weise verletzt und damit entweicht wurden. Durch all diese Verfahren zerstörte man nicht die hervorragenden kommunikativen Eigenschaften der politischen Symbole und Rituale, zerstört wurden allein die obrigkeitlich bestimmten Inhalte, die fortan durch subversive Inhalte und Botschaften ersetzt wurden.

#### **IV. Gescheitertes Lernen – die historischen Erfahrungen der Untertanen**

Eine wichtige Einsicht der Kulturgeschichte, welche die Geschichte politischer Ereignisse nutzen kann, ist der von Hayden White und Paul Ricoeur geführte Nachweis, daß Historiker bei der Darstellung ihrer Stoffe bewußt oder unbewußt stets literarische Strategien benutzen<sup>36</sup>. Noch wichtiger ist allerdings der Hinweis, daß diese Beobachtungen nicht nur für die professionalisierten Historiker von heute, sondern auch für die Geschichtenerzähler und die Erinnerungskultur breiter Bevölkerungsschichten der Vergangenheit zutrifft, die sich bei der Rekonstruktion, Darstellung und Erinnerung von Geschichte ebenfalls literarischer Erzählstrategien bedienten<sup>37</sup>. Dies ist wichtig, da in Ereignissen nicht nur biographische und situative Erfahrungen zur Wirkung kommen. Vielmehr ist die Art und Weise, wie Akteure in politischen Ereignissen handeln, auch durch historische Erfahrungen bestimmt.

Ein Beispiel dafür, daß politische Ereignisse, Narration und historische Erinnerungen zusammenzuführen sind, gibt der folgende Zwischenfall, der sich am 29. September 1653 abspielte<sup>38</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war der Bauernkrieg längst entschieden, die Niederlage der bäuerlichen Aufständischen besiegelt. Ort der Handlung war ein unübersichtlicher Hohlweg in der Talschaft Entlebuch, wo der Widerstand 1653 am ausgeprägtesten war. Am frühen Morgen lagen hier drei Entlebucher Untertanen hinter Büschen versteckt auf der Lauer. Es handelte sich namentlich um Ulrich Dahinden, Kaspar Undernärer und Hans Stadelmann, drei „Burschen“ aus Schüpfheim. Alle drei waren mit Musketen bewaffnet. Ihr gespanntes Warten galt

---

<sup>36</sup> Hayden White, Auch Klio dichtet oder Die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses, Stuttgart 1991; Paul Ricoeur, Temps et récit, 3 Bde., Paris 1983 – 1995. Einen guten Überblick über die Art und Weise, wie die Historiker mit dieser zunächst provozierenden Feststellung umgegangen sind, gibt Karen Halttunen, Cultural History and The Challenge of Narrativity, in: Beyond the cultural Turn, hrsg. v. Victoria E. Bonnell / Lynn Hunt, Berkeley / Los Angeles 1999, 165 – 181.

<sup>37</sup> Vgl. Natalie Zemon Davis, Fiction in the Archives: Pardon Tales and Their Tellers in Sixteenth-Century France, Stanford 1987.

<sup>38</sup> Vgl. Suter, Bauernkrieg (Anm. \*), 261 ff.

der hohen Luzerner Ratsdelegation, die am Vortag die feierliche Huldigung der übrigen Entlebucher Untertanen entgegengenommen hatte und sich jetzt auf dem Heimritt nach Luzern befand. Mit der Huldigung war der Konflikt rituell beigelegt und der alte Zustand Luzerner Herrschaft und Entlebucher Untertänigkeit wieder hergestellt worden.

Das galt jedoch nicht für die drei wartenden Burschen, die während des ganzen Bauernkriegs als die bekannten „drei Tellen“ oder „alten Eidgenossen“ aufgetreten waren und dabei stets entsprechende historische Kostüme getragen hatten. Diese ‚Tellenkostüme‘ trugen sie auch jetzt wieder – am Tag ihres Attentates. Als der Reitertrupp das Versteck passierte, fielen mehrere Schüsse. Der in erster Linie anvisierte Luzerner Schultheiss Dulliker wurde verwundet. Der neben ihm reitende Zeugherr Caspar Studer sank tödlich getroffen vom Pferd. Nach den Aussagen eines der Attentäter rühmte sich der Todesschütze lauthals, „den Dellen Schuss gethan (zu) haben.“

Nach diesem Ausruf, nach den Namen, die sie sich gaben und nach ihrer Kleidung zu urteilen, kann kein Zweifel bestehen: Die drei hatten sich für ihre Tat die Geschichte von Wilhelm Tell und seinem ‚Tyrannenmord‘ am Habsburger Landvogt Gessler zum Vorbild genommen. Bekanntlich waren Wilhelm Tell und seine Geschichte seit dem ausgehenden Mittelalter Bestandteil sowohl der elitären wie der populären Überlieferung. Danach hatten die Alten Eidgenossen und Wilhelm Tell die Eidgenossenschaft mit kühnen kriegerischen Taten, ja mit einem einzigen kühnen Schuß von der Habsburger Tyrannie befreit. Liess sich das, was schon einmal funktioniert hatte, nicht wiederholen?

Genau das war das Kalkül der Aufständischen, sowohl jener Tausender von Landbewohnern, die im Juni 1653 trotz ungünstiger Rahmenbedingungen in den Krieg gegen die herrschaftlichen Truppen gezogen waren, als auch der drei Attentäter, die nach dem Krieg die Sache der Aufständischen durch ein Attentat zum Erfolg führen wollten. Der Schultheiss „si gar für nem. Hab alles Commando und wenn er tod, werde sich vil ändern“ – so formulierte einer der Attentäter seine Erwartungen, die seine Tat motivierten und die sich auf das historische Beispiel von Wilhelm Tell stützten.

Im Rahmen der Ausführungen zur Möglichkeit kultureller Lernprozesse ist darauf hingewiesen worden, daß sich die Untertanen unter den Bedingungen vornehmlich oraler Überlieferung kaum an Konflikte erinnerten, die jenseits ihres persönlichen Erfahrungraumes lagen. Diese Aussage muß nach diesem Beispiel differenziert werden: In Gestalt von Wilhelm Tell und der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte begegnen uns bei den Untertanen im Jahre 1653 plötzlich Erinnerungen, die sich auf historisch viel weiter zurückliegende Begebenheiten und Prozesse beziehen, solche, die im 13., 14. und 15. Jahrhundert stattgefunden haben. Warum also erinnerten sich die Untertanen 1653 lebhaft an die Geschichte des spätmit-

telalterlichen Kampfes der Alten Eidgenossen gegen die Habsburger Herrschaft? Warum wußten sie umgekehrt beinahe nichts mehr von den eigenen, sehr zahlreichen Aufständen gegen die eigenen Obrigkeit, die sie seit dem Spätmittelalter geführt hatten?

Die Antwort auf diese Frage besitzt mehrere Dimensionen. Am wichtigsten ist in unserem Kontext der Hinweis, daß sich die Tellengeschichte, die zu Ende des Spätmittelalters mit dem Zweck einer ideologischen Abgrenzung zum Reich von eidgenössischen Eliten aufgeschrieben wurde, sich literarischer Erzählstrategien bediente, die ihre orale Überlieferung stützte und erleichterte<sup>39</sup>. Denn es handelte sich bei der Geschichte von Wilhelm Tell, den alten Eidgenossen und ihren Erfolgen gegen die Habsburger um eine Geschichte, die die aus den Quellen rekonstruierbare Geschichte in hohem Maße vereinfachte und dramatisierte. Was in Wirklichkeit ein über mehrere Jahrhunderte dauernder Prozeß der Differenzierung und Entfremdung zwischen Reich und Eidgenossenschaft war, der auf komplexen geographischen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, militärischen und kulturellen Unterschieden und ebenso komplexen Erfolgsbedingungen beruhte, verwandelt und verdichtet sich in der eidgenössischen Befreiungs- und Gründungsgeschichte zum kurzen, einfachen und dramatischen Plot eines heroischen Befreiungskampfes der ‚guten‘ Eidgenossen gegen die ‚bösen‘ Habsburger, der sich im Kern auf wenige Worte reduzieren läßt: Die Habsburger Herrschaft sei zu einer ruchlos tyrannischen Herrschaft degeneriert, von der sich die Eidgenossen legitimerweise durch blutigen Kampf und Tyrannenmord selber befreiten. Das war einfach zu verstehen und zu rechtfertigen, ebenso einfach zu erinnern und durch Weitererzählen zu überliefern, um so mehr, als die eidgenössischen Eliten des Spätmittelalters dieses fiktionale Ereignis mit allen damals zur Verfügung stehenden Mitteln propagierten und in Form bildlicher Darstellung, historischer Dramen, Sakralbauten und anderem mehr zahllose Erinnerungsorte für die Geschichte und ihre Helden schufen.

Für die Zwecke der Vereinfachung und Dramatisierung wurden tragende Elemente der historischen Erzählung einfach erfunden oder aus anderen literarischen Quellen der Zeit übernommen: Weder Burgenbrüche noch einen Helden Wilhelm Tell hatte es jemals gegeben, ebenso wenig den Habsburger Schurken und Tyrannen Gessler. Niemals ist in der spätmittelalterlichen Eidgnossenschaft ein Tyrannenmord geschehen. Das berühmte Motiv des

<sup>39</sup> S. für die Entstehung und Weitertradierung der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte mit Wilhelm Tell Guy P. Marchal, Die „Alten Eidgenossen“ im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewußtsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert, in: Historischer Verein der Fünf Orte (Hrsg.), Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft, Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft, 2 Bde., Olten 1990, hier Bd. 2, 309–439.

Apfelschusses hingegen findet man auch in anderen mittelalterlichen Erzählungen und Sagen Europas.

Die hochgradige Fiktionalität war jedoch nicht nur und bis auf den heutigen Tag die Voraussetzung für ihre orale Überlieferung und Verankerung im kollektiven Bewußtsein. Sie gab im Jahr 1653 auch Anlaß zu fatalen Irrtümern. Die Attentäter und mit ihnen alle Bewohner der Alten Eidgenossenschaft 1653 hielten die verbreitete Tellen-Geschichte allesamt für wahr. Sie konnten deshalb auch nicht wissen, daß die historische Analogie, die sie zwischen der Situation von 1653 und der Zeit des Spätmittelalters zogen, kaum hilfreich sein würde. Die durch die historische Parallelisierung entstandenen Erwartungen der Aufständischen wurden entsprechend bitter enttäuscht. Anders als die alten Eidgenossen gewannen sie die Schlachten gegen die Tyrannie der Städteorte nicht. Die ‚militärische Revolution der Frühen Neuzeit‘, die auch die eidgenössischen Städteorte während des 30jährigen Kriegs vollzogen hatten, minderte die Bedeutung der spätmittelalterlichen Fußtruppen, an deren Vorgehensweisen, Möglichkeiten und Taktik sich die Bauernkriegsbewegung von 1653 immer noch orientierte, drastisch herab. Entsprechend verloren die Bauernkriegstruppen gegen die überlegene Militärmacht der Städteorte, die sich zwischenzeitlich mit neuen Befestigungsbauten, Artillerie und Handfeuerwaffen aufgerüstet hatten. Das geschilderte Attentat war zwar technisch erfolgreich, konnte die militärische Niederlage aber nicht kompensieren.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, in welch hohem Maße kollektive historische Erfahrungen durch Erzählungen bestimmt wurden, die der literarischen Strategie der Dramatisierung und der Vereinfachung folgten. Das muß vermutlich so sein, denn Vereinfachung und Dramatisierung ist eine wichtige Bedingung dafür, daß historische Erfahrungen überhaupt oral tradiert und erinnert werden können. Diese literarischen Erzählstrategien bergen jedoch Risiken: Weil sie historische Komplexität reduzieren, ermöglichen sie zugleich vereinfachende Analogie- oder Differenzbestimmungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, die die Zukunftserwartungen der Akteure in späteren Ereignissen nachhaltig beeinflussen. Es stellt eine der größten Herausforderungen einer Kulturgeschichte politischer Ereignisse dar, den Zusammenhang von historischem Erinnern, den Formen und Möglichkeiten des Erinnerns und Weitergebens und dem durch die spezifische literarische Form des Erinnerns geprägten kollektiven Erwartungs- und Handlungshorizont der Akteure in Ereignissen differenziert zu untersuchen. Dies ist um so wichtiger, als sich der moderne Film, historische Romane und Schauspiele, die die kollektiven historischen Erfahrungen wohl stärker prägen als die historische Fachliteratur und die für die Handlungsweise heute lebender Menschen im Zweifelsfall entscheidend sein können, sich ebenfalls derartiger Erzählstrategien bedienen.

## **V. Grenzen einer Kulturgeschichte des Politischen und komplementäre Analysekategorien: Interesse, Erfahrung, Agency**

Die Beispiele konnten deutlich machen, daß die Kulturgeschichte des Politischen und die Kulturgeschichte politischer Ereignisse faszinierende Forschungs- und Erkenntnismöglichkeiten bereitstellen. Die in Münster, Konstanz und Bielefeld angesiedelten Sonderforschungsbereiche nutzen diese Chancen und arbeiten sich in je unterschiedlicher Weise an dieser theoretischen Orientierung ab. Allerdings besteht die Gefahr, daß aus der Begeisterung an den innovativen Erkenntnismöglichkeiten erprobte Verfahrensweisen und Kategorien der Geschichtswissenschaft allzu stark in den Hintergrund gedrängt werden. Mitunter verbaut man sich so die Chance, ältere und neuere methodisch-theoretische Orientierungen in eine fruchtbare Verbindung zu bringen und Möglichkeiten der wechselseitigen Perspektivierung zu schaffen.

Reinhart Koselleck, der mit seinen Untersuchungen der historischen Semantik als einer der Pioniere der Kulturgeschichte des Politischen gelten kann, hat mit der Formulierung der Aporie, daß „Geschichte immer mehr oder aber weniger ist, als begrifflich über sie gesagt werden kann – so wie Sprache immer mehr oder weniger leistet, als in der wirklichen Geschichte enthalten ist“, an die Grenzen des begriffsgeschichtlichen, aber auch des kulturgeschichtlichen Ansatzes überhaupt erinnert<sup>40</sup>. Es ist m.E. heute wichtig, sich dieser Grenzen verstärkt bewußt zu werden. Wiederum ausgehend von eigenen Forschungserfahrungen seien abschließend wichtige Grenzen beschrieben, an die ich mit meiner Konzeptualisierung des Ereignisses als kulturelles Phänomen gestoßen bin und die es nahelegten, ältere Ansätze und Analysekategorien in gleichberechtigter Weise heranzuziehen.

Bei einer systematischen Untersuchung der Klage- und Forderungskataloge der Aufständischen von 1653 fällt auf, daß im Verlauf des Konflikts immer wieder neue Forderungen vorgebracht wurden. In der Phase der „Unruhe“ stellten die ländlichen Untertanen unter Verweis auf ihre verzweifelte materielle Situation primär wirtschaftliche Forderungen. Anschließend, in der Phase der Revolte, wurden die wirtschaftlichen Forderungen weitgehend fallengelassen und statt dessen die Forderung erhoben, die so genannten „alten Rechte“ der Untertanen, welche die Obrigkeit angeblich verletzt habe, wieder herzustellen. Schließlich wurden unter Verweis auf das systematische Versagen der politischen Institutionen neue systemverändernde politische Forderungen gestellt und zugleich die wirtschaftlichen Forderungen wieder aufgenommen.

---

<sup>40</sup> Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichte, in: Lexikon der Geschichtswissenschaft: Hundert Grundbegriffe, hrsg. v. Stefan Jordan, Stuttgart 2002, 40 – 44, hier 44.

Mit den Analysekategorien der Kulturgeschichte ausgedrückt, ließe sich dieser Befund so formulieren, daß für die Aufständischen das ‚Sag- und Machbare‘ keineswegs stabil war. Vielmehr veränderten sie im Verlauf des Ereignisses ihr politisches ‚Agenda-setting‘ und vollzogen parallel dazu in den verschiedenen Klage- und Forderungskatalogen wiederholte ‚code-switchings‘. All dies folgte offensichtlich keineswegs stabilen diskursiven Ordnungsvorstellungen, die sich ebenfalls veränderten. Dieser Befund ergänzt eine Beobachtung, die bereits an anderer Stelle gemacht wurde<sup>41</sup>. Weil die Menschen ihren spezifischen kulturellen Prägungen gemäß ein und dieselbe politische Situation in unterschiedlicher Weise allgemeinen Begriffen zuschreiben und deuten sowie unterschiedliche Vorstellungen über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele und gemeinsam einzuschlagenden Vorgehensweisen entwickeln, müssen kommunikative Prozesse für eine Komplexitätsreduktion sorgen, die aus einer Vielzahl von möglichen Vorschlägen einen Vorschlag selektiert und zu einem gemeinsamen Vorschlag macht. Das Ergebnis dieser Selektion sind die hier vorgestellten Klage- und Forderungskataloge, die allerdings wiederum zeigen, daß über den Zeitraum des gesamten Ereignisses betrachtet die einmal erfolgte Selektion ebenfalls nicht stabil war.

Beide Befunde werfen augenblicklich die Frage auf, wie man die Logik dieser kommunikativen Selektionsprozesse sowie die Logik der Abfolge von Selektionsprozessen beschreiben und erklären kann. M. E. sind beide Probleme am besten mit einer weiteren theoretischen Vorstellung von Sahlins, nämlich seiner „semiotischen Theorie des Interesses“ zu erklären. Danach sind die semantischen Zeichen nicht nur dem objektiven Risiko unterworfen, daß sich die Welt anders verhält, als die Menschen sie im Horizont ihrer vorgegebenen Zeichen wahrnehmen. Vielmehr sind die semantischen Zeichen auch einem „subjektiven Risiko“ ausgesetzt<sup>42</sup>. Damit meint Sahlins, daß der Akt der Zuschreibung von gegebenen Begriffen und semantischen Zeichen zu dem, was Menschen sehen und erleben, immer auch durch die Interessen der Betreffenden im Sinne ihrer Vorhaben und Absichten als handelnde Personen beeinflußt werden. Daraus läßt sich wiederum die Hypothese ableiten, daß die kommunikativen Selektionsprozesse wesentlich durch die in einer bestimmten Situation sich als mehrheitsfähig erweisen- den Interessen, Vorhaben und Absichten der beteiligten Akteure bestimmt sind.

Für die Prüfung dieser Hypothese, das heißt für die Analyse der Interessen, Absichten und Vorhaben und für die Einschätzung ihrer situativen Mehrheitsfähigkeit führt nun kein Weg daran vorbei, die wirtschaftliche, soziale und politische Lage der am Aufstand beteiligten Akteure in den

<sup>41</sup> Vgl. weiter oben 41 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Sahlins, Inseln (Anm. 14), 146 f.; Sewell, Theorie (Anm. 13), 53 f.

Blick zu nehmen, und das heißt auch, diese Lagen mit Hilfe quantifizierender Analysen der sozioökonomischen und soziopolitischen Strukturen und Prozesse zu rekonstruieren, die den Kontext des Ereignisses bildeten. Allein die wechselseitige Kontrastierung des semantischen Befundes der Klage- und Forderungskataloge mit der sozioökonomischen und der soziopolitischen Struktur- und Prozeßanalyse erlaubt die Beantwortung der Frage, ob die wirtschaftlichen Forderungen im Sinne von Spielmaterial rein taktischer Natur oder ob sie umgekehrt für eine Mehrzahl der Aufständischen existentiell wichtig waren und es also noch andere, wichtigere Gründe gab, sie zwischenzeitlich fallen zu lassen. Und allein auf der Grundlage der skizzierten methodischen Komplementarität kann weiterhin die Frage beantwortet werden, ob die Rede vom Versagen der politischen Institutionen durch die Analyse der Herrschaftsstrukturen und ihres alltäglichen Funktionierens gestützt wird und warum diese wichtigen, möglicherweise mehrheitsfähigen politischen Forderungen nicht schon zu Beginn auf die Agenda der Aufständischen gesetzt wurden.

Dies zeigt, daß die Kulturgeschichte eines politischen Ereignisses und die Kulturgeschichte des Politischen überhaupt neben den Analysekategorien von Semantik, Diskurs und Kommunikation auf den Begriff des Interesses und die entsprechenden sozialhistorischen Untersuchungsmethoden zwingend angewiesen bleibt. Nur die sozialgeschichtliche Kontextualisierung der Sprachhandlungen ermöglicht es, das Ausmaß der Konstruktionsleistungen, die dem politischen ‚Agendasetting‘ innewohnen, genauer abzuschätzen und die Selektionslogik, der diese Konstruktion folgt, zu erklären.

In gleicher Weise wichtig für eine Kulturgeschichte des politischen Ereignisses bleiben die Analysekategorien der Erfahrung und Agency, obwohl sie nach dem linguistic turn „auf die Seite gedrängt und gleichsam als leere Hülle(n) abgestellt wurden wie die herrenlosen Autos ohne Nummernschild an den Seitenstreifen der amerikanischen Autobahnen“, um eine ironische Formulierung von Kathleen Canning aufzunehmen<sup>43</sup>. Am prominentesten wurde die Kritik am Begriff der Erfahrung bzw. der Agency bekanntlich von Joan W. Scott geführt, die diesen Konzepten längst überholte essentialistische Annahmen unterstellte<sup>44</sup>. Gemeint ist erstens die Annahme, daß im Prozeß des Erfahrens in irgend einer Weise eine authentische Widerspiege-

<sup>43</sup> Kathleen Canning, Problematische Dichotomien. Erfahrung zwischen Narrativität und Materialität, in: Historische Anthropologie 10 (2002), 163–182, hier 163. Für neuere empirische Studien, die den Erfahrungs begriff wiederum verwenden, s. Paul Münch (Hrsg.), „Erfahrung“ als Kategorie der Frühneuzeitgeschichte, Historische Zeitschrift, Beiheft 31, München 2001; Nikolaus Buschmann / Horst Carl (Hrsg.), Die Erfahrungen des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg, Paderborn 2001.

<sup>44</sup> Joan W. Scott, The Evidence of Experience, in: Critical Inquiry 17 (1991), 773–797.

lung objektiver Sachverhalte stattfinde, zweitens die Annahme, daß die Möglichkeit von Erfahrung an die Vorstellung eines als autonom gedachten Erkenntnisssubjektes gebunden sei. Dagegen sei, so Scott, die Erfahrung durch vorgelagerte Diskurse eindeutig bestimmt, die als kategoriale Bedingung die Bandbreite dessen, was wir vermeintlich erfahren, stets vorgeben.

Gegen diese Position von Scott kann man meines Erachtens zu Recht einwenden, daß sie denselben Fehler macht, den sie den Kritisierten vorwirft: Weil „Scott Diskurse in irgendeinem Sinn für unmittelbarer ‚gegeben‘ hält als Erfahrungen“, ist sie letztlich ebenfalls einer „essentialistischen Betrachtungsweise“ verpflichtet, wie Ute Daniel betont<sup>45</sup>. Übersehen wird dabei ebenfalls, daß heute niemand mehr ernsthaft eine „Zuschauertheorie des Erkennens“ vertritt, die Erfahrung als Widerspiegelung von objektiven Realitäten konzeptualisiert<sup>46</sup>. Desgleichen wird heute niemand mehr ernsthaft behaupten, daß Erfahrung ein gänzlich subjektiver Prozeß sei. Spätestens seit der vielgelesenen Untersuchung von Thomas S. Kuhn über die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen ist der Gedanke Allgemeingut geworden, daß es weder in der Wissenschaft noch im Alltag so etwas wie ungeborene Erfahrung empirisch vermeintlich real gegebener Fakten gibt. Vielmehr sammeln, interpretieren und konstruieren wir empirische Fakten immer unter dem Vorgriff auf Theorie, sei es in der Wissenschaft in Gestalt expliziter Theorien und Hypothesen, sei es im Alltag unter Vorgriff auf sprachlich vorgeformte Ordnungsvorstellungen und Diskurse.

Aber ebenso unbestritten ist, daß Wissenschaftler unter bestimmten Umständen in der Lage sind, ihre Theorien und Hypothesen zu verwerfen und neue zu entwickeln. Sie tun das in der Regel aufgrund der Erfahrung, daß ihre Theorien im Sinne Karl W. Poppers falsifiziert werden. Das heißt, daß die konstruierten Fakten Eigenschaften und Dimensionen aufweisen, die aufgrund der Theorie und Hypothesen nicht erwartet worden sind. Wissenschaftliche Erfahrung bedeutet also nicht Erkennen der objektiven Welt, sondern nur die Einsicht, daß die unter theoretischen Vorgriffen konstruierten Fakten den theoretischen Erwartungen entsprechen oder widersprechen.

Nach den Ergebnissen der Kulturgeschichte des Bauernkriegsereignisses von 1653 spricht alles dafür, daß auch politische Akteure die Fähigkeit zur Erfahrung qua Falsifizierung besitzen. In diesem Sinn meint Erfahrung nichts anderes als die in der politischen Praxis im Sinne von Sprach- und Tathandlungen erzeugte Irritation darüber, daß die in der historischen Semantik eingelagerten Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte und die dadurch strukturierten Praktiken nicht mehr die erhofften Ergebnisse zeiti-

<sup>45</sup> Ute Daniel, Erfahrung – (k)ein Thema der Geschichtstheorie?, in: L'Homme, Z.F.G. 11 (2000), 120–123.

<sup>46</sup> Ebd., 123.

gen, daß sie gescheitert sind und also falsifiziert wurden. Als Folge dieser irritierenden Erfahrung stellten die Akteure im Bauernkrieg zugleich ihre Agency unter Beweis: Sie veränderten und erneuerten ihre habitualisierten Wahrnehmungs-, Handlungs-, und Sprechweisen durch reflexiv-schöpferische Lernprozesse – allerdings mit zuweilen sehr mißlichen Resultaten, wie ebenfalls deutlich geworden ist. Aber daß es den Aufständischen überhaupt möglich war, reflexiv lernend aus dem Gefängnis der Sprache auszubrechen, tröstet. Ihre so geschriebene Geschichte stimmt grundsätzlich zuversichtlich – zuversichtlicher jedenfalls als eine einseitig konstruktivistisch und diskursgeschichtlich orientierte Kulturgeschichte des Politischen, die sich pessimistisch darin erschöpfen muß, die semantischen Mauern zu beschreiben, die die Akteure ein Leben lang gefangenhalten.



# Symbolische Politik – Symbolische Praxis

## Zum Symbolverständnis in der deutschen Politikwissenschaft

Von *Gerhard Göhler*, Berlin

Wenn Politik als *symbolisch* bezeichnet wird, so ist damit in der politischen Alltagssprache, aber auch in der Politikwissenschaft gemeint, sie sei „bloß“ symbolisch, nämlich inhaltsleer, substanzlos, durch Schlagworte überdeckt, „inszeniert“ usw. Das läßt sich gut nachvollziehen – medienvermittelte Politik erweckt in der Tat häufig den Eindruck, in der Sache stecke eigentlich nichts dahinter. Es geht, so scheint es, nicht um „gute“ oder um „schlechte“, „richtige“ oder „falsche“ Politik, sondern um die Frage, ob überhaupt etwas geschieht oder nicht nur alles verdeckt wird in der modernen Politik. Da läßt sich trefflich streiten. Tatsächlich wird hier allerdings ganz selbstverständlich eine sehr weit reichende Voraussetzung gemacht. Es liegt nämlich die Vorstellung zugrunde, daß sich Inhalt und Ausdruck, Realität und ihre Darstellung fein säuberlich trennen lassen. Da gibt es allerdings zwei Probleme:

1. Alle konstruktivistischen Ansätze zum Verständnis sozialer Wirklichkeit unterscheiden nicht zwischen Sprache und Realität, zwischen dargestellter Realität und „Realität als solcher“. Vielmehr sehen sie Realität erst durch Sprache, also durch die Darstellung der Realität konstituiert.
2. Gesetztzt, das Problem des Verhältnisses von Sprache und Realität sei gelöst. Da bereiten dann die Symbole Schwierigkeiten. Symbole sind sprachlich einsetzbare Zeichen, aber es ist die Frage, ob alle sprachlichen Zeichen in einem genaueren Sinn auch Symbole sind. Hier sind die konstruktivistischen Ansätze noch wenig präzise, häufig werden Symbole und Zeichen nicht voneinander unterschieden. Wenn diese Unterscheidung allerdings gelten soll, so lassen sich Symbole nur als eine Teilmenge von Zeichen auffassen. Dann stellt sich die Frage, was denn Symbole zusätzlich zu Sprache und Zeichen überhaupt spezifisch zur Realitätskonstruktion beitragen.

Angesichts solcher Überlegungen erscheint das Konzept der „symbolischen Politik“, wie es die Politikwissenschaft gern verwendet, völlig unkomplex. Tatsächlich muß es darum gehen, Politik stets als *symbolische Praxis* zu begreifen. Politik hat es immer mit Symbolen zu tun und ist ohne

die Symboldimension nicht angemessen zu begreifen. Das erfordert zwei Vorentscheidungen: Politische Realität ist erstens – wie jede soziale Wirklichkeit – sprachlich, durch Zeichen konstituiert, und zweitens, als symbolische Praxis, durch spezifisch symbolische Mechanismen geprägt. „Symbolische Politik“ im Sinne von Inhaltsleere und Verdeckung ist nur ein Teilbereich von symbolischer Praxis.

Im Folgenden wird das Konzept der „symbolischen Politik“ in seinen Grundannahmen beleuchtet (1), sodann werden die beiden Vorentscheidungen diskutiert, die es zu treffen gilt, um Politik angemessen als *symbolische Praxis* zu begreifen (2 und 3). Daraus lassen sich Folgerungen für erforderliche Leistungen der Politik ziehen, nämlich ihre Integrationsleistung vermittels ihrer Symbole (4)<sup>1</sup>.

### I. Das Konzept der „symbolischen Politik“ und seine Grundannahmen

Das Konzept ist in Deutschland vor allem durch die Arbeiten von Sarcinelli und durch die Rezeption von Edelman zu einem verbreiteten Denkmuster geworden. „Symbolische Politik“ ist seitdem ein vor allem negativer Begriff, um sich kritisch gegen eine solche als modern wahrgenommene Form der Politik abzusetzen.

Sarcinelli<sup>2</sup> geht davon aus, daß in der modernen Mediengesellschaft die politische Realität nicht mehr über direkte Erfahrung, sondern über symbolische Sinnwelten wahrgenommen wird, welche die Realität unmittelbarer Erfahrung durch eine medial konstruierte Realität ersetzen. Die Politiker müssen sich daher ihre Unterstützung weniger über Sachargumente als vielmehr über symbolische Politiksurrogate einholen. So werden sie anstelle von Sachwaltern der Politik zu ihren szenischen Darstellern. Sarcinelli untermauert diese These durch eine empirische Untersuchung der politischen Kommunikation in Wahlkämpfen. Hier ist die These in der Tat nicht weiter verwunderlich, denn daß Wahlkämpfe Inszenierungen und Selbst-Stilisierungen der politischen Bewerber sind, leuchtet unmittelbar ein. Aber ist das bereits die politische Realität?

---

<sup>1</sup> Ich habe mich mit diesen Fragen seit längerem befaßt, grundlegend: *Gerhard Göhler* [u. a.], *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden 1997; *ders.*, *Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation*, in: *Institution – Macht – Repräsentation*, hrsg. v. dems., 11 – 62; zum Rationalitätspotential der Symbole in der Politik: *ders.*, *Rationalität und Symbolizität der Politik*, in: *Politische Theorie – heute*, hrsg. v. Michael Th. Greven / Rainer Schmalz-Brunn, Baden-Baden 1999, 255 – 274; zur Rolle von Symbolen bei Integration und Steuerung: *ders.*, *Politische Symbole – symbolische Politik*, in: *Politik und Bedeutung. Festschrift Ralf Rytlewsky zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Werner Rossade / Birgit Sauer / Dietmar Schirmer, Wiesbaden 2002, 27 – 42.

<sup>2</sup> *Ulrich Sarcinelli*, *Symbolische Politik*, Opladen 1987.

Edelman hatte zuvor seine Untersuchung umfassender angesetzt. Es geht ihm nicht sogleich, wie er zunächst ankündigt, um die Vorführung, „wie Politiker und politische Institutionen durch geschickte Selbstdarstellung die wahren Zustände verschleieren“<sup>3</sup>. Er stellt vielmehr fest, daß „gerade die wichtigsten ‚demokratischen‘ Institutionen ihrer Funktion nach symbolisch und expressiv sind“<sup>4</sup>, und deshalb versucht er in einer umfassenden Politikanalyse, die zugrunde liegenden symbolischen Prozesse herauszuarbeiten. Allerdings erhalten sie für ihn dann doch auf diese Weise den Charakter des bloßen Spektakels, der mehr oder weniger bewußten Inszenierung und Dramaturgie seitens der politischen Akteure. So gelangt er einerseits zu dem niederschmetternden Resultat, daß die Regierungen kaum jemals auf das Volk hören und die sozialen Probleme nicht rational in Angriff nehmen<sup>5</sup>; andererseits kann er ein solches Verdikt nur begründen, indem er von vornherein die Symbolizität von der Sachangemessenheit in der Politik abtrennt, so daß Symbole nurmehr zum „Rationalitätsersatz“<sup>6</sup> degenerieren.

Was sind dabei die Symbole? Edelman hatte ursprünglich zwischen Verweisungs- und Verdichtungssymbolen unterschieden, um mittels dieser Unterscheidung zu einem Kriterium von Rationalität und Irrationalität der Symbole zu gelangen. Erstere haben eine klaren Hinweis-Charakter, letztere verunklaren durch ihre Gefühlsdimension<sup>7</sup>. Inzwischen hat er diese Unterscheidung aufgegeben<sup>8</sup>, was aber die Rolle von Symbolen in der Politik nicht deutlicher macht. Sarcinelli geht hier einen Schritt weiter.

Er unterscheidet nicht nur zwischen „politischer Symbolik“ und „symbolischer Politik“<sup>9</sup>, sondern er gibt auch eine differenzierte Symbolbestimmung<sup>10</sup>. Symbolischem Handeln im allgemeinen und symbolischer Politik im besonderen könne man spezifische Funktionen zuordnen, die offensichtlich im „Symbolischen“ des Handelns oder der Politik begründet sind. Symbole, wenn in der Politik mit der Konsequenz von „symbolischer Politik“ verwendet, machen diese *regressiv* (in ihrer Vielschichtigkeit verdichtet und vereinfacht), *nomisch* (legitimitätsstiftend) und *affektiv* (die Gefühle ansprechend). Aber Sarcinelli benutzt diese Symboldefinition doch wiederum

<sup>3</sup> Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns (am. 1964/1971), ND Frankfurt a. M./New York 1990.

<sup>4</sup> Ebd., 16.

<sup>5</sup> Ebd., 189.

<sup>6</sup> Ebd., 27.

<sup>7</sup> Ebd., 5.

<sup>8</sup> Ebd., Vorwort VIII f.

<sup>9</sup> Ulrich Sarcinelli, Symbolische Politik und politische Kultur, in: Politische Vierteljahrsschrift 30 (1989), 292–309, hier 295.

<sup>10</sup> Ebd., 296.

nur, um in seinem Argument zu bleiben: daß die aufgelisteten Mechanismen der Symbole eine zweite Realität, eben eine Schein-Realität konstitutieren, nicht einen „Wirklichkeitsausschnitt“<sup>11</sup> wiedergeben.

Es bleibt also bei einer Verdoppelung der Realität: die „echte“, „eigentliche“ Realität der Politik, in der Sachentscheidungen anstehen und gefällt werden müssen, steht der „äußersten“, „präsentierten“ Realität der Politik gegenüber, welche von den Eliten zur Selbstlegitimation und Herrschaftssicherung unter das Volk gebracht wird. Wahlkämpfe sind dafür eine besonders geeignete Arena. So wenig an solchen Beobachtungen zu zweifeln ist, so fragwürdig bleibt doch das damit behauptete Konzept einer Verdoppelung der Realität. Leben wir tatsächlich in zwei Realitäten? Das konstruktivistische Argument besagt ganz generell, daß wir es immer nur mit einer einzigen Realität zu tun haben, jener nämlich, die in der jeweiligen Situation durch soziales Handeln, Reden, Präsentieren, also insgesamt durch soziale Interaktion erst zustande kommt. Sie ist deshalb stets schon kommunikativ und eben auch symbolisch vermittelt. Wenn diesem Argument Gewicht zugebilligt wird, ist „symbolische Politik“ nicht ein spezifischer, abgrenzbarer Modus von Politik, sondern Politik ist stets auch symbolisch, eine Trennung wird unmöglich.

## II. Vorentscheidung 1: Was ist politische Realität?

Intuitiv und im Alltagsverständnis haben wir es stets nur mit einer einzigen Realität zu tun, nämlich mit jener, die wir unmittelbar selbst erleben. Hier wäre eine Verdoppelung sinnlos. Aber die wissenschaftliche Analyse, insbesondere wenn sie ideologiekritisch ausgerichtet ist, redet uns das aus. Sie belehrt uns, daß unser Erleben – etwa im Fall der Politik – gar nicht die für uns insgesamt maßgebliche und für uns prinzipiell zugängliche Realität umfaßt, derer wir uns sicher wähnen, sondern häufig nur einen Ausschnitt, welcher vor allem der gezielten Vorgaukelung von Tatsachen dient. Politische Realität ist damit zweigeteilt in einerseits die naive Wahrnehmung und andererseits das aufgeklärte Aufnehmen dessen, worum es wirklich geht. Für die Verschleierung von schlechter Realität und ihre Durchbrechung durch kritische wissenschaftliche Analyse gibt es in der Tat gute Argumente. Es ist nur fraglich, ob die damit unternommene Unterteilung in eine „tatsächliche“ und eine willentlich „produzierte“ Realität, welche normativ stets die erstere gegen die letztere ausspielt, auch dann ein sinnvolles Unterfangen ist, wenn nicht nur Täuschungsmanöver aufgezeigt, sondern die relevanten Strukturen und Mechanismen unserer sozialen Realität überhaupt begriffen werden sollen. Neuere, konstruktivistische Ansätze argumentie-

---

<sup>11</sup> Ebd., 295.

ren, daß eine Aufspaltung von Realitäten als Analyseschema wenig taugt, wenn hier voneinander unabhängige Bereiche (anstelle unterschiedlicher Dimensionen) behauptet werden.

1. Der bekannteste Ansatz für eine integrierende Sicht ist die *Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* von Berger/Luckmann. Die Autoren legen damit eine „Theorie der Wissenssoziologie“<sup>12</sup> vor. Gemeint ist: Die Konstitution erfolgt zunächst in der Alltagswirklichkeit, denn diese produziert ein Wissen, welches das Verhalten reguliert<sup>13</sup>. So wird das Wissen im Alltag zum Gegenstand der Analyse durch die Wissenssoziologie. Diese kann nun zeigen, wie der in Generationen gespeicherte Wissensvorrat einer Gesellschaft die Ortsbestimmung des Individuums in der Gesellschaft ermöglicht und wie das Individuum selbst sich auf diese Weise in der Gesellschaft zu verhalten hat.

Die Perspektive des Wissens in der Alltagswelt führt allerdings zu einer eigentümlichen Bestimmung von Symbolen. Bezogen auf den Zusammenhang von Symbolen und Politik kommt den Symbolen im Modell von Berger/Luckmann zunächst eine nachgeordnete Bedeutung zu. Für die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit sind Symbole nicht unmittelbar erforderlich, weil sie die Alltagswelt als solche nicht konstituieren. Aber sie sind mit der Alltagswelt verbunden und haben eine sehr wichtige „sekundäre“ Funktion. Symbole verweisen aus der Alltagswelt auf andere, möglicherweise übergeordnete „Sinnprovinzen“ wie Religion, Kunst oder Wissenschaft, die auf diese Weise der Alltagswelt als Symbolsysteme gegenüberstehen und auf sie einwirken, weil sie aus der Perspektive der Alltagswelt als „Grenzsituationen“ erfaßt werden<sup>14</sup>. Symbolisch generierte „Sinnwelten“ sind umgreifend, synoptisch, sie integrieren die individuelle Sinnhaftigkeit und strukturieren damit zugleich die Alltagswelt<sup>15</sup>.

Die Schwierigkeit, im Sinne von Berger/Luckmann die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit mit Hilfe von Symbolen zu verstehen, liegt darin, daß einerseits Symbole für die Alltagswelt nicht konstitutiv sind, andererseits in Form von Sinnwelten die Individuen in die von ihnen konstituierte Wirklichkeit erst integrieren. Die Rolle von Symbolen ist merkwürdig prekär, ihr Charakter bleibt unbestimmt.

2. Demgegenüber unternimmt Cassirer in seiner *Philosophie der symbolischen Formen*<sup>16</sup> den Aufweis, daß Wirklichkeit grundsätzlich und durch-

<sup>12</sup> Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie (am. 1966), Frankfurt a. M. 1980.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., 21.

<sup>14</sup> Ebd., 42, 102 f.

<sup>15</sup> Ebd., 104 f.

<sup>16</sup> Ernst Cassirer, Philosophie der symbolischen Formen (1923–1928), 3 Bde., 2. Aufl., Darmstadt 1953 ff.

gehend durch Symbole konstituiert ist. Das Argument enthält zwei Schritte. Zunächst geht Cassirer ganz naheliegend davon aus, daß Wirklichkeit für uns stets physisch und geistig zugleich ist. Menschliche Wirklichkeit ist eine Verbindung von Natur und Kultur, von Sinnlichem und Sinnhaftem. Das eine ist nicht ohne das andere. Wenn dem ganz unzweifelhaft so ist, so wird entscheidend, wie ihre Verbindung aussieht, denn erst diese erbringt die „Wirklichkeit“. Das ist der zweite Schritt, er führt in radikaler Weise zu den Symbolen. Der Mensch kann mit seiner Welt und auch mit seinesgleichen nur umgehen, wenn er sich *ausdrückt* – wenn er also zwischen sich und all dem, was ihm begegnet und was er schafft, eine Distanz legt, indem er es geistig reproduziert. So drückt er es *symbolisch* aus. Der Mensch ist ein „symbolisches Wesen“, ein *animal symbolicum*<sup>17</sup>. „Symbolisieren heißt die Tätigkeit, die vermöge der ‚geistigen Energie‘ [...] des Menschen, der ‚Energie des Bildens‘ [...] aus sinnlichen Eindrücken ein konkret sinnliches Zeichen formt“<sup>18</sup>. Das systematische Ergebnis dieser Tätigkeit des Symbolisierens ist die *symbolische Form*, und es gibt ebenso viele Formen mit eigenen Gestaltungsprinzipien wie es symbolisierende Tätigkeiten gibt. Grundlegend sind die mythisch-religiöse, die ästhetische und die wissenschaftliche symbolische Form: sie entsprechen den symbolischen Tätigkeiten des Ausdrückens (für den Mythos), des Darstellens (für die Kunst) und des Bedeutens (für die Wissenschaft). Dazu kommen als „Elementarform“ die Sprache und als „Sonderformen“, deren Reihe fortgesetzt werden könnte, die Technik und die historische Erkenntnis. Entscheidend ist in unserem Zusammenhang: Die Welt ist für den Menschen nicht unmittelbar gegeben, sie ist von ihm herausgebildet und entsteht ihm erst durch das Medium des Symbolischen. Das Symbolisieren ist Weltverstehen und darüber hinaus auch Welterschaffen zugleich. Die Welt wird erst durch das Symbolisieren zum Gegenstand, zwischen Gegenstand und Symbol besteht letztlich für den Menschen kein Unterschied. „Die symbolische Formung ist eine Gestaltung zur Welt, nicht eine Gestaltung der Welt“<sup>19</sup>.

Aber für die Frage nach dem Verhältnis von Symbolen und Politik wird bei Cassirer der Symbolbegriff selbst zum Problem. Mit seinem weiten Symbolverständnis läßt sich die Rolle des emotionalen Faktors und seines symbolischen Ausdrucks als konstitutives Element von Politik nicht trennscharf erfassen. Hier ist ein engeres Symbolverständnis erforderlich, auf das Sarcinelli bereits zu Recht hingewiesen hat, das aber im Gegensatz zu seiner Vorstellung konstruktivistisch begriffen werden muß.

<sup>17</sup> *Ders.*, Versuch über den Menschen. Eine Einführung in die Philosophie der Kultur (am. 1944), Frankfurt a. M. 1990, 51.

<sup>18</sup> *Hyang Mi Oh*, Ernst Cassirers Philosophie der philosophischen Formen. Eine kulturphilosophische Totalitarismuskritik, Phil. Diss. Berlin 1999, 40.

<sup>19</sup> *Ebd.*, 44; vgl. Cassirer, Symbolische Formen (Anm. 16), I, 9.

3. Ein weiteres Problem kommt hinzu: Wenn Wirklichkeit im Sinne von Cassirer Wirklichkeit nur dadurch ist, daß sie symbolisch strukturiert wird, so ist mit solchen Strukturen stets *Macht* verbunden. Nicht alle Symbole strukturieren gleichermaßen, die Realität ist vielmehr strukturiert durch bestimmte Symbole und durch andere Symbole nicht. Strukturierende Symbole sind herrschende Symbole, nicht-strukturierende Symbole sind ohnmächtig. Die Machtverteilung kann sich bekanntlich im Lauf der Geschichte ändern, bislang ohnmächtige Symbole gewinnen Strukturierungsmacht, bisher herrschende Symbole verlieren dieses Privileg. Symbole sind daher stets umkämpft, und diesem Zusammenhang ist Cassirer nicht nachgegangen, weil ihn symbolische Formen nur auf einer grundsätzlichen philosophischen Ebene, nämlich transzental, als Bedingungen der Möglichkeit unserer Realität interessieren.

An Cassirer ebenso wie an Marx anknüpfend hat Bourdieu diesen Zusammenhang in soziologischer Sichtweise unter dem Stichwort der *symbolischen Macht* analysiert<sup>20</sup>. Sein Hauptinteresse gilt der Weiterführung der Marxschen Frage, wie die Gesellschaft durch das Kapital in soziale Klassen strukturiert wird. Aber er faßt die Herrschaft des Kapitals nicht allein ökonomisch, sondern auch kulturell und sozial, und alle diese Formen können in „symbolisches Kapital“, in eine „als legitim anerkannte Form“<sup>21</sup> überführt werden. So ist es für Bourdieu vor allem diese symbolische Macht, mit welcher das Kapital die soziale Realität strukturiert, und auf diese Weise bezieht er die idealistische Symboltheorie von Cassirer ausdrücklich in seine Strukturierungstheorie mit ein.

Den Individuen kommen im Sozialen jeweils bestimmte Positionen zu, die sie von den anderen Individuen unterscheiden und die das „soziale Feld“ strukturieren. Die jeweilige Position ist mehrdimensional und keineswegs allein ökonomisch bestimmt. Die entscheidende Festlegung erbringt der *Habitus*; mit dieser Kategorie entfaltet Bourdieu eine den symbolischen Formen Cassirers vergleichbare Konstitution sozialer Realität. Der Habitus ist nicht nur ein individuelles äußerliches Kennzeichen im Alltag, er ist der Inbegriff von Dispositionen einer Gruppe von Menschen im Raum des Sozialen. Der jeweilige Habitus wird zum gesellschaftlichen Unterscheidungsmerkmal, weil er soziale Positionen in der Form von Wahrnehmungsmustern konstituiert, welche in Lebensstilen ihren Ausdruck finden. Er steuert die Selbst- und die Fremdzurechnung, die Wahrnehmung von Zugehörigkeit

<sup>20</sup> Pierre Bourdieu, Symbolic Power, in: Critic of Anthropology 4 (1979), 77–85; ders., Sozialer Raum und „Klassen“, Frankfurt a. M. 1985, 7–46; ders., Social Space and Symbolic Power, in: Sociological Theory 4 (1989), 14–25; vgl. Gerhard Göhler / Rudolf Speth, Symbolische Macht. Zur institutionentheoretischen Bedeutung von Pierre Bourdieu, in: Institution und Ereignis, hrsg. v. Reinhard Blänkner / Bernhard Jussen, Göttingen 1998, 17–48; Göhler, Rationalität und Symbolizität (Anm. 1), 260 f.

<sup>21</sup> Bourdieu, Sozialer Raum (Anm. 20), 11.

und Abgrenzung, und so erhält der Alltag durch ihn erst seine Gestalt. Der Habitus ist zugleich strukturierte und strukturierende Struktur. Als strukturierende Struktur bestimmt er jeweils den Lebensstil sozialer Gruppen, bewirkt und präsentiert die sozialen Klassifikationen. Als strukturierte Struktur bringt er die Grundstruktur der Gesellschaft für alle Klassen in gemeinsamen Wahrnehmungsmustern zur Geltung. Würde der Habitus lediglich abgrenzen, so würde die Gesellschaft auseinanderfallen. Der Habitus produziert und verfestigt zugleich die gemeinsamen Wahrnehmungsmuster der Gesellschaft, um die unterschiedlichen Positionen, die stets auch Positionen ungleich verteilter Macht sind, als ein strukturiertes Ganzes zu erleben und als insgesamt vorgegeben bis zu einem gewissen Grade auch zu akzeptieren.

Gemeinsame Wahrnehmungsmuster, wie Bourdieu sie bestimmt, begründen Herrschaft, und als solche können sie nicht transzendentalen Ursprungs sein – hier grenzt sich Bourdieu grundlegend von Cassirer ab. Sie sind soziologisch zu fassen, nämlich als das Resultat von politischen Kämpfen um symbolische Macht. Die herrschenden Kategorien der Wahrnehmung der sozialen Realität bestimmen die Aufteilung in soziale Gruppen. Auch ökonomische Differenzen werden immer in Statusunterschieden und Sozialhierarchien ausgedrückt; sie bemessen sich an der Verfügung über „symbolisches Kapital“. Diejenigen Gruppen, die sich in der Gesellschaft durchsetzen, liefern auch die herrschenden Symbole als exklusive Deutungsangebote. Wenn also, Cassirer zufolge, Symbole die soziale Realität konstituieren, so ist mit Bourdieu zu folgern, daß sie ihre Wirkung nicht in einem allgemeinen und sozial unspezifischen geistigen Horizont entfalten. Sie sind das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, als solche setzen sie sich durch und geben die gesellschaftlich strukturierenden und stets mit Herrschaft verbundenen Deutungsmuster vor.

Unklar bleibt bei Bourdieu, versucht man sein Konzept auf den Zusammenhang von Politik und Symbolen anzuwenden, sein Symbolbegriff: Sind alle äußeren Anzeichen, mit denen gesellschaftliche Strukturierung wahrgenommen wird, bereits unterschiedslos „Symbole“? In diesem Fall müßte – ähnlich wie bei Cassirer – „Politik“ und „symbolische Politik“ einfach gleichgesetzt werden, die spezifische Funktion von Symbolen, auf die Sarcinelli zu Recht hinweist, ließe sich nicht mehr ausmachen. Bezeichnenderweise spricht Bourdieu durchweg nicht explizit von „Symbolen“, sondern immer nur von „symbolischem Kapital“, „symbolischer Macht“ usw., also vom Symbolischen als einer jeweils zu attribuierenden Eigenschaft. Damit wird der wichtige Kern im Konzept von „symbolischer Politik“, daß Symbole nämlich Verdichtungen und darin emotional aufgeladen sind, nicht mehr darstellbar. Eine genauere Bestimmung der Rolle von Symbolen in der Politik wird unmöglich, Politik ist symbolische Politik, symbolische Politik ist Politik. Dieses Ergebnis einer konstruktivistischen Sicht der Wirklich-

keit widerspricht zwar der Realitätsdoppelung im Konzept der „symbolischen Politik“, bleibt analytisch jedoch ziemlich unergiebig.

Es bedarf also einer Vergewisserung dessen, was unter Symbolen überhaupt zu verstehen ist und welches Symbolverständnis hier weiterführen kann.

### III. Vorentscheidung 2: Was sind Symbole?

Das Verständnis von Symbolen müßte zuallererst aus der Semiotik gewonnen werden<sup>22</sup>. In der Tat spielen Symbole in der Zeichentheorie von Peirce eine wichtige Rolle<sup>23</sup>. Aber Peirce – der Klassiker der Semiotik – ist so komplex, daß eine einfache Umsetzung seiner Ideen in eine anwendbare Symboltheorie auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, die bisher noch nicht gelöst wurden<sup>24</sup>. Das mag sich in Zukunft ändern. Plastischer und unmittelbar anwendbar für die diskutierten Fragen symbolischer Politik ist derzeit ein *hermeneutisches* Symbolverständnis<sup>25</sup> das sich als eine Erweiterung des semiotischen Symbolverständnisses auffassen läßt und zwischen Zeichen und Symbolen klar unterscheidet<sup>26</sup>. Es läßt sich sehr gut aus dem semiotischen Dreieck<sup>27</sup> entwickeln:

Das *Zeichen* ist ein *semiotisches* Phänomen. Es steht für einen bestimmten Gegenstand oder Sachverhalt, den es bezeichnet. Der Verwender benutzt das Zeichen als Signifikant für den Gegenstand oder Sachverhalt, den er bezeichnen will, das Signifikat. Die Relationen zwischen Verwender, Signifikant und Signifikat bilden die Grundform des semiotischen Dreiecks.

---

<sup>22</sup> Gerhard Schönrich, Semiotik zur Einführung, Hamburg 1999.

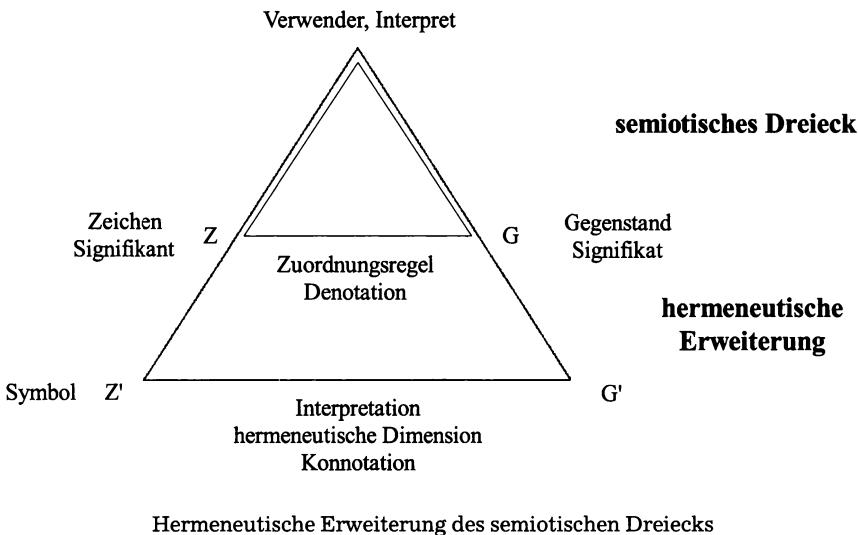
<sup>23</sup> Besonders: Charles S. Pierce, Prolegomena zu einer Apologie des Pragmatismus (am. 1906), in: Semiotische Schriften, hrsg. v. Christian Kloesel / Helmut Pape, Bd. 3, Frankfurt a. M. 2000, 132 – 192; ders., Neue Elemente, in: Zeichen über Zeichen. Texte zur Semiotik von Pierce bis Eco und Derrida, hrsg. v. Dieter Mersch, München 1998, 37 – 56; vgl. dazu Gerd Hülst, Symbol und soziologische Symboltheorie, Opladen 1999, 59 – 72; Michael Hoffmann, Was sind „Symbole“, und wie läßt sich ihre Bedeutung erfassen?, in: Institutionalität und Symbolisierung, hrsg. v. Gert Melville, Köln 2001, 95 – 117.

<sup>24</sup> Bezeichnenderweise kommt Hülst bei der Entfaltung seiner eigenen „Konturen der soziologischen Theorie des Symbols“ (Hülst, Symbol und Symboltheorie [Anm. 23], 339 ff.) nicht mehr auf Pierce zurück.

<sup>25</sup> Gerhard Kurz, Metapher, Allegorie, Symbol, 2. Aufl., Göttingen 1988.

<sup>26</sup> Vgl. Göhler, Institution – Macht – Repräsentation (Anm. 1), 29 f.

<sup>27</sup> Das semiotische Dreieck begegnet inzwischen vielen Vorbehalten (so Schönrich, Semiotik [Anm. 22], 12) und die Auflistung der verschiedenen Auffassungen und Begrifflichkeiten, die Umberto Eco gibt (Umberto Eco, Zeichen. Eine Einführung in seinen Begriff und seine Geschichte, Frankfurt a. M. 1977, 30), stimmt in der Tat nicht hoffnungslos. Die Figur bleibt allerdings anschaulich genug, um ein hermeneutisches gegenüber einem semiotischen Symbolverständnis zu demonstrieren.



Das Zeichen ist eine Form der Bezugnahme, in welcher Signifikant eindeutig für einen Sachverhalt steht (Denotation). Seine Bedeutung ergibt sich aus der Zuordnungsregel von Signifikant und Signifikat. Das *Symbol* ist zwar auch ein Zeichen, ein Wort oder ein Bild, aber ein Zeichen *sui generis*. Alle Symbole sind Zeichen, aber nicht alle Zeichen sind auch Symbole. Als Zeichen verweisen Symbole auf einen Sachverhalt; aber als Symbole bezeichnen sie ihn nicht abkürzend so, daß jedes Mitglied einer Kommunikationsgemeinschaft das gleiche darunter versteht. Symbole stellen einen Sachverhalt so dar, daß er erst interpretiert werden muß. Die Bedeutung der Symbole beruht also auf der Deutung, die vom jeweiligen Interpreten vorgenommen wird – sie ist nie eindeutig, sondern sie ergibt sich erst aus der Art und Weise, wie die Symbole auf den Interpreten wirken, wie sie von ihm begriffen und verwendet werden (Konnotation). Das Symbolische ist keine besonders bunte oder undeutliche Form der Bezeichnung, sondern ein bestimmter Textgebrauch oder ein bestimmter Umgang mit den Zeichen, bei dem der Signifikant einer Deutung unterworfen wird. Erst durch ihre Deutung werden Sachverhalte und Ereignisse zu Symbolen. Symbole sind ein *hermeneutisches Phänomen*<sup>28</sup>. Die Deutung durch den Interpreten bringt seine ganze Lebenswelt mit ein: sein Wissen, seine Erfahrungen, seine

<sup>28</sup> „Das Symbol bezeichnet und benennt nicht. [...] Die Bedeutung sprachlicher Zeichen kenne ich, ich habe sie gelernt, die Bedeutung von Symbolen muß ich deuten. Erst durch ihre Deutung werden Gegenstände und Ereignisse zu Symbolen. Die symbolische Bedeutung ist die symbolische Deutung. Das Symbol ist kein semiotisches, es ist ein hermeneutisches Phänomen“. (Kurz, Metapher, Allegorie, Symbol [Anm. 25], 80).

Grundsätze, seine Emotionen. Auf diese Weise ist das semiotische Dreieck hermeneutisch zu erweitern.

*Die Deutung ergibt einen Überschuß und bezieht zugleich den Interpreten mit ein – das ist das Verständnis der hermeneutischen Symboltheorie.*

Insgesamt also sind Symbole weder eine Verschleierung von Wirklichkeit (denn sie sind es, die diese erst konstituieren), noch geben sie ein umfassendes Abbild dieser Wirklichkeit. Das erste spricht gegen, das zweite mit Einschränkungen für das Konzept der symbolischen Politik. Die symbolische Dimension muß umfassender gesehen werden – sie ist unhintergehbar und kann zugleich mißbraucht werden. In der Konstitution politischer Realität haben Symbole eine *präsentative Funktion*<sup>29</sup>. Sie bringen, wenn sie positiv wahrgenommen werden, alles das zum Ausdruck, was grundlegend für den Zusammenhalt und die Legitimation eines Gemeinwesens ist, ihre Werte und ihre Ordnungsprinzipien. Auf diese Weise werden Inhalte grundsätzlich nicht verschleiert, sondern im Zuge der Realitätskonstitution durch Symbole erst zur Geltung gebracht.

#### **IV. Was leisten Symbole? Integration und symbolische Politik**

Durch ihre präsentative Funktion erbringen politische Symbole ganz spezifische Integrationsleistungen für das Gemeinwesen. Politische Integration läßt sich stets doppelt verstehen: Sie ist einerseits *technisch*, indem Normen vereinheitlicht und Handlungsabläufe koordiniert werden (wie im Falle der europäischen Integration) – oder aber sie ist im Sinne von Parsons *normativ*, indem die Bürger sich in den Angelegenheiten, die sie alle betreffen und so weit das in einem modernen Gemeinwesen erforderlich ist, auf grundlegende Gemeinsamkeiten hin ausrichten bzw. ausrichten lassen. Auf diese Weise werden sie mittels der Werte und Normen des Gemeinwesens integriert. Habermas faßt den Unterschied als System- und Sozialintegration<sup>30</sup>. Gelingende normative Integration ist eine funktionale Bedingung für den Bestand eines Gemeinwesens, und Symbole sind hierfür konstitutiv. Normative Integration ist erfolgreich, wenn sich die Bürger an den Werten und Ordnungsprinzipien orientieren, die dem Gemeinwesen zugrunde liegen, so daß ein Mindestmaß an Identifikation und kollektiver Identität erreicht wird. Orientierung erfolgt stets über Symbole, nämlich über Gehalte, die ein Ge-

<sup>29</sup> Göhler, Institution – Macht – Repräsentation (Anm. 1), 36 f.; Rudolf Speth, Symbol und Fiktion, in: Göhler, Institution (Anm. 1), 71, 84.

<sup>30</sup> Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1973, 14 ff.; ders., Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Bde., Frankfurt a. M. 1981, II 277 f.; dazu Bernhard Peters, Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1993. Über die symbolischen Mechanismen der normativen Integration: Göhler, Zusammenhang von Institution (Anm. 1), 31 ff., 50 ff. und öfter.

meinwesen und seine Institutionen als maßgebend für alle Beteiligten zum Ausdruck bringen. Deshalb ist die Verfassung nicht nur wichtig durch ihre Regelungen für Konfliktfälle, sondern mehr noch durch ihre Symbolizität für alle Bürger<sup>31</sup>; das gleiche gilt für das symbolische Handeln von Politikern.

Für den Zusammenhang von Politik und Symbolen ist nun entscheidend, welche Mechanismen hierbei wirksam sind:

1. Symbole wirken nicht nur in der kognitiven, sondern unmittelbar und ebenso konstitutiv auch in der affektiven Dimension.
2. Sie sind eine Verdichtung von Sachverhalten zu unmittelbaren Anschauungsgehalten. Dadurch bedürfen sie wiederum der Interpretation, um angenommen und verstanden zu werden. Sie lösen Assoziationen aus, und erst zusammen mit den weiterführenden Assoziationen des Interpreten ist der Symbolgehalt von ihm aufgenommen.
3. Der Assoziationszusammenhang ist nicht eindeutig festgelegt, die Interpretationsrichtung nicht vorgegeben. Wie Symbole verstanden werden, welche Assoziationen sie eröffnen, ist stets kontextabhängig: variierend nach Person, Zeit, Gruppenzugehörigkeit usw. Damit Symbole angenommen und verstanden werden, bedarf es auf Seiten der Interpreten gewissermaßen eines Resonanzbodens, der durch die Symbole zum Schwingen gebracht wird. Von diesem Resonanzboden hängt es ab, ob die Symbole „ankommen“ und wie sie in ihrer Verdichtung ausgedeutet werden. Wird der Resonanzboden aktiviert, so ergibt sich daraus normative Integration; wird er nicht aktiviert, verliert das Gemeinwesen früher oder später seine Legitimation.
4. Durch Symbole wird also kein Anspruch auf eindeutiges Verständnis erhoben, die Orientierung an Symbolen bewirkt keine eindeutige Reaktion, sie ist kein Ursache-Wirkungs-Verhältnis: Symbole sind motivbildend für individuelles und kollektives Handeln, sie bieten auf einem bestimmten Resonanzboden Orientierungen an. Sie kanalisieren menschliches Verhalten aber nicht in einem mechanischen Kausalzusammenhang; ihre Wirkung bleibt immer offen.

Auf diese Weise können Symbole die normative Integrationsfunktion der Politik in einem nicht-instrumentellen Sinn und trotzdem erfolgreich erfüllen. Sie verdichten die grundlegenden Werte und Ordnungsvorstellungen eines Gemeinwesens zu Anschauungsgehalten, sie halten sie auf diese Weise für die Bürger sichtbar präsent. Sie sind eine notwendige Ausdrucksform des Gemeinwesens (siehe Cassirer), und sie sprechen damit nicht nur die

---

<sup>31</sup> Jürgen Gebhardt, Verfassung und Symbolizität, in: Institutionalität und Symbolisierung (Anm. 23), 585–601; Hans Vorländer (Hrsg.), Integration durch Verfassung, Wiesbaden 2002.

kognitive, sondern auch die emotionale Seite von Politik an, die für die Akteure und Adressaten von Politik gleichermaßen wichtig ist und deshalb für die Orientierung der Bürger nicht außerhalb bleiben kann. Die Wirkung von Symbolen ist aber nicht berechenbar, vielmehr bleibt sie im Normalfall weitgehend offen. Symbole können keine uniformen Ausrichtungen erzeugen, weil sie stets auf der Empfängerseite interpretiert werden. Finden sie hier keinen positiven Resonanzboden, so mißlingt normative Integration<sup>32</sup>. Ist die Empfängerseite allerdings so aufgeladen und ihrerseits auf emotionale Uniformität hin ausgelegt, daß sie mit voller Resonanz reagiert, dann bricht die symbolische Wirkung von Politik alle Dämme. Der Siegeszug des Nationalsozialismus in Deutschland ist ein anschauliches und zugleich warnendes Beispiel.

„Symbolische Politik“, wie sie die Politikwissenschaft gemeinhin versteht, ist als Konzept also unscharf und unbefriedigend. Tatsächlich ist symbolische Politik nichts anderes als die Bezeichnung für den Sachverhalt einer symbolischen Konstruktion der politischen Realität, nämlich *symbolische Praxis*. Hier bewirkt der Symbolcharakter der Politik, so er gelingt, eine normative Integration. Andererseits kann der Grad an Interpretationsfähigkeit und Beliebigkeit, der jede Symbolbeziehung kennzeichnet, auch zur Inhaltsleere und Verdeckung von Sachverhalten führen – eben zu dem, was gemeinhin einseitig-negativ unter „symbolischer Politik“ verstanden wird. Aber die Einbeziehung von Symbolen in die Bestimmung von Politik führt nicht zwangsläufig in diese Richtung. Ganz im Gegenteil: Politik kann nur vermittels ihrer symbolischen Mechanismen – wenn überhaupt – jene Integrationsleistung erbringen, die ihr auch heute noch abzufordern ist.

Dieser Befund läßt sich erweitern. Wann immer die Mechanismen der Realitätskonstitution bestimmt werden, ist die symbolische Dimension unabweisbar. Dieser Hinweis bedeutet keine Leerformel: Mit den Symbolen kommen ganz spezifische Mechanismen ins Spiel, die nicht in kausale Zusammenhänge überführbar und trotzdem von erheblicher Wirkung sind. Das mag zunächst paradox erscheinen. Aber symbolische Wirkungen lassen sich nicht über schlichte Rationalisierungen erfassen, gleichzeitig besteht keinerlei Anlaß zur Mystifizierung. Symbole haben eben ihre eigene Logik.

---

<sup>32</sup> Auf den Zusammenhang von Integration, Erleben und Symbolen hat insbesondere Rudolf Smend in seiner Verfassungslehre hingewiesen (*Rudolf Smend, Verfassung und Verfassungsrecht [1928]*, in: *Staatsrechtliche Abhandlungen*, hrsg. v. dems., 2. Aufl., Berlin 1968, 119–276, hier 124–139, 144 f., 162–164).



# **Historizität, Institutionalität, Symbolizität**

## **Grundbegriffliche Aspekte einer Kulturgeschichte des Politischen**

Von *Reinhard Blänkner*, Frankfurt (Oder)

### **I. „Kulturgeschichte des Politischen“ als historisch-kulturwissenschaftlicher Blick auf das Politische**

Kulturgeschichte und Politikgeschichte treten gegenwärtig aus dem Schatten ihres traditionellen Antagonismus heraus. Alte Streitfragen wie die die deutsche Geschichtswissenschaft um 1900 im „Lamprecht-Streit“ bewegende Kontroverse zwischen einer auf den „Staat“ als normative politische Ordnungskategorie fixierten Geschichtswissenschaft und einer erneuerten, methodologisch an den Naturwissenschaften orientierten nomothetischen Kulturgeschichte haben ihren polemischen Sinn verloren und sind durch neue wissenschaftliche Oppositionen ersetzt worden. Diese, nicht die Beilegung früherer Kontroversen, deren Nachhall in der traditionellen Politik- und Verfassungsgeschichte gleichwohl noch immer erheblich ist, bilden den Hintergrund für die aktuellen Debatten über Kulturgeschichte<sup>1</sup>.

Einer der wichtigsten Ausgangspunkte war dabei die Kritik an der Sozial- und Strukturgeschichte bzw. – vor allem in der deutschen Geschichtswissenschaft – an der Historischen Sozialwissenschaft. Wenn diese sich neuerdings durch die Kulturgeschichte „herausgefordert“ fühlt<sup>2</sup>, so zeigt dies deren nachhaltig gewachsenen Einfluß im zurückliegenden Jahrzehnt. Aus der marginalen Position, die die neue Kulturgeschichte noch Mitte der

---

<sup>1</sup> Den besten Einstieg in die mittlerweile uferlose Literatur bieten: *Peter Burke*, Einheit und Vielfalt der Kulturgeschichte, in: *Eleganz und Haltung*, hrsg. v. dems., Berlin 1998, 247–284; *Ute Daniel*, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001; *dies.*, Alte und neue Kulturgeschichte, in: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG, Beiheft 169), hrsg. v. Günther Schulz u. a., Stuttgart 204, 345–358; Kulturgeschichte Heute (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 16), hrsg. v. Wolfgang Hardtwig / Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996; *Lynn Hunt* (Hrsg.), *The New Cultural History*, Berkeley 1989.

<sup>2</sup> Vgl. *Hans-Ulrich Wehler*, Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998.

neunziger Jahre einnahm<sup>3</sup>, ist sie jedenfalls inzwischen herausgetreten. Waren die Protagonisten der neuen Kulturgeschichte bzw. der historischen Kulturwissenschaft noch „durch die theoretisch-methodologische Schule der Sozialgeschichte hindurchgegangen“<sup>4</sup>, so ist sie heute so weit etabliert, daß sie einer legitimatorischen Abgrenzung gegenüber der Historischen Sozialwissenschaft nicht mehr bedarf. Ihr thematisches Profil und ihre theoretischen Konzepte sind nicht mehr am Maßstab der Historischen Sozialwissenschaft oder – ob immer zu ihrem Vorteil, sei dahingestellt – der Sozialgeschichte orientiert.

Kaum etwas dokumentiert diese kulturalistische Wende eindrücklicher als die Tatsache, daß sich im Zuge der Ablösung des „Sozialen“ bzw. der „Gesellschaft“ durch „Kultur“ als neue wissenschaftlich-intellektuelle Leitdifferenz unter dem Dach der „neuen Kulturgeschichte“ eine Vielzahl heterogener Strömungen versammelt, die zum Teil nur schwer oder gar nicht in Übereinstimmung zu bringen sind<sup>5</sup>. Homogenisierung im Sinne einer wissenschaftlichen Disziplinbildung war freilich nie Absicht der neuen kulturgeschichtlichen Ansätze. Denn Kulturgeschichte ist weder eine „Bindestrich-Geschichte“ (Ute Daniel) oder aspektive Subdisziplin der Geschichtswissenschaft, vergleichbar mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, noch ein separates Wissens- und Handlungsfeld neben Politik und Ökonomie, sondern eine Betrachtungsweise, die die kulturellen Voraussetzungen und Implikationen menschlichen Denkens und Handels historisch untersucht. Theoretisch ist darum ihr Bezug zur Kulturphilosophie und zur Anthropologie unverzichtbar, und praktisch gibt es nichts, was nicht zum Gegenstand kulturgeschichtlicher Forschung gemacht werden kann<sup>6</sup>.

Was die verschiedenen kulturhistorischen Strömungen auf kleinstem Nenner miteinander verbindet, sind vor allem zwei Aspekte – der epistemologische Konstruktivismus wissenschaftlicher Gegenstandskonstitution

<sup>3</sup> S. hierzu etwa den defensiven Duktus in: *Winfried Schulze*, (Hrsg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikrogeschichte, Göttingen 1994; *Richard van Dülmen*, Historische Kulturforschung zur Frühen Neuzeit. Entwicklung – Probleme – Aufgaben, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), 403–429.

<sup>4</sup> *Rudolf Vierhaus*, Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten. Probleme moderner Kulturgeschichtsschreibung, in: Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, hrsg. v. Hartmut Lehmann, Göttingen 1995, 7–28, hier 21.

<sup>5</sup> Hierzu *Egon Fläig*, Kinderkrankheiten der Neuen Kulturgeschichte, in: Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Rainer Maria Kiesow/Dieter Simon, Frankfurt a.M. 2000, 26–47; *Ute Daniel*, Geschichte schreiben nach der „kulturalistischen Wende“, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), 576–599.

<sup>6</sup> Zum offenen, disziplinübergreifenden Charakter der neuen Kulturgeschichte vgl. nachdrücklich *Daniel*, Alte und neue Kulturgeschichte (Anm. 1), 348; *dies.*, Kompendium Kulturgeschichte (Anm. 1), 11–13; *Burke*, Einheit und Vielfalt der Kulturgeschichte (Anm. 1), 267.

(der prinzipiell keineswegs neu ist) und die Aufnahme ethnologischer Erkenntnisweisen, in deren Folge zunächst die Formierung der Alltagsgeschichte (vor allem der „kleinen Leute“ und der Industriearbeiterschaft) und der Mikrohistorie stand. Diese Fokussierung hat der neuen Kulturgeschichte den wiederholten Vorwurf eingetragen, unpolitisch zu sein<sup>7</sup> – eine Kritik, die freilich weder in der Sache noch in der erhobenen Pauschali-tät haltbar ist<sup>8</sup>. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß das Feld des Politischen bisher kaum explizit Gegenstand kulturhistorischen Interesses gewesen ist. Dies gilt insbesondere für die historische Kulturforschung zur Frühen Neuzeit, also für jenen Forschungszweig, von dem in den beiden zurückliegenden Dekaden die wichtigsten Anregungen zu einer sozialanthropologisch und ethnologisch inspirierten Kulturgeschichte ausgegangen sind. Exemplarisch dokumentiert dies der im Jahr 1996 veröffentlichte programmatische Aufsatz von Richard van Dülmen, dessen Auflistung künftiger kulturgeschichtlicher Forschungsfelder das Feld des Politischen gänzlich ausspart<sup>9</sup>.

Um so bemerkenswerter ist das steigende Interesse hieran in jüngster Zeit. So sind etwa, angeregt durch praxeologische und sozialanthropologische Fragestellungen, die sozial-kulturellen Mechanismen lokaler Machtausübung des sog. frühmodernen Staates<sup>10</sup> oder die Bedeutung des Zeremoniells für das Verständnis des frühneuzeitlichen Reichstags und das Inter-Staatsystem des 17. und 18. Jahrhunderts herausgearbeitet worden<sup>11</sup>; die

<sup>7</sup> S. etwa, nach früherer Polemik gegenüber der historischen Sozialanthropologie, erneut: Wehler, Die Herausforderung der Kulturgeschichte (Anm. 2), 151.

<sup>8</sup> Alf Lüdtke, Rekonstruktion von Alltagswirklichkeit – Entpolitisierung der Sozialgeschichte?, in: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven der Geschichtsschreibung, hrsg. v. Robert Berdahl [u. a.], Frankfurt a. M. 1982, 314 – 325.

<sup>9</sup> Van Dülmen, Historische Kulturforschung zur Frühen Neuzeit (Anm. 3), insbes. 423 – 428. S. dagegen zuvor noch *ders.*, Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit, Bd. II, München 1992, 221 – 284, u. insbesondere unter der Perspektive „einer Strukturgeschichte der europäischen Gesellschaft der entstehenden Moderne“ *ders.*, Entstehung des frühneuzeitlichen Europa, 1550 – 1648, Frankfurt a. M. 1982 (Zitat 16).

<sup>10</sup> S. hierzu Michaela Hohkamp, Herrschaft in der Herrschaft. Die vorderösterreicherische Obervogtei Triberg von 1737 – 1780, Göttingen 1998; Achim Landwehr, Policey im Alltag. Die Implementation frühneuzeitlicher Policeyordnungen in Leonberg, Frankfurt a. M. 2000; André Holenstein, Bittgesuche, Gesetze und Verwaltung. Zur Praxis „guter Policey“ in Gemeinde und Staat des Ancien Régime am Beispiel der Markgrafschaft Baden(-Durlach), in: Gemeinde und Staat in Alten Europa, hrsg. v. Peter Blickle, München 1998, 325 – 357; *ders.*, Die ‚Ordnung‘ und die ‚Mißbräuche‘. ‚Gute Policey‘ als Institution und Ereignis, in: Institutionen und Ereignis. Über historische Praktiken und Vorstellungen gesellschaftlichen Ordnens, hrsg. v. Reinhard Blänkner / Bernhard Jussen, Göttingen 1998, 253 – 273; Karl Härtter (Hrsg.), Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2000.

<sup>11</sup> Barbara Stollberg-Rilinger, Zeremoniell als politisches Verfahren. Rangordnung und Rangstreitigkeit als Strukturmerkmale des frühneuzeitlichen Reichstags, in: Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte, hrsg. v. Johannes Kunisch,

typologische Unterscheidung von Monarchenbegegnungen vom Ancien Régime bis zum Ersten Weltkrieg ermöglicht überraschende Einblicke in den Strukturwandel der Politik<sup>12</sup>, und in der Verfassungsgeschichte führen neue historisch-anthropologische und institutionentheoretische Ansätze zu neuen Einsichten<sup>13</sup>. Begleitet von programmatisch-konzeptuellen Überlegungen<sup>14</sup> hat die Dichte dieser Arbeiten inzwischen zur Formierung der Kulturgeschichte des Politischen als neues Forschungsfeld geführt.

Ein besonderer Zug, der die meisten dieser Arbeiten charakterisiert<sup>15</sup>, ist das vorrangige Interesse an den kulturellen Modalitäten der Politik, also die Frage nach den rituellen und symbolischen Ausdrucksformen politischen Handelns. Dagegen ist die Frage nach dem spezifischen Gegenstandsbereich des Politischen auffällig zurückgetreten. Auskunft hierauf lässt vor

---

Berlin 1997, 91–132; *dies.*, Die zeremonielle Inszenierung des Reiches, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Reichsverfassungsgeschichte?, in: *Imperium Romanum – irregulare corpus – Deutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, hrsg. v. Matthias Schnettger, Mainz 2002, 233–246; *dies.*, Verfassung und Fest. Überlegungen zur festlichen Inszenierung vormoderner und moderner Verfassungen, in: *Interdependenzen zwischen Verfassung und Kultur*, hrsg. v. Hans-Jürgen Becker, Berlin 2003 (Der Staat, Beiheft 15), 7–37; *dies.*, (Hrsg.), *Vormoderne politische Verfahren*, Berlin 2002 (ZHF, Beiheft 25).

<sup>12</sup> *Johannes Paulmann*, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn 2000.

<sup>13</sup> *Reinhard Blänkner*, Der Vorrang der Verfassung. Formierung, Legitimations- und Wissensformen und Transformation des Konstitutionalismus in Deutschland im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *Institutionen und Ereignis* (Anm. 10), 295–325; *ders.*, Integration durch Verfassung? Die „Verfassung“ in den institutionellen Symbolordnungen des 19. Jahrhunderts in Deutschland, in: *Integration durch Verfassung*, hrsg. v. Hans Vorländer, Wiesbaden 2002, 213–236; *Wolfgang Reinhard*, Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte. Historische Grundlagen europäischer politischer Kulturen, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 1 (2000), 115–131; *ders.*, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, insbes. 125–140. S. auch die oben (Anm. 11) genannten Arbeiten von *Barbara Stollberg-Rilinger*.

<sup>14</sup> S. bes. *Wolfgang Reinhard*, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), 593–616; *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 574–606; *Achim Landwehr*, Diskurs-Macht-Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *AKG* 85 (2003), 71–117; *Thomas Nicklas*, Macht-Politik-Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *AKG* 86 (2004), 1–25.

<sup>15</sup> Es kann hier nicht Absicht sein, in einer kommentierten Bibliographie auf die zahlreichen weiteren einschlägigen Arbeiten einzugehen. Die epochenübergreifende Weite und das methodologische Spektrum dieser neuen Kulturgeschichte des Politischen wird markiert durch die althistorischen Arbeiten von *Egon Flraig* (s. zuletzt *ders.*, *Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom*, Göttingen 2003) bis zu *Thomas Mergel*, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2003.

allem eine Anfrage an die Politikwissenschaft erhoffen. Deren Antworten auf die Frage nach dem „Politischen“ sind jedoch nicht weniger disparat als die Antworten der Geschichtswissenschaft auf die Frage nach dem Verständnis von „Geschichte“. Überhaupt ist das Interesse der Politikwissenschaft an neueren kulturwissenschaftlichen Debatten und einer hieraus begründeten Kulturgeschichte des Politischen bislang bemerkenswert gering<sup>16</sup>.

Möglichkeiten für eine interdisziplinäre Kulturgeschichte des Politischen scheint am ehesten die „Politische-Kultur-Forschung“ zu eröffnen<sup>17</sup>. Hierzu müßte diese sich jedoch von ihrer Reduktion auf die demoskopische Frage nach je aktuellen „Einstellungen“ lösen und sich der historischen Dimension öffnen, wie dies etwa in Forschungen zur politischen Kultur der Französischen Revolution<sup>18</sup> oder zur Kultur des Nationalen im 19. Jahrhundert<sup>19</sup> geschieht. Allerdings bleibt hier häufig entweder das Konzept von „politischer Kultur“ unausgeführt oder das Kulturelle des Politischen wird reduziert auf sog. „symbolische“ Darstellungen.

Von einer Kulturgeschichte des Politischen wird man jedoch einerseits mehr erwarten dürfen als die Beschreibung von politischen Festen und Fahnen<sup>20</sup>, zum anderen wird sie sich intensiver auf die Präzisierung dessen einlassen müssen, was als das „Politische“ bezeichnet wird. Daß die Sphäre

<sup>16</sup> S. jedoch *Birgit Schwellings*, Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem „cultural turn“, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11 (2001), 601–629, sowie jetzt den ausdrücklich auf „den Einstieg in den interdisziplinären Austausch mit Nachbardisziplinen“ angelegten Band: *dies.*, Politikwissenschaft als Kultlwissenschaft – Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden 2004. Das Zitat bei *dies.*, Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen, in: *ebd.*, 11–29, hier 12.

<sup>17</sup> S. hierzu *dies.*, Politische Kulturforschung (Anm. 16); *Carola Lipp*, Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur, in: Kulturgeschichte Heute (Anm. 1), 78–110; *Schwellings*, Der kulturelle Blick auf politische Phänomene (Anm. 16), 19–21. S. auch *Detlef Pollack / Olaf Müller*, Die unvollendete Einheit – ein später Triumph der DDR? Theoretische Konsequenzen aus der Analyse der politischen Kultur Ostdeutschlands, in: Politikwissenschaft als Kultlwissenschaft (Anm. 16), 207–230.

<sup>18</sup> S. insbesondere *Lynn Hunt*, Symbole der Macht – Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur, Frankfurt a. M. 1989 (zuerst Berkeley-Los Angeles 1984); *Keith Baker / François Furet / Colin Lucas* (Hrsg.), The French Revolution and the Creation of Modern Political Culture, 4 Bde., Oxford 1987–1994.

<sup>19</sup> S. hierzu ausführlich und mit weiteren Nachweisen: *Heinz-Gerhard Haupt / Charlotte Tacke*, Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kulturgeschichte Heute (Anm. 1), 255–283.

<sup>20</sup> Vgl. die polemische, aber nicht unzutreffende Zuspitzung bei *Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik (Anm. 14), 605.

des Politischen nicht identisch ist mit der des „Staates“ – wie besonders unter dem vorherrschenden Einfluß des Paradigmas der „Staats-Bildung“ in Deutschland lange Zeit behauptet – ist heute nicht mehr umstritten, jedoch selbst ein Resultat des Strukturwandels des Politischen, der zur Auflösung eines begrenzten Bezirks des Politischen und zur „Fundamentalpolitisierung“ der modernen Gesellschaft geführt hat<sup>21</sup>. Diese Entgrenzung des Politischen und seine prinzipielle Ausdehnung auf das Soziale wären aber zu erklären und nicht ahistorisch definitorisch vorauszusetzen<sup>22</sup>. Aus differenzierungstheoretischer Sicht liegt hierzu das soziologische Œuvre von Niklas Luhmann vor, an dessen kritischer Rezeption auch die Geschichtswissenschaft und die Politikwissenschaft nicht vorbei kommen<sup>23</sup>. Für eine Kulturgeschichte des Politischen greift Luhmanns Theorie autopoietischer Systeme jedoch vor allem in zwei Hinsichten zu kurz. Zum einen bleibt in ihr der Blick auf die politischen Akteure systematisch unterbelichtet, zum anderen wird die Bedeutung der normativen Integration unterschätzt. Luhmanns Systemtheorie bedürfte also der Ergänzung durch eine akteursbezogene Handlungstheorie<sup>24</sup>.

Spätestens hier wird deutlich, daß eine Kulturgeschichte des Politischen sich nicht in der Synthese einschlägiger geschichts- und politikwissenschaftlicher Ansätze erschöpft. Im Zuge der gegenwärtigen Neufiguration von Forschungsfeldern wird es vielmehr darum gehen, einen transdisziplinären kulturwissenschaftlichen Blick auf das Politische zu gewinnen. Die im internationalen und interdisziplinären Vergleich weitreichendsten Möglichkeiten scheinen mir hierzu die Ansätze der jüngeren institutionentheoretischen Forschung – die *Theorie politischer Institutionen* (Gerhard Göhler)<sup>25</sup> und die *Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen* (Karl-

<sup>21</sup> Vgl. Michael Greven, Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999, 54 f.

<sup>22</sup> So aber Landwehr, Diskurs-Macht-Wissen (Anm. 14), 113.

<sup>23</sup> S. vor allem Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a. M. 1984; ders., Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2. Bde., Frankfurt a. M. 1997; ders., Die Politik der Gesellschaft, hrsg. v. André Kieserling, Frankfurt a. M. 2000.

<sup>24</sup> S. hierzu auch aus „mittlerer Distanz“ kritischer Sympathie mit Luhmanns Werk: Uwe Schimank, Theorie der modernen Gesellschaft nach Luhmann – eine Bilanz in Stichworten, in: Beobachter der Moderne. Beiträge zu Niklas Luhmanns „Die Gesellschaft der Gesellschaft“, hrsg. v. Hans-Joachim Giegel / Uwe Schimank, Frankfurt a. M. 2001, 261 – 298; Armin Nassehi, Die Differenz der Kommunikation und die Kommunikation der Differenz. Über die kommunikationstheoretischen Grundlagen von Luhmanns Gesellschaftstheorie, in: ebd., 21 – 41, insbes. 28 – 31; ders., Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen, in: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, hrsg. v. Kai-Uwe Hellmann / Rainer Schmalz-Brunns, Frankfurt a. M. 2002, 38 – 59.

<sup>25</sup> Von den zahlreichen Publikationen, die aus dem DFG-Schwerpunktprogramm „Theorie politischer Institutionen“ hervorgegangen sind, sei hier vor allem hingewe-

Siegbert Rehberg)<sup>26</sup> – zu bieten. Im Anschluß an diese Ansätze sollen im folgenden im Rahmen einer als – kulturtheoretisch begründeten – historische Analyse institutioneller Mechanismen verstandenen allgemeinen Kulturgeschichte *Historizität, Institutionalität und Symbolizität* als grundbegriffliche Aspekte für die Kulturgeschichte des Politischen skizziert werden. Im Mittelpunkt der historischen Darlegungen stehen dabei die frühe Neuzeit und das lange, bis in die 1830er Jahre reichende 18. Jahrhundert.

## II. Historizität des Politischen

Der Versuch, wie er in dem vorliegenden Band unternommen wird, eine „Kulturgeschichte des Politischen“ zu konzeptualisieren, ist äußerst anspruchsvoll. Im Unterschied zu eher unscharfen Umschreibungen wie *politische Kulturgeschichte* oder der aus der Politikwissenschaft hervorgegangenen *politische(n) Kultur-Forschung* zielt eine „Kulturgeschichte des Politischen“ nämlich nicht auf Teilaspekte, sondern gleichsam auf das Ganze der Politik. Was aber ist dieses Ganze, und was ist Politik?

Anstelle eines Durchgangs durch die zahlreichen politikwissenschaftlichen Lehrbücher und Dogmengeschichten, an dessen Ende man vermutlich eher desorientiert als klüger dastünde, greife ich auf einige einschlägige Passagen aus dem *Denktagebuch* von Hannah Arendt zurück, die einen geeigneten Ausgangspunkt für die Behandlung der beiden Fragen markieren.

---

sen auf: *Gerhard Göhler / Kurt Lenk / Rainer Schmalz-Brunns* (Hrsg.), Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden 1990; *Gerhard Göhler* (Hrsg.), Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden 1994; *ders.* (Hrsg.), Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995; *ders.* (Hrsg.), Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997.

<sup>26</sup> S. *Karl-Siegbert Rehberg*, Eine Grundlagentheorie der Institutionen: Arnold Gehlen. Mit systematischen Schlußfolgerungen für eine kritische Institutionentheorie, in: Die Rationalität politischer Institutionen (Anm. 25), 115–144; *ders.*, Die „Öffentlichkeit“ der Institutionen. Grundbegriffliche Überlegungen im Rahmen der Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Macht der Öffentlichkeit (Anm. 25), 181–211; *ders.*, Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Die Eigenart der Institutionen (Anm. 25), 47–84; *ders.*, Die stabilisierende „Fiktionalität“ von Präsenz und Dauer. Institutionelle Analyse und historische Forschung, in: Institutionen und Ereignis (Anm. 10), 381–407; *ders.*, Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht, in: Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. v. Gert Melville, Köln / Weimar / Wien 2001, 3–49. S. auch *Joachim Fischer*, Perspektivische Soziologie der Institutionalität. Rehbergs Denken zwischen Philosophischer Antropologie, Soziologie und Kunst, in: Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kultursoziologie. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, hrsg. v. Joachim Fischer / Hans Joas, Frankfurt a. M. 2003, 671–685.

Unter der Frage „Was ist Politik?“ notiert Arendt dort im Sommer des Jahres 1950:

„I. Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen. Gott hat *den Menschen* geschaffen, *die Menschen* sind ein menschliches, irdisches Produkt, das Produkt der menschlichen Natur. Da die Philosophie und die Theologie sich immer mit *dem Menschen* beschäftigen, da alle ihre Aussagen richtig wären, auch wenn es entweder nur *Einen Menschen* oder nur *Zwei Menschen* oder nur *identische Menschen* gäbe, haben sie keine philosophisch gültige Antwort auf die Frage: Was ist Politik? gefunden. Schlimmer noch: Für alles wissenschaftliche Denken gibt es nur *den Menschen* – in der Biologie oder der Psychologie wie in der Philosophie und der Theologie, so wie es für die Zoologie nur *den Löwen* gibt. Die Löwen wären eine Angelegenheit, die nur die Löwen etwas angingen. [...].

2. Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-sein der *Verschiedenen*. Politisch organisieren sich die Menschen nach bestimmten wesentlichen Gemeinsamkeiten in einem absoluten Chaos oder aus einem absoluten Chaos der Differenzen. [...].

5. Die Philosophie hat zwei gute Gründe, niemals auch nur den Ort zu finden, an dem Politik entsteht: Der erste ist: I) ζῷον πολιτικόν: als ob es *im Menschen* etwas Politisches gäbe, das zu seiner Essenz gehöre. Dies gerade stimmt nicht; *der Mensch* ist a-politisch. Politik entsteht in dem *Zwischen-den-Menschen*, also durchaus *außerhalb des Menschen*. Es gibt daher keine eigentlich politische Substanz. Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich als der Bezug. [...].

Aus der Angewiesenheit der Menschen aufeinander entspringt, stellt sich her, die *res publica*, das *κοινόν*, die öffentlichen Angelegenheiten, aber existiert nicht vorher und nie auch nur einen Moment lang unabhängig von dieser *Angewiesenheit*<sup>27</sup>.“

Dieses Arendtsche Politikverständnis unterscheidet sich grundsätzlich von technizistischen und dezisionistischen Politikbegriffen, wie sie im 20. Jahrhundert prominent von Max Weber und von Carl Schmitt vertreten wurden<sup>28</sup>. Anstelle eines *substantialistischen* Politikbegriffs setzt Arendt einen *relationalen* Begriff des Politischen, der sie mit Blick auf Erkenntnistheorie und Begriffslogik in die Nähe zur Kulturphilosophie Ernst Cassirers bringt. Wenn Politik nur und erst im Bezug der Menschen zueinander entsteht und es daher, wie Arendt schreibt, „keine eigentliche politische Substanz [gibt]“, folgt hieraus für historisch interessierte Forschung die Aufgabe, diese Zwischenräume aufzuspüren, ihre jeweiligen historischen Orte und Mechanismen politischen Handelns. Freilich sind nicht alle zwischen-

<sup>27</sup> Hannah Arendt, Denktagebuch 1950–1973, hrsg. v. Ursula Nordmann / Ingeborg Ludz, München/Zürich 2002, Bd. 1, 15 ff. (August 1950) u. 25–26 (Sept. 1950). Arendt greift diese Thematik später ausführlicher auf in: Vita activa, oder Vom tätigen Leben, München 1967, insbes. Kap. II, 27–76 (zuerst engl. 1958).

<sup>28</sup> S. hierzu noch immer – statt vieler anderer – kritisch: Wilhelm Hennis, Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), 1–23.

menschlichen Handlungen *politisch*. Sie sind es nur, sofern sie – so Arendt – die „*res publica*“, [...] die öffentlichen Angelegenheiten“ betreffen. Wer aber ist die *res publica*, und was ist das Öffentliche an den *öffentlichen Angelegenheiten*?

Diese Fragen sind auch für eine historisch interessierte Theorie politischer Institutionen von Belang. Gerhard Göhler definiert „politische Institutionen“ als „Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft“ (wobei der erste Aspekt den „Steuerungsaspekt“, der zweite den „Integrationsaspekt“ meint)<sup>29</sup>.

Mit Blick auf das Problem der Historizität des Politischen weist diese Definition eine Überstimmung mit Arendts Politikverständnis auf. Wo bei Arendt von „*res publica*“, von *κοινόν* – also von Gemeinschaft bzw. In-Gemeinschaft-Treten – die Rede ist, spricht Göhler von „gesamtgesellschaftlicher Relevanz“. Was aber bedeutet „gesamtgesellschaftlich“? Und was bedeutet „*res publica*“? Für Arendt beschreibt *res publica* bzw. *polis* die (*Macht*-)Beziehung unter Gleichen, die Gemeinschaft der Hausväter. Alle übrigen, die zur *Herrschaftssphäre* des *oikos*/Hauses gehören, sind von der Polis ausgeschlossen. Das Politische der *polis* bzw. der *res publica* ist also die Handlungssphäre einer Elite, deren Gleichheit auf der Ungleichheit und politischen Rechtlosigkeit der zum Haus/Oikos Gehörigen beruht<sup>30</sup>. Von „Gesamtgesellschaft“ wird man hier nicht sprechen können. Gleichermaßen lässt sich, *mutatis mutandis*, von der mittelalterlichen Feudalordnung sagen. Mit den in den hoch- und spätmittelalterlichen politischen Traktaten angesprochenen *omnes* des Rechtsgrundsatzes *quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet*<sup>31</sup> ist nicht die Gesamtheit der Menschen der *oikos*- und *polis*-Sphären, sondern nur der *populus*, d. h. die Gesamtheit der politisch Berechtigten gemeint. Und dies gilt auch für das politische Ständewesen der frühen Neuzeit und seine politiktheoretische Reflexion von Jean Bodin und Johannes Althusius bis zu Immanuel Kant und

<sup>29</sup> Gerhard Göhler, Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen, in: Die Eigenart der Institutionen (Anm. 25), 19–46, hier 39. S. auch die weitere konzeptuelle Fundierung von *demis*., Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: Institution – Macht – Repräsentation (Anm. 25), 11–62.

<sup>30</sup> Vgl. Arendt, *Vita activa* (Anm. 27), 34.

<sup>31</sup> S. hierzu Yves M.-J. Congar, *Quod omnes tangit, ab omnibus tractari et approbari debet*, in: Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, hrsg. v. Heinz Rausch, Bd. I, Darmstadt 1980, 115–182 (zuerst franz. 1958); Antonio Marongiu, Das Prinzip der Demokratie und der Zustimmung (*quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet*) im 14. Jahrhundert, in: ebd., 183–211 (zuerst ital. 1962). Mit Blick auf den frühneuzeitlichen Reichstag s. Axel Gotthard, *Säulen des Reiches. Die Kurfürsten im frühneuzeitlichen Reichsverband*, Husum 1999, Bd. I, 218 u. 351.

die Debatten über politische Repräsentation im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert<sup>32</sup>.

Die Existenz einer „Gesamtgesellschaft“ setzt individuelle Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz voraus. Diese aber entstehen erst, sozial zunächst noch eingeschränkt, mit dem Durchbruch der neuständischen Staatsbürgergesellschaft um 1800 und nachfolgend in verallgemeinerter Form im Zuge des Durchbruchs der industriellen Klassengesellschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>33</sup>. Die Vormoderne, die gesamte „alteuropäische Politik“, wie sich im Anschluß an Otto Brunner, Hannah Arendt und Niklas Luhmann formulieren läßt, kennt keine „Gesamtgesellschaft“. Wenn man daraus nicht die abwegige These ableiten will, daß es vor dem 19. Jahrhundert keine Sphäre des Politischen gegeben habe, läßt dies nur den Schluß zu, daß diese in den verschiedenen historischen Sozialsystemen nicht identisch, sondern als jeweils Besondere zu rekonstruieren ist.

Im Unterschied zur Althistorie und zur Mediävistik, in denen die Beschreibung der Historizität des Politischen bereits im Gang ist<sup>34</sup>, steht die Untersuchung der Frühen Neuzeit hierzu, trotz zahlreicher gründlicher Studien zur politischen Theorie, noch am Anfang. Eine der Hauptschwierigkeiten liegt dabei darin, die mehrfachen politischen und sozialen Differenzierungsschübe der ständischen Gesellschaft mit Hilfe eines geeigneten theoretischen und zugleich empirisch fundierten Rahmens zu erfassen. Hierfür ist Luhmanns Unterscheidung zwischen stratifikatorischen und funktional differenzierten Gesellschaften, trotz weitreichender und von der Frühneuzeitforschung noch längst nicht ausgeschöpfter Anregungen<sup>35</sup>, jedoch zu grobschlächtig<sup>36</sup>. Luhmanns Verständnis der frühen Neuzeit als

<sup>32</sup> S. hierzu *Barbara Stollberg-Rilinger*, Vormünder des Volkes? Konzepte landständischer Repräsentation in der Spätphase des Alten Reiches, Berlin 1999; *Hartwig Brandt*, Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips, Neuwied-Berlin 1968.

<sup>33</sup> S. hierzu *Jürgen Schlumbohm*, Freiheit. Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes, Düsseldorf 1975; *Diethelm Klippel*, Politische Freiheit und Freiheitsrechte im deutschen Naturrecht des 18. Jahrhunderts, Paderborn 1976; *Otto Dann / Diethelm Klippel* (Hrsg.), Naturrecht – Spätaufklärung – Revolution, Hamburg 1995. Als Quellensammlung, beschränkt allerdings auf die Zeit bis 1800, s.: *Zwi Batscha / Jörn Garber* (Hrsg.), Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Politisch-soziale Theorien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1981; *Otto Dann*, Gleichheit und Gleichberechtigung. Das Gleichheitspostulat in der alteuropäischen Tradition und in Deutschland bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert, Berlin 1980. Forschungsgeschichtlicher Aufriß des Umbruchs der Ständegesellschaft um 1800 bei *Lothar Gall*, Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, München 1993.

<sup>34</sup> S. etwa *Gerd Althoff*, Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt 1997.

<sup>35</sup> S. vor allem *Niklas Luhmann*, Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1980 – 1989.

frühe Moderne bzw. als dreihundertjährige „Übergangsgesellschaft“ versteckt den Blick auf die Frage nach den spezifisch frühneuzeitlichen institutionellen Mechanismen politischer Ordnung und trifft sich hierin mit modernisierungstheoretischen und finalistischen Ansätzen, wie sie auch in der Frühneuzeitgeschichte verbreitet sind<sup>37</sup>. Hierüber hat sich eine allgemeine Debatte über den Epochencharakter der frühen Neuzeit entzündet<sup>38</sup>, die im Hinblick auf das Problem der Historizität des Politischen weiter zu fokussieren wäre.

Luhmanns Forschungen zur sozialen Differenzierung ebenso wie geschichtswissenschaftliche Untersuchungen über die Formierung und den Wandel der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft<sup>39</sup> verdeutlichen jedoch, daß Arendts am Modell der griechisch-antiken Polis als Sphäre der „öffentlichen Angelegenheiten“ entworfenes emphatisches Verständnis von Politik für eine Kulturgeschichte des Politischen zu kurz greift. Schon für die mittelalterliche Welt mit ihrer Unterscheidung von *regnum* und *sacerdotium* und noch weniger für die frühe Neuzeit des 16. und 17. Jahrhunderts ist dieses Verständnis des Politischen hinreichend. Vor allem zwei Aspekte sind hier hervorzuheben.

Zunächst ist die Ausdifferenzierung der öffentlichen Sphäre in verschiedene, strukturell miteinander gekoppelte (Teil-)Öffentlichkeiten zu nennen, die sich vor dem Hintergrund von frühneuzeitlicher „Medienrevolution“ und Konfessionalisierung in Anlehnung an Esther-Beate Körber als „Öffentlichkeit der Macht“, „gelehrte Öffentlichkeit“ und „Öffentlichkeit der Information“ beschreiben lassen<sup>40</sup>. Sodann der frühneuzeitliche Funda-

<sup>36</sup> S. a. die Kritik bei Schimank, Theorie der modernen Gesellschaft nach Luhmann (Anm. 24), 274–278.

<sup>37</sup> S. etwa die Arbeiten von Johannes Burkhardt, Frühe Neuzeit, in: Das Fischer Lexikon: Geschichte, hrsg. v. Richard van Dülmen, Frankfurt a. M. 1991, 364–385; ders., Über das Recht der Frühen Neuzeit, politisch interessant zu sein, in: GWU 50 (1999), 748–756.

<sup>38</sup> Einstiege in die Debatte bieten: Hans Erich Bödeker / Ernst Hinrichs (Hrsg.), Alteuropa – Ancien Régime – Frühe Neuzeit. Probleme und Methoden der Forschung, Stuttgart / Bad Cannstadt 1991; Rudolf Vierhaus und Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Geschichte (Hrsg.), Frühe Neuzeit – Frühe Moderne? Forschungen zur Vielschichtigkeit von Übergangsprozessen, Göttingen 1992; Luise Schorn-Schütte (Hrsg.), Alteuropa oder Frühe Moderne. Deutungsmuster für das 16. bis 18. Jahrhundert aus dem Krisenbewußtsein der Weimarer Republik in Theologie, Rechts- und Geschichtswissenschaft, Berlin 1999 (ZHF, Beiheft 23); Nada Bošković-Leimgruber (Hrsg.), Die Frühe Neuzeit in der Geschichtswissenschaft. Forschungstendenzen und Forschungsergebnisse Paderborn 1997.

<sup>39</sup> S. hierzu: Winfried Schulze (Hrsg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität München 1988; ders., Die ständische Gesellschaft des 16./17. Jahrhunderts und die moderne historische Forschung, in: Alteuropa – Ancien Régime – Frühe Neuzeit (Anm. 38), 51–77; Heinz Schilling, Die neue Zeit. Vom Christenheitseuropa zum Europa der Staaten. 1250–1750, Berlin 1999, 243–282.

mentalprozeß der Formierung des Staats des Ancien Régime, der mit der Durchsetzung der spezifisch frühneuzeitlichen Souveränität nicht nur die Beziehungsstruktur innerhalb der ständischen Elite grundlegend verändert hat, sondern auch die semantische Umordnung der alteuropäischen Politik zur Folge hatte. Politik wird nun zunehmend der „Öffentlichkeit“ entzogen und zum Feld der „Geheimnisses“. Gemessen am Maßstab des Arendtschen Politikverständnisses oder moderner Demokratietheorien könnte dies als Eliminierung der Politik verstanden werden. Tatsächlich ist eher das Gegenenteil der Fall. Denn die „Arkanisierung politischer Entscheidungsprozesse an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert“ ist, wie Johannes Kunisch mit Recht betont hat, „aus der zwingenden Notwendigkeit (erwachsen), die Interessen des Staates aus dem Normensystem der konkurrierenden und sich grausam bekämpfenden Konfessionen herauszulösen“<sup>41</sup>. Jenseits der miteinander konkurrierenden konfessionellen Fundamentalismen formierte sich so ein neuer Raum des Politischen, der die konfessionellen Bürgerkriege eindämmte und Friede und neue Ordnungsstiftung ermöglichte. Sein intellektueller Ort war die um 1600 sich verdichtende Reflexion über „Politik“ und „Staat“ in der wissenschaftlichen Literaturgattung der „*Politica*“, deren Spektrum vom Diskurs über „*Staatsräson*“ bis zur „*politica christiana*“ reicht<sup>42</sup>.

Dieser Prozeß ist nicht zu Unrecht häufig als „Autonomisierung des Politischen“ beschrieben worden. Allerdings bedarf diese Charakteristik der historischen Präzisierung. Denn im typologischen Vergleich zur alteuropäi-

<sup>40</sup> Vgl. Esther-Beate Körber, Öffentlichkeiten der Frühen Neuzeit. Teilnehmer, Formen, Institutionen und Entscheidungen öffentlicher Kommunikation im Herzogtum Preußen von 1525 bis 1618, Berlin-New York 1998. Anstelle der „Öffentlichkeit der Bildung“ bei Körber – ein Begriff, der mir wegen seiner Nähe zum Bildungsbegriff des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts problematisch zu sein scheint – wird hier von „gelehrter Öffentlichkeit“ im Sinne der sich formierenden frühneuzeitlichen Gelehrtenrepublik gesprochen. Zur „Medienrevolution“, insbesondere mit Blick auf die reformatorische Öffentlichkeit des 16. Jahrhunderts s. Johannes Burkhardt, Das Reformationsjahrhundert. Deutsche Geschichte zwischen Medienrevolution und Institutionenbildung 1517–1617, Stuttgart 2002, insbes. 16–76.

<sup>41</sup> Johannes Kunisch, Absolutismus und Öffentlichkeit, in: „Öffentlichkeit“ im 18. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Wolf Jäger, Göttingen 1997, 33–49, hier 35.

<sup>42</sup> Diese theoriegeschichtlichen Aspekte sind hier nicht weiter auszuleuchten. S. hierzu zuletzt mit weiterführender Literatur: Peter Nitschke, Einführung in die politische Theorie der Prämoderne 1500–1800, Darmstadt 2000; Frederick S. Carney / Heinz Schilling / Dieter Wydickel (Hrsg.), Jurisprudenz, Politische Theorie und Politische Theologie. Beiträge des Herborner Symposions zum 400. Jahrestag der *Politica* des Johannes Althusius 1603–2003, Berlin 2004; Luise Schorn-Schütte (Hrsg.), Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts, München 2004 (Historische Zeitschrift, Beifl. 39); Wolfgang Weber, Prudentia gubernatoria. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jahrhunderts, Tübingen 1992; Anthony Pagden (Hrsg.), The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe, Cambridge, Mass. 1987.

schen, an der griechischen Polis orientierten „Politik“ handelt es sich durchaus nicht um eine „Autonomisierung“, wohl aber mit Blick auf die konkrete geschichtliche Situation des 16. und frühen 17. Jahrhunderts, Auswege aus den konfessionellen Bürgerkriegen zu finden. Autonomisierung der Politik bedeutet in diesem historischen Kontext und vor dem mittelalterlichen Hintergrund der Konkurrenz zwischen *regnum* und *sacerdotium* die Unterordnung kirchlicher und theologisch-konfessioneller Dominanzansprüche zugunsten weltlicher Mächte, ob fürstlicher Territorialherrschaften oder sog. Stadtrepubliken. Sie bedeutet nicht die grundsätzliche Ablösung des Politischen vom Religiösen. Vielmehr liegt in der „Verflechtung von Religion und Politik“ das „Charakteristikum“ dieser Epoche<sup>43</sup>. Wie der durchgängige argumentative Bezug auf die *vera religio* auch in der *Politica*-Literatur belegt, korrespondiert die Formierung des frühneuzeitlichen Raums des Politischen darum weniger mit der Brechung des „Primats des Religiösen“<sup>44</sup> als mit dem Primat des Konfessionellen und mit dessen politischer Instrumentalisierung. *Vera religio* blieb auch in der nach-konfessionellen Begründung des Politischen zunächst das *vinculum reipublicae*<sup>45</sup>.

Erst das Ende der konfessionellen Bürgerkriege in den Friedensschlüssen Mitte des 17. Jahrhunderts und die machtpolitische Stabilisierung des Staats des Ancien Régime schufen eine neue geschichtliche Situation, in der mit Blick auf die Historizität des Politischen und die typologische Unterscheidung verschiedener Politik-Diskurse in der frühen Neuzeit und im langen 18. Jahrhundert vor allem zwei Fragen in den Vordergrund treten – die Entflechtung von Politik und Religion sowie die Transformation des *Arkan-Staates* des Ancien Régime in den *Verfassungs-Staat* der neuständischen Gesellschaft. Beide Problemkreise sind des öfteren behandelt worden, häufig zudem in kritischer Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Reinhart Koselleck und Jürgen Habermas<sup>46</sup>. Auf diese Forschungsdebatten ebenso wie auf die aufgeworfenen Fragen selbst kann im Rahmen dieses Aufsatzes

<sup>43</sup> Vgl. *Luise Schorn-Schütte*, Religion, Kultur und Staat. Deutungsmuster aus dem Krisenbewußtsein der Republik von Weimar. Eine Einleitung, in: *Alteuropa oder Frühe Moderne* (Anm. 38), 7–24, hier 23. Zur frühneuzeitlichen „Verzahnung“ zwischen Religion und Politik s. auch nachdrücklich die Arbeiten von *Heinz Schilling*, etwa: Der Westfälische Friede und das neuzeitliche Profil Europas, in: *Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte*, hrsg. v. Heinz Duchhardt, München 1998 (Historische Zeitschrift, Beihefte N.F. 26), 3–32, hier 10. S. a. *Reinhard Blänkner*, Strukturprobleme des frühmodernen Staates, in: *Jurisprudenz, Politische Theorie und Politische Theologie* (Anm. 42), 423–429.

<sup>44</sup> Vgl. *Kunisch*, Absolutismus und Öffentlichkeit (Anm. 41), 37.

<sup>45</sup> S. hierzu *Blänkner*, Strukturprobleme des frühmodernen Staates, (Anm. 42), 399–435, insbes. 427–429.

<sup>46</sup> *Reinhart Koselleck*, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1973 (zuerst 1959); *Jürgen Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage, Frankfurt a. M. 1990 (zuerst 1962).

nicht ausführlich eingegangen werden. Lediglich zu skizzieren sind einige Aspekte dieser Fragen im Hinblick auf den Strukturwandel des Politischen im Übergang zur neuständischen Gesellschaft des langen 18. Jahrhunderts.

*Politik und Religion.* Mit dem Ende der konfessionellen Bürgerkriege im 17. Jahrhundert geriet auch die christliche Religion selbst als theologische Grundlage der Konfessionskonflikte zunehmend in die Kritik des aufkommenden aufgeklärten Naturrechts. Dieser Plausibilitätsverlust der Religion wurde einerseits kompensiert durch die Entstehung des „modernen“ Gewissens<sup>47</sup> als Binnenhalt sozialer Integration; ein Diskurs, der in systematischer Hinsicht mit Kants „Metaphysik der Sitten“ (1785) und der „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ (1793) zum Abschluß kam. Andererseits führte der Plausibilitätsverlust der Religion zu deren Entflechtung von der Politik, die nun als eine auf „Interessen“ gegründete Lehre von der Macht der Staaten im Rahmen des europäischen Staatsystems begriffen wurde<sup>48</sup>. Diese sozialgeschichtlich durch den Aufstieg der Juristen begleitete Juridifizierung des Politik-Diskurses war weniger an den normativen Grundlagen des Politischen als an deren gesetzesförmigen Regeln und Mechanismen orientiert<sup>49</sup>, und es ist kein Zufall, daß eben diese Leerstelle des Politischen im 18. Jahrhunderts zur Formierung eines *hof- und staatskritischen* Tugenddiskurses führte, in dem zunächst nach der Legitimität von Gesetzen und monarchisch-absolutistischer Gesetzesherrschaft (*princeps legibus solitus*) gefragt und schließlich über die Begründung – revolutionärer oder reformerischer – innerweltlicher Ordnungsstiftung durch die „Verfassung“ gestritten wurde<sup>50</sup>.

Diese Denkbewegung von der politischen Theologie, der die meisten der frühneuzeitlichen Politiktheorien zuzurechnen sind, zu innerweltlich begründeten politischen Ordnungsstiftungen als fortschreitenden Prozeß der Säkularisierung der Politik zu beschreiben, wäre einseitig<sup>51</sup>. Demgegenüber

<sup>47</sup> S. hierzu *Heinz Dieter Kittsteiner*, Die Entstehung des modernen Gewissens, Frankfurt a. M. 1995, insbes. 226–286. Zum Plausibilitätsverlust der Religion im „aufgeklärten Vernunftdenken“ s. a. *Kaspar von Greyerz*, Religion und Kultur. Europa 1500–1800, Göttingen 2000, 9 f. u. ö.

<sup>48</sup> S. hierzu *Harm Kluiting*, Die Lehre von der Macht der Staaten. Das außenpolitische Machtproblem in den „politischen“ „Wissenschaften“ und in der praktischen Politik im 18. Jahrhundert, Berlin 1986; *Heinz Duchhardt*, Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785, Paderborn 1997.

<sup>49</sup> S. hierzu *Michael Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Bd. 1, München 1988; Gesetz und Gesetzgebung im Europa der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Barbara Dölemeyer / Diethelm Klippel, Berlin 1998 (ZHF, Beiheft 22); *Knud Haakonssen*, The Science of a Legislator. The Natural Jurisprudence of David Hume and Adam Smith, Cambridge 1989.

<sup>50</sup> S. hierzu *Klippel*, Politische Freiheit (Anm. 33); *Schlumbohm*, Freiheit (Anm. 33), Wolfgang *Schmale*, La France, L'Allemagne et la Constitution (1789–1815), in: AHRF 63 (1991), 459–481; *Blänkner*, Der Vorrang der Verfassung (Anm. 13); *ders.*, Integration durch Verfassung? (Anm. 13).

wäre zunächst auf den Wiederaufstieg der politischen Theologie im theologischen Rationalismus der Spätaufklärung um 1800 (H.E.G. Paulus, H.G. Tzschirner, K.G. Bretschneider) hinzuweisen<sup>52</sup>, sodann auf die prinzipielle Bedeutung der politischen Zivilreligion als gleichsam kompensatorische Kehrseite der Säkularisierung für die Entflechtung von Politik und Religion, die sich im – revolutionären ebenso wie reformerischen – „Verfassungs“-Kult des langen 18. Jahrhunderts zwischen 1770 und 1840 historisch erstmals manifestierte<sup>53</sup>. Eine solche Konjunkturgeschichte der Ver- und Entflechtungen zwischen Religion und Politik, die die Transformationen der politischen Theologie in Zivilreligion und des Konfessionalismus in politische Ideologien als Teil einer Kulturgeschichte des Politischen der frühen Neuzeit und des langen 18. Jahrhunderts darstellt, ist freilich noch ungeschrieben<sup>54</sup>.

*Der Raum des Politischen – Geheimnis und Öffentlichkeit.* Die Formierung der frühneuzeitlichen Politik hatte sich durch die Trennung von theologisch-konfessionellen Macht- und Geltungsansprüchen vollzogen und war grundlegend verbunden mit der Entstehung „frühneuzeitlicher“ Staatlichkeit als einer historisch-spezifischen Neugestaltung politisch-sozialer Vernetzungen jenseits von Feudalbeziehungen. Im *arcane* lag die *raison d'être* des Staats des *Ancien Régime*, er war kein noch „unvollkommener“ und insofern „früh-moderner Staat“<sup>55</sup>. Seine Besonderheit, gleichsam sein

<sup>51</sup> Zum Gesamtkomplex der Säkularisierung s. den eindrücklichen Band: Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa, hrsg. v. Hartmut Lehmann, Göttingen 1997.

<sup>52</sup> Aus theologiegeschichtlicher Sicht s. zu Paulus und Bretschneider als Repräsentanten des theologischen Rationalismus Friedrich Wilhelm Graf, Frühliberaler Rationalismus. Heinrich Eberhard Gottlob Paulus (1761–1851), in: Profile des neuzeitlichen Protestantismus, hrsg. v. Friedrich Wilhelm Graf, Bd. 1, Göttersloh 1990, 128–155, u. Manfred Baumotte, Liberaler Spät rationalismus. Karl Gottlieb Bretschneider (1776–1848), in: ebd., 202–232. Zu Bretschneider s. a.: Axel Lange, Von der fortschreitenden Freiheit eines Christenmenschen. Glaube und moderne Welt bei Karl Gottlieb Bretschneider, Frankfurt a. M. 1994. Allgemeine Darstellung: Manfred Baumotte, Theologie als politische Aufklärung, Göttersloh 1973. Aus politisch-ideengeschichtlicher Sicht noch immer wichtig: Hans Rosenberg, Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgärliberalismus (1930), in: Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, hrsg. v. dems., Göttingen 1972, 18–50.

<sup>53</sup> Eine europäisch-amerikanisch vergleichende Darstellung der „Verfassungs“-Kultur im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert liegt bislang nicht vor. Zum deutschen Kontext s. Blänker, Der Vorrang der Verfassung (Anm. 13); ders., Integration durch Verfassung? (Anm. 13).

<sup>54</sup> Gänzlich ausgespart bleibt dieser Aspekt auch in der jüngsten Darstellung über Religion und Kultur in der frühen Neuzeit von Geyerz, Kultur und Religion (Anm. 47).

<sup>55</sup> S. hierzu, *par pro toto*, Johannes Burkhardt, Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung zu einer Theorie der Bellizität Europas, in: ZHF 24 (1997), 509–574, insbes. 538–548.

Geheimnis, lag eben im *arcanum*. Insoweit standen sich „Absolutismus“ und „Öffentlichkeit“ tatsächlich, wie zuletzt Kunisch in Anlehnung an Kesseleck hervorgehoben hat, „in ihrer prinzipiellen Unvereinbarkeit unversöhnlich (gegenüber)“<sup>56</sup>.

Allerdings reflektiert diese These nur einen Teil des *Arkan*-Staats. Denn auch dieser bedurfte, wie grundsätzlich alle politisch-sozialen Institutionen, zur Legitimierung seiner Geltungsansprüche der Darstellung und öffentlichen Visibilisierung seiner Ordnungsprinzipien<sup>57</sup>. Hierin liegt der soziale Sinn des Zeremoniellwesens und der barocken Feste des souveränen Staats des Ancien Régime, die weniger an das gemeine Volk als an das adelige und gelehrte Publikum und vor allem an die übrigen souveränen Staaten adressiert waren. Die Verdichtung und Ausweitung der öffentlichen Kommunikation zwischen den Höfen und der miteinander verkoppelten Sphären der staatlich-politischen Macht und der Gelehrten-Öffentlichkeit hatten jedoch die Unterminierung des Arkanums zur Folge, an der der Staat des Ancien Régime durch die Intensivierung seiner Administration und Informationspolitik selbst teilhatte<sup>58</sup>.

Der Funktionsschwund des Arkanums führte nicht nur zu einem „Strukturwandel der Öffentlichkeit“<sup>59</sup>, sondern auf lange Sicht auch zu einem

<sup>56</sup> Vgl. Kunisch, Absolutismus und Öffentlichkeit (Anm. 41), 41.

<sup>57</sup> S. hierzu Rehberg, Die „Öffentlichkeit“ der Institutionen (Anm. 26), 181–188; Herfried Münkler, Die Visibilität der Macht und die Strategien der Machtausübung, in: ebd., 213–230.

<sup>58</sup> Zum Gesamtkomplex der hier nur angedeuteten Aspekte s. Heinrich Bosse, Die gelehrte Republik, in: „Öffentlichkeit“ im 18. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Wolf Jäger, Göttingen 1997, 51–76; Andreas Gestrich, Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1994, 75–134; Monika Neugebauer-Wölk, Arkanwelten im 18. Jahrhundert. Zur Struktur des Politischen im Kontext von Aufklärung und frühmoderner Staatlichkeit, in: Aufklärung. Interdisziplinäres Jahrbuch zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte 15 (2003), 7–65; Andreas Pečar, Die Ökonomie der Ehre. Höfischer Adel am Kaiserhof Karls VI. (1711–1740), Darmstadt 2003, 207–252; Rudolf Stichweh, Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung (16.–18. Jahrhundert), Frankfurt a. M. 1991, insbes. 125–231.

<sup>59</sup> Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf die Debatte über Habermas' epochenmarkendes und einflußreiches Buch einzugehen. Zur Sache selbst ist hier lediglich festzuhalten, daß Habermas' Konstrukt einer „bürgerlichen Öffentlichkeit“ nicht nur von der Problemstellung und der damit verbundenen These ihres Verfalls von Beginn an problematisch war. Weitergehende Forschungen seither haben das Habermassche Modell nahezu vollständig destruiert. Aus der Fülle einschlägiger Arbeiten sei hier lediglich verwiesen auf: Bosse, Die gelehrte Republik (Anm. 58); Gestrich, Absolutismus und Öffentlichkeit (Anm. 58), insbes. 28–34; Ute Daniel, How bourgeois was the public sphere of the Eighteenth Century? Or: Why it is important to historicize Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: Das Achtzehnte Jahrhundert 26 (2002), 9–17; Andreas Würgler, Unruhen und Öffentlichkeit. Städtische und ländliche Protestbewegungen im 18. Jahrhundert, Tübingen 1995.

Strukturwandel des Politischen, der jedoch nachhaltiger durch die Globalisierung und die hiermit eng verknüpfte Entstehung der europäischen Konsumgesellschaft des 18. Jahrhunderts ausgelöst wurde<sup>60</sup>. Wurde einerseits die dynastische Politik des Staats des Ancien Régime durch die wachsende Bedeutung der vor allem auf die atlantische Welt gerichteten Kommerzial-Politik der großen Mächte überformt, so führte andererseits der Import von Kolonialwaren, die in Europa zu Massenkonsumgütern wurden, zu einer tiefgreifenden Veränderung der materiellen Kultur und der Formen der Soziabilität<sup>61</sup>. Hierdurch gerieten nicht nur die politischen Rahmenbedingungen der Staaten des Ancien Régime in Bewegung, sondern ebenso die Strukturen der Gelehrten-Öffentlichkeit, die durch den Aufstieg der neuständischen Schichten (der *middle class*, der *notables* und in Deutschland der *Gebildeten*), den Massenkonsumenten des 18. Jahrhunderts, aufgebrochen wurden.

Globalisierung und Kommerzialisierung führten zur weiteren funktionalen Ausdifferenzierung der Öffentlichkeitssphären und veränderten politische Handlungsspielräume und geistige Denkhorizonte im 18. Jahrhundert. Folge und Ausdruck hierfür war die wachsende Politisierung der Aufklärung als Teil des säkularen neuständischen Strukturwandels des Politischen<sup>62</sup>. Für eine Kulturgeschichte des Politischen, die die Ebene der politischen Entscheidungen einbezieht und sich nicht auf *intellectual history* oder auf die Untersuchung „symbolischen Handelns“ beschränkt, ist es al-

<sup>60</sup> S. hierzu: Consumption and the World of Goods, hrsg. v. John Brewer / Roy Porter, London / New York 1993; The Consumption of Culture 1600 – 1800. Image, Object, Text, hrsg. v. Anne Bermingham / John Brewer, London / New York 1995; Michael North, Genuss und Glück des Lebens. Kulturkonsum im Zeitalter der Aufklärung, Köln / Weimar / Wien 2003.

<sup>61</sup> Zum neuerlichen Interesse an der Atlantischen Geschichte s. den Problemaufriss von Horst Pietschmann, Geschichte des Atlantischen Systems, 1580 – 1830. Ein historischer Versuch zur Erklärung der ‚Globalisierung‘ jenseits nationalgeschichtlicher Perspektiven, Hamburg 1998, sowie den Band: Atlantic History. History of the Atlantic System 1580 – 1830, hrsg. v. Horst Pietschmann, Göttingen 2002; Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3 (2003), H. 2: Themenheft: Atlantische Geschicke, hrsg. v. Thomas Fröschl, Innsbruck 2003. Als glänzende Einzelstudie ist vor allem zu nennen: Sidney Mintz, Die süße Macht. Kulturgeschichte des Zuckers, Frankfurt a. M. / New York 1987 (engl. 1985). Noch immer anregend und einer Relektüre wert das in Vergessenheit geratene Werk von Robert R. Palmer, The Age of Democratic Revolutions, Princeton 1959.

<sup>62</sup> S. hierzu: Aufklärung als Politisierung – Politisierung der Aufklärung, hrsg. v. Hans Erich Bödeker / Ulrich Herrmann, Hamburg 1987; Rudolf Vierhaus, Deutschland im 18. Jahrhundert. Politische Verfassung – Soziales Gefüge – Geistige Bewegungen, Göttingen 1992; Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, hrsg. v. Lothar Gall, München 1997 (HZ, Sonderheft 17); Thomas Theuringer, Liberalismus im Rheinland. Voraussetzungen und Ursprünge im Zeitalter der Aufklärung, Frankfurt a. M. 1998; James Van Horn Melton, The Rise of the Public in Enlightenment Europe, Cambridge 2001; Werner Faulstich, Die bürgerliche Mediengesellschaft (1700 – 1830), Göttingen 2002.

lerdings notwendig, die politischen Entscheidungsebenen von den darunter liegenden Feldern der Politisierung zu unterscheiden. So wenig wie das frühneuzeitliche Wirtshaus gehören die aufgeklärten Sozietäten zum engeren Bezirk der Politik<sup>63</sup>. Sie markieren sein Vorfeld, das über verschiedene Kommunikationsmedien mit den politischen Entscheidungsebenen verbunden war, von der aktiven Entscheidungsbildung selbst jedoch ausgeschlossen blieb. Für die Untersuchung politischer Mentalitäten, insbesondere der Erfahrungen der Menschen von erfolgreicher Einflußnahme oder Wirkungslosigkeit, ist diese Unterscheidung verschiedener Ebenen des Politischen von weitreichender Bedeutung.

Dies gilt in besonderem Maße für den komplexen Strukturwandel des Politischen im Transformations- und Konstituierungsprozeß der neuständischen Gesellschaft im langen 18. Jahrhundert und des hierin eingebetteten „Zeitalters der Französischen Revolution“. Forschungen hierüber haben sich bis heute zumeist auf die gleichsam innenpolitischen Voraussetzungen der Französischen Revolution und der unterschiedlichen Reformpolitiken in England und in den europäischen Kontinentalstaaten sowie auf die Napoleonische Expansionspolitik konzentriert. Demgegenüber wären die Wirkungszusammenhänge zwischen globaler Mächtekonkurrenz seit Mitte des 18. Jahrhunderts und deren Rückwirkungen auf die „Innenpolitik“ der großen Mächte, sich ausbreitender Konsumgesellschaft und sozialer Ausdifferenzierung in diesem Transformationsprozeß des Politischen noch eingehender zu untersuchen<sup>64</sup>. Von hier aus ließe sich auch ein neuer Blick gewinnen auf den Durchbruch des Konstitutionalismus und die Etablierung der Verfassung als neue institutionelle Ordnung des Politischen der neuständischen Gesellschaft<sup>65</sup>.

<sup>63</sup> Zum Öffentlichkeitscharakter des frühneuzeitlichen Wirtshauses s. *Michaela Hohkamp*, Herrschaft in der Herrschaft (Anm. 10), 216–218; *dies.*, Vom Wirtshaus zum Amtshaus, in: *Werkstattgeschichte* 16 (1997), 8–18; *Susanne Rau / Gerd Schwerhoff*, Frühneuzeitliche Gasthaus-Geschichte(n) zwischen stigmatisierenden Fremdzuschreibungen und fragmentierten Geltungserzählungen, in: *Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen*, hrsg. v. Gert Melville / Hans Vorländer, Köln / Weimar / Wien 2002, 181–201.

<sup>64</sup> Zu den mächtapolitischen Aspekten s. die einschlägigen Abschnitte in der Gesamtdarstellung von *Hagen Schulze*, *Phoenix Europa. Die Moderne. Von 1740 bis heute*, Berlin 1998; *Paul W. Schroeder*, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1996; „*The Transformation of European Politics, 1763–1848*“: *Episode or Model in Modern History?*, hrsg. v. Peter Krüger / Paul W. Schroeder, Münster / Hamburg / London 2002. Dies wäre auch der systematische Ort für geschlechterpolitische Aspekte, von der wachsenden Bedeutung von Frauen in der Konsumsphäre bis hin zur zunächst noch zeitweiligen Politisierung von Frauen in der Revolution oder in den anti-napoleonischen Freiheitskriegen.

<sup>65</sup> S. hierzu *Niklas Luhmann*, *Verfassung als evolutionäre Errungenschaft*, in: *Rechtshistorisches Journal* 9 (1990), 176–220; *Blänkner*, *Der Vorrang der Verfassung* (Anm. 13).

### III. Institutionalität und Symbolizität des Politischen

Die konfessionellen Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts zeigen paradigmatisch die Labilität politischer Ordnung und wie grundsätzlich prekär das Feld des Politischen ist. Gegen die aprioristische Vorannahme, daß der Mensch gleichsam von Natur aus ein ζῷον πολιτικόν, ein *homo politicus* sei, hatte Hannah Arendt aus der Sicht der politischen Philosophie auf die interaktive Relationalität des Politischen hingewiesen. Dieses relationale Politikverständnis findet sich, wenngleich zumeist ohne Bezug auf Arendt, auch in jüngeren historisch-sozialanthropologischen und soziologischen Ansätzen, die für die neue Kulturgeschichte des Politischen wichtig geworden sind, etwa bei Pierre Bourdieu oder, in Anlehnung an Eduard P. Thompson, in der Metapher des „Kräftefeldes“ bei Alf Lüdtke<sup>66</sup>. Von diesem Ausgangspunkt stellt sich auch die Frage nach dem Politischen neu – nicht mehr nur als Frage nach seinen kulturellen Modalitäten, sondern in grundsätzlicher Weise unter der Problemstellung: „Wie ist politische Gesellschaft bzw. Ordnung möglich?“

Die weitreichendsten, über die verschiedenen entweder system- oder handlungsorientierten Kommunikationstheorien von Luhmann und Habermas hinausreichenden Antworten hierauf bieten m. E. die bereits genannten jüngeren institutionentheoretischen Ansätze von Göhler und Rehberg<sup>67</sup>. Bedingung, um diese Ansätze nutzbar machen zu können, ist allerdings die Abkehr von einem reifizierten Verständnis von Institutionen als Organisationen oder generell als formale soziale oder politische Gebilde, wie es in den Sozial- und Geschichtswissenschaften und nicht zuletzt in der aktuellen Diskussion über die Kulturgeschichte des Politischen noch immer verbreitet ist<sup>68</sup>.

Im Gegensatz hierzu und im Anschluß an kulturanthropologische Ansätze bezeichnet Rehberg idealtypisch „Institutionen“ als „solche ‚Sozialregulierungen‘ [...], in denen die Prinzipien und Geltungsansprüche einer Ordnung symbolisch zum Ausdruck gebracht werden“<sup>69</sup>. Ähnlich definiert Göhler „soziale Institutionen“ als „relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender

<sup>66</sup> S. Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. *Leçon sur la leçon*, Frankfurt a. M. 1985; Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, hrsg. v. dems., Göttingen 1991, 9 – 63, insbes. 12 – 18.

<sup>67</sup> Dies kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden. Zur Theorienkonkurrenz zwischen Luhmann und Rehberg s. Andreas Göbel, Institution und System, in: Kunst, Macht und Institution (Anm. 26), 185 – 197.

<sup>68</sup> S. etwa *Landwehr*; Diskurs-Macht-Wissen (Anm. 14), 89, 98, 103; *Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik (Anm. 14), 597; *Nicklas*, Macht-Politik-Diskurs (Anm. 14), 15.

<sup>69</sup> Rehberg, Institutionen als symbolische Ordnungen (Anm. 26), 56.

und orientierender Funktion“<sup>70</sup>, und hierauf aufbauend „politische Institutionen“ – wie schon an früherer Stelle zitiert – als „Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft.“

Abgesehen von dem „gesamtgesellschaftlichen“ Bezug, der das Politische der politischen Institutionen auf den zeitlichen Rahmen der demokratischen Industriegesellschaften einschränkt<sup>71</sup>, werden hier drei für eine Kulturgeschichte des Politischen zentrale Aspekte genannt – gegen das reifizierte Verständnis von Institutionen die Betonung von deren Prozeßhaftigkeit; gegen einseitige Auffassungen des Politischen, die entweder auf Entscheidung oder Willensbildung abzielen, deren Integration; und schließlich die für das Verständnis des Institutionellen und des Politischen konstitutive Bedeutung der Symbolizität.

Die Unhintergehrbarkeit der institutionellen Verfaßtheit des Politischen und – als ihr konstitutiver Aspekt – der Zusammenhang zwischen Institutionalität und Symbolizität ist in den langjährigen Forschungsprojekten zur *Theorie politischer Institutionen* und über *Institutionalität und Geschichtlichkeit* grundsätzlich und in zahlreichen Einzelstudien ausführlich dargelegt worden<sup>72</sup>. Es erübrigt sich darum, hierauf an dieser Stelle nochmals einzugehen, auch wenn diese für eine Kulturgeschichte des Politischen grundlegenden Aspekte in den jüngsten, zum Teil mit programmatischem Anspruch formulierten Arbeiten unberücksichtigt geblieben sind<sup>73</sup>. Weiterführend ist statt dessen ein Blick auf die aktuellen Diskussionen über Symbolizität und die symbolische Dimension des Politischen, die einen besonderen Fokus der gegenwärtigen geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland markieren<sup>74</sup>.

---

<sup>70</sup> Göhler, Politische Institutionen und ihr Kontext (Anm. 29), 22.

<sup>71</sup> Zu dieser expliziten Einschränkung s. Göhler, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation (Anm. 29), 13.

<sup>72</sup> S. hierzu die oben (Anm. 25 u. 26) genannten Arbeiten, sowie den aus dem Dresdner SFB „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ hervorgegangenen Band: *Geltungsgeschichten* (Anm. 63).

<sup>73</sup> S. etwa die durchgängigen Verkürzungen und Nichtberücksichtigungen bei *Landwehr*, Diskurs-Macht-Wissen (Anm. 14); *Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik (Anm. 14). Der Zusammenhang zwischen Institutionalität und Symbolizität wird ebenso verkannt bei *Timm Bechelt*, Herrschaftskultur. Ein Konzept zur kulturwissenschaftlichen Öffnung der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: *Berliner Debatte Initial* 14 (2003), 60–74.

<sup>74</sup> Diese Fokussierung dokumentieren drei Sonderforschungsbereiche der DFG: Der Dresdner SFB „Institutionalität und Geschichtlichkeit“, der Konstanzer SFB „Norm und Symbol. Die kulturelle Dimension sozialer und politischer Integration“, sowie der Münsteraner SFB „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution“.

Wenn von Symbolen in der Politik die Rede ist, so geschieht dies häufig in denunziatorischer Absicht. Die populäre und auch in der Politikwissenschaft verbreitete Rede von „symbolischer Politik“ soll dabei Ersatz- und Alibi-Handeln bezeichnen. Im Unterschied zu diesem äußerlichen Symbolverständnis hat Ernst Cassirer auf die Symbolizität als Modus der Weltananeignung hingewiesen und hierbei verschiedene „symbolische Formen“ wie Mythos, Religion, Sprache, Technik, Wissenschaft, Geschichte u. a. unterschieden<sup>75</sup>. Seit Cassirers kulturphilosophischen Arbeiten und der Rezeption der anglo-amerikanischen Sozialanthropologie und Ethnologie hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Auffassung wachsende Verbreitung gefunden, Symbole nicht lediglich als Beiwerk zur Wirklichkeit, sondern als Wirklichkeit selbst zu verstehen. Dabei ergeben sich zwischen den erwähnten institutionenheoretischen Ansätzen und stärker kommunikationstheoretisch orientierten Symbolkonzepten zahlreiche Berührungs punkte nicht nur im Hinblick auf den Symbolbegriff selbst, sondern auch in der Zielsetzung einer sozialtheoretischen Überwindung der Dichotomien zwischen Handlung und Struktur oder Bedeutung und Funktion<sup>76</sup>.

Nicht zu übersehen sind allerdings die für eine Kulturgeschichte des Politischen auftretenden Probleme, die die verschiedenen Konzepte „symbolischer Kommunikation“ mit der praxeologischen Verflüssigung des systemtheoretischen Handlungsbegriffs in das Handeln der Akteure haben. An Luhmann orientierte Ansätze versuchen diese Leerstelle zumeist mit Interaktionskonzepten ausfüllen, die allerdings – bislang zumindest – unterhalb des analytischen Potentials der besonders diesen Aspekt explizit thematisierenden (politischen) Institutionentheorien bleiben<sup>77</sup>. Stärker akteursbezogene und an vormodernen politischen Verfahren interessierte Ansätze, wie sie vor allem durch die Arbeiten von Barbara Stollberg-Rilinger repräsentiert werden, unterscheiden zwischen „technisch-instrumentellen“ und „symbolisch-expressiven Funktionen<sup>78</sup>, eine Unterscheidung, die in ähnlicher Weise auch Göhler mit der Differenzierung zwischen „instrumentaler“ und „symbolischer“ Dimension politischer Institutionen vornimmt<sup>79</sup>. Der

<sup>75</sup> Ernst Cassirer, *Philosophie der symbolischen Formen*, 3 Bde., 1923 – 1929, ND Darmstadt 1973 – 1977; ders., *Was ist der Mensch? Versuch einer Philosophie der menschlichen Kultur*, Stuttgart 1960 (zuerst engl. 1944).

<sup>76</sup> S. hierzu: Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften, hrsg. v. Rudolf Schlägl/Benhard Giesen/Jürgen Osterhammel Konstanz 2004; Rudolf Schlägl, Kommunikation und Symbole. Ein kulturwissenschaftlicher Horizont der Fragen und Begriffe, in: Mitteilungen der Residenz-Kommission 10 (2000), 15 – 20.

<sup>77</sup> S. hierzu etwa die – im übrigen glänzende – Arbeit von Pečar, Die Ökonomie der Ehre (Anm. 58).

<sup>78</sup> Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Einleitung, in: Vormoderne politische Verfahren (Anm. 11), 9 – 24, insbes. 20 – 24.

<sup>79</sup> Vgl. Göhler, Politische Institutionen und ihr Kontext (Anm. 29), 37.

analytische Gehalt dieser Unterscheidung erscheint jedoch fraglich, insbesondere im Hinblick auf das Problem des Institutionenwandels bzw. auf die Veränderung einer „institutionellen Konfiguration“, also des Sets von institutionellen Mechanismen und den hiermit korrespondierenden politisch-sozialen Beziehungen<sup>80</sup>. Die Trennung der beiden Funktionen legt dabei den Gedanken eines Verblassens der symbolischen Dimension einer Institution bei Fortlaufen ihrer instrumentalen Dimension nahe. Anstelle einer diskursanalytisch gestützten Untersuchung institutioneller Konfigurationen und ihrer Transformationen hätte dies die Rückkehr zum Typus einer traditionell-entwicklungsgeschichtlich argumentierenden Institutionengeschichte zu Folge<sup>81</sup>.

Aufs Ganze gesehen eröffnen die jüngsten Forschungen zur symbolischen Kommunikation zwar gerade auch für eine Kulturgeschichte des Politischen grundlegend neue Einblicke in lange in ihrer Bedeutung vernachlässigte oder verkannte Institutionen, wie etwa dem höfischen Zeremoniell<sup>82</sup>. Mit der Verengung des Symbolbegriffs auf „symbolisch-expressives Handeln“ gehen jedoch zugleich die Möglichkeiten verloren, die Cassirers Symbolverständnis bieten. Allerdings ist dessen Kulturphilosophie der symbolischen Formen für historische und empirische Forschung nicht unmittelbar umsetzbar. Sie bedarf einer gleichsam kultursoziologischen Übersetzung. Ansatzpunkte hierfür finden sich in Bourdieus Konzept der *symbolischen Felder*, doch führt dieser Weg aufgrund der verkürzten Rezeption des Cassirerschen Symbolbegriffs bei Bourdieu letztlich nicht weiter<sup>83</sup>.

Die plausibelsten Anknüpfungspunkte einer solchen kultursoziologischen Übersetzung enthält Rehbergs Verständnis von „Institutionen als symbolische Ordnungen“, auch wenn Rehberg selbst seinen Ausgangspunkt von einer kritischen Lesart der Institutionenlehre Gehlens nahm. Die Weite des Cassirerschen Symbolbegriffs und der – bei Luhmann systemtheoretisch aufgelöste – konkret auf die sozialen Trägergruppen und die Handlungs-

<sup>80</sup> S. hierzu *Göhler*, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation (Anm. 29), 28, sowie ausführlich *ders.*, Wie verändern sich Institutionen? Revolutionärer und schleichender Institutionenwandel, in: *Institutionenwandel*, hrsg. v. dems., Opladen 1996 (*Leviathan*, Sh. 16), 21–56, insbes. 24–27.

<sup>81</sup> S. hierzu die ähnlich argumentierende Kritik von *Miloš Vec*, „Technische“ gegen „symbolische“ Verfahrensformen? Die Normierung und Ausdifferenzierung der Ge sandtenränge nach der juristischen und politischen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts, in: *Vormoderne politische Verfahren* (Anm. 11), 559–587, insbes. 560 u. 579–582.

<sup>82</sup> S. hierzu auch den vorzüglichen, auch konzeptuell weiterführenden Literaturbericht von *Barbara Stollberg-Rilinger*, Zeremoniell, Ritual, Symbol. Neue Forschungen zur symbolischen Kommunikation in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, in: *ZHF* 27 (2000), 389–405.

<sup>83</sup> S. hierzu *Cornelius Bickel*, Die Cassirer-Rezeption bei Bourdieu, in: *Kunst, Macht, Institution* (Anm. 26), 111–118.

Formen und Akteurs-Typen einer Institution bzw. eines institutionellen Ordnungsarrangements bezogene praxeologische Handlungsbegriff werden hier zu einem Gesamtkonzept der „Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“ verdichtet<sup>84</sup>, das für kulturhistorische Forschung generell außerordentlich anregend ist. Wenn hier verschiedentlich auf die Forschungen von Rehberg und Göhler perspektivisch Bezug genommen worden ist, so sollen die Differenzen zwischen beiden Theorieansätzen nicht verwischt werden. Gleichwohl ist deren Schnittmenge groß genug, um diese als institutionentheoretischen Ausgangspunkt für weiterführende Aspekte einer Kulturgeschichte des Politischen zu nehmen.

Folgt man dem relationalen Verständnis des Politischen als einem spezifischen, historisch veränderbaren „Handlungsraum“<sup>85</sup> der jeweils politisch Berechtigten, so lassen sich „Hof“ und „Verfassung“ idealtypisch als die beiden wichtigsten institutionellen Ordnungen des Politischen in der frühen Neuzeit und im langen 18. Jahrhundert begreifen. Eine Kulturgeschichte des Politischen hätte hier zu allererst nach den verschiedenen geschichtlichen Phasen dieser Handlungsräume zu fragen (Formierung, Institutionalisierung, Transformation). Etwa nach der Institutionalisierung des Staats des Ancien Régime und des Arkanums – nach den Hofordnungen und der Einrichtung der Kabinettsregierungen; nach dem Zeremoniellwesen und den höfischen Festen; nach den Geheimen Räten und der institutionellen Verflechtung der europäischen Höfe durch die Kultur der Diplomatie; nach den *politici*, den gelehrten Räten und Diplomaten; nach den sozialen Regeln und Mechanismen der Macht<sup>86</sup>, den Normen und Praktiken der Integration (und Exklusion) sowohl am Hof als auch in der policeylichen Praxis; und schließlich nach den wissenschaftlichen Formen des Wissen über den Staat des Ancien Régime – den Zeremonialwissenschaften<sup>87</sup> und der Policeywissenschaft – als systemische Selbstbeschreibungen.

Etliche dieser genannten Aspekte sind bereits, manche schon seit langerem, andere erst in jüngster Zeit, Gegenstand historischer Forschung. Die

<sup>84</sup> Vgl. Rehberg, Eine Grundlagentheorie der Institutionen (Anm. 26), 134–141; ders., Institutionen als symbolische Ordnungen (Anm. 26), 70–80; zuletzt nochmals umfassend dargelegt in: ders., Weltrepräsentanz und Verkörperung (Anm. 26).

<sup>85</sup> S. hierzu auch Göhler, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation (Anm. 29), 21 u. 26.

<sup>86</sup> S. hierzu Barbara Stollberg-Rilinger, Rang vor Gericht. Zur Verrechtlichung sozialer Rangkonflikte in der frühen Neuzeit, in: ZHF 28 (2001), 385–418; dies., Die Königswürde im zeremoniellen Zeichensystem der Frühen Neuzeit, in: Dreihundert Jahre Preußische Königskrönung, hrsg. v. Johannes Kunisch, Berlin 2002 (FBPG, N.F., Beiheft 6), 1–26; Wolfgang Neugebauer, Staat-Krieg-Korporation. Zur Genese politischer Strukturen im 17. und 18. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch 123 (2003), 197–237.

<sup>87</sup> S. hierzu Miloš Vec, Zeremonialwissenschaften im Fürstenstaat, Frankfurt a. M. 1998.

Fokussierung auf institutionentheoretische Fragestellungen könnte neue Blicke auf den frühneuzeitlichen Hof eröffnen. Dabei sollen die Differenzen zwischen den hier hervorgehobenen institutionentheoretischen Ansätzen und jenen der „symbolischen Kommunikation“ im Hinblick auf eine „Kulturgeschichte des Politischen“ jedoch nicht überbewertet werden. Jedenfalls läßt sich Hans-Ulrich Wehlers Kritik, daß die Argumente für den Anspruch der neuen Kulturgeschichte auf ein besseres Verständnis des Politischen noch der Überzeugungskraft entbehren<sup>88</sup>, spätestens durch die jüngeren Forschungen zum frühneuzeitlichen Zeremoniell und Hof (Gestrich, Stollberg-Rilinger, Vec, Pečar; zeitlich darüber hinausgehend auch Paulmann) nicht mehr aufrecht erhalten.

Ein vergleichbar deutliches Profil einer „Kulturgeschichte des Politischen“ ist für die *Verfassung* als symbolisch-institutionelle Ordnung des Politischen der neuständischen Gesellschaft des langen 18. Jahrhunderts bisher erst in Ansätzen erkennbar. Hierfür lassen sich – mit Blick auf die deutsche Geschichte – vor allem zwei Gründe anführen. Zum einen die zählebige These, die Französische Revolution markiere den Bruch zwischen der „ständischen“ und der „bürgerlichen“ Gesellschaft, die zur Folge hat, daß die diskursiven Zusammenhänge zwischen dem ausgehenden 18. und dem beginnenden 19. Jahrhundert weitgehend verkannt werden. Zum anderen die noch immer andauernde Fixierung auf den „bürgerlichen Nationalismus“, die den Blick darauf verstellt, daß dieser „Nationalismus“ vor seinem Aufstieg zur Massenbewegung seit den 1840er Jahren lediglich eine marginale Position innerhalb der ohnehin minoritären politischen Elite der Gebildeten einnahm.

Die folgende knappe Zusammenfassung früherer Darlegungen über die Verfassung als symbolische Ordnung des Politischen<sup>89</sup> geht statt dessen von der von Rudolf Vierhaus und Lothar Gall vertretenen, bislang allerdings in der Forschung nicht diskutierten These aus, daß zwischen dem 18. und dem 19. Jahrhundert eine „Epoche sui generis“ (Vierhaus) bzw. ein „eigenständiger Typus“ (Gall) von Gesellschaft anzusetzen sei<sup>90</sup>. Dieser zeitlich und sozialgeschichtlich zwischen der altständischen Gesellschaft des Ancien Régime und der industriellen Klassengesellschaft vermutete Typus wird hier als „neuständische Gesellschaft“ bezeichnet.

---

<sup>88</sup> Vgl. Wehler, Die Herausforderung der Kulturgeschichte (Anm. 2), 151.

<sup>89</sup> Die nachfolgenden Passagen folgen, gelegentlich wörtlich, vor allem Blänkner, Der Vorrang der Verfassung (Anm. 13); *ders.*, Integration durch Verfassung? (Anm. 13).

<sup>90</sup> Vgl. Rudolf Vierhaus, Aufklärung und Reformzeit. Kontinuitäten und Neuansätze in der deutschen Politik des späten 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts (1984), in: *ders.*, Deutschland im 18. Jahrhundert (Anm. 62), 249–261, hier 250; Lothar Gall, Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft (Anm. 33), 45–49.

Die historischen Entstehungsbedingungen der neuständischen Gesellschaft liegen in dem bereits angedeuteten Strukturwandel der Öffentlichkeitssphären und des Politischen im Zuge des Integrationsschwunds des frühneuzeitlichen Hofes und der sozialen Ausdifferenzierung im Kontext von Kommerzialisierung und der maßgeblich durch die Globalisierung ausgelösten Entstehung der europäischen Konsumgesellschaft. Die Antwort auf das hierdurch entstehende politisch-soziale Integrationsproblem lag in der „Verfassung“, womit hier nicht nur ein politisches Strukturelement gemeint ist, sondern zugleich die semantische Form, unter der die neuständische Gesellschaft ihr Integrationsproblem diskutierte. Beides beschreibt einen gemeineuropäischen und die Vereinigten Staaten von Amerika mit einschließenden Prozeß, der sich in unterschiedlichen revolutionären ebenso wie reformerischen Politiken niederschlug und in dem die „Verfassung“ zur institutionellen Leitdifferenz einer ganzen Epoche wurde.

In diesen historischen Umbruchprozeß waren auch die deutschen Staaten eingebunden. Die Formierung des Konstitutionalismus zum hegemonialen Diskurs läßt sich hier an den Macht- und Deutungskämpfen auf verschiedenen diskursiven Feldern des Politischen, der Ästhetik (Literatur, Ikonographie, Denkmalskunst), der politischen Festkultur und des politischen Liedgutes, der Wissenschaften (Rechtswissenschaft und Geschichtsschreibung) bis zur Theologie verfolgen. Schon hier wird deutlich, daß diese spezifisch konstitutionelle „Verfassungskultur“ mehr umfaßt als „symbolisch-expres-sives Handeln“. Im Anschluß an die oben angedeutete institutionentheoretische Erweiterung des Cassirerschen Symbolbegriffs lassen diese Felder sich als „symbolische Formen“ und die Gesamtheit dieser relationalen Felder und diskursiven Praktiken als „symbolische Ordnung“ beschreiben.

Mit der Krise der neuständischen Gesellschaft als Folge der sich formierenden industriellen Klassengesellschaft seit den 1830er Jahren geriet auch das Integrationspotential der neuständischen „Verfassung“ an seine Grenzen. Die „Verfassung“ als symbolisch-institutionelle Ordnung des Politischen und mit ihr die institutionelle Figuration der neuständischen Gesellschaft und ihrer politischen Strömungen geriet noch vor der Revolution von 1848 in den reichsnationalen Transformationsprozeß des Konstitutionalismus, in dem die Verfassung ihre Funktion als Leitdifferenz zugunsten der neuen Leitdifferenzen „Nation“ und „Verwaltung“ in der Ära der Reichsgründung und des Kaiserreichs einbüßte.

\*\*\*

Mit *Historizität*, *Institutionalität* und *Symbolizität* sollten in diesem Aufsatz grundbegriffliche Aspekte einer „Kulturgeschichte des Politischen“ aus institutionentheoretisch interessanter Perspektive skizziert werden. Ob diese Kategorien hierfür hinreichen, muß der kritischen Diskussion über-

lassen bleiben. Wenigstens hingewiesen werden soll abschließend jedoch auf einen Aspekt, der sich in die hier genannten Grundbegriffe einfügt, jedoch in Spannung zu dem auf Dauer und Prozesse des politischen Ordnens abzielenden Begriff des Institutionellen steht – das politische Ereignis. Das Ereignis als das Unerwartete – sei es der Mauerfall am 9. November 1989 oder der Angriff auf die *twin-towers* am 11. September 2001 – markiert die stärkste Bedrohung einer institutionalisierten Ordnung, einer institutionellen Figuration und ist zugleich ein Moment hoch verdichteter Symbolik.

Auch das „Ereignis“ ist zunächst nur eine Verständniskategorie, die aber doch, wie jede „Kulturgeschichte des Politischen“, zur Darstellung drängt. Daß die gegenwärtige Debatte über die Frage „Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?“ in die Frage mündet: „Wie schreibt man eine Kulturgeschichte des Politischen?“, wäre zu hoffen. Und was wäre zum Verständnis der Gegenwart herausfordernder als eine komplexe, das Instrumentarium der institutionellen Analyse ausschöpfende Kulturgeschichte des politischen Ereignisses – des 9. November 1989, des 11. September 2001?

# Der Begriff der Kultur in der Systemtheorie

Von *Rainer Walz*, Bochum

In diesem Beitrag soll der Begriff Kultur in der Systemtheorie Luhmannscher Prägung erörtert und in wenigen Andeutungen auf den Bereich der politischen Kultur angewandt werden. Es sei vorausgeschickt, dass in erster Linie die späten Texte Luhmanns, darunter auch die posthum erschienenen, sich mit dem Begriff Kultur befassen, der Begriff also keine zentrale Stellung im Theoriegebäude einnimmt, was vielleicht daran liegt, dass in der Systemtheorie Luhmanns Kultur nicht als Subsystem der Gesellschaft wie etwa Religion, Wirtschaft, Politik, Recht, Kunst, Wissenschaft und Familie beschrieben werden kann, sondern dazu quer liegt. Dagegen ist in der Systemtheorie Talcott Parsons Kultur noch ein Teilsystem des Handlungssystems.

Zur Einordnung sollen aber zunächst einige Definitionen des Begriffs Kultur aus dem großen, deswegen eine Beschränkung erfordernden Angebot der Soziologie und Ethnologie vorgestellt werden. Bronislaw Malinowski bestimmt Kultur als das umfassende Ganze, das sich aus Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, den konstitutionellen Rechten und Pflichten zusammensetzt. Außerdem umfasst der Begriff auch Ideen und Glaubenssätze, ebenso Bräuche<sup>1</sup>. Leslie A. White versteht Kultur als extrasomatisches, zeitliches Kontinuum von Sachen und Ereignissen, die von Symbolisierungen abhängen, also Werkzeuge, Geräte, Utensilien, Kleidung, Ornamente, Sitten, Institutionen, Glauben Rituale, Spiele, Kunstwerke und Sprache. Kultur ist „the ability to symbol“, auch die Fähigkeit „to bestow meaning upon a thing or event“<sup>2</sup>. Der Mensch taucht im Laufe der Evolution dann auf, wenn die Fähigkeit zu symbolischem Denken entsteht. Kultur ist damit ein alles umfassender Begriff und bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen einer Sache selbst und ihrer Bedeutung, z. B. die Unterscheidung von Wasser und heiligem Wasser<sup>3</sup>. Das Tier kann zwischen beiden nicht unterscheiden!

---

<sup>1</sup> Bronislaw Malinowski, Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze, Frankfurt a. M. 1975, 75.

<sup>2</sup> Leslie A. White, The Evolution of Culture. The Development of Civilization to the Fall of Rome, New York 1959, 3.

<sup>3</sup> „Holy water is a liquid that exists in nature *plus* a meaning or value derived from man [...] Symboling, therefore, consists of trafficking in meaning by nonsensory means,“ ebd.

In der Ethnologie berühmt geworden ist die Darstellung von Kroeber und Kluckhohn (1952), die die verschiedenen Definitionen von Kultur analysieren und der Entstehung des Begriffs nachgehen. Er taucht ihnen zufolge in der heutigen Bedeutung erst im 18. Jahrhundert auf, und dies in Deutschland<sup>4</sup>. Die beiden Autoren behandeln ausführlich Adelung, Herder und Meiners. Sie unterscheiden dann deskriptive (enumerativ), historische (Betonung von Tradition / Erbe), normative (Orientierung an Regeln), psychologische (Orientierung an Anpassung, Problemlösung), strukturelle (Orientierung an pattern, Organisation) und genetische (Orientierung am Begriff des Artefakts) Definitionen von Kultur<sup>5</sup>.

Am wirkungsmächtigsten war vielleicht Talcott Parsons Kulturbegriff. In ‚The Social System‘ definiert er: „first, that culture is *transmitted*, it constitutes a heritage or a social tradition; secondly, that it is *learned*, it is not a manifestation, in particular content, of man’s genetic constitution; and third, that it is *shared*.“ Kultur ist „on the one hand the product of, on the other hand a determinant of, systems of human social interaction“<sup>6</sup>. Wichtig für solche Systeme von Kultur ist ‚pattern consistency‘, z. B. die logische Konsistenz eines kognitiven Systems, aber diese Forderung der pattern consistency gilt auch für Kunststile und Systeme der Wertorientierung<sup>7</sup>. Im AGIL-Schema fasst Parsons, dies seine bekannteste Definition, Kultur als ‚latent pattern maintenance‘<sup>8</sup>. Dass wegen des ‚latent‘ Sozialisation eine zentrale Rolle bei der Erhaltung des ‚pattern‘ einnehmen muss, leuchtet sofort ein. Dass es dabei um den Gegensatz von Wertorientierung und ‚cathectic orientation‘ (Interesse) geht, macht Parsons in unmittelbarer Nachbarschaft mit den eben genannten Aussagen klar<sup>9</sup>. Er unterscheidet dabei zwei Komponenten kultureller Tradition, die erste bezieht sich auf Glaubenssysteme, die zweite auf „systems of expressive symbols“<sup>10</sup>.

<sup>4</sup> A. L. Kroeber / Clyde Kluckhohn, Culture. A Critical Review of Concepts and Definitions, 1952, Reprint New York 1967, 31 ff.

<sup>5</sup> Kroeber / Kluckhohn, Culture (Anm. 4), 81 – 140, mit vielen Zitaten als Belegen.

<sup>6</sup> Talcott Parsons, The Social System (1951) Ausgabe New York 1964, 15, kursiv im Original.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Neben *adaptation*, *goal attainment* und *integration*. Vgl. zum AGIL-Schema Talcott Parsons / Gerald M. Platt, The American University, Cambridge Mass. 1973, 12 – 15. Zum AGIL-Schema vgl. auch Niklas Luhmann, Warum AGIL?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40 (1988), 127 – 139; Sigrid Brandt, Religiöses Handeln in moderner Welt. Talcott Parsons’ Religionssoziologie im Rahmen seiner allgemeinen Handlungs- und Systemtheorie, Frankfurt a. M. 1993, 133 ff.

<sup>9</sup> Parsons, The Social System (Anm. 6), 14. *Cathectic orientation* bezieht sich auf die Bindung an Objekte.

<sup>10</sup> Ebd., 326 ff. und 384 ff.

Die vorgestellten Definitionen sind, wie wir gleich sehen werden, für die systemtheoretische Analyse wichtig. Luhmann hat keine Monographie zur Kultur der Gesellschaft vorgelegt wie er dies für andere Subsysteme der Gesellschaft getan hat. Er ist gegen den Begriff Kultur sogar außerordentlich skeptisch. Noch 1995 nennt er Kultur „einen der schlimmsten Begriffe, die je gebildet worden sind“<sup>11</sup>. Ausgerechnet in dem Werk über die Kunst taucht der Begriff kaum auf! Noch in ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘ schreibt Luhmann, der Begriff lebe nur davon, dass ein Vorschlag, ihn aufzugeben, wenig Erfolgsaussichten hätte, solange keine Nachfolgebegrifflichkeit mitangeboten würde<sup>12</sup>. In ‚Soziale Systeme‘ (1984) hatte Luhmann dagegen noch neutral und relativ konservativ Kultur als übergreifende Semantik bestimmt<sup>13</sup>. Die gesellschaftliche Reproduktion von Kommunikation laufe über die Reproduktion von Themen. Kultur ist dann der Vorrat möglicher Themen, die für rasche Aufnahme bereitstehen – also Routine<sup>14</sup>. Dies liegt recht nahe am ‚pattern maintenance‘ von Parsons. Erst Mitte der 90er Jahre beginnt bei Luhmann eine genauere Befassung mit dem Begriff<sup>15</sup>. Zwei Fragestellungen werden dabei unterschieden: 1. Was ist Kultur? 2. Warum spielt der Begriff in der Moderne eine so zentrale Rolle?

Luhmann behandelt den Begriff historisch und stellt der vormodernen, in Hochkulturen gültigen Vorstellung von Kultur den Kulturbegriff der funktional differenzierten Weltgesellschaft gegenüber. Zunächst ist festzuhalten, dass der Begriff bis ins 18. Jahrhundert<sup>16</sup> im Wesentlichen nur in einer Genitivkonstruktion vorkommt, z. B. als agricultura oder – bei Cicero – als cultura animi<sup>17</sup>. Dies ist dem Begriff des status vergleichbar, der im Sinne von Staat auch erst spät ohne ergänzende Adjektive oder Genitive gebraucht wird<sup>18</sup>. Ein solcher Begriff von Kultur ist noch nicht oder wenig – die Definition Ciceros zeigt dies deutlich – gegen den der Natur differenziert. Er

<sup>11</sup> Niklas Luhmann, Die Kunst der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1995, 398.

<sup>12</sup> Ders., Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1997, 881.

<sup>13</sup> Ders., Soziale Systeme, Frankfurt a. M. 1984, 588.

<sup>14</sup> Ebd., 224.

<sup>15</sup> Ders., Kultur als historischer Begriff, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik, hrsg. v. dems., Bd. 4, Frankfurt a. M. 1995, 31–54; ders., Die Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 12), vor allem 586 ff.; ders., Religion als Kultur, in: Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus, hrsg. von Otto Kallscheuer, Frankfurt a. M. 1996, 291–315.

<sup>16</sup> Luhmann nennt selbst als Ausnahmen im 17. Jahrhundert Pufendorf und Gracián, ders., Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 12), 587, Anm. 309. Vgl. zu Pufendorf auch Dirk Baecker, Kultur, in: Ästhetische Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 2001, 512.

<sup>17</sup> Cicero, Disputationes tusculanae II 13: *cultura autem animi philosophia est; haec extractit vitia radicibus et praeparat animos ad status accipiendo eaque mandat iis et, ut ita dicam, serit, quae adulta fructus uberrimos ferant.*

<sup>18</sup> Vgl. dazu Wolfgang Mager, Zur Entstehung des modernen Staatsbegriffs, Mainz 1968.

meint Entwicklung zur Perfektion, ist also teleologisch ausgerichtet<sup>19</sup>. Die Kultur des Menschen besteht in der aristotelischen Teleologie in der Perfektionierung seiner Natur, seiner Anlagen. Damit fallen Natur und Kultur noch nicht in der Weise auseinander wie später. Der sich auch auf natürliche Objekte beziehende aristotelische Kernbegriff der Entelechie sagt dies deutlich. Luhmann stellt die These auf, dass dieses teleologische Konzept erst nach Einführung der Schrift erfunden worden sei<sup>20</sup>. Damit ist schon ange deutet, dass Kultur je nach Kommunikationsmedien (zu diesen zählen in Luhmanns System neben Schrift und Sprache auch Geld, Liebe und Macht und Wahrheit, um die Medien der Subsysteme Wirtschaft, Familie, Politik und Wissenschaft zu nennen) verschieden ausfällt. Diese vormoderne Kultur ist durch einen Essenzenkosmos charakterisiert, der eine feste Ordnung gewährleistet und zu dem die Begriffe Adel, Naturrecht und Religion gehören. Nur innerhalb dieses Rahmens wird verglichen. Insgesamt wird die eigene Ordnung nicht in Frage gestellt, da sie die Perfektion garantiert. In bezug auf den Kulturvergleich heißt dies: Es gibt Gesellschaften, die haben Kultur, andere nicht. Schon die Sprache des Barbaren hält man für tierisch, man kommt nicht auf die Idee, die eigene Kultursprache mit der der Barbaren ernsthaft auf mögliche Gleichwertigkeit hin zu untersuchen<sup>21</sup>.

Erst im 18. Jh. – so Luhmann wohl in Ablehnung an Kroeber / Kluckhohn – tauche der Begriff Kultur ohne Genitiv auf. Luhmann spricht sogar von der Erfindung der Kultur<sup>22</sup>. Diese plötzliche Karriere des Begriffs hängt damit zusammen, dass nun eine Epoche des Vergleichens beginnt. Ein Indiz für den temporalen Vergleich ist die querelle des anciens et modernes, wobei die eine Partei die Moderne höher wertet, im Sinne eines Fortschrittsmodells. Auch Religionen werden nun nicht mehr verglichen, um die Überlegenheit des Christentums, sondern um die Gleichwertigkeit der anderen zu beweisen; es sei nur Lessings ‚Nathan der Weise‘ genannt. Als weiteres Beispiel für das intensive Vergleichen kann die Beschäftigung mit Sprachen angeführt werden. Luhmann nennt auch das Interesse an ‚Witz‘ als dem Vergleich von entfernt Ähnlichem<sup>23</sup>. Besonders wichtig ist der Vergleich mit den außereuropäischen Kulturen, der einerseits zur Selbstvergewisserung, der Höherwertung der eigenen Kultur, andererseits aber auch zur fundamentalen Kritik an ihr (Konzept des edlen Wilden, Rousseau) führt. Es

<sup>19</sup> Niklas Luhmann, Über Natur, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik, (Anm. 15), Bd. 4, 10 f.

<sup>20</sup> Luhmann, Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 12), 410.

<sup>21</sup> Dies gilt nicht nur für den griechischen Barbaren. Auch die frühneuzeitlichen Entdecker ordneten oft die Sprachen der von ihnen entdeckten Völker als tierisches Gestammel ein.

<sup>22</sup> Luhmann, Religion als Kultur (Anm. 15), 297; ders., Die Religion der Gesellschaft, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a. M. 2000, 314.

<sup>23</sup> Luhmann, Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 35.

wird umgestellt von naturaler Perfektion auf Perfektibilität, damit auf Fortschritt.<sup>24</sup> Kultur wird zum „Weltprojekt, das sowohl Geschichte als auch regionale [...] Unterschiede als Vergleichsmaterial einbezieht“<sup>25</sup>. Ungefähr gleichzeitig mit dem Begriff der Kultur wird der der Nation aufgewertet, ja in seiner modernen Emphase erst erzeugt. Als Historiker möchte ich hinzufügen, dass dies der Sache nach zumindest schon bei Montaigne in den einschlägigen Essais sichtbar wird, der als Skeptiker nicht nur vergleicht, sondern auch die Überlegenheit der europäischen Kultur über die der neu-entdeckten Völker, ebenso die kosmische und soziale Hierarchie in Frage stellt<sup>26</sup>. Von daher stellt sich natürlich sofort die Frage nach dem Kulturbegriff der antiken Skepsis. Darauf kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden. Reimar Müller hat aber in seiner neuen Arbeit über den antiken Kulturbegriff festgehalten, es gebe vor allem drei Wege, auf denen Reflexion über Kulturelles möglich werde: die idealtypische Zeichnung von Grundsituationen der elementaren Lebenswelt, den Vergleich des eigenen mit dem des Fremden und die Gewinnung einer historisch-genetischen Perspektive<sup>27</sup>. Luhmanns Darstellung wäre damit zu verfeinern. Auch in der antiken Kultur gibt es schon diese Tendenz zum Vergleich, der nicht automatisch die Höherwertigkeit der eigenen Kultur impliziert, sondern zum skeptischen Relativismus führt<sup>28</sup>.

Wenn das Wesen des modernen Kulturbegriffs im Vergleich gesehen wird, dann ist das Kennzeichen der Kultur, so Luhmann weiter, die Doppelung der Artefakte unter dem Gesichtspunkt des Vergleichs<sup>29</sup>. Ein Topf wird nicht mehr nur auf seinen Gebrauch hin, sondern auf das, was er über Anderes aussagt, untersucht<sup>30</sup>. „Kultur ist nach all dem ein Doppel, sie dupliziert alles, was ist“<sup>31</sup>. Die Objekte werden als Symptom für etwas beobachtet. Diese Doppelung der Objekte in bezug auf ihre Bedeutung hat Leslie White als Wesensmerkmal von Kultur bestimmt. Verbunden mit dieser Doppelung findet in mehreren Bereichen eine Umstellung auf Beobachtung zweiter Ordnung statt, d. h. auf das Beobachten der Beobachter. Ein Beleg

<sup>24</sup> Ebd., 41.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> In der *Apologie de Raimond Sebond* und in *Des cannibales*, *Montaigne, Œuvres complètes*, Paris 1962, 200 ff. und 415 ff.

<sup>27</sup> *Reimar Müller*, Die Entdeckung der Kultur. Antike Theorien über Ursprung und Entwicklung der Kultur von Homer bis Seneca, Düsseldorf/ Zürich 2003, 23.

<sup>28</sup> Vgl. nur *Sextus Empiricus*, Grundriß der pyrrhonischen Skepsis, Frankfurt a. M. 1968, Taschenbuchausgabe 1985, 108 ff. (I 65 ff.). Es ist interessant, dass sowohl bei *Sextus Empiricus* als auch bei Montaigne dieser Skeptizismus sich sogar auf das Tier-Mensch-Verhältnis bezieht.

<sup>29</sup> *Luhmann*, Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 42.

<sup>30</sup> *Ders.*, Religion als Kultur (Anm. 15), 300.

<sup>31</sup> *Ders.*, Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 41.

dafür ist u. a. die Entstehung der öffentlichen Meinung im 18. Jh., die ja Dauerbeobachtung der anderen Beobachter ist. Auch das Entstehen von Verfassungen ist ein Beispiel dafür, weil der Beobachter die Gesetzgebung auf Verfassungsmäßigkeit hin beobachtet. Ebenso nennt Luhmann den Begriff der Ideologie als Beispiel für das Beobachten zweiter Ordnung<sup>32</sup>. Grund für diese Karriere des Begriffs Kultur ist die Entstehung der Weltgesellschaft. Die eigene Kultur kann sich nicht mehr aus der Religion, sondern nur noch durch Vergleich rechtfertigen<sup>33</sup> – oder eben anklagen. Dies zunächst zur Karriere des Begriffs von Kultur in der modernen Gesellschaft. Die Tatsache, dass man heute *allen* Gesellschaften Kultur zuschreibt, Kultur ganz allgemein z. B. als Symbolsystem definiert, ist ein Beleg für die Differenz zur Vormoderne, die häufig den Code Kultur / Barbarei anwandte. Parsons' Festlegung, dass Kultur ein unerlässlicher Teil des Handlungssystems ist, ist damit auch nur Ausdruck dieser Entwicklung.

Luhmann geht dann einen Schritt weiter. Kultur als vergleichende Reflexion über die Gegenstände kann näher als Gedächtnis einer Gesellschaft bestimmt werden<sup>34</sup>. Gedächtnis ist dann aber nicht zuallererst bewusste Erinnerung der Vergangenheit, sondern Rekursivität der Kommunikation<sup>35</sup>, der ablaufenden Operationen, das Spiel von Vergessen und Erinnern. Nur durch Vergessen gibt es Raum für die Aufnahme neuer Informationen. Erinnerung ist dabei Repression der Repression, also das Verhindern des Vergessens. Erinnert wird das, was wiederholt benötigt wird<sup>36</sup>. Man greift auf das Bekannte, Eingefahrene und Erfolgreiche zurück, oder man wehrt sich dagegen, was man auch nur mit Hilfe des Gedächtnisses kann, wenn etwa in der Kunst nicht mehr die (vielleicht ja überbietende) Imitation, sondern das Neue, das Original positiv bewertet wird. Diese Bestimmung von Kultur als Gedächtnis ist m. E. auch stark an Parsons' Bestimmung von Kultur als latent pattern maintenance angelehnt. Kultur für die gesamte Gesellschaft kann dann bestimmt werden durch das Zusammenwirken aller Kommunikationsmedien (Verbreitungsmedien wie Sprache und Schrift, symbolisch generalisierte Medien wie die oben genannten: Geld, Liebe, Macht und Wahrheit)<sup>37</sup>, da diese ja den Sinn von Operationen rekursiv bestimmen, z. B.

---

<sup>32</sup> Ebd., 34.

<sup>33</sup> Ders., Religion als Kultur (Anm. 15), 399.; ders., Religion der Gesellschaft (Anm. 22), 309 ff.

<sup>34</sup> Ders., Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 44 ff., ders., Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 12), 576 ff. Diese Art von Gedächtnis wird nicht mit dem Kollektivgedächtnis im Verständnis von Maurice Halbwachs, das sich auf psychische Systeme bezieht, identifiziert, *Niklas Luhmann*, Das Gedächtnis der Politik, in: Zeitschrift für Politik 42 (1995), 119.

<sup>35</sup> Ders., Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 47.

<sup>36</sup> Ebd., 46.

<sup>37</sup> Ders., Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 12), 409.

in der Verwendung von Geld. Im Sinne der Inhibition kann Kultur dann die Überlegung verhindern, was man statt des Gewohnten anders machen könnte<sup>38</sup>.

Der bewusste Vergleich dagegen erzeugt Kontingenz. „Kultur entsteht [...], wenn der Blick zu anderen Formen und Möglichkeiten abschweift, und eben das belastet die Kultur mit dem Geburtsfehler der Kontingenz“<sup>39</sup>.

Diese noch sehr abstrakten Überlegungen treffen auf die Gesamtgesellschaft zu. Bevor wir zur politischen Kultur bei Luhmann übergehen, soll die Definition auf andere Subsysteme der Gesellschaft angewandt werden. Zu fragen ist: Worin besteht das Gedächtnis bzw. wie operiert das Gedächtnis der einzelnen Funktionssysteme? Für Religion gibt es verschiedene Möglichkeiten. Das Gedächtnis von Offenbarungsreligionen scheint stark über die Wahrnehmung dogmatischer Abweichung zu laufen. Für das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Christentum – Luhmann lässt sich darüber nicht näher aus – könnte man vermuten, dass das Religionssystem mit dem Begriff der Sünde operiert. Denn das Religionssystem ist über Sünde mit der Gesellschaft verbunden. So steuert es die Beziehungen zur Umwelt durch Sünde. Sünde ist also in diesem Bezugssystem nicht so sehr das Fehlverhalten von Individuen, sondern das Mittel, mit welchem das Religionssystem seine Operationen schließt, sich aus der Umwelt ausdifferenziert und gleichzeitig den Kontakt zu dieser reguliert. Das Religionssystem produziert – dies ist für die Theorie der Autopoiesis wichtig – die Sünde selbst und prozessiert sie durch Beichte, Absolution und Strafe<sup>40</sup>. Der Begriff Sünde kann dabei natürlich an den Dual perfekt/imperfekt anschließen. Bei der Umstellung auf die Operationsweise des Vergleichs entwickelt das Religionssystem die Vorstellung der Toleranz. Es beobachtet nicht mehr so sehr Sünde, sondern Benachteiligungen. Der Fundamentalismus mag dazu als Gegenbewegung entstehen<sup>41</sup>. Das Gedächtnis des Unterrichtssystems erinnert gute und schlechte Leistungen<sup>42</sup>. Für die Wirtschaft hat Dirk Baecker im Sinne von Luhmanns Theorie das Gedächtnis durch das Knappheitsproblem bestimmt, wobei Knappheit in Geld ausgedrückt wird. Erinnert wird nicht, woher das Geld kommt (von kriminellen Sonderfällen abgesehen), sondern wer zahlungsfähig gewesen ist und wer nicht, wer also

<sup>38</sup> Ebd., 588.

<sup>39</sup> Ders., Kultur als historischer Begriff (Anm. 15), 48.

<sup>40</sup> Ders., Die Ausdifferenzierung der Religion, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik Bd. 3, hrsg. v. dems., Frankfurt a. M. 1989, 291 ff.

<sup>41</sup> Ders., Religion der Gesellschaft (Anm. 22), 309 ff., und ders., Religion als Kultur (Anm. 15), 306 ff.

<sup>42</sup> Ders., Schematismen der Interaktion, in: Soziologische Aufklärung, Bd. 3, hrsg. v. dems., Opladen 1981, 88 f.; vgl. ders., Das Erziehungssystem der Gesellschaft, hrsg. v. Dieter Lenzen, Frankfurt a. M. 2002, 102 ff.; ders., Die Politik der Gesellschaft, hrsg. v. André Kieserling, Frankfurt a. M. 2000, 184.

Kredit hat. Das Gedächtnis kreist um Gelegenheiten des Profits und des Verlusts<sup>43</sup>.

Schon hier ist festzuhalten, dass Kultur als Gedächtnis sich nicht auf die expressive Seite einer Sache, auf Symbole im herkömmlichen Sinn bezieht, sondern jeweils auf den zentralen Operationsmodus eines Subsystems selbst bezieht. Dieser ist selbst symbolisches Operieren, weil eben z. B. Macht in der Politik, Geld in der Wirtschaft oder Wahrheit in der Wissenschaft symbolische Kommunikationsmedien sind.

Bevor wir nun den Begriff der politischen Kultur in Luhmanns System erläutern, sollen wiederum einige andere Ansätze dargestellt werden. Karl Rohe unterzieht die verschiedenen Definitionen einer Revision und versteht dann unter politischer Kultur das politisch relevante Weltbild von Gruppen. Anders formuliert: „ein politischer Code, eine politische Programmsprache, die das Denken, Handeln und Fühlen politischer Akteure steuert und konditioniert“<sup>44</sup>. Ein solches Konzept könne andere Ansätze, z. B. den am Interesse orientierten nicht ersetzen, aber ergänzen. Es gehe nicht um die Wirklichkeiten, sondern um die Möglichkeiten. Rohe unterscheidet weiterhin zwischen der Inhaltsseite (kognitive und normative Dimension) und der Ausdrucksseite (affektive und ästhetische Dimension)<sup>45</sup>. Dazu kommt noch die Unterscheidung zwischen politischer Soziokultur und politischer Deutungskultur.

Wolfgang Reinhard schränkt seine Untersuchung über den Begriff der politischen Kultur auf den europäischen Bereich ein. Es geht um „regelmäßig zu beobachtendes politisches Verhalten der Europäer [...] politisch-soziale Praxis von Königen wie von Bauern“<sup>46</sup>. Dabei stellt er auf die Duale Herrschaft-Eigentum, Recht-Gewalt und Einheit-Vielfalt ab und beschreibt dann die für Europa spezifische Entwicklung<sup>47</sup>. Thomas Mergel stellt Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik an<sup>48</sup>. Für den Begriff der politischen Kultur führt er zunächst die Definition von Murray Edelman an: Danach meint politische Kultur das Kulturelle an der Politik, also nicht die verbindliche Entscheidung des Machthabers, sondern die symbolische Dar-

<sup>43</sup> *Dirk Baecker*, Das Gedächtnis der Wirtschaft, in: Theorie als Passion. Niklas Luhmann zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Dirk Baecker [u. a.], Frankfurt a. M. 1987, 529–546.

<sup>44</sup> *Karl Rohe*, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: HZ 250 (1990), 321–346, hier 333.

<sup>45</sup> *Ebd.*, 338.

<sup>46</sup> *Wolfgang Reinhard*, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), 593–616, hier 596.

<sup>47</sup> *Ebd.*, 600.

<sup>48</sup> *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–606.

stellung von Politik, also z. B. Fahnen, Fackelzüge und Denkmäler<sup>49</sup>. Nachteil eines solchen Verständnisses sei die Trennung von Politik und Kultur. Politische Kultur bezieht sich damit auf Manipulation, auf das Spektakel. Das Wesen der Politik bestimmt Mergel dann nach Luhmann als die Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen<sup>50</sup>. Er unterscheidet dann zwischen der Geschichte der Politischen Kultur und dem kulturhistorischen Blick auf die Politik. Während erstere eine Teilbereichswissenschaft darstellt, bedeutet letztere die „integrale [...] Perspektive auf den gesamten Gegenstand“<sup>51</sup>. Dieser will er sich zuwenden. Für Umrisse einer Kulturgeschichte der Politik fordert er die Perspektive der Fremdheit (ethnologische Perspektive) und den kommunikationstheoretischen Vorbehalt. Zu untersuchen sind dann im einzelnen: Rituale und symbolische Repräsentationen, Politik als Handlungs- und Kommunikationsraum, Diskurs- und Sprachstrukturen, Wahrnehmungsgeschichte der Politik/Mentalitätsgeschichte der Politik. Dem Einwand, dass es letztlich in der Politik um Interessen gehe, begegnet er mit dem Argument, dass der mystische Begriff des Interesses keine Kohärenz in sich selbst habe, sondern Interessen über symbolische Vergemeinschaftung und diskursive Praktiken realisiert würden<sup>52</sup>.

Die Tatsache, dass in solchen Formen über Politik gesprochen wird, ist an sich schon ein Beleg für Luhmanns These von Kultur als Verdoppelung. Wir interessieren uns in unserem Zusammenhang z. B. nicht für die Geschichte des Dreissigjährigen Krieges oder des Ersten Weltkrieges als solche, etwa für Ursachen und Verlauf der Kriege, sondern für die Bedeutung der Ereignisse im Hinblick auf etwas anderes, z. B. die Werte einer Gesellschaft. Kultur in diesem Sinne setzt Luhmann dann gleich mit der Selbstbeschreibung der Gesellschaft, die ein Bild von sich anfertigt<sup>53</sup>.

Wenn Luhmann Kultur als Gedächtnis definiert, geht es für das politische System darum, die Funktionsweise von dessen Gedächtnis zu beschreiben. Im Register des posthumen Werks „Die Politik der Gesellschaft“ taucht der Begriff Kultur gar nicht auf. Doch lässt sich Luhmann darin ausführlich über das Gedächtnis der Politik aus. Er skizziert dabei auch, wie das Gedächtnis (also die Kultur des politischen Systems) evolviert. Allerdings ist das nur sehr ungenügend ausgeführt. Ich bemühe mich, dies mit einigen Beispielen zu verdeutlichen.

---

<sup>49</sup> Ebd., 586. Mergel verweist auf *Murray Edelman*, *Politics as Symbolic Action*, New York [u. a.] 1971.

<sup>50</sup> Ebd., 587. Dabei Hinweis auf *Niklas Luhmann*, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München 1981.

<sup>51</sup> Mergel, Überlegungen (Anm. 48), 588.

<sup>52</sup> Ebd., 604.

<sup>53</sup> Luhmann, *Gesellschaft der Gesellschaft* (Anm. 12), 880.

Ein politisches Gedächtnis kann es nur geben, wenn Politik ausdifferenziert ist. Die Ausdifferenzierung früher politischer Systeme geschieht nach dem Gegensatz Zentrum / Peripherie<sup>54</sup>, der in den meist Fällen – wenn nicht immer – mit dem Gegensatz von oben / unten = Adel / Gemeine verbunden ist. Das Gedächtnis früher politischer Systeme rekurriert auf diese Unterscheidung. Die Differenz Zentrum-Peripherie bezieht sich auch darauf, Grenzen zu erinnern<sup>55</sup>. Das Zentrum als der ausgezeichnete Ort wird zunächst durch Bauten, dann auch durch Personen markiert. Luhmann führt als Beispiel die Erinnerungskultur in Mesopotamien an, auf der Arbeit von Gerdien Jonker fassend<sup>56</sup>. Für Gilgamesch ist das in Ziegelstein gebaute Uruk das Dauernde. Anders als der Mensch übersteht der steinerne Monumentalbau die Zeit<sup>57</sup>. Früh sind natürlich auch die Statuen der Könige als Repräsentanten des Zentrums wichtig. Für die altbabylonische Epoche ist nach Jonker charakteristisch, dass nur das erinnert wurde, was für die zentrale Monarchie von Bedeutung war. Diejenigen, die dazu nichts beigetragen hatten, wurden ignoriert<sup>58</sup>. Jan Assmann spricht in diesem Zusammenhang von Mnemotopen. Das ursprünglichste Medium der Mnemotechnik ist nach ihm die Verräumlichung<sup>59</sup>. Es sei daran erinnert, dass die antike Gedächtnistheorie als Topik auch vom Ort ausgeht. Mit dieser räumlich strukturierten Erinnerung verbunden entwickelte sich der Totenkult des Herrschers. Die Erinnerung an den Toten ist die Urform kultureller Erinnerung<sup>60</sup>. Kommt Schrift hinzu, bieten sich weitere Möglichkeiten. Der Mythos der Dynastie kann aufgeschrieben werden. Selbstverständlich ist in diesen frühen Gesellschaften das Gedächtnis von Religion und Politik oft noch wenig differenziert. Man kann diese politische Kultur als memorialen politischen Zentralismus bezeichnen<sup>61</sup>. „Primitivere“, also segmentäre Gesellschaften haben für diese Funktion Ahnenschreine, nach Assmann überwiegt allerdings in ihrem Gedächtnis die zeitliche Markierung. Es ist weniger der räumliche Gegensatz als der von Fest (Ritus) und Alltag, der ihr kulturelles Gedächtnis steuert<sup>62</sup>. Demgegenüber ist aber festzuhalten, dass

<sup>54</sup> Ebd., 176 ff.

<sup>55</sup> Ebd., 666 ff.

<sup>56</sup> Gerdien Jonker, *The Topography of Remembrance*, Leiden 1995.

<sup>57</sup> „Prüfe die Gründung, besieh das Ziegelwerk, Ob ihr Ziegelwerk nicht aus Backsteinen ist, Ihren Grund nicht legten die sieben Weisen“, Gilgamesch-Epos XI, 304 f., vgl. Jonker, *Topography* (Anm. 56), 37: „For mortal Gilgameš, the sight of the town Uruk was the best guarantee of the memory.“

<sup>58</sup> Jonker, *Topography* (Anm. 56), 70.

<sup>59</sup> Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992, 59 f.

<sup>60</sup> Ebd., 61.

<sup>61</sup> Luhmann, *Politik der Gesellschaft* (Anm. 42), 176.

<sup>62</sup> Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis* (Anm. 59), 56 ff.

auch schon segmentäre Gesellschaften nach dem Gegensatz Zentrum-Peripherie erinnern und operieren, wenn sie den eigenen Raum als Zentrum der Welt definieren und den Bewohnern anderer Räume absprechen, Menschen im Vollsinne zu sein. In der Frühzeit sind zudem Feste oft Garanten für die Fortdauer der Ordnung, wenn etwa in Babylon der Herrscher am Neujahrsfest die Schöpfung nicht nur nachspielte sondern die Fortsetzung der Welt vom ‚Spiel‘ abhing. Der Kampf der Schöpfung wurde im Ritual reaktualisiert, so dass Vergangenheit und Gegenwart identisch wurden<sup>63</sup>.

Wenn einmal Dynastien entwickelt sind, ist das Gedächtnis an ihnen ausgerichtet. Der einzelne Herrscher wird in die Ahnenreihe eingefügt. Bis ins 18. Jahrhundert strukturiert das Denken in dynastischen Zusammenhängen die Operationen des politischen Systems. Legitimität läuft über sie, ebenso Rivalität<sup>64</sup>. Die politische Kultur/das politische Gedächtnis ist an der Symbolisierung der Spitze bzw. des Zentrums ausgerichtet. Herrschende und Beherrschte sind klar unterschieden (mit dem Sonderfall des Bürgers, der gleichzeitig herrscht und beherrscht wird). Wie gesagt: Politische und religiöse Semantik liegen noch nahe beieinander. Der Dual oben-unten wird stark mit dem Dual perfekt-imperfekt gleichgesetzt, was an der Ideologie der Adelskultur zu erkennen ist. In der Religion kann dieser Gegensatz als Sündlosigkeit/Sünde operieren. Eine Geschichte der politischen Kultur müsste dies berücksichtigen und untersuchen, wie dies sich in der Symbolik ausdrückt. Dieser Dual erklärt auch, warum in solchen Gesellschaften Kultur als Pflege, also als Perfektionierung von etwas verstanden und nicht allen Kultur zugeschrieben wird.

Die Frühe Neuzeit ist eine Epoche des Übergangs. Einerseits wird der Kult der Spitze nochmals auf die Spitze getrieben (z. B. bei Ludwig XIV.), andererseits wird deren Legitimität fragwürdig. Einerseits legitimiert man sich noch durch Ursprünge, etwa bei Aufschwörungen, andererseits beginnt schon der Kult des Neuen (in Kunst und Wissenschaft). Wie in der sozialen Evolution insgesamt, bleiben natürlich die für einfachere Gesellschaften typischen Gedächtnisstrukturen erhalten: Orte und Zeiten, Personen, die die Gesellschaft repräsentieren. Trotz der Schrift, die für die Erinnerung aufzeichnet, gibt es weiterhin das u. U. schriftlose Monument. Zu erwähnen ist, dass auch die frühneuzeitliche Kultur, ähnlich wie Jonker dies für Mesopotamien gezeigt hat, noch ‚bewusst‘ vergisst, ja sogar das Vergessen befiehlt. Das Edikt von Nantes 1598 bestimmt: *la mémoire de toutes choses passées d'une part et d'autre [...] demeurera éteinte et assoupie, comme de chose non advenue [...]*<sup>65</sup>. Die Vorgänge dürfen nicht mehr erwähnt werden. Im

<sup>63</sup> Vgl. nur *Mircea Eliade*, Kosmos und Geschichte. Der Mythos der ewigen Wiederkehr, Frankfurt a. M. 1984, 69 ff.

<sup>64</sup> *Niklas Luhmann*, Interaktion in Oberschichten, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik Bd. 1, hrsg. v. dems., Frankfurt a. M. 1980, 72 – 161, besonders 76 f.

Westfälischen Frieden heißt es: *Sit utrinque perpetua oblivio et amnestia omnium eorum, quae [...] facta sunt*<sup>66</sup>. Eine Geschichte der politischen Kultur muss also die doppelte Leistung des Gedächtnisses, Erinnern und Vergessen, reflektieren und zeigen, wie sich beides verschiebt.

Selbstverständlich sind Luhmanns Darlegungen zu einer Theorie und Geschichte des politischen Gedächtnisses nicht ausgearbeitet. Er kommt von Mesopotamien schnell auf die Frühe Neuzeit. Mehr kann auch nicht erwartet werden. Jan Assmann hat für Ägypten wichtige Hinweise gegeben. Insgesamt liegen aber nur punktuelle Daten vor. Deswegen ist eine Untersuchung, wie das politische Gedächtnis der einzelnen vormodernen Kulturen operiert, ein Desiderat, denn selbstverständlich kann es dem Historiker nicht genügen, wenn Riesensprünge durch die Epochen gemacht werden. Andere Konfigurationen, etwa das an Ämterlaufbahnen / Karrieren orientierte Gedächtnis in der Römischen Republik und vieles mehr müsste einbezogen werden.

Das Gedächtnis des modernen politischen Systems bestimmt Luhmann, wahrscheinlich in Anlehnung an das von Parsons über Wertorientierung und Interessen Gesagte, als die Unterscheidung von und das Spiel mit Werten und Interessen<sup>67</sup>. Dies ist schon mit dem liberalen Verfassungsstaat anzusetzen. Das gleichzeitige Prozessieren von Werten und Interessen bedeutet ja Opportunismus, wenn man diesen als Reflexivität von Werten, das Beurteilen von Werten unter dem Gesichtspunkt von Interessen (z. B. mit dem Begriff der Staatsräson) versteht. Muss eine solche Kultur gegen die Realität statt des Wandels und der Instabilität Stabilität betonen, etwa bei Grundrechten und bei der freiheitlichen demokratischen Grundordnung? Einer solchen politischen Kultur scheint im Gegensatz zur Symbolisierung der Spalte Verfassung als der zentrale Begriff, über die dies alles ausgehandelt werden muss<sup>68</sup>.

Verfassungen, die das Rechtssystem und das politische System verbinden<sup>69</sup>, lösen zunächst das Souveränitätsproblem, nämlich die Einschränkung des zuvor unbeschränkten Souveräns. Die politische Kultur und damit auch die Erinnerungskultur müsste demnach sehr stark von einer Kultur

<sup>65</sup> Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts II, bearb. von *Ernst Walder*, 2. Aufl., Bern 1961, 16.

<sup>66</sup> Instrumenta Pacis Westphalicae. Die Westfälischen Friedensverträge 1648, bearb. von *Konrad Müller*, 3. Aufl. Bern / Frankfurt a. M. 1975, 13.

<sup>67</sup> *Luhmann*, Gedächtnis der Politik (Anm. 34); *ders.*, Politik der Gesellschaft (Anm. 42), 176 ff. Vgl. oben 98.

<sup>68</sup> *Ders.*, Verfassung als evolutionäre Errungenschaft, in: *Rechtshistorisches Journal* 9 (1990), 176 – 220; *ders.*, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1993, 411 ff., zum Widerstandsrecht als verbindendem Element zwischen Recht und Politik in der Vormoderne.

<sup>69</sup> *Ebd.*, 193 ff.

der Herrschaft/der Spitze auf Verfassungskultur umstellen. Dies wird schon daran deutlich, dass kein Kanzler heute noch sagen kann, er herrsche über das deutsche Volk. Man könnte diese Entwicklung von der französischen Revolution an oder wenn man den Begriff lockerer nimmt, auch am Herrschaftsvertrag und an der lex fundamentalis untersuchen. Statt des Codes der Spitz und der Hierarchie bestimmt dabei auch der Code konservativ/progressiv bzw. links/rechts das Gedächtnis der Politik<sup>70</sup>. Er steht eher für ideologische Festigkeit, sortiert völlig verschiedene Sachfragen nach einem einheitlichen Gesichtspunkt und kompensiert vielleicht die für die Moderne typische Reflexivität von Werten.

Gegenläufig zum Reflexivwerden der Werte gibt es auch, wie schon ange deutet, einen Kult / eine Kultur der Menschenrechte. Werden im konstitutionellen Staat Grundrechte gegen den Monarchen geltend gemacht, so spielt der Wohlfahrtsstaat anders mit Interessen und Werten<sup>71</sup>. Die Grundrechte wenden sich nun auch gegen die Gesellschaft, insofern als benachteiligte Gruppen Inklusion fordern können. Im 19. Jh. waren Obdachlose und Homosexuelle noch kaum ein Problem der Verfassungsdiskussion. Interessen sind in diesem Zusammenhang dazu da, Werte zu reaktualisieren, indem sich zu kurz gekommene Gruppen beschweren oder andere für sie Partei er greifen<sup>72</sup>. Die Behandlung von Minderheiten rückt vermutlich ins Zentrum, nicht mit dem Ziel, sie auszuschließen und so die Mehrheit zu einen, wie etwa bei der Vertreibung von Juden im Mittelalter, sondern um sie einzuschließen. Der politische Diskurs im Wohlfahrtsstaat kann deswegen auch noch die Verfassung mit ihrem Grundrechtskatalog nutzen. Charakteristisch für den Wohlfahrtsstaat ist dann wiederum ein reflexiver Mechanismus, nämlich die Nutzung der Nutzung<sup>73</sup>. Um Wahlen zu gewinnen, nutzt es der Politiker aus, dass die gesellschaftlichen Gruppen den Wohlfahrtsstaat für ihre Interessen nutzen. Dieses Zusammenspiel von Werten und Interessen hält Luhmann für Zufall. Es ergebe sich aus der Auflösung des theologischen Konzepts<sup>74</sup>, das eher von einer transitiven Wertehierarchie bestimmt war.

Was erbringen diese Ausführungen für den an der politischen Kultur im herkömmlichen Sinne interessierten Historiker? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Luhmann den Begriff Kultur in verschiedener Weise gebraucht, einmal als einen epochenunabhängigen Begriff zur Bezeichnung

<sup>70</sup> Ders., Der politische Code: „Konservativ“ und „progressiv“ in systemtheoretischer Sicht, in: Soziologische Aufklärung Bd. 3, hrsg. v. dems., Opladen 1981, 267–286.

<sup>71</sup> Dazu ders., Politische Theorie (Anm. 50), 30 f.; 129 f.

<sup>72</sup> Ders., Politik der Gesellschaft (Anm. 42), 180.

<sup>73</sup> Ders., Bürokratie im Wohlfahrtsstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. 12. 1982.

<sup>74</sup> Ders., Politik der Gesellschaft (Anm. 42), 181.

von etwas, was es immer schon gegeben hat (Kultur als Rekursivität, als Gedächtnis eines Systems), das andere Mal als etwas für die funktional differenzierte Gesellschaft Typisches und nur ihr Eigenes, wenn nämlich die Karriere des Kulturbegriffs seit dem 18. Jahrhundert gemeint ist, wenn also der Vergleich nicht etwa das bei jedem Operieren notwendige Mitlaufen des Früheren, sondern das explizite Vergleichen aller Strukturen ist. In diesem Sinne kann der Begriff bei Luhmann sogar für ein wissenschaftliches Verfahren stehen: „Kultur als Dachbegriff für vergleichende Analysen“<sup>75</sup>.

Man muss bei dieser Fassung des Begriffs auf den Gegensatz von Realität/Sache einerseits und Kultur als dem Symbolischen andererseits verzichten. Die grundlegenden Operationen der Subsysteme der Gesellschaft sind selbst schon symbolisch, gleichgültig ob es um Macht, wissenschaftliche Wahrheit oder um Zahlungen als dem Modus des Wirtschaftssystems geht. Die Geschichte des Wirtschaftssystems fällt nicht in einen realen und symbolischen Bereich auseinander, da Geld das symbolische Kommunikationsmedium dieses Systems ist. Macht ist nicht etwa das Reale, dem Fahnen und Feste als das Symbolische gegenüberstehen, da schon die Codes des modernen politischen Systems (regieren / opponieren, links / rechts) symbolisch sind. Man könnte von hintereinander geschalteter Symbolik sprechen: die Symbolik der Fahnen etwa stellt die zentralen Symbole des politischen Systems dar, so wie Reflexion über Kultur die moderne Kultur kennzeichnet.

Dies ergibt einen anderen Ansatz als die bisherigen Angebote zur Analyse politischer Kultur. Um es nochmals zu betonen: Sie ist immer doppelt zu betrachten. Zunächst ist, wie gesagt, politische Kultur = Gedächtnis/Rekursivität des politischen Systems das ‚unbewusste‘ selbstverständliche Operieren, eine an Codes orientierte Programmierung. Sie kann nur evolutionstheoretisch verstanden werden. Dabei gilt es verständlich zu machen, warum ganz verschiedene Codes in den verschiedenen Gesellschaftstypen dominieren, dass Zentralität oder Hierarchie oder Ursprünge am Beginn der Ausdifferenzierung politischer Systeme prozessiert werden, dass viel später Verfahren die politischen Entscheidungen legitimieren, die Codes ‚links / rechts‘ und ‚regieren / opponieren‘ des demokratischen Verfassungsstaates den Code ‚oben / unten‘ ablösen oder der Code von Inklusion und Exklusion den Wohlfahrtstaat dominiert.

Die zweite Frage betrifft die Symbolisierung des Symbolischen, wenn man so will, das Symbolische zweiter Ordnung, also die expressive Ebene. Erinnerungskultur ist ja die Operation des ‚re-entry‘ der Differenz in das Differenzierte, weil das Unterschiedene, die Kultur, nochmals in die Kultur eingeführt wird<sup>76</sup>. Erinnerungskultur ist damit gleichsam die Kultur der

<sup>75</sup> Ders., Religion als Kultur (Anm. 15), 295.

<sup>76</sup> Den Begriff des *re-entry* hat Luhmann von George Spencer Brown, *Laws of Form*, New York 1972, 69 ff. übernommen. Ein *re-entry* findet z. B. auch statt, wenn

Kultur, weil die Erinnerung in Ritualen das Gedächtnis = Kultur = das Prozessieren von Politik darstellen soll. Anders gesagt: es geht um die Reflexion über Politik. Etwas einfacher als Luhmann hat Rohe dies ausgedrückt, wenn er der politischen Soziokultur die Deutungskultur gegenüberstellt<sup>77</sup>. „Politische“ Feste z. B. finden auf ganz verschiedenen evolutionären Stufen des politischen Systems statt. Von daher wäre es wichtig, die Bedeutung von Erinnerungsort und Erinnerungszeit in den verschiedenen Kulturstufen zu betrachten, vor allem der Frage nachzugehen, wie Schrift und steigende Komplexität der Gesellschaft die einzelnen Manifestationen der politischen Kultur verändern. Die heutige politische Festkultur ist von der „archaischen“ Reaktualisierung durch Erinnerung wie sie beim babylonischen Neujahrsfest oder bei der Aufstellung von Monumenten stattfand, natürlich weit entfernt. Im Vergleich dazu ist die Demonstration von Macht durch einen Politiker anlässlich eines festlichen Rituals sicher von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Spiel der Duale links/rechts und regieren/ opponieren. Man könnte auch vermuten, dass die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über Erinnerungsorte (Drittes Reich, Vertreibung) andere Funktionen anzeigen als Erinnerungsorte früher, wo natürlich auch über diese die Gegenwart prozessiert wurde. Vielleicht werden Erinnerungsorte / Denkmäler heute mehr zu Konsenstests benutzt, als dass sie tatsächlich der Erinnerung z. B. an vergangene Leiden dienen. Auch die Vertriebenen verlangen nun Inklusion in die allgemeine Erinnerungskultur, von der sie lange ausgeschlossen waren. Die verschiedenen Gruppen kämpfen um die Verbindlichkeit einer Interpretation; es geht um das Spiel von Exklusion und Inklusion dieser Gruppen und dabei in hohem Maße um die parteipolitische Nutzung der Erinnerung.

Das Prozessieren der gegenwärtigen Werte und Interessen in der Vergangenheit (als gegenwärtige Vergangenheit im Unterschied zur vergangenen Gegenwart) ist für die Selbstbeschreibung<sup>78</sup> der Gesellschaft konstitutiv. Dabei ist für den Verlauf der Geschichte zu untersuchen, wie sehr dies am Vergleich orientiert ist, wieweit die Spitze dies vorgibt und gleichsam alternativenlos inszeniert. Beide Modi des kulturellen Operierens sind eng verbunden mit der Evolution der Kommunikationsmedien. Auch die Entwicklung der politischen Kultur muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. In der modernen politischen Kultur stehen als Kommunikationsmedien nicht nur Sprache, Schrift und Buchdruck, sondern modernere Medien zur Verfügung. Auch von daher kann man vermuten, dass Erinnerungsorte et-

---

nach der Unterscheidung von Kirche und Welt der Herrscher in einem zweiten Schritt sakralisiert und damit der Kirche wieder angenähert wird. Für *re-entry* bei Kultur Luhmann, Religion als Kultur (Anm. 15), 297.

<sup>77</sup> Rohe, Politische Kultur (Anm. 44), 340.

<sup>78</sup> Zur Selbstbeschreibung als Kultur einer Gesellschaft Luhmann, Gesellschaft der Gesellschaft (Anm. 15), 880.

was ganz anderes bedeuten müssen als in Gesellschaften, die über Schrift noch nicht verfügen oder in denen Schrift das eifersüchtig gewahrschte Geheimnis einer kleinen gelehrten Elite ist. Feste, die die politische Kultur symbolisieren, eine Form des Gedächtnisses darstellen, sind, wenn sie die Fortsetzung der Schöpfung nicht nur nachspielen, sondern garantieren, wie das erwähnte Neujahrsfest, völlig verschieden von der Festkultur der Frühen Neuzeit oder gar der Moderne. Der Historiker hätte damit vor allem zu untersuchen, wie die Medien sowohl die grundlegenden politischen Prozesse als auch die bewusste Erinnerungspraxis verändern. Auch hier führt eine auf bestimmte Epochen begrenzte Analyse nur zu begrenzten Erkenntnissen.

Im Vergleich mit den anfangs erwähnten anderen Angeboten zur politischen Kultur ist festzuhalten, dass die Duale Wolfgang Reinhardts für viele Gesellschaften, vor allem für Großreiche, charakteristisch sind. Wichtiger scheint mir für die europäische Kultur zu sein, wie das Gedächtnis der Gesellschaft seit 1500 Bevorzugung des Alten (Gedächtnis, Erinnerung) gleichzeitig mit der Bevorzugung des Neuen (Vergessen) prozessiert, dabei oft das Neue als das Alte ausgeben muss, dann aber auch ohne diesen Kunstgriff auskommt und das Neue immer höher bewertet, also eine ganz andere Einstellung zur Zukunft gewinnt. Die modernen Verfassungen verbinden Unveränderlichkeit und Veränderung in ganz besonderer Weise: durch Sperrminoritäten einerseits und Fortentwicklung in der Rechtsprechung andererseits. Das opportunistische Umgehen mit Werten und Interessen, mit den Problemen von Inklusion und Exklusion scheint auch für die politische Kultur der Neuzeit viel spezifischer zu sein als die anderen genannten Punkte, zumal dies auch die Erinnerungskultur entscheidend prägt. Viel wichtiger als die von Historikern vorgebrachten Vorschläge erscheint von der Systemtheorie her, wie die Medien die Kultur prägen und verändern.

Die Betonung der konstruktivistischen Position im Aufsatz von Thomas Mergel geht in die gleiche Richtung wie die Systemtheorie. Allerdings braucht der Kulturbegriff Luhmanns sich weniger mit der Unterscheidung ‚Geschichte der politischen Kultur – Kulturgeschichte der Politik‘ herumzuschlagen. Zudem sind die Perspektiven Fremdheit, Konstruktivismus, Symbole, Sprachstrukturen nichts für den politischen Bereich Spezifisches. Sie gelten auch für andere Bereiche. Der größte Unterschied zu den Ansätzen der Historiker liegt vielleicht darin, dass – natürlich nur in bezug auf den Begriff der Kultur – nicht mehr in der gewohnten Weise zwischen symbolischem und nichtsymbolischem, zwischen expressiven und instrumentellem Handeln unterschieden wird. Die Operationen der gesellschaftlichen Systeme sind rekursiv und damit von der Definition her kulturell. Die expressive Seite, z. B. die bewusste Erinnerung, ist Symbolik zweiter Ordnung, denn sie symbolisiert die symbolischen Operationen erster Ordnung. Auf einer dritten Ebene können dann auch Erinnerungskulturen verglichen

werden. Diese Überlegungen führen allerdings zur schon gestellten Frage nach der Zweckmäßigkeit des Begriffes der Kultur zurück. Wenn auch die grundlegenden Operationen als symbolisch begriffen werden, gibt es nach herkömmlichem Verständnis eigentlich keinen Unterschied mehr zwischen Kulturellem und Nichtkulturellem. Von daher versteht sich die oben erwähnte scharfe Kritik Luhmanns an diesem Begriff. Seine Bestimmung von Kultur als Gedächtnis ist ähnlich weit gefasst wie die anderen Definitions- vorschläge, löst also dieses Problem nicht. Vielleicht besteht ihr Verdienst vor allem darin, den Blick für die Unterscheidung der drei genannten Ebenen zu schärfen. Davon abgesehen, scheint mir ein Vorteil der systemtheoretischen Fassung des Begriffs für die Geschichtsforschung weniger in den begrifflichen Distinktionen selbst als darin zu liegen, dass die Konzentration auf die neuere europäische Geschichte überwunden wird und räumlich und zeitlich weit entfernte Gesellschaften in das Konzept integriert werden können, ja sogar müssen, wenn das Besondere der europäischen politischen Kultur deutlich werden soll. Besonders interessant ist, dass die Arbeit Reimar Müllers zum antiken Kulturbegriff zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie Luhmann, dass aber lange vor der von diesem so betonten Epochenschwelle des 18. Jahrhunderts eine vergleichbare Konstellation vorlag, nämlich der Begriff der Kultur eng mit relativierender Reflexion verbunden sein konnte.



# Interaktion und Herrschaft

## Probleme der politischen Kommunikation in der Stadt<sup>1</sup>

Von *Rudolf Schlögl*, Konstanz

### I. Reicht eine Kulturgeschichte des Politischen?

In den Geschichtswissenschaften hat die kulturwissenschaftliche Wende vor allem bewirkt, daß sich die Aufmerksamkeit auf die Bedeutungsdimension der historischen Welt richtet und die historischen Akteure als Schöpfer wie als Rezipienten in einem „selbstgesponnenen Bedeutungsgewebe von Bedeutungen“ – um Clifford Geertz gleich hier zu zitieren – verortet werden<sup>2</sup>. Mir scheint dies zunächst insofern tragfähig, als damit eine konstruktivistische Perspektive in die Arbeit des Historikers kommt: Wir werden gewahr, daß wir uns – soweit es um das Soziale geht – nicht mit ontologischen Wesenheiten beschäftigen, sondern beobachten, wie soziale Ordnung als für die Beteiligten relevante (und für sie wirkliche) Wirklichkeit hervorgebracht wird. Das schließt ein, daß Strukturen sich gegenüber Individuen verselbständigen. Auch unsere Gegenstände lösen sich damit auf in Prozesse der Hervorbringung und der Beobachtung von Bedeutungen. Unser verstärktes Interesse für Diskurse, Symbole, Rituale und Medien, für Bezeichnungsstrategien und das, was mit ihnen verborgen wird, sowie für „Aushandlungsprozesse“, in denen soziale Situationen definiert (und mit Bedeutung versehen) werden, ist Folge dieser kulturalistischen Wende<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher wird die nachfolgende sehr knapp skizzierte Argumentationslinie an anderer Stelle entfaltet: *Rudolf Schlögl*, Vergesellschaftung unter Anwesenden. Zur kommunikativen Form des Politischen in der vormodernen Stadt, in: Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt, hrsg. v. dems. (Historische Kulturwissenschaft, 5), Konstanz 2004, 9–60. Die Verweise werden deswegen hier auf das Nötigste beschränkt.

<sup>2</sup> Clifford Geertz, Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a.M. 1987, 9; vgl. allgemein Peter Schöttler, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), 134–151.

<sup>3</sup> Eine Übersicht bei Christoph Conrad/Martina Kessel, Geschichte ohne Zentrum, in: Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion, hrsg. v. dens., Stuttgart 1994, 9–36.

Wenn dieser historiographischen Praxis immer noch ihre mangelnde „Synthesefähigkeit“ vorgehalten werden kann<sup>4</sup> und ein Zug zur enthistorisierenden Anthropologisierung selbst von den Protagonisten gelegentlich vermerkt wird<sup>5</sup>, ist dies allerdings, wie ich meine, Ausdruck eines Problems, das aus der fachinternen Oppositionsstellung resultiert, die mit der kulturgeschichtlichen Orientierung verbunden ist: die Perhorreszierung der „Strukturen“<sup>6</sup> und darin eingelagert, der Verzicht auf eine historisierbare, d. h. in ihrer Veränderung beschreibbare Vorstellung von Gesellschaft. Da ich dies für eine methodische Sackgasse halte, an deren Ende der Historiographie nur die Wahl bleibt, wieder zur Kunst zu werden<sup>7</sup>, plädiere ich dafür, nicht von einer Kulturgeschichte des Politischen zu sprechen, sondern das Politische zum Gegenstand kulturwissenschaftlicher Beobachtung zu machen. Damit sollte dann auch markiert sein, daß es um Bedeutungen *und* um Strukturen geht.

In der sozialwissenschaftlichen Theorielandschaft liegt dafür ein überaus produktiver Begriffsvorschlag bereit, der allerdings für Historiker in mehrererlei Hinsicht eine Herausforderung darstellt. Der in der Systemtheorie entfaltete Begriff von Kommunikation ermöglicht es, die Frage nach der Strukturbildung mit der in Kommunikation vollzogenen Hervorbringung von Bedeutungen zu verbinden, verlangt aber die für Historiker gewohnte Perspektive an einigen Stellen zu verlassen. Historiker gehen für gewöhnlich vom „handelnden Menschen“ aus und unterstellen, Strukturen würden in Handlungen reproduziert<sup>8</sup>. Das läßt sich in kommunikationstheoretischer Hinsicht in ähnlicher Weise formulieren. Der Kommunikationsbegriff macht allerdings mit dem Verweis auf die doppelte Kontingenz von Kommunikation darauf aufmerksam, daß soziale Ordnung fragil ist und nicht auf Bewußtseinsleistungen wie Aufmerksamkeit, Motive, Absichten etc. zurückgerechnet werden kann. Weil Alter nicht wissen kann, was Ego mit einer Mitteilung anfängt, welche Information er ihr entnimmt, wie er sie versteht und wie er dann darauf antwortet – und weil dies alles umgekehrt auch für Alter gilt – deswegen stabilisieren sich dauerhafte und komplexe Strukturen nur, wenn diese Stabilität durch die Formung von Kom-

<sup>4</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Die Herausforderung der Kulturgeschichte*, München 1998, 142 – 153.

<sup>5</sup> Lyndal Roper, *Jenseits des linguistic turn*, in: *Historische Anthropologie* 7 (1999), 452 – 466; Ulinka Rublack, *Erzählungen vom Geblüt und vom Herzen. Zu einer historischen Anthropologie des frühneuzeitlichen Körpers*, in: *Historische Anthropologie* 9 (2001), 214 – 232, bes. 232.

<sup>6</sup> Vgl. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a.M. 2001, 11 f.

<sup>7</sup> Ebd., 290 f.

<sup>8</sup> Thomas Mergel / Thomas Welskopp, *Geschichtswissenschaft und Gesellschaftstheorie*, in: *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie debatte*, hrsg. v. dens., München 1997, 9 – 35, hier 32 f.

munikation selbst gewährleistet wird<sup>9</sup>. Während eine am Handlungsbegriff orientierte Argumentation die Vorstellung einer „Verselbständigung“ von Strukturen in der Formel von den „unbeabsichtigten Folgen“ des menschlichen Tuns unterbringt<sup>10</sup>, geht ein kommunikationstheoretischer Zugriff von der (notwendig) kommunikativ begründeten Autonomie des Sozialen gegenüber dem absichtsvollen Menschen aus<sup>11</sup>. Nur im Vollzug von Kommunikation kann die Erwartbarkeit von Erwartungen massenhaft und dauerhaft garantiert werden.

Beobachtet man Soziales in dieser Hinsicht, eröffnen sich zwei wichtige thematische Felder, die auch für die Arbeit des Historikers relevant sind.

Die in Kommunikation realisierte Strukturierung von Sinn als Voraussetzung sozialer Ordnung verweist zum einen auf die Frage nach der Generalisierbarkeit von kommunikativen Formen und zum andern auf die Bedeutung von Medien für die Formung von Kommunikation.

Wenn Medien Einfluß auf die Möglichkeiten nehmen, in ihnen Bedeutungen zu generieren und zu vermitteln, hängt an Medien auch die Formbarkeit von Kommunikation<sup>12</sup>. Es wird deswegen für den Historiker von Interesse sein, ob für die Gestaltung sozialer Ordnungsmuster, die er zu analysieren hat, Bilder, Körperlichkeit, Performanz, Schrift und Druck oder elektronische Medien verfügbar sind. Dies wird dann hinunter bis auf die Ebene elementarer Kommunikationssituationen auch des Alltags eine Rolle spielen.

Man kann von diesem Punkt aus aber dann auch fragen, ob es nicht einen Zusammenhang zwischen kommunikativen Formen und den in einer Gesell-

---

<sup>9</sup> Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M. 1984, 148–190.

<sup>10</sup> Vgl. etwa Wolfgang Reinhard, Was ist katholische Konfessionalisierung?, in: Die katholische Konfessionalisierung. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft zur Herausgabe des *Corpus Catholicorum* und des Vereins für Reformationsgeschichte 1993, hrsg. v. dems. / Heinz Schilling, Münster 1995, 419–452, bes. 426 ff.

<sup>11</sup> Vgl. schon Georg Simmel, Über das Wesen der Sozial-Psychologie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, NF 26 (1908), 285–291, und Thomas Luckmann, Protosozioologie als Protopsychologie?, in: Sinn und Erfahrung. Phänomenologische Methoden in den Humanwissenschaften, hrsg. v. Max Herzog / Carl F. Graumann, Heidelberg 1991, 155–169.

<sup>12</sup> Dies setzt einen Medienbegriff voraus, der nicht nur auf die technischen Arrangements der Übertragung von Informationen abzielt, sondern jedem Objektbereich mediale Qualität zuspricht, in dem Sinn eine distinkte Form gewinnt. Vgl. dazu statt vieler neuerer Literatur Jochen Hörisch, Der Sinn und die Sinne. Eine Geschichte der Medien, Frankfurt a.M. 2001, bes. 22–38; insbes. die neuere Orientierung der Geschichtswissenschaft auf den Medienbegriff neigt zu seiner technizistischen Verengung. Ein Vorschlag, ihn als historiographische Grundkategorie zu fassen bei Fabio Crivellari / Marcus Sandl, Die Medialität der Geschichte. Forschungsstand und Perspektiven einer interdisziplinären Zusammenarbeit von Geschichts- und Medienwissenschaften, in: Historische Zeitschrift 277 (2003), 619–654.

schaft überhaupt realisierbaren Möglichkeiten der Strukturbildung gibt. Dabei ist zwischen den Ebenen der Strukturbildung zu unterscheiden. Gesellschaftliche Zusammenhänge lassen sich nicht mit Alltagskommunikation verrechnen und stabilisierte, „institutionalisierte“ Strukturen, wie die Familie, die gewerbliche Wirtschaft, der Staat oder auch „Politik“, heben sich von der Alltagsebene ebenso ab, wie sie andererseits mit der Gesellschaft nicht identisch sind<sup>13</sup>. Für Historiker ergäbe sich aus der Zusammen schau von Medialität und Differenzierung die Hypothese, dass gesellschaftliche Differenzierungsmuster, „institutionelle“ Strukturbildungen und medial geprägte kommunikative Formen in historisch spezifizierbaren Abhängigkeiten stehen.

Eine in dieser Weise am kommunikativen Vollzug – und deswegen zunächst mikrologisch – orientierte Vorstellung des Sozialen führt auch zu einem anderen Verständnis von Politik. In Politik machen Gesellschaften sich selbst zum Gegenstand von kollektiv bindenden Entscheidungen, was einschließt, daß auch die Art und Weise, wie dies geschieht, reflektiert und unter Umständen wiederum zum Gegenstand von Entscheidungen gemacht werden kann<sup>14</sup>. Entscheiden selbst ist bereits mit Macht verbunden, noch mehr aber die Vermittlung kollektiver Bindewirkung. Bis aber machtbestimmte Sozialrelationen sich soweit verdichtet haben, daß sich Amtsrollen ausdifferenzieren, bei denen wiederum Politik als kollektiv bindendes Entscheiden verortet ist, ist eine vielfältige Konditionierung von Kommunikation notwendig<sup>15</sup>. Wenn Historiker sich für diese in den kommunikativen Vollzug eingelagerten Voraussetzungen für Politik interessieren, gewinnen sie die Möglichkeit, die institutionelle Form von Politik zu historisieren, und werden davor bewahrt, Politik in einer bestimmten institutionellen Form historisch zu universalisieren<sup>16</sup>.

<sup>13</sup> Vgl. zu dieser Unterscheidung der Ebenen sozialer Integration Thomas Schwinn, Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzepts, Weilerswist 2001; Uwe Schimank, Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, 2. Aufl., Opladen 2000.

<sup>14</sup> Armin Nassehi, Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen, in: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, hrsg. v. Kai-Uwe Hellmann / Rainer Schmalz-Brunns, Frankfurt a.M. 2002, 38 – 59.

<sup>15</sup> Vgl. Hannes Wimmer, Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie, Wien 1996, 162 – 192; Niklas Luhmann, Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2000, 410 – 422.

<sup>16</sup> Dazu neigt insbesondere die stadtgeschichtliche Forschung; vgl. dazu ausführlicher den in Anm. 1 genannten Text des Verfassers.

## II. Interaktion und Herrschaft in der frühneuzeitlichen Stadt

Die kommunal verfaßte Stadt der europäischen Vormoderne ist um 1500 ein Gemeinwesen, in dem geldgesteuerte Wirtschaften eine bereits sehr breit gefächerte soziale Differenzierung hervorgebracht hat, die aber ansonsten – und bis auf weiteres – in ihrer sozialen Strukturbildung hauptsächlich auf Interaktion setzt. Statt sich auf die über Geld und Markt hervorgetriebenen Formen funktionaler sozialer Differenzierung einzulassen, organisierte sich die vormoderne Stadt weiterhin als Nebeneinander von Personengruppen. Das schloß nicht aus, dass sich Hierarchien bildeten – zwischen den Gruppen und in ihnen. Soziale Strukturbildung blieb aber auf die Verbindung von segmentärer und hierarchischer Anordnung von Personen und Gruppen beschränkt. Die Impulse geldgesteuerter sozialer Differenzierung wurden deswegen in den Formen der Vergemeinschaftung nicht als (organische) arbeitsteilige Individualisierung umgesetzt. Sie wurde auf die mechanische Solidarität hierarchisierter Gruppenbeziehungen zurückgeführt und auf diese Weise ihrer funktionalen Differenzierungsdynamik beraubt<sup>17</sup>. Gewerbetreibende Handwerkerbürger und eine „Ehrbarkeit“, die von handwerklicher Arbeit befreit ist, standen sich in Zünften, Gesellschaften, Trinkstuben oder Gaffeln organisiert gegenüber. Wie fein die Ränge der Ehre bis zum Ende des Ancien Régime auch differenziert sein werden, dieses duale Ordnungsschema und die korporative Vergesellschaftung über Personenverbände bestimmten die politische und soziale Ordnung der frühneuzeitlichen Stadt auch weiterhin.

Das waren Formen sozialer Integration, die über Anwesenheit vermittelt wurden. Der soziale Ort einer Person bestimmte sich nicht abstrakt, sondern etwa aus dem Zugangsrecht zur Herren-Trinkstube<sup>18</sup>. Die Gemeinde existierte weniger als Idee, sondern bekam soziale Realität in der „exemplarischen Interaktion“ einer Versammlung. Die Sozialität der vormodernen Stadt war geprägt durch die Tatsache, daß sie auf Kommunikation unter Anwesenden, auf Interaktion aufbaute<sup>19</sup>. Dadurch waren die Möglichkeiten

<sup>17</sup> Vgl. Eberhard Isenmann, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft*, Stuttgart 1988, 74–102; Rudolf Schlägl, *Vergesellschaftung durch Sonderung: Zur politischen und sozialen Ordnungsleitung der Gilden und Innungen. Sächsische Hansestädte vom 13. bis zum 16. Jahrhundert*, in: *Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500*. Ausstellung, hrsg. v. Matthias Puhle, Magdeburg 1996, 200–220. Zur Unterscheidung zwischen organischer und mechanischer Form sozialer Integration bzw. Arbeitsteilung vgl. Emile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1988, Kap. 2 und 3.

<sup>18</sup> Jörg Rogge, *Für den Gemeinen Nutzen. Politisches Handeln und Politikverständnis von Rat und Bürgerschaft in Augsburg im Spätmittelalter*, Tübingen 1996, 191 ff.

der sozialen Strukturbildung nachhaltig determiniert. Weil Kommunikation unter Anwesenden nur durch entsprechende Rahmung und Konditionierung in der Lage ist, komplexere Institutionen – etwa Organisationen – herzovzubringen, bedeutet dies, daß beispielsweise die Zuweisung von Kommunikationsrechten oder die Benutzung starker Symbole eine besondere Bedeutung gewinnen, damit dauerhafte Hierarchien, komplexere Rollensets oder interessen- und konfliktmodifizierende Entscheidungen möglich werden<sup>20</sup>. Soweit Interaktionskommunikation zunächst typischerweise kaum figuriert und geformt ist und gerade dies ihre kommunikative Form ausmacht, kann man auch sagen: Strukturbildung muß sich gegen Interaktionskommunikation ausdifferenzieren. Wenn sozial relevant nur wird, was unter Anwesenden geschieht, gibt es dafür enge Grenzen, weil auch zur Formung von Interaktion wiederum nur Interaktion verfügbar ist.

Die spezifische Konfiguration politischer Kommunikation in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt ergab sich aus diesen Besonderheiten sozialer Strukturbildung einerseits und der besonderen sozialen Form von Politik andererseits. Städte waren als Schwurverbände rechtsgleicher Bürger entstanden, in der eine Ratsobrigkeit nicht kraft autokephaler Macht für Frieden, Recht und Ordnung sorgte, sondern als Ausschuß des Bürgerverbandes<sup>21</sup>. Politik war in der Stadt damit von Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht getragen, die bereits im politischen Prozeß selbst (durch Wahlen) begründet war. Darauf ruhte die funktional bestimmte Autonomie von Politik und politischer Macht gegenüber anderen Sozialzusammenhängen. Macht leitete sich ab aus der verfahrensorientierten Kommunikation zwischen Rat und Gemeinde und erneuerte sich über diesen Kreislauf von Macht und Gegenmacht<sup>22</sup>. Wie dies oben allerdings bereits hinsichtlich sozialer Strukturbildung in der Stadt generell bemerkt wurde, so blieb auch im Fall von Politik ein funktionsbestimmtes Differenzierungsmuster angebunden an segmentär-hierarchische Formen sozialer Strukturbildung und an Interaktionskommunikation. Politik ruhte auf den individuell und in Familienverbänden verfügbaren sozialen und ökonomischen Machtressourcen und nahm deswegen die Form von Herrschaft an<sup>23</sup>.

<sup>19</sup> Exemplarisch *Regula Schmid*, Reden, Rufen, Zeichensetzen. Politisches Handeln während des Berner Twingherrenstreits 1469 – 1471, Zürich 1995.

<sup>20</sup> Prägnant André Kieserling, Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme, Frankfurt a.M. 1999.

<sup>21</sup> Dieser Umstand ist zentral für die Kommunalismusthese Peter Blickles: *Peter Bickle*, Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform, Bde. 1 – 2, München 2000.

<sup>22</sup> Luhmann, Politik der Gesellschaft (Anm. 15), 256 ff.

<sup>23</sup> Die in dieser Unterscheidung liegende Spannung wurde in der alteuropäischen Semantik hauptsächlich als Frage nach der gerechten und guten Herrschaft bearbei-

Die damit markierte Spannung zwischen kommunikativer Formung des Politischen und seiner sozialen Fundierung bezeichnet sehr genau den historischen Ort der Politik der Stadt. Sie hat dann bekanntermaßen ermöglicht, daß die liberalen Historiker des 19. Jahrhunderts alle Unterschiede der gesellschaftlichen Ordnung übersahen, so daß für sie im Republikanismus der vormodernen Stadt ein Muster des bürgerlich-demokratischen Politikmodells ihrer Gegenwart erkennbar wurde. Für die vormoderne Stadt lagen in dieser Spannung die Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten politischer Kommunikation beschlossen. Ich möchte dies auf drei Feldern in groben Umrissen verdeutlichen: (1) hinsichtlich der sozialen Einbettung des Politischen; (2) bezogen auf die mediale Prägung des politischen Raumes und (3) im Hinblick auf Konzept und Selbstbeschreibung städtischer Politik.

(1) Auf die korporative Verfaßtheit des politischen Raumes in der vormodernen Stadt hat schon die ältere Forschung hingewiesen. Die neueren Studien zur Bedeutung von Verwandtschaft, Klientelen und anderen Formen der informalen und formalen Gruppenbildung in der Stadt heben hervor, daß die Prozesse politischer Kommunikation von den Strukturen dieser Vergemeinschaftungen getragen waren<sup>24</sup>. Sie prägten nicht nur die Rekrutierung des politischen Personals, das Zustandekommen von Entscheidungen allgemeiner Verbindlichkeit und deren schließliche Umsetzung; die Interaktionsstrukturen formaler und informaler Gruppen bildeten überhaupt deren Voraussetzung<sup>25</sup>. Dies hatte weitreichende Folgen für Form und Inhalt städtischer Machtkommunikation.

Nicht nur die Bedeutung des spätmittelaltlichen Stadtpatriziats, auch die weiterlaufenden Prozesse der Oligarchisierung zeigen, wie stark und grundsätzlich die Formierung und Regeneration politischer Macht an Prozesse und (generative) Risiken verwandtschaftlich bestimmter Elitenbildung angebunden blieb. Bei allen Unterschieden im Detail hat die stadthistorische Forschung diesen Zusammenhang als einen Grundtatbestand herausgearbeitet, der die Stadtgeschichte vom Spätmittelalter bis ins 18. Jahrhundert bestimmte. Konflikte zwischen Rat und Gemeinde erwiesen sich deswegen bei näherer Betrachtung vor allem im 17. und 18. Jahrhundert überwiegend als Auseinandersetzungen innerhalb der sozialen Elite um die Positionierung im politischen Raum der Stadt<sup>26</sup>. Deswegen vollzog sich Po-

tet; vgl. Art. Herrschaft in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, 1–102.

<sup>24</sup> Pointiert dazu *Simon Teuscher*, Bekannte – Klienten – Verwandte. Soziabilität und Politik in der Stadt Bern um 1500 (Norm und Struktur, 9), Köln [u. a.] 1998.

<sup>25</sup> Vgl. dazu *Andreas Würgler*, Zwischen Verfahren und Ritual. Entscheidungsfindung und politische Integration in der Stadtrepublik Bern in der frühen Neuzeit in: Schlögl, Interaktion und Herrschaft (Anm. 1), 63–91.

<sup>26</sup> Mit Verweisen auf die ältere sozialhistorisch orientierte Städteforschung *Thomas Lau*, Bürgerunruhen und Bürgerprozesse in den Reichsstädten Mühlhausen und

litik auch in der Stadt als Herrschaft. Sie blieb sozial eingebunden, weil Politik einerseits der Reproduktion sozialer Strukturzusammenhänge dienstbar gemacht wurde und Macht umgekehrt ein (nicht-politisches) soziales Fundament behielt.

Diese Figuration bestimmte den für uns meist nur noch schwer verständlichen Verlauf von Ratswahlen. Sie sollten einerseits den Kreislauf der Macht zwischen Rat und Gemeinde in Bewegung halten, konnten aber nach Lage der Dinge kaum etwas anderes sein als mehr oder weniger offen vollzogene Kooptation. Soweit wir das im Augenblick wissen, kam es gerade darauf an, die Wahlen so zu gestalten, daß die Kooptation der sozial Vorgesehenen unsichtbar gemacht wurde und als Selektion der „Geeigneten“ thematisierbar war<sup>27</sup>.

Der Rat selbst mußte unter diesen Umständen ein Ort der verwandschaftlich bestimmten Oberschichteninteraktion werden. Man traf bei der Rekrutierung des politischen Personals Vorkehrungen, daß das Gewicht einzelner Familienverbände nicht überhand nahm, akzeptierte aber in vielen Ratsordnungen, dass oft mehrere Verwandte im Rat gleichzeitig vertreten waren<sup>28</sup>. Auch wenn man festschrieb, daß Betroffene in eigener Sache nicht entscheiden sollten, war auf diese Weise gesichert, daß Ratsmitglieder ihre eigenen Interessen und die ihrer Familien betrieben<sup>29</sup>. Weil dies solange nicht als anstößig empfunden wurde, wie die rechtliche und politische Handlungsfähigkeit des Rates und der Stadt nicht gefährdet war, ergab sich daraus ein wesentlicher Teil der thematischen Substanz des Politischen in der Stadt. Ein Begriff von politischer Korruption zeigte sich insbesondere in den kleineren Städten frühestens gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Auch die weniger bedeutenden Ämter in der Stadt wurden in erster Linie nach sozialen Funktionen und Bedürfnislagen besetzt, nicht nach Gesichtspunk-

---

Schwäbisch-Hall in der Frühen Neuzeit (Freiburger Studien zur Frühen Neuzeit, 4), Berlin 1999.

<sup>27</sup> *Jörg Rogge*, „Ir freye wale zu haben.“ Möglichkeiten, Probleme und Grenzen der politischen Partizipation in Augsburg zur Zeit der Zunftverfassung (1368–1548), in: *Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des Späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit*, hrsg. v. Klaus Schreiner/Ulrich Meier (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, 7), Göttingen 1994, 244–277.

<sup>28</sup> Vgl. etwa *Carl-Hans Hauptmeyer*, Verfassung und Herrschaft in Isny. Untersuchungen zur reichsstädtischen Rechts-, Verfassungs- und Sozialgeschichte vornehmlich in der Frühen Neuzeit (Göppinger Akademische Beiträge, 97), Göppingen 1976, 247–254; *Wolfgang Herborn*, Wahlen und Wahlrecht im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Köln, in: *Wahlen und Wahlrecht. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar*, hrsg. v. Wilhelm Brauheder (Der Staat, Beifl. 14), Berlin 2001, 7–53, hier 41–48.

<sup>29</sup> *Ingrid Nicolini*, Die politische Führungsschicht in der Stadt Köln gegen Ende der reichsstädtischen Zeit (Dissertationen zur Neueren Geschichte, 7) Köln [u. a.] 1979, 273.

ten funktionsbezogener Befähigung<sup>30</sup>. Die Ausformung eines funktions- und amtsbezogenen Verständnisses von Politik, das in autonomen Rollen hätte habitualisiert werden können, wurde dadurch außerordentlich erschwert und konnte eigentlich nur auf dem Weg der weiteren Oligarchisierung vorangetrieben werden<sup>31</sup>. Insbesondere den städtischen Ratskonsulanten fiel dies im 18. Jahrhundert auf. Sie monierten ihre eigene mangelhafte Beteiligung am Zustandekommen von Entscheidungen und geißelten die Inkompetenz der Ratsherren<sup>32</sup>.

Die Ratsgremien frühneuzeitlicher Städte wurden nie zu wirklichen Kollegialorganen, in denen einfach nach Mehrheit entschieden wurde. Die Reduktion der Machtpotentiale auf das Nullsummenspiel ungewichteter Stimmen stieß sich so sehr an der sozialen Verankerung von Macht, daß das formale Mehrheitsprinzip im Regelfall durch offene Abstimmungen, Umfragereichungen, die Abspaltung von abstimmungsvorbereitenden Alträten usw. auf die entscheidungsdominierende Rolle eines senior pars und den konsentierenden Beitritt der übrigen zurückgeführt wurde<sup>33</sup>. Das deutet auch darauf hin, daß Ehre als strukturbildendes Medium von Interaktionsgesellschaften in der politischen Kommunikation der frühneuzeitlichen Stadt nicht nur präsent blieb, sondern man mit ihr sogar „Politik machen“ konnte<sup>34</sup>. Da Ehrkommunikation gerade darauf angelegt ist, thematische und personale Bezüge miteinander zu vermischen, stellt sie für formale Verfahren einen Störfaktor dar – von den Konfliktpotentialen, die sie in sich trägt, nicht zu reden<sup>35</sup>.

Gerade weil die Politik der Stadt sich in dieser Form als „Herrschaft“ konstituierte, blieb das Gefälle der Macht aber auch gering. Insbesondere die

<sup>30</sup> Vgl. Hans-Werner Hahn, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689 – 1870 (Stadt und Bürgertum, 2), München 1991, 124 – 170.

<sup>31</sup> Insofern ist es unangemessen, die Oligarchisierung der Stadtherrschaft zu kritisieren; vgl. Peter Fleischmann, Professionalisierung oder Ausschluß von Führungseliten in der Reichsstadt Nürnberg?, in: Sozialer Aufstieg. Funktionseliten im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Günther Schulz (Deutsche Führungsseiten in der Neuzeit, 25), München 2002, 49 – 71.

<sup>32</sup> Bernhard Zittel, Die staatsrechtlichen Verhältnisse der Reichsstadt Ulm beim Übergang an Bayern im Jahre 1802 / 1803, in: Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst, 34 (1955), 120 – 141, bes. 130 ff. (Wiedergabe des Berichts des Ulmer Ratskonsulenten Miller).

<sup>33</sup> Ausführlicher dazu Würgler, Verfahren und Ritual (Anm. 25), 25.

<sup>34</sup> Gerd Schwerhoff, Der Kornmesser und der Bürgermeister. Macht, Recht und Ehre in der Reichsstadt Köln (1592 / 93), in: Ungleiche Paare. Zur Kulturgeschichte menschlicher Beziehungen, hrsg. v. Eva Labouvie, München 1997, 51 – 99.

<sup>35</sup> Die hier angedeutete kommunikationstheoretische Reformulierung des Ehrbegriffes ausführlicher bei Rudolf Schlögl, Der frühneuzeitliche Hof als Kommunikationsraum. Interaktionstheoretische Perspektiven der Forschung, in: Geschichte und Systemtheorie. Exemplarische Fallstudien, hrsg. v. Frank Becker, Frankfurt a.M. 2004, 185 – 225, bes. 208, Anm. 88.

Kriminalitätsforschung, aber auch alle Untersuchungen zum städtischen Militärwesen haben uns gezeigt, wie dürfsig der Gewaltapparat städtischer Politik ausgestattet war und wie sehr daher die Durchsetzung von Entscheidungen bis ins 18. Jahrhundert auf die in der Bürgerschaft und ihren Gruppierungen verankerten Macht- und Gewaltmittel angewiesen blieb<sup>36</sup>. Nicht nur Strafverfolgung, sondern Politik überhaupt vollzog sich daher als ein Aushandeln von Entscheidungen mit den Betroffenen oder als die hinter Gnadenakten versteckte Abschichtung angedrohter Sanktionen, weil dadurch soziale Macht von korporativen Instanzen wie Zünften oder Vierteln mobilisiert und Betroffene auf eine Weise in Entscheidungsvorgänge verwickelt werden konnte, die sie auf deren Durchsetzung verpflichtete<sup>37</sup>.

Politik blieb sozial eingebunden, weil politische Macht auf dem Fundament sozialer Machtmittel stand. Umgekehrt bedeutete dies, daß der Raum des Politischen nur eingeschränkt durch autonom begründete politische Macht strukturiert wurde. Wenn man die Ratsherrschaft als Aristokratie bezeichnete und städtische Magistrate ihren eigenen Obrigkeitanspruch nur mit Zurückhaltung artikulierten, so wurde darin sinnfällig, daß politische Kommunikation in der Stadt allenfalls in Ansätzen über einen eigenen symbolisch verdichteten Bedeutungskern, der Erwartungen aufeinander abgestimmt hätte, verfügte.

(2) Wenn man davon spricht, daß der politische Raum der Stadt durch Interaktion bestimmt ist, muß mehr gemeint sein als die stets vorhandene Mündlichkeit von Kommunikation. Man betont damit vielmehr, daß für die zu jeder Strukturbildung notwendige Formung von Kommunikation immer nur Interaktion – also zunächst einmal weitgehend formlose Kommunikation unter Anwesenden – zur Verfügung steht. Dies verschaffte dem Performativen und den Ritualen ihre Prominenz in der Formung der politischen Kommunikation und der Gestaltung von Politik<sup>38</sup>. Die primären Medien für die soziale Ordnungsbildung der Stadt waren der Körper, der topographisch geordnete Raum, dann Bilder und Monamente, und nur in eingeschränktem Maß die Schrift. Das alles galt auch für Politik.

Eine neuerdings schnell anwachsende Forschung zeigt uns, wie fundamental ritualisierte Performanz für Ausdifferenzierung und Stabilität von politischen Verfahren und institutionellen Gefügen war und blieb<sup>39</sup>.

<sup>36</sup> Vgl. etwa *Gerd Schwerhoff*, Köln im Kreuzverhör. Kriminalität, Herrschaft und Gesellschaft in einer frühneuzeitlichen Stadt, Bonn [u. a.] 1991, 49–65.

<sup>37</sup> Siehe dazu die Beiträge von *Franz Josef Arlinghaus*, *Andreas Blauert* und *Joachim Eibach* in: Interaktion und Herrschaft (Anm. 1).

<sup>38</sup> Siehe hierzu künftig *Rudolf Schlägl*, Der Körper als Medium der Kommunikation in der Gesellschaft der Frühen Neuzeit, in: Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Johannes Burkhardt, München 2004.

<sup>39</sup> Ein Überblick in *Barbara Stollberg-Rilinger* (Hrsg.), Vormoderne politische Verfahren (ZHF, Beiheft 25), Berlin 2001.

Für Ratswahlen wurde dies gerade ausführlich beschrieben<sup>40</sup>. Auch für die politischen Entscheidungsvorgänge in den Ratsgremien konnte neuerdings die Bedeutung von performativen Elementen und Ritualisierungen herausgearbeitet werden<sup>41</sup>. Rituale halfen Situationen abzugrenzen. Mit ihnen war es möglich, Kommunikation in eine Form zu bringen, die verfahrensgesteuertes Entscheiden möglich machte. Diese performative und rituelle Überlagerung von Verfahren erwies sich freilich als Behelf mit Folgen. Rituale tragen zwar zur Abgrenzung von Verfahrensprozeduren bei, können aber in Verfahren selbst wiederum die Offenheit der entscheidungsvorbereitenden Kommunikation beeinträchtigen. Zeitgenossen des 18. Jahrhunderts haben dies bereits gesehen und gerügt<sup>42</sup>. Auch sonst blieb der politische Prozeß in der Stadt immer davon gekennzeichnet, daß Interaktionskommunikation auf Konsens orientiert ist und der Dissens in Gefahr steht, zum gewalttätigen Konflikt zu eskalieren. Auch politische Integration vollzog sich in Anwesenheitsritualen. In „exemplarischen Interaktionen“ wie Schwörtagung, Prozessionen oder theatralisch gestalteten Umzügen wurde Vergemeinschaftung nicht nur dargestellt, sondern in symbolischer Verdichtung hergestellt und für die Beteiligten erlebbar gemacht<sup>43</sup>.

Trotz der enormen Menge an Schriftgut, mit der die städtischen Archive die Forschung tragen, übernahm Schriftlichkeit unter diesen Umständen hauptsächlich eine „Aufbewahrungs- und Erinnerungsfunktion“ und entfaltete ihre kommunikationsstrukturierende (also: mediale) Kraft nur in eingeschränktem Umfang<sup>44</sup>. An Supplikationen kann man sehen, welche Bedeutung der Imitation der mündlichen Ansprache stets beigemessen wurde. Der Vortrag durch einen Fürsprecher oder die Anhörung der Parteien als Entscheidungsgrundlage blieb bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ein konstitutives Element städtischer Politik und entsprechend wenig Raum gewann die Entscheidung nach bloßer Aktenlage. Ganz anders als in territorialstaatlichen Bürokratien scheint die Akte nie zur wirklichen Herrin der städtischen Entscheidungsverfahren geworden zu sein<sup>45</sup>. Sehr viel weniger

<sup>40</sup> Dietrich W. Poeck, Rituale der Ratswahlen: Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa (12.-18. Jahrhundert), (Städteforschung, A 60), Köln [u. a.] 2003.

<sup>41</sup> Uwe Goppold, Präsenz und Entscheidung. Politische Kommunikation frühneuzeitlicher Städte zwischen Rituale und Verfahren, Diss. phil. Ms., Konstanz 2002.

<sup>42</sup> Siehe oben den Beleg bei Anm. 32.

<sup>43</sup> Siehe hierzu die in Abschnitt IV versammelten Beiträge in: Interaktion und Herrschaft (Anm. 1).

<sup>44</sup> Diese Unterscheidung ist zentral, weil erst sie es erlaubt, die soziale Bedeutung von Schriftgebrauch abzuschätzen; vgl. dazu Cornelia Bohn, Schriftlichkeit und Gesellschaft. Kommunikation und Sozialität in der Neuzeit, Opladen 1999 und (noch ohne diese Unterscheidung) Jack Goody, Die Logik der Schrift und die Organisation von Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1990, bes. 152–210. Instruktiv dazu aber Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Bde. 1–2, Frankfurt a.M. 1997, hier Bd. 1, 249–290.

ausgeprägt ist auch die auf sich selbst bezogene, reflexiv-ordnende Schriftlichkeit. Nur in wenigen großen Städten finden sich außer Ratsordnungen noch detaillierten Ordnungen einzelner Amtsbereiche, die über die knappen Angaben von Amtseiden hinausgehen. In der frühneuzeitlichen Stadt wurden Verfahren nicht in erster Linie durch schriftliche Ordnungen programmiert, sondern rituell gerahmt und performativ stabilisiert<sup>46</sup>. Auch in der Kodifikation von Normen scheint die vormoderne Stadt auf eine wesentliche Leistung von Schriftlichkeit im Regelfall verzichtet zu haben. Zwar ist die spätmittelalterliche Stadt der Geburtsort der sozialregulierenden „Polizeyordnung“, aber nachfolgend entwickelte sie wenig Initiative zur systematisierenden Kodifizierung rechtlicher und sozialer Normen. Die städtischen Normensysteme wurden auf diese Weise regelrecht zum Gefangen aufbewahrender Schriftlichkeit. Alle – meist aus dem Einzelfall hervorgehenden, ins prinzipielle gehobene Entscheidungen addierten sich in den städtischen Büchern auch optisch zu einem in seinen Sedimentschichten wohl zu undurchdringlichen Normenkonglomerat von gewohnheitsrechtlichem Charakter<sup>47</sup>. Eine Systematisierung städtischen Rechts erfolgte allenfalls von außen durch gelehrte rechtswissenschaftliche Abhandlungen. Dies hatte aber kaum Folgen für die alltägliche städtische Normierung- und Entscheidungspraxis<sup>48</sup>.

(3) In der Politik des Aristoteles findet man – wiewohl sie auf die Polis zielt – keine Definition der Polis. Marcus Sandl hat an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß die Stadt kein Gegenstand der politischen Theorie sein kann, wenn die Stadt erst durch die Politik (und umgekehrt) hervorgebracht wird<sup>49</sup>. Dieses zirkuläre Verhältnis von auf sich selbst bezogenem (politischen) Handeln in einer Bürgergemeinschaft und der dadurch überhaupt erst begründeten Möglichkeit von Politik begünstigte auch in der Stadt der frühen Neuzeit eine Situation, in der die Möglichkeiten der medialen Revolution für die Selbstbeobachtung politischer Kommunikation und die Identitätsbildung der städtischen Gemeinschaften nur ungenügend genutzt wurden. Die ohnehin nur unter besonderen Umständen entstandene Chro-

<sup>45</sup> Dies wird insbesondere im Vergleich zwischen territorialstaatlicher und städtischer Verwaltungsorganisation deutlich. Siehe dazu illustrativ *Gernot Pültz*, Das kurfürstliche Dekret zum Abschluß der Münchner Stadtvisitation aus dem Jahr 1642, in: Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayrischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hrsg. v. Elisabeth Lukas-Götz [u. a.], (Festschrift *Wilhelm Stürmer*), München 1993, 163–167, bes. 143 ff. Allgemein dazu *Schlägl*, Der frühneuzeitliche Hof (Anm. 35).

<sup>46</sup> *Gopold*, Präsenz und Entscheidung (Anm. 41).

<sup>47</sup> *Karl Siegfried Bader / Gerhard Dilcher*, Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt – Bürger und Bauern im alten Europa, Heidelberg 1999, 592–599, 617 ff.

<sup>48</sup> *Ebd.*, 664–802.

<sup>49</sup> Marcus *Sndl*, Die Stadt, der Staat und der politische Diskurs am Beginn der Moderne, in: *Schlägl*, Interaktion und Herrschaft (Anm. 1), 357–378.

nistik entfaltete keinen Raum öffentlicher Identitätsbildung und gemeindlichen Räsonnements, sondern verblieb im Arkanbereich der Ratspolitik und trug dort in erster Linie die Identitätsbildung der politischen Elite<sup>50</sup>. Zur öffentlichen Selbstdarstellung und Selbstthematisierung griffen die städtischen Gemeinwesen dagegen hauptsächlich auf die monumentale und architektonische Symbolisierung sowie auf nur gruppenweise zugängliche Bildprogramme in Rats- und Zunftstuben zurück oder sie vertrauten sich der Performanz der „exemplarischen Interaktion“ an<sup>51</sup>. Die zielte freilich gerade nicht darauf, politisch wirksame kontroverse Meinungsvielfalt hervorzu bringen, sondern die intersubjektive Homogenität von Wahrnehmungen unter Anwesenden zu unterstellen<sup>52</sup>. Der öffentliche Raum der Stadt blieb deswegen fragmentiert in eine Vielzahl von orts- und gruppenbezogenen, zeitlich instabilen, weil interaktionsbestimmten Mikroöffentlichen, in denen das Gerücht die hauptsächliche Form politischer Informationsgewinnung und -verarbeitung darstellte<sup>53</sup>. Nur in den Extremsituationen offener politischer oder religiöser Konflikte wurden diese fragilen Teilöffentlichen zu einer Öffentlichkeit integriert. Das anlaßbezogene Flugblatt und die anonyme Schmähsschrift fügten sich gut in diese fragmentierten und durch das Hörensagen getragenen Mikroöffentlichen ohne sie wirklich umzuformen. Das seit dem 17. Jahrhundert entstehende Zeitungswesen hat – soweit zu sehen – nirgends zu einer auf die einzelne Stadt bezogenen Sphäre politischer Öffentlichkeit geführt<sup>54</sup>. Es ist insofern auch bezeichnend, daß in großen Städten des 18. Jahrhunderts eine medial integrierte Öffentlichkeit, in der ein Publikum der Politik gegenübertritt, sich aus interaktionsnahen Vergemeinschaftungen wie etwa der Hamburgischen Patriotischen Gesellschaft heraus entwickelte<sup>55</sup>.

<sup>50</sup> Regula Schmid, Die Chronik im Archiv. Amtliche Geschichtsschreibung und ihr Gebrauchspotential im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Das Mittelalter. Perspektiven mediävistischer Forschung 5 (2000), 115–138.

<sup>51</sup> Illustrativ dazu *Françoise de Capitani*, Schweizerische Stadt feste als bürgerliche Selbstdarstellung, in: Stadt und Repräsentation, hrsg. v. Bernhard Kirchgässner / Hans-Peter Becht, (Stadt in der Geschichte, 21), Sigmaringen 1995, 115–126. Capitani spricht von der Stadtgemeinde als „Fress- und Saufgemeinschaft“.

<sup>52</sup> Zu dieser Funktion von Anwesenheitsinteraktion vgl. Hans-Georg Soeffner, Zur Soziologie des Rituals, in: Gesellschaft ohne Baldachin. Über die Labilität von Ordnungskonstruktionen, hrsg. v. dems., Weilerswist 2000, 180–208, hier 200–208.

<sup>53</sup> Dazu Gerd Schwerhoff, Öffentliche Räume und politische Kultur in der frühneuzeitlichen Stadt: Eine Skizze am Beispiel der Reichsstadt Köln, in: Interaktion und Herrschaft (Ann. 1), 113–136.

<sup>54</sup> Das wird gerade in den innerstädtischen politischen Auseinandersetzungen des 18. Jahrhunderts deutlich: Vgl. Andreas Würgler, Veröffentlichte Meinungen – öffentliche Meinung. Lokal-internationale Kommunikationsnetze im 18. Jahrhundert, in: Opinion. Concepts et Symbols du Dix-huitième Siècle Européen, hrsg. v. Peter-Eckard Knabe, Berlin 2000, 101–135.

<sup>55</sup> Vgl. Andreas Schulz, Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880 (Stadt und Bürgertum, 13), München 2002, 50–54.

Weil die politische Kommunikation der Stadt sich auf die medialen Errungenschaften der drucktechnischen Revolution nur mit sehr großer Zurückhaltung einließ, verdichtete sich der politische Diskurs in den frühneuzeitlichen Städten allenfalls in Ansätzen zu einem inhaltlich bestimmten Programm politischen Handelns. Während der territoriale Staat aus dem Souveränitätsbegriff heraus eine Lehre vom Machterhalt entfaltete, dann aber zunehmend umfangreichere und in ihren Einzelementen systematisch geordnete Pläne zur Entwicklung staatlicher Institutionen und der Gestaltung der Sozialordnung zur Grundlage politischen Entscheidens machte, blieb die Politik der frühneuzeitlichen Stadt weiterhin okkasionell und durch den Einzelfall bestimmt. Entschieden wurde, was vor den Rat gebracht wurde. Auch generelle Regelungen waren dem Einzelfall, nicht weiterreichenden Planentwürfen abgezogen. Wenn territorialstaatliche Politik sich mit der Stadt beschäftigte, ist ihr dieses Manko bereits in der Mitte des 17. Jahrhunderts aufgefallen<sup>56</sup>. Die Folge war vermutlich, daß Politik nur in groben Umrissen als Entscheiden zwischen Alternativen und damit als in die Zukunft gerichtetes Gestalten sichtbar gemacht werden konnte.

### III. Schluß

Wenn Politik als Kommunikation (im nicht-trivialen Sinn) betrachtet wird, lässt sich ein Politikbegriff entwickeln, der auf die strukturbildende Steuerung von Sinnprozessen in Kommunikation abstellt und entsprechend die Hervorbringung von Bedeutung mit dem Aufbau sozialer Strukturmuster verbindet. Das erlaubt es, Politik zu historisieren und auf die Universalisierung institutioneller Modelle der Moderne zu verzichten. Bestimmend für die soziale Form von Politik erscheinen mediale Bedingungen der Kommunikation und die verfügbaren Typen sozialer Strukturbildung.

Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt war gekennzeichnet durch die Spannung zwischen einer autonomen, politischen Begründung von politischer Macht und der Einbindung von Politik in die Reproduktion einer hierarchisierten Interaktionsgesellschaft. Insoweit blieb Politik stets Herrschaft. Dies prägte die soziale Form der Politik in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt und setzte ihrer sozialen wie politischen Entwicklungsfähigkeit Grenzen, die sie nicht überwand. Für die historische Marginalisierung des Kommunalismus wurde dies, nach allem, was zu sehen ist, bedeutsamer als die Pressionen des territorialen Staates.

---

<sup>56</sup> Pütz, Münchener Stadtvisitation (Anm. 45), 150 f.

## Begriff und Bedeutung des politischen Mythos

Von *Frank Becker*, Münster

Das ist nur ein Mythos, hört man Historiker häufig sagen, wenn sie eine Sichtweise der Dinge meinen, die verbreitet ist, kritischer Überprüfung aber nicht standhält. Da sich nicht nur Experten zu historischen Themen äußern, sondern immer wieder auch (gebildete) Laien, zirkulieren in der öffentlichen und privaten Kommunikation ständig Halbwahrheiten und Unrichtigkeiten, die in diesem Sinne als Mythen attackiert und durch die wissenschaftlich erhärtete Wahrheit ersetzt werden können. Viele Historiker sehen in dieser Bekämpfung von Mythen, in dieser Richtigstellung verzerrter Geschichtsbilder geradezu eine ihrer Hauptaufgaben – sie schützen die Gesellschaft gleichsam vor Irrtümern und Lügen, die teils ohne bestimmte Absicht entstanden sind, teils aber auch gezielt in das Kollektivbewußtsein eingespeist werden<sup>1</sup>. Dabei sind natürlich auch die Historiker selbst nicht vor Irrtümern gefeit. Manche Sichtweise, die über Generationen hinweg als unverbrüchliche Wahrheit tradiert worden ist, fällt einer neuen Forschungsarbeit oder einer neu entdeckten Quelle zum Opfer – gerne ist dann auch hier davon die Rede, daß die Zunft einem Mythos aufgesessen sei, den man nun endlich destruiert habe<sup>2</sup>.

In solchen Konstellationen wird der Terminus Mythos offenkundig als Gegenbegriff zur Wahrheit verwendet. Mythos oder Wahrheit, Legende oder Wirklichkeit, das sind die Begriffspaare, um die es hier geht. Das Ziel von

---

<sup>1</sup> Mit diesem Tenor etwa *Margarita Mathiopoulos*, Rendezvous mit der DDR. Politische Mythen und ihre Aufklärung, München 1994.

<sup>2</sup> In dieser Bedeutung wird der Begriff z. B. verwendet von *David Blackbourn / Geoff Eley*, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a.M. / Berlin / Wien 1980; *Clive Ponting*, 1940: Myth and Reality, Chicago, Il. 1991; *Nicholas Henshall*, The Myth of Absolutism: Change and Continuity in Early Modern European Monarchy, London 1992; *Ronald G. Asch / Heinz Duchhardt* (Hrsg.), Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550–1700), Köln / Berlin / Wien 1996; *Benno Teschke*, The Myth of 1648. Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations, London 2003; *Dierk Walter*, Preußische Heeresreformen 1807–1870. Militärische Innovation und der Mythos der „Rooschen Reform“, Paderborn [u. a.] 2003.

Aufklärung ist es, Mythen und Legenden als solche zu erkennen und schohnungsloser Kritik zu unterziehen. Das ist aber offensichtlich *nicht* gemeint, wenn von einem „politischen Mythos“ die Rede ist. Wer einen politischen Mythos als sachlich unzutreffend entlarvte, hätte, wie es früher beim Deutschen Aufsatz hieß, einfach nur das Thema verfehlt. Was ist damit gewonnen, wenn gegen den Hermannsmythos ins Feld geführt wird, daß nur einige wenige Germanenstämme die Varusschlacht ausfochten, die zudem kurze Zeit später schon wieder zerstritten waren, also von einer Geburtsstunde der deutschen Nation im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres neun nach Christi Geburt überhaupt keine Rede sein kann<sup>3</sup>? Relevant ist vielmehr die Wirkmächtigkeit dieser Konstruktion in der Geschichte, und diese Wirkmächtigkeit muß erklärt werden. Auf welche Bedürfnisse reagiert ein politischer Mythos? Wie entsteht er? Was sind seine Aufgaben?

Beginnen wir mit dem Versuch einer Definition<sup>4</sup>. Die klassische Entgegensezung von Mythos und Logos hob auf den narrativen Charakter der

<sup>3</sup> Allgemein zur Bedeutung der Germanenzeit für den deutschen Mythenkosmos im späten 19. Jahrhundert *Rainer Kipper*, Der Germanenmythos im Deutschen Kaiserreich. Formen und Funktionen historischer Selbstthematisierung, Göttingen 2002.

<sup>4</sup> Die Forschung ist bei solchen Definitionsversuchen bisher recht zurückhaltend gewesen, wie eine exemplarische Durchsicht von einschlägigen Veröffentlichungen der beiden letzten Jahrzehnte erweist (*Frank Unger* [Hrsg.], Amerikanische Mythen. Zur inneren Verfassung der Vereinigten Staaten, Frankfurt a.M. / New York 1988; *Herfried Münkler* / *Wolfgang Storch* [Hrsg.], Siegfrieden. Politik mit einem deutschen Mythos, Berlin 1988; *Otto W. Johnston*, Der deutsche Nationalmythos. Ursprung eines politischen Programms, Stuttgart 1990; *Wolfgang Hardtwig*, Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich, in: Geschichtskultur und Wissenschaft, hrsg. v. dems., München 1990, 224–263; *Wulf Wülfing* / *Karin Bruns* / *Rolf Parr*, Historische Mythologie der Deutschen 1789–1918, München 1991; *Dietrich Harth* / *Jan Assmann* [Hrsg.], Revolution und Mythos, Frankfurt a.M. 1992; *Dietmar Schirmer*, Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscodes in der Weimarer Republik, Opladen 1992; *Bernd Hüppauf*, Schlachtenmythen und die Konstruktion des „Neuen Menschen“, in: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ...“ Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld / Gerd Krumeich / Irina Renz, Essen 1993, 43–84; *Christian Graf von Krockow*, Von deutschen Mythen. Rückblick und Ausblick, Stuttgart 1995; *Mitchell G. Ash* [Hrsg.], Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien 1999; *Raina Zimmering*, Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen 2000; *Yves Bizeul* [Hrsg.], Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Berlin 2000; *Stefan Berger* / *Peter Lambert* / *Peter Schumann* [Hrsg.], Historikerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch 1750–2000, Göttingen 2002). Nur eine politologische Dissertation von 1995 referiert in ihrem Einleitungskapitel einige Klassiker der Mythenanalyse – von Cassirer über Lévi-Strauss bis Blumenberg –, um daraus eine Funktionsbestimmung des politischen Mythos herzuleiten. *S. Andreas Dörner*, Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos, Opladen 1995, 11–97. Anregend sind auch die Beiträge in *Anette Völker-Rasor* / *Wolfgang Schmale* (Hrsg.), MythenMächte – Mythen als Argu-

Mythen ab: Sie bieten keine rationalen Erklärungen an, sondern deuten die Welt in einem erzählenden Zugriff. Religiöse Mythen berichten, wie die Welt entstanden ist, und sie interpretieren das aktuelle Geschehen, indem sie es in diesen Bericht integrieren, indem sie die Geschichten weiterspinnen, die der gesamten Wirklichkeit als eine zusätzliche, Sinn und Bedeutung stiftende Dimension unterlegt sind. Die Existenz dieser Dimension wird vom Logos, wird von der Wissenschaft bestritten, die gleichzeitig das narrative durch ein analytisch-erklärendes Verfahren ersetzt, das materiell-immanente Kausalitäten und Gesetzmäßigkeiten auffindet. Analog hierzu lassen sich politische Mythen als Erzählungen begreifen, die auf das politisch-soziale Geschehen gemünzt sind und diesem Geschehen eine spezifische Bedeutung verleihen. Als sinnstiftende Narration kann sich der politische Mythos dabei auf politische Akteure, Handlungen, Institutionen oder sogar die Gesellschaftsordnung insgesamt beziehen<sup>5</sup>.

Da sich der Mythos mit so unterschiedlichen Gegenständen in Verbindung bringen lässt, stellt sich die Frage, ob nicht auch auf der Ebene der Narration von vornherein verschiedene Themenbereiche zu unterscheiden sind, die es erlauben, dem Obergriff Mythos noch einige Unterbegriffe beizugesellen. In diesem Sinne ließen sich nach dem ‚handelnden Subjekt‘ etwa Volks- oder Nationalmythen, Institutionenmythen und Personenmythen unterscheiden; mit Bezug auf die zeitliche Perspektivierung Gründungs- und Bestimmungsmythen; im Hinblick auf die narrative Struktur, gleichsam in Anlehnung an Hayden White<sup>6</sup>, Komödien, Tragödien, Romanzen etc.; hinzu kommen noch die Ortsmythen<sup>7</sup>. Selbstverständlich können all diese Elemente auch miteinander verbunden sein; der Kombinatorik sind (fast) keine Grenzen gesetzt. Real existierende Mythen sind in der Regel Mischformen.

---

ment, Berlin 1998; sowie *Christopher G. Flood, Political Myth*, London/New York 2002; ders., Politischer Mythos. Eine theoretische Einführung [1996], in: Texte zur modernen Mythentheorie, hrsg. v. Wilfried Barner/Anke Detken/Jörg Wesche, Stuttgart 2003, 301–316.

<sup>5</sup> Eine andere, aber seltener Bedeutung, die dem Mythos bei der Analyse des Politischen gegeben wird, ist diejenige eines gleichsam archaischen Sinnmusters, das aber auch in der Moderne immer noch sein Recht verlangt. So etwa *Wolfgang Palaver, Vom Nutzen und Schaden der Feindschaft: Die mythischen Quellen des Politischen*, in: *Feindschaft. Genozid und Gedächtnis*, hrsg. v. Medardus Brehl/Kristin Platt, München 2003, 71–92.

<sup>6</sup> *Hayden White, Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa*, Frankfurt a.M. 1991; ders., *Auch Klio dichtet oder die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses*, Stuttgart 1998. Solche Kategorien werden angewendet auf den Mythenkosmos der Französischen Revolution von *Lynn Hunt*, Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer neuen politischen Kultur, Frankfurt a.M. 1989, 49–69.

<sup>7</sup> Zu den Ortsmythen siehe vor allem die einschlägigen Artikel in *Etienne François/Hagen Schulze* (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2000 und 2001.

Zu fragen ist, ob eine Kategorienbildung angesichts solcher Mischformen überhaupt Sinn hat. Wenn ja, dann wohl vor allem im Sinne der Bereitstellung von Begrifflichkeiten für die einzelnen Elemente, die bei der Binnenanalyse des Einzemythos zu identifizieren sind.

Um seinen Bedeutungshorizont aufzuspannen, muß der politische Mythos nicht immer komplett präsentiert werden: Einzelne Elemente, so genannte „Mytheme“, können die gesamte Erzählung konnotieren. Das verleiht dem Mythos eine hohe Kommunikabilität: Zahlreiche Medien kommen für den Transport von Mythen in Frage. Grundsätzlich ist eine Vermittlung durch Sprache, Bild und Ritual möglich. Auf jeder dieser Ebenen gibt es nochmals etliche Varianten, vom Pamphlet bis zum Gedicht, vom Denkmal bis zum Flugblatt, vom Festspiel bis zur Gedenkveranstaltung. Dadurch ist der politische Mythos potentiell mit allen Formen der politischen Sinnstiftung verknüpft. Für die Politische Kulturforschung kommt ihm eine fundamentale Rolle zu.

Zur konkreten Entstehung von politischen Mythen liegen nach wie vor nur wenige empirische Arbeiten vor. Meistens nimmt die Forschung einen Mythos zu einem bestimmten Zeitpunkt als „gegeben“ hin und fragt dann vor allem nach seiner Funktion in der politischen Auseinandersetzung. Aus den mittlerweile rekonstruierten Mythogenesen läßt sich aber mit einigem Mut zur Abstraktion sehr wohl ein bestimmtes Schema ableiten. Am Ursprung müssen wir uns das Bedürfnis einer Menschengruppe, eines politisch verfaßten Kollektivs nach Weltdeutung und Selbstvergewisserung vorstellen. Zu diesem Zweck werden bestimmte Ereignisse als beispielhaft erzählt. Diese Ereignisse können real vorgefallen oder fiktiv sein, meistens handelt es sich um eine Mischung von beidem. Zum Mythos werden sie dadurch, daß sie sich nicht im Selbstbezug erschöpfen, sondern als Modell für eine außerhalb ihrer selbst liegende Realität fungieren. An der Erzählung des Ereignisses wird etwas Exemplarisches festgemacht, sie soll zeigen, wie bestimmte Dinge grundsätzlich beschaffen sind oder beschaffen sein sollten. Nationale Gründungsmythen<sup>8</sup> etwa verbinden sich stets mit ethischen

<sup>8</sup> Unter den politischen Mythen haben die Nationalmythen in besonderem Maße das Interesse der Forschung auf sich gezogen. Siehe etwa Jürgen Link / Wulf Wülfing, Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1991; Helmut Berding (Hrsg.), *Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Bd. 3, Frankfurt a.M. 1996; Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998; Stephanie Schwandner-Sievers / Bernd Jürgen Fischer (Hrsg.), *Albanian Identities: Myth and History*, Bloomington, Ind. 2002. Speziell zu den nationalen Gründungsmythen siehe am Beispiel der Bedeutung der Einigungskriege für die politische Identität des Deutschen Kaiserreichs Frank Becker, *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*, München 2001. Allgemeiner zum Zusammenhang von Krieg und nationalen Gründungsmythen neuerdings auch Nikolaus Buschmann / Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA*, Frankfurt a.M. 2004.

Imperativen und Identitätszuschreibungen. Die Geschichte von Romulus, der seinen Bruder Remus erschlägt, als dieser die Markierung der Stadtgrenze mißachtet, „informiert“ nicht nur über die Anfänge Roms, sondern appelliert gleichzeitig an die Römer, das Wohl des Ganzen über ihr persönliches Interesse, die öffentliche Moral über die Privatmoral zu stellen – gerade dann, wenn die Mauern der Stadt bedroht sind, die unüberwindlich bleiben müssen. In jeder Konfliktsituation, in der sich der römische Staat in der Folgezeit befand, stärkte die Erinnerung an den Gründungsmythos die Opferbereitschaft seiner Bürger.

Selten steht ein politischer Mythos aber unangefochten im Raum. Meistens konkurriert er mit alternativen Entwürfen. An den nationalen Gründungsmythen läßt sich dieser Sachverhalt veranschaulichen. Im Deutschland des 19. Jahrhunderts war die Stilisierung der Hermannsschlacht zum nationalen Gründungsakt vor allem bei den Protestanten beliebt; für sie hatte der „Kampf gegen Rom“ noch eine religionspolitische Nebenbedeutung<sup>9</sup>. Andere Protestanten wollten die deutsche Nationalgeschichte im engeren Sinne erst mit der Reformation beginnen lassen. Dagegen spielten die Katholiken mit Vorliebe die Christianisierung durch Bonifatius im frühen Mittelalter aus. Durch den gemeinsamen Glauben sei aus vielen verschiedenen Stämmen ein einheitliches Volk geworden. Deutschland verdankte sein Entstehen in dieser Optik einer noch ungeteilten Kirche, die von Rom aus gelenkt wurde: Der Papst hatte den Deutschen ihren nationalen Geist eingehaucht. Beide Konfessionen pflegten also ihre eigenen nationalen Gründungsmythen, die auf das jeweilige geschichtspolitische Interesse abgestimmt waren<sup>10</sup>. Der Kampf zwischen Katholiken und Protestanten um gesellschaftliche Deutungsmacht war auch ein Kampf um die Durchsetzung des eigenen nationalen Gründungsmythos<sup>11</sup>.

Die politische Mythen sind also nicht nur Sinschemata *für* die Politik, sondern auch selbst Objekt *von* Politik. Macht, konkret: Deutungsmacht, wird eingesetzt, um bestimmte Mythen in den Vorder- und andere in den Hintergrund zu drängen. Die Deutungskämpfe sind aber nicht nur Auseinandersetzungen auf der Ebene „Mythos gegen Mythos“; es kann auch darum gehen, ein und denselben Mythos in unterschiedlicher Weise auszulegen. Wem „gehört“ ein Mythos, wer hat das Recht, ihn in seinem Sinne zu instrumentalisieren, lautet dann die Frage, um die sich der Streit dreht. So ist im

<sup>9</sup> Dörner, Politischer Mythos (Anm. 4), 253 ff.

<sup>10</sup> Allgemein zu solchen Auseinandersetzungen um Geschichtsbilder Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

<sup>11</sup> Zu diesem Abschnitt Frank Becker, Konfessionelle Nationsbilder im Deutschen Kaiserreich, in: Nation und Religion in der deutschen Geschichte, hrsg. v. Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche, Frankfurt a.M./New York 2001, 389–418, hier 403–407.

Frankreich des 19. Jahrhunderts um den Mythos der Johanna von Orléans gekämpft worden. Das republikanische Lager deutete Jeanne d'Arc als eine „Tochter des Volkes“, die vom König verraten und von der Kirche verbrannt worden sei; sie stehe insofern für den Kampf des einfachen Volkes gegen die reaktionären Mächte der Feudalgesellschaft. Das katholisch-konservative Lager hingegen machte Jeanne zu einer sakralen Figur, zu einer begnadeten jungen Frau, die die Stimme Gottes gehört hatte und sich daraufhin in den Dienst der französischen Krone stellte. Beide Lager reklamierten den Mythos für sich und versuchten vom Charisma der legendären historischen Figur zu profitieren<sup>12</sup>.

Die prinzipielle Vieldeutigkeit der Mythen, die solche Auslegungskämpfe ermöglicht, erlaubt es ihnen auch, sehr flexibel auf historische Veränderungen zu reagieren. Schließlich sind die Gesellschaft und das politische System, für die der Mythos bestimmte Funktionen erfüllt, keine feststehenden Größen. Machtverhältnisse geraten ebenso ins Wanken, wie neue Akteure in Erscheinung treten und es zu unverhofften Ereignissen kommt. All diese Phänomene müssen interpretiert, müssen in den Deutungskosmos „eingebaut“ werden, den der politische Mythos beschreibt. Hier ist Elastizität gefordert. Ein Mythos, der sich nicht situationsadäquat „weiterdichten“ ließe, geriete möglicherweise sehr schnell in Vergessenheit, würde als unbrauchbar fallen gelassen. So wurde der Bismarckmythos im Deutschen Kaiserreich<sup>13</sup>, einer der wichtigsten zeitgenössischen Personenmythen<sup>14</sup>, nach dem

<sup>12</sup> Gerd Krumeich, *Jeanne d'Arc in der Geschichte. Historiographie – Politik – Kultur*, Sigmaringen 1989.

<sup>13</sup> Allgemein hierzu *Jost Dülffer / Hans Hübner* (Hrsg.), *Otto von Bismarck. Person, Politik, Mythos*, Berlin 1993; *Lothar Machtan* (Hrsg.), *Bismarck und der deutsche Nationalmythos*, Bremen 1994.

<sup>14</sup> Personenmythen spielen vor allem im Kontext des Personenkults eine wichtige Rolle – oft zieht die Forschung den Begriff des Personenkults vor, untersucht de facto dann aber auch den Personenmythos. Beides ist kaum voneinander zu trennen. Exemplarisch hierzu *Wulf Wülfing*, *Die heilige Luise von Preußen. Zur Mythisierung einer Figur der Geschichte in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts*, in: *Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert*, hrsg. v. dems. / Jürgen Link, Stuttgart 1984, 233–275; *Philippe Demandt*, *Luisenkult. Die Unsterblichkeit der Königin von Preußen*, Köln [u. a.] 2003; ders., *Die Preußenmadonna*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6.11.2003, Nr. 258, 10; *Reinhard Löhmann*, *Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion (1929–1935)*, Münster [u. a.] 1995; *David Kunzle*, *Che Guevara: Icon, Myth, and Message*, Los Angeles, Cal. 1997; *John Hellmann*, *The Kennedy Obsession: The American Myth of JFK*, New York 1999; *Heidi Hein*, *Der Pilsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*, Diss. Marburg 2002. Eine Sonderform des Personenkults ist der Totenkult, dem neuerdings eine umfassende Darstellung gewidmet worden ist von *Olaf B. Rader*, *Grab und Herrschaft. Politischer Totenkult von Alexander dem Großen bis Lenin*, München 2003. Speziell zur NS-Zeit auch *Sabine Behrenbeck*, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole*, Vierow 1996. Auf

Tod des Altkanzlers von der deutschen Studentenschaft im Zusammenhang mit der Bismarckturm-Bewegung auf ein völkisches Programm verpflichtet, obwohl weder die reale Person Bismarck noch sein stilisiertes Abbild zuvor irgendwelche Affinitäten zu solchen Radikalformen des Nationalismus besessen hatten<sup>15</sup>. Veränderungen in der semantischen Struktur des Mythos dürfen allerdings nicht einseitig nur als *Reaktionen* auf realgeschichtliche Entwicklungen aufgefaßt werden; der Mythos eilt keineswegs der Realgeschichte immer nur hinterher, indem er sich nachträglich an die dort erfolgten Umstellungen anpaßt, sondern er kann sich auch eigendynamisch weiterentwickeln<sup>16</sup>. Solche eigendynamischen, selbst erzeugten Veränderungen werden häufig durch Widersprüche und Unstimmigkeiten in der mythischen Narration ausgelöst, die zu Neufassungen drängen. Sogar Irrtümer und Mißverständnisse bei der Überlieferung, die sich nach einer gewissen Zeit verfestigen, sind als mögliche Ursachen von Veränderungen zu nennen. Auf dieser Möglichkeit der Selbsterzeugung muß bestanden werden, damit der Mythos nicht wie etwas Sekundäres, Abgeleitetes gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit erscheint – die Theorie des Mythos darf keine reine Wiederspiegelungstheorie sein. Statt dessen ist der Mythos selbst als geschichtsmächtig zu denken, weil er das Potential besitzt, seinerseits verändernd auf die Gesellschaft einzuwirken – indem er ihr etwa neue Leitbilder und Ziele vorgibt.

Damit ist bereits eine Brücke zu den Funktionen des politischen Mythos geschlagen. Bisher ist die Wirksamkeit des Mythos vor allem in der Sphäre der Medien, also der Öffentlichkeit verortet worden. Hier wird er als Interpretationsschema kommuniziert, das realen Ereignissen unterlegt wird. Aus der Sicht der Politik ist der Mythos eine Wahrnehmungsfolie, die aufgespannt wird, um die Außenperzeption des eigenen Tuns zu beeinflussen. Wollte man den instrumentellen Charakters besonders betonen, so könnte man formulieren, daß der Mythos zu den „Schaufensterauslagen“ der Politik gehört: Seine – häufig gegebene – Popularität wird genutzt, um sich ein besseres Image, ja einen regelrechten Nimbus zu verschaffen. Wenn Wilhelm I. nach 1871 als „Barbablanca“ bezeichnet wird, um den Kyffhäuser-Mythos aufzurufen, der die Geschichte erzählt, daß der Stauferkaiser Fried-

---

Totenfeiern fokussiert ist die Studie von Volker Ackermann, Nationale Totenfeiern in Deutschland von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik, Stuttgart 1990.

<sup>15</sup> Frank Becker, Kaiser-Wilhelm-Denkmal und Bismarck-Säule: Denkmalkonkurrenz an der Porta Westfalica, in: Westfälische Zeitschrift 189 (1999), 423–439, hier 426 f.

<sup>16</sup> Gemeint sind Mechanismen, wie sie etwa in der Systemtheorie unter dem Begriff der Autopoiesis geführt werden. Siehe Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M. 1988, 60 ff.; kommentierend auch Frank Becker/Elke Reinhardt-Becker, Systemtheorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a.M. / New York 2001, 31–39, 154 f.

rich Barbarossa so lange in seinem Bergversteck schläft, bis das mittelalterliche Reich in neuer Pracht wiedergekehrt ist, dann erhält die Nationalstaatsgründung, die auch auf der innenpolitischen Ebene *de facto* gegen große Widerstände durchgesetzt werden mußte, sogleich den Glorienschein eines strahlenden Neubeginns<sup>17</sup>. Besonders gut geeignet sind politische Mythen für diese Form der positiven Vermittlung an die Öffentlichkeit auch deshalb – wie schon der Kyffhäuser-Mythos deutlich macht –, weil sie eine große Bandbreite unterschiedlicher intellektueller Niveaus „bedienen“ können. Mythen lassen sich ohne weiteres in ein anspruchsvolleres und in ein trivialeres Gewand kleiden. Bei anderen Formen der politischen Sinnstiftung, politischen Theorien oder Programmen zum Beispiel, ist dies mit erheblich größeren Schwierigkeiten verbunden. Der Barbablanca- und Kyffhäuser-Mythos hingegen, um bei diesem Beispiel zu bleiben, kann sowohl als schlichtes Märchen erzählt – wie bei dem 1896 eingeweihten Denkmal geschehen –<sup>18</sup>, als auch in den Kontext imperialer Translationstheorien gestellt werden, die ihm fast schon geschichtsphilosophische Dignität verleihen. Mit einer gewissen Zuspitzung läßt sich also behaupten, daß politische Mythen im kommunikativen Universum der Politik die Aufgabe haben, zwischen Eliten- und Massenkultur zu vermitteln, das heißt Formen der Sinnstiftung anzubieten, die in beiden Sphären ‚anschlußfähig‘ sind. In der Vormoderne haben religiöse Mythen, die auf die Politik übertragen wurden, diese Funktion erfüllt; im 19. Jahrhundert bewies dann der Nationalismus, die erste politische Massenbewegung, die im Prinzip auf eine religiöse Überhöhung verzichten konnte, auch wenn sie die Nähe zur Religion *de facto* immer wieder herstellte<sup>19</sup>, daß auch die vermeintlich so rational verfaßte Moderne sehr wohl auf Mythen angewiesen ist. Gerade der pronominiert vorgetragene Anspruch des Nationalismus, die Massen in die Politik einzubeziehen, führte eine neue Konjunktur dieser populären Deutungsformen herbei<sup>20</sup>.

<sup>17</sup> Jakob Vogel, Zwischen protestantischem Herrscherideal und Mittelaltermystik. Wilhelm I. und die „Mythomotorik“ des Deutschen Kaiserreichs, in: „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. v. Gerd Kruemich/Hartmut Lehmann, Göttingen 2000, 213–230, hier 222–224.

<sup>18</sup> Hierzu die Beiträge in Gunther Mai (Hrsg.), Das Kyffhäuser-Denkmal 1896–1996. Ein nationales Monument im europäischen Kontext, Köln 1997.

<sup>19</sup> Heinz-Gerhard Haupt / Dieter Langewiesche, Nation und Religion – zur Einführung, in: Nation und Religion, hrsg. v. dens. (Anm. 11) 11–29, hier 16 f.

<sup>20</sup> Die wichtige Rolle, die Mythen auch in politischen Bewegungen und Herrschaftssystemen der Moderne spielen, hat Teile der Forschung dazu bewogen, gleichsam aus umgekehrter Perspektive den Begriff der „politischen Religion“ auf diese Bewegungen und Systeme anzuwenden. Im Hinblick auf den Nationalismus siehe etwa Carlton J. H. Hayes, Nationalism: A Religion, New York 1960; Peter Walkenhorst, Nationalismus als „politische Religion“? Zur religiösen Dimension nationalistischer Ideologie im Kaiserreich, in: Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, hrsg. v. Olaf Blaschke / Frank-Michael Kuhlemann, Gütersloh 1996, 503–529.

In denselben Kontext gehört eine weitere Syntheseleistung, die der Mythos erbringt: Er spricht gleichzeitig den Intellekt und das Gefühl an. Die Geschichten, die der Mythos erzählt, liefern einerseits dem Verstand eine Erklärung der Welt, rufen andererseits aber auch Emotionen hervor<sup>21</sup>; die erzählte Welt wird mit bunten Farben ausgemalt, und das Drama, das sich in dieser Welt ereignet, kennt alle Szenen und Situationen, die beim Rezipienten Gefühle auslösen – selbst eine Form von Literatur, kann der Mythos alle Emotionen evozieren, auf deren Klaviatur die epische und die dramatische Literatur spielen. Einer der großen Nationalmythen im Frankreich des 19. Jahrhunderts, der Ursprungsmythos vom Gallieraufstand unter Vercingetorix, ist wie eine Tragödie strukturiert: Der Stern des Helden geht mit ersten Erfolgen gegen den übermächtigen Feind auf, das Schlachtenglück wendet sich, Vercingetorix opfert sich nach einer katastrophalen Niederlage für sein Volk auf, um zuletzt in Rom gedemütigt und hingerichtet zu werden<sup>22</sup>. Sicher hat nicht zuletzt die Rührung über dieses tragische Schicksal dem Vercingetorix-Mythos im 19. Jahrhundert seine Popularität verschafft<sup>23</sup>. Daß politische Theorien und Programme, auch wenn sie manchmal selbst zum Pathos greifen, solche melodramatischen Effekte niemals er-

---

Besonders populär ist der Terminus im Kontext der Analyse der totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts geworden. Siehe dazu das Handbuch von *Hans Maier* [u. a.] (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen*, 3 Bde., Paderborn 1996–2003. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß selbstverständlich auch nichttotalitäre Systeme mit Mythen arbeiten, ja wohl keine politische Ordnung denkbar ist, die hierauf vollständig verzichten kann – insofern haben wir es überall auch mit Erscheinungsformen von politischer Religion zu tun. Auf dieser Prämisse bauen auf *Wolfgang Schmale*, *Scheitert Europa an seinem Mythedefizit?*, Bochum 1997; *Andreas Dörner*, *Politische Kultur und Medienunterhaltung*. Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt, Konstanz 2000. Oft stellt sogar die Religion im Wortsinne auch in modernen Demokratien noch wichtige Leitbilder für die Politik bereit. Am Beispiel der Vereinigten Staaten siehe zuletzt *Rainer Prätorius*, „*In God We Trust*“. *Religion und Politik in den USA*, München 2003.

<sup>21</sup> Die emotionale Grundierung des Mythos wirkt sich aber nicht nur dahingehend aus, daß der Mythos Gefühle *auslösen* kann – er vermag auch auf Gefühle zu reagieren, Gefühle aufzunehmen und damit letztlich zu ihrer Verarbeitung beizutragen. Gerade in Situationen, in denen ein Gemeinwesen von starken, kollektiv geteilten Emotionen erschüttert wird, haben Mythen daher oft eine besondere Konjunktur, wie *Werner Schivelbusch* jüngst am Beispiel von Kriegsniederlagen dargestellt hat: *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918*, Berlin 2001.

<sup>22</sup> *Jean Markale*, *Vercingétorix*, Monaco 1995.

<sup>23</sup> Ein anderes Beispiel ist die Rolle des *Lucrezia*-Mythos in der römischen Rechtsgeschichte. Die Empörung über die Willkür, der die unbescholtene Frau ausgesetzt war, floß mit der Einsicht in die Notwendigkeit des Schutzes der bürgerlichen Rechte auch gegenüber dem Staat zusammen, wie er nur in einer Republik, nicht aber unter den Bedingungen einer despatischen Königsherrschaft gewährleistet war. Der Mythos wird neuerdings dargelegt und (systemtheoretisch) analysiert von *Marie Theres Fögen*, *Römische Rechtsgeschichten. Über Ursprung und Evolution eines sozialen Systems*, Göttingen 2002, 21–59.

zielen können – und wollen! –, liegt auf der Hand. Auch hier kann der Mythos wieder für sich reklamieren, flexibler und vielgestaltiger zu sein, also mehrere Erwartungshaltungen gleichzeitig zu bedienen und damit potentiell auch eine größere Zahl von Menschen in seinen Bann zu schlagen.

Eine weitere Stärke des politischen Mythos im Vergleich zu konkurrierenden Formen der Sinnstiftung ist die Fähigkeit, ohne größere Probleme auch Widersprüche integrieren zu können. Diese Fähigkeit leitet sich von der narrativen Struktur des Mythos ab. Wo erzählt wird, ist der Anspruch an Logik und Stimmigkeit von vornherein geringer als etwa dort, wo eine geschlossene politische Theorie entfaltet wird. Schon das Ordnungsprinzip des ‚Nacheinander‘, des Sich-Erstreckens im Zeitverlauf, das eine Erzählung kennzeichnet, kommt der Absicht, Disparates zusammenzubinden, in hohem Maße entgegen; politische Theorien oder politische Programme hingegen werden als komplette Tableaux wahrgenommen, auf denen sich ein Element harmonisch in das andere fügen muß. Damit hat der Mythos auch ein erheblich größeres Potential zur Bewältigung von Widersprüchen in der politisch-sozialen Realität. Die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts beispielsweise stand vor dem Problem, für die mentale Disposition der Deutschen traditionell das Merkmal ‚Idealismus‘ in Anspruch genommen zu haben; in der Reichsgründungsära wurde dann aber gerade die pragmatische Machtpolitik der preußischen Regierung zum Schlüssel der Einheit. Bismarck zeigte soviel Kalkül und so viel Realismus, wie man es eigentlich nur von englischen „Krämern“ und französischen „Materialisten“ erwartete. Im Bismarckschen Personenmythos wurde dieser Widerspruch problemlos aufgelöst: Der Reichskanzler hatte, wie die selbst schon fast mythische Figur des Faust bei Goethe, zwei Seelen in seiner Brust, er war gleichzeitig Realist und Idealist, und gerade diese Kombination war es, die für das deutsche Wesen nun kennzeichnend sein sollte<sup>24</sup>. Die trivialpsychologische Einsicht, daß Menschen Widersprüche in sich vereinigen können, ja daß sie geradezu ‚zerrissen‘ sein können, verlieh dem Personenmythos Plausibilität und ließ ihn zum geeigneten Leitbild für eine nationale Selbstdefinition werden, die auf dem Reißbrett theoretischer Erörterungen sicherlich viel weniger überzeugt hätte.

Bei der Definition des Mythosbegriffs ist schon angeklungen, daß sich die Deutungsleistung dieser Narration auf mehrere Zeitdimensionen beziehen kann – wir hatten unter anderem von Gründungs- und Bestimmungsmythen gesprochen. Selbstverständlich spielt, wenn es um die Interpretation der Vergangenheit geht, nicht nur der Gründungsakt eines Gemeinwesens eine wichtige Rolle; seine gesamte Genese ist deutungsbedürftig und kann insfern auch mit einer mythischen Erzählung unterlegt werden. Manchmal ad-

<sup>24</sup> Rolf Parr, ‚Zwei Seelen wohnen, ach! In meiner Brust‘. Strukturen und Funktionen der Mythisierung Bismarcks im Kaiserreich (1860 – 1918), München 1992.

dieren sich hierbei Einzelmythen, manchmal entstehen aber auch komplexe Geschichten, die den gesamten historischen Prozeß in einen einzigen Erzählstrang integrieren. Gerade dort, wo politische und religiöse Mythen verschmelzen, wo „auserwählte Völker“ in ihrer Geschichte einen Heilsplan am Werk sehen, ist der Weg zu solchen „großen Erzählungen“ nicht weit<sup>25</sup>. Im übrigen ist diese Selbstdeutung nicht nur bei den Juden, sondern auch in den meisten europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts verbreitet: Wo der Nationalismus mit der Religion verschmolz, wo sich nationalreligiöse Identitäten herausbildeten, wurde jedes historische Ereignis auch mit einem transzendenten Sinn ausgestattet. Solche Erzählungen weisen häufig sogar noch über die Gegenwart hinaus und zeichnen den weiteren Weg des Gemeinwesens vor. Auf dieser Ebene wird der Mythos dann, wie oben schon erwähnt, sehr wohl auch handlungsleitend: Menschen richten ihr Tun an den Zielen aus, die von der großen Erzählung vorgegeben werden. Geht man so weit, auch die Geschichtsdeutung des Historischen Materialismus als einen politischen Mythos zu bezeichnen<sup>26</sup>, hat man sogleich ein schlagendes Beispiel vor Augen: Die Überwindung der Klassenkämpfe in der sozialistischen Gesellschaft ist das prognostizierte Ende der Geschichte, und auf dieses Ende arbeiten folglich die kommunistischen Parteien hin.

Vergangenheitsdeutung und Zukunftsprognose sind relativ stabile Setzungen. Schwieriger gestaltet sich die ständige Interpretation der Herausforderungen der Gegenwart. Vieles geschieht, was sich in das vom Mythos vorgegebene Schema nicht ohne weiteres einordnen läßt. Manchmal scheinen Grundannahmen des Mythos sogar widerlegt zu werden. Nationen, die sich einen bestimmten historischen Auftrag zuschreiben, müssen erleben, daß sie diesen Auftrag nicht erfüllen können, haben zur Kenntnis zu nehmen, daß sie Kriege verlieren, obwohl sie mit einem Gott oder anderen historischen Mächten zu paktieren meinten. Hier ist die ganze Dehnbarkeit der mythischen Narration gefordert, gerade ihre Fähigkeit, auch Widersprüche auszuhalten und zu integrieren. Mythen sind eigentlich nicht zu widerlegen, man kann sie nur dazu zwingen, ihre Gestalt zu verändern. Diese Flexibilität – die im Regelfall, wenn große Siege oder Katastrophen ausbleiben, auch nicht allzu sehr beansprucht wird – sichert dem Mythos seine große Langlebigkeit. Die Realität verändert sich, aber der Mythos, der sie deutet, bleibt im Kern derselbe. Das hat für viele Menschen, die sich durch Neuerungen in erster Linie irritiert fühlen, den positiven Effekt, daß jede Veränderung in der Wirklichkeit immer wieder an etwas Altbekanntes zurück ge-

<sup>25</sup> Nicht zu verwechseln ist dieser Begriff, trotz aller Ähnlichkeiten, mit dem von François Lyotard eingeführten Terminus der „grand récit“, der mittlerweile zu den am häufigsten verwendeten Schlagwörtern der Postmoderne-Diskussion gehört.

<sup>26</sup> In diese Richtung geht etwa *David W. Lovell*, Marx's Proletariat: The Making of a Myth, London / New York 1988.

bunden wird – Fremdes wird in Vertrautes verwandelt. Der Mythos ist eine Deutungsmaschine, die permanent Kontinuität stiftet.

Eine andere wichtige Leistung des Mythos bei der Interpretation der Gegenwart besteht darin, daß er schwierige Zusammenhänge auf einfache Grundmuster zurückführt. Die Öffentlichkeit, die der Mythos adressiert und für die er das politische Geschehen aufbereitet, ist nur zu einem geringeren Teil in der Lage, politische Sachverhalte oder Entscheidungsprozesse in ihrer gesamten Komplexität zu begreifen. Die Deutungsarbeit muß als erstes dafür sorgen, daß einige Schnneisen in das Dickicht des verworrenen Geschehens geschlagen werden. Nur so ist erst einmal eine grobe Orientierung herzustellen. Daß dieses Verfahren in seiner Tendenz zur Vereinfachung, ja Verfälschung nicht unproblematisch ist, liegt auf der Hand. Umgekehrt fällt es aber schwer, in der politischen Arena schlankweg zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Es ist wohl damit zu leben, daß wir es dort letztlich mit nichts anderem als Deutungskämpfen zu tun haben. Und zu den Strategien, die in solchen Kämpfen eingesetzt werden, gehört immer auch die populäre Vereinfachung.

Als dritte und letzte Leistung, die der Mythos speziell bei der Deutung des aktuellen politisch-sozialen Geschehens erbringt, ist die Herstellung von Legitimität zu nennen. Das geschieht in einer eher indirekten oder vermittelten Weise. Zunächst legitimiert der Mythos generell eine bestimmte Herrschaftsform und Gesellschaftsordnung. Neue Ereignisse, über deren Beurteilung zunächst noch Unklarheit herrscht, werden durch die Verknüpfung mit dem Mythos ebenfalls in den Bereich des Legitimen integriert – was Bestandteil der mythischen Narration wird, gehört auch zu dem Ordnungssystem, das sein Selbstverständnis aus dieser Erzählung herleitet. Bei Herrscherwechseln werden politische Mythen sehr häufig in diesem Sinne strategisch eingesetzt. Der neue Herrscher, die neue Dynastie, deren Ansprüche möglicherweise noch nicht allgemein anerkannt sind, legitimiert sich durch die demonstrative Anknüpfung an den Mythos. Der bereits erwähnte Kyffhäuser-Mythos diente nicht nur dazu, die Reichsgründung mit zusätzlichem Glorienschein zu umstrahlen, sondern legitimierte auch ganz handfest den Anspruch des Hauses Hohenzollern auf die Kaiserwürde: In dem Wilhelm als derjenige Herrscher dargestellt wurde, der endlich den Zauberbann brach, der über dem schlafenden Stauferkaiser lag und damit die Prophezeiung wahr machte, daß einstmals das mittelalterliche Kaiserstum in veränderter Gestalt zu neuem Leben erweckt werde.

All diese Leistungen haben mit jener grundlegenden Funktion des politischen Mythos zu tun, die wir oben mit dem Bild des Schaufensters in Verbindung gebracht haben: Sie beziehen sich auf die Außendarstellung des Politischen, indem sie eine Wahrnehmungsfolie aufbauen, die Verständnis, intellektuelle Verarbeitung und Bewertung des realen Geschehens steuert. Darin erschöpft sich die Relevanz eines politischen Mythos aber keines-

wegs. Er kleidet das politische Geschehen nicht nur ein, sondern ist sogar in dessen Kern präsent. Anders formuliert: Der politische Mythos dient nicht nur zur kommunikativen Vermittlung politischen Handelns, er trägt vielmehr selbst dazu bei, dieses Handeln überhaupt erst zu konstituieren. Auch im Sinnhorizont der politischen Akteure sind Mythen verankert und geben Muster vor, an denen sich das Handeln orientiert. Bei Bestimmungsmythen oder Mythen mit einem starken ethischen Appell wie der Erzählung von Romulus und Remus liegt dieser Zusammenhang auf der Hand; aber auch andere Mythen stellen Personen und Handlungen als vorbildlich oder im positiven Sinne ‚typisch‘ (für das Gemeinwesen, für eine bestimmte politische Richtung) heraus, so daß ein starker Nachahmungsdruck von ihnen ausgeht. Natürlich wird politisches Handeln nicht nur durch Mythen determiniert. Zunächst scheinen die Vorgaben, die von den politischen Institutionen gemacht werden, wesentlich stärker zu wirken. Erstens decken die Vorgaben der Institutionen aber nur ein bestimmtes Spektrum von politischen Handlungen ab. Gerade Handlungen, die die gesamte Ordnung des Gemeinwesens zur Disposition stellen, also im Sinne Carl Schmitts den Ausnahmestand markieren, werden in der Regel nicht mehr durch institutionelle Vorgaben geregelt. Die Dramatik solcher Situationen legt den Rückgriff auf den Mythos im Gegenteil sogar besonders nahe<sup>27</sup>. Zweitens kann der Aufbau der Institutionen auch selbst wieder von politischen Mythen beeinflußt sein. Sicher spielen hier die Tradition auf der einen, die politische Theorie auf der anderen Seite eine ebenso große Rolle. Aber man muß sich nur vor Augen führen, welche Rolle Gedenktage und mythisch besetzte Orte bis heute im politischen Leben spielen, um den Einfluß nicht zu unterschätzen, den die beispielhaften und beispielgebenden Erzählungen auch im Bereich des institutionalisierten Handelns besitzen.

Im Prinzip ist der Mythos für die Anleitung konkreten Handelns sogar besser geeignet als andere Formen der politischen Sinnstiftung. Politische Theorien müssen erst in Institutionen umgegossen werden, damit sich ihre abstrakten Vorgaben in Handlungsmuster verwandeln, die tatsächlich handhabbar sind. Mythen hingegen beinhalten als erzählende Texte mit

<sup>27</sup> Eine solche Konstellation hat *Karl Marx* in klassischer Form für den Herrschaftsantritt Napoleons III. herausgearbeitet: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: ders. /Friedrich Engels, Werke. Bd. 8, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, 111–207. Als weiteres Beispiel ist der Angriff auf das St. Petersburger Winterpalais durch die Anhänger Lenins im Oktober 1917 zu nennen, eine Aktion, die sich offenkundig am Sturm auf die Tuilerien von 1792 orientierte. Immer wieder ‚nachgespielt‘ wurde in der politischen Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte, wie *Rolf Reichardt / Hans-Jürgen Lüsebrink* gezeigt haben, der Sturm auf die Bastille (Die Bastille. Zur Symbolgeschichte von Herrschaft und Freiheit, Frankfurt a.M. 1990). Einen ähnlichen Stellenwert hatte in der Kriegsgeschichte die ‚levée en masse‘ des Jahres 1793 – siehe *Daniel Moran / Arthur Waldron* (Hrsg.), The People in Arms. Military Myth and National Mobilization since the French Revolution, Cambridge 2003.

Notwendigkeit eine Konfiguration und ein Drama, auch wenn diese Komponenten, etwa bei Personen- oder Ortsmythen, oft nur sehr rudimentär ausgebildet sein können. Konfiguration und Drama jedoch zeigen handelnde Menschen, die unmittelbar als Vorbilder geeignet sind. Die Orientierungsfunktion für die Politik kann so weit gehen, daß der Mythos gleichsam Szene für Szene die Regieanweisungen bereitstellt. Das Drehbuch, das der Mythos präsentiert, gibt den politischen Akteuren ihre Rollen vor.

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob die Orientierung des politischen Handelns an den Vorgaben des Mythos bewußt oder unbewußt erfolgt. Für bewußte Adaptionen gibt es viele Beispiele; die reflektierte Aneignung geht hier aus den (protokollierten) Absprachen der Akteure oder aus ihren Selbstzeugnissen hervor. Unbewußte Aneignungen lassen sich naturgemäß nur schwer nachweisen; das vermeintliche Fehlen von Reflexion kann schlichtweg darauf zurückzuführen sein, daß sich dieses Nachdenken nirgendwo schriftlich niedergeschlagen hat oder, noch simpler, die einschlägigen Dokumente verschollen sind. Es erscheint aber durchaus plausibel, daß die Mythen so stark ins ‚kulturelle Unterbewußtsein‘ eingedrungen sind, daß sie auch ohne strategische Absicht auf das politische Handeln wirken. Zu diskutieren wäre diese Ambivalenz etwa am Beispiel der Rolle des Nibelungen-Mythos im Deutschland des Juli 1914: Einige Vertreter der deutschen Regierung brachten ihre Bündnistreue gegenüber Österreich bekanntlich mit der legendären Treue der Nibelungen in Verbindung. Wurde der Mythos nur von diesen Regierungsvertretern angeeignet, die damit möglicherweise auch eine bestimmte Strategie verfolgten – die pathetische Überhöhung einer politischen Option, ihre Inbezugsetzung zu einer tiefverwurzelten Charaktereigenschaft der Nation –, oder beeinflußte er möglicherweise auch die Vorstellungswelt größerer Teile der Bildungsschichten, die nach dem Attentat von Sarajewo und angesichts der Versuche Österreichs, sein Prestige als handlungsfähige Großmacht zu wahren, eine moralische Verpflichtung zum Beistand verspürten, die sich von irgendeinem Wenn und Aber, von Ränken und Kalkülen gerade frei wähnte? In diesem Sinne hätte der Mythos einen Habitus geformt, der bestimmte Entscheidungen und Handlungen nahe legte, ohne daß für den Akteur noch erkennbar wäre, aus welchen Quellen sich dieser Habitus letztlich speiste. Hier kommen wir allerdings ohne ein gewisses Maß an Spekulation nicht aus; nur sehr differenzierte Egodokumente erlauben von Fall zu Fall eine halbwegs verlässliche Rekonstruktion der intellektuellen Dispositionen, Absichten und Motive von historisch handelnden Individuen oder Gruppen.

Die Mythen, die wir bisher als Beispiele herangezogen haben, wiesen ein bestimmtes Profil auf; ob es sich um den Mythos von Romulus und Remus, von Vercingetorix oder Hermann dem Cherusker, von Bismarck oder Barbarossa handelte – sie alle waren an ein bestimmtes Gemeinwesen, an einen bestimmten Staat oder eine ebensolche Nation geknüpft. Außerhalb dieses

Gemeinwesens ist ihre Wirkung gering, es sei denn, ein anderes Gemeinwesen erkennt die mythische Narration seinerseits – mitsamt der Kultur, der sie angehört – als beispielhaft an. Im Falle der Geschichte von Romulus und Remus etwa hat sich die Hochachtung vor der römischen Zivilisation sehr wohl auch mit einer Aneignung ihrer Mythen verbunden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der historische Ursprung des Mythos eindeutig zu verorten ist. Darüber hinaus sind in der Politik jedoch auch Erzählungen wirksam, bei denen eine solche Zuordnung nicht möglich ist. Ihre Sujets sind so unspezifisch, daß sie in zahlreichen politisch-sozialen Kontexten angesiedelt werden können. Gleichzeitig beschränken sie sich auf ein einfaches erzählerisches und inhaltliches Grundmuster – im Gegensatz zu den bisher behandelten politischen Mythen, die in der Regel komplexe Geschichten entfalten. Aufgrund dieser Unterschiede scheint es geboten, für die ebenso reduktiven wie universellen Narrationen einen eigenen Unterbegriff einzuführen: den Begriff der *story*. *Stories* waren zum Beispiel am Werk, als im Frühjahr 2003 die Haltung Deutschlands zum Zweiten Golfkrieg diskutiert wurde. Dort, wo das Nein der Bundesregierung zum Krieg auf Zustimmung stieß, bediente man sich implizit oder explizit sehr gern einer Geschichte des Mündigwerdens, der Emanzipation nach langer Abhängigkeit; ein Sohn, der seit vielen Jahren unter der Fuchtel seines übermächtigen Vaters gestanden hatte, ermannte sich endlich, wurde schließlich doch noch selbstständig. Entscheidungen, die Deutschland betreffen, werden künftig nur noch in Berlin gefällt, lautete Gerhard Schröders bekannte ‚Unabhängigkeitserklärung‘, die auch sehr viel von der ‚Abnabelung‘ eines allzu lang gegängelten Kindes hatte. Ob dieses *story*-Muster bewußt als Analogie herangezogen wurde oder unbewußt auf die Bewertung der Sachlage einwirkte, ist wiederum schwer zu entscheiden – wahrscheinlich wird es das eine wie das andere gegeben haben. Die Gegner der Regierungspolitik benutzten ebenfalls eine bestimmte *story*, um ihre Erklärungen zu grundieren. Bei dieser *story* handelte es sich um die Geschichte einer verratenen Freundschaft. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, was die Amerikaner für Deutschland getan hatten: Sie hatten das Land vom Nationalsozialismus befreit, sie waren der Schutzschild Westeuropas im Kalten Krieg, sie hatten während der sowjetischen Blockade Berlin versorgt. Und nun erlebten die USA am 11. September 2001 selbst eine verheerende Katastrophe – für Deutschland eine einmalige Gelegenheit, etwas von der angesammelten Dankesschuld abzutragen. Und was geschah? Deutschland fiel den Amerikanern in den Rücken. Anstatt dem großzügigen Freund bei der Bekämpfung des Terrorismus, sei es im Irak, sei es an anderen Orten, mit allen Mitteln zur Seite zu stehen, wurden ihm Knüppel zwischen die Beine geworfen. Daß die Amerikaner ein solches Verhalten als undankbar, ja als Freundschaftsverrat einstuften, war mehr als verständlich. Auch die Opponenten der Regierung Schröder/Fischer verfügten also über eine populäre Geschichte, mit der sie das komplexe politische Geschehen auf ein einfaches

Grundmuster zurückführten. Zudem rief diese Geschichte Emotionen hervor; ähnlich, wie die *story* vom mündig werdenden Kind das Pathos des Aufbruchs mobilisierte, löste die Erzählung des Freundschaftsverrats Schamgefühle und das Bedürfnis nach Wiedergutmachung aus.

Beide *stories* wären auch in anderen sozialen Kontexten und zur Beschreibung ganz anderer Sachverhalte einsetzbar. Sie sind einfach konstruiert – in der Fokussierung auf ein einzelnes Motiv – und gleichzeitig universell genug, um in der Politik zahlreicher Länder, aber auch Firmen, Behörden oder Cliques Wahrnehmungsprozesse zu steuern und Handeln anzuleiten. Einzig bei der Universalität ist eine Einschränkung zu machen: Sie gilt selbstverständlich nur innerhalb der Grenzen des zugehörigen Kulturkreises. Wo Familien völlig anders organisiert sind, wird die Geschichte vom mündig werdenden Kind nicht verstanden; Freundschaft ist keine anthropologische Konstante, sondern verbindet sich mit kulturspezifischen Normen, vor deren Hintergrund auch der Freundschaftsverrat ganz unterschiedliche Bewertungen erfährt.

Um der Vollständigkeit willen müssen noch die (wie auch immer elementaren) „Dramen“ als weiterer Unterbegriff des politischen Mythos genannt werden. Ähnlich wie die *stories* können uns auch die Dramen in sehr reduzierter Form begegnen: Sie sind dann bis auf das Skelett einer einfachen Konfiguration abgemagert. Solche Konfigurationen beeinflussen die Außenwahrnehmung des Politischen aber ebenso stark, wie sie auch die politisch Handelnden in bestimmte Rollenmuster hineindrängen; das Bild von der Bühne der Politik fängt diesen Sachverhalt ein. Sogar im Zeitalter von Massenparteien und personalstarken Institutionen schält sich immer wieder eine kleine Gruppe von Akteuren heraus, deren Zusammenspiel die wichtigsten politischen Entscheidungen herbeiführt. Diese Akteure ordnen sich einander oftmals nach Maßgabe einer Dramenbesetzung zu. Dafür sorgt schon der Umstand, daß nicht alle denselben Part übernehmen können: Einerseits muß die Unterscheidbarkeit gewährleistet sein, andererseits müssen verschiedene Stile und Kompetenzen abgedeckt werden. Dadurch entsteht eine Dynamik von Konkurrenz und Komplementarität, die den Handlungsspielraum der Akteure einengt, ja sie auf bestimmte Rollenmuster festlegt. Bekannt ist das Beispiel der sozialdemokratischen ‚Troiken‘ in den 1970er und 1990er Jahren. Während in der Ära des Bundeskanzlers Helmut Schmidt der Parteivorsitzende Willy Brandt die Rolle des (leicht praxisfernen) Visionärs übernahm, stand der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner für eine taktisch ausgeklügelte Machtpolitik ein; Helmut Schmidt hatte als ‚Macher‘ dafür zu sorgen, daß Programmatik und Machtpolitik zusammenfanden, daß bestimmte politische Optionen tatsächlich durchgesetzt wurden. Nachdem diese Konfiguration in den Oppositionsjahren ab 1982 wohl in der Wahrnehmung vieler Sozialdemokraten selbst schon mythische Züge angenommen hatte, wurde sie von einer neuen Troika 1994 quasi nach-

gespielt: Nun übernahm Oskar Lafontaine die Rolle des Visionärs, Gerhard Schröder verkörperte den Machtpolitiker und Rudolf Scharping sollte als Kanzlerkandidat wie vormals Helmut Schmidt eine Brücke zwischen diesen beiden Polen schlagen.

Die Beobachtung, daß politisches Denken und Handeln durch narrative Muster, seien es elaborierte Mythen, seien es einfache *stories* oder Dramen, nicht nur kommunikativ vermittelt wird, sondern regelrecht konstituiert sein kann, korrespondiert einer Grundannahme jeder Kulturgeschichte des Politischen: Kultur ist kein Appendix des Politischen, sondern der Politik selbst inhärent<sup>28</sup>. Politik und Kultur lassen sich in diesem Verständnis allenfalls analytisch trennen, in der Sache sind sie unauflöslich miteinander verwoben – indem die Politik gar nicht ohne Sinnentwürfe, Normen und Werte, Handlungsmuster und Rituale, Zeichen und Symbole, mithin all jene Phänomene, die wir üblicherweise mit dem Begriff Kultur belegen, gedacht werden kann<sup>29</sup>. Die Mythen stellen hier nur einen kleinen Ausschnitt dar, aber es läßt sich beispielhaft an ihnen studieren, wie kulturelle Einheiten im Kern des Politischen ihre Wirkung entfalten. Da der Mythos aufgrund seiner narrativen, auf Konfiguration und Drama basierenden Gestalt durchaus als eine Form von Literatur zu adressieren ist, läßt sich die Prämissen der *kulturellen* Durchformung des Politischen sogar noch weiter zuspitzen: die Wirksamkeit der narrativen Einheiten zeigt eine *ästhetische* Durchformung des Politischen an.

Bisher haben wir vor allem die vielen Leistungen behandelt, die der Mythos erbringen kann, und seine Stärken im Vergleich zu anderen Formen

<sup>28</sup> Zum Diskussionsstand siehe *Carola Lipp*, Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur, in: Kulturgeschichte Heute, hrsg. v. Wolfgang Hardtwig / Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996, 78–110; *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–606; *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), H.1, 71–117. Allgemeiner auch *Benjamin Ziemann*, Überlegungen zur Form der Gesellschaftsgeschichte angesichts des ‚cultural turn‘, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), 600–616.

<sup>29</sup> Die Erforschung dieser Phänomene hat seit längerem in allen Sektoren der Geschichtswissenschaft Konjunktur. Beispiele sind *Egon Fläig*, Ritualisierte Politik. Zeichen, Gesten und Herrschaft im Alten Rom, Göttingen 2003; *Gerd Althoff*, Die Macht der Rituale. Symbolik und Herrschaft im Mittelalter, Darmstadt 2003; *Simona Slanicka*, Krieg der Zeichen. Die visuelle Politik Johanns ohne Furcht und der armanakisch-burgundische Bürgerkrieg, Göttingen 2002; *Rüdiger Schmidt*, Zur Metaphysik expressiver Macht: Rituale der Terreur, in: Politische Gewalt in der Moderne. Festschrift für Hans-Ulrich Thamer, hrsg. v. Frank Becker [u. a.], Münster 2003, 1–22; *Karlheinz Weißmann*, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991; *Frank Becker*, Spielregeln der Politik. Politikprozesse und Sportsymbole in der Weimarer Republik, in: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, hrsg. v. Andreas Dörner / Ludgera Vogt, Berlin / New York 1995, 297–308.

der politischen Sinnstiftung betont. Aus dieser Perspektive erscheint es so, als sei die Mythenanalyse geradezu der Königsweg für eine Kulturgeschichte des Politischen. Aber es gibt auch erhebliche Probleme, die nicht unterschlagen werden dürfen – beginnend mit der Definition, die kaum trennscharf zu fassen ist: Wie ist ein politischer Mythos von anderen Narrationen abzugrenzen, die ebenfalls Modellhaftigkeit für die politisch-soziale Ordnung beanspruchen? Nehmen wir als Beispiel die christliche Eschatologie, die im Mittelalter sehr wohl auch Leitbilder für die Politik bereitgestellt hat – wird sie dadurch zu einem politischen Mythos, oder behalten religiöse Mythen in jedem Fall ihren Sondercharakter? Nicht nur in der Religion, auch auf anderen gesellschaftlichen Feldern entstehen solche erzählerischen Konstruktionen – etwa in der Wissenschaft, um noch einmal das Geschichtsbild des Historischen Materialismus heranzuziehen, das uns oben schon einmal als Beispiel gedient hat. Marx und Engels verstanden ihren Geschichtsentwurf als eine wissenschaftliche Hypothese. Kann man aus heutiger Warte argumentieren, daß diese Hypothese wissenschaftlich widerlegt worden ist, aber als politischer Mythos unzweifelhaft eine große Wirkung entfaltet hat? Diese Sichtweise stellt Mythos und Wahrheit zu unvermittelt gegeneinander. Auch wahre Aussagen können mythische Qualitäten entfalten. Dadurch wird das Zusammenspiel von Geschichtswissenschaft und Mythenproduktion auch insgesamt äußerst komplex. Ist das, was Historiker über die Geschichte sagen, notwendig etwas anderes als das, was die Geschichtsmythen behaupten? Man muß gar nicht so weit gehen, der Geschichtswissenschaft mit den Argumenten eines radikalen Konstruktivismus jede Möglichkeit der Erkenntnis einer objektiven Wahrheit abzusprechen und ihre Aussagen vor diesem Hintergrund als per se mythisch zu bewerten. Auch Darstellungen vergangener Sachverhalte, die den Kriterien wissenschaftlicher Wahrheitsfindung in der Historiographie voll und ganz genügen, können als Mythen kommuniziert werden, indem sie modellhaft auf andere politisch-soziale Gegebenheiten bezogen werden. Insofern ist der Historiker nie davor geschützt, auch Mythen zu produzieren. In vielen Fällen nehmen Historiker diese Rolle aber auch bewußt an, indem sie selbst ihre Untersuchungen ins Exemplarische ausweiten. Das geschieht oft dort, wo ein größeres Publikum adressiert wird – als wollte der Historiker sich und sein Tun gerade diesem Publikum gegenüber damit legitimieren, daß er allgemeine Sinnstiftung leistet. Wo nur Fachkollegen angesprochen werden, steht die Analyse des Gegenstandes zumeist für sich selbst. Eine andere Frage ist die, inwiefern präexistierende Geschichtsmythen auch in die Werke der Historiker eindringen. Manchmal hat der Leser von historiographischen Darstellungen den Eindruck, daß es verschiedene Textschichten gibt: In einer bestimmten Schicht, in der die gesamte Analyse mit einem weitmaschigen erzählerischen Raster unterlegt wird, partizipiert das Werk an den herrschenden Mythen seiner Entstehungszeit, in anderen Textschichten macht es sich in der konkreten Arbeit an den historischen Dokumenten weitgehend davon frei. So gilt für die Bücher der Fach-

historiker über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71, daß sie alleamt das Erzählmuster einer Beleidigung des Preußenkönigs verwendeten, der eine Bestrafung des Aggressors Frankreich folgte, dasselbe Muster also, das die populären Kriegsdarstellungen prägte; in der Detailanalyse gingen sie dann aber oft ganz eigene Wege, die mit den gängigen Mythen in keinem Zusammenhang mehr standen<sup>30</sup>.

So kompliziert schon eine klare Grenzziehung zwischen wissenschaftlichem Diskurs und politischem Mythos ist, so groß sind auch die Schwierigkeiten, wenn nach dem Verhältnis von Literatur und Kunst auf der einen, mythischen Konstrukten auf der anderen Seite gefragt wird. Jede Form von Kunst deutet die Wirklichkeit und setzt dazu Modelle ein. Wenn sich diese modellhaften Interpretationen auf die Sphäre der Politik beziehen, sind die grundlegenden Kriterien für einen politischen Mythos erfüllt. Fraglich ist, ob die unterschiedliche ästhetische Qualität und der (möglicherweise) abweichende Produktions- und Rezeptionszusammenhang dazu berechtigen, auf einer kategorialen Scheidung der beiden Bereiche zu bestehen. Kunst und Literatur sind keineswegs nur Spezialformen des politischen Mythos, aber es gibt eine Schnittmenge zwischen diesen Äußerungsformen. Mit dem Begriff Schnittmenge lassen sich mehrere Phänomene einfangen. Erstens ist unbestreitbar – und darauf haben wir schon mehrmals hingewiesen –, daß der Mythos aufgrund seiner narrativen Gestalt sehr nah an der Literatur gebaut ist. Zweitens muß der Mythos nicht immer zur Gänze erzählt, er kann auch durch einzelne Elemente konnotiert werden, und diese Elemente zirkulieren durch die gesamte Text-, Bild- und Klangwelt; aber auch der komplette Mythos ist drittens keineswegs an ein bestimmtes Medium gebunden, sondern wird in sehr unterschiedlicher Form realisiert: als Oper, als Denkmal oder als Theaterstück, um nur einige Beispiele zu nennen. Literatur und Kunst stricken also sehr wohl mit am Mythos, aber ihr Dasein erschöpft sich nicht darin; umgekehrt bedient sich der Mythos dieser ästhetischen Formen häufig als Transportmedien, ohne auf sie allein angewiesen zu sein. Die Überschneidungen sind groß, aber das eine Phänomen geht selbstverständlich nicht im anderen auf<sup>31</sup>.

---

<sup>30</sup> Becker, Bilder von Krieg und Nation (Anm. 8), 295 – 306.

<sup>31</sup> Zu diesen Wechselwirkungen exemplarisch auch Jacques Leenhardt, Politische Mythen im Roman, Frankfurt a.M. 1976; Wolf Kittler, Die Geburt des Partisanen aus dem Geist der Poesie. Heinrich von Kleist und die Strategie der Befreiungskriege, Freiburg i.Brsg. 1987; Andreas Dörner, Die Inszenierung politischer Mythen. Zum Funktionszusammenhang von Politik und Ästhetik am Beispiel von Kleists „Hermannsschlacht“, in: Politische Vierteljahresschrift 34 (1993), 199 – 218; Reinhard Dithmar, Der Langemarck-Mythos in Dichtung und Unterricht, Neuwied 1992; Wilhelm Hofmann (Hrsg.), Visuelle Politik: Filmpolitik und die visuelle Konstruktion des Politischen, Baden-Baden 1998; Rainer Rother, Mythen der Nationen: Völker im Film, München / Berlin 1998.

Mit der Schwierigkeit, den politischen Mythos trennscharf zu definieren, hängt noch ein weiteres Problem zusammen: Wie entstehen Mythen, und wer ist für Ihre Entstehung verantwortlich? Wenn man nicht genau bestimmen kann, wann ein Artefakt als Mythos gelten kann, ist es auch schwer zu sagen, mit welcher erstmaligen ‚Setzung‘ die Genese eines Mythos beginnt. Letztlich muß eine Darstellung vor allem zwei Ansprüchen genügen, um als politischer Mythos aufgefaßt werden zu können. Erstens, wie schon erwähnt, darf sie sich nicht in der Präsentation ihres Gegenstandes erschöpfen, sondern muß darüber hinaus Beispielhaftigkeit für sich beanspruchen; zweitens muß diese Exemplarizität, und das ist vor allem für die Abgrenzung von vielen ästhetischen Gebilden wichtig, auch tatsächlich Bestandteil von *politischer* Kommunikation werden. In dem Moment, in dem beide Kriterien erfüllt sind, kann von der Geburtsstunde eines politischen Mythos gesprochen werden. Wer seine Erzeuger, wer die ‚Mythopoeten‘ gewesen sind, ist empirisch oft noch schwieriger nachzuweisen. Situationen, in denen bestimmte mythenproduzierende Eliten, seien es Politiker oder Intellektuelle oder ein Verbund von beiden, in vollem Bewußtsein auf die Etablierung oder Weiterentwicklung eines Mythos hingearbeitet haben, besitzen wohl eher Seltenheitswert<sup>32</sup>; häufiger muß von langwierigen Prozessen ausgegangen werden, auf die viele Faktoren einwirkten. Damit ist wieder das Problem der strategischen Nutzung des Mythos auf der einen, seiner eigendynamischen Entwicklung auf der anderen Seite aufgeworfen. Im Anschluß drängt sich noch eine weitere ungeklärte Frage auf: Welcher grundsätzliche Stellenwert des Mythischen für die Politik läßt sich aus den Anstrengungen zu seiner politischen Instrumentalisierung ableiten? Wie sind, um es zugespitzt zu formulieren, die pragmatisch-sachorientierte Dimension und die Sinndimension in der Politik zueinander gewichtet? Auch wenn sich diese beiden Bereiche letztlich gar nicht voneinander trennen lassen, müßten doch immerhin Dominanzen – möglicherweise von Fall zu Fall andere – zu bestimmen sein.

Als Bilanz läßt sich formulieren, daß die politischen Mythen offensichtlich zu jenen Phänomenen gehören, die sich der wissenschaftlichen Behandlung einerseits geradezu entziehen – wenn man als Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens etwa die Möglichkeit klarer und eindeutiger Definitionen ansetzt –, die aber andererseits eine so wichtige Rolle in der politisch-sozialen Wirklichkeit spielen, daß die Wissenschaft einfach nicht achtlos an ihnen vorübergehen kann, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, ein verkürztes Bild der Realität zu propagieren. Dieser Widerspruch zwischen der unstrittigen Relevanz des Gegenstandes und den methodisch-definitorischen Streitfällen bei seiner Erforschung muß so lange ausgehalten werden, bis eine Theorie des politischen Mythos entwickelt ist, die umfassende Klarheit stiftet.

<sup>32</sup> Hierzu gelingt eine detailgenaue Rekonstruktion Robert Bohn, Norwegen. Die Erfindung einer Nation, in: Flacke, Mythen der Nationen, (Anm. 8), 248–268.

# Politische Kultur, Autorität und Schrift im England der Frühen Neuzeit\*

Von *Kevin Sharpe*, London

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einer bestimmten Epoche – England im 17. Jahrhundert – und mit der historiographischen Kontroverse zwischen Revisionisten und Antirevisionisten über die Ursprünge und den Charakter des englischen Bürgerkriegs. Es geht aber nicht darum, weiteres Öl in dieses Feuer zu gießen. Vielmehr versuche ich, diese Spezialdebatten als Typen historischer Argumentation neu zu betrachten und sie als historische Praxis und Methode zu untersuchen. Allgemeiner formuliert, ich stelle diese historiographischen Debatten und Konzepte in den Kontext der neueren Entwicklungen in anderen kulturwissenschaftlichen Disziplinen, die den Zugang zur Geschichte der Frühen Neuzeit maßgeblich beeinflußt haben. Obwohl zeitgleich mit der als *New Historicism* bekannt gewordenen kritischen Schule und der Aufregung um Postmoderne und Theorie im allgemeinen, haben sowohl revisionistische als auch antirevisionistische Historiker in England diese Debatten eher ignoriert oder abgelehnt. Ich möchte zeigen, daß die neuen theoretischen Fragen und Ansätze der Geschichtswissenschaft nicht im Weg stehen, sondern daß sie vielmehr zu einem vollständigeren Verständnis der vormodernen Kultur beitragen. Mit dem Appell, daß wir uns zum Verständnis von Gesellschaft und Staat der Frühen Neuzeit der Geschichte der jeweiligen *Repräsentationen* zuwenden müssen, plädiere ich für eine interdisziplinäre Praxis, die unsere Begriffe von Autorität und Politik neu definiert. Es geht mir vor allem darum zu zeigen, daß die Historiker die rhetorische Kultur der Renaissance besser verstehen, wenn sie die moderne Texttheorie einbeziehen, alle ihre Dokumente als Texte betrachten und sich mit dem Textverständnis des Humanismus selbst beschäftigen, der sich ja auf Sprache und Rhetorik als politische Künste konzentrierte. Diese neue Lektüre der Quellen als mehrdimensionale und mehrdeutige Texte eröffnet neue Einsichten in die fröhneuzeitlichen Diskurse ebenso wie in die modernen historiographischen Kontroversen. Sie lenkt die Aufmerk-

---

\* Dieser Beitrag ist die geringfügig veränderte und gekürzte deutsche Fassung des Aufsatzes „Reading in Early Modern England“, zuerst erschienen als Einleitung in dem Aufsatzband von *Kevin Sharpe*, *Reading Revolutions*, New Haven/London 2000, 3–34. Wir danken Marianne Hopmann, Münster, für die Übertragung ins Deutsche.

samkeit sowohl auf Fragen der Performanz, Rezeption und Intention von Texten als auch auf die Beziehungen zwischen Autoren und Lesern, Obrigkeit und Untertanen. Die neuen kritischen Ansätze, so meine ich, können unsere Vorstellung und unser Verständnis der Renaissance in England nachhaltig bereichern.

## I. Die Rückkehr zur Renaissance

Die Historiographie des frühneuzeitlichen England hat seit Clarendons berühmter „History of the Rebellion“ einige Meisterwerke historischer Forschung hervorgebracht. Die Debatten über den Aufstieg der *gentry*, die Krise der Aristokratie, den Puritanismus und seine Rolle in der Revolution haben Leser außerhalb der engen Spezialgebiete angesprochen und bei einem breiten Publikum das Interesse für die englische Vergangenheit des 16. und 17. Jahrhunderts geweckt. Christopher Hill, Lawrence Stone, Keith Thomas, um nur drei zu nennen, sind Namen, die allen Historikern und den meisten englischen Lesern von Geschichtsbüchern, Literaturmagazinen und Rezensionszeitschriften bekannt sind<sup>1</sup>. Die historiographischen Debatten über das England des 17. Jahrhunderts und insbesondere über die Ursachen des Bürgerkriegs waren in den letzten zwanzig Jahren kontroverser und lebhafter als je zuvor. Die „Revisionisten“ der 1970er Jahre stellten nahezu alles bisherige Wissen über die Epoche in Frage und forderten die renommiertesten Wissenschaftler heraus. Sie verworfen nicht nur die traditionelle Erzählung von der eskalierenden Verfassungskrise und vom Kampf um Freiheit und Eigentum gegen die absolute Monarchie, sondern sie wiesen auch auf Probleme der von der traditionellen Geschichtsschreibung entwickelten Methoden hin. Die revisionistische Geschichtsschreibung kritisierte die Teleologie der bisherigen Sichtweisen und forderte ein intensives Archivstudium – und zwar auch der handschriftlichen Parlamentsprotokolle und Gemeindeakten, nicht nur, wie bisher, der bekannten gedruckten Reden, Flugschriften und Quellensammlungen<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Christopher Hill, Puritanism and Revolution. Studies in Interpretation of the English Revolution of the 17<sup>th</sup> Century, London 1958; Lawrence Stone, The Crisis of the Aristocracy, Oxford 1965; und Keith Thomas, Religion and the Decline of Magic, London 1971, sind drei der einflussreichsten Bücher über das frühneuzeitliche England. Hill und Stone haben wichtige Überblicksliteratur zu diesem Zeitalter geschrieben, die Bücher von Hill und Thomas sind als Penguin Paperbacks erschienen, und alle werden häufig zitiert, sowohl von Literaturwissenschaftlern und Soziologen als auch von Historikern anderer Fachgebiete.

<sup>2</sup> S. Kevin Sharpe (Hrsg.), *Faction and Parliament*, Oxford 1978; Conrad Russell, *Parliaments and English Politics 1621–1629*, Oxford 1979; Jonathan C. Clark, *Revolution and Rebellion. State and Society in England in the Seventeenth and Eighteenth Centuries*, Cambridge 1986; Glenn Burgess, *Revisionism. An Analysis of Early Stuart Historiography in the 1970s and 1980s*, in: *Historical Journal* 33 (1990),

Wie vorauszusehen, rief der Revisionismus lebhafte Debatten und scharfen Widerspruch hervor. Die alte Garde, angeführt von Lawrence Stone und Christopher Hill, wiederholte immer wieder die bekannte Interpretation und denunzierte ihre Kritiker als „narrow antiquarian empiricists“, die die englische Geschichte zu fragmentieren und die Geschichte schlechthin aller Bedeutung zu berauben drohten<sup>3</sup>. Später erhob eine jüngere Generation von Kritikern wirkungsvollere Einwände gegen die Argumentation der Revisionisten: Sie kritisierten die revisionistische Betonung des Konsenses in der politischen Kultur des 17. Jahrhunderts und die Marginalisierung ideologischer Züge, und sie wiesen auf die Probleme hin, die mit der Bevorzugung handschriftlicher Quellen und dem Mißtrauen gegenüber veröffentlichten Dokumenten verbunden sind. Auch wenn die Kritik an der Teleologie geteilt und die Methode der dichten Beschreibung bestimmter historischer Momente übernommen wurde, lehnten die Anti- oder Postrevisionisten (letzteres ist die angemessenere Bezeichnung) das revisionistische Bild von streitenden Gruppierungen mit gemeinsamem Werthorizont ab und forcierten eine nuanciertere Betrachtung des Konflikts – ob religiös oder politisch – und der Bedeutung von Wertekonflikten für Bürgerkrieg und Revolution<sup>4</sup>.

Ich will im folgenden nicht die Revisionismusdebatte wiedergeben und bewerten<sup>5</sup>, sondern vielmehr die Aufmerksamkeit auf spezifische Fragen lenken, die in der Debatte nicht gestellt wurden, und danach fragen, welchen allgemeinen Zugang zur Geschichte sie verhindert und ausgeschlossen hat. Um mit dem zu beginnen, was das 17. Jahrhundert betrifft: Weder die Revisionisten noch ihre Kritiker haben diskutiert, was „Ideologie“ oder „Konflikt“ für die Männer und Frauen im frühneuzeitlichen England selbst bedeutete, wie die gesellschaftliche Spaltung sich in der Sprache manifestierte oder wie Werte konstituiert, in Geltung gesetzt, angeeignet oder angefochten wurden<sup>6</sup>. Dieses zu bemerken, kommt, fürchte ich, fast der Be-

609–627; *Alastair MacLachlan*, The Rise and Fall of Revolutionary England, Basingstoke 1996.

<sup>3</sup> Lawrence Stone, The Revival of Narrative. Reflections on a New Old History, in: *Past & Present* 85 (1979), 3–24; Christopher Hill, Parliament and People in Seventeenth-Century England, in: *Past & Present* 92 (1981), 100–124; ders., The Century of Revolution, 1603–1714, 2. Aufl., Walton-on-Thames 1980, Vorwort.

<sup>4</sup> S. Derek Hirst, The Place of Principle, in: *Past & Present* 92 (1981), 79–99; und überaus wichtig Richard Cust / Ann Hughes (Hrsg.), Conflict in Early Stuart England, London [u. a.] 1989. In ihrer Methodik folgen Cust und andere Post-Revisionisten wie Cogswell und Reeve den Revisionisten. S. Richard Cust, The Forced Loan and English Politics 1626–28, Oxford 1987; Thomas Cogswell, The Blessed Revolution. English Politics and the Coming of War 1621–1624, Cambridge 1989; John Reeve, Charles I and the Road to Personal Rule, Cambridge 1989.

<sup>5</sup> S. Burgess, Revisionism (Anm. 2); *MacLachlan*, The Rise and Fall (Anm. 2), Kap. 6.

<sup>6</sup> Besonders augenfällig ist dieses Versäumnis bei Cust / Hughes, Conflict (Anm. 4).

hauptung gleich, daß weder Revisionisten noch Postrevisionisten den Charakter frühneuzeitlicher Politik wirklich verstanden haben. In der Tat könnten sie – ironischerweise – denselben Fehler gemacht haben, den das revisionistische Projekt gerade korrigieren wollte: den Fehler des Anachronismus. Conrad Russell schreibt über die Ministerien und Parlamente des 17. Jahrhunderts ganz in den Begriffen des 19. Jahrhunderts und schenkt, wie man festgestellt hat, denselben Parlamenten seine ganze Aufmerksamkeit, deren Bedeutung für die frühneuzeitliche Politik er doch zugleich in Frage stellt<sup>7</sup>. Wie seine Kritiker argumentieren, ignoriert Russell den weiteren Raum des Politischen und das Ensemble von Nachrichten, Pamphleten, Satiren, Balladen und Klatsch, das die politische Meinung und das politische Verhalten prägte<sup>8</sup>.

Zwar haben postrevisionistische Sozial- und Politikhistoriker verdientermaßen die Aufmerksamkeit auf diese Versäumnisse gelenkt, sie haben indessen wenig getan, sie zu beheben. Viele neuere Arbeiten über Flugschriften, Nachrichten oder Balladen haben, wie ich argumentieren werde, solche komplexen Texte als unmittelbare Quellen behandelt<sup>9</sup>. Schlimmer noch, die postrevisionistische Wissenschaft war auch durch eine verkürzte und anachronistische Sichtweise von Politik gekennzeichnet. Die Politik des frühneuzeitlichen englischen Staates bestand nicht nur in Debatten über Außenpolitik, theologischen Disputen, *gentry*-Streitigkeiten oder Volkssatiren gegen korrupte Günstlinge, sie war auch eine Angelegenheit von Rhetorik, Inszenierung und Repräsentation. Und trotzdem haben es die Historiker – Revisionisten und Postrevisionisten gleichermaßen – versäumt, die Rhetorik von Parlamentsreden und Flugschriften zu analysieren und danach zu fragen, wie Macht und Autorität erworben und in Inszenierungen und Repräsentationen dargestellt wurden. So haben die Historiker zum Beispiel nie nach der Bedeutung der an sich wohl bekannten Tatsache gefragt, daß George Villiers die Zuneigung des Königs dadurch erlangte, daß er eine

<sup>7</sup> S. Conrad Russell, *Parliaments and English Politics 1621–1629*, Oxford 1979; Peter Lake, Retrospective. Wentworth's Political World in Revisionist and Post-revisionist Perspective, in: *The Political World of Thomas Wentworth Earl of Strafford, 1621–1641*, hrsg. v. Julia F. Merritt, Cambridge 1996, 272 und *passim*; vgl. Peter Lake, The Causes of the English Civil War, in: *Huntington Library Quarterly* 57 (1994), 167–197.

<sup>8</sup> Cust/Hughes, Conflict (Anm. 4), 13–15, 18–19; Kevin Sharpe/Peter Lake (Hrsg.), *Culture and Politics in Early Stuart England*, Basingstoke 1994, Einleitung; s. Thomas Cogswell, Underground Verse and the Transformation of Early Stuart Political Culture, in: *Political Culture and Cultural Politics in Early Modern England*, hrsg. v. Susan D. Amussen/Mark A. Kishlansky, Manchester 1995, 277–300; Alastair Bellany, The Poisoning of Legitimacy? Court Scandal, News, Culture and Politics in England in 1603–1660, Ph.D. Princeton University 1995.

<sup>9</sup> Vgl. Kevin Sharpe, Political Culture and Cultural Politics in Early Modern England, in: *Journal of Early Modern History* 1 (1998), 344–368; vgl. unten bei Anm. 115 ff.

langweilige Unterhaltung durch eine brillante Tanzdarbietung rettete<sup>10</sup>. Das war möglich, weil vom Monarchen bis hinunter zum Friedensrichter und zum *constable* Autorität erworben und verloren wurde durch eine sorgfältige Selbstdarstellung auf der Bühne des *theatre of state*, wie es die Zeitgenossen nannten. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß wir als Historiker heute einerseits Zeugen sind, wie *spin doctors* und mediale Möglichkeiten die Politik demokratischer Wahlen, parlamentarischer Verfahren und Parteiauseinandersetzungen völlig verändern, aber andererseits weiterhin der Vergangenheit mit einem älteren, engeren Begriff von Politik begegnen. Solange Historiker politische Texte nicht „refigurieren“ – in jeder Hinsicht der Bedeutung des Wortes: neu entwerfen, neu imaginieren, das Studium der Sprachfiguren und der Bilder beginnen –, wird sich die frühneuzeitliche politische Kultur unserem Verständnis entziehen<sup>11</sup>. Zwar gibt es erste Anzeichen einer neuen Hinwendung zu diesen Problemen, doch viele der interessantesten Arbeiten stammen bisher nicht von Historikern, sondern von Wissenschaftlern anderer Disziplinen, die, wie oft beklagt wird, die Tugenden revisionistischer und postrevisionistischer Historiker vermissen lassen: die genaue Einordnung und Historisierung von Texten und Ereignissen.

Neben der verkürzten Sichtweise frühneuzeitlicher Politikgeschichte hat die Revisionismusdebatte eigenartigerweise auch die umfassenderen methodischen und theoretischen Probleme ignoriert, die einigen dieser Kontroversen zugrunde lagen. Der revisionistische Angriff gegen die „Teleologie“ und der Vorwurf, daß die Revisionisten der Geschichte die „Bedeutung“ nähmen, wurden erhoben, ohne daß deren methodische und geschichtsphilosophische Grundannahmen genauer gewürdigt worden wären<sup>12</sup>. Wenn Geschichtsphilosophen diese Debatten untersucht haben, wurden ihre Arbeiten von den Debattenteilnehmern ignoriert<sup>13</sup>. Revisionisten und Antirevisionisten haben es bewußt vermieden, das Problem der Rückprojektion, das Wesen der historischen Methode oder die Konstruiertheit historischer Erzählungen zu diskutieren; selbst diejenigen, die den Empirismusvorwurf vorgebracht haben, hielten ihrerseits resolut am traditionellen Empirismus der historischen Disziplin fest<sup>14</sup>. Wenn es grundlegendere Dinge als die Dif-

<sup>10</sup> Roger Lockyer, *Buckingham. The Life and Political Career of George Villiers*, London [u. a.] 1981, 33.

<sup>11</sup> Sharpe / Lake, *Culture and Politics* (Anm. 8), Einleitung und passim; vgl. Kevin Sharpe / Steven Zwicker (Hrsg.), *Refiguring Revolutions. Aesthetics and Politics from the English Revolution to the Romantic Revolution*, Berkeley / London 1998, Einleitung.

<sup>12</sup> Vgl. Lake, *Retrospective* (Anm. 7), 264.

<sup>13</sup> Beispielsweise zitieren Historiker selten die Arbeit von William Dray, der die Debatten über das frühneuzeitliche England als Exempel für eine Untersuchung der historischen Methode und der Geschichtsphilosophie gewählt hat. S. William H. Dray / Jack H. Hexter, *Neo-Whiggism and Early Stuart Historiography*, in: *History & Theory* 26 (1987), 133 – 149.

ferenzen über das 17. Jahrhundert waren, die Revisionisten und ihre Kritiker voneinander trennten, so wollte keine der beiden Seiten das wahrhaben. Und bei viel vagem Gerede darüber, daß der Revisionismus die historiographische Manifestation des Neokonservativismus sei, wurden weder die Politik noch die Ideologie der revisionistischen Arbeiten angemessen untersucht<sup>15</sup>. Die Rede von einer Generation, die durch den Verlust des britischen Empire ernüchtert sei, vermag nicht nur nicht den Revisionismus verschiedener Länder und Generationen zu erklären, sie ist auch kein Ersatz für die Untersuchung dieses faszinierenden wissenschaftlichen Phänomens<sup>16</sup>.

Der Mangel (oder die Verweigerung) von Selbsterkenntnis unter den Historikern, die in die Revisionismusdebatte verwickelt waren, erstreckte sich sowohl auf ihre Wahrnehmung von Geschichte als auch auf ihre historiographische Praxis. Diejenigen Revisionisten, die z. B. die *Whig History* als theologisch verurteilten, schenkten der politischen Kultur, in der sie entstanden war, oder den späteren Bedingungen, unter denen sie florierte, wenig Beachtung. Kurz, die *Whig History* war die polemische Antwort auf ein Bedürfnis und auf einen historischen Augenblick: das Bedürfnis nämlich, den gewaltsauslösenden Bruch mit der Erbmonarchie, der 1688 vollzogen wurde, als natürlichen Lauf der Dinge, als Teil einer englischen Nationalgeschichte darzustellen, die Vergangenheit und Gegenwart nahtlos miteinander verband. Die Partei der Whigs und ihre Politik triumphierten nach 1688, weil sie erfolgreicher als die Republikaner der 1650er Jahre eine kulturelle Dominanz erwarben, die ihre politische Hegemonie sichern half. Die Repräsentation Wilhelms III. als protestantischer Herkules, die Rekrutierung literarischer *champions* zur Verteidigung der Whig-Politik, die Kanonisierung von Milton und Marvell: All das war Teil einer kulturellen Untermauerung dessen, was sonst vielleicht ein kurzlebiger dynastischer Coup geworden wäre<sup>17</sup>. Und die Veröffentlichung historischer Dokumente und Texte durch den königlichen Whig-Historiographen Thomas Rymer konstruierte eine whiggistische Sicht der Vergangenheit, die in den Geschichtsdarstellungen

<sup>14</sup> Lawrence Stone hat z. B. die *New Historicists* und die postmoderne Theorie geißelt: *Lawrence Stone, History and Postmodernism*, in: *Past & Present* 131 (1991), 217–218; vgl. unten bei Anm. 109 ff.

<sup>15</sup> David Cannadine, *British History: Past, Present and Future?*, in: *Past & Present* 116 (1987), 169–191; vgl. James Raven, *British History and the Enterprise Culture*, in: *Past & Present* 123 (1989), 178–204, und Patrick Hutton (Hrsg.), *What's Wrong with Britain?*, London 1978.

<sup>16</sup> S. Kevin Sharpe, *Remapping Early Modern England*, Cambridge 2000, Einleitung.

<sup>17</sup> S. beispielsweise Stephen B. Baxter, *William III as Hercules. The Political Implications of Court Culture*, in: *The Revolutions of 1688–89. Changing Perspectives*, hrsg. v. Lois G. Schwoerer, Cambridge 1992; Tony Claydon, *William III and the Godly Revolution*, Cambridge 1996; Kevin Sharpe / Steven Zwicker (Hrsg.), *Politics of Discourse*, Berkeley / London 1987, 12 f.

von Thomas Petty, White Kennet, John Oldmixon oder Raul Rapin festgehalten wurde.

Mit anderen Worten, die *Whig History* war eine zentrale Komponente der politischen Kultur der Whigs, die für ihren Aufstieg wesentlich war<sup>18</sup>. Niemand erfaßte das besser als Macaulay, als er einer Whig-Regierung beitrat, die nach Jahrzehnten wieder an die Macht kam. Macaulay suchte eine bruchlose Geschichte des Fortschritts Englands zur parlamentarischen Regierung zu schreiben und die englische Geschichte unauslöschlich mit der Partei und den Zielen der Whigs zu verknüpfen<sup>19</sup>. Das gelang ihm so gut, daß die whiggistische Geschichtsdeutung Teil der englischen nationalen Identität wurde – und durch den Neffen Macaulays, G. M. Trevelyan, und dessen „History of the American Revolution“ auch Teil der amerikanischen Identität<sup>20</sup>. Während die Polemik und die politische Taktik der Geschichtsschreibung Macaulays den Historiographen des 19. Jahrhunderts vertraut sind, haben die Historiker des 17. Jahrhunderts sie nicht genügend bedacht. Im Gegensatz zu der engen Sicht von Politik, die sich im modernen Revisionismus zeigt, wußte Macaulay, daß die politische Geschichtsschreibung über das England des 17. Jahrhunderts eine Geschichte sein mußte, die die politische Kultur umfassend mit einbezog<sup>21</sup>. Er erkannte, daß die Geschichtsschreibung der ersten Whig-Periode – und diese „History“ schrieb er selbst – sowohl Teil einer umfassenden politischen Kultur war als auch das Instrument zu ihrer Erschaffung und ihrem Fortbestehen. Was immer sie an dieser Interpretation kritisiert, die revisionistische und postrevisionistische Forschung täte gut daran, an Macaulays Sinn für Polemik und Rhetorik festzuhalten.

Künftige Historiker, die sich mit den Entstehungsumständen des Revisionismus befassen, werden auf eine weitere Geschichte stoßen: auf die Geschichte anderer kulturwissenschaftlicher Disziplinen [*humanities disciplines*] und ihres Verhältnisses zum Revisionismus – oder vielmehr dessen Di-

<sup>18</sup> John G. A. Pocock, *The Ancient Constitution and the Feudal Law*, 2. Aufl., Cambridge 1987, Teil 2, 364 ff.; s. *Blair Worden* (Hrsg.), Edmund Ludlow. *A Voyce from the Watch Tower*, in: Camden Soc. 21 (1978), Einleitung. Eine gründliche Untersuchung der Geschichtsschreibung nach 1688 ist in Arbeit, s. aber *Laird Okie*, *Augustan Historical Writing. Histories of England in the English Enlightenment*, New York 1992.

<sup>19</sup> John Clive, Macaulay. *The Shaping of the Historian*, New York 1975; Hugh R. Trevor-Roper (Hrsg.), *Lord Macaulay. The History of England*, Harmondsworth 1968; und John P. Kenyon, *The History Men. The Historical Profession in England since the Renaissance*, London 1983, 214–221.

<sup>20</sup> Trevor-Roper, *Lord Macaulay* (Anm. 19), Einleitung; David Cannadine, George M. Trevelyan. *A Life in History*, London 1992.

<sup>21</sup> In seinem berühmten Kap. 3 von „The History of England“ diskutiert Macaulay z. B. Kaffehäuser, Zeitungen, Bücher, Belesenheit und Bildung, Literatur und die Schönen Künste als essentiell für das Verständnis der politischen Kultur.

stanz zu ihnen. In den 1970er Jahren haben sich andere Disziplinen – die Sozialwissenschaften, die Linguistik, am stärksten die Literaturkritik – durch eine Reihe theoretischer Perspektiven und durch eine Selbstreflexion, die zu den wissenschaftlichen Erscheinungsformen der Postmoderne gehört, verändert. Theoretische und polemische Ansätze – psychologische, linguistische und epistemologische – stellten auf einer Vielzahl von Gebieten nicht nur in Frage, was studiert und gelehrt werden sollte, sondern auch die Grundlagen der literaturwissenschaftlichen Praxis, das Wesen der Interpretation selbst. Obgleich keineswegs alle Wissenschaftler diese theoretische Wende begrüßt haben, wurden alle dazu veranlaßt, die Frage zu stellen, was die „Bedeutung“ eines Ereignisses, einer Aufführung [*performance*] oder eines Textes in der Vergangenheit konstituierte und was mit der Exegese dieser „Bedeutung“ durch und für uns verbunden ist. Wie wir sehen werden, führten solche Überlegungen zu veränderten Denk- und Arbeitsgewohnheiten, die in den Kulturwissenschaften die rigiden Disziplingrenzen zugunsten eines interdisziplinäreren Ansatzes überschritten. Historiker, vielleicht Frühneuzeithistoriker insbesondere, zeigten wenig oder gar kein Interesse an dem Dialog, zu dem diese Entwicklungen einluden<sup>22</sup>. In der Tat unterstützte die Vorliebe der Revisionisten für geheime Manuskripte und feinste Details und ihre rigide Trennung der vergangenen Wirklichkeit von ihrer Repräsentation den Anspruch auf die Einzigartigkeit des Historikerhandwerks<sup>23</sup>. Und bei allen Differenzen in geringfügigeren Fragen teilten die Anti- und Postrevisionisten mit den Revisionisten das Vertrauen in die traditionellen historischen Praktiken – den *common sense*, das Studium von „Dokumenten“ und die Konstruktion von Erzählungen oder Fallstudien<sup>24</sup>. In einem interessanten Fall mutierte ein Historiker, der vorher den Wert interdisziplinärer Methoden und neuer Forschungsmodelle und -techniken verkündet hatte, zum Gegner theoretischer Reflexion und neuer kritischer Ansätze und verurteilte Literaturwissenschaftler und Postmodernisten als Subversive, die von der historischen akademischen Zunft ausgeschlossen werden müßten<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> Vgl. *Quentin Skinner* (Hrsg.), *The Return of Grand Theory in the Human Sciences*, Cambridge 1985, Einleitung und passim; *Robert D. Hume*, *Texts within Contexts. Notes towards a Historical Method*, in: *Philological Quarterly* 71 (1992), 69–100, bes. 96–98.

<sup>23</sup> S. *Sharpe / Lake*, *Culture and Politics* (Anm. 8), 4 f.

<sup>24</sup> Vgl. *Jack H. Hexter*, *The Rhetoric of History*, in: *History & Theory* 6 (1967), 1–12; *Gregor McLennan*, *History and Theory*, in: *Literature & History* 10 (1984), 139–164.

<sup>25</sup> *Stone*, *History and Postmodernism* (Anm. 14). Stone war früher ein Befürworter der interdisziplinären Zusammenarbeit mit der Soziologie und der Anthropologie sowie der Anwendung der quantitativen Methode. S. *Lawrence Stone*, *History and the Social Sciences in the Twentieth Century*, in: *The Past and the Present*, hrsg. v. dems., London 1981, 3–44, und das Kap. über „Theories of Revolution“ in dem einflußreichen Werk von dems., *The Causes of the English Revolution*, London 1972, 2. Aufl., London 1986.

Ich möchte behaupten, daß die Weigerung der Frühneuzeithistoriker, in die Debatte über neue kritische Fragen und Ansätze einzutreten, in verschiedener Hinsicht eine verpaßte Gelegenheit darstellt. Auch wenn eine exzessive Selbstanalyse in jedem Bereich menschlichen Verhaltens gefährlich destabilisierend wirken oder in unfruchtbare Selbstbespiegelung münden kann, scheint mir doch eine regelmäßige Reflexion darüber, was man tut und wie man es tut, ein Wert an sich zu sein. Genauer gesagt, scheint mir, daß die Folgen der Revisionismusdebatte uns in eine unbefriedigende Sackgasse geführt haben, aus der uns die Befassung mit den Fragen, die in anderen Disziplinen gestellt werden, herausführen könnte. Denn für alle Historiker, die über das England des 17. Jahrhunderts arbeiten, bleibt eine zentrale Frage, wie sich eine Gesellschaft und eine Kultur, die eine Sprache der Harmonie zu sprechen schien, in einem gewaltsamen Konflikt spalten konnte. Für diejenigen, die den Konsens betonen, ist das Problem die – für sie – plötzliche Eruption des Konflikts; für diejenigen, denen das frühneuzeitliche England ideologisch zerrissen erscheint, ist das Rätsel, wie es dem Bürgerkrieg so lange entgehen konnte<sup>26</sup>. Wie jetzt erkannt wird, kann die Wahl zwischen zwei solchen historischen Deutungen falsch sein. In einer komplexen politischen Kultur können Einigkeit und Uneinigkeit nebeneinander existieren, und eine gemeinsame Sprache kann verschiedene und sogar widerstreitende Bedeutungen transportieren bzw. entsprechend ausgelegt werden<sup>27</sup>. Handlungen, Erklärungen, „Dokumente“ können mehrdeutig sein. Es kann sein, daß der traditionelle historische Ansatz nicht ohne weiteres in Übereinstimmung zu bringen ist mit der Vielfalt der fließenden Bedeutungen, die bei der Hervorbringung oder Wahrnehmung einer Handlung oder eines Textes möglich und / oder intendiert gewesen sein können. Denn während die meisten Historiker an der unausgesprochenen Annahme festhalten, daß *Handelnde oder Autoren Bedeutungen intendierten, die die Zeitgenossen gewöhnlich so verstanden, wie sie gemeint waren* [Hervorhebung des Autors], stellen andere Kritiker jedes einzelne Glied in der Kette der „Bedeutungen“ in Frage.

Von verschiedenen Standpunkten aus haben der postfreudianische Psychoanalytiker Jacques Lacan und der Kritiker Michel Foucault das Subjekt / den Autor als zeitloses Wesen in Frage gestellt und argumentiert, daß die Konstruktion des autonomen Ich als Subjekt und Autor Ergebnis eines historischen Prozesses und einer ideologischen Bewegung vom Ende des 17. Jahrhunderts seien<sup>28</sup>.

<sup>26</sup> Die Revisionisten sind zu Recht für ihre Argumentation kritisiert worden, daß der Bürgerkrieg eigentlich gar nicht stattfinden können. Die Postrevisionisten hingegen haben selten diskutiert, wie die ideologisch zerrissene Gesellschaft, die sie beschreiben, den zivilen Konflikt so lange vermeiden konnte.

<sup>27</sup> Vgl. Sharpe / Lake, Culture and Politics (Anm. 8), 13 – 20.

<sup>28</sup> S. Jacques Lacan, *Écrits*, Paris 1966, und ders., The Four Fundamental Concepts of Psychoanalysis, London 1977; Michel Foucault, The Order of Things. An Archaeo-

Ähnlich haben Linguisten und postmoderne Philosophen unsere sämtlichen Begriffe von Intentionalität und Bedeutung herausgefordert, wobei Jacques Derrida in seiner Radikalität so weit ging, jegliche Suche nach einer Bedeutungsbestimmung außerhalb des endlosen Spiels mit Worten und Zeichen abzulehnen<sup>29</sup>. Und Rezeptionstheoretiker haben die Komplexität der Beziehung zwischen der Produktion und Rezeption von Bedeutungen ergründet und Überlegungen angestellt, ob und wie wir sie wieder zusammen bringen können<sup>30</sup>. Für die meisten Frühneuzeithistoriker bilden Lacan, Foucault, Derrida gemeinsam mit Bakhtin, Bourdieu oder Barthes eine Galerie von Unbekannten oder eine Litanei von Anathemata und Dämonen, die die Wissenschaft durch Ideologie unterhöhlt und die klare Darstellung durch Jargon ersetzt hätten<sup>31</sup>. Wie es eine neue Zeitschrift in ihrem Editorial ausdrückt: „Central to historians' sense of what they are doing are such things as the documentary record, evidence, verification, falsification [...] and a scepticism concerning the value of theory“<sup>32</sup>.

Skepsis ist gesund, aber nur, wenn sie auf unsere eigenen Annahmen und Praktiken ebenso angewandt wird wie auf die der anderen. Die Aufforderung, unsere eigenen Beweis- und Verifizierungsverfahren als Historiker zu reflektieren, ruft die Entstehung dieser Praktiken in der Zeit des aufkommenden Positivismus in Erinnerung und macht deutlich, wie unterschiedlich diese gegenüber den Arbeitsmethoden eines Renaissance-Historikers sind, für den erfundene Reden und politische Agenden die hauptsächlichen Gegenstände und Ziele einer historischen Studie waren<sup>33</sup>. Sie erinnert auch daran, daß in der Frühen Neuzeit, die wir erforschen, die Geschichte keine separate Disziplin, kaum überhaupt ein akademisches Fach war und daß sie als Teil des Logikunterrichts gelehrt wurde; Rhetorik und Stil waren die Ziele einer klassischen Bildung. Diese Erkenntnis, so möchte ich argumen-

---

logy of the Human Sciences, London 1970; *ders.*, *Madness and Civilization. A History of Insanity in the Age of Reason*, London 1967. Vgl. auch den Aufsatz von *Mark Phillips* über Foucault, in: *Skinner, Return of Grand Theory* (Anm. 22), 65–82.

<sup>29</sup> S. *Jacques Derrida*, *Of Grammatology*, Baltimore 1976, und *ders.*, *Structure, Sign and Play in the Discourse of the Human Sciences*, in: *ders.*, *Writing and Difference*, Chicago 1978, 278–294. S. a. J. *Culler*, *On Deconstruction. Theory and Criticism after Structuralism*. Ithaca, NY 1982; Ihab Hassan, *The Postmodern Turn*, Ohio 1987; David Hoy, Jacques Derrida, in: *Skinner, Return of Grand Theory* (Anm. 22), 41–64.

<sup>30</sup> Vgl. unten bei Anm. 60 ff.

<sup>31</sup> Zur buchstäblichen Dämonisierung s. *Geoffrey R. Elton*, *Return to Essentials*, Cambridge 1991; zur Kritik s. *Keith Jenkins*, *On What is History. From Carr and Elton to Rorty and White*, London 1995, Kap. 3.

<sup>32</sup> Glenn Burgess, *Renaissance Texts and Renaissance Republicanism*, in: *Renaissance Forum* 1 (1996), 4.

<sup>33</sup> Peter Burke, *The Renaissance Sense of the Past*, London 1969; Eric Cochrane, *Historians and Historiography in the Italian Renaissance*, Chicago 1981; Daniel R. Woolf, *The Idea of History in Early Stuart England*, Toronto 1990, 11 f.

tieren, heißt anzuerkennen, daß interdisziplinäre und kritische Ansätze nicht „an occasional and supplementary approach to the Renaissance“ bieten, sondern daß sie wesentlich sind für das Verständnis der Renaissancekultur, in der die Epistemologie, die Interpretation, die Auslegung von Bedeutung noch nicht in verschiedene disziplinäre Praktiken auseinandergefallen waren<sup>34</sup>.

Es ist vielleicht nicht genügend beachtet worden, daß sich viele der theoretischen und interdisziplinären Arbeiten der letzten beiden Jahrzehnte gerade mit der Renaissance befaßt haben. Sprachforscher und Semiotiker sind offensichtlich angezogen worden von den Debatten über die Rhetorik in der Renaissancekultur selbst und ihrer Sorge um die Unbeständigkeit von Bedeutung und dem Mißbrauch und Mißverständnis von Sprache infolge der verlorengegangenen Autorität des göttlichen Wortes und der gemeinsamen Sprache Adams<sup>35</sup>. Wissenschaftler wie der Anthropologe Clifford Geertz und der Formalismuskritiker Bakhtin sahen den Staat der Renaissance als *theatre state*, als gesellschaftliches Theater von Rollen und *performances* mit – wie Bakhtin es nach dem Studium von Rabelais formulierte – karnevalesken Zügen hinter der Ordnungsfassade, mit immer wieder anderen großartigen Aufführungen auf der Bühne, von denen einige gegenüber der autorisierten Aufführung subversiven Charakter hatten<sup>36</sup>. Für Foucault war das 17. Jahrhundert die entscheidende Epoche, in der der Machtdiskurs das individuelle Subjekt als Kreatur seiner Ideologie schuf, als Kreatur, die den Diskurs und die Ordnung in einem – im Rahmen einer anderen Deutung sogenannten – „Zivilisationsprozeß“ verinnerlichte<sup>37</sup>. Es mag sein, daß wir von ihren Geschichten nicht überzeugt sind, noch weniger von ihrer Infragestellung der Historie selbst; was diese Kritiker aber demonstriert haben, ist, daß eine positivistische Epistemologie und die Annahme, daß Text und Bedeutung eine organische Integrität und Kohärenz aufweisen, zu einer falschen Darstellung der Renaissancekultur, einer Einengung ihrer mehrdeutigen

<sup>34</sup> Burgess, Renaissance Texts (Anm. 32), 2. Vgl. William T. Costello, The Scholastic Curriculum at Early Seventeenth Century Cambridge, Cambridge, Mass. 1958; Mark H. Curtis, Oxford and Cambridge in Transition, Oxford 1959; James K. McConica, The History of the University of Oxford, Bd. 3, Oxford 1986, Kap. 4, bes. 173.

<sup>35</sup> Jerrold H. Seigel, Rhetoric and Philosophy in Renaissance Humanism, Princeton 1968; Wilbur S. Howell, Logic and Rhetoric in England 1500–1700, 1961. Zur zeitgenössischen Beschäftigung mit Verstellung und Heuchelei s. Perez Zagorin, Ways of Lying, Cambridge, Mass. 1990; David S. Katz, The Language of Adam in Seventeenth-Century England, in: History and Imagination, hrsg. v. Hugh Lloyd Jones [u. a.], London 1981, 132–145.

<sup>36</sup> Clifford Geertz, Centres, Kings and Charisma. Reflections on the Symbolics of Power, in: Culture and its Creators, hrsg. v. Joseph Ben-David / Terry N. Clark, Chicago 1977, 150–171; M. Bakhtin, Rabelais and his World, Cambridge, Mass. 1968.

<sup>37</sup> Michel Foucault, Discipline and Punish. The Birth of the Prison, London 1977, Teil 3; vgl. Norbert Elias, The Civilising Process, Oxford 1983.

gen und konflikthaften Geschichte führt. Wenn die Kultur unserer eigenen Disziplin uns daran hindert, ein Verständnis von der Vergangenheit zu erlangen, dann ist es an der Zeit, einige neue Fragen zu stellen. Es könnte ja sein, daß einige der genannten theoretischen Perspektiven und Ansätze weder irrelevant noch eine Bedrohung für die Historie, sondern in der Lage sind, uns als Historiker zu einem angemesseneren Verständnis der Vergangenheit zu führen.

## II. Repräsentationen und Texte

Die meisten theoretischen Untersuchungen haben ein gemeinsames Interesse an der Repräsentation, d. h. an dem Mittel, durch das Gesellschaften und Kulturen für sich und innerhalb ihrer selbst Bedeutung konstituieren und vermitteln. Das Studium von *Repräsentations* (so der Titel einer der bedeutendsten Fachzeitschriften, die aus der Wendung der Geisteswissenschaften zur Theorie hervorgegangen ist) gründet auf dem zentralen Grundsatz Nietzsches, daß der Mensch keinen Zugang zur Wahrheit oder Wirklichkeit hat – er konstruiert sie<sup>38</sup>. Die Texte, Diskurse und Aufführungen, mit denen eine Kultur das Chaos von Erfahrungen strukturiert, sind die Repräsentationen der Welt, die zur einzigen Wirklichkeit werden, die ein menschliches Wesen wissen kann. Da die Unterscheidung zwischen dem Repräsentierten und dem „Wirklichen“ eine falsche ist, werden alle Texte und Aufführungen, Mythen und Geschichten, Fabeln und Fiktionen einer Gesellschaft, ihre Geschichtserzählungen [*histories*], zur „Evidenz“ für den Historiker, der sich seinerseits in einem anderen Raum diskursiver Praktiken bewegt, die seiner Tätigkeit und seinem Dasein Bedeutung verleihen<sup>39</sup>.

Die Vergangenheit als eine Reihe von Repräsentationen zu deuten und zu beschreiben<sup>40</sup>, heißt auch zu erkennen, daß alle gesellschaftlichen Organisationen und Machtstrukturen Konstrukte sind, denen die Diskurse und Zeichen Autorität verleihen und die wiederum sie und die Kultur autorisieren. Repräsentationen verwenden nicht die Sprache von Fakten und Begebenheiten, sondern das Vokabular von Texten und Aufführungen mit der Implikation, daß das Diskursive und Theatralische eine Gesellschaft und Kultur

<sup>38</sup> Vgl. die erste Ausgabe von „*Representations*“; *Roger Chartier*, Cultural History. Between Practices and Representations, Cambridge 1988. Großen Einfluss hat *Clifford Geertz*, The Interpretation of Cultures. Selected Essays, London 1973. S. auch *Roger Chartier*, On the Edge of the Cliff. History, Language and Practices, Baltimore 1997, Kap. 7 und passim.

<sup>39</sup> Chartier definiert „the world as representation“ als „a world fashioned by means of the series of discourses that apprehend and structure experience“, *Chartier*, Cultural History (Anm. 38), 11; vgl. *Roger Chartier*, The Cultural Uses of Print in Early Modern France, Princeton 1978, 10 ff.

<sup>40</sup> S. *Hans Kellner*, Language and Historical Representation, Madison 1989.

konstituiert<sup>41</sup>. Geschichte als Studium von Repräsentationen reißt die Grenzen ein, die traditionell zwischen Rhetorik und Wahrheit, Spiel und Politik bestehen; sie macht alle Berichte über die Vergangenheit zur Kulturgeschichte und die Politik selbst zu einem Set von Diskursen und Aufführungen im Prozeß von Konstruktion, Dekonstruktion und Rekonstitution<sup>42</sup>. Wenn ein solcher Zugang zur Vergangenheit unseren traditionellen historischen Verfahren auf den ersten Blick fremd erscheint, so sollten wir uns in Erinnerung rufen, daß der Begriff der Repräsentation schon in den Gesellschaften des Ancien Régime einen zentralen Ort hatte<sup>43</sup>. Der Sinn für die kunstvolle Konstruktion des Selbst in der Höflichkeitsliteratur, die Politik der Feste von Volk und Eliten, die Popularität von Fabeln und Emblemen, die Aufmerksamkeit für Inszenierungen, all das unterstreicht die Omnipräsenz von Repräsentation in der Kultur und Politik der Renaissance.

Repräsentationen werden quer durch alle gesellschaftlichen Inszenierungen und Medien konstruiert: im Spiel oder in der Prozession, im Bild ebenso wie im Wort. Die Sozial- und Kulturwissenschaftler haben eine Reihe von Methoden zur „Dekonstruktion“ all dieser „Texte“ entwickelt – d. h. zur Untersuchung ihrer Produktionsprozesse und der Prozesse, durch die sie Bedeutung hervorbringen<sup>44</sup>. Kulturwissenschaft und Medienforschung sind aus dem von Postmoderne und Dekonstruktion angeregten Interesse an den Prozessen des Hervorbringens von Bedeutung hervorgegangen. Während sie jedoch in einzelnen Bereichen – wie etwa den Filmstudien – erfolgreich waren, haben sie bisher keine zufriedenstellende Theorie oder Methodik dafür entwickelt, wie Bedeutungen quer durch die verschiedenen Medien konstruiert, verbreitet und in Geltung gesetzt werden. Auch hat die Medienwissenschaft keine historische Dimension entfaltet; sie hat sich weder mit der Geschichte wichtiger Medienentwicklungen befaßt noch unsere modernen Medien historisiert<sup>45</sup>. Wie Steven Zwicker und ich an anderer Stelle argumentiert haben: „what in reality has driven Cultural Studies has been neither history nor theory, but contemporary political commitments“<sup>46</sup>.

Einflußreicher für Kulturhistoriker, die Kultur als das System deuten, durch das eine Gesellschaft Bedeutung für sich strukturiert, sind die Werke der symbolischen Anthropologie, besonders von Clifford Geertz. Geertz hat es zum Ziel der Anthropologie erhoben, die Bedeutungen, die eine Gesell-

<sup>41</sup> Chartier bemerkt, daß „the fundamental distinctions between representation and the represented [...] are distorted by the theatricality of social life in ancien régime society“, *Chartier*, Cultural History (Anm. 38), 8.

<sup>42</sup> Ebd., 11 f.

<sup>43</sup> Ebd., 7.

<sup>44</sup> S. Catherine Belsey, Critical Practice, London 1980, 104 ff.; eine hilfreiche und renommierte Einführung in die poststrukturalistische Literaturkritik.

<sup>45</sup> Robert Giddings, The Author, the Book and the Reader, London 1991, 8 f.

<sup>46</sup> Sharpe / Zwicker, Refiguring Revolutions (Anm. 11), 1 f.

schaft erzeugt, durch das Studium ihrer kulturellen Praktiken zu dekodieren, insbesondere durch eine Methode der Kontextualisierung, die er als „dichte Beschreibung“ bezeichnet hat<sup>47</sup>. In einer berühmten Studie über „Negara: The Theatre State in Nineteenth Century Bali“ hat Geertz eine Methode entwickelt, die über die Erforschung staatlicher Zeremonien Einblicke in die Hierarchie- und Machtstrukturen der Balinesischen Gesellschaft eröffnet<sup>48</sup>. Den heimatlichen Gefilden näher, hat Geertz seine Aufmerksamkeit auch auf die Rolle von Prozessionen und Inszenierungen für die Herrschaftsausübung im Elisabethanischen England gerichtet, wobei er den Nutzen einer dichten Beschreibung für die historische Anthropologie verteidigt hat<sup>49</sup>. Obwohl Geertz für seine Methode und seine Geschichtsschreibung kritisiert worden ist, verweist seine Interpretation von Kultur als „a set of control mechanisms for the governing of behaviour“ den Historiker der politischen Geschichte auf die Kulturgeschichte, von der sie so lange künstlich getrennt war<sup>50</sup>. Merkwürdigerweise haben Frühneuzeitistoriker, von einigen Ausnahmen abgesehen, den Ansatz von Geertz, Prozessionen, Feste und Schauspiele als Texte von Politik und Macht zu untersuchen, nicht weiter verfolgt<sup>51</sup>, noch haben sie, wie ich vor etwa zehn Jahren vorgeschlagen habe, das Potential für ein umfassenderes Verständnis von Politik in einer Vielzahl kultureller Praktiken, in denen zeitgenössische Ordnungsdiskurse kodiert sind, diskutiert: nämlich Musik, Schach, Tanz, Reiten, deren Diskurse ausdrücklich die Politik verkündeten, die sie repräsentierten<sup>52</sup>.

Was das frühneuzeitliche England angeht, so haben die theoretischen Fragen zu Bedeutung und zu den Prozessen der Bedeutungszuschreibung nicht wie in anderen Bereichen einen neuen *art historicism* bewirkt (um einen neuen Begriff zu prägen); man hat sich weder mit der Verortung des Ob-

<sup>47</sup> S. Clifford Geertz, Thick Description. Toward an Interpretative Theory of Culture, in: ders., Interpretation of Cultures (Anm. 38), 3–31.

<sup>48</sup> Clifford Geertz, Negara. The Theatre State in Nineteenth Century Bali, Princeton 1980.

<sup>49</sup> Ders., Centres, Kings and Charisma (Anm. 36)

<sup>50</sup> Ders., Interpretation of Cultures (Anm. 38), 49. Zur Kritik an Geertz s. Giovanni Levi, On Micro-history, in: New Perspectives on Historical Writing, hrsg. v. Peter Burke, Cambridge 1991, 96–104; und Vincent Crapanzano, The Hermes Dilemma. The Masking of Subversion in Ethnographic Description, in: Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography, hrsg. v. James Clifford / George Marcus, Berkeley 1986, 57–76; und Vincent P. Pecora, The Limits of Local Knowledge, in: The New Historicism, hrsg. v. H. Aram Veeser, New York 1989, 243–276.

<sup>51</sup> Und diejenigen Historiker des frühneuzeitlichen England, die Rituale, Charivari und Feste untersucht haben, zitieren Geertz nur selten. S. z. B. David Underdown, Revel, Riot and Rebellion. Popular Politics and Culture in England, Oxford 1985.

<sup>52</sup> Kevin Sharpe, A Commonwealth of Meanings. Languages, Analogues, Ideas and Politics, in: ders., Politics and Ideas in Early Stuart England. Essays and Studies, London 1989, 3–71.

jets, Artefakts oder Bildes im Augenblick und unter den Bedingungen seiner Hervorbringung befaßt noch erklärt, wie es in dieser Kultur wirkte und deren Werte und Überzeugungen strukturierte, verbreitete oder in Frage stellte. Dies sind die Fragen – zusammen mit solchen zu Kunst und Geschlecht, zur Verortung von Kunstwerken und ihrer Organisation in verschiedenen Räumen, zur Perspektive und Manipulation des Betrachterblicks, zur Kommerzialisierung und Kommodifizierung [*commodification*] der Ästhetik –, die unser Verständnis von Bild [*image*], Gesellschaft und Politik in anderen Bereichen, vor allem im England des 18. Jahrhunderts, verändert haben<sup>53</sup>. Ähnliche Fragen wären zu stellen zur Beziehung von Wort und Bild in der Malerei der Tudorzeit, zur Ikonizität der Porträts von Elisabeth I., zur Beliebtheit der Miniatur in der elisabethanischen Zeit und deren Wiederbelebung in den 1650er Jahren, zur Darstellung der höfischen Gesellschaft durch Van Dyck, zur Rolle des Buchdrucks in der royalistischen Propaganda und dann 1688 in der Wilhelms von Oranien – das sind die Fragen, die eine Kulturgeschichte der Kunst eröffnen würde, eine Untersuchung des Bildes nicht als ästhetisches Objekt jenseits der Geschichte, sondern als Text, der durch seine Hervorbringung, Verbreitung und Perspektivität gesellschaftliche Bedeutungen kodiert<sup>54</sup>. Vor der derzeitigen Wende zur Theorie, zu einer Zeit, als die Geistesgeschichte „Ideen“ noch als autonome Kräfte vergegenständlichte, gab es im Warburg Institute bereits Gelehrte, die sich um eine genuine Kunstgeschichte, eine Analyse der Kunst in der Geschichte bemühten. Sir Roy Strongs Studien „The Elizabethan Image“, „Art and Power“ und „The Renaissance Garden“ sind einige der bedeutendsten Werke über die Kulturpolitik des frühneuzeitlichen Staates; sein Buch über ein einziges Porträt, Van Dycks „Charles I on Horseback“, ist in mehrerer Hinsicht eine ausgezeichnete Demonstration der Methode der „dichten Beschreibung“ eines Bildes<sup>55</sup>.

In jüngerer Zeit scheint die Kunstgeschichte der Frühneuzeit zu den Traditionen des Formalismus und der Kennerschaft zurückgekehrt zu sein, zum exakten Studium der künstlerischen Techniken und zur Wertschätzung einer zeitlosen Ästhetik, Ansätze, die (wie der *New Criticism* in den Literaturwissenschaften) das Bild aus seiner jeweiligen Geschichte herauslösen<sup>56</sup>. Die Fragen, die Strong gestellt und zu beantworten begonnen hat,

<sup>53</sup> S. z. B. zum 18. Jahrhundert *Marcia Pointon, Hanging the Head. Portraiture and social formation in eighteenth century England*, New Haven [u. a.] 1993; *John Barrell* (Hrsg.), *Painting and the Politics of Culture*, Oxford 1992; und jetzt *John Brewer, The Pleasures of the Imagination*, London 1997.

<sup>54</sup> Vgl. z. B. *John Peacock, The Politics of Portraiture*, in: *Sharpe / Lake, Culture and Politics* (Anm. 8), 199–228.

<sup>55</sup> *Roy Strong, The Elizabethan Image. Painting in England 1540–1620*, London 1969; *ders.*, *Art and Power*, Woodbridge 1984; *ders.*, *The Renaissance Garden in England*, London 1979; *ders.*, *The English Renaissance Miniature*, London 1983; *ders.*, *Van Dyck. Charles I on Horseback*, London 1972.

könnten sehr fruchtbar neu formuliert werden im Zusammenhang der neuen Theorie von Text und Kontext und dem neuen Interesse an Repräsentationen, mit dem konsequenten Fokus auf Symbolik als soziale Wirklichkeit und visuelle Kultur als Macht<sup>57</sup>. Einige theoretische Neuansätze dürften Wesentliches zu unserem Verständnis von Kunst und Gesellschaft beitragen, nämlich wie Bilder zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Kontexten von verschiedenen Öffentlichkeiten wahrgenommen wurden. Solange wir keine solche Geschichtsschreibung haben, die danach fragt, was Kunstwerke bedeuteten und wie ihre Bedeutung hervorgebracht wurde, werden wir die Renaissancekultur nicht verstehen, in der die Kunst sowohl für die Herrscher als auch für die Untertanen eine Sache des Staates war.

Es ist wichtig, daran zu erinnern (auch wenn es überraschend sein mag, daß das überhaupt nötig ist), daß in der Frühen Neuzeit ebenso wie in unserer eigenen Zeit Aufführungen (wie Krönung, Charivari oder Hochzeit) und Bilder (wie das königliche Porträt, der pornographische Holzschnitt oder die Computergraphik) die Medien waren und sind, durch die wir unsere Werte- und Bedeutungssysteme strukturieren, kommunizieren und in Frage stellen. Einer dieser Werte (der seine eigene erklärbungsbedürftige Geschichte hat) ist, daß dem gesprochenen und geschriebenen Wort besondere Seriosität bei der Vermittlung von Bedeutung zugemessen wird. Wir verstehen Sprache als bedeutendsten Faktor unserer Identität, als wichtigsten Hort unserer Werte und als essentielles Medium zu ihrer Mitteilung und Verbreitung. Die wichtigste Gemeinsamkeit der postmodernen Theorien besteht in der Hinwendung zu Sprach- und Diskurstheorien, und sie haben fast alle Annahmen über Sprache, die der humanistischen Kultur der Moderne zu grunde liegen, in Frage gestellt. Der Ursprung fast aller dieser Fragestellungen lag in der Argumentation Ferdinand de Saussures zu Anfang des 20. Jahrhunderts, daß Sprache nicht nachträglich eine ihr schon vorausliegende Wahrheit zum Ausdruck zu bringe, sondern diese Wahrheit vielmehr erst konstituiere; daß nicht Dinge Worte hervorbringen, sondern Worte Dinge<sup>58</sup>. Eine so radikal neue These über die Beziehung der Sprache zur Welt enthält noch radikalere Implikationen, von denen viele erst in jüngerer Zeit offen gelegt worden sind. Wenn Sprache nicht von „Wirklichkeit“ abhängig, sondern vielmehr ein kulturelles System zu ihrer Repräsentation ist, dann kann Sprache nur in Relation zu einem bestimmten kulturellen System funktionieren. Zweitens, wenn Sprache sozial und kulturell konstruiert ist, ist sie selbst Teil des Prozesses, durch den eine Gesellschaft und Kultur geformt

<sup>56</sup> Dies fiel mir auf, als ich Bücher über Van Dyck las. S. z. B. *Christopher Brown, Van Dyck*, Oxford 1982.

<sup>57</sup> John Peacock arbeitet an einer solchen Studie über Van Dyck. Vgl. *David Howarth, Images of Rule. Art and Politics in the English Renaissance*, Hounds mills 1997.

<sup>58</sup> S. *Ferdinand de Saussure*, Course in General Linguistics, New York 1959.

werden, d. h. Teil ihrer Macht- und Kontrollsysteme: Sprache ist selbst politisch [*politics*], nicht das Mittel, politische Inhalte [*Politics*] zu artikulieren. Drittens, wenn es keine vorausliegende, äußere, transzendenten Wahrheit gibt, zu der das Ich außersprachlichen Zugang hat, dann muß das Ich selbst von der und durch die Sprache konstituiert sein; oder, wie manche Theoretiker es ausdrücken, die Sprache spricht durch das Subjekt, nicht das Subjekt durch die Sprache<sup>59</sup>.

Theoretiker und Kritiker haben diese Perspektiven entwickelt, um verschiedene Phänomene zu diskutieren und verschiedene Anliegen zu verfolgen. Die Strukturalisten erforschen die Tiefenstruktur von Sprache und Bedeutung [*signification*] in der Gesellschaft, sie fragen danach, wie Gemeinschaften einen Konsens über Bedeutung [*meaning*] herstellen und wie Texte „express the values of the system out of which they emerge“<sup>60</sup>. Andere führen de Saussures Argumentation über die Relationalität und Arbitrarität von Sprache weiter und leugnen, daß eine Äußerung oder ein Text überhaupt eine festgelegte Bedeutung haben könne, selbst innerhalb eines kulturellen Systems, geschweige denn über verschiedene Sprachgemeinschaften hinweg. Derrida bestreitet, daß es festgelegte Bedeutungen [*meanings*] geben könne, weil alle Bedeutungssysteme [*systems of signification*] sich wandelnden Kontexten unterliegen und Sprache einem fortwährenden Spiel mit sich selbst und in sich selbst ausgesetzt ist. Manche betrachten Derrida als Nihilisten, der die Möglichkeit von Bedeutung(en) [*meaning(s)*] überhaupt leugnet<sup>61</sup>. Dennoch hat Derridas Argumentation, wie festgestellt worden ist, trotz seiner Skepsis gegenüber der Geschichte eine diachronische und historische Dimension, und die Theorie oder Methode, die man mit seinem Namen assoziiert, der Dekonstruktivismus, ermöglicht historische Fragestellungen<sup>62</sup>.

<sup>59</sup> S. Catherine Belsey, Addressing the Subject, in: dies., Critical Practice (Anm. 44), Kap. 3.

<sup>60</sup> Lori H. Lefkowitz, Creating the World. Structuralism and Semiotics, in: Contemporary Literary Theory, hrsg. v. G. Douglas Atkins/Laura Morrow, Hounds Mills 1989, 67.

<sup>61</sup> S. Joyce Appleby / Lynn Hunt / Margaret Jacob, Telling the Truth about History, New York 1995, 206, 224. Selbst diese exzellente Einführung und aufgeschlossene Befreiung postmoderner Kritiker betrachtet Derrida als „Nihilist“. S. auch C. Behan McCullagh, Can our Understanding of Old Texts be Objective?, in: History & Theory 30 (1991), 302 – 323.

<sup>62</sup> S. Dominick LaCapra, Soundings in Critical Theory, Ithaca 1989; ders., Rethinking Intellectual History, Ithaca 1983; Hayden White, Topics of Discourse, Baltimore 1978; ders., The Content of the Form. Narrative Discourse and Historical Representation, Baltimore 1987. S. auch Patrick Joyce, Democratic Subjects. The Self and the Social in Nineteenth-Century England, Cambridge 1994; und Joan Scott, Gender and the Politics of History, New York 1988.

Derridas Interesse richtet sich auf die Frage, wie das Schreiben in verschiedenen Kontexten Bedeutung erzeugen kann. Da Sprache nicht „festgelegt“ ist, so postuliert er, kann auch die Bedeutung eines Textes nicht festgelegt werden – weder in der Zeit noch selbst in einer Kultur. Denn Worte strukturieren Kulturen ebenso, wie sie von ihnen ihre Autorität beziehen; und Worte enthalten Spuren aus verschiedenen zeitlichen und geographischen Kontexten. Die Bedeutung einer jeden verbalen oder schriftlichen Äußerung wird daher immer vielfältig sein, jede Äußerung kann auf vielfältige Weise gelesen werden. Für Derrida und seine Schüler ist der Sinn der Dekonstruktion eines Textes, den Text für alle möglichen Bedeutungen zu öffnen und zu untersuchen, welche Bedeutungen auf welche Art und Weise aus der Begegnung eines Lesers mit dem Text hervorgehen<sup>63</sup>. Derridas Dekonstruktion war einer der wichtigsten Impulse der von mehreren theoretischen Ansätzen gemeinsam herbeigeführten Wende von der Textproduktion zur Textrezeption, d. h. zu der Frage, welche Bedeutungen Hörer, Leser und Betrachter aus dem umfassenden Bedeutungspotential, das jeder Text in sich trägt, tatsächlich entnommen haben<sup>64</sup>.

Ich habe nicht die Absicht und bin auch nicht in der Lage, die Geschichte der philosophischen, semiotischen und literaturwissenschaftlichen Theorien, die unter dem Etikett „Postmoderne“ zusammengefaßt werden, kritisch zu würdigen<sup>65</sup>. Noch weniger versuche ich, und halte es auch nicht für nötig, die Theoretiker gegen den Vorwurf zu verteidigen, der oft von Historikern erhoben wird, sie unterminierten die „Wissenschaft“ [scholarship] – nicht zuletzt, weil sie genau das beabsichtigen, nämlich die Einsicht zu wecken, daß auch „Wissenschaft“ ein ideologischer Diskurs und ein historischer Prozess mit vielfältigen, nicht festgelegten Bedeutungen ist. Ich will vielmehr zeigen, daß die von den postmodernen Theoretikern aufgeworfenen Probleme und Fragen und einige der von ihnen entwickelten Methoden für Renaissanceforscher und Frühneuzeithistoriker hilfreich sein können, wenn es darum geht, neue Vorstellungen von einer Renaissancekultur zu entwickeln, die den Positivismus oder die „organologische Ideologie der Moderne“ noch nicht kannte, sondern die ihrerseits bereits mit vielen der von der Postmoderne neu gestellten Fragen und Themen beschäftigt war: mit Problemen der Identität und Subjektivität, mit Fragen der Sprache und der Zeichen, mit den Beziehungen zwischen Text und Bedeutung, Ideologie und Macht<sup>66</sup>.

---

<sup>63</sup> Hoy, Jacques Derrida (Anm. 29), 51–54; vgl. Ken M. Newton, *Interpreting the Text*, Hemel Hempstead 1990, Kap. 4, bes. 70–72.

<sup>64</sup> Vgl. Belsey's Kommentar, daß in der poststrukturalistischen Kritik „meanings circulate between text, ideology and reader and the work of criticism is to release possible meanings“, Belsey, *Critical Practice* (Anm. 44), 144.

<sup>65</sup> Ausgezeichnete Einführungen für Historiker sind Appleby / Hunt / Jacob, *Telling the Truth* (Anm. 61), und Richard J. Evans, *In Defence of History*, London 1997.

Es ist keine geringe Ironie der Geschichte, daß, obwohl die revisionistische Bewegung in der historischen Forschung gleichzeitig und in scheinbarem Widerspruch zu der beschriebenen theoretischen Wende stattfand, beiden *einige* Ziele und Schlußfolgerungen gemeinsam sind. Am deutlichsten haben sowohl Revisionisten als auch Postmodernisten das in Frage gestellt, was die einen als teleologische Whig-Geschichte, die anderen als Meistererzählung von Fortschritt oder Moderne bezeichnen<sup>67</sup>. Und während sich revisionistische Historiker ihrer eigenen ideologischen Praktiken weniger bewußt sind als die Postmodernisten, haben beide diese modernen Erzählungen nicht als einfache Wiedergabe der historischen Wahrheit (über die Entwicklung von Freiheit, Parlament und Demokratie) dargestellt, sondern als polemische und parteiische Berichte, sogar als „*misreadings*“ einer Vergangenheit, die diese Werte noch gar nicht teilte. Obwohl die postmoderne Theorie gern als das Gegenteil von Geschichte denunziert wird, hat sie doch selbst in dieser Hinsicht die moderne Perspektive erst historisiert, die Einsicht ermöglicht, daß historischer Sinn im Einzelnen liegt, nicht im Allgemeinen [*in particulars not in universals*], und dazu beigetragen, die Vergangenheit von der Beurteilung nach anachronistischen, unhistorischen Kriterien zu befreien<sup>68</sup>.

Der Dialog mit den Theoretikern könnte der Frühneuzeitforschung einen weiteren Nutzen bringen. Wenn die Historiker bereit sind – was einem Forsscher, der über den Hof der Tudor- und Stuart-Zeit oder über die *fabrication* des Königtums Ludwigs XIV. arbeitet, keine Schwierigkeiten bereiten sollte –, Autoritäts- und Ordnungssysteme als kulturell konstruiert und nicht als gewissermaßen jenseits der Kultur zu betrachten, so würde das erlauben, nuancierter zu beschreiben, wie im frühmodernen Staat Macht ausgeübt und inszeniert wurde, wie die Beziehungen zwischen Herrschern und Untertanen funktionierten und wie sie sich veränderten<sup>69</sup>. Wenn man das Argument akzeptiert, daß Autorität [*authority*] und Bedeutung durch Sprache und Texte konstituiert werden, führt das dazu, Autorität selbst als unbestimmter, offener für vielfältige Bedeutungszuschreibungen und Interpretationen zu betrachten, als es unser traditionelles Konzept des herrscherlichen Befehls (des Befehlens ebenso wie des Befehlsempfangs) normalerweise erlaubt. Wenn man Sprache, Bedeutung und Autorität als mehrdeutig in

<sup>66</sup> Richard Wilson, Will Power. Essays on Shakespearean Authority, Detroit 1993, 7. Vgl. Hume, Texts within Contexts (Anm. 22).

<sup>67</sup> Lake, Retrospective (Anm. 7), 253 f., verwendet hier diese Sprache.

<sup>68</sup> D.h. daß die Postmoderne den Rationalismus der Aufklärung und den historischen Positivismus herausfordert, die beide nicht „außerhalb“ von Geschichte und Kultur stehen.

<sup>69</sup> S. z. B. Stephen Orgel, The Illusion of Power, Berkeley 1975; Peter Burke, The Fabrication of Louis XIV, New Haven 1992; sowie den kürzlich erschienenen interessanten Sammelband Paul Griffiths / Adam Fox / Steve Hindle (Hrsg.), The Experience of Authority in Early Modern England, Hounds mills 1996.

der Hervorbringung und in der Rezeption auffaßt, erübrigt sich beispielsweise die Wahl zwischen den Alternativen „Konsens“ und „Konflikt“, eine vereinfachende Dichotomie, die die vielfältigen Texturen einer komplexen Kultur einebnet<sup>70</sup>. Und eine gewisse Annäherung an den dekonstruktivistischen Umgang mit Texten kann die Obsession, überall nach organischer Kohärenz und Konsistenz zu suchen (wie sie beispielsweise die Hobbes-Forschung jahrelang beherrscht hat), ersetzen durch die historisch angemessene Suche nach den Spuren der vielfältigen und variierenden Bedeutungen in der Sprache der Texte, die ihrerseits versuchten, Bedeutungen zu ordnen und der Ordnung neue Bedeutung zu geben<sup>71</sup>. Eine Verbindung zwischen den postmodernen Fragen und Techniken und dem Verfahren der Historiker, jeden Gegenstand in seinen zeitlichen Kontext einzubetten, könnte dazu beitragen, sowohl die Aushandlungsprozesse der frühneuzeitlichen Zeitgenossen als auch unsere eigenen Kontroversen als Historiker, die darüber schreiben, besser zu verstehen.

Viele sind der Meinung, jede Intimität zwischen Geschichte und Theorie sei als Hirngespinst zu verwerfen. Ein junger, aufgeschlossener Historiker äußerte vor kurzem seine Zweifel daran, daß „many of the dominant theoretical and methodological predilections“ der Postmodernisten „actually permit [...] an open engagement with revisionist historical research“<sup>72</sup> (man achte auf die Formulierung). Und auch Kritiker, die der Theorie wohlwollend gegenüber stehen, bestätigen, daß es schwierig ist, wenn Strukturalisten, Poststrukturalisten und Dekonstruktivisten „all share the same scepticism about recovering the past“<sup>73</sup>. Schließlich ist es schwierig für Historiker, „Autoren“ und „Akteure“ aus ihrem Verständnis und ihrer Beschreibung der Vergangenheit zu streichen. Und es liegt nahe, Derrida so zu verstehen, daß er dem Historiker jeden Zugang zu vergangenen Bedeutungen abspricht. Aber dies ist keineswegs die notwendige oder einzige Art und Weise, Derrida zu verstehen, geschweige denn die postmoderne Theorie im

<sup>70</sup> In der Tat erscheinen Derridas Bemerkungen über die vielfältigen und konkurrierenden Bedeutungen von Texten hilfreich für eine Historiographie, die mit Berufung auf die zeitgenössischen Quellen sowohl für Konflikt als auch für Konsens argumentiert hat. Vgl. zu Derridas Ablehnung binärer Gegensätze *LaCapra*, *Rethinking Intellectual History* (Anm. 62), 251.

<sup>71</sup> Einige suchen noch immer eine solche Kohärenz zu retten: s. *Johann Somerville*, Thomas Hobbes. Political Ideas in Historical Context, Hounds mills 1992. Quentin Skinners neuestes Buch demonstriert die unterschiedliche Verwendung älterer Tropen selbst in Texten, die eine radikal neue Politik, ja sogar eine neue Sprachtheorie und Rhetorik anstreben: *Quentin Skinner*, Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes, Cambridge 1996.

<sup>72</sup> *Glenn Burgess*, Revisionist History and Shakespeare's Political Context, in: The Shakespeare Yearbook 6 (1966), 3–35, hier 5. Dagegen *David Simpson*, Literary Criticism and the Return to „History“, in: *Critical Inquiry* 14 (1988), 721–747.

<sup>73</sup> *Donald F. McKenzie*, Bibliography and the Sociology of Texts, Cambridge 1986, 19.

allgemeinen. Derridas eigene Auffassung über den Wandel von Bedeutungen impliziert – im Gegensatz zu dem strukturalistischen Konzept anthropologischer Konstanten –, daß jede Erklärung von Bedeutung(en) ein Akt historischer Interpretation ist. Ein führender Vertreter der *Intellectual History*, der Derrida wesentliche geschichtstheoretische und –methodologische Impulse zuschreibt, betont, daß „Derrida's enterprise requires genuine respect for tradition“ und daß er viel zum Verständnis der „transferences of the metaphysical tradition in the course of history“ beigetragen habe<sup>74</sup>. Und Kritiker Derridas haben behauptet, daß erst die Fähigkeit, die Sprachen und Kontexte vergangener Texte zu rekonstruieren, es den Historikern ermögliche, im Rahmen der Regeln und etablierten Praktiken ihrer Disziplin „objektiv“ zu sein<sup>75</sup>.

Tatsächlich ist der Anspruch, daß Geschichte und Theorie fruchtbar nebeneinander existieren können, sowohl historisch als auch theoretisch zu diskutieren. Zwar ist die theoriefeindliche Rhetorik in der historischen Zunft weithin hörbar, aber es ist nicht die einzige vernehmbare Stimme. Eine der bedeutendsten Entwicklungen in der Geschichtsschreibung der letzten zwei oder drei Jahrzehnte war eine Bewegung, die ihre Ursprünge in theoretischen Fragestellungen hatte und die die politische Ideengeschichte verändert hat, nämlich das, was inzwischen als „linguistische Wende“ bezeichnet und von John Pocock und Quentin Skinner verfochten und praktiziert wird<sup>76</sup>. Die Arbeiten Pococks und Skinners waren ursprünglich angeregt von Linguistik und Sprechakttheorie und auch späterhin beeinflußt von Diskurstheorien und von Theorien über die Produktion, Performanz und Rezeption von Texten und Äußerungen der Vergangenheit. Ausgehend von der traditionellen politischen Ideengeschichte – der analytischen und formalistischen Geschichte der großen Texte, der es vor allem um die Suche nach „Einflüssen“ ging – versuchten Pocock und Skinner, eine Geschichte des politischen Denkens zu schreiben, indem sie eine Geschichte der paradigmatischen Veränderungen in der politischen Sprache schrieben, d. h. der Prozesse des Entstehens und Verblassens bestimmter Diskurse. Während

<sup>74</sup> McCullagh, Understanding of Old Texts (Anm. 61); Simpson, Literary Criticism (Anm. 72); Appleby / Hunt / Jacob, Telling the Truth (Anm. 61), Kap. 7, bes. 261 ff.; Evans, In Defence of History (Anm. 65), Kap. 8, bes. 231 – 233, 249 – 253.

<sup>75</sup> LaCapra, Rethinking Intellectual History (Anm. 62), 253, 336.

<sup>76</sup> S. John G. A. Pocock, Politics, Language and Time. Essays on Political Thought and History, London 1971; ders., Verbalising a Political Act. Towards a Politics of Language, in: Political Theory 1 (1973), 27 – 45; Quentin Skinner, Meaning and Understanding in the History of Ideas, in: History & Theory 8 (1969), 3 – 53; ders., On Performing and Explaining Linguistic Actions, in: Philos. Quarterly 21 (1971), 1 – 21. Vgl. James H. Tully, Meaning and Context. Quentin Skinner and his Critics, Cambridge 1988; und John E. Toews, Intellectual History after the Linguistic Turn. The Autonomy of Meaning and the Irreducibility of Experience, in: American Historical Review 92 (1987), 879 – 907.

Skinner sich ursprünglich auf die Intentionen der Autoren konzentriert hatte, interessiert er sich inzwischen mehr dafür, wie Texte wirken [*how texts perform*] und, wie er zuletzt in einer brillanten Studie über Hobbes gezeigt hat, für die Rhetorik und die Form als wesentliche Konstituenten für die Bedeutung und Wirkung [*performance*] von Texten<sup>77</sup>. Der Begriff *performance* – sowohl das, was die Texte *tun*, als auch das, was die Autoren intendieren –, impliziert, das wird deutlich in Skinners Darstellung von Hobbes' Wiederaufnahme der humanistischen Rhetorik, daß sowohl der Historiker als auch der zeitgenössische Denker auf ein Publikum wirken wollen. In seinem späteren Werk nimmt auch Pocock die Dimensionen der Rezeption und der Produktion von Texten auf. Er dringt nicht nur darauf, daß wir, um das Tun des Autors in Erfahrung zu bringen, „move from author to reader“. Pocock geht so weit zu sagen, daß „we cannot absolutely distinguish the author's performance from the reader's response“<sup>78</sup>. Damit folgt er der postmodernen Theorie, die behauptet, daß die Sprache die vom Verfasser intendierte Bedeutung strukturiert, statt Werkzeug eines autonom Handelnden zu sein, der mittels und außerhalb von Sprache operiert. Pocock verwendet einen komplexeren als den traditionellen historischen Begriff von Intention und Bedeutung und faßt Diskurse als instabil und offen auf, wenn er schreibt: „any text or simple utterance in a sophisticated political discourse is by its nature polyvalent: it consists in the employment of a texture of language capable of saying different things“<sup>79</sup>. Dennoch scheint Pocock bemüht, daran festzuhalten, daß der Autor seine Äußerung in mehr als einer „Sprache“ gleichzeitig intendiert haben kann, „to move among these patterns of polyvalence, employing and recombining them“<sup>80</sup>. Und trotz Anerkennung der Polyvalenz scheint er an dem Begriff von Kohärenz festzuhalten zu wollen: Kohärenz innerhalb eines Textes, zwischen Autor und Leser und innerhalb einer Kultur.

Eine intensivere Beschäftigung mit den theoretischen Herausforderungen kann eher bereichernd sein als destruktiv. Derridas Behauptung, daß Sprache grundsätzlich jeder Beschränkung durch Autorintention oder sozialen Code widersteht, daß Worte Spuren von Bedeutungen anderer Zeiten und Kontexte enthalten, kompliziert jede Geschichte diskursiver Paradigmenwechsel. Und dies verschiebt – noch radikaler als Pocock und Skinner es getan haben – die Erforschung der *performance* und des Prozesses, durch den „Sprachen“ Geltung erlangen, hin zu einer Geschichte der Rezeption von Texten<sup>81</sup>. So zeigt etwa Skinner in „Reason and Rhetoric“, daß bei Hob-

<sup>77</sup> John G. A. Pocock, *Virtue, Commerce and History*, Cambridge 1985, 5; Skinner, *Reason and Rhetoric* (Anm. 71), *passim*.

<sup>78</sup> Pocock, *Virtue, Commerce and History* (Anm. 77), 13–18. Pocock bestätigt, daß er der Rezeptionsgeschichte und der *reader response theory* verpflichtet ist.

<sup>79</sup> Ders., *Virtue, Commerce and History* (Anm. 77), 9.

<sup>80</sup> Ebd.

bes eine Sprache des klassischen Humanismus entfaltet wird, die die Leser von einer Epistemologie und Politik überzeugen will, die ihrerseits nicht mehr der humanistischen Tradition entsprechen. Damit eröffnen sich Widersprüche zwischen Sprache, Intention und Rezeption, denen sich die Methode von Pocock und Skinner neu stellen muß. Hobbes' Rhetorik im „Leviathan“ führt zu der umfassenderen Frage nach der Beziehung zwischen den Texten der Kunst, des Schauspiels, der Polemik und dem, was Roger Chartier die „emotionale Aufladung“ [*emotive charge*] der Sprache genannt hat<sup>82</sup>. Selbst nach der linguistischen Wende hat das Festhalten bzw. der unreflektierte Glaube an die Textkohärenz sicher dazu beigetragen, daß man vieles von dem übersehen hat, was Texte der Renaissance bewirkt haben, ob „intendiert“ oder nicht. Und möglicherweise können dekonstruktivistische Lektüren – nicht zuletzt von Hobbes – Texte des „politischen Denkens“ in andere Zusammenhänge, Gemeinschaften und Geschichten einbetten als in die, mit denen sich Historiker traditionellerweise beschäftigt haben.

Allgemein ist festzustellen, daß der Ansatz von Pocock und Skinner für die Geschichte des politischen Denkens Möglichkeiten einer anderen Geschichtsschreibung eröffnet hat, die nicht genutzt worden sind, und das gilt sowohl für die Erforschung anderer Diskurse als auch für die anderer Medien. Trotz der Arbeiten beispielsweise über sexuelle Verleumdung hat kein Sozialhistoriker die Paradigmenwechsel in den Diskursen über sexuelle und andere Diffamierung als Bestandteile der sich wandelnden Haltung zu Rhetorik, Ehre, Geschlecht, Privatheit, Öffentlichkeit und Politik untersucht<sup>83</sup>. Ebensowenig haben Historiker versucht, die Geschichte der sich wandelnden Vorstellungen von Frauen und weiblicher Sexualität im Zusammenhang mit anderen Arten ihrer Repräsentation zu schreiben – auf der Bühne, in der Lyrik, in medizinischen Abhandlungen oder in der Hausväterliteratur. Auch hier bietet der theoretische Neuansatz über die Rolle von Sprache bei der Erzeugung historischer Bedeutung und bei der (Re)Konstituierung des Ich und des Subjekts neue Perspektiven beispielsweise für die Geschichte von Klasse, Geschlecht, Partei oder Nation, die Frühneuzeithistoriker bisher kaum verfolgt haben<sup>84</sup>. Wie etwa wirkten

<sup>81</sup> Wie Burgess hervorhebt, bleiben Skinner und (in geringerem Ausmaß) Pocock „strongly inclined to a perspective that rests on intentional explanation“, *Burgess, Renaissance Texts* (Anm. 32), 3.

<sup>82</sup> Chartier, *Cultural History* (Anm. 38), 29, ein bewußtes Echo auf *Roland Barthes, The Pleasure of the Text*, London 1976.

<sup>83</sup> James A. Sharpe, *Defamation and Sexual Slander in Early Modern England*, Borthwick Papers no. 58, York 1980, basiert auf dem Quellenmaterial der Kirchengeichte, das parallel gelesen werden muß mit Balladen, Versen und populären Handbüchern.

<sup>84</sup> Zu erfolgreichen Studien in anderen Bereichen s. *Patrick Joyce, Democratic Subjects. The Self and the Social in Nineteenth Century England*, Cambridge 1994; *Gareth Stedman Jones, Languages of Class*, New York 1983.

„Sprachen“ ein auf die Konstruktion, Rekonstitution und Definition von *gentry*-Eliten in einer sich wandelnden Gesellschaft; was verdankte die Macht des Adels den überkommenen Spuren feudaler Wertvorstellungen, die in der Sprache und den Gattungen kodiert waren, die das Ende feudaler Beziehungen selbst lange überdauert hatten<sup>85</sup>? Unterdrückte [*repress*] (um einen Ausdruck von Derrida zu verwenden) der Diskurs über die soziale Ordnung und die Mystifizierung von Autorität im frühneuzeitlichen England die Erwartungen und Ambitionen der Untertanen, oder eröffnete er ihnen vielmehr die dekonstruktive Lektüre eines Machiavelli, Marlowe oder Milton<sup>86</sup>? Waren die Vorstellungen und Debatten über Republikanismus, die neuerdings im Elisabethanischen England entdeckt worden sind, in denselben Texten über königliche Macht verborgen, die ihnen eigentlich Einhalt gebieten sollten, und ermöglichte das wenigstens einigen (und warum gerade diesen), „das Undenkbare zu denken“<sup>87</sup>? Wie trugen solche Sprachen der Herrschaft [*authority*] in verschiedenen Gemeinschaften sowohl zur Aufrechterhaltung als auch zur Kritik an den Institutionen bei, die sie strukturierten und zugleich dekonstruierten? Die durch die postmoderne Theorie neu gestellten Fragen zu Sprache und Bedeutung laden zu einer Fülle neuer historischer Erzählungen [*histories*] ein, die zugleich in den traditionellen Methoden der historischen Forschung und Quellenkritik verankert sind. Solche Arbeiten könnten eine gelungene Mischung von Geschichte und Theorie darstellen und – als fruchtbare Nebenwirkung – zur Historisierung der Theorie und zur Theoretisierung der Geschichte führen.

Ebenso wie die linguistische Wende hat eine andere Schule von Renaissanceforschern den Anspruch erhoben, theoretische und historische Ansätze miteinander zu verbinden: jene Generation von Literaturwissenschaftlern, denen in den 1980er Jahren der Sprung in die Presse (und auf hoch bezahlte Lehrstühle) gelang und die als *New Historicists* bekannt geworden sind<sup>88</sup>. Die Literaturwissenschaft [*criticism*] des *New Historicism* war zum Teil eine Reaktion gegen den *New Criticism*, der die Literaturforschung seit

<sup>85</sup> Ein Beispiel für die Art von Untersuchung, die von einem stärker theoretischen Ansatz profitiert hätte, ist *Richard Cust, Honour, Rhetoric and Political Culture. The Earl of Huntingdon and his Enemies*, in: Amussen / Kishlansky, Political Culture (Anm. 8), 84–111.

<sup>86</sup> S. Antonio D’Andrea, *Aspiring Minds. A Machiavellian Motif from Marlowe to Milton*, in: Court, Country and Culture, hrsg. v. Perez Zagorin [u. a.], Rochester, N.Y., 1992, 211–222.

<sup>87</sup> S. Patrick Collinson, *The Monarchical Republic of Queen Elizabeth I*, in: Bull. John Rylands Lib. 69 (1987), 394–424; vgl. *Blair Worden*, *The Sound of Virtue. Philip Sydney’s Arcadia and Elizabethan Politics*, New Haven [u. a.] 1997. Zitat von Heidegger, zit. in *LaCapra*, *Rethinking Intellectual History* (Anm. 62), 29.

<sup>88</sup> Der Ursprungstext war *Stephen J. Greenblatt*, *Renaissance Self-Fashioning*, Chicago 1980. Für eine Auswahl an grundlegenden Aufsätzen s. H. Aram Veeser (Hrsg.), *The New Historicism Reader*, New York 1994.

den 1930er Jahren dominiert hatte. (Der *New Criticism* vertrat die formalistische Analyse literarischer Texte als ästhetischer Objekte, die der Bewahrung universeller Werte dienten, nicht als Produkte ihrer Kultur und ihrer Zeit.) Manche meinen, daß der *New Historicism* ein „turn away from theory toward history“ darstelle, wie J. Hillis Miller es formuliert hat; und gelegentlich scheint es, als ob der Begründer des *New Historicism*, Stephen Greenblatt, eine solche Charakterisierung teilte<sup>89</sup>. Wie er selbst formuliert hat, „my own work has always been done with a sense of just having to go about and do it“<sup>90</sup>. Diese Leugnung von Theorie ist jedoch letztlich unredlich. „The New Historicism distinguishes itself from the old in that it has engaged poststructuralist theory“<sup>91</sup>; und wie Greenblatt selbst bestätigt, „methodological self-consciousness is one of the distinguishing marks of the New Historicism“ – sicherlich ein Merkmal, das ihn von der älteren Literaturgeschichte abgrenzt, „based upon faith in the transparency of signs and interpretative procedures“<sup>92</sup>.

Der *New Historicism* als literaturwissenschaftliche Schule oder Methode ist eine Mischung aus einer Reihe von Theorien und Konzepten: aus Foucaults Arbeiten zu Diskurs und Macht, aus Derridas Theorie der Unbestimmtheit von Bedeutung in Texten und Sprache, aus Geertz' symbolischer Anthropologie mit der Methode der „dichten Beschreibung“ und aus traditionellen Verfahren der formalen Literaturanalyse und der althergebrachten historischen Verortung von Texten in ihrem Kontext. Die *New Historicists* reformulieren das Problem von Text und Kontext, dekonstruieren die Kategorie der Literatur, die das Imaginierte und Fiktionale von anderen gesellschaftlichen Diskursen trennt, und deuten literarische Werke als kulturelle Texte, die die Bedeutungsstrukturen und Machtarrangements einer Gesellschaft kodieren. Das Programm des *New Historicism*, für das Greenblatt den Begriff *cultural poetics* vorzieht, sucht die Texte wieder in ihre Kultur und Geschichte zurückzuversetzen, aber in eine „Kultur“, eine „Geschichte“, die ihrerseits jetzt als Text oder als eine Reihe von Texten und Geschichten gedeutet wird: *cultural poetics* ist, um Louis Montroses Formulierung zu benutzen, „a reciprocal concern with the historicity of texts and the textuality of history“<sup>93</sup>. Wie „Revisionismus“ ist *New Historicism* ein sehr vereinfachter Begriff zur Beschreibung der Praktiken vieler verschie-

<sup>89</sup> Veeser, The New Historicism (Anm. 50), Einleitung, X.

<sup>90</sup> Stephen J. Greenblatt, Towards a Poetics of Culture, in: The Aims of Representation, hrsg. v. Murray Krieger, New York 1987, wieder in: Veeser, The New Historicism Reader (Anm. 88), 1–14.

<sup>91</sup> Brook Thomas, The New Historicism and Other Old-Fashioned Topics, in: Veeser, The New Historicism Reader (Anm. 88), 183.

<sup>92</sup> Greenblatt, Towards a Poetics of Culture (Anm. 90), 12.

<sup>93</sup> Louis A. Montrose, Professing the Renaissance. The Poetics and Politics of Culture, in: Veeser, The New Historicism (Anm. 50), 15–36, Zitat 20.

dener Wissenschaftler. Darüber hinaus ist er ebenso wie „Revisionismus“ nicht statisch geblieben. In seinen früheren Arbeiten war Greenblatt dem Foucaultschen Ansatz zu Diskurs, Macht, Unterdrückung und Subversion verpflichtet und deutete die Renaissanceliteratur als hegemoniale Literatur einer autoritären Kultur, die Dissens und Differenz nur zu tolerieren schien, um sie zu neutralisieren und ihre eigene Macht zu festigen<sup>94</sup>. In „Shakespearean Negotiations“ signalisierte der Titel schon seine Abkehr vom totalen Machtbegriff, und Greenblatt akzeptierte, daß „even those literary texts that sought most ardently to speak for a monolithic power could be shown to be the sites of institutional and ideological contestation“<sup>95</sup>. *New Historicists* wie Greenblatt und Montrose, Goldberg, Fineman und Marcus haben exzellente Analysen von Dramen und Gedichten der Renaissance vorgelegt und sie als Orte von Spannungen in allen Strukturen und Arrangements von Hierarchie und Herrschaft im frühneuzeitlichen England beschrieben: Königtum, Stand, imperiale Autorität, Geschlecht, Vaterherrschaft<sup>96</sup>.

Der *New Historicism* ist mit einer Reihe von Angriffen aus unterschiedlichen Perspektiven konfrontiert worden. Man wirft ihm vor, zu theoretisch oder nicht theoretisch genug zu sein, eine Bedrohung für traditionelle literarische Werte darzustellen und die gesamte Kultur als Eigentum der Literaturwissenschaftler aufzufassen<sup>97</sup>. Mein Interesse richtet sich auf die Bedeutung des *New Historicism* für Historiker im allgemeinen und für die Geschichte der englischen Renaissance im besonderen. Was die allgemeinere Frage angeht, so haben Historiker wie Edward P. Thompson und Elizabeth Fox-Genovese die überwiegende Beschäftigung des *New Historicism* mit Diskursen und Texten als Rückzug von der Ideologiekritik, als Ästhetisierung von Geschichte, als Ablenkung von sozialen Konflikten und als Spiel mit Texten kritisiert: als „radical opposition to history“<sup>98</sup>. In solchen Einwänden steckt ebensoviel marxistische Ideologie wie Methodenkritik, und

<sup>94</sup> Vgl. Deborah K. Shuger, *Habits of Thought in the English Renaissance. Religion, Politics and the Dominant Culture*, Berkeley 1990, 1–16; Jonathan Dollimore / Alan Sinfield (Hrsg.), *Political Shakespeare. Essays in Cultural Materialism*, 2. Aufl., Manchester 1994, 2–17.

<sup>95</sup> Stephen J. Greenblatt, *Shakespearean Negotiations*, Berkeley 1988, 1–20, hier 3.

<sup>96</sup> Jonathan Goldberg, *James I and the Politics of Literature*, Baltimore 1983; ders., *Fatherly Authority. The Politics of Stuart Family Images*, in: *Rewriting the Renaissance. The Discourses of Sexual Difference in Early Modern Europe*, hrsg. v. Margaret W. Ferguson [u. a.], Chicago 1986, 3–32; Joel Fineman, *Shakespeare's Perjured Eye. The Invention of Poetic Subjectivity in the Sonnets*, Berkeley 1986; Leah S. Marcus, *The Politics of Mirth*, Chicago 1986.

<sup>97</sup> S. Montrose, *Professing the Renaissance* (Anm. 93), 19.

<sup>98</sup> Edward P. Thompson, *The Poverty of Theory and Other Essays*, London 1978; Elizabeth Fox-Genovese, *Literary Criticism and the Politics of the New Historicism*, in: Veeser, *The New Historicism* (Anm. 50), 213–230, Zitat 222. Vgl. Edward Said, *The World, the Text and the Critic*, Cambridge, Mass. 1983.

es liegt eine gewisse Ironie darin, aus marxistischer Sicht nach einer Geschichte zu verlangen, die sich außerhalb von ideologischen Strukturen und Erzählungen abspielt. Aber bei den traditionellen Historikern schrillen die Alarmglocken, wenn *New Historicists* von der historischen Disziplin als rhetorischer Praxis oder als Text sprechen<sup>99</sup>. Das ist wahrscheinlich ein falscher Alarm. Hayden White hat in einem klaren und einleuchtenden Aufsatz gezeigt, daß ein solcher Ansatz nichts Bedrohliches an sich hat:

„every approach to the study of the past presupposes or entails some version of a textualist theory of historical record. That is because, primarily, the historical past is [...] accessible to study, only by way of its prior textualisations‘, whether these be in the form of the documentary record or in the form of accounts of what happened in the past written up by historians“<sup>100</sup>.

Wie Stanley Fish beruhigend bemerkt, ist der *New Historicism* in vielerlei Hinsicht gar nicht so neu, sondern vielmehr „another move in the practice of history as it has always been done“<sup>101</sup>. Ein Praktiker der Zunft bestätigt ihn: „writing and reading are always historically and socially determinate events. [...] We may simultaneously acknowledge the theoretical indeterminacy of the signifying process and the historical specificity of discursive practices – acts of speaking, writing and interpreting“<sup>102</sup>.

Wenn also nichts eigentlich Ahistorisches am *New Historicism* ist, wie ist es dann um seine Bedeutung zur Erklärung frühneuzeitlicher Politik und Kultur, den Hauptgegenständen seiner Praxis, bestellt? Der *New Historicism* hat eine Menge neuer Deutungen von Texten und Geschichten hervorgebracht, die den Anspruch erheben, unser Verständnis der Vergangenheit und unserer Quellen und Methoden zur ihrer Erforschung zu revidieren. Die Literatur ist als reichhaltiges und vernachlässigtes Korpus historischen Materials präsentiert worden. Mit den Worten von Harold Love (selbst kein *New Historicist*):

„The special value of literary texts to [...] historical enquiry is that writers, as specialists in the use of figurative language, will often possess a privileged understanding of the figurative nature of belief systems, and be able to engage in a very direct and revealing way with the master narrative of their culture“<sup>103</sup>.

<sup>99</sup> S. Evans, In Defence of History (Anm. 65), 252 f. und Kap. 4; Appleby / Hunt / Jacob, Telling the Truth (Anm. 61), Kap. 8.

<sup>100</sup> Hayden White, New Historicism. A Comment, in: Veeser, The New Historicism Reader (Anm. 88), 297; vgl. White, Content of the Form (Anm. 62), 187 f.

<sup>101</sup> Stanley Fish, Commentary. The Young and the Restless, in: Veeser, The New Historicism (Anm. 50), 313.

<sup>102</sup> Montrose, Professing the Renaissance (Anm. 93), 23.

<sup>103</sup> Harold Love, Scribal Publication in Seventeenth-Century England, Oxford 1993, 165; vgl. Lisa Jardine, Companionate Marriage versus Male Friendship, in: Amussen / Kishlansky, Political Culture (Anm. 8), 236.

Mit wenigen Ausnahmen haben jedoch englische Frühneuzeithistoriker Studien des *New Historicism* weder gelesen, noch sind sie davon überzeugt worden<sup>104</sup>, noch – dies ist ein anderer, aber hiermit verbundener Punkt, auf den ich zurückkommen werde – sind sie davon überzeugt worden, Literatur in den privilegierten Kanon historischen Quellenmaterials aufzunehmen<sup>105</sup>. Wie schon festgestellt, fanden Revisionismus und *New Historicism*, die beiden innovativen Strömungen der derzeitigen englischen Frühneuzeitforschung, weitgehend getrennt voneinander statt und reagierten, wenn sie wirklich aufeinander stießen, mit gegenseitigem Mißtrauen<sup>106</sup>. Dies ist in vieler Hinsicht ebenso überraschend wie bedauerlich. Wie der Revisionismus war der *New Historicism* darum bemüht, „all defenders of linear chronology and progressive history, whether Marxist or Whig optimists“, in Frage zu stellen<sup>107</sup>. Wie die Revisionisten befürworten die *New Historicists* eine Rückkehr zur Politik, zu Fragen von Macht, Autorität und Regierung. Ebenso wie die Revisionisten große Theorien ablehnen, so zog auch Greenblatt vor, wie wir gesehen haben, „just [...] go about and do it“<sup>108</sup>. Und ebenso wie die Revisionisten wollen auch die *New Historicists* Bedeutung in einzelnen, dicht kontextualisierten Momenten aufsuchen anstatt in einer übergreifenden großen Erzählung.

Warum also fand kein intensiverer Dialog oder gar eine Allianz zwischen beiden statt? Historiker haben eingewandt, daß der *New Historicism* nicht wirklich historisch sei: daß *New Historicists* nicht angemessen forschten, daß ihre Verwendung von Quellenmaterial beliebig und anekdotenhaft und die historischen Forschungsarbeiten, die sie heranziehen, häufig „ludicrously out of date“ seien<sup>109</sup>. Als Beispiel dafür wird die unkritische Aufnahme der Werke von Christopher Hill und Lawrence Stone angeführt und die offensichtliche Unkenntnis großer Teile der revisionistischen Forschung, deren Betonung von Konsens und Stabilität sich nicht recht mit dem Interesse der *New Historicists* an Konflikten und Subversion vertrage<sup>110</sup>. Einige der Einwände sind gerechtfertigt, obgleich sie Gefahr laufen, verzerrend zu wirken. Aber die besten kritischen Studien des *New Historicism*, die Bücher von Goldberg, Patterson und Schoenfeldt, beruhen auf soliden Recherchen

<sup>104</sup> Blair Worden, einer der am intensivsten in der interdisziplinären Forschung engagierten Historiker, lehnt die Theorie des *New Historicism* ab.

<sup>105</sup> LaCapra, Rethinking Intellectual History (Anm. 62), 33.

<sup>106</sup> Sharpe / Lake, Culture and Politics (Anm. 8), 1 – 7.

<sup>107</sup> Veeser, The New Historicism Reader (Anm. 88), XV.

<sup>108</sup> Greenblatt, Towards a Poetics of Culture (Anm. 90).

<sup>109</sup> Burgess, Revisionist History (Anm. 72), 6; s. auch John H. Zammito, Are We Being Theoretical Yet? The New Historicism, the New Philosophy of History and Practising Historians, in: Journal of Modern History 65 (1993), 783 – 814.

<sup>110</sup> Burgess, Revisionist History (Anm. 72); David Cressy, Foucault, Stone, Shakespeare and Social History, in: English Literary Renaissance 21 (1991), 121 – 133.

in den zeitgenössischen Archiven und der Historiographie<sup>111</sup>. Im übrigen sollte die Entwicklung eines historisierteren *New Historicism* die Historiker motivieren, an diesem Unternehmen mitzuarbeiten, um der neuen kritischen Erforschung der Geschichte die Erträge des Revisionismus hinzuzufügen. Wie Sharon Achinstein es generös ausdrückt, „this revisionist movement in history could give new clarity, accuracy and purpose to the return to history promoted by the so-called New Historicism“<sup>112</sup>. *New Historicists* wie Michael Schoenfeldt, Tom Corns und Steve Zwicker und Historiker wie Derek Hirst, Blair Worden und ich haben zum Teil genau dies versucht<sup>113</sup>, und es gibt Anzeichen, hauptsächlich in Sammelbänden, daß jüngere Historiker Interesse an einer stärker interdisziplinär ausgerichteten Geschichte und Praxis zeigen<sup>114</sup>.

Allerdings befürchte ich, daß genau das, was die historische Methode am meisten bereichern könnte, die Historiker weiterhin davon abhalten wird: das Reden der *New Historicists* von Text und Textualität. Wir haben bereits festgestellt, daß die postmoderne Theorie traditionelle historische Grundannahmen irritiert hat, indem sie in Frage stellte, daß Autoren Bedeutungen hervorbringen, die das Publikum aufnimmt<sup>115</sup>. Joel Fineman führt die Feindseligkeit gegenüber dem *New Historicism* gerade auf das zurück, was er mit dieser Kritik teilt: „As with deconstruction, New Historicist criticism is regularly concerned with the textuality of its texts, something very foreign to the practical liberalism of UK materialism“<sup>116</sup>. Es könnte eine sehr interessante Geschichte sein, über das Verhältnis zwischen dem historischen Revisionismus, dem Mißtrauen gegenüber der Theorie und dem Libe-

<sup>111</sup> Goldberg, James I (Anm. 96); Annabel M. Patterson, Censorship and Interpretation. The Conditions of Writing and Reading in Early Modern England, Madison 1984; Michael C. Schoenfeldt, Prayer and Power. George Herbert and Renaissance Courtship, Chicago 1991.

<sup>112</sup> Sharon Achinstein, Milton and the Revolutionary Reader, Princeton 1994, 21.

<sup>113</sup> Steven Zwicker, Lines of Authority. Politics and English Literature, 1649–1689, Ithaca, N.Y. 1993, bietet reichhaltige historisch kontextualisierte Deutungen literarischer Texte; vgl. Thomas N. Corns, Uncloistered Virtue. English Political Literature, 1640–1660, Oxford 1992; Derek Hirst, The Politics of Literature in the English Republic, in: Seventeenth Century 5 (1991), 135–155; Worden, Sound of Virtue (Anm. 87); Kevin Sharpe, Criticism and Compliment. The Politics of Literature in the England of Charles I, Cambridge 1987. Zu einer früheren Periode s. die Arbeit von Greg Walker, Plays of Persuasion. Drama and Politics at the Court of Henry VIII, Cambridge 1991.

<sup>114</sup> S. David L. Smith / Richard Strier / David Bevington, The Theatrical City. Culture, Theatre and Politics in London 1576–1649, Cambridge 1995; und Steven C. Pinckus' bevorstehender Band über „Restoration culture“.

<sup>115</sup> LaCapra, Rethinking Intellectual History (Anm. 62), 36, übt deswegen Kritik an Historikern, Skinner inbegriffen; Hume, Texts within Contexts (Anm. 22).

<sup>116</sup> Joel Fineman, The History of the Anecdote. Fiction and Fiction, in: Veeser, The New Historicism (Anm. 50), 65.

ralismus des Vereinigten Königreichs (oder sollte es heißen „des englischen Liberalismus“?) zu schreiben. Meine Anregung dagegen ist, daß eine Hinwendung zur „Textualität ihrer Texte“ die revisionistische Geschichtsschreibung schärfen könnte, ebenso wie der Revisionismus dem *New Historicism* hilfreich sein könnte. Mit ihrem gesunden Mißtrauen gegenüber jedem Jargon neigen Historiker dazu, den Gebrauch des Wortes „Text“ als eine Mode zu betrachten, die der Vernebelung dient. Auf verschiedenen Konferenzen habe ich Historiker mehr oder weniger resigniert oder sarkastisch sprechen hören von „documents, or texts as we are now taught to call them“<sup>117</sup>. Was wir, fürchte ich, nicht gelernt haben ist, daß es sich nicht um Synonyme handelt. Die unterschiedliche Sprache, die Historiker und Literaturwissenschaftler verwenden, offenbart (oder verbirgt) fundamentale Differenzen über das Quellenmaterial [*records*] unserer Vergangenheit (und Gegenwart) und darüber, wie wir es interpretieren sollen. Der Begriff Dokument [*document*] beispielsweise legt die Assoziation nahe, daß es unterrichtet, belehrt, Evidenz hervorbringt, so als ob es dem Historiker wie einem Schüler keine weitere Handlung abverlangte als zuzuhören<sup>118</sup>. In ähnlicher Weise hat unser anderer Lieblingsbegriff Evidenz [*evidence*] als erste Bedeutung „Klarheit“, „Offensichtlichkeit“ und ist abgeleitet vom lateinischen *videre*, also „sehen“, „wahrnehmen“. Was beide Begriffe implizieren ist, daß die Vergangenheit selbst in der Lage sei, sich mitzuteilen und dem Historiker unmittelbar als klar erkennbares Objekt, unvermittelt durch Präsentationen oder die Zeit, zugänglich zu sein. Und was beide zum Ausdruck bringen, ist ein positivistischer Zugang zur Vergangenheit und ihren Fakten, an dem wir als Historiker instinktiv festzuhalten neigen.

Freilich waren *document* und *evidence* in der Geschichtsschreibung des Mittelalters und der Renaissance selbst noch keine vertrauten oder essentiellen Begriffe, und es wäre interessant, das Aufkommen ihres Gebrauchs in einem historischen Lexikon zu verzeichnen und ihre Geschichte als Teil der Geschichte der historischen Disziplin und des historischen Denkens zu verfolgen<sup>119</sup>. Der Begriff „Text“, obwohl er die Bedeutung von „Original“ oder „Autorität“ erlangt hat, bedeutete wörtlich etwas Gewebtes, kunstvoll Zusammengefügtes. Wenn *evidence* ein festgelegtes Objekt impliziert, verknüpft man mit „Text“ etwas, das aus vielen Fäden gewoben ist (wie eine Textilie), das also auch wieder aufgelöst – eben dekonstruiert – werden kann. Wie ein Text, ein kunstvoll hergestelltes Objekt, erst zum Text, zur Autorität oder zur kanonischen Lehre wird, liegt in diesem Gewebe begrün-

<sup>117</sup> So z. B. der vielsagende Lapsus bei *Lawrence Stone*, History and Postmodernism, in: *Past & Present* 135 (1992), 189–193: „documents – we did not call them texts in those days . . .“; vgl. *Gabrielle Spiegel*, History and Postmodernism, ebd., 194–208.

<sup>118</sup> Oxford English Dictionary, Art. „document“; vgl. *LaCapra*, Rethinking Intellectual History (Anm. 62), 14, 30, 32 f.

<sup>119</sup> Oxford English Dictionary, Art. „discipline“.

det – nämlich in Rhetorik, Form, Sprache, Ton, *genre*, Stimme, Typographie, Interpunktions, Material (Pergament, Papier, Stein), die ihn konstituieren. Von *documents* und *evidence* wie von Texten zu sprechen heißt, sie für fruchtbare historische Fragen zu öffnen, die bisher nicht gestellt worden sind. Wie und warum überzeugte eine Rede? Was verlieh einer Proklamation ihre Autorität? Wie konstituierte dieser politische Traktat, jener Roman eine neue Sprache? Dies sind Fragen, die der Renaissancegesellschaft vertraut waren, als alle Gebildeten noch in Oratorik, Rhetorik, Übersetzung, Sprache geschult waren, als Verfasser und Leser von Literatur (einer Literatur, die alles umfaßte, was wir heute trennen, wie Philosophie, Geschichte und fiktionale Literatur) noch sensibel waren für Gattung, Form und Materialität ihrer Texte.

Heute hingegen gehen Historiker über solche Dinge hinweg oder beschränken sich darauf, separate Geschichten dieser Gegenstände zu schreiben – etwa die Geschichte der Bildung, des Zeitungswesens oder des Buchdrucks. Kein Kommentar hingegen findet sich über die Politik des fortgesetzten Gebrauchs der gotischen Schrift in Proklamationen<sup>120</sup>. Conrad Russell schreibt seitenweise über Parlamentsreden, ohne ihre rhetorischen oder formalen Strategien zu analysieren (um nicht zu sagen zu „dekonstruieren“), die teils intendierten, teils rezipierten Strategien, die eine Äußerung nicht nur in einem spezifischen Moment und Kontext, sondern in einem festgelegten *genre* und einer bestimmten Form konstituieren<sup>121</sup>. Die Analyse von Texten war immer eine Fertigkeit der Literaturwissenschaftler, wie sowohl die *New Critics* als auch die Formalisten zeigen, und die besten *New Historicists* haben sie nicht verlernt, sondern historisiert<sup>122</sup>. Es ist eine Untertreibung, wenn Glenn Burgess feststellt, daß „there is much that historians have to learn from literary scholars about the reading of past texts“<sup>123</sup>. Ich möchte betonen, daß dies sowohl eine Verpflichtung als auch eine Gelegenheit ist: nämlich die Dokumente hinter uns zu lassen, nicht um uns der dünnen Luft nihilistischer Theorie auszusetzen, sondern um die reichen Bedeutungsschichten in Texten – den Schriften wie ihren Lektüren – zu erforschen.

<sup>120</sup> Vgl. Kevin Sharpe, *Reading Revolutions*, New Haven / London 2000, 51.

<sup>121</sup> In den Fußnoten der Werke von Conrad Russel findet sich z. B. kein einziger Hinweis auf Skinner.

<sup>122</sup> Schoenfeldt, *Prayer and Power* (Anm. 111), 13, empfiehlt den New Historicists, die „close textual analysis pioneered by New Criticism“ zu übernehmen.

<sup>123</sup> Burgess, *Revisionist History* (Anm. 72), 119 – 122.

### III. Schreiben und Autorität

Eine genaue Untersuchung von Texten könnte einen der merkwürdigerweise vernachlässigten Fäden des politischen Gewebes offen legen: die Beziehung zwischen dem Wort und der Ausübung von Macht. Im christlichen Glauben war das Wort von Anfang an die Quelle von Autorität. Wie Gott gaben Könige den Dingen Namen; die königliche Stimme drückte „the ability of the royal person to generate new meanings“ aus, und „the royal utterance was seen as the source [...] of all meaning“<sup>124</sup>. Das Wort des Königs, gesprochen oder geschrieben, in Person oder in Vertretung geäußert (durch Privatsiegel des Königs oder Stempel), autorisierte alle Handlungen; andere Personen leiteten ihre Autorität von dieser Autorisierung ab, im Namen des Königs zu sprechen.

In vielerlei Hinsicht erweiterte die Entwicklung des Buchdrucks diese Autorität. Das Gedruckte war öffentlich, und es machte öffentlich. Durch die gedruckte Proklamation konnte der König alle Gegenden seines Reiches erreichen, zu einer Zeit, als der Zusammenbruch feudaler Besitzverhältnisse die Beziehungen bedrohte, die seine Person mit dem niedrigsten seiner Vassallen verbanden. Die Proklamation richtete sich auch an Analphabeten und befahl auch ihnen. An das Marktkreuz geheftet, in Typographie und Form als königliches Wort gekennzeichnet, war sie das Medium, durch das die Untertanen am häufigsten die Autorität des Königs direkt erfuhren. Genau genommen geschah das natürlich nicht „direkt“. Der Buchdruck erweiterte die königliche Autorität, aber er vermittelte sie auch; genau wie man sagen kann, daß gedruckte Bücher den Verfasser vom Leser entfernten, indem sie Buchdrucker und Buchbinder zwischen den Produzenten und den Konsumenten der Schrift stellten, so trug der Buchdruck, indem er die Autorität erweiterte, zum Prozeß ihrer Entpersonalisierung bei<sup>125</sup>. Mit der zunehmenden Vermittlung von Autorität durch die gedruckte Proklamation, das gedruckte Statut oder die gedruckte Ratsverfügung wurde der Text mit der Autorität „identifiziert“ und war nicht mehr nur das Medium dieser fernen Autorität. Der Buchdruck verlieh diese Autorität auch anderen. Während es nahezu unmöglich, ja Hochverrat war, die Unterschrift des Königs nachzuahmen, war es doch möglich, sich die Autorität, die in dem Gedruckten und durch das Gedruckte zum Aus-

<sup>124</sup> Love, Scribal Publication (Anm. 103), 162. Vgl. Jack Goody, *The Logic of Writing and the Organisation of Society*, Cambridge 1986, 119 – 122.

<sup>125</sup> S. Elizabeth L. Eisenstein, *The Printing Press as an Agent of Change. Communications and Cultural Transformations in Early Modern Europe*, Cambridge 1979, 132. S. Walter J. Ong, *Orality and Literacy*, Ithaca, N.Y. 1981. Zu einer interessanten Kritik an Eisenstein s. Adrian Johns, *The Nature of the Book. Print and Knowledge in the Making*, Chicago 1998. Adrian Johns' Werk ist nach Fertigstellung meines Buches erschienen und bietet nützliche Perspektiven zur Beziehung des gedruckten Wortes zu Glaubwürdigkeit und Autorität.

druck gebracht wurde, in demselben Medium anzueignen. Nicht lange nach der Einführung des Buchdrucks in Europa demonstrierte die Reformation machtvoll dessen Fähigkeit zur Verbreitung, zur Herausforderung und schließlich zur Zerstörung von „Autoritäten“ sowohl schriftlicher als auch politischer Art. Die Lutherbibel übersetzte [*translated*] im wörtlichen Sinne die Autorität sowohl der Vulgata als auch des Vatikans. Die Flut protestantischer Flugschriften, illustriert mit polemischen Holzschnitten zur Verunglimpfung von Papst und Kardinälen, reichte tief in die Volkskultur und die Gemeinden hinein<sup>126</sup>. Fast von Beginn an präsentierte sich der Buchdruck als das Medium, durch das Autorität repräsentiert und kommuniziert, verunglimpft und bekämpft werden sollte.

Die Tudor-Dynastie, die auf der prekären Autorität eines Sieges in der Schlacht gegründet war, machte sich diese Ambivalenz des Buchdrucks zunutze. Die Namensgebung seines Sohnes Arthur durch Heinrich VII. war nur der höchst persönliche Ausdruck seiner Sorge um etwas, das Harold Love „fictions of state“ genannt hat, symbolische Konstrukte, die beschworen wurden, um die Ausübung politischer Herrschaft zu legitimieren<sup>127</sup>. Heinrich VIII. und seine Minister beschäftigten eine ganze Mannschaft von Flugschriftautoren zur Verbreitung der Werte, die den Tudor *commenweal* konstituieren und die königliche Autorität gegen dynastische oder religiöse Anfechtungen absichern sollten<sup>128</sup>. Zunächst zögerte Heinrich, nicht zuletzt infolge der Ereignisse in Deutschland, eine englische Bibel zuzulassen; als er sie zuließ, war sie in hohem Maße das Buch des Königs, mit einem Titelblatt, das Heinrich darstellte, wie er seinen Bischöfen und seinem Königreich das Wort präsentierte. Durch die Bibel des Königs unterstrich Heinrich die Verbindung zwischen dem Text und seiner Autorität, seinen Besitz der Macht des Wortes ebenso wie der Stimme der Macht<sup>129</sup>. Das Buch des Königs war nicht das Werk des Geistes und der Feder Heinrichs VIII. Er war nicht „Autor“, sondern er „autorisierte“ das Werk, eine Unterscheidung, die, wie wir sehen werden, im 16. Jahrhundert weder die Klarheit noch die Bedeutung hatte, die sie für uns heute hat<sup>130</sup>. Hingegen mag Heinrich zumindest die Hand im Spiel gehabt haben beim

<sup>126</sup> David R. Olson, *The World on Paper. The Conceptual and Cognitive Implications of Writing and Reading*, Cambridge 1994, 53–60; Robert W. Scribner, *For the Sake of Simple Folk*, Cambridge 1988; Tessa Watt, *Cheap Print and Popular Piety 1550–1640*, Cambridge 1991.

<sup>127</sup> Love, *Scribal Publication* (Anm. 103), 141.

<sup>128</sup> S. Geoffrey R. Elton, *Reform and Renewal. Thomas Cromwell and the Common Weal*, Cambridge 1973.

<sup>129</sup> S. *The Bible in English*, 1539; John N. King, *Tudor Royal Iconography*, Princeton 1989, 32 f.; Greg Walker, *Persuasive Fictions. Faction, Faith and Political Culture in the Reign of Henry VIII*, Aldershot 1996, 92 f.

<sup>130</sup> S. *Oxford English Dictionary*, Art. „author“, und vgl. Thomas Hobbes, *Leviathan*, hrsg. v. Richard Tuck, Cambridge 1991, Kap. 16.

Verfassen sowie bei der Autorisierung der polemischen Flugschriften zur Verteidigung der römisch-katholischen Sakramente und zum Angriff gegen Luther<sup>131</sup>. In noch höherem Maße als die Leinwände, auf denen Holbein die dynastische Autorität der Tudors konstruierte, waren Schriften und Buchdruck dazu angetan, das Fundament der Herrschaft Heinrichs VIII. zu bilden.

Die Schwierigkeiten, denen sich die beiden letzten Tudors ausgesetzt sahen, waren zu einem nicht geringen Teil durch die Wirkung der Geschlechterrollen [*gendering*] in den Reden und Schriften des 16. Jahrhunderts verursacht. Frauen wurde vorgeschriven zu schweigen; Schreiben blieb ein männliches Reservat, zumindest bis zum Bürgerkrieg oder zur Restauration, als Schauspielerinnen erstmals Sprechrollen auf der Bühne übernahmen und Aphra Benn als Frau den Anspruch auf einen Platz sowohl in der Welt des Buchdrucks als auch der Politik geltend machte<sup>132</sup>. Aber wie auch immer diese Verbote aussahen; ihre erfolgreiche Übertretung durch Elisabeth I. war für den Erfolg ihrer Herrschaft wesentlich. In der Tat beherrschte die Königin die Kunst des klugen Sprechens, Schreibens und Regierens, ohne doch die Wertvorstellungen, die all das als männliches Vorrecht privilegierten, zu unterminieren. Dennoch waren, wie ich zu zeigen versucht habe, Elisabeths Gebete und Übersetzungen Texte der Macht, Akte einer Monarchin, die, nicht weniger als Shakespeares Richard II., wußte, daß ihre Autorität eins mit ihrem Wort war<sup>133</sup>.

Elisabeths Nachfolger lebte nicht nur nach dieser Überzeugung, er verkörperte sie. Die polemischen Schriften Jakobs I. und seine Paraphrasen der Heiligen Schrift sind allgemein bekannt, warten aber noch auf eine genaue Analyse als Texte der Macht. Darüber hinaus schrieb Jakob VI. als König von Schottland Gedichte und eine kritische Abhandlung über das Schreiben von Poesie, die veröffentlicht wurde, bevor er auf den englischen Thron kam. Wie zahlreiche panegyrische Verse über ihn belegen, wurde Jakob ebenso als Autor wie als Herrscher wahrgenommen. Und beides war nicht voneinander zu trennen: Jakob selbst war nahe daran zu sagen, daß *the best of poets*, wie Ben Jonson es ausdrückte, *the best of kings* sei<sup>134</sup>. Seine „Workes“, ein großer Foliant, waren, wie Titelkupfer und Vorwort deutlich machen, das königliche Wort und ein königlicher Akt – eine Regierungshandlung<sup>135</sup>. Was Jakob verfaßte, sein Wort, ergänzte jenen anderen

<sup>131</sup> *Henry VIII, The Glasse of Truth*, 1532; *ders.*, *Assertio Septem Sacramentorum*, 1521. S. *John J. Scarisbrick*, *Henry VIII*, Harmondsworth 1971, 152–158.

<sup>132</sup> S. Suzanne W. Hull, *Chaste, Silent and Obedient. English Books for Women 1475–1640*, San Marino 1988; *Isobel Grundy / Susan Wiseman*, *Women, Writing, History, 1640–1740*, London 1992.

<sup>133</sup> Kevin Sharpe, *The King's Writ. Royal Authors and Royal Authority in Early Modern England*, in: Sharpe / Lake, *Culture and Politics* (Anm. 8), 119–123.

<sup>134</sup> Ben Jonson, *Poems*, hrsg. v. Ian Donaldson, Oxford 1985, 223.

Folianten, geschmückt mit seinem Bild, das Wort, das er „autorisierte“, die Englische Bibel, veröffentlicht 1611 als „Authorised King James Version“<sup>136</sup>.

Wenn Jakob VI./I. darauf vertraute, daß sein Wort und seine Autorität unwidersprochen blieben, so sollte er enttäuscht werden. Andere Institutionen – insbesondere das Parlament – beanspruchten ihre eigene Autorität durch die Veröffentlichung von Reden und Protesten, und die ersten Zeitungen und *corantos* veröffentlichten ihre Versionen des Geschehens im Ausland für ein informationshungriges Publikum<sup>137</sup>. Weit davon entfernt, Schriften und Druckwesen unter Kontrolle zu haben, stand der König einer *country opposition* gegenüber, die zum Teil durch die Veröffentlichung von Flug- und Nachrichtenblättern konstituiert und aufrechterhalten wurde<sup>138</sup>. Die königliche Autorität wurde nicht zuletzt dadurch angefochten, daß die königlichen Äußerungen und Texte Reaktionen und Widerspruch herausforderten.

Die Überzeugung, der König könne das Wort kontrollieren und sein umstrittenes Wort sei die Quelle seiner Macht, war immer nur eine Fiktion gewesen, eine Wiederholung der „Fiktion“ des göttlichen Logos aus dem ersten Satz des Johannesevangeliums: „Am Anfang war das Wort.“ Lange Zeit blieb diese Fiktion jedoch verborgen. Freilich erodierte sie durch eine Reihe von kulturellen Veränderungen, deren Wirkungen noch genauer zu untersuchen sind. Einerseits verstärkte das Wiederaufleben der Antike und der klassischen Redekunst die enge Verbindung von Rhetorik und Macht, andererseits lenkte das aber zugleich die Aufmerksamkeit auf die mögliche Differenz zwischen Sprache und Wahrheit, auf die Fähigkeit von Worten (und ihren Autoren), etwas falsch oder richtig darzustellen. In ähnlicher Weise wurde durch die Blüte des Dramas im Elisabethanischen und Jakobitischen London das Publikum, Volk ebenso wie Elite, mit der Form des Dialogs vertraut. Auf der Bühne spielten Knaben den König und sprachen das „königliche“ Wort. Man muß sich vergegenwärtigen, daß, als „Richard II.“ seine berühmte Rede über das königliche Wort und das königliche Amt hielt, ein Knabe die Worte Shakespeares sprach, die der Dramatiker wiederum zum

<sup>135</sup> S. The Workes of the Most High and Mighty Prince James, 1616, Vorwort an den Leser; und zur Diskussion des Titelblatts *Margery Corbett / Ronald Lightbown, The Comely Frontispiece. The Emblematic Title Page in England*, London 1979, 137–144.

<sup>136</sup> Herbert pries das königliche bzw. göttliche Wort und einen König, der „might be gazed upon on paper“. *Schoenfeldt, Prayer and Power* (Anm. 111), 29. In der Widmung an Jakob in der „Authorised Version“ beschreiben ihn die Übersetzer als „the principal mover and author of the work“ (Hervorhebung K.S.).

<sup>137</sup> Joseph Frank, *The Beginnings of the English Newspaper 1620–1660*, Cambridge, Mass. 1961.

<sup>138</sup> S. Richard Cust, *News and Politics in Seventeenth Century England*, in: *Past & Present* 112 (1986), 60–90.

Teil den Quellen entnommen hatte<sup>139</sup>. Das Theater führte vor, daß die *ictions of state* von anderen verfaßt sein konnten, und damit ging auch die Legitimation oder die Infragestellung von Autorität auf andere über.

Teil dieser Entwicklung ist zweifellos auch das sich verändernde Verhältnis zur Autorschaft. Die Literaturwissenschaftler haben begonnen, dieses Thema als Teil der Geschichte des Schriftstellerberufs, d. h. von Urheberrecht und *royalty*, oder als Kapitel der Geschichte von Individualität und Subjektivität zu erforschen<sup>140</sup>. Die Historiker sollten erkennen, daß die Geschichte der Autorschaft und des geistigen Eigentums zur politischen Geschichte gehört, denn die Debatten über literarisches Eigentum waren für den Kampf um die Herrschaft nicht weniger wichtig als der Widerstand gegen Steuern, Abgaben und Beschlagnahmung von Grundbesitz<sup>141</sup>. In der Epoche der Renaissance wandelte sich der Maßstab für die Bewertung von Texten; statt aufgrund ihres autoritativen Ursprungs wurden Texte zunehmend aufgrund der kreativen Autonomie ihres Autors und ihrer Originalität geschätzt<sup>142</sup>. Wie so oft war es Montaigne, der diesen Wandel artikulierte. Obwohl er wie andere auch bei den etablierten *auctores* seiner Zeit geistigen Diebstahl an *sententiae*, *adages* und Informationen beging, gab er das Werk als sein eigenes (und sich selbst als Gegenstand seines Buches) aus<sup>143</sup>. Mit diesem Anspruch eignete sich der Autor nicht nur die Autorität seiner Quelle an – obgleich das an sich schon eine Revolution darstellte. Er erhob damit auch den *tatsächlichen* Autor eines Textes über die Person oder Institution, die ihn autorisierte. Diejenigen, die wie Thomas Starkey und Richard Morison unter Heinrich VIII. oder Thomas Nashe unter Elisabeth als *spin doctors* angestellt wurden, um eine bestimmte Ansicht von Herrschaft zu präsentieren oder (im Falle Nashes) Angriffe gegen sie abzuwehren, wurden im Laufe des 17. Jahrhunderts zu öffentlichen Personen, deren Namen und Autorität Könige und Regierungen sich für ihre Dienste zu sichern suchten, und Schriftsteller genossen offizielle Patronage und Imprimatur. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts besaßen Schriftsteller, wie Drydens Kar-

<sup>139</sup> Zur überraschenden zeitgenössischen Wahrnehmung solcher Fiktionen vgl. Sharpe, *Reading Revolutions* (Anm. 120), 222.

<sup>140</sup> S. Roger Chartier, *Figures of the Author*, in: ders., *The Order of Books*, Cambridge 1994, Kap. 2; Mark Rose, *Authors and Owners. The Invention of Copyright*, Cambridge, Mass. 1993; Martha Woodmansee / Peter Jazzi (Hrsg.), *The Construction of Authorship. Textual Appropriation in Law and Literature*, Durham, N.C. 1994; Johns, *Nature of the Book* (Anm. 125), 246–248, 365 f.

<sup>141</sup> Ein Zusammenhang, den Milton in „Eikonoklastes“ hergestellt hat.

<sup>142</sup> David Quint, *Origin and Originality in Renaissance Literature*, New Haven 1983, 219.

<sup>143</sup> Deborah N. Losse, *From Auctor to Auteur. Authorisation and Appropriation in the Renaissance*, in: *Medievalia et Humanistica* 16 (1988), 153–163; vgl. Adi Ophir, *A Place of Knowledge Re-created. The Library of Michel de Montaigne*, in: *Science in Context* 4 (1991), 163–189, bes. 180–182.

riere zeigt, selbst Autorität, die sie an einen König oder an eine Partei verkaufen konnten<sup>144</sup>.

Die Folgen dieser Entwicklungen für die Herrschaft sind noch nicht ganz klar und wurden auch zur damaligen Zeit nicht völlig erkannt. Die Fiktion, daß das Wort des Königs die Quelle aller Autorität sei, überdauerte Ereignisse wie die Publikation der „Petition of Right“ oder die Aneignung des „offiziellen“ Genres der Untersuchungsberichte durch die Kritiker Karls I., die aus Prynne, Burton und Bastwick Märtyrer machten<sup>145</sup>. Alle loyale Rhetorik, die die *Kirk* aufbot, konnte die schwere Verletzung der königlichen Autorität nicht verbergen, die die heftigen Angriffe der Schotten auf einen Text, den der König autorisiert hatte, das „Prayer Book“, darstellten<sup>146</sup>. Dem Bürgerkrieg war, wie wir wissen, ein Krieg der Druckerresse vorausgegangen, ein Krieg der Worte, den der König so lange verlor, bis andere „Autoren“, vor allem Edward Hyde, rekrutiert waren, um seine Autorität wiederherzustellen und neu zu schreiben<sup>147</sup>. Während der 1640er Jahre waren es nicht nur Royalisten und Parlamentsanhänger, die um den Sieg stritten. Das Wort und das Schwert, Legitimation und Eroberung, konkurrierten miteinander um die Geltendmachung von Autorität. Die Truppen Karls I. verloren die militärische Schlacht; aber der König ging daran, den Krieg – mit Worten und um Worte – zu gewinnen, um seinen Feinden die Früchte ihres Sieges streitig zu machen. Ein solches Ziel schien keineswegs leichter zu erreichen als der Waffenerfolg. Die ganzen 1640er Jahre hindurch war auf jedes Wort des Königs geantwortet worden, es war geprüft, veröffentlicht und als Täuschung entlarvt worden: Das königliche Wort hatte jeden Rest von Autorität zur Sicherung von Vertrauen oder zur Definition von Bedeutungen oder Werten verloren<sup>148</sup>. Doch in „Eikon Basilike“, dem Buch, das am Tag nach seiner Exekution in seinem Namen veröffentlicht wurde, beanspruchte Karl I. für das Wort oder den Text des Königs eine Position jenseits des Flugblattstreits: Er eignete der Monarchie das göttliche Recht, den göttlichen Logos, das Wort, wieder zu<sup>149</sup>.

<sup>144</sup> *Sharpe / Zwicker*, Refiguring Revolutions (Anm. 11), 9; *Love*, Scribal Publication (Anm. 103), 173 – 176.

<sup>145</sup> S. *Kevin Sharpe*, The Personal Rule of Charles I, New Haven [u. a.] 1992, 758 – 765.

<sup>146</sup> *Ebd.*, 813 – 822.

<sup>147</sup> *Joan E. Hartman*, Restyling the King. Clarendon writes Charles I, in: Pamphlet Wars. Prose in the English Revolution, hrsg. v. James Holstun, London [u. a.] 1992, 45 – 59.

<sup>148</sup> Gleichwohl ist bedenkenswert, daß die Publikation seiner eigenen Worte als verheerendste Attacke auf Karl I. betrachtet wurde: seine Briefe an Henrietta Maria, publiziert in „The King's Cabinet Opened“, 1645. S. *Joad Raymond*, Popular Representations of Charles I, in: The Royal Image. Representations of Charles I, hrsg. v. Thomas N. Corns, Cambridge 1999, 47 – 73.

<sup>149</sup> *Sharpe*, King's Writ (Anm. 133), 135 – 138.

Der Bürgerkrieg und der Königsmond waren kritische Momente in der Beziehung zwischen Text und Autorität. Wie Love scharfsinnig (wenn auch nicht elegant) argumentiert hat: „The rejection of the royal authority by the parliament disposed [...] of the fiction of a single signification – conferring voice as the source of political authority, and initially must have seemed to open the way to a babble of mutually competing voices“<sup>150</sup>. Auf diese Krise reagierten die parlamentarischen Regierungen mit der Forderung nach der Unterzeichnung einer Reihe von Texten, die die Autorität für sie selbst reklamierten: das Gelöbnis und den *covenant* von 1643, die *Solemn League* von 1644. Royalisten versicherten wiederum im Gegenteil, *where the word of a King is there is Power*<sup>151</sup>. Die Identität des Königs als Autor und Autorität behauptete sich so unerschütterlich, daß der „königliche“ Text des „Eikon“ dazu angetan schien, die Rechtmäßigkeit und Autorität der neuen Republik zu gefährden<sup>152</sup>. Weil er diese Bedrohung spürte und fürchtete, warf Milton alle Argumente, die gegen die Autorität dieses Textes aufgeboten werden konnten, in die Waagschale – sozusagen gegen die Textualität der Monarchie selbst. In der Schrift „Eikonoklastes“ versuchte Milton die Verbindung zwischen Text und Macht zu zerstören<sup>153</sup>. Er berief sich auf die alte, noch immer wirksame Auffassung, daß die Autorität eines Textes auf seinen *auctores* beruhe, und beschuldigte Karl I., geistigen Diebstahl an anderen Texten begangen zu haben, ohne seine *authorities* anzugeben<sup>154</sup>. Zweitens bestritt er die Autorschaft des Königs aufgrund des Stils, der Umstände und der Persönlichkeit und beraubte damit die Worte der Autorität eines königlichen Autors<sup>155</sup>. Schließlich öffnete er durch die Dekonstruktion des Buches des Königs den Text und die Autorität für andere, verschiedenartige Deutungen und reklamierte Autorität für alle Leser und Verfasser von Texten<sup>156</sup>.

Es ist nicht klar, inwiefern Milton einen Bruch zwischen dem königlichen Autor und der königlichen Autorität herbeiführte, geschweige denn, inwiefern er einen revolutionären Leser schuf. Das „Eikon“ blieb populär als das authentische Wort eines Märtyrerkönigs, und die Republik vermochte keine

<sup>150</sup> Love, Scribal Publication (Anm. 103), 135 – 138.

<sup>151</sup> The Rebels Looking Glasse, 1649, Thomason E 554 / 23, 1.

<sup>152</sup> S. Kevin Sharpe, „An Image Doting Rabble“. The Failure of Republican Culture in Seventeenth Century England, in: Sharpe/Zwicker, Refiguring Revolutions (Anm. 11), 33 – 35.

<sup>153</sup> John Milton, Eikonoklastes, in: The Works of John Milton, Bd. 5, hrsg. v. William H. Haller, New York 1932; Richard Helgerson, Milton Reads the King's Book. Print, Performance, and the Making of a Bourgeois Idol, in: Criticism 29 (1987), 1 – 25.

<sup>154</sup> Milton, Eikonoklastes (Anm. 153), 83 – 89.

<sup>155</sup> Ebd., 64 – 68, 72, 104, 258 f., 264.

<sup>156</sup> Vgl. Sharpe, Reading Revolutions (Anm. 120), 291 f.

eigene Legitimität zu erzeugen<sup>157</sup>. Diejenigen, die wie Sir Thomas Browne den Druck königlicher Reden ebenso wie die Fälschung königlicher Münzen als Hochverrat brandmarkten, machten die Autorität davon abhängig, daß ein einziger Autor die Bedeutung bestimmte<sup>158</sup>. Hobbes hielt es für wesentlich, daß sein Souverän die Sprache kontrollieren und ein souveränes Recht über alle Bedeutungszuschreibungen haben müsse<sup>159</sup>. Die vielen, die den Bürgerkrieg und die Republik in ihren Flugschriften als Babel bezeichneten, wünschten die Rückkehr eines königlichen Autors ebenso wie der königlichen Herrschaft. Wie David Lloyd, der Autor eines Traktats, das ebenfalls den Titel „Eikon Basilike“ trägt, am Vorabend der Restauration formulierte: „I wish our Sovereign would exercise a pen as imperial as his sceptre and write himself with the same royalty that he lives“<sup>160</sup>.

Der Wunsch selbst mag konservativ gewesen sein, aber Lloyds Sprache war neu, ja überraschend postmodern. Der Hinweis auf den König, der selbst schreibt, erkannte explizit an, daß die neue *fiction of state* der Restauration sich von früheren Regierungen und von dem Werk der Königs, dessen Titel Lloyd übernahm, unterschied. Die *fiction of state* der Restauration „made little attempt to disguise its fictive nature“<sup>161</sup>. Karl II. selbst erzählte nicht nur seine Flucht vor Cromwells Truppen als eine Geschichte (*story*); als er sie wieder erzählte, setzte er die Mittel der Fiktion offen ein – Spannung, *plot* und *character*<sup>162</sup>. Und obwohl es die Geschichte des Königs war, waren die Autoren von „Boscobel“ und „The Royal Oak“ andere, Teil-Akteure, die ihre eigene Geschichte erzählten, sie unter ihrem eigenen Namen veröffentlichten und die Rolle des Königs auf ihre Art darstellten. In der veränderten Welt der Restauration „responsibility for sustaining fictions of authority had been passed to the professional makers of fiction“ – den Autoren<sup>163</sup>.

Eine einfache Erzählung der Geschichte der Beziehung zwischen Text und Herrschaft (*authority*) im frühneuzeitlichen England könnte schließlich

<sup>157</sup> Sharpe, „An Image Doting Rabble“ (Anm. 152); für eine andere Sichtweise vgl. neuerdings Sean Kelsey, *Inventing a Republic. The Political Culture of the English Commonwealth, 1649–53*, Manchester 1997.

<sup>158</sup> Pamphlet Wars (Anm. 147), 25.

<sup>159</sup> Hobbes, *Leviathan* (Anm. 130), Kap. 6; vgl. Sharon Achinstein, *The Politics of Babel in the English Revolution*, in: Pamphlet Wars (Anm. 147), 14–44, bes. 31 zu Clevelands Argument, daß „only the king has authority to validate language“.

<sup>160</sup> David Lloyd, *Eikon Basilike or the True Portraiture of His Sacred Majesty Charles II*, 1660, E 1922/2, 3.

<sup>161</sup> Love, *Scribal Publication* (Anm. 103), 164.

<sup>162</sup> William Matthews (Hrsg.), *Charles II's Escape from Worcester. A Collection of Narratives Assembled by Samuel Pepys*, Berkeley 1966.

<sup>163</sup> Boscobel or The History of His Sacred Majesties Most Miraculous Preservation ..., 1660, E 1838/2; The Royal Oak, 1660, E1023/15; Love, *Scribal Publication* (Anm. 103), 173.

den Weg von der Autorität der Quellen (*authorities*) und der sie Autorisierenden zur zunehmenden Unabhängigkeit der Autoren nachzeichnen, die gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu politischer und kultureller Bedeutung gelangten. Eine solche Erzählung setzte sich aber nicht nur dem Vorwurf aus, sie sei whiggistisch; sie wäre auch zu einfach. Autoren und Texte hatten nicht nur Teil an der Kultur, sie brachten sie auch hervor; und größere kommerzielle und gesellschaftliche Veränderungen – das Wachstum der Städte, die Entwicklung einer Verbraucherkultur, die Lockerung von Patronagebindungen – veränderten den Ort von Autoren und Texten ebensosehr wie der Wandel im Druckgewerbe, in der Produktion, im Preis und Vertrieb von Büchern<sup>164</sup>. Was aber die Autor- / Autorisierungs- / Autoritäts-Achse an Wesentlichem ausläßt, ist das Publikum dieser Texte: die Leser oder „Subjekte“ des Textes (im doppelten Sinne des Wortes). Wenn wir verstehen sollen, wie Autorität im frühneuzeitlichen England ausgeübt und erfahren wurde, müssen wir verstehen, wie die Texte der Autorität gedeutet wurden.

\* \* \*

Eine neue Hinwendung zu den Dokumenten, zu allen historischen Quellen als „Texten“ würde, so vermute ich, nicht nur unser Verständnis dieser Quellen selbst verändern. Sie würde zu einem neuen Verständnis der Geschichte von Gesellschaft und Staat in der Frühen Neuzeit führen, indem sie diese Geschichte als eine Reihe von Aushandlungen und Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Bedeutung von Worten und Zeichen erscheinen ließe. Nur durch das Studium der Performanz und Rezeption von Texten, über die von den Autoren und Herrschern intendierten Bedeutungen hinaus, können Historiker zu den Dialogen der Zeitgenossen selbst vordringen und auf diese Weise zu einem angemesseneren Verständnis der Beziehung zwischen den zeitgenössischen Diskursen und den politischen Auseinandersetzungen gelangen, die sich schließlich im Bürgerkrieg entluden.

---

<sup>164</sup> William A. Speck, *Society and Literature in England 1700–1760*, Dublin 1963; John Brewer/Roy Porter (Hrsg.), *Consumption and the World of Goods*, London [u. a.] 1993; Pat Rogers, *Grub Street*, London 1972.

## **II. Fallstudien**



# Frühneuzeitliche Staatsbildung und politische Kultur

## Für die Veralltäglichung eines Konzepts

Von *Birgit Emich*, Freiburg

Was muß eine Kulturgeschichte des Politischen leisten? Sie darf sich nicht auf eine Sektorenwissenschaft nach dem Käsekuchenmodell verengen lassen, sie muß statt dessen eine Perspektive auf das Ganze eröffnen. Dieses Ganze, etwas vage: das Politische, soll sie nicht nur in einem anderen Licht präsentieren, sondern besser erklären als konventionelle Ansätze. Und sie sollte sich an die sogenannten „harten“ Themen der Politik- und Verfassungsgeschichte heranwagen, das heißt auch: an Prozesse auf der Makroebene. Mit einem solchen makrohistorischen Prozeß, der überdies zu den klassischen Themen der Politik- und Verfassungsgeschichte gehört, will ich mich beschäftigen: mit der Staatsbildung, genauer: mit der Staatsbildung in der Provinz. Mir geht es um das, was man territoriale Integration nennen könnte: um die Einbindung von neu erworbenen Gebieten. Diese territoriale Integration ist ein Grundvorgang der vom Staatenschwund geprägten Geschichte Europas in der Neuzeit: Von den über 500 unabhängigen politischen Einheiten, die Europa zu Beginn der Neuzeit zu bieten hatte, waren bis 1900 nur 25 übriggeblieben<sup>1</sup>. Der Rest, immerhin einige hundert Gebiete, wurde von den Siegern in diesem staatlichen Verdrängungswettbewerb „geschluckt“: zunächst durch Ehe, Erbe oder Eroberung in Besitz genommen, danach in die Strukturen des bestehenden Herrschaftssystems integriert. Aber wie diese Integration funktionierte, ist gerade für die Frühe Neuzeit kaum untersucht. Und ein Modell, das solche Prozesse in ihrer Vielschichtigkeit erklären könnte, hat die Literatur zum Thema schon gar nicht zu bieten. Schuld daran ist ein klassisches Mikro-Makro-Problem. Zu lösen, so meine These, ist es allein mit einer Kulturgeschichte des Politischen, genauer: mit der Erweiterung der konventionellen Forschung durch das Konzept der politischen Kultur.

Um diese These zu entwickeln, vollziehe ich einen Dreisprung: Im ersten Schritt nehme ich einen kurzen theoretischen Anlauf über den Begriff der

---

<sup>1</sup> Die Zahlen nach *Charles Tilly*, *Reflections on the History of European State-Making*, in: *The Formation of National States in Western Europe*, hrsg. v. dems., Princeton 1975, 3–83, hier 15.

Integration und seine methodischen Schwierigkeiten. Im ebenfalls kurzen zweiten Schritt werde ich die Forschungslage auf dieses Problem hin durchmustern und einen Lösungsvorschlag skizzieren. Im dritten Schritt, dem deutlich längsten, kommen die Ergebnisse einer Studie zum Einsatz, die ich auf der Basis dieses Modells durchgeführt habe<sup>2</sup>. Nach dieser Landung in der Praxis dürfte sich vermessen lassen, worin der wissenschaftliche Mehrwert eines solchen Perspektivenwechsels besteht und was dies umgekehrt für den kulturalistischen Ansatz bedeuten könnte.

Daß Prozesse territorialer Integration zwar auf der historischen Makroebene angesiedelt werden, ohne den Blick auf die Mikroebene aber nicht zu erklären sind, deutet bereits der Begriff „Integration“ an. Dieses Wort wird zwar selten definiert und noch seltener methodisch reflektiert. Und der Blick ins Lexikon hilft auch kaum weiter: Integration, so die Handbücher, ist das Zusammenwachsen von Teilen zu einem neuen Ganzen<sup>3</sup>, also alles und nichts. Die Versuche, den Begriff zu präzisieren, machen die Sache nicht unbedingt besser. In unterschiedlichen Kombinationen und überlappender Bedeutung ist die Rede von kultureller und mentaler, von staatlicher und wirtschaftlicher, von rechtlicher und politischer Integration<sup>4</sup>. Etwas Ordnung in diesen Wust bringt ein klassisches Begriffspaar der Soziologie: Systemintegration und Sozialintegration<sup>5</sup>. Die Systemintegration umfaßt die staatliche, politische, institutionelle und rechtliche Integration, der Sozialintegration werden die kulturelle und mentale Integration zugeschlagen. Diese beiden Pole machen immerhin eines deutlich: Integration kann sowohl auf der Makroebene des Systems als auch auf der Mikroebene der Individuen stattfinden. Und genau das ist das methodische Problem bei der

<sup>2</sup> Birgit Emich, Territoriale Integration in der Frühen Neuzeit. Ferrara und der Kirchenstaat, Köln/Weimar/Wien 2005. Da im folgenden einige Ergebnisse dieser Studie zusammengefaßt werden und nicht alle Aussagen bis ins Detail nachgewiesen werden können, muß ich für die Belege hin und wieder auf die genannte Arbeit verweisen. Für die entsprechenden Selbstzitate bitte ich um Nachsicht.

<sup>3</sup> So lautet der gemeinsame Nenner der Definitionen bei Wilhelm Bernsdorf, Integration, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. dems., Stuttgart 1969, 469–473, hier 469; Rudolf Smend, Integration, in: Evangelisches Staatslexikon, Berlin 1966, Sp. 803–805, hier Sp. 803; Dieter Nohlen, Integration, in: Lexikon der Politik, hrsg. v. dems., Bd. 7, Politische Begriffe, München 1998, 277–279, hier 277.

<sup>4</sup> Diese Formen der Integration werden in fast allen der in der vorherigen Anm. angeführten Lexikonartikel aufgezählt.

<sup>5</sup> Auf den Punkt gebracht wurde die Unterscheidung der verschiedenen Integrationsebenen von David Lockwood, Social Integration and System Integration, in: Explorations in Social Change, hrsg. v. George K. Zollschan/Walter Hirsch, Boston 1964, 244–257 (dt.: Soziale Integration und Systemintegration, in: Theorien des sozialen Wandels, hrsg. v. Wolfgang Zapf, 2. Auflage Köln/Berlin 1970, 124–137). Laut Lockwood bezieht sich das Problem der sozialen Integration auf die „relationships between the *actors*“, die Systemintegration auf die „relationships between the *parts* of a social system“ (245), unter denen er sowohl *groups* als auch *structural elements* (249, Anm. 6) versteht (Hervorhebungen im Orig.).

territorialen Integration: Wenn es um die Einbindung einer neuen Provinz und ihrer Bewohner geht, muß man beide Ebenen in den Blick nehmen: Makro- wie Mikroebene, Strukturen wie Menschen<sup>6</sup>. Zu fragen ist also nach den Institutionen des Staates und den politischen wie sozioökonomischen Strukturen. Zu fragen ist aber auch nach den Identitäten und Loyalitäten der Untertanen, nach den Sinngebungen, Werten und Strategien der Akteure. Und zu fragen ist schließlich nach dem, was diese beiden Ebenen verbindet: nicht nur nach den Widerspiegelungen der staatlichen Integration auf der mentalen Ebene, nach denen Winfried Schulze fragt<sup>7</sup>, sondern auch und vor allem nach den Wechselwirkungen zwischen staatlichem und individuellem Handeln, nach ihrem gemeinsamen Nenner.

Dieses methodische Problem im Hinterkopf, will ich zunächst die Forschungslage zur territorialen Integration in der Frühen Neuzeit durchmustern. Drei Modelle hat die Literatur zu bieten. Der erste, etwas aus der Mode gekommene Ansatz konzentriert sich auf den Staat und seine Institutionen im traditionellen Sinn. In dieser Sicht sind neuerworbene Gebiete integriert, sobald ihre administrativen Strukturen angeglichen und in die Hierarchie des dominierenden Staates eingebunden sind. Integration durch Institutionen, lautet die Formel, die noch heute und wohl nicht ganz zufällig in der Forschung zu Preußen und seinen Provinzen begegnet<sup>8</sup>. Die beiden

<sup>6</sup> Laut Jürgen Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a. M. 1976, 222, steht hinter dem Begriffspaar Systemintegration – Sozialintegration nichts anderes als die soziologische Grundfrage, „wie die system- und handlungstheoretischen Grundbegriffe einander zugeordnet werden können“, mit anderen Worten: ein klassisches Mikro-Makro-Problem. Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1997, lehnt diese Unterscheidung erwartungsgemäß als „alteuropäisch“ ab (Bd. 2, 601) und spricht statt dessen von Inklusion und Exklusion (ebd. 619) bzw. von Autopoiesis und struktureller Kopplung (ebd. 778). In der soziologischen Debatte ist an Luhmanns Umformulierungen nicht vorbeizukommen: Vor allem die Ebene der Systemintegration wird von den system-theoretisch-funktionalistischen Positionen von Parsons und vor allem von Luhmann dominiert (vgl. Uwe Schimank, Funktionale Differenzierung und Systemintegration der modernen Gesellschaft, in: Soziale Integration, hrsg. v. Jürgen Friedrichs / Wolfgang Jagodzinski [Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39], Opladen 1999, 47 – 65). Aber da sich Luhmanns Modell auf funktional differenzierte Gesellschaften konzentriert, ist sein Integrationsbegriff für Fragen territorialer Integration in der Frühen Neuzeit m. E. weniger geeignet als die traditionelle Formulierung des Problems.

<sup>7</sup> Von „Widerspiegelung“ der staatlichen Integration „in geistesgeschichtlichen und mentalen Befunden“ ist die Rede bei Winfried Schulze, Interpretationen, Stufen und Alternativen politischen Gemeinschaftsbewußtseins in der Frühen Neuzeit. Österreichische Gesamtstaatsidee und ständische Versammlungen im sechzehnten Jahrhundert, in: Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna. Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Marco Bellabarba / Reinhard Stauber (Annali dell’Istituto italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient, Contributi – Beiträge, 9), Bologna / Berlin 1998, 147 – 166, hier 149.

anderen Modelle tragen der Einsicht Rechnung, daß Herrschaft in der Frühen Neuzeit immer auf einem Kompromiß mit der lokalen Elite beruhte. Aber wie dieser Kompromiß hergestellt wurde, ist umstritten. Auf der einen Seite stehen Historiker, die sich für ökonomische Strukturen interessieren, die Zugeständnisse der Zentrale an die örtliche Oberschicht in Zahlen bemessen wollen und den Erfolg selbst eines Ludwigs XIV. auf eine schichtspezifische Steuer- und Finanzpolitik zurückführen. Integration durch Gewinnbeteiligung, so das Credo dieses Ansatzes, für den etwa William Beik mit seiner damals bahnbrechenden Studie über das Languedoc des Sonnenkönigs steht<sup>9</sup>. Daß man für die französischen Provinzen des 17. Jahrhunderts zwar die gleiche Frage stellen, aber zu völlig anderen Ergebnissen gelangen kann, hat Sharon Kettering gezeigt. Patrone, Broker und Klienten, lautet der Titel ihrer ebenfalls bahnbrechenden Arbeit. Damit ist bereits gesagt, wie für Kettering und zahlreiche andere Vertreter der Netzwerkanalyse der Kompromiß zwischen Krone und örtlicher Elite zustande kam: durch klienteläre Verflechtung, durch die Einbindung der lokalen Magnaten in die Netzwerke der Zentrale, durch die gezielte Werbung von Klienten und den nicht minder gezielten Einsatz der informellen Beziehungen im Dienst der Zentralgewalt. Um auch dies auf eine Formel zu bringen: Integration durch Patronage<sup>10</sup>.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Peter Baumgart (Hrsg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat* (Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, 5), Köln / Wien 1984. Als jüngstes Beispiel zu nennen ist die fast zeitgleich zum hier dokumentierten Arbeitsgespräch veranstaltete Tagung *Membra unius capitnis: Neue Studien zu Herrschaftsauffassungen und -praxis in Kurbrandenburg (1640 – 1688)*, 29. September – 1. Oktober 2003, Schloß Oranienburg. Dem Tagungsbericht der Organisatoren Michael Kaiser und Michael Rohrschneider in H-SOZ-U-KULT vom 11. Oktober 2003 zufolge dominierten traditionelle institutionengeschichtliche Beiträge die Debatte über den Prozeß der Integration des Territorienkonglomerats Kurbrandenburg.

<sup>9</sup> William Beik, *Absolutism and Society in Seventeenth-Century France. State Power and Provincial Aristocracy in Languedoc*, Cambridge 1985. Dieses Buch ist m. E. eine der besten Studien zum Thema Integration überhaupt.

<sup>10</sup> Sharon Kettering, *Patrons, Brokers, and Clients in Seventeenth-Century France*, New York / Oxford 1986. Die Attacke gegen Kettering und andere Vertreter der Netzwerkanalyse, die Heiko Drosté, Patronage in der Frühen Neuzeit – Institution und Kulturform, in: ZHF 30 (2003), 555 – 590, mit großem Schwung und noch größerem Selbstbewußtsein vorgetragen hat, geht völlig ins Leere: Dieser Beitrag offenbart durchaus „blinde Flecken“ (557 u. ö.), aber weniger in der Patronageforschung als vielmehr in Drostes Kenntnis und / oder Verständnis der Literatur zum Thema. Sein Umgang mit Ketterings Buch illustriert beispielhaft, wie der Autor Pappkameraden aufbaut und abschießt. So schreibt er etwa 570: „Kettering behauptet, der Klientelismus sei in einer bestimmten Phase der französischen Geschichte gezielt zur Stärkung monarchischer Macht benutzt worden, um dann bei Einführung des Absolutismus zu verschwinden.“ Was Drosté verschweigt, ist der dieser (im übrigen mißverständlich zitierten) Aussage auf S. 237 folgende Hinweis Ketterings, daß der Klientelismus natürlich weiter existierte, nur eben flexibel angepaßt an die neuen Bedingungen, d. h.

Institutionen, Gewinnbeteiligung und Patronage – dies sind die Instrumente territorialer Integration, auf die in der Forschung hingewiesen wird. Besser gesagt: die in der Forschung als exklusive Erklärungsansätze präsentiert und gegeneinander ausgespielt werden. Warum das so ist, liegt auf der Hand: Dem makrohistorischen Blick auf die Institutionen des Staates und die sozioökonomischen Schichten der Bevölkerung steht die mikrohistorische Perspektive auf den einzelnen und seine Beziehungen gegenüber. Hier zeigt sich die forschungspraktische Relevanz des Mikro-Makro-Problems, das ich vor allem deswegen skizziert habe. Und hier zeigt sich abermals, was ein Modell territorialer Integration leisten muß: Es muß eine Verbindung zwischen den Ebenen herstellen, und es muß die mentale Dimension des Prozesses weit schärfer in den Blick nehmen, als es der Netzwerkanalyse gelingt. Patronagebeziehungen sind zwar ein zweifellos wichtiger Aspekt vormoderner politischer Kultur. Aber gerade bei der Integration neuer Territorien dürften auch andere Bezugspunkte politischen Handelns eine Rolle gespielt haben: schichtspezifische Interessen etwa, doch vor allem eine regionale Identität, ein Lokalpatriotismus, der sich politisch mobilisieren lassen und der Integration damit nachhaltig im Wege stehen könnte. Solche Werte blendet die Netzwerkanalyse systematisch aus, und für solche, auch konflikthafte Werte muß ein integriertes Modell territorialer Integration offen sein.

Zu dem gesuchten Modell führen zwei Schritte. Zum einen muß man nicht nur eines, sondern alle drei diskutierten Instrumente der Integration untersuchen und nach ihrem je eigenen Integrationspotential befragen: die Institutionen und ihre Arbeitsweise, die ökonomischen Strukturen und ihre Nutznießer sowie das ureigene Feld der Netzwerkanalyse, die Personalpolitik. Zum andern ist auf allen drei Feldern stets nach dem zu forschen, was Institutionen, Strukturen und Individuen verbindet: und das ist die politische Kultur. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Mit politischer Kultur meine ich keine der beiden Varianten, auf die Thomas Mergel unlängst dieses Konzept reduziert hat<sup>11</sup>. Ich meine mit politischer Kultur keinen norma-

---

an die entstehenden bürokratischen Strukturen. Diese Anpassung oder Politisierung des Klientelismus ist Ketterings Thema, nicht etwa sein angebliches Verschwinden, das von niemandem ernsthaft behauptet wird. Daß ein „Wandel in der Funktionsweise“ von Patronage und Klientelismus festzustellen ist, wie Droste, *ebd.* 571, bemerkt, hat Kettering mithin fast zwei Jahrzehnte vor ihm nicht nur behauptet, sondern im Detail dargelegt. „Daß diese Entwicklung nicht erkannt wird“ (*ebd.* 571), liest man daher mit Erstaunen. Vgl. auch unten Anm. 19 und 22.

<sup>11</sup> Vgl. Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–606, v. a. 583–588. Ein faireres Urteil über die Studien zur „Political Culture“ trifft Reinhard Blänkner, Überlegungen zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Theorie politischer Institutionen, in: Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, hrsg. v. Gerhard Göhler, Baden-Baden 1994, 85–122, hier 104.

tiven Anspruch: Es gibt keine gute oder schlechte politische Kultur, und es gibt auch nicht mehr oder weniger von ihr. Ebensowenig meine ich einen isolierbaren Ausschnitt des Politischen, den man wie eine Dekoration abnehmen und getrennt vom „Eigentlichen“ behandeln könnte. Unter politischer Kultur verstehe ich schlicht das Gefüge der Werte und Einstellungen, die das politische Handeln regulieren<sup>12</sup>. Werte und Einstellungen, das heißt auch Identitäten und Loyalitäten. Daher dürfte über die politische Kultur zu klären sein, ob eine regionale Identität die Integration behinderte und wie solche Gegenidentitäten überwunden werden konnten. Politisches Handeln, das umschließt auch das Handeln des Einzelnen innerhalb und gegenüber den Institutionen und ökonomischen Strukturen. Daher müßten auf diesem Weg auch die Querverbindungen und Wechselwirkungen zwischen den Bereichen zu entdecken sein. Nur – wie läßt sich die politische Kultur erfassen? Ihren Ausdruck fand sie in den Spielregeln des Systems, zu greifen ist sie in den diskursiven und nichtdiskursiven Praktiken seiner Mitglieder. Um diese Praktiken und die dahinterstehenden Bezugspunkte politischen Handelns zu ermitteln, muß man sich also mit dem politischen Alltag befassen, am besten mit dem Alltag jener Politikfelder, die ohnehin als Instrumente der Integration diskutiert werden. Politischer Alltag, das ist so, wie es klingt: Alltagsgrau statt festtagsbunt, Korrespondenzen statt Zeremonien, Aktenberge statt Staatsakte. Aber wenn man diese wenig spektakulären Quellen nach dem alltäglichen Handeln der Akteure und ihren Werten befragt, dann könnten sie das zu erkennen geben, was in methodischer Hinsicht hinter der Formel von der politischen Kultur steht: die Mikrofundierung von Makroprozessen.

Getestet habe ich dieses Untersuchungsmodell an einem politischen Gebilde, das einen etwas exotischen Ruf genießt, für meine Zwecke aber ideal ist: am Kirchenstaat. Für das Land der Päpste spricht dreierlei: Zum einen sind in einer Wahlmonarchie wie der römischen, in der bei jedem Wechsel auf dem Stuhl Petri eine neue Dynastie und mit ihr eine neue Klientel an die Macht gelangt, die Netzwerke der Patronage besser zu beobachten als andernorts<sup>13</sup>. Zum anderen ist die Quellenlage ausgezeichnet. Und zum dritten hat der Kirchenstaat etwas für die Integrationsforschung nicht Unwesentliches zu bieten: ein Territorium, das es zu integrieren galt. Gemeint ist das Herzogtum Ferrara. Am Delta des Po und damit zwischen Bologna

<sup>12</sup> Auf diesen Nenner sind die zahlreich vorhandenen Definitionen des Begriffs in aller Regel zu bringen; vgl. etwa *Christian Fenner*, Politische Kultur, in: Wörterbuch Staat und Politik, hrsg. v. Dieter Nohlen, 3. überarb. Auflage München 1995, 565–572, hier 565.

<sup>13</sup> Diese Werbung für den Kirchenstaat findet sich schon bei *Wolfgang Reinhard*, Papal Power and Family Strategy in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, in: *Princes, Patronage, and the Nobility. The Court at the Beginning of the Modern Age c.1450–1650*, hrsg. v. Ronald G. Asch / Adolf M. Birke, London 1991, 329–356, hier 330.

und Venedig gelegen, war das seit Jahrhunderten vom Haus der Este regierte Gebiet nach dem Aussterben der Herzogsfamilie 1598 an den Apostolischen Stuhl gefallen. Wie die Päpste die Region und vor allem deren Hauptstadt Ferrara in ihren Staat integrierten, will ich kurz berichten. Ich folge der beschriebenen Marschroute und beginne mit dem ersten Feld, mit der ersten Formel: Integration durch Institutionen. Wenn man hinter dieser Formel einen starken Staat und eine schwache Provinz vermutet, ist die Antwort ein klares Nein. Die vom Papst 1598 erlassene Verfassung der Stadt glich einer Aufforderung, die Anliegen Ferraras selbstbewußt zu vertreten: nicht nur, weil sich die alte Elite als neue politische Klasse in einem mächtigen Stadtrat wiederfand<sup>14</sup>, sondern auch und vor allem, weil der Provinz das erstaunliche Privileg gewährt wurde, einen eigenen Botschafter in der Zentrale zu unterhalten<sup>15</sup>. Hinzu kam eine Reihe von Institutionen, die zum Kristallisierungspunkt patriotischen Stolzes zu werden versprachen. So erhielt die Stadt eine sogenannte Rota, ein oberstes Zivilgericht, was traditionell als Symbol kommunaler Autonomie galt<sup>16</sup>. Und die örtliche Universität

<sup>14</sup> Die Verfassung, die der Papst der Stadt am 15. Juni 1598 gewährte, findet sich in zahlreichen Editionen, so z. B. in *Privilegia summorum Pontificum Constitutiones, indulta et decreta, urbi Ferrariae concessa*, Vol. 1: 1598 – 1632, Ferrara, apud Franciscum Succum, o. J., 1 – 16, unter dem Titel *Ferrariae civitatis recte administrandae ratio. A sanctissimo Clemente VIII. Pont. Max. sapientissime instituta*. Im allgemeinen wird dieses Dokument nach seinem Herzstück als *Bolla Centumvirale* bezeichnet: Die neue Verfassung sah einen Großen Rat mit hundert Mitgliedern vor, die sich auf drei Klassen (*ordini*) verteilten: Den 27 Adligen (*nobili*) der ersten Klasse standen 55 nichtadlige Bürger (*cittadini*) gegenüber, während die letzten 18 Plätze an je drei Zunfthandwerker (*artisti*) aus den sechs am höchsten angesehenen Zünften gingen. Daß und warum den Zahlenverhältnissen zum Trotz die Mitglieder der ersten Ratsklasse dominierten, war bereits den Zeitzeugen der politischen Neuordnung aufgefallen. So schrieb der Chronist *Cesare Ubaldini*, *Storia di Ferrara* 1597 – 1633, Biblioteca Comunale Arioste, Ferrara, Collezione Antonelli 264, fol. 39, die Beteiligung aller am Stadtregiment durch den Papst sei *ragione veramente politica, e degna della prudenza di quel Pontefice; ma non già conosciuta, ne intesa da alcuni privati Cittadini i quali lasciandosi dominare dai più nobili, che sono loro Protettori nelle loro o avversità, o necessità, fanno se stessi venali, e mancipi delle loro volontà, con cui concorrono col voto*. Von einer „prerogativa quasi esclusiva della nobiltà“ im Großen Rat spricht auch *Franco Cazzola*, *Economia e società*, XVI – XVII secolo, in: *Storia illustrata di Ferrara*, hrsg. v. *Francesca Bocchi*, Bd. 2, Mailand 1987, 513 – 528, hier 518, der die erste Klasse zusammengesetzt sieht aus „quei gentiluomini che avevano fatto le loro fortune col passato regime e che ora pretendono venisse riconosciuta la loro supremazia“ (ebd.).

<sup>15</sup> Das *Breve, quo concedit civitati Ferrariae retinere posse Oratorem apud Pontificem, & in Romana Curia* datiert vom 1. März 1599 und ist ediert in *Privilegia* (Anm. 14), 44 f.

<sup>16</sup> Diesbezügliche Privilegien sind ediert in *Privilegia* (Anm. 14): 29. Mai 1599 *Erectio et constitutiones Almae Rotae Ferrariae, eiusque Ducatus Auditorij* (17 – 31); 6. November 1599 *Breve super facultate eligendi Notarios Rotae* (S. 46); 14. Oktober 1600 *Breve de causis non avocandis* (75 f.). Allgemein zur Ferrareser Rota vgl. *Carla Penuti, La Rota di Ferrara: Funzioni e organico degli Uditori fra Sei e Settecento*, in:

wurde den ersten des Landes gleichgestellt<sup>17</sup>. An einem mangelte es den Ferraresen also nicht: an den Voraussetzungen, eine regionale oder städtische Gegenidentität zu entwickeln und ihrer mentalen Integration in den Kirchenstaat die eigene Patria und deren Interessen entgegenzusetzen. Und die Institutionen des Staates? Sie waren zu ineffizient, um die Untertanen durch Leistung zu gewinnen. Und sie waren zu schwach, um Gehorsam durch Autorität zu erzwingen. Anstatt Entscheidungen zu treffen und diese energisch umzusetzen, wurde das bereits Beschlissene immer wieder neu beraten. Anstatt zu handeln, wurde diskutiert<sup>18</sup>. Solche Institutionen hatten zur Integration der Provinz nur wenig beizutragen. Könnte man meinen. Man kann aber auch einen Schritt weitergehen und nach der politischen Kultur fragen, nach den Argumentationsmustern und ihren Veränderungen, nach den Werten hinter dem Handeln der Akteure. Dann wird schnell deutlich, daß die Schwäche der Institutionen auch eine Stärke war und das ständige Debattieren einen höchst integrativen Effekt hatte. Denn weil die Ferraresen ihre Anliegen in Rom immer neu verteidigen mußten, bot sich ihnen reichlich Gelegenheit, die Spielregeln des politischen Systems einzuüben. So begriffen sie schnell, welche Werte in der politischen Kultur des Kirchenstaates ganz oben standen: die ökonomischen Vorteile der Papstfamilie, die sich während des Pontifikats bereichern wollte, und die Wünsche ihrer verdienten Klienten. Ohne jedes politische Gewicht blieb indes der Hinweis auf die Ferrareser Patria, auf die stolze Stadt und ihre Ansprüche. Gehorsame Klienten, so lehrte der politische Alltag stets aufs Neue, konnten im Land der Päpste weit mehr erreichen als selbstbewußte Untertanen<sup>19</sup>. Dementsprechend stark wuchs das Interesse der

---

Grandi Tribunali e Rote nell'Italia di Antico Regime, hrsg. v. Mario Sbriccoli / Antonella Bettoni, Mailand 1993, 461 – 489.

<sup>17</sup> Die Universität betreffen folgende Breven in Privilegia (Anm. 14): 12. Juni 1600 *Breve, in quo confirmat privilegia studij Generalis* (60 f.); 14. August 1602 *Breve de duobus quadrantibus super unaquaque libra salis exigendis in manutentionem studij Generalis* (80 – 83); 15. Oktober 1602 *Breve, quo conceduntur privilegia, & immunitates Collegij Doctorum, & Universitati Scholarium Studij Generalis* (84 – 86). Zur Geschichte der Universität Ferrara vgl. Alessandro Visconti, *La storia dell'università di Ferrara 1391 – 1950*, Bologna 1950, der die genannten Breven auf S. 74 f. zusammenfaßt.

<sup>18</sup> Wie Politik funktionierte (oder eben nicht), wird für das Ferrareser Beispiel ausführlich untersucht bei Emich, *Territoriale Integration* (Anm. 2), Kap. III.

<sup>19</sup> Daß der Hierarchie der Werte im Kirchenstaat eine differenzierte Rhetorik in der Korrespondenz der Parteien entsprach und schon die Zeitgenossen sehr aufmerksam zwischen Amts-, Patronage- und Privatkorrespondenz mit ihren je eigenen Diskursen unterschieden, wird dargelegt bei Birgit Emich, *Potere della parola, parole del potere: Ferrara e Roma verso il 1600*, in: *Dimensioni e problemi della ricerca storica* 2001, Nr. 2, 79 – 106. Zu diesen drei Ebenen aus römischer Perspektive und sehr kurz, dafür auf deutsch: *dies.*, Bürokratie und Nepotismus unter Paul V. (1605 – 1621). *Studien zur frühneuzeitlichen Mikropolitik in Rom (Päpste und Papsttum, 30)*, Stuttgart 2001, 396 – 401. Nicht nur diese Beiträge muß ignorieren, wer mit Droste, Patro-

Ferrareser Politiker wie Privatleute an einem engen Kontakt zu den Herrschaftsträgern in Rom. Dementsprechend schnell sank die Bedeutung der Patria als Bezugspunkt des kollektiven wie individuellen politischen Handelns<sup>20</sup>.

Verstärkt wurde diese freiwillige Aneignung einer Untertanenkultur durch die Steuer- und Finanzpolitik. Damit komme ich zum zweiten Aspekt. Integration durch Gewinnbeteiligung?, lautet hier die Frage, und die Antwort ist ein klares Ja<sup>21</sup>. Auf den ersten Blick fällt die Bilanz zwar eindeutig zugunsten Roms aus. So sah sich Ferrara einer im Vergleich zu anderen Provinzen erstaunlich starken steuerlichen Belastung ausgesetzt. Überdies gesellte sich zu dieser fiskalischen Umleitung Ferrareser Ressourcen eine zweite Form des Zugriffs: die Vergabe von Benefizien samt Land und Einkünften durch den Pontifex. Wer in den Genuß dieser Geldquellen kam, ist unschwer zu erraten: die Verwandten und Klienten der Papstfamilie, allen voran der sogenannte Kardinalnepot, ein Papstneffe im Kardinalsrang, dem die Bereicherung der Familie oblag<sup>22</sup>. An der Ausbeutung der Provinz durch Rom und die römische Elite kann somit kein Zweifel bestehen. Doch auch auf der Seite der Ferraresen gab es Gewinner: die mit der politischen Klasse der Stadt identischen Landbesitzer. Der Fiskus griff zwar kräftig zu, aber nur bei indirekten Abgaben wie Zöllen und Konsumsteuern. Den Grundbesitz ließ das Steuersystem gänzlich unberührt, und so hatten allein die unteren Schichten die Kosten dieser Umverteilung zu tragen. Dank der Beteiligung der politischen Klasse an den Gewinnen ließ sich die Provinz ohne politisches Risiko ausbeuten: Die Loyalität der lokalen Elite gehörte Rom.

Was dies mit der politischen Kultur zu tun hat, wird deutlich, wenn man neben der schichtspezifischen Pflicht auch die klienteläre Kür in den Blick nimmt: die Befreiungen von Abgaben und Arbeitspflichten, die Exportlizenzen und andere Privilegien, mit denen die Päpste ihre Gefolgschaft vor

---

nage in der Frühen Neuzeit (Anm. 10), 561, behaupten will, daß „die Briefrhetorik im Rahmen der Patronageforschung bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden ist“.

<sup>20</sup> Ausführlich hierzu vgl. *Emich*, Territoriale Integration (Anm. 2), v. a. die Bilanz in Kap. III.4: Integration durch Institutionen?

<sup>21</sup> Für die ausführliche Darlegung samt Quellenbelegen sei abermals verwiesen auf *Emich*, Territoriale Integration (Anm. 2), hier Kap. IV: Steuern, Lasten, Privilegien: Die Verteilung der ökonomischen Gewinne in der Legation Ferrara.

<sup>22</sup> Ausführlich mit dieser und den weiteren Funktionen des Kardinalnepoten, der auch für die Betreuung der päpstlichen Klientel zuständig und gleichzeitig der Leiter der wichtigsten kurialen Behörden war, befaßt sich an einem Beispiel aus dem frühen 17. Jahrhundert *Emich*, Bürokratie und Nepotismus (Anm. 19). Wie schon der Titel andeutet, behandelt diese Arbeit im übrigen genau das, was *Droste* Patronage in der Frühen Neuzeit (Anm. 10), 574, als unerforschtes Feld präsentiert, um es der langen Liste seiner Entdeckungen zuschlagen zu können: das Verhältnis zwischen Bürokratie und Patronage.

Ort bedachten<sup>23</sup>. Diese Privilegiengewirtschaft machte der Patria als Bezugs-punkt politischen Handelns endgültig den Garaus. Weil auch die in Ferrara versorgten Geistlichen im Besitz umfassender Sonderrechte waren, fühlte sich die privilegierte Oberschicht der Stadt mindestens in dieser Frage der klerikalen Elite Roms näher als den eigenen Landsleuten ohne Befreiungen. Kollektive Interessen wie etwa der Schutz des Landes vor dem Wasser des Po spielten in der vom Privileg gespaltenen Gesellschaft keine Rolle. Um so stärker war die Fixierung der Landbesitzer auf das Privileg, und um so wichtiger wurde die Nähe zum Papst als Quell aller Gnaden. Damit wuchs nicht nur die Orientierung der Oberschicht auf die regierende Familie in Rom. Langfristig erhielt auch die sozioökonomische Dimension der politischen Kultur Schlagseite. Schließlich konnte das traditionelle Leitbild des privilegierten Landbesitzes unter diesen Umständen nicht an Attraktivität verlieren. Das Ergebnis war eine parasitäre Mentalität, die jeden ökonomischen Aufbruch im Keim erstickte. Und als die Päpste des 18. Jahrhunderts endlich an die Reform ihres maroden Staates gingen, scheiterten sie selbst an der geistlich-weltlichen Allianz der Privilegierten, die sie einst geschmiedet hatten. Die überfälligen Reformen blieben aus, und das Land der Ferraresen ob mit oder ohne Privileg versank im Ruin<sup>24</sup>.

Daß die Integrationsgewinner von einst langfristig zu den Opfern ihrer eigenen politischen Kultur werden sollten, haben sie in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Eingliederung in den Kirchenstaat wohl kaum geahnt. Sonst wären sie vielleicht auf das Angebot des Papstes von 1598 eingegangen, auf das Angebot, aus Ferrara eine politische Einheit voller Lokalpatriotismus und mit einer gegen Rom mobilisierbaren kollektiven Identität zu machen. Warum sie es nicht getan haben, warum die Ferraresen statt dessen eine Untertanenkultur klientärer Prägung entwickelten, scheint geklärt: Weil ihnen dies ihre höfische Vergangenheit unter den Este nahelegte, weil ihre Erfahrungen mit den Spielregeln des römischen Systems sie darin bestärkten, und weil die Abkehr von kollektiven Interessen mit individuellen Gewinnen belohnt wurde. Aber auch die Personalpolitik der Stadt trug dazu bei, daß von einer selbstbewußten Vertretung der Ferrareser Anliegen ebensowenig die Rede sein konnte wie von einer integrationshemmenden Gegenidentität. Damit komme ich zum dritten Modell der Forschung. Integration durch Patronage, lautet die These. An sich ist sie schon

<sup>23</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen über die sozioökonomische Dimension der politischen Kultur bei *Emich*, *Territoriale Integration* (Anm. 2), Kap. IV.4.3.

<sup>24</sup> Bestätigung findet diese Interpretation bei *Valentino Sani*, *La rivoluzione senza rivoluzione. Potere e società a Ferrara dal tramonto della legazione pontificia alla nascita della Repubblica cisalpina (1787–1797)*, Mailand 2001, 37 f. Zu den gescheiterten Reformversuchen vgl. auch *Alessandro Roveri*, *L'opposizione ferrarese e romagnola al riformismo pontificio. Prima ricerca*, in: *Atti e Memorie della Deputazione di Storia Patria di Ferrara*, Serie terza 30 (1984), 209–280.

belegt. Schließlich war die soziale Vernetzung sowohl im institutionellen Alltag als auch bei der Verteilung der ökonomischen Gewinne von zentraler Bedeutung. Daran gemessen, scheint der Blick auf das dritte Untersuchungsfeld, die Personalpolitik, nichts Neues zu Tage zu fördern. Wie unter den Bedingungen der römischen Wahlmonarchie Personalpolitik betrieben wurde, ist ein gefundenes Fressen für die Netzwerkanalyse: Die Klienten des einen Papstes förderten dessen Kandidaten, die Gefolgschaft des nächsten Papstes brachte die Mitglieder ihres Netzwerks in Amt und Würden. Nicht anders verhielt es sich in Ferrara<sup>25</sup>. Auch hier standen sich verschiedene Klientele unter der Führung je eines Faktionschefs gegenüber, und auch hier hatte diejenige Partei das Sagen, deren Chef mit der gerade regierenden Papstfamilie verbunden war. Um ihre eigenen Kandidaten durchzusetzen, mobilisierten die lokalen Magnaten die Unterstützung ihrer römischen Patronen; um sich für diese Hilfe zu revanchieren, setzten sie und ihre Klientel die Protegés der Zentrale durch. Daß diese hinlänglich bekannten Mechanismen die Orientierung der lokalen Elite auf die Kurie und ihre wechselnden Netzwerke förderten, liegt auf der Hand. Und daß die auf die Posten gehievt Günstlinge einen Wunsch ihrer Patronen ernster nahmen als jede Amtspflicht, mußte die politische Abhängigkeit der Stadt gegenüber Rom weiter verstärken. Dennoch: Das eigentliche Integrationspotential der klientelären Vergabepraxis wird erst deutlich, wenn man auch nach den Folgen dieser Personalpolitik fragt, genauer: nach ihren Folgen für Nutzen und Ansehen der Ämter, nach den Rückwirkungen der Patronage auf die Institutionen selbst. Solche Rückwirkungen sind zunächst bei den Einrichtungen zu beobachten, die zu Kristallisierungspunkten eines patriotischen Stolzes hätten werden können: bei der Universität und dem Zivilgericht. Da Lehrstühle wie Richterposten zwar offiziell von den Ratsherren, tatsächlich aber nach dem Willen der Ferrareser Faktionschefs und ihrer römischen Patronen vergeben wurden, verkamen die Symbole patriotischen Stolzes zu Versorgungsstätten minderqualifizierter Klienten: Die einst renommierte Hochschule versank in der Provinzialität<sup>26</sup>, und den von ihnen gewählten Zivilrichtern trauten die Ferraresen am Ende selbst kein Urteil mehr zu. Wer oft genug erlebt hatte, wie die eigenen Landsleute völlig unqualifizierte Klienten Roms auf die Richterbank hievten<sup>27</sup>, überließ seine

<sup>25</sup> Ausführlich mit der Personalpolitik der Stadt und dem Diensteifer der Amtsträger gegenüber ihren Förderern befaßt sich *Emich*, Territoriale Integration (Anm. 2), Kap. V: Ämter, Wahlen, Karrieren: Ferrara im Netz der Verflechtung.

<sup>26</sup> Zum Niedergang der Universität und seinen Wurzeln in der klientelär bestimmten Personalpolitik vgl. auch *Andrea Gardi*, L'università di Ferrara come terreno di scontro politico-sociale all'epoca di Benedetto XIV, in: „In supreme dignitatis [...]“. Per la storia dell'università di Ferrara, 1391–1991, hrsg. v. Patrizia Castelli, Florenz 1995, 309–338, sowie *Alessandro Roveri*, La riforma dell'Università di Ferrara del 1771, in: Gianfrancesco Malfatti nella cultura del suo tempo. Atti del convegno, Ferrara 1982, 229–252.

<sup>27</sup> Hierfür findet sich schon im frühen 17. Jahrhundert ein Musterbeispiel. Angesichts der Empfehlungen aus Rom für einen gänzlich ungeeigneten Kandidaten

Rechtshändel lieber den Juristen am Tiber. Aber mit jedem freiwilligen Gang an die Gerichte der Hauptstadt wurde die zivilrechtliche Autonomie Ferraras weiter ausgehöhlt. So verstärkte die klienteläre Abhängigkeit der Ferraresen letztendlich auch ihre institutionelle Unterwerfung<sup>28</sup>. Nichts anderes gilt für die politischen Organe der Stadt: Der Rat war im Kleinkrieg der Faktionen nicht zu politisieren und verlor durch die Plazierung rangniederer Klienten auch sozial an Attraktivität<sup>29</sup>. Und ein Posten im politisch

beteuerte der Magistrat am 17. August 1611 in einem Brief an den Botschafter, *che la nostra Città [...] ha bisogno di valenti uomini in Rota, e di persone consummati nella professione del giudicare, e non di gioveni, che appena comincino a voltar i libri di Bartolo e Baldo* (Archivio di Stato Ferrara, Fondo Comune: Archivio Storico Comunale, Serie H: Ambasciatori, Agenti e Procuratori di Ferrara a Roma – Corrispondenza con la Comunità [im folgenden abgekürzt als: CA] 138,626). Aber nachdem der amtierende Kardinalnepot Scipione Borghese, der Neffe Pauls V., seine klientelären Möglichkeiten ausgespielt hatte, gab der Magistrat klein bei. So heißt es in einem Bericht über die im September 1611 erfolgte Wahl des unqualifizierten Bewerbers: *Ieri si fece consiglio, perchè più agevolmente fosse eletto il Trovio, si procurò che la maggior parte de' concorrenti si ritirassero [...]. Fù dunque eletto il Trovio in grazia veramente del Signore Cardinale Borghese, il che s'è fatto volontieri, e tanto prontamente, e con tale applauso di voti, che forse S.S.Ill.ma non avrebbe potuto desiderar d'avvantaggio* (CA 138,653). Mit der nachfolgenden Begründung führten die Ratsherren die klienteläre Dialektik auf einen bemerkenswerten Höhepunkt: *imperocchè benchè infiniti soggetti siano stati raccomandati da diversi Cardinali, e Principi, contuttociò l'elezione è stata liberamente fatta dal Gran Conseguo, e di quelli chi sono stati eletti, niuno ce n'ha, che l'Ill.mo Signore Cardinal Borghese non l'abbia caldamente raccomandato, sichè l'elezione non si può attribuire ne all'uno, ne all'altro, ma alla libera volontà del Conseguo* (CA 8,337).

<sup>28</sup> Gemeint ist die Aushöhlung des der Stadt 1600 gewährten *Breve de causis non avocandis*, d. h. des Privilegio de non appellando (vgl. Anm. 16). Daß diejenigen, die sich der Stadt und ihrem Privilegio de non appellando zum Schaden nach Rom wandten, zur Begründung auf den Einfluß des Kardinalnepoten und seiner Helfer wie Legat und Klienten auf die Auswahl der Ferrareser Richter verwiesen, belegt der Versuch des Rates vom März 1614, dieses Argument zu entkräften: *e certo troppo debil protesto è il dire, che in questa Ruota il Signore Cardinal Legato vi abbia posto due Auditori* (CA 8,337). Was dies für die politische Stärke der Provinz bedeutete, zeigt sich bei einem Blick ins Reich. Wie etwa *Ulrich Eisenhardt* (Hrsg.), *Die kaiserlichen Privilegia de non appellando* (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 7), Köln / Wien 1980, v.a. in der Einleitung betont, spielte dieses Privileg eine wichtige Rolle für die Stärkung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit gegenüber den Reichsgerichten und damit für den Aufstieg der Territorien.

<sup>29</sup> Dieser Mechanismus wurde selten deutlicher beschrieben als 1613 in einer Anweisung des Magistrats an den Botschafter, er solle den Papst bitten *a non aggiunger alcuno al detto numero de' 27 perche pur troppo si è rovinato il Consiglio perche con l'aver fatti de' 27 quelli passavano per Cittadini nel secondo ordine, ed essendoci de gli altri che tengono le loro famiglie così onorate quanto l'aggiunte, disdegnano d'esser posti nel detto secondo ordine, e così la Città patisce in estremo, onde non è bene moltiplicar così notabile inconveniente. Oltrechè non par ragionevole, che a i veri nobili, e cavalieri titolati, sieno agguagliati persone a loro per ogni riguardo molto inferiori* (CA 140,198). Nicht minder deutlich als der Mechanismus selbst werden dessen klienteläre Wurzeln in einem Brief, den der gleiche Magistratschef wenige Wochen

ausgehöhlten Magistrat galt zunehmend als Zeitverschwendungs<sup>30</sup>. Was die Mechanismen des Klientelismus aus den potentiellen Bollwerken einer selbstbewußten Politik machten, wird indes nirgends deutlicher als am Schicksal des Botschafterpostens. Ursprünglich gedacht war das Amt zur Vertretung regionaler Interessen in Rom. Tatsächlich vergeben wurde es an Klienten der dort regierenden Familie. Entsprechend zahm präsentierten sich die Diplomaten am päpstlichen Hof, entsprechend üppig wurden sie mit Privilegien und anderen Gunstbeweisen entlohnt. Jahrzehntelang vertraten die Botschafter eher die Wünsche Roms gegenüber der Provinz als die Interessen der Patria in der Zentrale<sup>31</sup>. Und am Ende schaffte die Stadt den teuren, aber politisch nutzlosen Posten ab<sup>32</sup>. Aus freien Stücken waren

---

später an den Botschafter der Stadt schrieb: *So che con le lettere del Maestrato s'è pregato V.S.Ill.ma a persuadere a Nostro Signore, che per servitio di questo Consiglio non sia bene aggiunger più alcuno al numero de' 27. Ma dopo io sono si efficacemente ricercato raccomandare a V.S.Ill.ma il Signore Francesco Saraceni, ch'io non ho potuto non acconsentire, e tanto più, che se considero la famiglia, e la persona a ragione lo stimo meritevole al par di molti, che già ci sono.* Es folgt der Auftrag an den Diplomaten, dem Papst diese Bitte zu unterbreiten (CA 140,219).

<sup>30</sup> Das nachlassende Interesse an den Belangen der Kommune ist abzulesen am Rückgang der Frequenz der Ratsitzungen, über die *Ferrante Borsetti, Memorie delle rendite, ed interessi d'Ill.ma Città di Ferrara*, 3 Bde., 1755 (Archivio di Stato Ferrara, Miscellanea Bibliografica Archivistica, b. 346 – 349) Bd. 3, 438 f., berichtet. Ihre politische Lethargie legten die Ferraresen nur noch ab, wenn ihre Privilegien auf dem Spiel standen. Vgl. hierzu *Roveri, L'opposizione* (Anm. 24).

<sup>31</sup> Als Prototypen eines solchen Botschafters darf man wohl den Anfang des 17. Jahrhunderts in Rom tätigen Ferraresen Enzo Bentivoglio bezeichnen. Für sich selbst erlangte er während seiner Dienstzeit die Bewilligung für ein Entwässerungsprojekt, das zwar ihm selbst und der finanziell beteiligten Papstfamilie nutzte, dem gesamten Umland aber schwer schadete und in Ferrara entsprechend verhäßt war, vgl. *Luigi Lugaresi, La „Bonificazione Bentivoglio“ nella „Traspadana Ferrarese“* (1609 – 1614), in: *Archivio Veneto*, Serie V 76 (1986), 5 – 50. Daß er als Gegenleistung für diese Vorzugsbehandlung selbst dann für den Neffen in die Bresche sprang, wenn dessen Wünsche von allen anderen Ferraresen als unzumutbar abgelehnt worden waren, stellte der Botschafter bei der in Anm. 27 erwähnten Wahl eines unqualifizierten, aber von Rom protegierten Bewerbers um ein Richteramt unter Beweis. So ermahnte er die Ratsherren am 24. August 1611, daß *non devono postporre il Trovio nella elezione, del quale preme veramente il Signore Cardinale Borghese*. Und für die, die es noch immer nicht verstanden hatten, fügte er hinzu: *Io torno a dire che il Signore Cardinale raccomanda con grande istanza questo soggetto però VV.SS.Ill.me considerranno il tutto con la sua solita prudenza* (CA 138,636). Nur für eine Instanz tat er nicht das geringste: für die Stadt Ferrara, die er in Rom doch eigentlich vertreten sollte.

<sup>32</sup> Zur Abschaffung dieses Postens vgl. auch *Michele Monaco, Ferrara al tempo di Giuseppe Antenore Scalabrini (1698 – 1777)*, in: *Giuseppe Antenore Scalabrini e l'erudizione ferrarese nel '700. Atti del convegno nazionale di studi storici 14 – 16 aprile 1978, Ferrara 1978*, 559 – 611, hier 574, sowie *Valentino Sani, La diffusione del riformismo settecentesco nella legazione di Ferrara: „Della felicità dello Stato di Ferrara“*, Manoscritto di Francesco Containi (1773), in: *Dimensioni e problemi della ricerca storica* 1 (1994), 169 – 208, hier 201, Anm. 36.

die Ferraresen von der politischen Bühne Roms abgetreten. Genauso freiwillig, wie sie ihre kommunalen Gremien ausgehöhlt hatten, und genauso freiwillig, wie sie die Prestigeobjekte der Stadt verkommen ließen. Für die lokale Elite mochte sich der frei gewählte Gang in die klienteläre Abhängigkeit zunächst gelohnt haben. Aber die willige Übernahme der politischen Kultur Roms durch die führenden Ferraresen führte zugleich zur institutionellen Unterwerfung der Provinz. Sie entzog überdies einer regionalen Identität und damit dem Kampf für die kollektiven Interessen jeden Boden. Und sie trug letztendlich zum ökonomischen Niedergang der Region bei. Die Integration der Provinz war damit gelungen, der Preis aber hoch.

Ich überlasse die Ferraresen ihrem Schicksal und komme zur methodischen Bilanz. Der wissenschaftliche Mehrwert einer um das Konzept der politischen Kultur erweiterten Integrationsforschung ist m. E. in zwei Punkten zu sehen: Zum einen führt die Frage nach der politischen Kultur zu einer analytischen Verbindung von Mikro- und Makroebene und damit auch zu den Wechselwirkungen zwischen Institutionen, Geld und Patronage. Zum anderen entpuppt sich die politische Kultur nicht nur als hilfreiche Perspektive, sondern auch und vor allem als wirkmächtiger Faktor in historischen Makroprozessen. Ohne den Blick auf die Werte und Bezugspunkte im Handeln der Ferraresen ist die institutionelle und ökonomische Entwicklung der Provinz sowein zu erklären wie ihre Integration. Dies zeigt im übrigen auch die Gegenprobe: Warum die päpstliche Herrschaft in Bologna auf weit mehr Schwierigkeiten stieß als in der Nachbarstadt Ferrara, ist ohne die Berücksichtigung der politischen Kultur nicht zu ergründen. Schließlich waren die institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen hier wie dort die gleichen. Aber die Bolognesen hatten statt einer höfischen eine republikanische Tradition, und da der Machtanspruch des Bologneser Stadtrats oder Senats nach innen wie außen auf dem republikanischen Mythos gründete, mußten sich die Senatoren auch gegenüber ihren päpstlichen Landesherren als kämpferische Verteidiger der städtischen *libertà* präsentieren<sup>33</sup>. So bestätigt die Remitenz der Bolognesen, was bereits die Lethargie der Ferraresen gelehrt hat: Es ist nicht nur möglich, Prozesse territorialer Integration in kulturalistischer Perspektive zu untersuchen. Es ist schlicht unverzichtbar.

Und umgekehrt? Was könnte der Ausflug in den Alltag der Integration für die Kulturgeschichte des Politischen bedeuten? M. E. vor allem das: Der

<sup>33</sup> Grundlegend für den Bologneser Fall: *Nicole Reinhardt*, Macht und Ohnmacht der Verflechtung. Rom und Bologna unter Paul V. (Frühneuzeit-Forschungen, 8), Tübingen 2000. Darauf gestützt, aber in vergleichender Perspektive: *Birgit Emich*, Bologneser *libertà*, Ferrareser *decadenza*: Politische Kultur und päpstliche Herrschaft im Kirchenstaat der Frühen Neuzeit, in: Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Roland G. Asch / Dagmar Freist, Köln / Weimar / Wien 2005, 117–132.

kulturalistische Blick auf die Politik darf nicht bei Zeremonien, Mythen und Symbolen stehenbleiben<sup>34</sup>. Wer die Mikrofundierung von Makroprozessen entdecken will, muß sich auch mit dem politischen Alltag befassen. Ich plädiere daher für die Veralltäglichung des Konzepts, und das in doppelter Hinsicht: Die Kulturgeschichte des Politischen sollte zu einem alltäglichen Untersuchungsmodell werden. Sie sollte sich aber auch um den Alltag der Politik kümmern.

---

<sup>34</sup> Damit soll nicht bestritten werden, daß der *performative turn* auch im Ferrareser Fall lohnende Perspektiven eröffnen würde. So wäre etwa nach der Festkultur in der Stadt am Po zu fragen, die in auffälliger Weise von Daten und Ereignissen der Papstgeschichte dominiert wird, vgl. die Auflistung größerer Festlichkeiten von 1598 bis 1699 bei *Chiara Cavaliere Toschi, Tracce per un calendario delle manifestazioni dell'effimero*, in: Alessandra Chiappini [u. a.], *La Chiesa di S. Giovanni Battista e la cultura ferrarese del Seicento. Catalogo della Mostra tenuta a Ferrara nel 1981–82*, Mailand 1981, 144–151. Daß an solchen Anschlußmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Ausprägungen der kulturgeschichtlichen Forschung kein Mangel herrscht, zeigt auch der Bologneser Fall: Der republikanische Mythos ließe sich mühelos im Stadtbild oder in der städtischen Münze aufspüren. Aber wie bei der klientelären politischen Kultur der Ferraresen zeigt sich auch hier die politische Relevanz solcher „kulturalistischen“ Phänomene eben erst im Alltag der Politik.



# **Das gezählte Volk**

## **,Bevölkerung‘ als Gegenstand einer Kulturgeschichte des Politischen**

Von Achim Landwehr, Düsseldorf

### **I. Einleitung**

Im Jahre 1624 begab es sich, daß ein Dekret von dem Senat der allerdurchlauchtigsten Republik Venedig ausging, daß alle Einwohner der Stadt sich zählen ließen. Es war nicht das erste Mal, daß ein solcher Aufruf erging. Vielmehr stellten Bevölkerungszählungen zu diesem Zeitpunkt in Venedig wie in ganz Italien eine bereits lang geübte Praxis dar, deren Wurzeln bis in das 15. Jahrhundert zurückgingen und deren erste halbwegs verlässliche Zahlen aus dem Jahre 1509 stammten. Das gesamte 16. Jahrhundert hindurch war es immer wieder zu Zählungen gekommen, deren Ergebnisse zu meist nur in Form einiger weniger, knapp gehaltener Blätter überliefert sind. Erst ab dem beginnenden 17. Jahrhundert ist die Überlieferungslage so, dass sich genauere Einblicke in die Vorgänge der Bevölkerungszählungen wagen lassen<sup>1</sup>.

Die Erhebung des Jahres 1624 war die zweite große Zählung dieses Jahrhunderts nach derjenigen von 1607. Sie ist in sechs umfangreichen Bänden überliefert, die jeweils die Bevölkerungszahlen für eines der sechs venezianischen Stadtteile (*sestieri*) zum Inhalt haben. Organisiert wurden die Bevölkerungserhebungen des 17. Jahrhunderts von den *provveditori alla sanità*, also dem Gesundheitsamt der Republik, das seine Entstehung vor allem der seit dem 14. Jahrhundert ständig drohenden Pestgefahr verdankte und sich um Fragen der Seuchenprävention kümmerte. Geleitet wurde dieses wichtige und auch hinsichtlich seiner politischen und rechtlichen Befugnisse sehr mächtige Amt von jeweils drei hochstehenden Vertretern des venezianischen Patriziats. Die Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche reichten von der Kontrolle der öffentlichen Brunnen und der Lebensmittelmärkte

---

<sup>1</sup> Zur Demographie Venedigs und den entsprechenden Zählungen: *Karl Julius Bełoch*, Bevölkerungsgeschichte Italiens, Bd. 3, Berlin 1961, 1–168; *Daniele Beltrami*, Storia della popolazione di Venezia dalla fine del secolo XVI alla caduta della Repubblica, Padua 1954; *Andrea Zannini*, Un censimento inedito del primo Seicento e la crisi demografica ed economica di Venezia, in: *Studi Veneziani* 26 (1993), 87–116.

über die Aufsicht der Sauberkeit der Straßen bis zur Errichtung von Lazaretten und Sicherheitsgürteln um die Stadt im Falle einer auftretenden Epidemie – und umfaßten eben auch die mehr oder minder regelmäßig stattfindenden Zählungen der städtischen Bevölkerung<sup>2</sup>. Während des 17. Jahrhunderts ging ein solcher Zensus in der Form vor sich, daß für jede Pfarrei der Stadt mehrere Tabellen gedruckt wurden, unterteilt nach den drei Ständen Venedigs, nämlich dem Patriziat, den *cittadini* – worunter vor allem Funktionseliten wie Sekretäre der venezianischen Verwaltung, aber auch Juristen und Mediziner verstanden wurden – und drittens schließlich der handarbeitenden Bevölkerung. Der Klerus wurde, seiner sozialen Stellung entsprechend, dem ersten oder zweiten Stand zugeordnet oder in gesonderten Tabellen für Orden und Klöster erfasst. Diese Tabellen wurden von einer dreiköpfigen Gruppe von Volkszählern, einem Pfarrer, einem Patrizier und einem *cittadino*, für jede Pfarrei ausgefüllt. Die Zensoren gingen von Haus zu Haus und erfaßten die dort lebenden Personen nach den Kriterien, die die Tabelle vorgab. Diese ausgefüllten Tabellen wurden den *provveditori alla sanità* gebracht, die sie nach Stadtteilen sortierten und dann zu einem Buch binden ließen<sup>3</sup>.

Was hat nun aber eine venezianische Bevölkerungserhebung des Jahres 1624 mit der Kulturgeschichte des Politischen zu tun? Diese Frage läßt sich anhand des Einbanddeckels eines der sechs Bände dieser Erhebung beantworten. Es handelt sich um den Band zum Stadtteil Dorsoduro, der in der Bibliothek des Museo Correr in Venedig vorhanden ist. Dort steht in einfachen Worten geschrieben: „1624. Sestier Dorso Duro – Divisione e Numerazione politica del Popolo di Venetia“<sup>4</sup>. Wollte man diese Formulierung möglichst wortgetreu übersetzen, müßte es heißen: 1624, Stadtteil Dorsoduro – politische Einteilung und Zählung des Volkes von Venedig.

Es ist nicht klar, wer diese Worte auf den Einbanddeckel geschrieben hat, aber es erscheint durchaus plausibel, daß es geschehen ist, nachdem die Tabellen für Dorsoduro zu einem Band gebunden worden waren und man den Inhalt in wenigen Worten zusammenzufassen versuchte. Es könnte durch einen der *provveditori alla sanità* selbst geschehen sein oder durch einen der zuständigen Schreiber<sup>5</sup>. Sie sind in jedem Fall zeitgenössisch und erlauben daher die Frage, wieso diese Inhalte als „politisch“ bezeichnet wurden. Was war im Venedig des 17. Jahrhunderts *politica* an einer Einteilung und Zäh-

<sup>2</sup> *Nelli-Elena Vanzan Marchini*, I mali e i rimedi della Serenissima, Vicenza 1995.

<sup>3</sup> Ausführlich zum Vorgehen der venezianischen Bevölkerungserhebungen *Achim Landwehr*, Die Erschaffung Venedigs. Raum, Bevölkerung, Mythos 1570–1750, Habilitationsschrift Düsseldorf 2004.

<sup>4</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 352 (Bevölkerungserhebung 1624).

<sup>5</sup> Eine detaillierte Schilderung der personellen Zusammensetzung dieses Gesundheitsamtes bei *Vanzan Marchini*, I mali e i rimedi (Anm. 2), 65–84.

lung der Bevölkerung? Warum konnte es der Autor dieser wenigen Zeilen nicht dabei bewenden lassen, von einer *divisione* und *numerazione* zu sprechen? Und weshalb erschien ihm die Verbindung mit der Politik in diesem Zusammenhang treffend? Auf diese Fragen soll zum Schluß des Aufsatzes (IV.) zurückgekommen werden. Um sie jedoch angemessen zu beantworten, gilt es zunächst zu klären, was unter einer Kulturgeschichte des Politischen verstanden werden könnte (II) und in welchen weiteren historischen Zusammenhang sich die Bevölkerungszählung von 1624 einordnet (III.).

## II. Eine Kulturgeschichte des Politischen

Im Alltagsverständnis finden sich Kulturgeschichte und Politik wohl eher selten einmal zueinander in Beziehung gesetzt<sup>6</sup>. Schließlich war die Kulturgeschichte einst im 18. Jahrhundert ausgezogen, um unter anderem der politischen Geschichte das Fürchten zu lehren und anstatt von ‚großen Männern‘ und ‚großen Ereignissen‘ andere Akteure auf die historische Bühne zu stellen, beispielsweise die Künste, das Alltagsleben oder auch die materielle Kultur<sup>7</sup>. Warum dann also doch wieder die Verbindung von Kulturgeschichte und Politik? Besteht hier seitens der Kulturgeschichte das Bedürfnis, ein Minderwertigkeitsgefühl zu kompensieren und sich endlich einmal auch mit den ‚harten Themen‘ der Geschichtswissenschaft zu beschäftigen? Wohl kaum, denn das hieße, die jüngere Kulturgeschichte, wie sie sich seit den 1980er Jahren herausgebildet hat, eindeutig misszuverstehen. Denn diese konzentriert sich keineswegs mehr auf bestimmte Themenbereiche, will also nicht die Krümel aufsammeln, die übrig bleiben, nachdem die Politik-, die Sozial-, die Wirtschafts- und die Rechtsgeschichte (und selbstverständlich noch viele weitere Bindestrichgeschichten) ihr Stück vom Kuchen abbekommen haben. Vielmehr zeichnet sich die jüngere Kulturgeschichte durch eine bestimmte Perspektive aus, die sie gegenüber *sämtlichen* Aspekten der Vergangenheit einnimmt. Dieser spezielle Blickwinkel besteht vor allem darin, daß die Herstellung von Sinn und Bedeutung sowie die damit einhergehende Konstruktion sozialer Wirklichkeit durch Individuen und Gesellschaften der Vergangenheit in den Mittelpunkt gestellt werden<sup>8</sup>.

<sup>6</sup> Die folgenden Ausführungen beruhen auf Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), 71–117. Vgl. darüber hinaus vor allem Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–606.

<sup>7</sup> Einführende Überblicke zur Geschichte der Kulturgeschichte finden sich in den entsprechenden Kapiteln von Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001; Achim Landwehr / Stefanie Stockhorst, Einführung in die Europäische Kulturgeschichte, Paderborn [u. a.] 2004.

<sup>8</sup> Entsprechende Überlegungen beispielsweise bei Christoph Conrad / Martina Kessel, Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte, in: Kultur und Geschichte. Neue

Wendet man sich unter solchen Voraussetzungen dem Bereich der Politik zu, muß dies unweigerlich Auswirkungen auf den zugrunde liegenden Politikbegriff haben. Denn im Rahmen einer Politikgeschichte klassischen Zuschnitts wurden als entscheidende, und das heißt vor allem: handelnde Faktoren die Einheiten Staat, Institution und Persönlichkeit behandelt. Demnach besteht Politik vornehmlich darin, daß ‚große Männer‘ im Rahmen bestimmter institutioneller Einbindungen Handlungen vollziehen, die für den Staat oder wahlweise für die internationale Staatengemeinschaft von Bedeutung sind. Nun ist es schon lange kein Geheimnis mehr, daß ein solches Verständnis von Politik selbstverständlich zu restriktiv ist<sup>9</sup>, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Es verabsolutiert in späthegelianischer und eurozentristischer Perspektive den Staat als Höhepunkt und Zentrum politisch-historischer Entwicklung; es reduziert den Kreis der potentiell politisch Handelnden von vornherein auf diejenigen Personen, die in Positionen zu finden sind, von denen man wie selbstverständlich annimmt, daß es sich dabei um institutionell verankerte politische Stellen handelt; und es schränkt Politik auf den Vollzug von Handlungen ein.

Eine solche Form der Selbstbeschränkung muß eine Kulturgeschichte des Politischen hinter sich lassen. Zum einen gilt es, den Staat als europäische Erfindung zu relativieren<sup>10</sup>. Dadurch soll die Bedeutung der Organisationsform ‚Staat‘ nicht klein geredet werden, ganz im Gegenteil: Indem man auch andere Arten und Weisen in den Blick nimmt, wie Gesellschaften ihr Zusammenleben organisieren, wird überhaupt erst deutlich, wie übermäßig die von Europa ausgehende Verstaatlichung der Welt in den vergangenen 500 Jahren gewesen ist<sup>11</sup>. Aber es gilt in aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß der Staat keine historisch notwendige Entwicklungsfolge war, sondern ein „menschheitsgeschichtlicher Sonderfall“<sup>12</sup>. Zum zweiten muß der Kreis derjenigen, die potentiell politisch handeln, deutlich ausgeweitet werden. Denn es ist nicht im geringsten einzusehen, warum man die Politik denjenigen vorbehalten sollte, die üblicherweise als ‚Staatsmänner‘ und ‚Staatsfrauen‘ bezeichnet werden. Man muß noch nicht einmal demokratische Legi-

---

Einblicke in eine alte Beziehung, hrsg. v. dens., Stuttgart 1998, 9–40; *Philipp Sarasin*, Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte, in: Kulturgeschichte Heute, hrsg. v. Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996, 131–164.

<sup>9</sup> Eine klare Absage an die Politikgeschichte klassischer Prägung findet sich beispielsweise bei *Jacques Le Goff*, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte?, in: ders., Phantasie und Realität des Mittelalters, Stuttgart 1990, 339–352.

<sup>10</sup> *Wolfgang Reinhard*, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.

<sup>11</sup> *Wolfgang Reinhard*, Verstaatlichung der Welt? Europäische Staatsmodelle und außereuropäische Machtprozesse, München 1999.

<sup>12</sup> *Justin Stagl*, Ein Grundriß der politischen Anthropologie, in: Zeitschrift für Politik 26 (1979), 1–29, hier 1.

timierungsverfahren bemühen, um deutlich zu machen, daß Politik zu jeder Zeit und in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen beheimatet ist. Nicht nur in Debatten und Diskussionen, an Konferenztischen und in Parlamenten, in Konflikten und Kriegen finden Auseinandersetzungen darüber statt, wie Politik gestaltet werden soll, sondern – wie Michel de Certeau eindrücklich vorgeführt hat – schon beim Kauf von bestimmten Waren, bei Formen des Gehens durch eine Stadt oder beim Lesen bestimmter Bücher werden politische Fragen ausgefochten. Diese millionenfach und allerorts ausgeföhrten Handlungen „führen somit zu einer Politisierung der Alltagspraktiken“<sup>13</sup>. Zum dritten sind es aber nicht nur Handlungen, die als politisch eingestuft werden müssen, sondern selbstverständlich auch die Strukturen, die durch diese Praktiken hervorgebracht werden und die ihrerseits wiederum Handlungsmöglichkeiten determinieren. Es gilt also, Handlungen und Strukturen in angemessener Weise miteinander in Beziehung zu setzen und deren Reziprozität zu unterstreichen. Denn so wie Strukturen die Praktiken von Menschen vorprägen, nehmen diese durch ihre Praktiken auch wieder Einfluß auf die Form überindividueller Strukturen.

Der Staat und das politisch handelnde Subjekt als entscheidende Instanzen einer Politikgeschichte klassischer Prägung haben unter solchen Voran nahmen ausgedient. Vielmehr verschiebt sich die Aufmerksamkeit in sozialer Hinsicht auf eine Vielzahl potentieller Akteure, wodurch schließlich auch das ‚topographische‘ Denken traditioneller politikhistorischer Ansätze, das sich mit bestimmten Personen und fixen Orten verbindet, ein Ende findet. Denn durch die Konzentration auf Struktur-Handlung-Relationen stellt sich weniger die Frage, wie eine politische Institution handelt oder was ein Politiker macht, da mit einem solchen Ansatz das Politische schon immer als gegeben vorausgesetzt wird. Für eine Kulturgeschichte des Politischen muß sich daher viel eher die Frage stellen, in welchen Prozessen das, was gemeinhin als das Politische anerkannt ist, hergestellt wird und entsprechende Anerkennung findet. Das Politische zeichnet sich also nicht durch seine Fixierbarkeit und Abgeschlossenheit aus, sondern im Gegenteil durch einen offenen, kontingenten und allgegenwärtigen Prozeß, in dem ständig um die Frage gerungen wird, was das Politische ist<sup>14</sup>. Aus diesem Grund ist auch der Begriff des Politischen gegenüber demjenigen der Politik zu präferieren, um eine vorschnelle Assoziation mit bestimmten Institutionen oder Personen zu vermeiden.

Durch die Betonung einer solchen offenen Prozeßhaftigkeit wird man bereits auf eine nähere inhaltliche Bestimmung des Politischen gestoßen. Eine Kulturgeschichte des Politischen hätte sich demnach nicht vornehm-

<sup>13</sup> Michel de Certeau, *Kunst des Handelns*, Berlin 1988, 21.

<sup>14</sup> Ernesto Laclau / Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur De konstruktion des Marxismus*, 2. Aufl., Wien 2000.

lich auf Institutionen und Personen zu konzentrieren, sondern auf die Prozesse der Herstellung von symbolischen Ordnungen, die für sich in Anspruch nehmen, die Einrichtung und Organisation des gesellschaftlichen Lebens zu regeln. Aristoteles' *zoon politikon* bezieht sich im Kern ja keineswegs nur auf die Institution des Staates, weshalb „staatenbildendes Wesen“ als Übersetzung meines Erachtens zu kurz greift<sup>15</sup>. Vielmehr wird im Zusammenhang des Textes ebenso die Einrichtung des Hauses und des Dorfes besprochen. In eine ähnliche Richtung zielt Hannah Arendts Bestimmung von Politik, wenn sie davon spricht, daß der Mensch an sich unpolitisch sei und daß es im Menschen keine politische Essenz gebe. „Politik entsteht in dem *Zwischen-den-Menschen*, also durchaus *außerhalb* des Menschen. Es gibt daher keine eigentlich politische Substanz. Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich als der Bezug“<sup>16</sup>. Es geht demnach bei Aristoteles wie bei Arendt um die Frage, wie das gesellschaftliche Zusammenleben organisiert werden soll, nach welchen Hierarchien es zu funktionieren hat und wie bestimmte Machtverteilungen vorzunehmen sind – es geht um die Einrichtung des Sozialen, wie es bereits die Wurzel des Wortes ‚Politik‘ nahelegt, denn die griechische Polis war nichts anderes als eine Organisationsform menschlichen Zusammenlebens. Dafür machte Aristoteles einen ganz konkreten und vor allem für die europäische Kulturgeschichte enorm einflußreichen Vorschlag, dem über Jahrhunderte hinweg kanonischer Charakter zukam, bei dem es sich aber um nicht mehr und nicht weniger als eine symbolische Ordnung handelt, der die allgemeine Anerkennung zuteil wurde, ‚die Politik‘ zu sein. Der spezifische Charakter einer solchen Kulturgeschichte des Politischen besteht demnach in der Suche nach den Bedeutungsgebungen entsprechender Ordnungen: Wie kam es dazu, daß einer bestimmten Konzeption der Sinn verliehen wurde, das Politische zu sein?

Damit ist man nahezu zwangsläufig auf den Begriff des Diskurses verwiesen, der als theoretisch-methodischer Zugang die Möglichkeit bietet, solche Sinnformationen und Bedeutungsproduktionen zu entschlüsseln. Unter Diskursen, welche die symbolischen Ordnungen des Politischen konstituieren, sind regelmäßige, strukturierte und sich in einem systematischen Zusammenhang bewegende Praktiken und Redeweisen zu verstehen, die einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht haben und benennbaren Formationsregeln unterliegen. Der Diskurs ist in dem bereits erwähnten Sinn strukturiert-strukturierend, da er durch soziale Praktiken konstituiert wird, seinerseits aber auch wieder die gesellschaftlichen Handlungsweisen prägt. Durch die Fähigkeit des Diskurses, eine Differenz zu etablieren zwischen dem, was sich theoretisch überhaupt nur sagen und machen lässt, und dem,

<sup>15</sup> Aristoteles, Politik, übers. v. Olof Gigon, 8. Aufl., München 1998, 1253a.

<sup>16</sup> Hannah Arendt, Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hrsg. v. Ursula Ludz, München / Zürich 2003, 11 (Hervorhebungen im Original).

was tatsächlich gesagt und gemacht werden kann, tut er nicht mehr und nicht weniger, als wahres Wissen über die Wirklichkeit herzustellen<sup>17</sup>.

In Form eben solcher Diskurse verdichten sich auch die unterschiedlichen Handlungen, die schließlich die Ordnung des Politischen konstituieren. Durch eine Unzahl von Praktiken, die sich in der einen oder anderen Weise auf die Ordnung des Sozialen beziehen, werden bestimmte Knotenpunkte etabliert, in denen Bedeutungen über das Politische partiell – aber nie endgültig – festgelegt werden. Diese diskursiven Knotenpunkte sind ‚die Welt‘, von der Hannah Arendt als der eigentlichen Sorge des Politischen spricht. Denn streng genommen handelt Politik nicht von dem Menschen, sondern von dem, was zwischen den Menschen entsteht, und dies ist nichts anderes als diskursiv produzierte Wirklichkeit: „Wo immer Menschen zusammenkommen, schiebt sich Welt zwischen sie, und es ist in diesem Zwischen-Raum, daß alle menschlichen Angelegenheiten sich abspielen. [...] [D]ie Welt und die Weltdinge, in deren Mitte sich die menschlichen Angelegenheiten abspielen, sind nicht der Ausdruck, der gleichsam nach außen schlagende Abdruck des menschlichen Wesens, sondern im Gegenteil das Resultat dessen, daß Menschen etwas, was sie selbst nicht sind, herstellen können, nämlich Dinge, und daß auch die sogenannten seelischen oder geistigen Bereiche für sie dauerhafte Realitäten, in denen sie sich bewegen können, nur werden, soweit sie verdinglicht, als dingliche Welt vorliegen“<sup>18</sup>.

Die mächtigste dieser diskursiven Ordnungen ist der Staat selbst. Diese Einsicht ist keineswegs neu, sondern kann vielmehr auf eine Jahrhunderte alte Tradition zurückblicken. Eine Kulturgeschichte des Politischen unter diskurshistorischen Prämissen kann sich daher beispielsweise auf Thomas Hobbes als Urahnen berufen, der deutlich gemacht hat, daß Macht vor allem auf Anerkennung beruht. Politische Herrschaft und die damit einhergehenden Institutionalisierungen entstehen laut Hobbes infolge zirkulärer und sich wechselseitig verstärkender Zuschreibungsprozesse. Für ihn ist die Macht dem Gerücht ähnlich, das mit seiner Verbreitung an Glaubwürdigkeit zunimmt, so daß am Ende derjenige wirklich mächtig ist, dem alle Macht attestieren<sup>19</sup>. Man setze in dieser Formulierung anstatt von ‚Gerücht‘ das Wort ‚Diskurs‘ und man befindet sich mitten in einer kulturhistorischen Analyse des Politischen.

Verweist der Begriff des Politischen hinsichtlich seiner inhaltlichen Komponente auf die Organisation des Sozialen, dann spielen in einem solchen

<sup>17</sup> Achim Landwehr, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.

<sup>18</sup> Arendt, Was ist Politik? (Anm. 16), 25; vgl. auch ebd., 89 f.

<sup>19</sup> Thomas Frank [u. a.], Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Texte – Bilder – Lektüren, Frankfurt a.M. 2002, 75. Vgl. auch Arendt, Was ist Politik? (Anm. 16), 90.

Zusammenhang Fragen der Macht natürlich eine entscheidende Rolle, da schließlich jede Form menschlichen Miteinanders – und vor allem solche organisierter Art – niemals ohne Hierarchisierungen auskommen. Läßt sich Macht in einem sehr allgemeinen Sinn als Asymmetrie in gesellschaftlichen Beziehungen verstehen, muß zugleich darauf hingewiesen werden, daß es im Rahmen einer Kulturgeschichte des Politischen nicht genügen kann, den Begriff der Macht einzig im Sinne von Unterdrückung und Machtmißbrauch zu konzipieren. Vielmehr wirkt Macht als Bestandteil aller sozialen Beziehungen in vielfältiger Weise. Dies ist allein schon an der bereits benannten Aussage von Hobbes abzulesen, daß politische Herrschaft auf der Anerkennung durch die Beherrschten beruht – was zu der Schlußfolgerung führen muß, daß es vor allem die Herrschenden sind, die von den Beherrschten (und ihrer Anerkennung) abhängig sind, nicht umgekehrt. Macht ist ein diffuses soziales Phänomen, das die gesamte Gesellschaft durchzieht<sup>20</sup>.

Vor einem solchen Hintergrund ist für eine Kulturgeschichte des Politischen vor allem von Interesse, wie und wem es einerseits gelingt, bestimmte machtgesättigte Hierarchisierungen zu formen und wie solche Machtverhältnisse wiederum dafür eingesetzt werden, Diskurse zu etablieren, Wirklichkeit zu definieren und Bedeutungen zu fixieren. Diskurs und Macht sind daher untrennbar miteinander verwoben.

Frage man in dieser Weise nach dem Zusammenhang von Diskurs und Macht, ist es natürlich auch von Interesse, in welcher Weise politische Alltagsentscheidungen gefällt werden, warum beispielsweise eine bestimmte Umgehungsstraße gebaut wird (oder nicht) oder weshalb die Zahl der Kindergartenplätze ein weiteres Mal reduziert wird. Wahrscheinlich wird sich eine Kulturgeschichte des Politischen jedoch nicht auf solche Fragen des politischen Alltags konzentrieren, sondern sich Phänomenen zuwenden, in denen Diskurse sich derart verfestigt haben, daß ihnen ein hoher Grad an Selbstverständlichkeit zukommt und sie bereits in den Zustand der Naturalisierung übergegangen sind. Entsprechende Diskurse haben, mit anderen Worten, eine Qualität erreicht, in denen sie zum Bestandteil des Wissens geworden sind, insofern sie nicht nur wahre Aussagen über die Wirklichkeit treffen, sondern auch alternative oder konkurrierende Diskurse ausgeschaltet haben. Gelingt es, in dem permanent umkämpften und von Machtverhältnissen durchzogenen diskursiven Feld des Politischen eine bestimmte Diskursvariante zur dominierenden zu machen (beispielsweise daß Frauen im öffentlichen Leben nichts zu suchen haben und sich auf die Arbeit im Haus konzentrieren sollen), dann läßt sich davon sprechen, daß diesem Dis-

<sup>20</sup> Vgl. *Michel Foucault*, Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1992; *Heinrich Popitz*, Phänomene der Macht, 2. Aufl., Tübingen 1992; *Peter Imbusch* (Hrsg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998; *Rainer Paris*, Stachel und Speer. Machtstudien, Frankfurt a.M. 1998.

kurs die Qualität des Wissens zukommt, insofern er verantwortlich für die Gewißheit ist, daß Phänomene der Realität bestimmte Eigenschaften besitzen<sup>21</sup>. Insofern läßt sich sagen, „etwas wissen heißt, nicht daran denken müssen“<sup>22</sup>.

Im Kontext einer Kulturgeschichte des Politischen – wie auch darüber hinaus – darf Wissen jedoch keinesfalls voreilig mit idealistischen Konstruktionen gleichgesetzt werden, die es in Sphären eines höheren Geisteszustand verorten oder gar mit dem Geniegedanken in Verbindung bringen. Vielmehr ist Wissen sozialfunktional zu bestimmen, insofern es als soziales Produkt für Gesellschaften eine grundlegende Orientierungsfunktion übernimmt und daher all das als Wissen klassifiziert werden kann, was für sich selbst den Wissensstatus reklamiert und gesellschaftlich auch reklamieren kann<sup>23</sup>.

Vor dem Hintergrund von Fragen nach strukturiert-strukturierenden Diskursen und Praktiken in einem von Machtverhältnissen durchzogenen Feld, die schließlich die Wissensformen etablieren, welche als das Politische anerkannt werden, ergibt sich eine Vielzahl möglicher Themenstellungen. Diese vermehren sich nochmals dadurch, daß man sich nach den jeweiligen historischen Bestimmungen des Politischen zu richten hat. So war beispielsweise in vor- und frühneuzeitlichen Zusammenhängen die Familie ein selbstverständlicher Teil der politischen Organisation des Gemeinwesens, wurde jedoch im Verlauf des 18. Jahrhunderts aus einem solchen Konzept von Politik verdrängt, um stattdessen zum Kernbestandteil des ‚Privaten‘ zu werden und im politischen Kontext nur noch als Objekt, nicht mehr jedoch als integraler Bestandteil in Erscheinung zu treten. Angesichts solch hochkomplexer Umstände soll hier keine Auflistung möglicher Themenstellungen, gar noch mit dem Anspruch auf Vollständigkeit, gewagt werden, sondern exemplarisch der Hinweis aufgegriffen werden, der durch die venezianische Bevölkerungszählung von 1624 gegeben wurde. Da es sich dabei nach eigener Aussage um eine „politische Einteilung und Zählung des Volks von Venedig“ handelt, wäre im Sinne der Kulturgeschichte des Politischen zu fragen, was hieran politisch war und wie der *popolo di Venezia* im besonderen sowie die Kategorie der Bevölkerung im allgemeinen zu einem politischen Gegenstand wurden.

<sup>21</sup> Peter Berger / Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M. 1980; E. Doyle McCarthy, Knowledge as Culture. The New Sociology of Knowledge, London / New York 1996.

<sup>22</sup> Jacques Rancière, Die Namen der Geschichte. Versuch einer Poetik des Wissens, Frankfurt a.M. 1994, 8.

<sup>23</sup> Achim Landwehr, Das Sichtbare sichtbar machen. Annäherungen an ‚Wissen‘ als Kategorie historischer Forschung, in: Geschichte(n) der Wirklichkeit. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte des Wissens, hrsg. v. dems., Augsburg 2002, 61 – 89.

### III. ‚Bevölkerung‘ als politische Kategorie

Wenn in den Bemerkungen zu einer Kulturgeschichte des Politischen darauf verwiesen wurde, daß sich dieser Ansatz mit Diskursen beschäftigt, die im Zuge ihrer Verfestigung den Charakter eines selbstverständlichen Wissens annehmen, das ob seines Naturalisierungsgrades eigentlich kaum noch hinterfragt werden kann, dann ist ‚Bevölkerung‘ ein gutes Beispiel für einen solchen Prozeß. Denn im Alltagsverständnis scheint sich auf den ersten Blick keinerlei Notwendigkeit zu ergeben, die Kategorie der Bevölkerung einer kulturhistorischen Frage zu unterwerfen, da sie doch als Gesamtheit der Menschen eines bestimmten Gebiets tatsächlich zu existieren scheint. Wo soll sich hier so etwas wie ein wissensproduzierender Diskurs verbergen?

Ein erster Ansatz für eine Antwort liegt in der Tatsache begründet, daß die Rede von der Bevölkerung noch nicht sehr alt ist. Jahrhunderte lang kam man ohne dieses Konzept und ohne entsprechende Bezeichnungen aus. Auch wenn sich bereits in Antike und Mittelalter<sup>24</sup> elaborierte Überlegungen zu der Anzahl von Menschen finden, die ein bestimmtes Gebiet bewohnen, so ist ‚Bevölkerung‘ als politischer Gegenstand doch ein recht junges Phänomen. Michel Foucault wollte das Auftreten von ‚Bevölkerung‘ als wirtschaftliches und politisches Phänomen auf das 18. Jahrhundert datiert wissen: „Die Regierungen entdeckten, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem ‚Volk‘, sondern mit einer ‚Bevölkerung‘ mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen“<sup>25</sup>.

Auch wenn das Phänomen, also die Verknüpfung von frühneuzeitlicher Staatlichkeit und Bevölkerung, durchaus zutreffend beschrieben ist, so müssen doch an der Chronologie deutliche Korrekturen angebracht werden. Denn betrachtet man die staatstheoretische Literatur, so wird deutlich, daß bereits im 17. Jahrhundert die Bevölkerung zu einer Angelegenheit der „guten Policey“ wurde. So hob bereits Veit Ludwig von Seckendorff in seinem „Teutschen Fürsten-Staat“ von 1656 hervor, daß die Obrigkeit auf die Erhaltung und Vermehrung der Bevölkerung zu achten habe. Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, daß vor allem seit Mitte des 18. Jahrhunderts die staatliche Intervention in demographische Prozeße zum Dreh- und Angelpunkt der ‚Staatsklugheitslehre‘ avancierte. Der wohl wichtigste Auslöser dafür war die mercantilistische beziehungsweise kameralistische Wirtschaftslehre, die vor dem Hintergrund einer umfassenden Mobilisierung aller ökonomischen Potenzen eines Landes der Bevölkerung eine be-

<sup>24</sup> Peter Biller, *The Measure of Multitude. Population in Medieval Thought*, Oxford 2000.

<sup>25</sup> Foucault, *Der Wille zum Wissen* (Anm. 20), 37 f.

sondere Rolle zuwies. Denn in einer möglichst zahlreichen Bevölkerung sah man die unerlässliche Bedingung für jede wirtschaftliche Betätigung. Eine wachsende Population war nicht nur Symptom für den Reichtum eines Landes, sondern die zentrale Ursache für das ökonomische Wohlergehen. In dem Maße, wie die Bevölkerung ansteige, so nahmen Merkantilisten und Kameralisten an, nehme auch die Produktivität eines Landes zu, wodurch die größere Menge an Menschen wiederum problemlos versorgt werden könne. In einem ungetrübten Fortschrittsoptimismus wurde also das unendliche Wachstum propagiert, das vor allem von der Bevölkerung abhing, weshalb diesem Faktor unter allen Umständen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuteil werden mußte<sup>26</sup>.

In der politischen Praxis reicht die Beschäftigung mit ‚Bevölkerung‘ sogar noch wesentlich weiter zurück. Italien scheint hier eine Vorreiterrolle übernommen zu haben, denn nicht nur aus Venedig liegen Nachrichten von mittelalterlichen Haushaltlisten vor, auch in anderen Städten und Signorien wurden entsprechende Unternehmungen angestoßen. Im 16. Jahrhundert stieg die Zahl solcher Erhebungen sprunghaft an. Für Venedig sind Zahlen aus den Jahren 1509, 1540, 1555, 1563, 1581, 1586 und 1593 erhalten<sup>27</sup>. Andere Beispiele sind Bevölkerungserhebungen in Rom 1526, in Florenz 1527, 1552 und 1562 sowie in Neapel 1547 und in den 1590er Jahren<sup>28</sup>. Diese Erhebungen wurden, wie am venezianischen Beispiel bereits deutlich wurde, im 17. und 18. Jahrhundert fortgesetzt, blieben dann aber keineswegs auf Italien beschränkt, sondern wurden zu einem europäischen Phänomen. Während man vor allem über den Bevölkerungsdiskurs des 18. Jahrhunderts mit seinen vornehmlich ökonomischen Prämissen recht genaue Kenntnisse besitzt, ist dies für die Bevölkerungskonzepte des 17. Jahrhunderts weit weniger der Fall. Die Republik Venedig bietet sich aufgrund ihrer konstanten und intensiven Bemühungen auf diesem Feld während des 17. Jahrhunderts als besonders gutes Beispiel an.

#### IV. Die venezianische Bevölkerungszählung von 1624

Somit wären wir ausreichend gerüstet, um zur eigentlichen Ausgangsfrage zurückzukehren, nämlich zu dem Umstand, daß auf dem Einband der Zählung des *sestier* Dorsoduro von 1624 von einer *politischen* Einteilung

<sup>26</sup> Martin Fuhrmann, Die Politik der Volksvermehrung und Menschenveredelung. Der Bevölkerungsdiskurs in der politischen und ökonomischen Theorie der deutschen Aufklärung, in: Aufklärung 13 (2001), 243–282.

<sup>27</sup> Beloch, Bevölkerungsgeschichte Italiens (Anm. 1); Zannini, Un censimento (Anm. 1).

<sup>28</sup> Peter Burke, Städtische Kultur in Italien zwischen Hochrenaissance und Barock. Eine historische Anthropologie, Frankfurt a.M. 1996, 40.

und Zählung des Volkes von Venedig die Rede ist. Um das Motiv für eine solche Formulierung klären zu können, gilt es sich etwas detaillierter diesem Zensus zu widmen. Wie bereits erwähnt, waren Bevölkerungserhebungen im Italien der Frühen Neuzeit keine Besonderheit mehr. Auch hinsichtlich der Anlässe für solche Zählungen besteht mehr oder weniger Konsens. Zumeist waren es Gründe der Steuererhebung, der Lebensmittelversorgung, der kirchlichen Organisation oder der militärischen Wehrfähigkeit, die zu solchen Unternehmungen Anlaß gaben<sup>29</sup>. Doch leider wird mit einer derartigen Beschreibung konkreter Faktoren einerseits nicht wirklich erklärt, was an der vorliegenden Erhebung politisch gewesen sein soll, andererseits sind damit noch keineswegs die Diskurse aufgedeckt, die zur Konstitution der Kategorie ‚Bevölkerung‘ führten. Man wird wohl mit der Annahme nicht fehl gehen, daß beide Aspekte miteinander in Zusammenhang stehen.

Um für die Erhebung von 1624 herauszufinden, warum sie angeordnet wurde, sollte man sich – gerade angesichts der ungemein ausdifferenzierten Verwaltung der Republik Venedig<sup>30</sup> – zunächst der Frage zuwenden, wer diesen Zensus durchführte. Angesichts der Tatsache, daß die *provveditori alla sanità* vornehmlich für Fragen der Gesundheitsvorsorge zuständig waren, könnte man auf den Gedanken kommen, daß auch die Erhebung vor allem diesem Zweck diente, daß man also vor allem über den gesundheitlichen Zustand der Stadtbewohner und eventuell vorhandene Gefahrenherde Informationen sammeln wollte. Allerdings ist es so, daß Aufbau und Durchführung dieses Zensus nicht im Geringsten Anstrengungen in diese Richtung indizierten, man also aufgrund der Zählung von 1624 (wie auch anderer Erhebungen des 17. Jahrhunderts) nichts darüber erfährt, wie der gesundheitliche Zustand der Befragten war. Warum übertrug man dann innerhalb der venezianischen Regierung diesen Aufgabenbereich trotzdem den *provveditori alla sanità*?

Halten wir uns nochmals vor Augen, mit welchen Aufgabenbereichen dieses Gremium ansonsten betraut war, um Klarheit darüber zu erlangen, wie die Bevölkerungserhebungen in dieses Muster passen. Ein geradezu lebenswichtiger Aspekt ihrer Tätigkeit war die Errichtung von Sicherheitsgürteln um Stadt und Territorium im Falle einer drohenden Epidemie. In solchen Fällen wurden beispielsweise Quarantänestationen errichtet, in die alle Seuchenverdächtigen über mehrere Wochen eingewiesen wurden. Auch war es niemandem erlaubt, Venedig ohne einen Gesundheitspaß zu betreten, in dem dokumentiert war, daß die betreffende Person nur durch Städte gereist war, die von der Pest nicht befallen waren. Die Sauberkeit innerhalb der

<sup>29</sup> Burke, Städtische Kultur (Anm. 28), 39–54.

<sup>30</sup> Einen Einblick vermittelt Andrea Da Mosto, L'archivio di Stato di Venezia. Indice generale, storico, descrittivo ed analitico, 2 Bde., Rom 1937–1940.

Stadt war ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet, das so ernst genommen wurde, daß es beispielsweise Angehörigen des venezianischen Gesundheitsamtes verboten war, auf den Lebensmittelmärkten der Stadt einzukaufen, um so die dort regelmäßig durchgeführten Kontrollen nicht durch Einflußnahme und Bestechung zu gefährden. Außerdem wurden alle Personengruppen und Orte, die nach allgemeinem Dafürhalten eine potentielle Gefahr für die Gesundheit der Stadtbevölkerung darstellten, also Arme, Bettler, Prostituierte und Gasthäuser, der Kontrolle der *provveditori alla sanità* unterworfen. Darüber hinaus kümmerte man sich auch um Begräbnisse und Friedhöfe, die Ärzteschaft oder die Kontrolle der Wasserqualität, mithin um sämtliche Bereiche, die unmittelbar mit Fragen der Gesundheit in Zusammenhang standen<sup>31</sup>.

Aber wie paßt hier die Zählung der Bevölkerung hinein? Das diskursive Konstrukt, das die Klammer zwischen diesen scheinbar weit auseinanderliegenden Aspekten bildet, hört auf den Namen ‚Volkskörper‘<sup>32</sup>. Die Summe aller in Venedig lebenden Menschen wurde als Einheit gedacht, dessen Kollektivkörper gesundheitlich zu schützen war, beispielsweise indem man ihn im Falle einer Seuchengefahr mit einem Gesundheitsgürtel umgab, der ihn wie ein Panzer vor schädlichen Einflüssen schützen sollte. Hier zeigen sich mithin eindeutige Parallelen – oder besser: interdiskursive Zusammenhänge – zu den medizinischen Diskursen der Frühen Neuzeit, die vor dem Hintergrund der Vier-Säfte-Lehre ebenfalls immer um das Problem von Zu- und Abflüssen kreisten. Und eben hier fügen sich auch die Bevölkerungszählungen ein, denn sie sollten einerseits Informationen über den Zustand des Patienten ‚Volkskörper‘ liefern. Auch wenn sie weniger über seinen Gesundheitszustand im medizinischen Sinn zu berichten wußten, so konnten sie doch viel über seinen Gesundheitszustand in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht aussagen. Denn auch hier kam es immer wieder zu schädlichen Zu- und Abflüssen, insofern Gruppen wie Arme oder Bettler in den Volkskörper ‚eindrangen‘, aber möglicherweise benötigte Handwerkergruppen abwanderten, wodurch dem Volkskörper ökonomischer Schaden zugefügt wurde. Andererseits sollte durch die Erhebungen sichergestellt werden, daß das richtige Mischungsverhältnis der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zueinander bestand, ebenso wie im individuellen Körper die *complexio*, also die ausgeglichene Mischung der Körpersäfte von entscheidender Bedeutung für ein gesundes Leben war<sup>33</sup>. Das Ideal der richtigen Mischung der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb des Volks-

<sup>31</sup> *Vanzan Marchini*, I mali e i rimedi (Anm. 2), 24–26, 65–67.

<sup>32</sup> Vgl. dazu auch Wolfgang Fach / Rebecca Pates, Die drei Körper des Volkes, in: *Comparativ* 13 (2003), Heft 3, 14–30.

<sup>33</sup> Zur *complexio* vgl. Valentin Groebner, Das Wissen von der Bezeichnung der Körper: ‚complexio‘ und die Kategorien der Personenbeschreibung zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert, in: Geschichte(n) der Wirklichkeit (Anm. 23), 173–188.

körpers war zwar in ganz Europa von Bedeutung, erhielt in Venedig aber nochmals dadurch eine besondere Brisanz, daß die Serenissima sich als ideale Verkörperung der besten aller Staatsformen stilisierte, nämlich als Republik, in der sich die drei positiven Staatsformen Monarchie, Aristokratie und Politie miteinander verbanden<sup>34</sup>. Da die Bevölkerungsgruppen Träger der einzelnen Staatselemente waren, entsprach dem Verfassungsideal selbstverständlich auch ein gesellschaftliches Mischungsideal, dessen Ausgewogenheit anhand der Bevölkerungszählungen überprüft werden konnte.

Doch damit sind noch nicht alle Aspekte ausgeleuchtet, die den anonymen Autor des Einbandtitels von einer „Divisione e Numerazione politica“ sprechen ließen. Eingedenk der Feststellung Hannah Arendts, daß das Politische zwischen den Menschen und nicht im Menschen stattfindet, gilt es näher auf die Beziehungen der einzelnen Menschen und Bevölkerungsgruppen zueinander einzugehen, zumindest wie sie sich im obrigkeitlichen Entwurf der venezianischen Regierung darstellten. Während die Tatsache, daß in den Erhebungen möglichst alle Menschen, die sich in Venedig aufhielten, gezählt werden sollten, auf die *numerazione politica* und die damit einhergehende Idee vom Volkskörper verweist, läßt sich die *divisione politica* vor allem anhand der Kategorien ablesen, mit denen man die Bevölkerung einzuteilen versuchte<sup>35</sup>.

In Venedig sah die Praxis der Volkszählung während des gesamten 17. Jahrhunderts so aus, daß jede Pfarrei der Stadt von den *provveditori alla sanità* eine bestimmte Anzahl gedruckter Tabellen erhielt. Diese waren nach den drei großen sozialen Gruppen unterschieden, nach den Patriziern (*nobili*), den (*cittadini*) und dem ‚dritten Stand‘ (*artefici*) oder, wie man diese Gruppe zutreffender bezeichnen könnte, den Handarbeitenden<sup>36</sup>. Allein schon anhand der Schwierigkeit, diese dritte und im Hinblick auf die Quantität natürlich auch größte Gruppe zu benennen, zeigt sich, welche Probleme es bereitete, das diskursive Konstrukt einer Drei-Stände-Gesellschaft auf die tatsächlich viel komplexere soziale Situation Venedigs zu übertragen<sup>37</sup>. Konnte man sich hinsichtlich des Patriziats auf eine klare

<sup>34</sup> Zum venezianischen Mythos: *Franco Gaeta*, Alcune considerazioni sul mito di Venezia, in: *Bibliothèque d'Humanisme et Renaissance* 23 (1961), 58–75; *Edward Muir*, Civic ritual in Renaissance Venice, Princeton 1981, 13–23; *Barbara Marx*, Venedig – ‚altera Roma‘. Transformationen eines Mythos, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 60 (1980), 325–373; *Elisabeth Crouzet-Pavan*, „Sopra le acque salse“. Espaces, pouvoir et société à Venise à la fin du moyen âge, Bd. 2, Rom 1992, 955–994.

<sup>35</sup> Grundlegend zur Bedeutung von Kategorisierungen *Emile Durkheim / Marcel Mauss*, Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen, in: Emile Durkheim, Schriften zur Soziologie der Erkenntnis, Frankfurt a.M. 1987, 169–256.

<sup>36</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 352 (Bevölkerungs-erhebung 1624).

normative Grundlage berufen, insofern all diejenigen Familien hierzu gerechnet wurden, deren männliche Mitglieder in das goldene Buch eingetragen waren und Sitz und Stimme im Großen Rat hatten, sah die Situation für den ‚dritten Stand‘ schon wesentlich schwieriger aus. Die entsprechenden Tabellen waren mit *artefici* überschrieben, was sich in diesem Fall am ehesten mit ‚Handwerker‘ übersetzen läßt. In anderen Fällen griff man auch zu Bezeichnungen wie *Botteghisti*, *artisti*, also Ladenbesitzer und Handwerker<sup>38</sup>. Doch auch damit wurde dieser Teil der Bevölkerung, wie den *provveditori alla sanità* sehr wohl klar gewesen sein dürfte, nur unzureichend erfaßt, denn hier fanden sich alle gesellschaftlichen Schichten versammelt, von den armen Familien, die von Almosen abhängig waren, bis zu den reichen Kaufleuten. Wollte man sich aber diskursiv ‚im Wahren‘ bewegen, gab es schlicht keine andere Möglichkeit, als sich dieser, in ganz Europa als Ideal vorherrschenden Dreiteilung der Gesellschaft anzuschließen, selbst wenn es zu Lasten des Ergebnisses der Bevölkerungserhebung ging.

Die Probleme setzten sich bei den anderen Gruppen nahtlos fort. Auch die *cittadini* bereiteten Schwierigkeiten. Eigentlich handelte es sich bei ihnen ebenfalls um eine normativ definierte Gruppe, nämlich um diejenigen Familien, die nicht nur eine eheliche Geburt nachweisen konnten, sondern die auch belegen konnten, daß sie und ihre Vorfahren sämtlich in Venedig geboren waren. Unter diesen Voraussetzungen wurden sie zu bestimmten Ämtern der venezianischen Verwaltung zugelassen, die ausschließlich den *cittadini* offen standen. Beide Aspekte, der venezianische Ursprung und die Übernahme von Verwaltungämtern, definierten die Gruppe der *cittadini*, die eine ähnlich geschlossene Kaste bildete wie das Patriziat<sup>39</sup>. Doch im Rahmen der Bevölkerungserhebungen wurde diese Gruppe ausgeweitet. Denn die Volkszähler wurden angewiesen, in die Tabelle der *cittadini* beispielsweise Rechtgelehrte und Mediziner einzutragen, aber auch Priester, die einem Haushalt vorstanden und nicht einer Patrizierfamilie angehörten<sup>40</sup>. Auch hier offenbaren sich also Schwierigkeiten mit der Kategorie der *cittadini*,

<sup>37</sup> Zum Diskurs der trifunktionalen Einteilung der Gesellschaft vgl. Georges Duby, Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus, Frankfurt a.M. 1981; Otto Gerhard Oexle, Die funktionale Dreiteilung als Deutungsschema der sozialen Wirklichkeit in der ständischen Gesellschaft des Mittelalters, in: Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, hrsg. v. Winfried Schulze, München 1988, 19–51.

<sup>38</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 53 (Bevölkerungserhebung 1563), fol. 157r.

<sup>39</sup> Andrea Zannini, Burocrazia e burocrati a Venezia in età moderna: i cittadini originari (sec. XVI–XVIII), Venedig 1993; Matteo Casini, La cittadinanza originaria a Venezia tra i secoli XV e XVI. Una linea interpretativa, in: Studi veneti offerti a Gaetano Cozzi, Venedig 1992, 133–150.

<sup>40</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 352 (Anweisung zur Bevölkerungserhebung 1624), nicht foliert.

die eigentlich genau definiert war, die aber aufgeweicht wurde, um die Gelehrten nicht den Handarbeitenden zuordnen zu müssen.

Andere Gruppen ließen sich schließlich gar nicht in diesen Tabellen unterbringen. Das waren zum einen Kirchendiener, denen im trifunktionalen Gesellschaftsmodell Venedigs kein eigener Stand zugesprochen wurde. Stattdessen wurden sie entweder dem Patriziat oder den *cittadini* zugeordnet beziehungsweise im Falle von Ordensgeistlichen, Mönchen und Nonnen in gesonderten Tabellen untergebracht<sup>41</sup>. Diese Ausgliederung in eigenen kleinen Tabellen macht bereits ausreichend deutlich, daß diese Gruppen sich in das herrschaftliche Modell von Bevölkerung nicht einordnen ließen. Sie bildeten keinen integralen Bestandteil des Volkskörpers, auch wenn sie für ihn bestimmte Funktionen übernahmen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde das jüdische Ghetto Venedigs. Dort wurden zwar Zählungen durchgeführt, allerdings wurden diese Zahlen ebenfalls nicht in die Tabellen des entsprechenden Stadtteils Castello eingegliedert, sondern gesondert bei den *provveditori alla sanità* abgeliefert<sup>42</sup>.

Diskursiv war es demnach nicht möglich, sich außerhalb der etablierten Dreiteilung der Gesellschaft zu stellen, also mußten die sozialen Zustände so hingebogen werden, daß sie sich in dieses Schema einfügten. Denn der ‚Wille zum Wissen‘, der sich hier offenbart, zielte auf die unbedingte Notwendigkeit einer Dreiteilung der Gesellschaft, weil nur mit einem solchen, sich auf biblische Ursprünge berufenden Sozialmodell die hierarchische Organisation der Gesellschaft, und damit eines zentralen Bestandteils des Politischen selbst, begründet werden konnte. Mit einem anderen Bild der Gesellschaft hätte man eine neue symbolische Ordnung des Politischen hervorbringen können, aber das ließ sich vor der Französischen Revolution höchstens denken, kaum jedoch in Kategorien konkretisieren, denn dazu waren die etablierten politischen Diskurse bereits zu petrifiziert.

Verdeutlicht sich in der Grobeinteilung der einzelnen Tabellen also sowohl die Zusammensetzung des Volkskörpers als auch seine hierarchische Gliederung, so lassen sich entsprechende Beobachtungen in den einzelnen Spalten der jeweiligen Tabellen fortsetzen. Denn der genauere Aufbau der Tabellen sah so aus, daß jeweils eine Zeile für eine Familie vorgesehen war, während in den Spalten eine genauere Differenzierung innerhalb der Familien vorgenommen wurde. Im Rahmen der Bevölkerungszählung von 1624 waren hierbei zwölf Punkte zu beachten: In die erste Spalte waren Vor- und Nachname des Hausvorstandes (*capo di casa*) einzutragen. Im Falle des

<sup>41</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 352 (Bevölkerungs-erhebung 1624).

<sup>42</sup> Marion Steinbach, Juden in Venedig 1516–1797. Zwischen Isolation und Integration, Frankfurt a.M. 1992; David Malkiel, A Separate Republic. The Mechanics and Dynamics of Jewish Self-Government, Jerusalem 1991.

,dritten Standes‘ wurde jedoch explizit darauf hingewiesen, keinen Nachnamen, sondern den Beruf des Hausvorstandes einzutragen. In der zweiten Spalte sollte die Gesamtzahl aller Familienmitglieder notiert werden. Danach folgten die Spalten, durch die die übrigen Familienmitglieder erfaßt wurden, allerdings jeweils nur in Form von Zahlenangaben. Der Familienvorstand – bei dem es sich meistens um den Hausvater handelte, nur im Falle einer Witwenschaft wurde die Frau des Hauses erwähnt – war in der Tat der einzige, der namentlich erwähnt wurde. Ansonsten war man seitens der *provveditori alla sanità* nur an Zahlen interessiert, das heißt nur an der Quantität des Volkskörpers. Im einzelnen mußte aufgeführt werden, wieviel Geistliche sich in der Familie befanden, wieviel Jungen bis zum Alter von 18 Jahren, wieviel Männer zwischen 18 und 50 Jahren und wieviel alte Männer, die die 50 bereits überschritten hatten. Dann folgten Angaben über die weiblichen Familienmitglieder, genauer über die Frauen ab 18 Jahre und über die Mädchen bis 18 Jahre. Die Spalten neun und zehn waren für die männlichen beziehungsweise weiblichen Bediensteten reserviert, während Angaben über eventuell in der Familie lebende Durchreisende oder Fremde sowie über vorhandene Gondeln die letzten Spalten bildeten<sup>43</sup>.

Es erfordert nicht viel interpretatorisches Geschick, um aus der Anordnung dieser Spalten eine weitere, wenig überraschende Hierarchie herauszulesen, die wie die Drei-Stände-Ordnung ebenfalls einen naturalisierten Diskurs der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Frühen Neuzeit bildete. In der Abfolge der Spalten kommt eindeutig die Herrschaft des Hausvaters über – in der hierarchischen Reihenfolge – die Männer, Frauen, Bediensteten, Fremden und Dinge seines Haushalts zum Ausdruck. Auch diese Hierarchie liegt demnach dem venezianischen Bevölkerungskonzept des 17. Jahrhunderts wie selbstverständlich zugrunde.

Selbstverständlich wären an dieser Stelle noch weitere Fragen zu stellen. Vor allem ein Längsschnitt, der den Wandel des Bevölkerungsdiskurses näher beleuchtet, wäre hier von Interesse. Es deutet sich immerhin schon bei dem eher verkrampten Festhalten an der Drei-Stände-Ordnung sowie den damit einhergehenden Schwierigkeiten, die soziale Situation adäquat zu erfassen, an, daß hier Möglichkeiten für eine Verschiebung der Regeln aufscheinen, die das Feld konstituieren, in dem Wissen und Wahrheit produziert werden. Das hierarchische Familienmodell als Grundeinheit des Staates wurde hingegen erst im 20. Jahrhundert aufgebrochen. All dies läßt sich an dieser Stelle jedoch nicht mehr im Detail ausführen.<sup>44</sup> Statt dessen sollten Einblicke in die Möglichkeiten einer Kulturgeschichte des Politischen gegeben werden, wobei sich anhand des Beispiels der Kategorie ‚Be-

<sup>43</sup> Biblioteca del Museo Correr, Venedig, MSS. Donà dalle Rose 352 (Anweisung zur Bevölkerungserhebung 1624), nicht foliert.

<sup>44</sup> Vgl. dazu ausführlich *Landwehr*, Die Erschaffung Venedigs (Anm. 3).

völkerung‘ besonders deutlich zeigen läßt, wie die Ordnung des Sozialen in permanenten Bemühungen erst diskursiv hergestellt werden muß. Sie ist eben keinesfalls schon selbstverständlich vorhanden und läßt sich auch nicht einfach der Realität ablesen. Vielmehr hat eine Kulturgeschichte des Politischen auf die Handlungen und Diskurse zu achten, „die auf die Erhaltung oder die Änderung der bestehenden Ordnung zielen“. Die wichtigsten Merkmale dieser Ordnung sind „die Differenzierung und die proportionale Verknüpfung der differenzierten Elemente, die wiederum erforderlich macht, daß diese Elemente nicht als äquivalent behandelt, sondern hierarchisiert werden“<sup>45</sup>. Hiermit ist der Kern dessen bezeichnet, was eine Kulturgeschichte des Politischen vor allem zu interessieren hat, und nichts anderes drücken die Worte auf dem Einband der Bevölkerungserhebung des Stadtteils Dorsoduro von 1624 aus, wenn sie von einer „Divisione e Numerazione politica del Popolo di Venetia“ sprechen.

---

<sup>45</sup> Georges Balandier, Politische Anthropologie, München 1976, 14 f.

# **Konfessionalisierung in kulturalistischer Perspektive?**

## **Überlegungen am Beispiel der Herzogtümer Jülich-Berg**

Von *Antje Flüchter*, Münster

Im Jahre 1532 erließ Johann III. von Jülich, Kleve, Berg, Mark und Ravensberg eine Kirchenordnung, die zusammen mit der 1533 erlassenen *Declaratio* die Grundlage der herzoglichen Kirchenpolitik im 16. Jahrhundert darstellte. Kirchenordnungen gelten als ein klassisches Instrument landesherrlicher Kirchen- und Konfessionalisierungspolitik und sind daher wichtige Quellen für Untersuchungen herrschaftlichen Handelns im Konfessionellen Zeitalter. Vor allem seit dem Perspektivenwechsel zu einer Geschichte ‚von unten‘ und der Einbeziehung kulturgeschichtlicher Ansätze wurde immer wieder nachgewiesen, daß obrigkeitliche Steuerung und damit auch obrigkeitliche Konfessionalisierung oft nicht völlig umgesetzt worden sind und damit auch nicht so erfolgreich waren, wie lange angenommen. Hinter diesen Bewertungen stehen die Kriterien von Erfolg und Effektivität, ausgedrückt in der Einlösung der explizit in den Gesetzestexten angegebenen Steuerungszielen. Am Beispiel der herzoglichen Kirchenpolitik in Jülich-Berg soll hier untersucht werden, welche weiterreichenden Erkenntnisse sich ergeben, wenn die Modelle der Staatsbildung und der Konfessionalisierung unter einer kulturgeschichtlichen Perspektive betrachtet werden, die obrigkeitliches Handeln als symbolisches Handeln versteht und sich nicht auf die instrumentelle Dimension beschränkt.

### **I. Politikgeschichte, Kulturgeschichte und das Konzept der Konfessionalisierung**

Die Politik oder der Bereich des Politischen hat in letzter Zeit eine Art Renaissance in der Geschichtswissenschaft erfahren. Während die frühen Auseinandersetzungen zwischen der neuen Kulturgeschichte und der Politikgeschichte, aber auch der historischen Sozialwissenschaft sich vor allem auf die Hierarchie zwischen Mikro- und Makrogeschichte beschränkten, die Relevanz einer Geschichte ‚von unten‘ und der Erforschung von Deutungszusammenhängen postuliert wurde, beansprucht die kulturalistische Perspektive nun zunehmend ihre Kompetenz für den Bereich des Herrschafts-

handelns, der Politik<sup>1</sup>. Sie untersucht Rituale, Zeremonien und andere symbolische Praktiken<sup>2</sup>, wertet sie zu geschichtsmächtigen und untersuchungswürdigen Gegenständen auf und erlöst sie damit von ihrer Statistenrolle als bloßes Beiwerk des eigentlichen Staatshandelns. Dies geschieht entgegen dem Anspruch der Politikgeschichte auf ihre Autonomie und trotz ihres Zweifels an der Relevanz der Kulturgeschichte für politikgeschichtliche Themen. Teils scheint dieser Zweifel darin begründet zu sein, daß die neue Kulturgeschichte immer noch eher als eine Sektorengeschichte verstanden wird, die kulturelle Phänomene untersucht, und eben nicht als Perspektive auf die gesamte Geschichte. Der Begriff von Kultur, wie ihn Ute Daniel als „System kollektiver Sinnkonstruktionen, mit denen Menschen die Wirklichkeit definieren“, umschrieben hat<sup>3</sup>, umschließt die ganze Erfahrungswelt der Menschen. Vergangenheit unter einer kulturgeschichtlichen Perspektive zu untersuchen, bedeutet demnach, den Fokus auf die Sinnzuweisungen und die dahinterstehenden Ordnungskategorien, Wertvorstellungen, aber auch Geltungsansprüche zu richten. Statt einer Rekonstruktion dessen, was eigentlich gewesen ist, soll versucht werden, nachzuvollziehen, wie Sinn zugeschrieben wurde<sup>4</sup>.

Mit der kulturgeschichtlichen Perspektive wurde bisher vor allem Geschichte ‚von unten‘ betrieben, doch spricht nichts dagegen, ähnlich mit

<sup>1</sup> Vgl. die programmatischen Aufsätze: *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28 (2002), 574–606; *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen: Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), 71–117; *Barbara Stollberg-Rilinger*, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung in diesem Band.

<sup>2</sup> *Barbara Stollberg-Rilinger*, Die zeremonielle Inszenierung des Reichs, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Reichsverfassungsgeschichte?, in: *Imperium Romanum – Irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat*, hrsg. v. Matthias Schnettger, Mainz 2002, 233–246; *dies.* (Hrsg.): Vormoderne politische Verfahren, Berlin 2001; *dies.*, Politisch-soziale Praxis und symbolische Kultur der landständischen Verfassungen im westfälischen Raum. Einleitung, in: *Westfälische Forschungen* 53 (2003), 1–11; *Gerd Althoff*, Demonstration und Inszenierung. Spielregeln der Kommunikation in mittelalterlicher Öffentlichkeit, in: *Frühmittelalterliche Studien* 27 (1993), 27–50; *ders.*, Die Macht der Rituale. Symbolik und Herrschaft im Mittelalter, Darmstadt 2003; *Hagen Keller*, Ritual, Symbolik und Visualisierung in der Kultur des ottonischen Reiches, in: *Frühmittelalterliche Studien* 35 (2001), 21–57.

<sup>3</sup> *Ute Daniel*, „Kultur“ und „Gesellschaft“. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte, in: GG 19 (1993), 69–99, 72.

<sup>4</sup> So fordert Barbara Stollberg-Rilinger als Programm einer neuen Kulturgeschichte, „Normen, Regeln und Institutionen gleichsam unter die Lupe zu legen, sie auf das Niveau des individuellen sinnhaften Handelns und der konkreten Kommunikationsakte hinunterzuverfolgen und dann zu beobachten, wie sie sich in ein kompliziertes Geflecht wechselseitiger Geltungsansprüche, -zuschreibungen und -zurückweisungen auflösen“, *Barbara Stollberg-Rilinger*, Zeremoniell, Ritual, Symbol. Neue Forschungen zur symbolischen Kommunikation in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, in: ZHF 27 (2000), 389–405, hier 405.

dem Bereich des Politischen zu verfahren<sup>5</sup>, also dem Bereich, in dem Herrschaft und Macht angesiedelt sind<sup>6</sup>. Nun wurden die Begriffe von Macht und Herrschaft gerade im Rahmen neuerer Ansätze immer mehr ausgeweitet und geradezu ubiquitär verwendet<sup>7</sup>, damit verlieren die Begriffe zwangsläufig an Trennschärfe. Daher erscheint es sinnvoll, die im engeren Sinne dem Bereich des Politischen zuzuordnenden Phänomene von Macht und Herrschaft von denen im weiteren Sinne zu trennen. Politische Macht und Herrschaft meint dann diejenigen Handlungen einer Instanz, die den Anspruch auf Steuerung gegenüber einem Kollektiv erhebt, also darauf, in gesellschaftlich relevanten Fragen Entscheidungen zu treffen und regulierend einzutreten<sup>8</sup>.

Die Rückkehr zu einer Politikgeschichte aus dieser Perspektive bedeutet keine Rückkehr zur alten Politikgeschichte. Wir haben uns von der Annahme verabschiedet, daß nur das, was in den staatlichen Handlungsräumen geschieht, Geschichte ausmacht<sup>9</sup>. Politik, herrschaftliches Handeln interessiert heute weniger an und für sich, also losgelöst von gesellschaftlicher und alltäglicher Realität, als vielmehr in ihrer Verflechtung mit den Aneignungsmechanismen und Sinnzuschreibungen der Adressaten. Zudem kann

<sup>5</sup> Wolfgang Reinhard fordert die Historische Anthropologie explizit dazu auf, ihre Themen um das Politische zu erweitern, da das Politische „ein integrierender Bestandteil unserer Geschichte und Kultur“ sei, vgl. Wolfgang Reinhard, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), 593–616, 593; vgl. jetzt ders., Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie, München 2004, 287–304.

<sup>6</sup> Vgl. Karl-Siegbert Rehberg, Die „Öffentlichkeit“ der Institutionen. Grundbegriffliche Überlegungen im Rahmen der Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, hrsg. v. Gerhard Göhler, Baden-Baden 1995, 181–211, 195.

<sup>7</sup> Vgl. Alf Lüdtkes vielfach rezipierten Begriff des Kräftefeldes: Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, hrsg. v. dems., Göttingen 1991, 9–63, 21.

<sup>8</sup> Vgl. die Arbeitsdefinition von Politik bei Gerhard Göhler, der allerdings die Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidungen betont, während hier der Anspruch auf die Entscheidungskompetenz im Vordergrund gestellt wird: Gerhard Göhler, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, hrsg. v. dems., Baden-Baden 1997, 11–62, 17; zu den verschiedenen Politikbegriffen der Politikwissenschaft vgl. Ulrich von Alemann, Politikbegriffe, in: Pipers Wörterbuch zur Politik 1: Politikwissenschaft. Theorie-Methoden-Begriffe, hrsg. v. Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze, Bd. 2: Nationbuilding – Zweiparteiensystem, München/Zürich 1989, 705–707. Inwieweit die Steuerungsabsicht dann auch erfolgreich ist oder Chancen auf Erfolg hat, ist hier zunächst zweitrangig.

<sup>9</sup> Vgl. programmatisch für die alte Politikgeschichte Gerhard Ritter, Zur Problematik gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: ders., Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung. Zum 70. Geburtstag, München 1958, 255–283.

Herrschaft heute kaum mehr als Einbahnstraße des Befehlens und des Gehorchens verstanden werden<sup>10</sup>. Die Hierarchie der historischen Gegenstände hat sich verändert und kann auch bei einer Rückkehr zur Politikgeschichte nicht wieder umgekehrt werden.

Eine kulturgeschichtliche Untersuchung des Politischen bedeutet, daß man den Schwerpunkt nicht alleine auf die Frage der Durchsetzung von Macht und Herrschaft, der tatsächlichen Steuerung richtet, sondern diesen Aspekt in einen größeren Zusammenhang des symbolischen Handelns und einer performativen Politik einordnet. Die Darstellung und Sichtbarmachung von etwas Abstraktem wie Herrschaft und Macht war in der Vormoderne entscheidend, damit sie als ‚wirklich‘ akzeptiert und wahrgenommen wurden<sup>11</sup>. Nur visualisiert konnten solche Strukturen oder Phänomene in die Deutungszusammenhänge der Zeitgenossen integriert werden, nur so konnten sie als Ordnungskategorien wirken. Die Inszenierung mußte sozusagen performativ die Voraussetzungen schaffen, damit die erhobenen Ansprüche (auf Vorrang, auf Steuerung oder auf Herrschaft) von der Umwelt akzeptiert wurden<sup>12</sup>.

Diese Perspektive richtet sich vor allem auf den symbolischen Mehrwert des politischen Handelns<sup>13</sup>. Das ‚Symbolische‘ stellt dann eine Ebene oder Dimension des zu untersuchenden Handelns dar, eine weitere wäre die ‚instrumentelle‘; beide Aspekte schließen sich nicht aus. ‚Instrumentell‘ ist der Zweck, der jenseits des eigentlichen Handelns liegt und der gleichzeitig explizit ausgedrückt wird, während die ‚symbolische‘ Dimension des Handelns im Handeln selbst ihr Ziel hat und oft verschiedene Deutungsmöglichkeiten bietet<sup>14</sup>. ‚Instrumentell‘ und ‚symbolisch‘ dürfen nicht als Entwe-

<sup>10</sup> Vor dem Hintergrund der Arbeiten von Ulinka Rublack, Matthias Weber oder anderer läßt sich nicht mehr behaupten, die einen würden eben befehlen und die anderen gehorchen, vgl. *Ulinka Rublack*, Frühneuzeitliche Staatlichkeit und lokale Herrschaftspraxis in Württemberg, in: ZHF 24 (1997), 347–376; *Matthias Weber*, Bereitwillig gelebte Sozialdisziplinierung? Das funktionale System der Polizeiordnungen im 16. und 17. Jahrhundert, in: ZRG GA 115 (1998), 420–440.

<sup>11</sup> Vgl. *Barbara Stollberg-Rilinger*, Höfische Öffentlichkeit. Zur zeremoniellen Selbstdarstellung des brandenburgischen Hofes vor dem europäischen Publikum, in: FBPG, N.F. 7 (1997), 145–176, v.a. 148–149; *Rehberg*, Öffentlichkeit (Anm. 6); laut Warnke richtete sich die Inszenierung allerdings erst seit dem 16. Jahrhundert auch an die Untertanen, vgl. *Martin Warnke*, Visualisierung der Macht im 16. Jahrhundert, in: Staatsrepräsentation, hrsg. v. Jörg-Dieter Gauger/Justin Stagl, Berlin 1992, 63–74, 64.

<sup>12</sup> So betont Goffman bei der Analyse von Interaktionen die Überschneidung deren technischer und dramaturgischer Aspekte: „Macht jeder Art muß mit wirksamen Mitteln der Zurschaustellung verbunden sein und wird verschiedene Auswirkungen haben, je nachdem, wie sie dramatisiert wird.“ *Erving Goffman*, Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München 1969, 220, ähnlich 80.

<sup>13</sup> Vgl. die Unterscheidung Göhlers zwischen Willens- und Symbolbeziehung bei politischem Handeln: *Göhler*, Zusammenhang (Anm. 8), 21.

der-Oder verstanden werden, vielmehr ergänzen sich beide<sup>15</sup>. „Symbolische“ Politik in der kulturgeschichtlichen Perspektive bedeutet also weder ein „nur“ symbolisch und damit eine Abwertung gegenüber den „harten“ Zielen und Strategien, noch eine vorrangige Manipulationsabsicht, die die wahren Ziele einer Politik verschleiern will<sup>16</sup>. Die Symbolbeziehung einer Handlung weist über das Steuerungsziel des instrumentellen Handelns hinaus, dieser symbolische Mehrwert muß im Unterschied zum explizit ausgesprochenen Steuerungsziel noch interpretiert werden. Daher macht diese Art des politischen Handelns vor allem Orientierungsangebote und verlangt kein eindeutiges Verhalten und vermag deshalb gerade bei einer pluralistischen Politik integrierend zu wirken<sup>17</sup>.

Weiterführend ist neben den politikwissenschaftlichen Konzepten einer symbolischen Politik der rechtswissenschaftliche Ansatz der symbolischen Gesetzgebung; so differenziert der Jurist Kindermann zwischen „instrumentellen“ und „symbolischen“ Gesetzen. „Instrumentelle“ Gesetze dienen einem konkreten Zweck, ihre Effektivität ist empirisch nachweisbar und hängt unter anderem vom Nachdruck des Staates bei ihrer Durchsetzung ab. Symbolische Gesetze teilt Kindermann in drei Typen ein<sup>18</sup>: Gesetze, die soziale Werte bekräftigen sollen<sup>19</sup>, die die Handlungsfähigkeit des Staates beweisen und das Vertrauen der Bürger in den Staat stärken sollen – Kindermann spricht hier von Alibigesetzgebung –<sup>20</sup>, und als drittes solche Gesetze, die gesellschaftliche Konflikte durch dilatorische Kompromisse lösen oder zumindest aufschieben sollen, ein Aspekt, der der Integrationsleistung symbolischer Politik bei Göhler entspricht. Während beim ersten Typ der soziale Wert oder das normative Deutungsmuster, der oder das hinter dem Inhalt eines Gesetzes steht, fokussiert wird, beziehen sich der zweite und dritte

<sup>14</sup> Vgl. dazu *Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren, Frankfurt a. M. 1993, 223–232.

<sup>15</sup> Ebd., 227.

<sup>16</sup> So wurde der Begriff der „symbolischen“ Politik in der Politikwissenschaft lange verstanden, vgl. *Murray Edelman*, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a. M. 1990 (1976); *Ulrich Sarcinelli*, Symbolische Politik und politische Kultur. Das Kommunikationsritual als politische Wirklichkeit, in: Politische Vierteljahreszeitschrift 30/2 (1989), 292–309.

<sup>17</sup> Vgl. *Göhler*, Zusammenhang (Anm. 8), 32.

<sup>18</sup> Vgl. *Harald Kindermann*, Symbolische Gesetzgebung, in: Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie 13 (1988), 222–245, 230–238.

<sup>19</sup> Als Beispiel für diesen Typ symbolischer Gesetzgebung werden meist die US-amerikanische Prohibitionsgesetzgebung oder die Debatte um den § 218 angeführt, vgl. dazu *Marcello Neves*, Symbolische Konstitutionalisierung, Berlin 1998, 38.

<sup>20</sup> Noll bezeichnet diese Art der Gesetzgebung auch als „Ersatzreaktion“, vgl. *Peter Noll*, Symbolische Gesetzgebung, in: Zeitschrift für schweizerisches Recht 100 (1981), 347–364, 360–362.

Typ stärker auf die Tätigkeit der Gesetzgebung und die Interpretation dieser Tätigkeit. Während dieser Ansatz Gesetze oft entweder den ‚symbolischen‘ oder den ‚instrumentellen‘ zuordnet, soll hier, ähnlich wie hinsichtlich des politischen Handelns erläutert, von einer ‚Doppelnatur‘ der meisten Gesetze wie der Gesetzgebung ausgegangen werden<sup>21</sup>. Diese Aspekte von Gesetzgebung wie von einzelnen Gesetzen werden als symbolisch bezeichnet, da sie eine über den instrumentellen Zweck der Gesetze hinausgehende Zielsetzung, einen hinzukommenden ‚Mehrwert‘ bezeichnen. Dieser Mehrwert ist vorhanden, aber oft nicht eindeutig bestimmbar, er muß interpretiert werden.

Diese Dimension von politischem Handelns als symbolisch zu bezeichnen bedeutet aber nicht nur, daß sie auf einen Mehrwert verweist, daß sie vielleicht nicht eindeutig ist, sondern noch interpretiert werden kann oder muß. Seit Cassirer wird vielmehr immer wieder betont, daß Symbole nicht nur verweisen, sondern soziale Sachverhalte konstituieren<sup>22</sup>. Erst über die Bedeutungssysteme, die wir eben symbolisch speichern, setzen Menschen das Wahrgenommene zueinander in Beziehung, ordnen es ein, und erst damit wird es ‚wahr‘<sup>23</sup>.

Symbole können dabei verstanden werden als etwas, das strukturiert ist und selber strukturiert<sup>24</sup>. Entscheidend ist dabei, festzuhalten, daß die Realitätskonstitution durch Symbole, „zwar ein geistiger Vorgang [sei], jedoch keineswegs losgelöst von sozialen Bedingungen“<sup>25</sup>, wie Gerhard Göhler betont. Denn die Symbole, die unsere Realität konstituieren, mußten sich zu-

<sup>21</sup> Die Notwendigkeit dieser „Doppelnatur“ vormoderner Gesetze beschreibt Lothar Schilling am Beispiel der französischen *ordonnances de réformation*, wobei er sich weniger auf die symbolische Gesetzgebung im Sinne Kindermanns als auf die Luhmansche Unterscheidung bezieht, vgl. *Lothar Schilling*, Gesetzgebung als Kommunikation. Zu symbolischen und expressiven Aspekten französischer „*ordonnances de réformation*“ des 16. und frühen 17. Jahrhunderts, in: Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, hrsg. v. Barbara Stollberg-Rilinger / Helmut Neuhaus, Berlin 2002, 133 – 166.

<sup>22</sup> Chartier zieht es allerdings vor, dann von *Repräsentationen* zu sprechen, da dieser Begriff eindeutiger sei, vgl. *Roger Chartier*, Einleitung: Kulturgeschichte zwischen Repräsentation und Praktiken, in: ders., Die unvollendete Vergangenheit. Geschichte und die Macht der Weltauslegung, Frankfurt a. M. 1992, 7 – 23, v.a. 14.

<sup>23</sup> Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß die Kritik von Thomas Nicklas leer läuft, der der neuen Kulturgeschichte entgegenhält: „Hinter der Herrschaft steht allerdings eine anthropologische Universalie, die sich konstruktivistischer Bearbeitung völlig entzieht, nämlich die Macht mit allen Formen ihrer Ausübung.“ Vgl. *Thomas Nicklas*, Macht – Politik – Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kulturgeschichte, in: AKG 86 (2004), 1 – 25, 5.

<sup>24</sup> Dies entspricht sowohl dem Habituskonzept von Bourdieu wie auch der doppelten Strukturierungsleistung bei Giddens.

<sup>25</sup> Vgl. *Göhler*, Zusammenhang (Anm. 8), 36.

nächst im Konflikt mit anderen Deutungsmustern als hegemonial durchsetzen. Roger Chartier sieht diese Kämpfe für den Historiker als mindestens so wichtig wie ökonomische Auseinandersetzung an, jedenfalls, „wenn man die Mechanismen verstehen will, durch die eine Gruppe ihre Sicht der sozialen Welt, ihre Werte und ihre Herrschaft durchsetzt oder durchzusetzen sucht“<sup>26</sup>. Dies sind die Kämpfe um die Definitionsmacht.

Daher sollte eine kulturgeschichtliche Untersuchung politischen Handelns sich nicht auf dessen symbolische Dimension beschränken, sondern auch den Kampf um Symbole, wie er beispielsweise in Gesetzen ausgetragen werden kann, miteinbeziehen. Bezogen auf das Thema dieses Beitrages heißt das, sowohl die symbolische Bedeutung der herzoglichen Kirchenpolitik, vor allem das Erlassen einer Kirchenordnung und das Abhalten von Visitationen, zu untersuchen, als auch die konfessionellen Symbole, für die diese Politik sich einsetzte.

Welche Relevanz haben neue kulturgeschichtliche Ansätze für die Entwicklung frühmoderner Staatlichkeit im 16. Jahrhundert und das Konzept der Konfessionalisierung? Konfessionalisierung ist in seiner vor allem von Wolfgang Reinhard beschriebenen Form eine Phase des europäischen Staatsbildungsprozesses und somit ein politikgeschichtliches Thema – allerdings einer Politikgeschichte aus sozialhistorischer Perspektive<sup>27</sup>. Bereits im 15. Jahrhundert hatten viele landesherrliche Obrigkeitkeiten sich bemüht, andere Herrschaftsträger auszuschalten und ihre eigenen Herrschaftsrechte zu akkumulieren. Vor dem Hintergrund der Glaubensspaltung war herrschaftliches Handeln religiös aufgeladen worden, die so veränderte Akkumulation von Herrschaftsrechten ergab die herrschaftliche Praxis, die das Konzept der Konfessionalisierung beschreibt. Die Pointe dieses Konzeptes ist gerade der Zusammenhang zwischen vormoderner Staatsbildung und der Ausbildung der Konfessionskirchen. Konfessionalisierung in diesem Sinne war nur durch den frühmodernen Staat möglich und trug gleichzeitig erheblich zu dessen Aufstieg bei<sup>28</sup>. Denn die intendierte Folge der Konfessionalisierung, das konfessionell korrekte Verhalten der Untertanen, verband sich im Laufe des Prozesses mit der nichtintendierten Folge des

<sup>26</sup> Chartier, Einleitung (Anm. 22), 12.

<sup>27</sup> Vgl. die programmatischen Aufsätze Wolfgang Reinhard, Zwang zur Konfessionalisierung. Prolegomena zu einer Theorie des konfessionellen Zeitalters, in: ZHF 10 (1983), 257–277; Heinz Schilling, Die Konfessionalisierung im Reich. Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland zwischen 1555 und 1620, in: HZ 246 (1988), 1–45; sowie jüngst Wolfgang Reinhard, Konfessionalisierung, in: Frühe Neuzeit, hrsg. v. Anette Völker-Rasor, München 2000, 299–303.

<sup>28</sup> Vgl. Reinhard, Konfessionalisierung (Anm. 27), 300. Mit dieser Aussage soll nicht behauptet werden, daß konfessionelle Strategien, konfessionell ausgerichtetes Handeln nur durch die Obrigkeit oder gar den Staat möglich waren oder gar stattfanden, sondern daß der Begriff der Konfessionalisierung solch ein Handeln bezeichnet, wenn es durch den Staat geschieht.

Wachstums der Staatsgewalt<sup>29</sup>. Bisher wurden vor allem sozialgeschichtlich relevante Aspekte dieses Prozesses beschrieben. So betont Reinhard, daß die entstehenden Konfessionskirchen dem Staat kirchliche Ressourcen, aber auch eine Ideologie zur Legitimation wie zur Identifikationsstiftung zur Verfügung stellten<sup>30</sup>. Dementsprechend richtete sich die bedeutsamste Kritik am Konfessionalisierungskonzept gerade gegen seine etatistische Ausrichtung<sup>31</sup>. Zudem haben diverse Arbeiten mittlerweile festgestellt, daß die nach dem Modell der Konfessionalisierung angestrebte konfessionelle Homogenität der Untertanen oder gar ihre umfassende soziale Disziplinierung nicht erreicht worden ist<sup>32</sup>. Diese Ergebnisse fügen sich in Überlegungen ein, inwieweit vormodernes herrschaftliches Handeln und vor allem Gesetzgebung überhaupt die Um- oder gar Durchsetzung anstrebten<sup>33</sup>. Doch diese

<sup>29</sup> Weitere nichtintendierte Folgen waren laut Reinhard der Beitrag zur Entwicklung der Moderne sowie möglicherweise zur emotionalen Krise Europas und der Säkularisation, vgl. Wolfgang Reinhard, Was ist katholische Konfessionalisierung?, in: Die Katholische Konfessionalisierung, hrsg. v. dems./Heinz Schilling, Gütersloh 1995, 419–452, 426–427.

<sup>30</sup> Vgl. Reinhard, Konfessionalisierung (Anm. 27), 300.

<sup>31</sup> Vgl. Heinrich Richard Schmidt, Sozialdisziplinierung? Ein Plädoyer für das Ende des Etatismus in der Konfessionalisierungsforschung, in: HZ 265 (1997), 639–682; zu anderen Kritikpunkten vgl. Wolfgang Reinhard, Konfessionalisierung auf dem Prüfstand, in: Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur, hrsg. v. Joachim Bahlcke/Arno Strohmeyer, Stuttgart 1999, 79–88. Ironischerweise fordert Ziegler – neben einer stärkeren Betonung der Kontinuität der katholischen Kirche – gerade, die Rolle des Staates müsse endlich erheblich aktiver gesehen werden, als dies die Konfessionalisierung mit ihren nichtintendierten Stärkung der Staatsgewalt tätige, vgl. *ders.*, Kritisches zur Konfessionalisierungsthese, in: Konfessionalisierung und Region, hrsg. v. Peer Frieß/Rolf Kießling, Konstanz 1999, 41–53, 51. Interessante theoretische Weiterentwicklungen des Konfessionalisierungskonzeptes bieten Norbert Haag, Zum Verhältnis von Religion und Politik im konfessionellen Zeitalter – system- und diskurstheoretische Überlegungen am Beispiel der lutherischen Erneuerung in Württemberg und Hessen, in: ARG 88 (1997), 166–198; Rudolf Schlägl, Differenzierung und Integration: Konfessionalisierung im frühneuzeitlichen Gesellschaftssystem. Das Beispiel der habsburgischen Vorlande, in: ARG 91 (2000), 238–284.

<sup>32</sup> Vgl. Schmidt, Sozialdisziplinierung (Anm. 31). Vgl. außerdem Arbeiten, nach denen die Aneignung religiöser Inhalte durch den einzelnen selbständiger und eklektizistischer vor sich ging, als lange angenommen wurde. Richtungsweisend dafür nach wie vor Carlo Ginzburg, Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600, Berlin 1990; Natalie Zemon Davis, From „Popular Culture“ to Religious Cultures, in: Reformation Europe. A Guide to Research, hrsg. v. Steven Ozment, St. Louis 1982, 321–341; für den deutschsprachigen Bereich vgl. Anne Conrad, „Bald papistisch, bald lutherisch, bald schwencfeldisch“ – Konfessionalisierung und konfessioneller Eklektizismus, in: Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte NF 76/77 (1997/98), 1–25.

<sup>33</sup> Vgl. Jürgen Schlumbohm, Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), 647–663, und die daran anschließende Diskussion, beispielsweise: Achim

Kritik richtet sich auch vor allem gegen die instrumentellen Aspekte der Gesetzgebung im Rahmen der Konfessionalisierung. Im Gegensatz zu den Forschungen zur Polizeigesetzgebung wurden die symbolische Dimension wie die symbolischen Inhalte einer konfessionalisierenden Politik bisher kaum unter einer kulturgeschichtlichen Perspektive betrachtet, und es wurde daher auch kaum nach einem symbolischen, repräsentativen oder performativen Mehrgewinn, den die Konfessionalisierung den Landesherren geboten haben mag, gefragt. Da gerade der nun entstehende Staat auf seine Visualisierung angewiesen war<sup>34</sup>, ist zu fragen, ob die Konfessionalisierung dem frühmodernen Staaten nicht noch mehr bot, als an der instrumentellen Dimension ablesbar war, und ob dieses Mehr nicht erst durch eine kulturgeschichtliche Perspektive herauszuarbeiten ist. Zugleich eignet sich das Konfessionalisierungskonzept durch seine enge Verknüpfung mit dem Staatsbildungsprozeß als Nagelprobe, welche Potentiale die kulturalistische Perspektive für die Politikgeschichte bietet.

## II. Die symbolischen Dimensionen der herzoglichen Kirchenpolitik in Jülich-Berg

So möchte ich im folgenden am Beispiel der Herzogtümer Jülich und Berg zeigen, daß die Kirchenspaltung dem Landesherren eine Bühne neuer Qualität bot; eine Bühne, die er nur nutzen konnte, weil er sich im Ausbildungsprozess der Konfessionskirchen engagierte. Zum Zeitpunkt des Auftretens Luthers war die Kirchenpolitik kein neues Feld für die jülich-bergischen Herzöge, denn sie hatten schon im späten 15. Jahrhundert ein ausgeprägtes vorreformatorisches Kirchenregiment betrieben. Andererseits gelten die Herzogtümer in der Literatur gerade nicht als Paradefall obrigkeitlicher Konfessionalisierung, da sie eine besondere konfessionelle Entwicklung durchliefen<sup>35</sup>. Herzog Johann III. (1521–1539) wie sein Sohn Wilhelm V. (1539–1592) haben sich immer als altkirchlich bzw. katholisch verstanden. Da sie aber viele reformatorische Kritikpunkte als berechtigt ansahen, betrieben sie eine Kirchenpolitik, die mit ihren Reformplänen neukirchliche

---

*Landwehr*, „Normdurchsetzung“ in der frühen Neuzeit? Kritik eines Begriffs. Normen im frühneuzeitlichen Territorialstaat, in: *ZfG* 48 (2000), 146–162.

<sup>34</sup> Vgl. u. a. *Warnke*, Visualisierung (Anm. 11), 63.

<sup>35</sup> Vgl. *Heribert Smolinsky*, Jülich-Kleve-Berg, in: *Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650*, Bd. 3: Der Nordwesten, hrsg. v. Anton Schindling/Walter Ziegler, Münster 1995, 86–106; *Burkhard Dietz/Stefan Ehrenpreis* (Hrsg.), *Drei Konfessionen in einer Region. Beiträge zur Geschichte der Konfessionalisierung im Herzogtum Berg vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, Köln 1999; sowie demnächst *Antje Flüchter*, *Der Zölibat zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Kirchenpolitik in den Herzogtümern Jülich und Berg im 16. und 17. Jahrhundert*, Diss. Münster 2003.

Züge aufwies. In dieser Haltung wurden sie durch erasmisches Gedanken-  
gut, wie es von ihren einflußreichsten Räten vertreten wurde, beeinflußt,  
weshalb ihre Politik in der Forschung meist als erasmische *via media*<sup>36</sup> oder  
als konfessionsneutral<sup>37</sup> bezeichnet wird. Kennzeichnend für diese eras-  
mische Ausrichtung war, daß für sie die Einheit der christlichen Gruppen  
wichtiger war als die entstehenden konfessionellen Unterschiede oder die  
theologische Wahrheitsfrage.

Diese Kirchenpolitik betrieben die Herzöge unabhängig vom Kölner Erz-  
bischof, der zuständigen geistlichen Obrigkeit<sup>38</sup>. Herzog Johann III. erließ  
1532 eine Kirchenordnung, er wie sein Sohn Wilhelm V. ließen große Teile  
ihrer Territorien visitieren. Damit nutzten sie Instrumente, die in der For-  
schung als typisch für das evangelische landesherrliche Kirchenregiment  
gelten. Inhaltlich gingen sie weit über das vorreformatorische Kirchenregi-  
ment hinaus, da sie nicht nur die Kompetenz disziplinarischer und organi-  
satorischer Kontrolle beanspruchten, sondern definitorisch in Glaubens-  
inhalte und -praxis eingriffen.

Die ältere Forschung mißversteht die herzogliche Kirchenpolitik oft als  
ein Hin- und Herschwanken zwischen den Konfessionen und bezeichnet die  
Landesherrschaft dementsprechend als schwach<sup>39</sup>. Auch Stefan Ehrenpreis

<sup>36</sup> Vgl. *Heribert Smolinsky*, Kirche in Jülich-Kleve-Berg. Das Beispiel einer lan-  
desherrlichen Kirchenreform anhand der Kirchenordnungen, in: RQ 84 (1989),  
104–119; *Eckehart Stöve*, *Via media: Humanistischer Traum oder kirchenpolitische  
Chance? Zur Religionspolitik der vereinigten Herzogtümer Jülich-Kleve-Berg im 16.  
Jahrhundert*, in: MEKR 39 (1990), 115–133.

<sup>37</sup> Den Begriff ‚konfessionsneutral‘ prägte Albrecht P. Luttenberger. Er bezeichnetet  
damit eine Haltung, bei der „entweder eine eindeutige Bekenntnisentscheidung ver-  
mieden oder eine kompromißtheologische Haltung eingenommen wurde und wo des-  
halb auch die spezifischen Merkmale konfessionell-politischen Denkens und einer  
entsprechenden programmatisch verstandenen Parteilichkeit fehlten“, vgl. *Albrecht  
P. Luttenberger*, Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessi-  
onsneutraler Reichspolitik 1530–1552. Kurpfalz, Jülich, Kurbrandenburg, Göttingen  
1982, 94.

<sup>38</sup> Dabei war Erzbischof Hermann von Wied sowohl mit seiner Reformsynode des  
Jahres 1536 wie auch mit seiner Reformationssordnung, dem ‚Einfältigen Bedenken‘  
aus dem Jahr 1543, theologisch nicht weit entfernt von dem Programm der herzogli-  
chen Kirchenpolitik. Stefan Laux urteilt beispielsweise, das ‚Bedenken‘ habe ver-  
sucht, lutherisches Gedankengut im Rahmen der althergebrachten Kirchenverfas-  
sung zu verwirklichen, vgl. *Stefan Laux*, Wege und Grenzen der Konfessionalisie-  
rung: Die Kölner Erzbischöfe des 16. Jahrhunderts als geistliche Oberhäupter und  
Dynasten, in: Dietz / Ehrenpreis, Drei Konfessionen (Anm. 35), 49–69, 52.

<sup>39</sup> Die meisten Darstellungen von August Franzen betonen das Schwanken zwi-  
schen den Konfessionen, z. B. *August Franzen*, Die Herausbildung des Konfessions-  
bewußtseins am Niederrhein im 16. Jahrhundert, in: AHVN 158 (1956), 64–209. Auch  
Dorothea Coenen schreibt von einer „merkwürdig unscharfe[n] Kirchenpolitik“ der  
Herzöge, vgl. *Dorothea Coenen*, Die katholische Kirche am Niederrhein von der Re-  
formation bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. Untersuchung zur Geschichte der

spricht der herzoglichen Herrschaft die Fähigkeit „zu einer einheitlichen kraftvollen Konfessionalisierungspolitik im 16. Jahrhundert“ ab<sup>40</sup>. Hier dagegen wird die These vertreten, daß die herzogliche Kirchenpolitik in den Vereinigten Herzogtümern zumindest bis in die 1560er Jahre hinein auf einer bewußten Entscheidung für die *via media* beruhte. Zugleich wird hier Konfessionalisierung als herrschaftliche Strategie verstanden, d. h. als das geeignete und auch das allgemein übliche Instrument, wenn eine Landesherrschaft in der religiös aufgeladenen Zeit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts Herrschaftsrechte akkumulieren oder andere Herrschaftsträger verdrängen wollte. Durch die Konfessionalisierung wurde dieses politische Ziel religiös aufgeladen und legitimiert. Daher kann auch die herzogliche Kirchenpolitik als eine Konfessionalisierung im Sinne der *via media* verstanden werden<sup>41</sup>. Während in anderen Territorien eine der entstehenden Konfessionen den obrigkeitlichen Handlungsrahmen durch ihre theologischen Vorgaben strukturierte, geschah dies in den Vereinigten Herzogtümern durch erasmische Vorstellungen und Konzepte<sup>42</sup>.

Als konfessionalisierende Kirchenpolitik der Herzöge von Jülich-Berg sollen im Folgenden vor allem die Kirchenordnung von 1532, die dazugehörige *Declaratio* und die anschließenden Visitationen in den Jahren 1533, 1550 und 1559/60 untersucht werden. Aus der ‚instrumentellen‘ Perspektive

---

Konfessionsbildung im Bereich des Archidiakonats Xanten unter der klevischen und brandenburgischen Herrschaft, Münster 1967, 1. Als schwach wird die Regierung auch von Bers bezeichnet: *Günther Bers*, Wilhelm Herzog von Kleve-Jülich-Berg (1516–1592), in: Beiträge zur Jülicher Geschichte 31 (1970), 2–18, hier 3. Bezuglich Wilhelm V. drückt sich J. P. Dolan besonders drastisch aus: „If the moderation of the father was paired with perspicacity and introspection, the son showed the greatest uncertainty on the intricate middle way and soon lost all perspective. His father's disinclination to espouse one side was a virtue; in his son it was rather a weakness. It is only thanks to the fact that he himself was of a highly unstable nature and totally dependent on his counsellors that a certain continuity of church politics was kept up.“ *J. P. Dolan*, The Influence of Erasmus, Witzel and Cassander in the Church Ordinances and Reform Proposals of the United Duchies of Cleve during the Middle Decades of the 16<sup>th</sup> Century, Münster 1957, 25.

<sup>40</sup> *Stefan Ehrenpreis*, Konfessionalisierung von unten. Konzeptionen und Thematik eines bergischen Modells?, in: Dietz / Ehrenpreis, Drei Konfessionen (Anm. 35), 3–13, hier 3.

<sup>41</sup> Vergleicht man die einzelnen Elemente der herzoglichen Kirchenpolitik, entsprechen die meisten den Verfahren und Institutionen, die Reinhard als Dimensionen der Konfessionalisierung beschrieben hat.

<sup>42</sup> Damit soll keinesfalls behauptet werden, Johann III. und Wilhelm V. hätten sich zum Hauptziel ihrer Politik gesetzt, die erasmische Theologie oder Ethik in die gesellschaftliche Wirklichkeit zu transportieren. Dies trifft auf sie ebensowenig zu wie auf ‚klassisch‘ konfessionalisierende Landesherren, vgl. sehr treffend zu diesem Problem: *Hansgeorg Molitor*, Politik zwischen den Konfessionen, in: Der Niederrhein im Zeitalter des Humanismus. Konrad Heresbach und sein Kreis, hrsg. v. Manfred Pohl, Kalkar 1997, 37–55.

stellte die Kirchenordnung die normative Grundlage der herzoglichen Kirchenpolitik dar, und die Visitationen können als Kontroll- oder gar Durchsetzungsinstitution derselben verstanden werden. Als ‚instrumentelle‘ Zielsetzung dieser Politik wäre anzunehmen, daß sich alle Untertanen in ihrer religiösen Praxis an der *via media* ausrichteten. Ein Mittel, diese Ziele zu erreichen, kann auch die Festlegung symbolischer Unterschiede zwischen den Konfessionen oder auch symbolische Vergegenwärtigungen der *Via media* gewesen sein. Im Vordergrund soll im folgenden aber die Frage nach der symbolischen Dimension des herzoglichen Handelns stehen sowie danach, welcher symbolische Mehrwert neben den explizit ausgesprochenen Inhalten erreicht oder angestrebt wurde.

### 1. Die Kirchenordnungen

Auf das Auftreten Luthers reagierte Herzog Johann erst am 26. März 1525 mit einem Verbot, lutherische Schriften und Gedanken zu verbreiten<sup>43</sup>. Auf diesen Erlaß folgte noch im gleichen Jahr die sogenannte kleine Kirchenordnung<sup>44</sup>. Inhaltlich bot die Ordnung wenig Aufregendes, auf die neuen theologischen Ideen nimmt sie keinen Bezug. Ihr Erlassen wird auch nicht mit Luther, sondern durch die vielen „missbruch“, die zu „villerlei erger-niss“ und Uneineinigkeit in der Bevölkerung geführt hätten<sup>45</sup>, begründet. Damit läßt sich die Ordnung von 1525 noch ganz in das Konzept der ‚guten Policey‘ einordnen<sup>46</sup>. Es fehlen Nachrichten über weitere Umsetzungsbemü-hungen sowohl des Verbotes der lutherischen Schriften als auch der kleinen Kirchenordnung, insofern scheinen sie ‚instrumentell‘ wenig Bedeutung erlangt zu haben. Anders sieht es aus, wenn man die symbolische Dimension in den Vordergrund stellt.

Während das Verbot der lutherischen Schriften als eine Weitergabe kai-serlichen oder Reichsrechts verstanden werden kann, ist die kleine Kirchenordnung mehr. Inhaltlich oder theologisch wurde sie bereits 1532 von der großen Kirchenordnung abgelöst, aber abgesehen davon beanspruchte Herzog Johann mit ihr in einer unklaren oder verunsicherten Situation regulie-rend einzutreten. Statt Einzelprobleme zu lösen, wie es im 15. Jahrhundert

<sup>43</sup> Otto R. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgang des Mittelalters und in der Reformationszeit, Bd. 1, Bonn 1907, Nr. 225, 230–231.

<sup>44</sup> Ebd. Nr. 227, 232–236.

<sup>45</sup> Ebd. Nr. 227, 232–233.

<sup>46</sup> Dies tut vor allem Wilhelm Janssen, der die herzogliche Politik überhaupt mehr mit der Kategorie ‚Ruhe und Ordnung‘ als mit religiösen Zuschreibungen charak-terisiert, vgl. Wilhelm Janssen, Die Vereinigten Herzogtümer im 16. Jahrhundert, in: Pohl, Niederrhein (Anm. 42), 9–34, 16; ders., „Gute Ordnung“ als Element der Kirchenpolitik in den Vereinigten Herzogtümern Jülich-Kleve-Berg, in: Dietz/Ehren-preis, Drei Konfessionen (Anm. 35), 33–48, 38.

üblich war, wurde erstmals versucht, eine umfassende Lösung durch eine Ordnung zu errichten. Dieser Versuch mag noch als bescheiden charakterisiert werden, war aber dennoch eine qualitative Weiterentwicklung und Steigerung des vorreformatorischen Kirchenregiments<sup>47</sup>. Insofern kann bereits 1525 von einer Inszenierung einer eigenständigen herzoglichen Kirchenpolitik gesprochen werden.

Zwei Richtungen einer symbolischen Botschaft können dabei unterschieden werden: Die Inszenierung einer eigenständigen Kirchenpolitik und die Vermittlung einer religiösen Positionierung. Versteht man die kleine Kirchenordnung wie das Verbot der lutherischen Schriften als religiöse Positionierung Herzog Johans, muß diese wohl eher auf außerterritoriale Gruppen wie vor allem den Kaiser und andere Reichsfürsten bezogen gedacht werden. So könnte das Verbot der lutherischen Schriften als Umsetzung des Wormser Edikts in Landesrecht verstanden werden, um damit gegenüber dem Kaiser ein Signal zu setzen<sup>48</sup>. Vielleicht wollte die herzogliche Regierung sich als tatkräftiger Teil einer katholischen Koalition wie der Regensburger Einung präsentieren oder zumindest als möglicher Koalitionspartner dieser Fraktion<sup>49</sup>. Diese Interpretation ist hinsichtlich des Verbotes der lutherischen Schriften sinnvoll, auch wenn es vielleicht etwas spät käme. Das Verbot alleine hätte aber gereicht, mit der Kirchenordnung ging Herzog Johann für eine Allianz mit diesem Adressatenkreis dagegen fast schon zu weit.

Ordnungen sollen ‚instrumentell‘ wie ‚symbolisch‘ auch Orientierungsangebote machen, damit ist der wahrscheinlichste Adressatenkreis die

<sup>47</sup> In der Forschung wird die Bedeutung dieser Ordnung durchaus kontrovers beurteilt. Das ansonsten mitunter problematische Buch von Dolan sieht die kleine Kirchenordnung als „true prototype of the 1532 Church Regulation“. Günther Bers oder auch Dorothea Coenen dagegen sehen Herzog Johann noch ganz in der mittelalterlichen Denkweise verhaftet. *Dolan*, *Influence* (Anm. 39), 92; *Bers*, *Wilhelm* (Anm. 39), 3; *Coenen*, *Kirche* (Anm. 39), 5.

<sup>48</sup> Dazu würde auch die herzogliche Erklärung gegenüber Herzog Heinrich d. J. von Braunschweig-Lüneburg im Mai 1526 passen, dem Herzog Johann in bezug auf dessen Werbung für den Kaiser schrieb, „dat wir der kei. Mat. zu underdenigen gefallen und sust allen billicheit ind redelicheit na gar nit zu der Luyterschen lere gesint noch geneigt“. *Redlich*, *Kirchenpolitik*, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 231, 237–238. Dabei nimmt der Herzog konkret auf sein Verbot der lutherischen Lehre aus dem Jahre 1525 Bezug. Eine Mahnung des Kaisers, bei der alten Religion zu bleiben, erging zu diesem Zeitpunkt an mehrere Reichsfürsten.

<sup>49</sup> Vor allem der Landeshistoriker Petri sah den Herzog kirchenpolitisch durch „Opportunitätsrücksichten“ geleitet und setzt beide Erlasse in Bezug zum kaiserlichen Sieg bei Pavia, vgl. *Franz Petri*, *Im Zeitalter der Glaubenskämpfe (1500–1648)*, in: ders. / Georg Droege, *Rheinische Geschichte*, Bd. 2: Neuzeit, Düsseldorf 1976, 1–217, 31 u. 36. Bei dieser Beurteilung wird aber auch deutlich, daß Petri außenpolitischen oder überhaupt politischen Argumenten mehr Gewicht beimißt als religiösen oder ideengeschichtlichen.

Bevölkerung in den Vereinigten Herzogtümern. Der Text des Verbotes der lutherischen Schriften zeigt aber, daß Herzog Johann selbst glaubte, seine Territorien seien noch nicht von den neuen Ideen ‚infiziert‘. Es läßt sich keine zeitliche Übereinstimmung mit dem Einsickern oder der Verbreitung reformatorischer Ideen in den Herzogtümern feststellen<sup>50</sup>. Dennoch mag er eine Art Impfung für sinnvoll gehalten haben<sup>51</sup>. Gerade das Zusammenspiel zwischen Verbot und Ordnung verdeutlicht, daß der Herzog sich eine religiöse Kompetenz zusprach, die Kompetenz, auch im religiösen Bereich zu ver- wie zu gebieten. Eine Ausbreitung der evangelischen Bewegung in seinen Ländern wollte er nicht dulden, aber dem Bedürfnis aller gesellschaftlichen Gruppen nach einer Reform des Kirchenwesens und einer Abstellung der Mißstände sollte entsprochen werden, vielleicht auch damit eine Reformbewegung ‚von unten‘ nicht notwendig würde. Der Herzog inszenierte sich den Untertanen gegenüber nicht nur als Landesherrschaft, als gute Obrigkeit, die in unruhigen Zeiten regulierend und richtungsweisend eingreift, sondern eben auch als Obrigkeit in religiösen Angelegenheiten.

Solch eine Inszenierung eines eigenständigen landesherrlichen Kirchenregiments richtete sich auch an die geistliche Obrigkeit, dem wichtigsten Konkurrenten auf diesem Feld. Der Kölner Erzbischof wurde im Vorlauf der Kirchenordnung nicht herangezogen, man holte sich auch keinen inhaltlichen, theologischen Rat. Vielmehr wurde er in der Kirchenordnung nur im Negativen erwähnt: Im Zusammenhang mit den untersuchten Erlassen wurde nämlich 1525 den Pastoren erneut eingeschärft, keine Mandate des geistlichen Gerichts zu Köln anzunehmen<sup>52</sup>. Die geistliche Gerichtsbarkeit des Erzbischofs sollte also systematisch ausgeschlossen werden.

Dazu paßt auch, daß die Landdechanten, also geistliche und eigentlich dem Erzbischof unterstehende Institutionen, für die herzogliche also weltliche Gesetzgebung herangezogen wurden: Das Verbot der lutherischen Schriften wurde nicht nur an die herzoglichen Amtmänner, sondern auch an die Landdechanten zur Verbreitung und Umsetzung geschickt. Damit

<sup>50</sup> Vgl. zur Verbreitung dieser reformatorischen Ideen in den Vereinigten Herzogtümern Coenen, Kirche (Anm. 39), 4; Reinhold Brämik, Die Verfassung der lutherischen Kirche in Jülich-Berg-Cleve-Mark-Ravensberg in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Düsseldorf 1964, 20–21.

<sup>51</sup> Der Gedanke einer ‚Impfung‘ drängt sich auch bei der späteren Kirchenordnung und der *Declaratio* auf, wo immer wieder die Inhalte erklärt werden, um das Wirken von Winkelpredigern, also Predigern anderer Richtungen, zu erschweren. Ähnlich sieht Biermann einen Grund der Ordnung von 1525, „durch eigene Reformmaßnahmen das Gesetz des Handelns zu behalten und den Forderungen der Reformation so ihre kritische Spitze zu nehmen“, vgl. Andreas Biermann, Erasmus und die klevische Kirchenpolitik. Der wiederentdeckte Katechismus der Kirchenordnung von 1532, in: Aus dem Land der Synoden. Festgabe für Wilhelm Heinrich Neuser zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Jürgen Kampmann, Lübbecke 1996, 15–55, hier 17.

<sup>52</sup> Vgl. Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 224, 227–229, v.a. 229.

verwandte die weltliche Obrigkeit eine geistliche Institution für ihre Zwecke und machte dadurch allen Beteiligten, der Bevölkerung, den Zwischen gewalten und dem Erzbischof, ihren Kompetenzanspruch deutlich.

Während in den nächsten Jahren zunächst keine gewichtigen kirchenpolitischen theologischen Befehle seitens der herzoglichen Regierung erlassen wurden, ergab sich nach dem Reichstag zu Augsburg ein neuer Handlungs bedarf. Durch die *Confessio Augustana* hatte die evangelische Bewegung eine neue Qualität erhalten, und es schien nötig, sich demgegenüber zu positionieren. Zudem hatte die evangelische Bewegung in den Vereinigten Herzogtümern an Einfluß gewonnen, wodurch der Handlungsdruck für die Regierung ebenfalls gestiegen war<sup>53</sup>. 1532 erließ Johann III. eine Kirchen ordnung<sup>54</sup>, nachdem er sich mit seinen Räten darüber beraten hatte, ob die vielen Klagen über Mißbräuche im Kirchenwesen eine Reformation nötig machten und welche Strategien dabei anzuwenden seien<sup>55</sup>. Die Präambel der Kirchenordnung begründete ihr Erlassen damit, daß die bisherigen Ver suchen, Mißbrauch und Aufruhr durch fremde Prediger im Lande Einhalt zu gebieten, nichts gefruchtet hätten. So habe man sich entschlossen, eine grundlegende Ordnung und Reformation zu verfassen, um „solichem miss verstand und anderen beschwerungen“ jetzt und in Zukunft vorzubeugen<sup>56</sup>. Darüber hinaus wurde eine Auslegung der Kirchenordnung, die sog. *Declaratio*<sup>57</sup>, die 1533 erlassen wurde, angekündigt. Diese sei notwendig „damit den vilfeldigen irthumen, zwidrachten und missverstant vorkummen mocht werden“, denn dadurch sei mittlerweile „grosser unwill, ufror, zurtrennung guder ordnong und pollici und zulest bloitvergiessen, wie dan an villen oer tern leider beschehen“<sup>58</sup>, verursacht worden.

<sup>53</sup> Hier sind vor allem Adolf Clarenbach, der als Prediger vor allem in Wesel wirkte, und die Wassenberger Prädikanten zu nennen. Letztere sind eine spiritualistische Gruppe der radikalen Reformation, die oft den Täufern zugerechnet wird, vgl. *Ekkehard Krumme*, Die frühreformatorischen Bewegungen im Jülicher Land, in: MEKGR 43 (1994), 63 – 92.

<sup>54</sup> *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 240, 246 – 252,

<sup>55</sup> Vgl. ebd., Nr. 244, 254 – 256.

<sup>56</sup> Ebd., Nr. 240, 247.

<sup>57</sup> Vgl. ebd., Nr. 249, 259 – 279. Ordnung und *Declaratio* wurden 1534 noch durch eine Polizeiordnung, das sogenannte ‚Edikt‘, flankiert, vgl. *Johann Jakob Scotti* (Hrsg.), Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogthum Cleve und der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, Bd. 1: 1418 – 1700, Düsseldorf 1826, Nr. 39. Darin zeigte sich die enge Vermischung weltlicher und geistlicher Politikfelder. Allerdings ist der Meinung von Janssen, es habe gar keine Trennung zwischen beiden Bereichen gegeben, nicht zuzustimmen, vgl. *Janssen*, Herzogtümer (Anm. 46), 16 – 17. Die Kirchenordnung und die *Declaratio* bestimmten die Inhalte, während die Polizei ordnung die Strafen gegen Übertretungen festschrieb. In der Polizeiordnung wurden die Bereiche der guten Policey und der Religion ausdrücklich getrennt genannt, vgl. *Scotti*, Cleve, Nr. 39, 86 – 87

Viel deutlicher als 1525 wurde hier das Szenario der Verunsicherung und damit der Regulierungsnotwendigkeit errichtet, auf das der Herzog reagieren mußte. Und im Unterschied zu 1525 war diese Verunsicherung nun nicht nur allgemein durch „missbruch“ u.ä., sondern durch theologische Unklarheit hervorgerufen. Dementsprechend sah es der Herzog als seine Aufgabe an, nicht nur disziplinarisch einzugreifen, sondern offene religiöse Fragen zu entscheiden. Doch statt sich einer der konfessionellen Gruppen anzuschließen, wie sie sich auf dem Augsburger Reichstag verbunden hatten, griffen die Autoren der Kirchenordnung und der *Declaratio* auf erasmisches Gedankengut zurück und legten sich eben nicht auf eine der entstehenden Konfessionen fest.

Die einzelnen Punkte der Kirchenordnung enthielten sich vor allem einer Entscheidung bei den wichtigsten Unterscheidungsmerkmalen zwischen altkirchlichem und lutherischem Gedankengut. Besonders auffällig ist dies hinsichtlich der Themen Laienkelch und Priesterehe/Zölibat, äußeren Merkmalen, die bewußt ausgelassen wurden. Während sich die Autoren deutlich vom Glaubensverständnis der radikalen Reformation<sup>59</sup>, vor allem von deren symbolischem Eucharistieverständnis, abgrenzten, enthielten sie sich gegenüber dem Luthertum jeder konfessionellen Polemik. Zugespitzt könnte man sagen, diese Kirchenordnung nahm damit am Kampf um die Definition der konfessionellen Symbole nicht teil, und dies wäre ein Beleg für die teils in der Literatur vertretenen Meinung, vor allem Herzog Johann sei dem Mittelalter verhaftet geblieben und habe die Bedeutung der Reformation nicht erkannt<sup>60</sup>. Die Autoren der Kirchenordnung und der *Declaratio* waren sich aber der symbolischen Relevanz dieser äußeren Merkmale sehr wohl bewußt. Besonders deutlich ist dies bei der Frage des Laienkelchs. Zwar legte man sich nicht fest, welches die richtige Form des Kommunizierens sei, aber im Bewußtsein, daß die Praxis des Kommunizierens zu Konflikten führen könnte, wurde gefordert, die Austeilung der Kommunion solle „nit zu ursach der zwiedracht und ergernis des nesten leren“ mißbraucht werden<sup>61</sup>. Konfessionelle Streitpunkte sollten sich nicht an der Frage, ob *sub una* oder *sub utraque* kommuniziert werden sollte, entzünden

<sup>58</sup> Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 249, 260.

<sup>59</sup> Diese war in den Vereinigten Herzogtümern vor allem in Form der sogenannten Wassenberger Prädikanten vertreten, eine sakramentiererische den Täufern nahestehende Gruppe, vgl. Krumme, Bewegungen (Anm. 53). Noch radikaler ist die Abgrenzung in der Policeyordnung aus dem Jahre 1534, vgl. Scotti, Cleve (Anm. 57), 87.

<sup>60</sup> Vgl. Coenen, Kirche (Anm. 39), 5. Zur Bedeutung dieser äußerlichen Unterscheidungsmerkmale gerade für die konfessionelle Identitätsstiftung vgl. Therese Brugger, Frömmigkeitspraktiken der einfachen Leute im Katholizismus und Reformierten-Tum. Beobachtungen des Luzerner Stadtschreibers Renward Cysat (1545 – 1614), in: ZHF 17 (1990), 1 – 26, 10.

<sup>61</sup> Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 249, 271. Der Laienkelch nahm im ganzen 16. Jh. einen großen Stellenwert in der herzoglichen Politik ein.

und damit ins Herz der Messe getragen werden. Diese Haltung entsprach auch der erasmischen Vorstellung, daß solche menschlichen Zeremonien zwar zu achten seien, aber nicht im Zentrum des Christentums ständen. Ähnlich wurde den Geistlichen verboten, kontrovers zu predigen, sie sollten sich also allen Scheltens „der alder ader neuer ler (wie man die dan genenen mag)“ enthalten<sup>62</sup>.

Mit ihren dogmatischen Aussagen zu Taufe, Eucharistie, Ehe etc. gingen beide Texte über die disziplinarischen und organisatorischen Regelungen des vorreformatorischen Kirchenregiments hinaus<sup>63</sup>. Hier verband sich das Konzept der ‚guten Policey‘ mit dem herzoglichen Anspruch, die Belange der Kirche im eigenen Territorium unabhängig von der zuständigen geistlichen Obrigkeit – vor allem dem Kölner Erzbischof – zu regeln<sup>64</sup>.

Die Kirchenordnungen wie die *Declaratio* können als Glaubensbekenntnis der *via media* gelten und damit – ganz im Reinhardtschen Sinne – als „Voraussetzung und Ausgangspunkt“<sup>65</sup> für die weitere herzogliche Kirchenpolitik<sup>66</sup> sowie als ihre Antwort auf die Bekennnisschriften von 1530.

Neben den explizit ausgesprochenen und auf das richtige religiöse Verhalten ziellenden Ge- und Verboten sollte auch eine darüber hinausweisende, symbolische Botschaft vermittelt werden, der Wert der religiösen wie der sozialen Eintracht im erasmischen Sinne. Entsprechend der Typologie Kindermanns könnte statt der Vermittlung der erasmischen Eintracht als Wert eben die Vermittlung dieser Eintracht als dilatorischer Aufschub eines gesellschaftlichen Konfliktes verstanden werden. Dies entspräche älteren Positionen, daß die Herzöge sich konfessionell nicht festlegen wollten, während diese Studie von einer bewußten Entscheidung für die *via media* ausgeht. Dieser Deutungsunterschied mag aber auch wieder belegen, daß symbolische Kommunikation eben nicht eindeutig ist. Dennoch wies die herzogliche Kirchenordnung, die religiöse Eintracht über die theologische Wahrheitsfrage, also die konfessionelle Entscheidung, stellte, einen Weg zu einer Kompromißlösung für die einzelnen. Zwischen der von Herzog Johann erkannten Reformnotwendigkeit der alten Kirche und dem Unruhepotential

<sup>62</sup> Ebd., Nr. 240, 247.

<sup>63</sup> Auch die Glaubensgrundsätze, die dem Herzog und seinen Räten wichtig erschienen, also vor allem die Sakramente, die wichtigsten Gebete und die Zehn Gebote, wurden nicht nur genannt, sondern ausgelegt und erklärt.

<sup>64</sup> Helga Schnabel-Schüle sieht in der Sorge um konfessionelle Stabilität einen Teil der landesherrlichen Pflicht zur Aufrechterhaltung der guten Policey, vgl. *Helga Schnabel-Schüle*, Vierzig Jahre Konfessionalisierungsforschung – eine Standortbestimmung, in: Frieß / Kießling, Konfessionalisierung (Anm. 31), 23–40, 31.

<sup>65</sup> Vgl. Reinhard, Katholische Konfessionalisierung (Anm. 29), 426–427.

<sup>66</sup> Dies blieb sie bis ans Ende des 16. Jahrhunderts, trotz wiederholter Überlegungen und Vorbereitungen zu einer neuen Kirchenordnung wurde immer wieder die alte von 1532 in den Vereinigten Herzogtümern veröffentlicht, vgl. auch Anm. 104.

der ‚Winkelprediger‘ und vor allem religiöser Extremisten wie den Wassenberger Prädikanten konnte diese Ordnung, die sich konfessionell nicht festlegte und Unterscheidungsriten wie Zölibat und Laienkelch gar nicht thematisierte, vielen Ansichten und damit Bevölkerungsgruppen einen Rahmen bieten. Kirchenkritiker wurden dadurch, solange sie eine gewisse Grenze nicht überschritten, nicht aus der Gemeinschaft getrieben. Diese Grenze umschließt etwa das lutherische Gedankengut, doch diese Grenze konnte eben nicht laut verkündet werden. In der Sprache der Kirchenordnung verstand sich diese als altkirchlich und katholisch wie die Herzöge ja auch. Daher mußte die Bandbreite des in der *via media* Erlaubten geradezu symbolisch vermittelt werden.

Herzog Johann und in seiner Folge Wilhelm V. beanspruchten, selber festzulegen, wie christliche Lehre und Praxis in ihren Herzogtümern zu verstehen und auszuüben seien. Dieser Anspruch bestand aber nicht allein im Inhalt der Kirchenordnung, der Inhalt, das Bekenntnis zur *via media* und die entsprechenden Regeln sind vielmehr der instrumentelle Aspekt dieser Gesetzgebung. Wie bereits bei der kleinen Ordnung von 1525 repräsentierte schon der Akt an sich, diese Ordnungen zu erlassen, den erweiterten Kompetenzanspruch der herzoglichen Regierung in Kirchenangelegenheiten. Fast banal erscheint es, festzustellen, daß sich der Herzog mit dieser Ordnung seinen Untertanen gegenüber als handelnde und als gute Obrigkeit darstellte. Dies tat er ebenfalls mit der 1534 erlassenen Policeyordnung. Die Kirchenordnung bot aber ein qualitatives Mehr: Nicht nur als gute Obrigkeit im ‚weltlichen‘ Sinne einer guten Policey, sondern eben auch als für das seelische Heil der Untertanen sorgende Obrigkeit. Obendrein zeigte sich der Herzog als handlungsfähige Obrigkeit in einer unruhigen Zeit; er versprach, für Ruhe und Ordnung sowie für die Beseitigung kirchlicher Mißstände zu sorgen, wollte dadurch aber auch religiöse Eigeninitiative der Gemeinden verhindern. So betonte die *Declaratio*, „dat es der obericheit und nit dem gemeinen man gezimpt die gebrechen und missbruiche afzustellen“<sup>67</sup>.

Auch gegenüber Kaiser und Reich war es notwendig, sich als handelnde Obrigkeit zu präsentieren<sup>68</sup>. Allerdings entsprach diese Kirchenpolitik nicht der Handlungsfähigkeit, die Kaiser oder Reichsstände wollten oder forderten, nämlich, nachdem die konfessionellen Fronten auf dem Augsburger Reichstag definiert worden waren, entweder eine deutlich altkirchliche Ordnung zu erlassen oder die Reformation einzuführen. Folgt man der älteren Forschung oder auch noch Christian Schulte<sup>69</sup>, wonach die Herzöge eine

<sup>67</sup> Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 249, 262.

<sup>68</sup> Dementsprechend hatte der Herzog seine Räte auch schon früh aufgefordert, Formulierungen zu finden, mit denen er vor Gott, Kaiser und Reich bestehen könne, eine Formel, die an die zeitgenössischen Reichstagsabschiede erinnert.

konfessionelle Entscheidung stets vermieden hätten, könnte man diese Ordnung auch als Alibigesetzgebung verstehen. Dies mag zum Zeitpunkt der ersten Publikation der Kirchenordnung noch zutreffen, doch sie blieb der Richtfaden der herzoglichen Kirchenpolitik fast das ganze 16. Jahrhundert hindurch. Damit positionierten sich die Herzöge langfristig zwischen den konfessionellen Fronten, eine Position, mit der sie für alle angreifbar wurden und sich eben nicht schützten. Durch diese konfessionsneutrale Politik hatten die Herzöge letzten Endes keine Bundesgenossen, ihre Position wurde also eher erschwert als verbessert.

Die Interpretation von Kirchenordnungen oder Religionsmandaten greift jedenfalls zu kurz, wenn man diese Quellen nur als Glaubensbekenntnis und so als theologische Grundlage landesherrlicher Kirchenpolitik versteht. Der Akt des Erlassens hat einen Wert und eine Bedeutung an sich, dieser Akt macht den herzoglichen Anspruch auf eben diese Kirchenpolitik deutlich. Leider ist allerdings kaum etwas über die Art und Weise, wie diese Kirchenordnung erlassen wurde, bekannt. Während im Vorfeld durchaus von den herzoglichen Räten beraten wurde, ob es überhaupt möglich – und auch legitim – sei, solch eine Ordnung zu erlassen, äußerten sie sich nicht über die Form des Erlassens selbst<sup>70</sup>.

Die Kirchenordnung wurde jedenfalls nicht mit einer zeremoniellen oder gar rituellen Inszenierung erlassen, vielmehr scheint dies ziemlich modern auf dem Schriftwege erfolgt zu sein. Darauf lassen Durchführungsbestimmungen schließen, die auf wenige Tage nach der Ordnung selbst datiert wurden. So forderte Herzog Johann den Amtmann zu Wylich auf, allen Geistlichen in seinem Amt die Kirchenordnung zukommen zu lassen und sie zu ermahnen, nach dieser zu predigen<sup>71</sup>. Der Weg der Ordnung scheint also über die Amtmänner zu den Geistlichen und durch sie via Predigt zu den Untertanen zu verlaufen.

Mit der Verschickung der Kirchenordnung wurde der herzogliche Anspruch auf eine eigenständige Kirchenpolitik erhoben; auch ohne zeremonielle Performanz kann der Ordnung die symbolische Dimension nicht abgesprochen werden. Doch der Akt der Verschickung hatte zunächst nur den Charakter einer schriftlichen Kommunikation und – folgt man Karl-Siegbert Rehberg – reichte in einem sich erst verfestigenden Staat Kommunika-

<sup>69</sup> Christian Schulte, Versuchte konfessionelle Neutralität im Reformationszeitalter. Die Herzogtümer Jülich-Kleve-Berg unter Johann III. und Wilhelm V. und das Fürstentum Münster unter Wilhelm von Ketteler, Münster 1995.

<sup>70</sup> Vgl. Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 244, 254–256.

<sup>71</sup> Vgl. ebd., Nr. 241, 252. Auch ein herzogliches Schreiben an die clevischen Hauptstädte ist erhalten, in dem ihnen von der neuen Ordnung berichtet wurde, vgl. ebd., Anm. 2.

tion allein nicht aus, sondern mußte durch eine Inszenierung, eine für alle sichtbare Darstellung, ergänzt werden<sup>72</sup>. Dies geschah durch landesherrliche Visitationen, die zeitgleich mit den Beratungen zur Kirchenordnung geplant worden waren<sup>73</sup>.

## 2. Die Visitationen

Bereits 1533 fand in Jülich und Berg die erste landesherrliche Visitation statt. Ihr folgten weitere in den Jahren 1550 und 1559/60 unter Herzog Wilhelm V.<sup>74</sup> In der Forschung wird der Visitation von 1533 und teils auch noch der von 1559 der Charakter einer Bestandsaufnahme zugeschrieben<sup>75</sup>, der von 1559/60 dann eine Kontrollfunktion oder gar die „Realisierung der Jülicher Kirchenpolitik“<sup>76</sup>. Diese Beurteilung entspricht der allgemeinen Forschungsliteratur zu Visitationen, die den Fokus auf die instrumentellen Aspekte gelegt hat: die Kontrolle der Multiplikatoren, also vor allem der Geistlichen, und der Untertanen, die Schaffung einer homogenen Untertanenschaft oder auch auf die Bedeutung von Visitationen für die Ausbildung einer neuen Beamtenchaft<sup>77</sup>. Wegen dieser Funktionen wird der Visitation im Rahmen des Konfessionalisierungskonzeptes eine zentrale Rolle zugesiesen.

---

<sup>72</sup> Vgl. dazu *Rehberg*, Öffentlichkeit (Anm. 6), 191; sowie den von Goffman herausgearbeiteten Zusammenhang von Politik und Dramaturgie, Goffman, Theater (Anm. 12), v.a. 221.

<sup>73</sup> Diese Visitationen sollten durch geschickte und gelehrte Mitglieder aus der Ritterschaft und den Klerikern abgehalten werden, vgl. *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 239, 245–246.

<sup>74</sup> Eine vierte Visitation im Jahr 1582 kann vernachlässigt werden, da sie in Form von Fragebögen stattfand und also der reinen Informationsermittlung diente.

<sup>75</sup> Vgl. beispielsweise *Otto R. Redlich*, Anfänge und Aufbau der evangelischen Gemeinde in Düsseldorf, Düsseldorf 1933, 8.

<sup>76</sup> *Wolfgang Herborn*, Die Geistlichen im Jülicher Amt Nideggen um die Mitte des 16. Jahrhunderts, Jülich 1993, 2.

<sup>77</sup> Vgl. allg. zu Visitationen *Peter Thaddäus Lang*, Die Bedeutung der Kirchenvisitation für die Geschichte der frühen Neuzeit. Ein Forschungsbericht, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 3 (1984), 207–212; *ders.*, Die Erforschung der frühneuzeitlichen Kirchenvisitationen. Neuere Veröffentlichungen in Deutschland, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 16 (1997), 185–193; *Cecilia Nubola*, Visitationen zwischen Kirchen und Staaten im 16. und 17. Jahrhundert, in: Das Konzil von Trient und die Moderne, hrsg. v. Paolo Prodi / Wolfgang Reinhard, Berlin 2001, 299–324. Visitationen gelten als Instrument der Reform, im kirchlichen Bereich vollzog sich nach der Reformation eine „kopernikanische Wende“ in ihrer Ausrichtung von der Überprüfung rein rechtlicher und materieller Fragen zur Seelsorge, vgl. *Hubert Jedin*, Einführung, in: Die Visitation im Dienst der kirchlichen Reform, hrsg. v. Ernst Walter Zeeden / Hansgeorg Molitor, Münster 1967, 4–9, v.a. 7.

Hier soll auch nicht bestritten werden, daß die Visitationen eine instrumentelle Funktion hatten. Mit dem Ziel der Informationsermittlung wie der Kontrolle waren sie vom herzoglichen Rat zusammen mit der Kirchenordnung gefordert worden. Visitatoren griffen in einzelnen Gemeinden konkret ein oder stellten Mißstände ab, z. B. durch die Absetzung eines Geistlichen.<sup>78</sup> 1533 wurden zudem im Anschluß an die Visitation einigen Pastoren im Sinne der Kirchenreform andere Stellen zugewiesen<sup>79</sup>. Doch die landesherrlichen Visitationen fanden zu selten statt, als daß sie eine ernsthafte Kontrolle ermöglicht hätten. Dies war auch der herzoglichen Regierung bewußt, hatten doch die Räte 1532/33 jährliche Visitationen gefordert<sup>80</sup>.

Betrachtet man das Visitationswesen allein als Kontroll- und Reforminstanz, steht man wieder vor der viel diskutierten Frage der Durchsetzung und Effizienz. Diese instrumentelle Sicht auf die Visitationen ist aber zu eindimensional. In letzter Zeit wurde auf die Bedeutung der Visitation für die Informationsermittlung seitens der Landesherrschaft und für die Kommunikation zwischen Untertanen und Obrigkeit hingewiesen<sup>81</sup>. Bei der landesherrlichen Visitation, die 1533 im Herzogtum Jülich abgehalten wurde, war ein wichtiges Anliegen der Obrigkeit, die Kirchenordnung an und für sich zu kommunizieren, ihre Existenz mußte inszeniert werden. Bereits mit der Zustellung der Kirchenordnung durch die Amtmänner an die Geistlichen wurde angekündigt, daß demnächst eine Visitation stattfinden solle, die Lehre, Leben und Kenntnis der Kirchenordnung überprüfen werde<sup>82</sup>. In

<sup>78</sup> Das war der Fall bei Pastor Lambarius aus Wassenberg, vgl. *Otto R. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgang des Mittelalters und in der Reformationszeit*, Bd. 2/1, Bonn 1911, 265; sowie zur Person des Lambarius: *Heribert Heinrichs / Jakob Broich, Kirchengeschichte des Wassenberger Raumes*, Geilenkirchen 1958, 153.

<sup>79</sup> Ziel war es dabei vor allem, durch Sekten gefährdete Gemeinden mit qualifizierten Seelsorgern zu versehen. Ein Beispiel stellt Arnold Bongart dar: Zum Zeitpunkt der Visitation hatte er noch eine schlecht bezahlte Vikarienstelle in Bornheim inne, im Anschluß an die Visitation wurde er in das gefährdete Wassenberg berufen und avancierte schließlich zum Hofkaplan, vgl. *Redlich, Kirchenpolitik*, Bd. 2/1 (Anm. 78), 282, 763, sowie Beilage III und IV.

<sup>80</sup> Vgl. *Redlich, Kirchenpolitik*, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 239, 245 – 246.

<sup>81</sup> Helga Schnabel-Schüle postuliert, „daß Kommunikation zwischen Herrschern und Beherrschten eine konstitutive Voraussetzung ist, um Macht- oder Herrschaftsverhältnisse überhaupt erst zu etablieren“. Erst dadurch sei es möglich, gestaltend oder korrigierend einzugreifen, vgl. *Helga Schnabel-Schüle, Kirchenvisitation und Landesvisitation als Mittel der Kommunikation zwischen Herrscher und Untertanen*, in: *Im Spannungsfeld von Recht und Ritual. Soziale Kommunikation in Mittelalter und Früher Neuzeit*, hrsg. v. Heinz Duchhardt / Gert Melville, Köln / Weimar / Wien 1997, 173 – 186, 173; vgl. auch *Frank Konersmann, Kirchenvisitation als landesherrliches Kontrollmittel und als Regulativ dörflicher Kommunikation. Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken im 16. und 17. Jahrhundert*, in: *Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial und Kulturgeschichte der Vormoderne*, hrsg. v. Andreas Blauert / Gerd Schwerhoff, Konstanz 2000, 603 – 625, v.a. 624.

weiteren Beratungen des Herzogs mit seinen Räten im August 1532 nahm man sich die Kirchenordnung erneut vor und überlegte, wie die Visitatoren die Ordnung erklären sollten<sup>83</sup>. Die Instruktion für die Visitatoren begann mit einem Bezug auf die Kirchenordnung<sup>84</sup> und unterstrich so ihre Bedeutung für die Visitation. Die Visitatoren sollten zunächst die Amtmänner und Mitglieder der Gemeindeeliten fragen, ob die Geistlichen „sich oick unser ordnung gemeess gehalden“<sup>85</sup>. Die Geistlichen selber sollten betreffs der Ordnung „op einen ideren derselviger articulen ind puncten fragen, wie si die verstaïn ind dem gemeinen man uitgelacht heben“<sup>86</sup>. Die Visitatoren sollten genau nachfragen, an welche Vorschriften sie sich nicht hielten und weshalb nicht. Wie davor die Gemeindeeliten über die Geistlichen, so wurden nun umgekehrt auch die Geistlichen gefragt, ob „oere kerspelslude sich berurter unser ordnung gemeess gehalden“<sup>87</sup>. Und als ob das alles noch nicht ausreiche, sollte dann noch einmal allgemein gefragt werden, ob die Versammelten von jemandem wüßten, der sich nicht an die Ordnung halte. Auch bei den späteren Visitationen sollte die Kirchenordnung angesprochen werden, doch in einem signifikant geringerem Ausmaß<sup>88</sup>. Diese Bedeutung, die die Visitationsinstruktion der Kirchenordnung zumäßt, findet sich mehr oder weniger auch in den Visitationsprotokollen<sup>89</sup>. Einzelne Aussagen belegen, daß die Kirchenordnung bei der Visitation zum Thema gemacht worden war<sup>90</sup>.

Die Fragen der Visitatoren, ob die Kirchenordnung bekannt sei und ob sich alle an sie hielten, kann so kurz nach ihrem Erlaß kaum als Kontrolle gewertet werden. Kontrolliert werden konnte, ob die Kirchenordnung in

---

<sup>82</sup> Vgl. *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 241, 252.

<sup>83</sup> Vgl. ebd., Nr 244, 255. Redlich meint, aus diesem Grund sei die *Declaratio* 1533 verfaßt worden, vgl. ebd. Anm. 1.

<sup>84</sup> *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 2/1 (Anm. 78), Nr. 1, 4–6, 3.

<sup>85</sup> Falls sie dies nicht täten, sollte zudem genau angezeigt werden, in welchen Punkten die Ordnung übertreten wurde, vgl. ebd., Nr. 1, 4

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Die Instruktion für die Visitation im Jahre 1550 ging nur noch an zwei Stellen auf die alte Kirchenordnung ein, vgl. ebd., Nr. 3, 8 sowie 10.

<sup>89</sup> Die Visitation im Jahre 1533 scheint sich allerdings im Ablauf nicht sehr genau an die Instruktion gehalten zu haben, oder sie war sehr zusammenfassend protokolliert worden.

<sup>90</sup> In Brocksittard beispielsweise war der Pastor ganz neu, er wurde sofort mit der Ordnung ausgestattet und ermahnt, sich an sie zu halten, vgl. *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 2/1 (Anm. 78), 72. In Holtum sagte die Gemeinde aus, der Pastor halte sich an die herzogliche Ordnung, vgl. ebd., 79. Anderen Ortes zeigte sich allerdings auch, daß das Einhalten der Kirchenordnung durch den Pastor nicht automatisch zu einem friedlichen Verhältnis zwischen ihm und seiner Gemeinde führte. So sagten die Kirchmeister von Gevenich aus, ihr Pfarrer sei zänkisch, halte sich aber an die Ordnung, vgl. ebd. 115.

den Gemeinden angekommen und bekannt war sowie allenfalls, ob die Geistlichen die Kirchenordnung so verstanden hatten, wie die herzogliche Regierung sie gemeint hatte. Aber alleine das mehrfache Heranziehen der Ordnung während der Befragung steigerte ihren Bekanntheitsgrad erheblich. Im besten Fall drang nicht nur die Existenz dieser Ordnung in das Bewußtsein der Gemeindemitglieder, sondern auch die Bedeutung, die der Herzog ihr zumaß.

Neben der Funktion der Visitation als Kommunikationsmittel wurde bisher in der Forschung viel zu wenig beachtet, daß Visitatoren eine Bühne für die Inszenierung von Herrschaft und ihrer Normgebungskompetenz darstellten.

Mit der Kirchenordnung hatte die herzogliche Regierung die Steuerungskompetenz hinsichtlich Glaubenspraxis und -lehre beansprucht. Mit dem Abhalten einer Visitation wurde dieser Anspruch erneuert und dramatisch inszeniert: Die Visitatoren fragten die theologischen Veränderungen und Festschreibung ab, Veränderungen, die der Herzog, also die weltliche Obrigkeit, in ihrer Kirchenordnung definiert hatte, sie überprüften, ob auch jeder die Kirchenordnung kannte, ja sie ersetzen oder disziplinierten zumindest Geistliche, wenn diese sich nicht an die herzoglichen Vorgaben gehalten hatten. Es wurde bezweifelt, daß solche singulär stattfindenden Visitatoren nachhaltig zu einer Durchsetzung der herzoglichen Vorgaben geführt hätten. Aber im Moment der Visitation war das herzogliche Kirchenregiment für die Beteiligten unübersehbar, und ganz im Luhmanschen Sinne expressiv und unmittelbar erfahrbar<sup>91</sup>. Um diese Erfahrbarkeit zu erreichen war es auch nötig, daß die Visitatoren in einzelnen Gemeinden eingriffen. Dadurch wurde zumindest exemplarisch die Ordnung wiederhergestellt und damit diese Funktionserfüllung durch die Herrschaft allen sichtbar<sup>92</sup>.

Alleine durch die Anwesenheit und das mehr oder weniger bereitwillige Antworten von Geistlichen, Gemeindemitgliedern, aber auch Amtmännern auf die Fragen der Visitatoren wurde zumindest in gewissem Maße die Legitimität des herzoglichen Anspruches akzeptiert. Alle Beteiligten spielten im Sinne Goffmans das Spiel mit und verweigerten sich nicht<sup>93</sup>.

Etwas eingeschränkt wurde diese Inszenierung allerdings dadurch, daß die Visitation nicht in jedem Ort stattfand. Vielmehr wurden Amtmänner, in

<sup>91</sup> Luhmann, Legitimation (Anm. 14), 225.

<sup>92</sup> Vgl. dazu auch André Holenstein, Die ‚Ordnung‘ und die ‚Mißbräuche‘. ‚Gute Policey‘ als Institution und Ereignis, in: Institutionen und Ereignis. Über historische Praktiken und Vorstellungen gesellschaftlichen Ordnens, hrsg. v. Reinhard Blänker/Bernhard Jussen, Göttingen 1998, 253–275.

<sup>93</sup> Goffman, Theater (Anm. 12). Es kam sehr wohl auch vor, daß einzelne Geistliche oder auch Amtmänner nicht erschienen, allerdings öfter bei den späteren Visitatoren.

der Gegend wohnende Adlige, Schultheiße, Richter, Schöffen, aber auch die Kirchmeister für die Visitation mehrerer Orte zusammengerufen. Nachdem ihnen erklärt worden war, weshalb die Visitation unternommen werden sollte, wurden die Amtsträger an ihren Eid und ihre damit eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Herzog erinnert<sup>94</sup>. Damit richtete sich die Visitation als Aufführung nicht an alle. Von den Untertanen waren nur die Gemeindeeliten anwesend<sup>95</sup>. Die Wirkung auch auf die ‚normalen‘ Untertanen sollte trotzdem nicht unterschätzt werden.

Die Inszenierung richtete sich aber auch an konkurrierende Herrschaftsträger innerhalb der Herzogtümer wie die Amtmänner. Sie wurden von den herzoglichen Räten herbeigerufen, an ihre Eide und ihre Pflichten gegenüber dem Herzog erinnert, von den herzoglichen Räten ermahnt, die Wahrheit zu sagen. Damit wurden auch über den Rahmen des landesherrlichen Kirchenregiments hinaus die Herrschaftsstrukturen zwischen Herzog und Amtmännern inszeniert und aktualisiert<sup>96</sup>. Dies erscheint um so wichtiger, da die Amtmänner sich nicht lediglich als durch den Herzog eingesetzt, sondern auch als Herrschaftsträger aus eigenem Recht verstanden und dies im weiteren Verlauf des 16. Jahrhunderts auch kirchenpolitisch umzusetzen versuchten<sup>97</sup>.

Die Akzeptanz des Anspruchs, wie sie durch die Anwesenheit bei einer Visitation gezeigt wurde, sagt noch nichts darüber aus, ob und inwieweit die Inhalte der herzoglichen Kirchenpolitik akzeptiert oder gar implementiert werden konnten. Doch durch diese Inszenierung wurden die Leitlinien

<sup>94</sup> Vgl. *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 2/1 (Anm. 78), 3. Es ist charakteristisch für die didaktische Ausrichtung der ganzen herzoglichen Kirchenpolitik, daß, bevor die Visitation begann, zunächst erklärt werden sollte, weshalb sie stattfand. Ähnlich hatte auch die Kirchenordnung Sakramente und kirchliche Zeremonien immer wieder erklärt und die Geistlichen zu ständigen Erklärungen angehalten.

<sup>95</sup> Damit waren diese Visitations auch wenig als Bühnen für die Inszenierung von dörflichen Hierarchien, Befehlsstrukturen, aber auch Konflikten geeignet.

<sup>96</sup> Wobei zu berücksichtigen ist, daß die Kirchenpolitik ein eher neues Politikfeld war, die Landesherrschaft sich hier mit ihren Ansprüchen also leichter durchsetzen konnte als in Feldern, die klassisch zusammen mit anderen Entscheidungsträgern organisiert worden waren.

<sup>97</sup> Dies betraf die konfessionelle Orientierung der Geistlichen in ihren eigenen Besitzungen, konnte sich aber auch auf die konfessionelle Ausrichtung ganzer Ämter beziehen. Letzteres gewinnt in der zweiten Jahrhunderthälfte zunehmend an Bedeutung, vgl. zu Beispielen in Solingen wie Ratingen demnächst *Flüchter*, Zölibat (Anm. 35). Ein Beispiel für einen konfessionellen Konflikt zwischen einem Amtmann und dem Herzog in den 1530ern stellt Werner von Palant da, der die Wassenberger Prädikanten in seinem Amt unterstützt hatte und deshalb 1532 seines Amtes enthoben wurde, vgl. *Redlich*, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 247, 257–258, vgl. dazu auch *Heribert Heinrichs*, Wassenberg. Geschichte eines Lebensraumes, Mönchengladbach 1987, v.a. 173–196. Palant hatte eben auch seine Anwesenheit bei der Visitation verweigert, vgl. *Krumme*, Bewegungen (Anm. 53), 82.

ins Leben der Gemeinde hineingetragen. Und so können diese Visitationen ähnlich interpretiert werden, wie es André Holenstein in bezug auf die Frevelgerichte formuliert: als Ensemble, um „gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen zu vermitteln und zu steuern“<sup>98</sup>.

Bezeichnend für die Bedeutung der Visitation als Inszenierung der Landesherrschaft und des landesherrlichen Kirchenregiments ist auch, daß sie 1533 in den Unterherrschaften nicht stattfanden, obwohl diese Gebiete durchaus als Schlupfwinkel für „Häretiker und Winkelprediger“ galten<sup>99</sup>. Der herzoglichen Regierung mögen die großen Schwierigkeiten, auf die sie hier stoßen würde – und auf die sie bei späteren Visitationen permanent stieß – bewußt gewesen sein. Eine mißlungene Herrschaftsinszenierung mußte vielleicht gerade zu Beginn der Etablierung dieser religiösen Herrschaftskompetenz vermieden werden.

Durch die Visualisierung des ausgeweiteten landesherrlichen Kirchenregiments trat die weltliche Regierung auch performativ in Konkurrenz zur geistlichen Obrigkeit, der kirchenrechtlich das Visitationsrecht alleine zustand<sup>100</sup>. Die verschiedenen Gutachten der Räte, hatten Kirchenordnung wie Visitation damit gerechtfertigt, daß die geistliche Obrigkeit angesichts der vielen Mißbräuche und Probleme ihren Aufgaben nicht nachgekommen sei<sup>101</sup>, doch die herzogliche Regierung bemühte sich keinesfalls, den kölnischen Erzbischof irgendwie in ihre Reformbestrebungen einzubeziehen. Die Visitationskommission im Jahre 1533 bestand nicht nur ausschließlich aus herzoglichen Räten, es waren auch die entscheidenden erasmischen Protagonisten der herzoglichen Kirchenpolitik darin vertreten<sup>102</sup>. Dies unterstrich die Bedeutung, die der Herzog der Visitation zumaß. Daher verwundert es nicht, daß Erzbischof Hermann von Wied neben der Kirchenordnung

<sup>98</sup> Holenstein, Ordnung (Anm. 92), 272. Dementsprechend können die Visitationen wie die von Holenstein untersuchten Rügegerichte als Teil der institutionellen Praxis des sich verfestigenden Staates betrachtet werden.

<sup>99</sup> Vgl. Otto R. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgang des Mittelalters und in der Reformationszeit, Bd. 2/2, Bonn 1915, 12\*. Unterherrschaften hatten einen besonderen Rechtsstatus. Die jülichischen Unterherrschaften unterstanden im Spätmittelalter noch direkt dem Kaiser, hatten dann aber nach und nach den jülichischen Herzog als Landesherren anerkannt. Diese Unterherren waren dem Herzog gegenüber zwar steuerpflichtig, aber nicht auf den allgemeinen Landtagen vertreten, vgl. zu ihnen Georg Droege, Die Territorien am Mittel- und Niederrhein, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reichs, hrsg. v. Fritz Blaich / Kurt G.A. Jeserich, Stuttgart 1983, 690 – 720, 696.

<sup>100</sup> Deshalb war die Frage der Visitationskompetenz ja auch so umkämpft, vgl. Schlögl, Differenzierung (Anm. 31).

<sup>101</sup> Vgl. Redlich, Kirchenpolitik, Bd. 1 (Anm. 43), Nr. 244, 255.

<sup>102</sup> Außer Heresbach waren alle bedeutenden Erasmianer des Düsseldorfer Hofes versammelt: Erbhofmeister Harff, Johann von Vlatten, Kanzler Ghogreff, Wessel von Loe, Johann von Loe, Olisleger, vgl. ebd., Nr. 246, 256 – 257.

das Abhalten der landesherrlichen Visitation anprangerte und als bedeutende Beeinträchtigung seiner erzbischöflichen Rechte ansah<sup>103</sup>.

Es ist zu überlegen, ob in der späteren Phase der *via media* unter Wilhelm V. die dramaturgische Bedeutung der Visitationen sogar noch höher einzuschätzen ist. In dieser Zeit stagnierte die landesherrliche Kirchenpolitik. Immer wieder wurden erneute Reformfordernungen, vor allem durch der evangelischen Konfession zuneigende Gruppen, an den Herzog herangetragen, und es wurden auch mehrere neue Reformentwürfe ausgearbeitet, die die Kirchenordnung aus dem Jahre 1532 ablösen sollten, aber keiner wurde veröffentlicht, vielmehr wurde immer wieder die alte Ordnung von 1532 veröffentlicht<sup>104</sup>. Wilhelm V. konnte zwar noch durch sein Placet Einfluß auf die Geistlichen nehmen, denn ohne dieses, das an ein Examen vor einer herzoglichen Kommission gebunden war, konnte kein Geistlicher sein Amt in den Vereinigten Herzogtümern antreten. Dadurch hatte der Herzog indirekt seine Patronatsrechte entscheidend ausgeweitet. Dramaturgisch konnte er seine Kirchenherrschaft aber fast nur noch durch Visitationen darstellen. Visitationen waren zum entscheidenden Instrument geworden, die herzogliche Kirchenpolitik weiterhin sichtbar und erfahrbar zu machen.

Ein eigentlicher Institutionalisierungsprozeß hat erst mit der Wiederaufnahme der geistlichen Visitationen zu Beginn des 17. Jahrhunderts stattgefunden, also zugleich mit dem Ende des landesherrlichen Kirchenregi-

<sup>103</sup> Vgl. ebd., Nr. 252, 280–281. Im Anschluß an die große Kölner Reformsynode im Jahre 1536 ließ Hermann von Wied Johannes Gropper eine Visitationinstruktion erarbeiten, diese geistliche Visitation scheiterte aber am herzoglichen Widerstand und wurde wohl auch bald von der weiteren Kölner Entwicklung zur Reformation überholt, vgl. dazu *Thomas Becker*, Konfessionalisierung in Kurköln. Untersuchungen zur Durchsetzung der katholischen Reform in den Dekanaten Ahrgau und Bonn anhand von Visitationssprotokollen 1583–1761, Bonn 1989, 4–7. Ähnliches wiederholte sich bei den späteren landesherrlichen Visitation: 1550 hatte der kölnische Erzbischof Adolf durch Johannes Gropper erneut eine Instruktion für eine geistliche Visitation ausarbeiten lassen, die Visitation scheiterte aber wieder am Widerstand Wilhelms V., der statt dessen selber eine Visitation abhalten ließ, vgl. *Johann Friedrich Schannat / Joseph Hartzheim*, (Hrsg.), *Concilia Germaniae*, Bd. VI., Köln 1763, 620 ff.; zu dieser Auseinandersetzung zwischen Wilhelm V. und Erzbischof Adolf von Schauenburg vgl. nach wie vor *Joseph Kuhl*, Der Jülicher Kirchenstreit im 15. und 16. Jahrhundert, Bonn 1902, v.a. 58–59. Als im Rahmen der Verhandlungen um den Provisonalvergleich zwischen dem neuen Pfälz-Neuburgischen Herzog Wolfgang Wilhelm und dem Kölner Erzbischof die Visitationssfrage verhandelt wurde, war dementsprechend die Frage, ob weltliche Beamte an der geistlichen Visitation beteiligt werden durften, ein wichtiger Streitpunkt. Diese Frage der Repräsentation des Verhältnisses zwischen weltlicher und geistlicher Macht ist existentiell für die Macht selbst, vgl. *Chartier*, Einleitung (Anm. 22), 12.

<sup>104</sup> 1545 entstanden die sogenannten Articuli, 1556–1559 wurde erneut verhandelt und ebenso in den 1560er Jahren, vgl. dazu *Heribert Smolinsky*, Humanistische Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts als kirchenpolitische „via media“ in Jülich-Kleve-Berg, in: *Pohl, Niederrhein* (Anm. 42), 57–72.

ments in dieser Form. Erst dann kann von „Wiederholbarkeit und ‚dauerhafter‘ Sicherung von Handlungsvollzügen und Vorstellungsinhalten“ gesprochen werden<sup>105</sup>. Damit scheinen die ‚instrumentellen‘ Aspekte der Visitation in den Vordergrund zu rücken. Doch auch die landesherrlichen Visitationen des 16. Jahrhunderts können als eine institutionelle Stabilisierungsleistung hinsichtlich der Ordnungsprinzipien der *via media* verstanden werden, die ja erst durch die Visitationen verkörpert und damit sichtbar wurden<sup>106</sup>.

### III. Zusammenfassung

Ich denke, diese herausgegriffenen Maßnahmen, die zu den klassischen Instrumenten einer Konfessionalisierung gehörten, haben gezeigt, daß ihre Relevanz für frühneuzeitliches Herrschaftshandeln nicht allein in ihrer Steuerungsleistung liegt und sie dementsprechend nicht nur mit dem Maßstab der Effizienz zu beurteilen sind.

Der entstehende Staat mußte sichtbar werden, der Konfessionalisierungsprozeß ermöglichte es ihm. Durch ihr Engagement in der Kirchenpolitik konnten sich die Landesherren eine neue Bühne aneignen, auf der sie sich inszenieren und repräsentieren konnten, eine Bühne, die über das Feld der ‚guten Policey‘ hinausging und die Qualität der ‚guten Herrschaft‘ transzidierte. Daher ist symbolisches Handeln auch im Rahmen des Konfessionalisierungsprozesses ein Konstituens jeder – gerade auch der politischen – Ordnung. Nimmt man diese Dimension des Konfessionalisierungsprozeß nicht ernst, kann seine Bedeutung für den entstehenden Staat nicht ganz erfaßt werden.

Ein Vorwurf der klassischen Politikgeschichte ist, daß über die Untersuchung der Deutungsmuster, der Sinnzuschreibungen, die eigentlichen Macht-, Interessens- oder auch Gewaltstrukturen verschleiert würden. Die Untersuchung der herzoglichen Kirchenpolitik in Jülich-Berg im 16. Jahrhundert hat dagegen gezeigt, daß symbolisches Handeln auf der politischen Ebene nicht nur wichtig ist, sondern daß es auch die ‚eigentliche‘ Politik, das Staatliche eben nicht verschleiert, sondern geradezu sichtbar und real gemacht hat! Die herzogliche Kirchenpolitik und vor allem der herzogliche Anspruch, Kirchenpolitik zu betreiben und auch dogmatische Fragen zu

<sup>105</sup> Vgl. Karl Siegbert Rehberg, Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien. Eine Einführung in systematischer Absicht, in: Institutionalität und Symbolisierung. Verfestigung kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. v. Gert Melville, Köln / Weimar / Wien 2001, 3 – 49, hier 8.

<sup>106</sup> Zur Stabilisierungsleistung von Institutionen vgl. Rehberg, Weltrepräsentanz (Anm. 105), 9.

entscheiden, wurde erst durch die Visitationen in den Vereinigten Herzogtümern zum Ereignis und damit erfahrbar. Diese ‚Realisierung‘ der Kirchenpolitik kann bejaht werden, ganz abgesehen von der Frage, ob die Inhalte der *via media* wie auch anderer konfessionell unterschiedener Landesherren umgesetzt worden sind. Dieses Realisierung, und damit ihre instrumentellen wie ihre symbolischen Aspekte, kann auch als Folge einer Strategie der Landesherrschaft verstanden werden, die sich der Glaubensspaltung bediente, um die eigene Macht zu stabilisieren und zu akkumulieren.

Die Gefahr, über Sinnzuschreibungen Normen, Institutionen und Machtstrategien aufzulösen, sollte trotzdem beachtet werden, sie verbirgt sich gerade in der analytischen Trennung zwischen symbolischem und instrumentellem Handeln. Es ist an der Zeit, die symbolische Dimension nicht nur von dem Vorwurf zu reinigen, ‚nur‘ symbolisch zu sein, sondern ihren engen Zusammenhang mit klassischen Interessen- oder Machtstrategien herauszuarbeiten und auch die Trennung von symbolischem und instrumentellem Handeln zu überdenken, wenn nicht sogar aufzulösen. Die Bedeutung der von mir beschriebenen Kirchenpolitik würde man erkennen, wenn man *nur* ihre instrumentellen oder *nur* ihre symbolischen Ebenen untersuchte. Beide Aspekte zu trennen, mag heuristische wie analytische Vorteile haben, widerspricht aber dem vormodernen Weltbild und Deutungsrahmen. Symbolisches, repräsentatives, performatives Handeln kann in der Vormoderne nicht von instrumentellem getrennt werden.

## **,Rhetorik des Performativen‘ und ,innere‘ Nationenbildung**

### **Die vaterländische Festkultur im jungen schweizerischen Bundesstaat**

**Von *Silvia Serena Tschopp*, Augsburg**

„[M]an kann mit Kulturgeschichte mehr machen, als Feste und Fahnen beschreiben“ – so Thomas Mergel in seinen kürzlich veröffentlichten Überlegungen zu einer ‚Kulturgeschichte der Politik‘<sup>1</sup>. Niemand wird dies bestreiten wollen, haben doch gerade in jüngerer Zeit eine Reihe von Historikern herausgestellt, in welchem Maße eine kulturalistische Perspektive auch jene Bereiche historischen Handelns neu zu erhellen vermag, die bis anhin als genuines Feld der Politikgeschichte galten. Verfassungsgeschichte<sup>2</sup>, parlamentarische Praxis<sup>3</sup> oder europäische Außenpolitik<sup>4</sup> – um nur einige Beispiele zu nennen – sind mittlerweile als Gegenstandsbereich kulturhistorischer Analyse gewonnen, die Politik und der Begriff des ‚Politischen‘ als zentrale Forschungsaufgabe der Kulturgeschichte postuliert worden<sup>5</sup>. Ob die Neubestimmung dessen, was Kulturgeschichte der Politik bzw. des Politischen zu sein habe, die Beschäftigung mit der von Kulturhistorikern bereits früh entdeckten politischen Festkultur notwendigerweise obsolet erscheinen lässt, darf allerdings bezweifelt werden. Es trifft zwar zu, daß es sich beim politischen Fest um ein bereits vielfach vermessenes Forschungs-

---

<sup>1</sup> Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 574–606, hier 605.

<sup>2</sup> Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Die zeremonielle Inszenierung des Reiches, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Reichsverfassungsgeschichte?, in: Imperium Romanum – irregulare corpus – Deutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie, hrsg. v. Matthias Schnettger (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 57), Mainz 2002, 233–246.

<sup>3</sup> Vgl. Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 135), Düsseldorf 2002.

<sup>4</sup> Vgl. Johannes Paulmann, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn [u. a.] 2000.

<sup>5</sup> Vgl. beispielsweise Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: AKG 85 (2003), 71–117.

feld handelt, daß sowohl zu dessen Verlaufsformen als auch zu dessen Funktionen mehrere Studien vorliegen<sup>6</sup>. Der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Fest als einem Modus politischer Selbstvergewisserung verdanken wir Einsichten in die Bedingungen und Intentionen derartiger Anlässe; eine *systematische Analyse* der Mechanismen, mittels derer die jeweils beabsichtigte politische Sozialisation zum einen der Festteilnehmer und zum anderen der abwesenden, über ein dichtes Netz publizistischer Manifestationen in das Festgeschehen eingebunden Angehörigen der Nation befördert wird, bleibt, so scheint mir, weiterhin ein Desiderat kulturhistorischer Forschung. Sie zu leisten, kann nicht das Ziel meiner knappen Ausführungen zur nationalen Festkultur der Schweiz im späten 19. Jahrhundert sein. Meine Ausführungen haben keinen höheren Anspruch als den, anhand eines Fallbeispiels, des Jubiläums der Schlacht bei Sempach im Jahre 1886, einige Kategorien zur Diskussion zu stellen, mit Hilfe derer das, was ich als politische ‚Rhetorik des Performativen‘ bezeichnen möchte, präziser erfaßt werden kann. Unter ‚Rhetorik des Performativen‘ verstehe ich ein Ensemble nicht nur und nicht einmal primär sprachlicher Praktiken, die darauf zielen, bei einer größeren Gruppe von Individuen spezifische, in diesem Fall patriotische, Vorstellungen und Befindlichkeiten zu generieren. In meinen nun folgenden Überlegungen geht es demnach weniger um die Beschreibung und Funktionsanalyse einer konkreten vaterländischen Feier; das Augenmerk richtet sich vielmehr auf die Frage, *wie* im performativen Akt kollektiver

---

<sup>6</sup> Einen Überblick über einschlägige deutschsprachige Publikationen bis 1990 bietet der Forschungsbericht von *Michael Maurer*, Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand, in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), 101–130. Zur politischen Festkultur in Deutschland vgl. *Manfred Hettling / Paul Nolte* (Hrsg.), *Bürgerliche Feiern. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1993. Um eine vergleichende Perspektive bemühen sich *Karin Friedrich* (Hrsg.), *Festive Culture in Germany and Europe from the Sixteenth to the Twentieth Century*, Lewiston/Queenston/Lampeter 2001 und v.a. *Sabine Behrenbeck / Alexander Nützenade* (Hrsg.), *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71* (Kölner Beiträge zur Nationsforschung, 7), Köln 2000. An neueren deutschen Monographien mit regionaler Perspektive sind beispielsweise zu nennen *Ute Schneider*, *Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918)* (Düsseldorfer Schriften zur Neuen Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalen, 41), Essen 1995; *Bernhard Wien*, *Politische Feste und Feiern in Baden 1814–1850. Tradition und Transformation. Zur Interdependenz liberaler und revolutionärer Festkultur*, Frankfurt a.M. 2001; *Henning Unverhau*, *Gesang, Feste und Politik. Deutsche Liedertafeln, Sängerfeste, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewußtseins in Schleswig-Holstein 1840–1848* (Kieler Werkstücke A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, 25), Frankfurt a.M. 2000; *Tobias von Elsner*, *Kaisertage. Die Hamburger und das Wilhelminische Deutschland im Spiegel öffentlicher Festkultur* (Europäische Hochschulschriften, 3/471), Frankfurt a.M. 1991; *Wolfgang Lang*, *Historische Feste in Bayern. Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert* (Bayerische Studien zur Geschichtsdidaktik, 4), Neuried 2001.

Selbstvergewisserung jene „innere“ Nationenbildung bewerkstelligt wird, an die kollektive Identität im Zeitalter der sich etablierenden bzw. konsolidierenden europäischen Nationalstaaten gekoppelt ist. Nicht weniger zentral als die Frage nach den für politische Festkultur konstitutiven Interaktionsmustern im Rahmen einer durch Ko-Präsenz definierten Wahrnehmung symbolischer Repräsentation ist jene nach der Rolle der Druckmedien. Als wichtige Multiplikatoren tragen sie dazu bei, nationale Feiern auch jener Bevölkerungsmehrheit zu vermitteln, die von der unmittelbaren Teilhabe am Fest ausgeschlossen bleibt. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stattfindenden nationalen Feiern wurden nie nur für die vor Ort Anwesenden ausgerichtet; sie stellten immer auch Inszenierungen in „medialer Absicht“ dar. Deren Akteure handelten stellvertretend für die vielen, denen die Teilhabe an der festlichen Beschwörung nationaler Einheit nur mit Hilfe der Presseberichterstattung und offiziöser Publikationen, wie Bildermannen oder „Gedenkblätter“ möglich war. Die hier mehr angedeutete als ausgeführte „mediale“ Dimension politischer Festkultur und die Analyse kollektiver symbolischer Handlungen unter den Bedingungen moderner Massenkommunikation sind nun allerdings nicht Gegenstand dieses Beitrags; deren Thematisierung soll an anderer Stelle erfolgen. Im Folgenden konzentriere ich mich zunächst darauf, das Phänomen „nationale Feier“ als für die Anwesenden unmittelbar erlebbares performatives Geschehen zu beschreiben.

Ich werde dabei in einem ersten Schritt mit Blick auf die schweizerische Staatswerdung die besonderen historischen Voraussetzungen der eidgenössischen Festkultur umreißen, bevor ich in einem zweiten Schritt das Augenmerk auf das Festspiel richte. Innerhalb der vielgestaltigen Programmstruktur nationaler Feiern bildet das Festspiel um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in der Regel den unumstrittenen Kulminationspunkt. Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als wirkungsmächtiges Instrument aufgeklärter Nationalpädagogik entdeckt, gilt es auch den Patrioten des späten 19. Jahrhunderts als eine dramatisch-musikalische Form, die in besonderem Maße geeignet erscheint, vaterländisches Bewußtsein in die Köpfe und Herzen der Festteilnehmer „einzuschreiben“. Dies gelingt wesentlich durch Formen der Ritualisierung, die in einem dritten Schritt zunächst eine knappe theoretische Fundierung erfahren. Die Fokussierung des rituellen Charakters politischer Festkultur ermöglicht eine schärfere Konturierung der vorgängig angesprochenen „Rhetorik des Performativen“, deren konkrete Manifestation anlässlich der Sempacher Säkularfeier von 1886 in einem vierten und letzten Schritt rekonstruiert werden soll.

## I.

Mit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 konstituiert sich die *Confoederatio helvetica* als moderne Nation. Die vergleichsweise frühe Staatswerdung der Schweiz hängt nicht nur damit zusammen, daß das vor- und frühmoderne eidgenössische Bündnissystem, aus dem sie hervorgegangen ist, bereits über ein vergleichsweise hohes Maß an politischer Kohäsion verfügte, sondern auch und vor allem mit dem Umstand, daß sie sich auf eine im Spätmittelalter wurzelnde, historisch fundierte Selbstperzeption stützen konnte, mit der sich eine geeinte Nation begründen ließ. Ein bereits im späten 15. Jahrhundert ausgebildetes Konstrukt frühheidnössischer Historie, als deren herausragendste Protagonisten und Ereignisse Wilhelm Tell, Arnold Winkelried und Klaus von Flüe sowie die Schlacht bei Sempach (1386), die Burgunderkriege oder der Schwabenkrieg genannt werden können, dient noch im 19. Jahrhundert als Legitimationsbasis für den sich formierenden Staat. Angesichts der bemerkenswerten Kontinuität, welche die schweizerische ‚vaterländische Mythologie‘ auszeichnet, angesichts der Relevanz, die der eidgenössischen Geschichte als Fundament nationalen Zusammenhalts nicht nur von den Humanisten, sondern auch von den Aufklärern und schließlich von den republikanisch gesinnten Patrioten des frühen 19. Jahrhunderts zugesprochen wurde, stellt sich die Frage, weshalb der neugegründete schweizerische Bundesstaat auf jenes Repertoire symbolischer Formeln und Handlungen zurückgriff, das im Falle Deutschlands, will man der Forschung folgen, die Nation, im Sinne einer sowohl staatlichen als auch mentalen Struktur überhaupt erst hervorgebracht hat<sup>7</sup>. Zunächst gilt es zu bedenken, daß der junge Bundesstaat ein äußerst heterogenes Gebilde darstellte, entstanden aus dem losen Verbund kleiner und kleinster Kantone, die auch nach der Einbindung in eine straffere föderative Struktur ihre regionalen Interessen nicht aus den Augen verloren. Mehrsprachigkeit, Bikonfessionalismus, politische Divergenzen – wie auch zahlreiche andere Nationen ist die Schweiz aus einem Krieg hervorgegangen – und ökonomische Konflikte erschwerten außerdem die Entstehung eines nationalstaatlichen Bewußtseins; die kulturelle Verbundenheit der verschiedenen Landesteile mit ihren jeweils gleichsprachigen Nachbarländern stand der Konsolidierung einer überregionalen Einheit im Wege. Der ‚inneren‘ Nationenbildung als Instrument einer Versöhnung der die staatliche Einheit bedrohenden Gegensätze kommt demzufolge gerade in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der *Confoederatio helvetica* eine wichtige Rolle zu. Es wäre jedoch zu einseitig, die schweizerische Kulturpolitik nach 1848 ausschließlich unter dem Aspekt ihrer integrativen Absichten zu betrachten. Die vielfälti-

<sup>7</sup> So zum Beispiel Dieter Langewiesche in seinen Ausführungen zur ‚kulturellen‘ Nationenbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert (Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, 82 – 168).

gen Formen nationaler symbolischer Repräsentation zielen nicht nur auf eine Antizipation jener in umfassendem Sinne geeinten Nation, die im Bewußtsein der Bürger erst noch verwirklicht werden muß, sie zelebrieren zugleich den bereits erreichten Grad an nationaler Kohäsion und verstärken die vorhandene Identifikation mit dem eigenen ‚Vaterland‘. Dies gilt auch und gerade für jene Formen politischer Festkultur, die im ausgehenden 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erleben.

Hinsichtlich ihrer politischen Festkultur galt die Eidgenossenschaft seit dem 18. Jahrhundert in ganz Europa als Vorbild. Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß zwei der bedeutendsten Beiträge zur Theorie einer nicht auf den Hof konzentrierten, vom ‚Volk‘ getragenen Form festlicher Selbstrepräsentation von Schweizern stammen. Sowohl Jean-Jacques Rousseaus in der *Lettre à M. d'Alembert sur les spectacles* (1758) publizierter Entwurf eines öffentlichen Festes, in dem sich jene ‚Nation‘ selbstbewußt zu Wort meldet, die derselbe Rousseau in *Du Contrat social ou Principes du droit politique* (1762) als Fundament staatlicher Verfaßtheit postulieren wird, als auch Johann Georg Sulzers Konzept eines Volksschauspiels, wie er es in seiner *Allgemeinen Theorie der schönen Künste* (1794) erläutert, enthalten in *nuce* das Programm der politischen Feste, die im 19. Jahrhundert im Kontext des europäischen Nationenbildungsprozesses zunehmende Bedeutung erlangten<sup>8</sup>. Die politische Festkultur der Schweiz erscheint denn auch als besonders vielfältig; sie umfaßt zum einen die von den bereits früh im Rahmen nationaler Verbände organisierten Schützen-, Sänger- und Turnvereinen veranstalteten eidgenössischen Wettkämpfe, die Gründungsjubiläen von Städten wie Basel oder Bern, die Jubiläen der Beitritte schweizerischer Kantone zur Eidgenossenschaft und das Bundesjubiläum 1891 sowie die so genannten ‚Schlachtenjahrzeiten‘, die an eidgenössische Siege, seltener an Niederlagen erinnern<sup>9</sup>. Den meist regional ausgetragenen politischen Festen kommt insofern eine nationale Bedeutung zu, als sie zum einen Individuen und Gruppen aus unterschiedlichen Landesteilen zu mobilisieren und zusammenzuführen vermochten und zum anderen auch dort, wo das eine Feier legitimierende historische Ereignis in kommunaler bzw. kantonaler Vergan-

<sup>8</sup> Zum Nationalfestgedanken in der Schweiz vgl. Edmund Stadler, Das nationale Festspiel der Schweiz in Idee und Verwirklichung von 1758 bis 1914, in: Das Festspiel. Formen, Funktionen, Perspektiven, hrsg. v. Balz Engler/Georg Kreis (Schweizer Theaterjahrbuch, 49), Willisau 1988, 73–122, hier 73–81. Zu Rousseaus und Sulzers Programm eines nationalen Schauspiels vgl. Caroline Pross, Kunstfeste. Drama, Politik und Öffentlichkeit in der Romantik (Rombach Wissenschaften, Reihe Litterae, 91), Freiburg i. Br. 2001, 49–61.

<sup>9</sup> Zu den verschiedenen Formen schweizerischer Festkultur vgl. Catherine Sant-schi, Schweizer Nationalfeste im Spiegel der Geschichte, Zürich 1991. Speziell zu den Schützen-, Sänger- und Turnerfesten vgl. Basil Schader/Walter Leimgruber (Hrsg.), Festgenossen. Über Wesen und Funktion eidgenössischer Verbandsfeste, Basel/Frankfurt a.M. 1993.

genheit gründete, den Bezug zu einem national definierten Wertesystem herstellten.

Die schweizerischen Nationalfeste weisen, neben durch den Anlaß bedingten Besonderheiten, eine Reihe gemeinsamer Elemente wie Kanonenschüsse, Glockengeläute, Gottesdienst, gemeinsamer Gesang, Festreden, Bankett, Trinksprüche, musikalische Darbietungen, Schauspiel, Umzug oder Fahnenrituale auf. Als in hohem Maße repräsentativ kann die Sempacher Säkularfeier von 1886 gelten, wie ein Blick in das offizielle Festprogramm bestätigt: Das Fest wird frühmorgens durch 22 Kanonenschüsse eröffnet. Daraufhin versammeln sich die Vereine mit ihren Bannerträgern sowie die übrigen Festteilnehmer im Städtchen Sempach und ziehen, begleitet vom Geläute der Pfarrkirchglocken, geordnet zur Schlachtkapelle, wo ein Gottesdienst stattfindet, der neben der Festpredigt und dem Hochamt auch eine Verlesung des Berichtes der Schlacht bei Sempach beinhaltet. Nachdem die Festgemeinde sich zum Winkelried-Denkstein verlagert hat, ergreifen der luzernische Nationalrat Joseph Zemp sowie der schweizerische Bundespräsident Adolf Deucher als Festredner das Wort. Nach einer kurzen Pause beginnt gegen Mittag auf einer unter freiem Himmel errichteten Bühne das etwa zweistündige Festspiel. Im Anschluß daran zieht der Festzug wieder nach Sempach, um an der Enthüllung und Übergabe einer Jubiläumssäule teilzunehmen. Auch hier werden von patriotischen Liedern umrahmte Ansprachen gehalten. Um 15 Uhr beginnt das Bankett. Während die offiziellen Gäste in der Festhütte Platz nehmen, lagern die übrigen Festteilnehmer im Freien, um ihre mitgebrachten Speisen einzunehmen. Die Mahlzeit wird durch Darbietungen des Festmusikkorps sowie einiger Gesangsvereinigungen unterbrochen. Am Abend erreichen die Festteilnehmer Luzern, wo ein Umzug der kostümierten Festspielakteure stattfindet. Nach dem Einbruch der Dunkelheit werden rund um die Stadt Höhenfeuer entzündet, und eine aufwendige Stadtbeleuchtung bildet den glanzvollen Abschluß der Feierlichkeiten<sup>10</sup>.

Das nationale Fest ist, das dürfte die Wiedergabe des Sempacher Programms deutlich gemacht haben, durch eine Dramaturgie gekennzeichnet, deren organisierendes Zentrum die in die Mitte des Tages gerückte theatralische Darbietung bildet. Ungeachtet der Tatsache, daß die Teilnehmer in der Regel gleich mit mehreren intellektuell und emotional bewegenden Momenten konfrontiert wurden, daß die im späten 19. Jahrhundert sich häufenden vaterländischen Gedenkanlässe ihre Wirkung wesentlich durch das Zusammenspiel der verschiedenen das Festprogramm konstituierenden Elemente entfalteten, kann das Festspiel als der eigentliche Angelpunkt patrio-

---

<sup>10</sup> Die Angaben folgen einem Exemplar des offiziellen Festprogramms, das in der Schweizerischen Landesbibliothek aufbewahrt wird. Es findet sich in einem Konvolut amtlicher Schriften, das die Signatur VLU 13605 trägt.

tischer Festkultur bezeichnet werden. Welche Signifikanz vaterländischen Schauspielen im Rahmen politischer Feiern zukommt, war übrigens nicht nur den Organisatoren des Sempacher Jubiläums, sondern auch den zahlreichen anderen Promotoren einer dezidiert nationalen Kulturpolitik bewußt. So röhmt beispielsweise der Theologe August Steiger in einem 1889 an der Jahresversammlung der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über *Die Pflege des nationalen Sinnes in unserm Volke* die eidgenössischen Feste und insbesondere die in diesem Zusammenhang dargebotenen Freilichtaufführungen als „Pflanzstätten nationalen Sinnes und schweizerischen Geistes“<sup>11</sup>. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bilden theatralische Inszenierungen und insbesondere das Festspiel, dem vor allem zwischen 1885 – 1905 bemerkenswerter Erfolg beschieden war, denn auch das eigentliche Herzstück politischer Jubiläen.

## II.

Der Begriff ‚Festspiel‘ bezeichnet ein dramatisches Genre, als dessen Merkmale die Okkasionalität, die episodische Struktur, die Kombination theatralischer und musikalischer Elemente sowie der ‚kultische‘ Charakter hervorgehoben worden sind<sup>12</sup>: Bei Festspielen handelt es sich meist um Auftragswerke, verfaßt und komponiert zu einem besonderen Anlaß – im hier interessierenden Fall zum 500. Jubiläum der Schlacht bei Sempach –, gedacht zur in der Regel einmaligen Aufführung vor großem Publikum. Stoffliche Grundlage der Festspiele bildet die vaterländische Geschichte und daraus insbesondere jene Ereignisse, die anlässlich der Feier, zu der das Festspiel geschaffen wurde, erinnert werden sollen. Diese Ereignisse nun werden nicht im Rahmen einer dramatisch auf komplexe Weise verknüpften Handlung inszeniert, sondern dem Zuschauer als Abfolge meist allegorisch überhöhter historischer *Tableaus* präsentiert. Wie man sich diese *Tableaus* vorzustellen hat, veranschaulicht ein von Karl Jauslin gestaltetes ‚Festalbum‘, das auf insgesamt acht Tafeln die Bühnenaufzüge des Sempacher Festspiels darstellt<sup>13</sup>. Die im genannten ‚Festalbum‘ bildlich reproduzierte

<sup>11</sup> *August] Steiger*, Die Pflege des nationalen Sinnes in unserm Volke, in: Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit 29 (1890), 6 – 28, hier 9.

<sup>12</sup> Zu den Strukturmerkmalen des Festspiels vgl. *Martin Stern*, Das historische Festspiel – Integration um den Preis scheinhafter Identität, in: Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848 – 1914. Probleme – Errungenschaften – Misserfolge, hrsg. v. François de Capitani / Georg Germann, Freiburg 1987, 309 – 335; und *Peter Sprengel*, Die inszenierte Nation. Deutsche Festspiele 1813 – 1913, Tübingen 1991, 16 f.

<sup>13</sup> Sempacher Schlachtfeier den 5. Juli 1886. Festalbum zur Erinnerung an den 500jährigen Gedenktag gezeichnet von *Karl Jauslin*, Luzern 1886. Die erste Tafel des ‚Festalbums‘ zeigt den von der Ernte heimkehrenden Zug der Schnitter und Schnitterinnen, die zweite die Ankunft der eidgenössischen Verbündeten, die den Bauern

Episodenfolge findet übrigens ihre Entsprechung in der Textvorlage des Festspiels: Das von Heinrich Weber verfaßte ‚Große Volksschauspiel‘ ist nicht in Akte und Szenen, sondern in ‚Gruppen‘ unterteilt<sup>14</sup>. Jede ‚Gruppe‘ umfaßt eine größere Zahl von Akteuren, die auf der Bühne als Bauern, Krieger oder Volk agieren und die Chöre intonieren. Aus der Menge der auf der Szene Anwesenden treten jeweils einzelne Schauspieler an den Bühnenrand, um in kurzen Dialogen die für das Verständnis des Aufzugs notwendigen Informationen zu vermitteln. Deren Bedeutung tritt im Lauf des Spiels zurück; in den letzten drei ‚Gruppen‘ sind nur noch solistische Gesangseinlagen und Chöre vorgesehen.

Die Statik der Aufführung wird nun allerdings insofern dynamisiert, als das Festspiel nicht nur theatralische, sondern auch musikalische Darbietungen integriert. Nicht zufällig handelt es sich bei Webers Festspiel nicht um eine originale Schöpfung, sondern um eine Adaption der von Gustav Adolf für das Eidgenössische Sängerfest 1873 komponierten Kantate *Siegesfeier der Freiheit*. Auch in der überarbeiteten Fassung hat das Bühnenwerk den ursprünglichen Charakter einer szenischen Kantate nicht verloren. Von einem Orchester begleitete Chöre und von professionellen Sängern vorgetragene Gesangssoli dominieren die Aufführung; den gesprochenen Dialogen kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Musik und Gesang nun unterstützen den ‚kultischen‘ Charakter des Festspiels, der sich vor allem in dessen Dramaturgie offenbart. Die einzelnen Episoden oder ‚Gruppen‘ sind auf den Schluß hin organisiert, der als Höhepunkt der theatralisch-musikalischen Inszenierung eine patriotische Huldigung zur Darstellung bringt. Während der Schlußchor erklingt, „enthüllt sich,“ so die Regieanweisung,

„im Hintergrund der Bühne, alles überragend, ein Grabmonument, welches die hinterlassene Familie eines Kriegers umkniet. Knaben, in den Farben der zwei und zwanzig Cantone steigen die Stufen hinan und legen Kränze am Fuss des Monuments nieder. Darüber schwebt der Genius der Eidgenossenschaft, einen Lorbeer dem Andenken Winkelried's weihend und auf die Hinterbliebenen der gefallenen Kämpfer hinweisend, die der Fürsorge des ganzen Schweizervolkes empfohlen sind“<sup>15</sup>.

---

berichten, daß ein österreichisches Heer im Anmarsch sei. Die dritte Tafel stellt dar, wie sich die Männer für die Schlacht rüsten und sich von ihren Familien verabschieden, die vierte den im Kampf gegen die Österreicher verwundeten und sterbenden Luzerner Schultheißen Peter von Gundoldingen. Es folgen die Heimkehr der Krieger vom Schlachtfeld (Tafel 5), der jubelnde Empfang der siegreichen Eidgenossen durch ihre Angehörigen (Tafel 6), die Trauerbekundungen an der Leiche Arnold Winkelrieds (Tafel 7) und schließlich die weibliche Personifikation der Eidgenossenschaft, zu deren Füßen der tote Held aufgebahrt liegt (Tafel 8).

<sup>14</sup> Grosses Volksschauspiel zur Feier des 500<sup>sten</sup> Gedächtnistages der Schlacht bei Sempach (den 5. Juli 1886) auf der Grundlage der Cantate „Siegesfeier der Freiheit“. Gedicht von Heinr[ich] Weber, Musik von Gustav Arnold. Mit verbindendem Text in 7 Gruppen eingeteilt, Luzern 1886.

Das hier beschriebene Schlußbild ist demnach keinesfalls singulär; wie die meisten Festspiele mündet auch Webers „großes Volksschauspiel“ in eine allegorisch bewerkstelligte Apotheose der Nation. Das Festspiel erweist sich so als den Regeln einer nationalen „Liturgik“<sup>16</sup> verpflichtet, deren Wirkung wesentlich in jenen Modi der Ritualisierung politischer Erfahrung begründet liegt, welche die nationale Festkultur des 19. Jahrhunderts nicht nur in der Schweiz kennzeichnen.

### III.

Das Ritual, als Begriff und Phänomen zunächst im Rahmen religionswissenschaftlicher und ethnologischer Studien reflektiert, ist mittlerweile zu einem Schlüsselbegriff kulturhistorischer Forschung avanciert<sup>17</sup>. Darüber, daß Ritualen auch außerhalb sakraler Kontexte Bedeutung zukommt, daß das alltägliche Handeln nicht nur „primitiver“ Individuen und Kollektive durch vielfältige Formen der Ritualisierung gekennzeichnet ist, besteht inzwischen Konsens. Die im gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs offenkundige Tendenz, von einem weiten Ritualbegriff auszugehen, hat terminologische Unschärfen begünstigt und es in zunehmendem Maße notwendig erscheinen lassen, zu definitorischen Klärungen zu gelangen, die es ermöglichen, Rituale als eigenständigen, von ähnlichen Praktiken abgrenzbaren Typus menschlichen Handelns zu beschreiben. Als konstitutiv für Rituale wurden dabei insbesondere „Sozialität“, „Interaktivität“, „Performativität“, „Repetitivität“ und „Symbolizität“ fokussiert<sup>18</sup>.

---

<sup>15</sup> Weber / Arnold, Großes Volksschauspiel (Anm. 14), 16.

<sup>16</sup> Vgl. George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Berlin 1976, 106 et passim.

<sup>17</sup> Auf die zunehmend unüberschaubare Ritualforschung kann hier nicht näher eingegangen werden. Einen guten Überblick über wichtige, seit dem frühen 20. Jahrhundert formulierte Positionen bietet Catherine Bell, Ritual. Perspectives and Dimensions, Oxford / New York 1997; vgl. auch dies., Ritual Theory, Ritual Practice, Oxford / New York 1992.

<sup>18</sup> Vgl. beispielsweise Christoph Wulf / Jörg Zirfas, die mit Blick auf Rituale sechs „formale“ Kriterien unterscheiden: Neben „Repetitivität“, „Homogenität“ und „Öffentlichkeit“ gelten ihnen „Liminalität“, „Operationalität“ und „Symbolik“ als konstitutiv für rituelle Praktiken (Die performative Bildung von Gemeinschaften. Zur Hervorbringung des Sozialen in Ritualen und Ritualisierungen, in: Paragraphe 10 (2002), 93–116, hier 96 f.). Jan Platvoet wiederum hebt u. a. die kollektive, die interaktive, die performative, die ästhetische und die symbolische Dimension von Ritualen hervor (Das Ritual in pluralistischen Gesellschaften, in: Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch, hrsg. v. Andréa Belliger / David J. Krieger, Opladen / Wiesbaden 1998, 173–190).

Noch größere Aufmerksamkeit als die mit dem Begriff ‚Ritual‘ verbundenen Definitionsprobleme hat in der Forschung die Frage nach deren Funktionen gefunden. Von besonderem Belang für die Beschäftigung mit politischer Festkultur sind jene theoretischen Positionen, welche die gemeinschaftsstiftende und identitätsbildende Dimension ritueller Praktiken hervorheben. Schon Émile Durkheim hatte in seiner religionssoziologischen Studie *Les formes élémentaires de la vie religieuse* den engen Zusammenhang zwischen ritueller Praxis und sozialer Kohäsion betont<sup>19</sup>. Konzentrierte sich Durkheim in seiner Analyse noch auf die Sphäre des Sakralen, so zielt der amerikanische Soziologe Victor W. Turner auch und vor allem auf säkulare Formen ritueller Interaktion. Im Anschluss an Arnold van Genneps *Les rites de passage* erkennt er in Ritualen ein wirksames Mittel, Erfahrungen des Umbruchs, des Übergangs, Turner spricht in diesem Zusammenhang von ‚Liminalität‘, kollektiv zu bewältigen<sup>20</sup>. Grundlegende Bedeutung kommt dabei der Dialektik von ‚Struktur‘ und ‚Communitas‘ zu<sup>21</sup>. Steht ‚Struktur‘ für ein soziales Organisationsmodell, das durch Institutionalität, Normativität und Rationalität gekennzeichnet ist, bezeichnet ‚Communitas‘ eine spontane, sich in einem spezifischen Moment ereignende Form kollektiver Interaktion. Mit ‚Struktur‘ verbindet sich die Vorstellung von Gemeinschaft als vergleichsweise statischer, durch politische Machtverhältnisse, soziale Hierarchien, moralisch-religiöse Prinzipien determinierter Ordnung; ‚Communitas‘ hingegen verkörpert jene ‚liminalen‘ Bereiche, in denen menschliche Kommunikation jenseits der die eine soziale Gruppe leitenden normativen Setzungen möglich ist. Als unmittelbar aus dem Augenblick entstehende, ephemer Form von Gemeinschaft, die nach eigenen Gesetzen funktioniert, bildet ‚Communitas‘ nicht nur einen Gegensatz zu ‚Struktur‘, sie ist nach Turner zugleich der zentrale Katalysator eines Transformationsprozesses, der die (historische) Veränderung sozialer Strukturen begründet. Indem ‚Communitas‘ strukturelle Vorgaben zu durchbrechen vermag, trägt sie dazu bei, soziale Ordnungsmuster zu hinterfragen und schließlich zu modifizieren; indem sie diese Ordnungsmuster auf ritualisierte und damit kontrollierte Art und Weise transformiert, ermög-

<sup>19</sup> Emile Durkheim, *Les formes élémentaires de la vie religieuse. Le système totémique en Australie*, Paris 1912. Eine deutsche, durch Ludwig Schmidt besorgte, Übersetzung ist 1981 unter dem Titel „Die elementaren Formen des religiösen Lebens“ in Frankfurt a. M. erschienen.

<sup>20</sup> Zum Begriff der ‚Liminalität‘ vgl. Victor W. Turner, *The Ritual Process. Structure and Anti-Structure*, London 1969, 95 f. et passim. Eine deutsche Übersetzung von Turners bedeutendstem Werk ist 1989 erschienen (Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur. Aus dem Englischen von Sylvia M. Schomburg-Scherff [Theorie und Gesellschaft, 10], Frankfurt a. M. / New York 1989).

<sup>21</sup> Vgl. dazu ebd., 125–130; und Victor Turner, *Social Dramas and Ritual Metaphors*, in: ders., *Dramas, Fields and Metaphors. Symbolic Action in Human Society*, Ithaca / London 1974, 231–271.

licht sie deren weitere Existenz. „Struktur“ und „Communitas“ bleiben demnach in Turners Konzept eng aufeinander bezogen, sie stellen einen „dialectical process“ dar, in dem „the opposites [...] constitute one another and are mutually indispensable“<sup>22</sup>.

Nicht weniger zentral als die Begriffe „Struktur“ und „Communitas“ ist für das Verständnis von Turners Ritualtheorie der Terminus „Prozeß“. Rituale sind nicht als ein Ensemble verbindlich vorgeschriebener Handlungen innerhalb einer festgefügten sozialen Ordnung zu definieren, sie erscheinen vielmehr als eine Form zumindest partiell kreativer Performanz und verfügen über die Kraft, menschliche Gesellschaften zu erneuern. Rituale dienen demnach nicht einfach der Stabilisierung im wesentlichen statisch gedachter sozialer Strukturen, sondern haben Anteil an jenen Prozessen, mittels derer eine soziale Gruppe sich immer neu reflektiert und organisiert<sup>23</sup>. Der für Turners Ansatz ebenfalls zentrale Begriff der „Performanz“ schließlich öffnet den Blick für die Affinität des Rituals zum Drama<sup>24</sup>. Die Gemeinsamkeiten zwischen Ritual und dramatischer Inszenierung erschöpfen sich nicht in Gestaltungselementen wie regulierte Formen sprachlicher Äußerung, Gebärden oder Kostümierung, sie betreffen in erster Linie und viel grundlegender das Ritual und Drama gleichermaßen eignende identifikatorische Potential. Rituale und Dramen zielen nicht allein auf eine symbolische Darstellung kultureller Werte; im Rückgriff auf Inszenierungsmodi, die auf Anschaulichkeit, auf sinnliche Präsenz gegründet sind, nehmen sie Individuen als intellektuelle und psycho-physische Entitäten ins Visier und beeinflussen so deren Wahrnehmungs- und Weltdeutungsmuster.

Turners theoretisches Modell symbolischer sozialer Interaktion stellt ein begriffliches und methodisches Instrumentarium zur Verfügung, das es ermöglicht, politische Festkultur und die sie konstituierenden Merkmale und Prozesse präziser zu begreifen. Auch wenn die nun folgenden Ausführungen zum Jubiläum der Schlacht bei Sempach keine systematische Rückbindung der Argumentation an die hier explizierte Position anstreben, verdanken sie ihr Entscheidendes.

---

<sup>22</sup> Turner, *The Ritual Process* (Anm. 20), 97.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Bell, *Ritual* (Anm. 17), 39.

<sup>24</sup> Vgl. beispielsweise Turner, *Social Dramas* (Anm. 21), 23–59. Zur Diskussion um den performativen Charakter von Rituale vgl. Bell, *Ritual* (Anm. 17), 72–76 und 159–164; sowie Andréa Belliger / David J. Krieger, Einführung, in: dies., *Ritualtheorien* (Anm. 18), 7–33, hier 9–17.

## IV.

Folgt man den Zeitungsberichten, verhalfen die Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums der Schlacht bei Sempach den Anwesenden zu einem ungemein beeindruckenden Erlebnis. Gleich in mehreren Ausgaben hat beispielsweise die „*Berner Zeitung*“ ihre Leser über das Festgeschehen informiert und die Exzessionalität des Anlasses herausgestellt. Wie auch andere Autoren hebt der Korrespondent der „*Berner Zeitung*“ vor allem das Festspiel hervor, das den patriotischen Geist der Feiernden geweckt hätte. Die Überzeugung, dem Wohl des Vaterlands komme höchste Priorität zu, sei es gewesen, die nach dem Schlußbild „jene unsagbare, [...] übermenschliche, überirdische Stimmung hervorrief, der das ganze Volk in einem Thränen-schwall, in einem ungeheuren, minutenlangen, nicht endenwollenden Jubel- und Beifallsschrei Luft machte“<sup>25</sup>. Der euphorische Tenor der Berichterstattung dürfte nicht zuletzt mit der politischen Ausrichtung der „*Berner Zeitung*“ zusammenhängen. Wie die Mehrzahl der schweizerischen Tageszeitungen von überregionaler Bedeutung vertrat das Organ die Position der herrschenden Freisinnigen Partei, aus der in der Frühzeit des schweizerischen Bundesstaats die aktivsten Promotoren einer national ausgerichteten Kulturpolitik stammten. Daß das Sempacher Jubiläum jedoch nicht nur bei den Anhängern des Freisinns einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, belegt die Festbeschreibung des bernischen Großrats Casimir Folletête<sup>26</sup>. Dieser, jurassischer Katholik und Konservativer, erweist sich als ein durchaus skeptischer, bisweilen gar ironischer Beobachter, der nicht mit kultatkämpferischen Untertönen geizt. Dennoch rühmt auch er die heitere Würde, mit der das Jubiläum begangen wurde, und bekennt, wie sehr das Festspiel ihn ergriffen habe:

„[L']émotion était générale. [...] Je ne chercherai pas à dissimuler la mienne; mais j'ai vu pleurer à chaudes larmes, des hommes que je n'aurais guère crus accessibles à ces sentiments. Des officiers supérieurs, des hommes d'Etat, des chefs de parti, des étrangers mêmes, portaient sur leur visage la preuve incontestable des émotions qui agitaient leur âme“<sup>27</sup>.

Auch Alfred Ceresole hebt in seinem primär für ein französisches Publikum gedachten Bericht die ungeheure Wirkung des Festes hervor und begründet sie folgendermaßen:

<sup>25</sup> *Berner Zeitung* 42. Jahrgang [1886], Nr. 169.

<sup>26</sup> *Casimir Folletête*, Lettres sur le Centenaire de la bataille de Sempach (9 juillet 1386), Porrentruy 1886.

<sup>27</sup> Ebd., 34 f.: „Die Rührung war allgemein. Ich werde die meinige nicht verbergen, habe ich doch Männer heiße Tränen weinen sehen, die ich als derartigen Gefühlen nicht zugänglich eingeschätzt hätte. Hohe Offiziere, Staatsmänner, Parteivorsitzende, sogar Ausländer offenbarten auf ihren Gesichtern den unwiderlegbaren Beweis für die Regungen, die ihre Seelen bewegten.“ [Eigene Übersetzung]

„Il faut bien dire que tout était de nature, dans cette journée, à produire ce résultat: la beauté du paysage sous un ciel splendide, l'excellence des mesures prises, l'ordre parfait, le recueillement de tous, le fait que les parties les plus importantes de la fête se déroulaient sur les lieux mêmes ou, cinq siècles auparavant, le sang helvétique avait victorieusement coulé, – la présence des premiers magistrats de la Confédération et des délégués des gouvernements des vingt-deux cantons, – la participation à la fête de la Société fédérale des officiers, ayant à sa tête le général et les principaux chefs de l'armée, – le concours de plusieurs sociétés d'étudiants, avec leurs bannières aux couleurs variées, – celui d'une association musicale mixte, composée de plus de six cents chanteurs et chanteuses, – enfin et surtout le spectacle pittoresque de cinq cents guerriers et paysans, descendants des héros de 1386, revêtus d'armures et de costumes absolument conformes à ceux du XIV<sup>e</sup> siècle, s'apprêtant à représenter, sur un amphithéâtre grandiose, dominé par une statue colossale figurant le ‚Génie de la Patrie‘, quelques-unes des scènes les plus importantes de la célèbre bataille. On comprendra sans peine qu'avec de tels éléments et un concours aussi favorable de circonstances, l'enthousiasme de tout un peuple fier de ses souvenirs et de ses luttes pour la liberté, ait vibré d'une manière intense“<sup>28</sup>.

Der tiefe, in der umfangreichen Publizistik zum Jubiläum der Schlacht bei Sempach vielfach belegte Eindruck, den die Feierlichkeiten in den Anwesenden hinterlassen haben<sup>29</sup>, verdankt sich einer Reihe von Faktoren, denen im Folgenden meine Aufmerksamkeit gilt. Mit Blick auf das Festspiel als *paris pro toto* eines umfassenderen Festgeschehens bediene ich mich dabei fünf analytischer Kategorien – ‚Kontinuität‘, ‚Kollektivität‘, ‚Totalität‘, ‚Theatralität‘ sowie ‚Sakralität‘ –, die sich mit jenen Merkmalen berühren,

<sup>28</sup> Alfred Ceresole, *Le jubilé de Sempach. Une fête suisse 1386–1886*, Paris o.J. [1886], S. 4: „Man kann sagen, daß an diesem Tag alles geeignet war, dieses Ergebnis zu begünstigen: die Schönheit der Landschaft unter einem strahlenden Himmel, die herausragende Qualität der Vorbereitungen, die vollkommene Ordnung und Ruhe der Anwesenden, die Tatsache, daß die wichtigsten Momente des Festes sich genau dort abspielten, wo fünfhundert Jahre früher das Blut der Eidgenossen siegreich geflossen war, die Anwesenheit von Bundesräten und Vertretern der zweihundzwanzig Kantonsregierungen, die Teilnahme der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, mit dem General und den Heeresführern an ihrer Spitze, der Aufmarsch mehrerer studentischer Verbindungen mit ihren bunten Bannern, der Beitrag einer gemischten Musikvereinigung, bestehend aus mehr als sechshundert Sängern und Sängerinnen, schließlich und vor allem das pittoreske Schauspiel von fünfhundert Kriegern und Bauern, Nachkommen der Helden von 1386, in historisch authentischen Waffen und Kostümen, die sich anschickten, in einem herrlichen Amphitheater, das von einer den „Genius des Vaterlands“ versinnbildlichenden Kolossalstatue beherrscht wurde, einige der wichtigsten Szenen der berühmten Schlacht aufzuführen. Man wird leicht verstehen, daß in Anbetracht eines derartigen Zusammenwirkens glücklicher Umstände, die Begeisterung eines ganzen Volkes, das stolz auf seine Vergangenheit und seine Kämpfe für die Freiheit zurückblickt, sich auf denkbar intensive Weise manifestiert.“ [Eigene Übersetzung]

<sup>29</sup> Zu den in Zusammenhang mit den Jubiläumsfeierlichkeiten 1886 erschienenen publizistischen Reaktionen vgl. Beat Suter, Arnold Winkelried der Heros von Sempach. Die Ruhmesgeschichte eines Nationalhelden. Diss. Zürich, Stans 1977, 353–360.

welche die Forschung als kennzeichnend für rituelles Geschehen erkannt hat. Ziel meiner Überlegungen ist es, die Mechanismen zu erhellen, mittels derer dramatisch-musikalische Aufführungen als konstitutiver Bestandteil politischer Festkultur dazu beitragen, die nationale Bewußtseinsbildung der Feiernden zu fördern.

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Funktionsweise nationaler Festspiele ist die Kategorie *Kontinuität*. Nicht nur das ‚Große Volksschauspiel‘, das 1886 in Sempach zur Aufführung gelangte, auch die späteren in der Schweiz zur Darstellung gebrachten Festspiele thematisieren Ereignisse aus der vaterländischen Geschichte, stellen, in der Begrifflichkeit Bernhard Giesens, „kommemorative Rituale“ dar<sup>30</sup>. Die für das patriotische Festspiel charakteristische Privilegierung historischer Stoffe ist keinesfalls zufällig. Wie in der zeitgenössischen Historiographie und Geschichtsdichtung fungiert die mythisch gedachte vaterländische Vergangenheit als Legitimationsbasis staatlicher Kohäsion<sup>31</sup>. Das Konstrukt eines geschichtlichen Prozesses, als dessen Telos die geeinte helvetische Nation erscheint, dient auch im Festspiel dazu, den schweizerischen Bundesstaat als Erfüllung eines in der eidgenössischen Geschichte präfigurierten politischen Ideals zu deuten. Indem es die Gegenwart und die Zukunft der eigenen Nation als utopische Projektion aus der Vergangenheit konzeptionalisiert, stiftet das Festspiel Kontinuität. Als lebendiges ‚Denkmal‘ fordert es die Zuschauer dazu auf, sich der in vergangenem Geschehen verkörperten Werte und kollektiven Leitbilder zu erinnern und sie durch diesen Akt der Identifikation als normative Instanzen in die Gegenwart und Zukunft zu verlängern.

Im Sempacher Festspiel manifestiert sich die Negation der historischen Distanz auf vielfältige Weise. Besondere Signifikanz kommt in diesem Zusammenhang zunächst der Tatsache zu, daß die Schauspieler, wie nicht nur Alfred Ceresole hervorhebt, aus der Innerschweizer Bevölkerung und damit aus den Nachfahren der eidgenössischen Krieger von Sempach rekrutiert wurden<sup>32</sup>. Wenn ein Bauer auf der Bühne die Worte spricht, „In unsren Adern rinnt der Väter Blut“<sup>33</sup>, verweist er auf die genealogischen Bande, welche die Akteure mit den historischen Helden verbinden, zugleich jedoch appelliert er an die aus anderen Landesteilen angereisten Zuschauer, sich als Verwalter eines Erbes von nationaler Bedeutung zu verstehen. Die im

<sup>30</sup> Bernhard Giesen, Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2, Frankfurt a.M. 1999, 45.

<sup>31</sup> Vgl. Silvia Serena Tschopp, Die Geburt der Nation aus dem Geist der Geschichte. Historische Dichtung Schweizer Autoren des 19. Jahrhunderts (Studien zur deutschen Literatur, 172), Tübingen 2004.

<sup>32</sup> Über die Modalitäten der Rekrutierung berichtet beispielsweise das Organ des eidgenössischen Sängervereins (Schweizerische Musikzeitung und Sängerblatt 46, 1886, Nr. 14, S. 120 f.)

<sup>33</sup> Weber / Arnold, Großes Volksschauspiel (Anm. 14), 5.

Festspiel wiederholt beschworene Wertetrias ‚Freiheit‘, ‚Brüderlichkeit‘ und ‚Frömmigkeit‘ stellt das für alle Schweizer verbindliche Fundament nationaler Einheit dar; die Repräsentanten der ältesten eidgenössischen Orte verkörpern damit modellhaft jene Maximen, welche auch für die erweiterte Eidgenossenschaft und schließlich die moderne Schweiz die Grundlage politischer Ordnung bilden.

Nicht nur die Akteure, auch deren Ausstattung dient der Verfugung von Vergangenheit und Gegenwart. Daß die Protagonisten des Festspiels an die eidgenössischen Kämpfer erinnern, die in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen illustrierten Chroniken begegnen, entspricht der Absicht der Organisatoren. Der für den Entwurf der Kostüme verantwortliche Direktor der Luzerner Kunstgewerbeschule, Seraphim Weingartner, hat sich denn auch konsequent an historischen Vorlagen orientiert und dafür gesorgt, daß die von den Arbeitern der Eisenwerke Emmenweid in freiwilliger Fronarbeit hergestellten Panzerhemden und Waffen mit dem zeitgenössischen wissenschaftlichen Erkenntnisstand in Einklang standen<sup>34</sup>. Indem nun die Schauspieler sich in das Gewand ihrer Vorfahren kleiden, füllen sie überlieferte Formen mit Leben und vermitteln sie in die Gegenwart. Durch Abstammung und Habitus mit den Helden der frühen Eidgenossenschaft verbunden, fungieren sie als ‚authentische‘ Träger jener normativen Prinzipien, deren Geltungsanspruch auch für die Gegenwart das Bühnengeschehen vor Augen führt.

Kontinuität stiftet nicht nur die Inszenierungsmodi einer heroisch gedachten vaterländischen Geschichte, sondern in ebensolchem Maße der Raum, in dem das Schauspiel vonstatten geht. Als besonders geglückt wird in den meisten Berichten die in der Form eines Amphitheaters angelegte Bühne gelobt, die dank ihrer gewaltigen Ausmaße – sie war vierzig Meter breit und fast ebenso hoch –<sup>35</sup> weit über tausend Schauspieler, Sänger und Musiker zu fassen vermochte. Harmonisch in die Landschaft integriert, bot sie den mehr als zehntausend Zuschauern nicht nur den Blick auf die dramatische Handlung, sondern auch auf eine grandiose Naturkulisse<sup>36</sup>. Die für das Publikum sichtbaren und von den Schauspielern und Sängern beschworenen „Alpenhäupter“<sup>37</sup> nun bilden traditionell den Inbegriff einer ‚symbolischen Topographie‘, der für die Begründung eidgenössischer Einheit eine ähnliche Signifikanz zukommt wie der vaterländischen Geschichte<sup>38</sup>. Sie stehen für die als genuin schweizerisch postulierte Bereitschaft, je-

<sup>34</sup> Vgl. Schweizerische Musikzeitung und Sängerblatt 46, 1886, Nr. 16, 154 ff.

<sup>35</sup> Vgl. Bericht in der Berner Zeitung 42. Jahrgang [1886], Nr. 167.

<sup>36</sup> Alfred Ceresole beschreibt die Bühne als natürliches Amphitheater. „près de bois superbes, avec les Alpes neigeuses pour horizon“ (Ceresole, *Le jubilé de Sem-pach* [Anm. 28], 11).

<sup>37</sup> Weber / Arnold, *Große Volksschauspiel* (Anm. 14), 10; vgl. auch ebd., 15.

de Form von Unterdrückung zu bekämpfen, das politische Selbstbestimmungsrecht als höchstes Gut zu betrachten. Die Alpen sind allerdings nicht nur der Raum, in dem sich der helvetische Freiheitswille entfaltet, mit ihrem „ew'gen Schnee“<sup>39</sup> versinnbildlichen sie zugleich die zeitüberdauernde Relevanz der in ihnen verkörperten Handlungsmaxime. Das in den natürlichen Raum eingeschriebene Freiheitspostulat ist für die mittelalterlichen Kämpfer und deren Nachfahren gleichermaßen verbindlich, die Landschaft fungiert gewissermaßen als Erinnerungszeichen, das den Nachgeborenen ins Gedächtnis ruft, welchem Ziel ihr Tun verpflichtet zu sein hat. Der Schauplatz des Geschehens ist noch in einer weiteren Hinsicht ein, in den Worten Pierre Noras, ‚*lieu de mémoire*‘. Das Festspiel findet genau dort statt, wo die verbündeten Eidgenossen ihren Sieg gegen ein österreichisches Heer erkämpften, eine Tatsache, der Heinrich Weber Rechnung trägt, wenn er den Chor singen läßt: „Aber aus der Aue, [d]ie dein [Winkelrieds, S.T.] Herzblut trank, [s]prosst für alle Gau[e] Freiheit jung und schlank“<sup>40</sup>. Zwischen den „Bundesbrüdern“<sup>41</sup> von einst und der Gemeinschaft der Feiern den wird so ein durch die „Lokalität“<sup>42</sup> gestiftetes Band behauptet, das die Gegenwart in der Vergangenheit verankert.

Wie Jan Assmann dargelegt hat, bildet jede Kultur eine „konnektive Struktur“ aus, die einerseits die Verbindung zu einem spezifischen Erfahrungsraum herstellt und andererseits den Zusammenhang zwischen den einzelnen Individuen gewährleistet, indem sie diesen Erfahrungsraum als gemeinsamen postuliert<sup>43</sup>. Kennzeichnend für das Fest als einer „primäre[n] Organisationsform des kulturellen Gedächtnisses“<sup>44</sup> ist demnach nicht nur und nicht einmal in erster Linie, daß es die historische Distanz zwischen Vergangenheit und Gegenwart mittels kontinuitätsstiftender „Erinnerungsfiguren“<sup>45</sup> aufhebt, sondern daß es auf die Vereinigung der Anwesenden zielt. Neben „poetische[r] Form“ und „rituelle[r] Inszenierung“ nennt Assmann folgerichtig die „kollektive Partizipation“ als dritte fundamentale Bedingung für kulturelle Gedächtnisakte<sup>46</sup>. Auch im Kontext der Sempacher Jubiläumsfeierlichkeiten als einem derartigen Gedächtnisakt gewinnt die

<sup>38</sup> Vgl. beispielsweise *Alexandra Binnenkade / Aram Mattioli* (Hrsg.), *Die Innerrschweiz im jungen Bundesstaat (1848–1874). Gesellschaftsgeschichtliche Annäherungen*, Zürich 1999.

<sup>39</sup> *Weber / Arnold*, Großes Volksschauspiel (Anm. 14), 15.

<sup>40</sup> Ebd., 14.

<sup>41</sup> Ebd., 8.

<sup>42</sup> *Giesen*, Kollektive Identität (Anm. 30), 46.

<sup>43</sup> *Jan Assmann*, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 2. Aufl., München 1997, 16.

<sup>44</sup> Ebd., 56.

<sup>45</sup> Ebd., 52.

<sup>46</sup> Ebd., 56 f.

Kategorie „Kollektivität“ zentrale Bedeutung. Ungeachtet der Tatsache, daß die Organisation des Anlasses vor allem durch Behörden und Institutionen der Innerschweizer Kantone bewerkstelligt wurde, bestand Konsens über seine nationale Relevanz. Hochrangige Angehörige der Landesregierung sowie der Armee waren angereist, sämtliche Kantonsregierungen hatten Repräsentanten geschickt, aus allen Teilen der Schweiz brachten Extrazüge die Festteilnehmer nach Luzern. Bereits im Vorfeld des 5. Juli 1886 hatten zahlreiche Zeitungen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz berichtet, nach den Feierlichkeiten bot das gewaltige Medienecho all jenen, denen eine Teilnahme verwehrt gewesen war, die Möglichkeit, Näheres zu erfahren. Bemerkenswert ist übrigens die Häufigkeit und Ausführlichkeit, mit denen in französischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften berichtet wurde. Dies dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß in den entfernteren romanischen Landesteilen, aus denen vor allem offizielle Festgäste den Weg nach Sempach gefunden hatten, ein größeres Informationsbedürfnis herrschte; es ist jedoch zugleich ein Beleg für die überregionale Ausstrahlung der Feierlichkeiten. Die etwa zwanzigtausend Menschen, die sich in Sempach einfanden, mochten zwar nur einen kleinen Teil der schweizerischen Bevölkerung bilden, ihrem Selbstverständnis nach verkörperten sie, wie Alfred Ceresole es ausdrückt, eine „imposante Landsgemeinde du peuple suisse“<sup>47</sup>.

Diese „Landsgemeinde“ nun wurde im Festspiel als Kollektivkörper zelebriert, als eine Gemeinschaft, in der jeder aufgehoben war, der sich Schweizer nennen durfte. Der intendierten Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Anwesenden diente vor allem das hohe Maß an Partizipation, welches das Bühnengeschehen den Feiernden ermöglichte. Deren Rolle war von Anfang an nicht die passiver Konsumenten, gefordert wurde vielmehr die aktive und direkte Teilhabe an den auf der Bühne inszenierten Handlungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang zum einen der Umstand, daß es sich bei den in großer Zahl agierenden Schauspielern fast durchwegs um Laiendarsteller handelte, um Personen also, die mit dem Publikum durch soziale und regionale Herkunft, durch politische Haltung und berufliche Erfahrung und bisweilen gar durch freundschaftliche oder familiäre Beziehungen verbunden waren. Noch entscheidender dürften zum anderen jene nicht nur für das Sempacher Festspiel charakteristischen dramaturgischen Strategien gewesen sein, die auf eine Aktivierung der Zuschauer zielten: „Des hourrahs frénétiques partent de toutes les poitrines, et c'est au milieu des larmes de l'émotion patriotique et religieuse la plus profonde, que l'hymne national est entonné par des milliers de voix pour couronner cette admirable et trop courte représentation“<sup>48</sup> – so beschreibt Alfred Cere-

<sup>47</sup> Ceresole, *Le jubilé de Sempach* (Anm. 28), 4.

<sup>48</sup> Ebd., 14: „Aus jeder Brust erklingen frenetische Hurrah-Rufe und unter durch eine starke patriotische und religiöse Rührung verursachten Tränen wird die Natio-

sole die Reaktion des Publikums auf Heinrich Webers und Gustav Arnolds vaterländische Kantate. Wenn ein Festspiel das Schlußbild in den Gesang der versammelten Festgemeinde münden läßt oder die Aufführung im gemeinsamen Bundesschwur als symbolischer Erneuerung des Einheitsbekenntnisses kulminiert, wie beispielsweise anlässlich der Bundesfeier von 1891, werden die Grenzen zwischen den Akteuren auf der Bühne und dem Publikum durchlässig. Die Zuschauer erleben sich als Protagonisten eines Handelns, das in nationalem Sinne adäquates politisches Verhalten repräsentiert. Die Massenhaftigkeit und die Gleichförmigkeit dieses Handelns macht Zugehörigkeit konkret erfahrbar, sie bewirkt eine „Synchronisation von Subjekten“<sup>49</sup> und generiert so eine symbolisch vermittelte Verständigung unter den Anwesenden, die deren kollektive Identität stärkt<sup>50</sup>.

Signifikant ist schließlich und drittens, daß sich die Festgemeinde nicht nur in Sempach schichten-, generationen- und geschlechterübergreifend formierte. Die Kosten für Anreise und Verpflegung waren offenkundig nicht derart prohibitiv, daß nicht auch in vergleichsweise beschränkten ökonomischen Verhältnissen lebende Individuen und Familien als Teilnehmer in Frage kamen. Die aus anderen Kantonen angereisten, nicht selten offiziellen Gäste dürften mehrheitlich den bürgerlichen Eliten angehört haben, die Laiendarsteller und Sänger sowie die in den Festlichkeiten involvierte lokale Bevölkerung hingegen setzten sich aus Angehörigen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen. Daß sogar Arbeiter zu den begeisterten Akteuren der Sempacher Jubiläumsfeier gehörten, belegt jene über sechzig Personen umfassende Abordnung aus den Eisenwerken Emmenweid, die auf der Festspielbühne Tross und Nachhut der eidgenössischen Kämpfer verkörperte<sup>51</sup>. Unter den Laiendarstellern und im Publikum befanden sich ne-

nalhymne von Tausenden von Stimmen intonierte, um diese wunderbare und viel zu kurze Aufführung zu krönen.“ [Eigene Übersetzung] Das gemeinsame Anstimmen der Nationalhymne am Ende einer Festspielaufführung ist nicht nur im Fall des Sempacher Jubiläums belegt. Vgl. *Stern*, Das historische Festspiel (Anm. 12), 316, Anm. 24.

<sup>49</sup> Harry Pross, Ritualisierung des Nationalen, in: Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, hrsg. v. Jürgen Link / Wulf Wülfing (Sprache und Geschichte, 16), Stuttgart 1991, 94–105, hier 101.

<sup>50</sup> Giesen, Kollektive Identität (Anm. 30), 16–23. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Giesens Hinweis auf die „Koexistenz von Handlungsvollzug und Identitätskonstruktion“ (ebd., 119).

<sup>51</sup> Vgl. Hildegard Gantner-Schlee, Tross und Nachhut an der Sempacher Schlachtfeier 1886, in: Die Schlacht von Sempach im Bild der Nachwelt [...], hrsg. v. Heinrich Thommen, Luzern 1986, 40–47. Die Teilnahme einer größeren Gruppe von Arbeitern an einem Festspiel mag eine Ausnahme darstellen; das Beispiel der Emmenweider Arbeiter relativiert immerhin Philipp Sarasins mit Blick auf das ‚Basler Festspiel‘ von 1892 getroffene Feststellung, die Arbeiterschaft sei von den Feierlichkeiten ausgeschlossen und auf die Rolle von Zuschauern verwiesen worden (Die bürgerliche

ben Erwachsenen auch Kinder, vor allem jedoch bot das Festspiel den nicht nur von den politischen Rechten, sondern meist auch von den politischen Ritualen ausgeschlossenen Frauen die Möglichkeit, eine aktivere Rolle zu spielen. So waren die gesprochenen Dialoge und die Gesangssoli zwar Männern vorbehalten, die Chorpartien hingegen wurden von gemischten oder Frauenchören vorgetragen. Frauen agierten zudem, wie die Illustrationen Karl Jauslins belegen, als Schnitterinnen sowie als Ehefrauen, Mütter und Töchter der Krieger auf der Bühne. Was das Sempacher Festspiel den Anwesenden demnach vermittelt hat, ist die Erfahrung einer umfassenden Gemeinschaft, in der die den Alltag prägenden Differenzierungen des Gemeinwesens und damit auch gesellschaftliche Bruchlinien vorübergehend aufgehoben erschienen, in der das Ideal einer soziale, biologische, und kulturelle Unterschiede integrierenden staatlichen Einheit seine Verwirklichung erfuhr.

Neben „Kontinuität“ und „Kollektivität“ bildet „Totalität“ die dritte Kategorie, mit deren Hilfe die Wirkungsmechanismen einer im Modus des Festes bewerkstelligten „inneren“ Nationenbildung präziser beschrieben werden können. Es ist wohl kaum verfehlt, im Festspiel jenes Gesamtkunstwerk zu erkennen, das Richard Wagner, dessen Beitrag zur Theorie eines in der Kultur des „Volkes“ wurzelnden, öffentlichen Nationaltheaters noch kaum hinreichend gewürdigt wurde, wiederholt postuliert hat<sup>52</sup>. Dem Publikum bietet sich ein Schauspiel, das neben dialogischen und monologischen Sequenzen sowie Lied- und Chorgesang, eine, angesichts der Zuschauermassen, meist monumentale Bühnenarchitektur, bemalte Kulissen und aufwendige Kostüme integriert und so auf alle Sinne der Rezipienten wirkt. Beispiellohaft sind in diesem Kontext der Beginn und der Schluß des Sempacher „Volkschauspiels“. Die Regieanweisung sieht eine „[o]rchestrale Einleitung mit Pastoralweisen, Kuhreihen und Anklängen an vaterländische Lieder“ vor, während derer ein bunter Zug von „Schnittern und Schnitterinnen mit ihren Sicheln, Lastthieren mit Wagen und aufgehäuften Kornbündeln“ die Bühne besteigt. Vor einer landschaftlich reizvollen Kulisse unter einem blauen Himmel vermitteln die Musik, die fröhlichen Landleute, der Geruch des geernteten Getreides einen Eindruck, den Alfred Ceresole als „joyeux et champêtre“ beschrieben hat<sup>53</sup>. Noch wirkungsvoller ist das bereits erwähnte Schlußbild angelegt. Insbesondere die Enthüllung des auf der Bühne auf-

Traumgeschichte der Stadt Basel. Imaginierte Geschichte, nationale Mythologie und gesellschaftliche Wirklichkeit im „Basler Festspiel“ von 1892, in: Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, hrsg. v. Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich 1991, 147–193, hier 174).

<sup>52</sup> Vgl. dazu Dieter Borchmeyer, Das Theater Richard Wagners. Idee – Dichtung – Wirkung, Stuttgart 1982. Eine konzise Darstellung zentraler Postulate aus Wagners Reformschriften findet sich in Erika Fischer-Lichte, Kurze Geschichte des deutschen Theaters, Tübingen / Basel 1993, 193–216.

<sup>53</sup> Ceresole, Le jubilé de Sempach (Anm. 28), 11.

gebauten Katafalks und das Aufflammen der die den Genius der Eidgenossenschaft verkörpernden Statue flankierenden Fackeln muß die Zuschauer bewegt haben<sup>54</sup>. Dadurch, daß die „ästhetische Vermittlung politischer Sinnstrukturen“<sup>55</sup> mittels Poesie, Musik, Malerei und Architektur mehrere Perzeptionsweisen gleichzeitig aktivierte; dadurch, daß optische, akustische und olfaktorische Eindrücke das Publikum auf umfassende Weise in das Bühnengeschehen einbanden, wurde es den Anwesenden ermöglicht, der Inszenierung nicht als distanzierte Betrachter („Zuschauer“), sondern als ganzheitlich Affizierte zu folgen. Die ‚Totalität‘ des Festspiels erweitert allerdings nicht nur dessen wirkungsästhetisches Potential, sie gewinnt zugleich eine mimetische Funktion. Die geglückte Synthese der Künste bildet die aus der Verbindung unterschiedlicher politischer, kultureller und sozialer Gruppen entstandene nationale Gemeinschaft ab; das Festspiel veranschaulicht so die politische Leitvorstellung eines Vielfalt und Einheit harmonisierenden Staates.

Der ‚totale‘, gleichermaßen an die Emotionen, die Sinne und den Intellekt appellierende Charakter nationaler Festspiele verweist auf die für dramatisch-musikalische Aufführungen fundamentale Kategorie ‚Theatralität‘. Die in den vergangenen Jahren intensivierte Diskussion um den Performanzbegriff hat Einsichten generiert, die sich auch mit Blick auf nationale Schauspiele fruchtbar machen lassen<sup>56</sup>. Es ist weniger die sich auf John L. Austins Sprechakttheorie berufende sprachphilosophische Auseinandersetzung mit Performanz, die nachfolgend in den Blick genommen werden soll, als vielmehr die sich in Deutschland vor allem mit dem Namen Erika Fischer-Lichtes verbindende Theatralitätsforschung. Der Begriff Theatralität meint hier nicht eine anthropologische Grunderfahrung, sondern bezeichnet den für das Festspiel spezifischen Darstellungsmodus und die damit verbundenen rezeptionsästhetischen Implikationen. Als dramatisch-musikalische Gattung läßt sich das Festspiel nicht auf seine textu-

<sup>54</sup> Vgl. ebd., 14: „Et pendant que l’encens tourbillonne, pendant que les chanteurs et l’orchestre attaquent un dernier choral, une femme en longs vêtements de deuil, représentant l’épouse du héros, accompagnée de deux enfants vêtus de noir, monte lentement les gradins, dépose une couronne et s’agenouille.“

<sup>55</sup> Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermann-mythos. Zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1996, 41.

<sup>56</sup> Zur aktuellen Diskussion um den Performanzbegriff vgl. Uwe Wirth, Der Performanzbegriff im Spannungsfeld von Illokution, Iteration und Indexalität, in: Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften, hrsg. v. dems., Frankfurt a.M. 2002, 9–60. Speziell zur Relevanz des Performanzbegriffs in der Geschichtswissenschaft vgl. Jürgen Martschukat / Steffen Patzold, Geschichtswissenschaft und „performative turn“: Eine Einführung in Fragestellungen, Konzepte und Literatur, in: Geschichtswissenschaft und „performative turn“. Ritual, Inszenierung und Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit, hrsg. v. dens. (Norm und Struktur, 19), Köln / Weimar / Wien 2003, 1–31.

elle Dimension reduzieren; es stellt vielmehr ein doppeltes, aus schriftlicher Vorlage und szenischer Realisation sich ergebendes Kunstwerk dar, dessen Wirkung nur adäquat erfaßt werden kann, wenn auch der es kennzeichnende performative Charakter mitbedacht wird. Darüber, daß von szenischen Aufführungen andere und intensivere Wirkungen ausgehen, als von der Rede bestand bereits in den antiken Poetiken Konsens. Dramatische Darstellung verfügt nicht nur über das Repertoire rhetorischer Mittel; der Zuschauer ist gleichzeitig mit der Mimik, der Gestik und der Stimme der Schauspieler konfrontiert und erfährt so das Bühnengeschehen auf unmittelbar sinnliche Weise. Angesichts der ungewöhnlichen Dimensionen der Festspielbühne und der daraus resultierenden Distanz zwischen Szene und Zuschauerreihen haben wohl weniger die Mimik und Gestik der einzelnen, in großer Zahl agierenden Statisten als vielmehr der monumentale Gesamteindruck auf das Publikum gewirkt.<sup>57</sup> Die durch „Räumlichkeit, Körperlichkeit, Lautlichkeit“ konstituierte „Materialität“ der theatralen Manifestation<sup>58</sup>, die körperliche Präsenz einer Vielzahl von Akteuren dürften jedoch auch beim Publikum des Sempacher Festspiels jene starken physiologischen und affektiven Wirkungen erzeugt haben, die in der Theatralitätsforschung als konstitutiv für dramatische Aufführungen postuliert worden sind<sup>59</sup>. Verstärkt wurde die Wirkung des Bühnengeschehens durch die musikalischen Einlagen<sup>60</sup>. Bereits den Kunsttheoretikern des 16. und

<sup>57</sup> Die Stimmen der Schauspieler hingegen sind, wie unter anderen *Napoléon Ney* in seinem Festbericht hervorhebt, aufgrund der hervorragenden Akustik für alle Zuschauer gut hörbar gewesen: „L'acoustique de la scène est excellente. Pas une seule parole des acteurs n'est perdue. Ils enflent leur voix, parlent avec lenteur. Nous entendons, comme si nous étions dans une salle de spectacle.“ (in: Separatdruck aus *Le Magazine français illustré* [1892], 236–247, hier 242).

<sup>58</sup> *Erika Fischer-Lichte / Jens Roselt*, Attraktion des Augenblicks – Aufführung, Performance, performativ und Performativität als theaterwissenschaftliche Begriffe, in: *Paragrana* 10 (2002), 237–253, hier 238; vgl. auch *Erika Fischer-Lichte*, Performativität und Ereignis [Einleitung], in: Performativität und Ereignis, hrsg. v. ders. [u. a.] (Theatralität, 4), Tübingen/Basel 2003, 11–37, hier 15.

<sup>59</sup> Vgl. ebd., 28; vgl. auch *Erika Fischer-Lichte*, Der Körper als Zeichen und als Erfahrung. Über die Wirkung von Theateraufführungen, in: *Theater im Kulturwandel des 18. Jahrhunderts. Inszenierung und Wahrnehmung von Körper – Musik – Sprache*, hrsg. v. ders. / Jörg Schönert (Das achtzehnte Jahrhundert. Supplementa 5), Göttingen 1999, 53–68.

<sup>60</sup> Vgl. *Ernst Lichtenhahn*, Musikalische Aspekte des patriotischen Festspiels, in: *Das Festspiel. Formen, Funktionen, Perspektiven*, hrsg. v. Balz Engler / Georg Kreis (Schweizer Theaterjahrbuch, 49), Willisau 1988, 223–230. Auf anschauliche Weise beschreibt der Korrespondent der Berner Zeitung in seiner Darstellung des Sempacher Festspiels die zentrale Bedeutung der Musik: „Sie nahen wieder die Männer aus Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Entlebuch – nicht enden will der tosende Jubel des grüßenden Volks; sie nah'n und durchziehen unter den Klängen der Musik und dem Siegesgesang der Chöre die Bogenstraße. Dröhnend verkündet der Stier von Uri den Sieg; dumpf tönen die alten, mächtigen Trommeln, begleitet vom Spiele der Pfeifer – ihre Melodie ähnelt dem alten Bernermarsch – herrlich klingen, damit abwech-

17. Jahrhunderts galt die Musik als jene Ausdrucksform, die am stärksten auf die Affekte der Rezipienten zielt, als „Spiel der Empfindungen“<sup>61</sup> – so hat Kant die Tonkunst genannt –, das weniger den Intellekt als vielmehr die Gefühle der Zuhörer anspricht.

In der Emotionalisierung des Publikums hat übrigens auch der bereits erwähnte Johann Georg Sulzer den besonderen patriotischen Nutzen nationaler Schauspiele erkannt. In seiner *Allgemeinen Theorie der schönen Künste* betont er:

„Es ist gewiß, daß der Mensch in keinerley Umständen lebhafterer Eindrücke und Empfindungen fähig ist, als bey dem öffentlichen Schauspiel [...] Nichts in der Welt ist ansteckender und kräftiger wirkend, als Empfindungen, die man an einer Menge Menschen auf ein mal wahrnimmt“<sup>62</sup>.

Im kollektiven Erlebnis patriotischer Verbundenheit vollziehen die Feiernden eine primär emotionale Identifikation mit den auf der Bühne repräsentierten vaterländischen Ideologemen<sup>63</sup>; als Festspiel symbolisch inszeniert, wird die Nation aus einem gedachten, abstrakten Begriff in eine gemeinsam erfahrene, sinnlich wahrnehmbare und ästhetisch aufgewertete Wirklichkeit überführt und in den Köpfen und Herzen, im Bewußtsein und Gefühl der Anwesenden verankert.

Eine nicht weniger zentrale Bedeutung kommt neben ‚Kontinuität‘, ‚Kollektivität‘, ‚Totalität‘ und ‚Theatralität‘ der Kategorie ‚Sakralität‘ zu, wenn es darum geht, nationale Festkultur in ihrem Wirkungspotential zu analysieren. Der Begriff ‚Sakralität‘ bezeichnet hier jene Strategien, die im Kontext politischer Feiern eine Auratisierung der Nation und des in ihr verkörperten Wertesystems bezwecken. Wenn Alfred Ceresole den Zug der Festteilnehmer von Luzern nach Sempach als eine Wallfahrt, „un vrai pèlerinage“ bezeichnet, verweist er treffsicher auf den von den Organisatoren intendierten religiösen Charakter der Jubiläumsfeierlichkeiten<sup>64</sup>. Die das

---

selnd, die kräftigen Märsche einer alten Militärmusik und mächtig ertönt aus der Orchestra der Chor der Sänger herauf.“ (Berner Zeitung 42. Jahrgang [1886], Nr. 168).

<sup>61</sup> Immanuel Kant, Kritik der Urteilskraft, hrsg. v. Karl Vorländer [...] (Philosophische Bibliothek 39a), 7. Aufl., Hamburg 1990, 176.

<sup>62</sup> Johann Georg Sulzer, Allgemeine Theorie der schönen Künste, Bd. 4, 2. Aufl., Leipzig 1794, 255.

<sup>63</sup> Vgl. Manfred Hettling, Die Schweiz als Erlebnis, in: Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.–20. Jahrhundert, hrsg. v. Urs Altermatt/Catherine Bosshart-Pfluger/Albert Tanner (Die Schweiz 1798–1998: Staat – Gesellschaft – Politik 4) Zürich 1998, 19–31; vgl. auch: Etienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel, Die Nation. Vorstellungen, Inszenierungen, Emotionen [Einleitung], in: Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. dens. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 110), Göttingen 1995, 13–35.

<sup>64</sup> Ceresole, Le jubilé de Sempach (Anm. 28), 8. Auch Casimir Folletête berichtet, er hätte nirgendwo wie in Sempach jenes oft missbrauchte Schlagwort von der

Festprogramm eröffnende Predigt in der auf dem Schlachtfeld errichteten Kapelle ist denn auch nicht nur als Tribut an eine Tradition, an die das Jubiläum von 1886 anknüpft, zu verstehen<sup>65</sup>, sie bildet zugleich den greifbarsten Ausdruck jener sakralen Weihe, die der Sempacher Feier ihre besondere Dignität verlieh<sup>66</sup>. Die sakrale Aura nationaler Gedenkanlässe verdankt sich nicht allein jenen Momenten des Festablaufs, die, wie etwa Predigt, gemeinsames Gebet und gemeinsamer Gesang kirchlicher Lieder, Bestandteile einer überkonfessionellen Frömmigkeitspraxis bilden, sie ist zugleich das Ergebnis einer die einzelnen das Festgeschehen konstituierenden Elemente organisierenden Dramaturgie, deren Affinität zur gottesdienstlichen Liturgie offenkundig ist. Dies zeigt der nochmalige Blick auf das Sempacher Festspiel. Auch einem nur oberflächlichen Betrachter dürfte sofort aufgefallen sein, in welchem Maße der gesprochene und gesungene Text der szenischen Kantate durch formelhafte Sentenzen und die stete Wiederholung einiger weniger Begriffe gekennzeichnet ist. „Bruderliebe“ wird als Fundament eidgenössischer Solidarität besungen<sup>67</sup>, Freiheit immer neu beschworen, so etwa im Schlußchor, dessen Strophen alle mit dem Aufruf „Der Freiheit eine Gasse!“ enden<sup>68</sup>. Neben der Formelhaftigkeit des Sprechens und einer bisweilen biblischen oder an Kirchenlieder gemahnende Diktion<sup>69</sup> trägt auch die Gestaltung der Bühne dazu bei, bei den Zuschauern den Eindruck zu erwecken, sie nähmen an einer geistlichen Zeremonie teil. Wenn am Schluß die Figur des toten Winkelried, auf einem rechteckigen Katafalk liegend, der von brennenden Fackeln flankiert wird, das Zentrum der Szene dominiert, mutiert die Bühne zum Altarraum. Die Rekurrenz regelhafter Handlungen, der Rückgriff auf tradierte Formen der Inszenierung religiöser Erfahrung – zu denken wäre etwa an das Alternieren von autoritativer Rede und Gesang, wie sie den Zuschauern aus der gottesdienstlichen Praxis vertraut ist – oder die Verwendung der Hochsprache – angesichts der Bedeutung des Dialekts nicht nur in den deutschsprachigen

„religion du patriotisme“ verstehen gelernt. *Folletête*, Bataille de Sempach (Anm. 26), IV.

<sup>65</sup> Die Schlacht bei Sempach wurde bereits vor 1886 im Rahmen einer jährlich stattfindenden schlichten Feier erinnert. Zentraler Bestandteil dieser Feier war jeweils die in der Schlachtkapelle gehaltene Festpredigt. Vgl. Suter, Arnold Winkelried (Anm. 29), 351 ff.

<sup>66</sup> Vgl. Philipp Sarasin, der am Beispiel der Basler Gedenkfeiern zur Schlacht von St. Jakob an der Birs aufgezeigt hat, in welchem Maße historisches Geschehen im Zuge patriotischer Perzeption mit religiöser Bedeutung aufgeladen werden konnte (Stadt der Bürger. Bürgerliche Macht und städtische Gesellschaft Basel 1846–1914, 2. Aufl., Göttingen 1997, 290–312).

<sup>67</sup> Weber / Arnold, Großes Volksschauspiel (Anm. 14), 9.

<sup>68</sup> Ebd., 16.

<sup>69</sup> Vgl. beispielsweise ebd., 7: „Voran mit Gott! Ob Kampf tobt schwer, [g]etrost, du kleines Streiterheer, [d]u wirst den Feind erschüttern.“

Landesteilen der Schweiz ein nicht zu unterschätzender Aspekt – zielen darauf, das Geschehen zu auratisieren und es auf diese Weise der Alltäglichkeit zu entheben. Der Topos der Nation als Säkularreligion gewinnt demnach gerade mit Blick auf das Festspiel besondere Plausibilität; sakral überhöht erscheint das Vaterland als Letztwert individuellen und kollektiven politischen Handelns.

## V.

Als eine „einige nationale Versöhnungsfeier“ hat der Schweizer Historiker Guy Marchal das Sempacher Jubiläum bezeichnet<sup>70</sup>. Die Veröffentlichungen, die vor und nach den Festlichkeiten des 5. Juli 1886 erschienen, vermitteln in der Tat den Eindruck eines patriotischen Festes von überwältigender integrativer Kraft. So unterschiedlich sie im einzelnen gestaltet sein mögen, konvergieren die zahlreichen Jubiläumsschriften<sup>71</sup>, Dramen und Gedichte<sup>72</sup>, Lieder- und Wappenbücher<sup>73</sup> und Festberichte in ihrer Evokation eines geeinten schweizerischen Staates. Daß die meist offiziösen publizistischen Reaktionen die nationale Einheit beschwören, ist wenig überraschend; viel bemerkenswerter ist, daß die Sempacher Säkularfeier, anders als frühere Anlässe, kaum von politischen Auseinandersetzungen begleitet wurde. Für Aufregung sorgte im Vorfeld des Anlasses vielmehr eine wissenschaftliche Kontroverse, in der die Frage, ob Arnold Winkelried, der legendäre Held von Sempach, als historisch verbürgt gelten könne, ausführlich diskutiert wurde<sup>74</sup>. Die Gestaltung der Festlichkeiten blieb dadurch unbeeinflußt, obwohl der Luzerner Staatsarchivar Theodor von Liebenau, einer der bedeutendsten Schweizer Historiker seiner Zeit und als Vertreter einer historisch-kritischen Geschichtsforschung eher zu den Skeptikern zählend, maßgeblich an der Organisation des Anlasses mitwirkte<sup>75</sup>. Was konflikträchtig schien, fand keinen Platz in einer Gedenkfeier,

<sup>70</sup> Guy P. Marchal, *Geschichtsbild im Wandel 1782–1982. Historische Betrachtung zum Geschichtsbewusstsein der Luzerner im Spiegel der Gedenkfeiern zu 1332 und 1386*, Luzern 1982, 41.

<sup>71</sup> Vgl. Sempacher Jubelfeier 1886. *Illustrierte Volksschrift*. Empfohlen vom Central-Comite der Eidgenössischen Winkelried-Stiftung. Mit 50 Illustrationen von Maler Karl Jauslin, Zürich 1886.

<sup>72</sup> Zur den literarischen Würdigungen der Schlacht bei Sempach vgl. Suter, Arnold Winkelried (Anm. 29), 375–388.

<sup>73</sup> Vgl. die Liedersammlung von Kuno von Wartenfels (Hrsg.), *Zum Fünfhundertjährigen Jubiläum der Schlacht bei Sempach am 9. Juli 1886*, Speyer 1886; vgl. Die Helden von Sempach. Von Pusikan. Die Wappendarstellungen von Wilhelm Bergen, Zürich o.J. [2. Aufl., 1886].

<sup>74</sup> Zur Kontroverse um die Historizität Arnold Winkelrieds, an der sich eine Reihe namhafter Schweizer Historiker beteiligten, vgl. Suter, Arnold Winkelried (Anm. 29), 279–334.

die sowohl von den Veranstaltern als auch von den Teilnehmern als symbolischer Ausdruck einer nicht ohne Schwierigkeiten errungenen nationalen Verständigung gesehen wurde. Um die Mitte der 1880er Jahre schienen jene politischen und konfessionellen Gräben, welche den jungen Bundesstaat bedroht hatten, endlich an Bedeutung zu verlieren: die Wunden des Sonderbundskriegs von 1848 waren verheilt, die politischen Auseinandersetzungen rund um die 1874 beschlossene Revision der Bundesverfassung lagen über ein Jahrzehnt zurück und der Kulturkampf, der auch in der Schweiz zu einer Verschärfung der konfessionell-politischen Frontenbildung führte, hatte seinen Zenith überschritten. So sehr die politische Auffassung zwischen den einzelnen Parteien auch divergierte, so sehr die durch die ökonomische Entwicklung aufgebrochenen sozialen Konfliktlinien den Alltag größerer Bevölkerungsgruppen bestimmten, herrschte mittlerweile Konsens darüber, daß der Nationalstaat eine Errungenschaft darstellte, die es zu bewahren galt. In diesem Sinne markieren die Festlichkeiten anlässlich des 500jährigen Jubiläums der Schlacht bei Sempach einen wichtigen Moment jener Umbruchssituation, die am Beginn einer zunehmend konstruktiven Zusammenarbeit der im Sonderbundskrieg unterlegenen katholisch-konservativen Föderalisten mit dem Bundesparlament stand<sup>76</sup>.

Die sich entspannende politische Situation bildete eine wichtige Voraussetzung für jenes *ritual commitment* der Festteilnehmer, ohne das ritualisierte Formen sozialer Selbstvergewisserung ihre identitätsstiftende Wirkung nicht entfalten können<sup>77</sup>. Letztere nun fußt zwar auf einer prinzipiellen Akzeptanz der normativen Setzungen, die nationalstaatliche Kohäsion begründen, sie verdankt sich jedoch vor allem kollektiven Praktiken, welche die abstrakte *imagined community* Nation<sup>78</sup> geistig, seelisch und körperlich als Gemeinschaft erlebbar werden lassen. Im historischen Festspiel als einem kontinuitätsstiftenden, partizipatorischen, synästhetischen, performativen und auf Auratisierung bedachten Modus kollektiven Handelns erfahren sich die Akteure und Zuschauer als Gedächtnisgemeinschaft von besonderer Dignität. Es entsteht *Communitas* in dem Sinne, daß die „strukturellen“ gesellschaftlichen Differenzierungen und die damit verbundenen

<sup>75</sup> Von Theodor von Liebenau stammt die umfassendste Zusammenstellung der für die Rekonstruktion der Schlacht bei Sempach relevanten Quellen (Die Schlacht bei Sempach. Gedenkbuch zur fünften Säcularfeier. Im Auftrage des h. Regierungsrathes des Kantons Luzern verfasst, Luzern 1886).

<sup>76</sup> In diesem Sinne hat übrigens auch der Korrespondent der Berner Zeitung das Sempacher Jubiläum gedeutet (vgl. Berner Zeitung 42. Jahrgang [1886], Nr. 169).

<sup>77</sup> Christian Horn / Matthias Warstat, An der Grenze zur Gemeinschaft. Zu theatrale Dimensionen rituellen Handelns, in: Ritualität und Grenze, hrsg. v. Erika Fischer-Lichte [u. a.] (Theatralität, 5), Tübingen / Basel 2003, 419–443, hier 428 und 438.

<sup>78</sup> Benedict R. Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983.

Konflikte vorübergehend aufgehoben erscheinen und es den Einzelnen möglich wird, sich als Teil einer gleichermaßen umfassenden und homogenen Gemeinschaft zu erkennen<sup>79</sup>. Indem die Festgemeinschaft ein durch die Tradition legitimiertes Modell politisch-sozialer Ordnung im mimetischen Nachvollzug verinnerlicht, inkorporiert sie zugleich jene Normen, welche die herrschenden Liberalen als Fundament schweizerischer Nationalität propagieren. Das Festspiel als ritualisierte Form patriotischer Selbstinszenierung zielt denn auch weniger auf eine Repräsentation der politischen Realität als vielmehr auf deren Stabilisierung bzw. deren nationale Transformation.

Als gedachte Ordnung bedarf eine Nation sozialer und symbolischer Handlungsweisen, die jene Ineinssetzung mit dem eigenen Vaterland generieren, welche in noch stärkerem Maße als die staatlichen Institutionen deren Zusammenhalt gewährleisten. Am Beispiel eines konstitutiven Elements öffentlicher Festkultur habe ich versucht, derartige kohäsionsstiftende Praktiken zu benennen und deren Wirkungspotentiale im Rahmen einer idealtypischen Beschreibung zur Diskussion zu stellen. Inwiefern die mit den vorgängig skizzierten Modellen kommunikativen Handelns verbundenen Wirkungen bei den Festteilnehmern auch wirklich erreicht wurden, bedürfte einer empirischen Klärung. Die Festberichterstattung, die Reaktionen in den Presseorganen – bemerkenswerterweise gilt dies auch für die sozialdemokratischen Blätter<sup>80</sup> aber auch überlieferte Selbstzeugnisse lassen immerhin vermuten, daß die vaterländischen Feiern im oben erörterten Sinne gewirkt haben dürften. Zwar ist davon auszugehen, daß das Festgeschehen in den Teilnehmern immer auch durch Klassen-, Geschlechts- oder Generationszugehörigkeit geprägte individuelle Wahrnehmungen und Haltungen generierte. Indem sie jedoch die Idee einer geeinten Nation und das damit verbundene demokratische Postulat politischer Teilhabe mit Hilfe an den Erfahrungshorizont und die Bedürfnisstruktur der Anwesenden anknüpfender Strategien visualisierten, ihr sinnliche Präsenz verliehen, haben die eidgenössischen Feste einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Mobilisierung eines gesamtschweizerischen Bewußtseins geleistet.

<sup>79</sup> Vgl. *Turner*, Social Dramas (Anm. 21), 237.

<sup>80</sup> Vgl. *Georg Kreis*, Das Festspiel – ein antimodernes Produkt der Moderne. In: Das Festspiel. Formen, Funktionen, Perspektiven, hrsg. v. Balz Engler/Georg Kreis, Willisau 1988 (Schweizer Theaterjahrbuch, 49), 186–208, hier 199–208.

# **Einkreisung und Kaiserdämmerung**

## **Ein Versuch, der Kulturgeschichte der Politik vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen**

Von *Ute Daniel*, Braunschweig

„Deutschland ist offenbar von ungeheuer heimtückischen Leuten umgeben, alle bis zum Bersten voll von Neid, Hass und Bosheit, und alle von riesigen Ausmaßen. Inmitten dieser Ungeheuer weidet Deutschland, schneeweiss und flauschig und herzig, ein wahres Lämmlein unter den Nationen [...].“

Elizabeth von Arnim<sup>1</sup>

Im Oktober 1914 machen englische Offiziere an der Westfront eine sie sehr verblüffende Entdeckung: daß nämlich, wie sie aus Gesprächen mit deutschen Kriegsgefangenen und durch die Lektüre der Schriftstücke, die toten und verwundeten Deutschen abgenommen wurden, erfahren, das gesamte deutsche Heer davon überzeugt zu sein scheint, einen Verteidigungskrieg gegen einen „Ring von Feinden“<sup>2</sup> zu führen. Diese Idee ist den britischen Soldaten, für die kein Zweifel daran besteht, daß Deutschland seit August einen Angriffskrieg führt, auf den seine Politik lange hingearbeitet hat, neu. Zu ihnen gehört der englische Major Ernest D. Swinton, der später als einer der Erfinder des englischen Tanks Berühmtheit erlangen wird. Er ist im September als *official eye-witness* an die Westfront geschickt worden, um von dort – an Stelle der nicht zugelassenen journalistischen Kriegsberichterstatter – Berichte über den Kriegsverlauf für die englische Presse zu schreiben. Die defensive Kriegsdeutung der deutschen Soldaten alarmiert ihn, scheint sie doch geeignet, die deutsche Kampfkraft durch ihre sinnstiftende Wirkung zu stärken. Swinton entwirft ein in großer Schrifttype beidseitig bedrucktes Flugblatt, für das giftgrünes Papier gewählt worden ist, um – durch die Assoziation zu Gift – eine Nutzung des Papiers zu pragmatisch näher liegenden Zwecken als zu dem der Lektüre zu verhindern. „Ihr kämpft nicht um Euer Vaterland zu verteidigen, da es keinem

---

<sup>1</sup> Elizabeth von Arnim, Christine, Frankfurt a.M./Leipzig 1998 (englische Originalausg. unter dem Pseudonym Alice Cholmondeley, London 1917), 78. Ich verdanke Thomas A. Kohut, Gerd Krumeich und Jürgen Reulecke sehr hilfreiche kritische Kommentare zum Manuskript dieses Aufsatzes.

<sup>2</sup> Ernest D. Swinton, Eyewitness, New York 1933, 47 f., 51 (Zitat: 48).

Menschen eingefallen ist, Deutschland anzugreifen,“ heißt es dort. „Ihr kämpft um die ehrgeizige Kriegslust der Militärpartei auf Kosten der wahren Interessen des Vaterlandes zu befriedigen. Dieser ganze Klimbim ist eine Gemeinheit“<sup>3</sup>.

Das „Royal Flying Corps“ wirft 25.000 der Flugblätter hinter den feindlichen Linien ab. Die Wirkungen dieses frühen Beispiels von gezielter Frontpropaganda dürften sich in Grenzen gehalten haben. Die deutschen Soldaten sind und bleiben ebenso wie die Zivilbevölkerung in der weit überwiegenden Mehrheit der Überzeugung, es gelte, die eigene Existenz gegen die vielzitierte „Welt von Feinden“ zu behaupten, die schon seit Jahren versucht habe, Deutschland politisch und militärisch einzukreisen. Der Krieg endet im November 1918, nicht aber diese Überzeugung: Sie wird durch den Ersten Weltkrieg und den Versailler Vertrag von 1919 für die Mehrheit der Deutschen geradezu in den Rang einer bestätigten Gewißheit erhoben: Die Idee der Einkreisung „erklärt“ nicht nur den Krieg selbst, sondern auch die unerwartet harten Bedingungen des Friedensvertrags, und zwar weit über den Kreis der um Selbstrechtfertigung bemühten politisch-militärischen Klasse des vergangenen Kaiserreichs hinaus. Sie wird zu einem wichtigen Bestandteil der Selbstimmunisierungsstrategie, mit der differenziertere Sichtweisen, die die deutsche Mitverantwortung für die unfaßliche Katastrophe des Kriegs selbst und der Niederlage thematisieren – etwa indem sie, wie der ehemalige deutsche Botschafter in London, Lichnowsky<sup>4</sup>, oder der Jurist Hermann Kantorowicz<sup>5</sup> die Selbstauskreisung Deutschlands vor 1914 kritisieren –, an den Rand des Diskussionsspektrums gedrückt werden. Wie könnte das eingekreiste Wild – der Begriff stammt ursprünglich aus der Jägersprache<sup>6</sup> – selbst an seinem Schicksal schuld sein? Die apologetische Tendenz der Einkreisungs-Formel wird sich bald nahtlos in die Vorbereitung des nächsten Kriegs einfügen, den ebenfalls, so die nationalsozialistische Propaganda, der „Raubstaat England“<sup>7</sup> erzwungen habe, dessen Plutokratie in ihrer „tiefe(n) Verworfenheit“<sup>8</sup> seit Beginn des Jahrhunderts die Einkreisung Deutschlands betreibe, um sich der wirtschaftlichen Konkurrenz made in Germany zu entledigen.

<sup>3</sup> Ebd., 51.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu *Annika Mombauer*, *The Origins of the First World War. Controversies and Consensus*, Harlow / London 2002, 27 – 31.

<sup>5</sup> *Hermann Kantorowicz*, *Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands*, Berlin 1929.

<sup>6</sup> *Gerd Krumeich*, *Einkreisung. Zur Entstehung und Bedeutung eines politischen Schlagwortes*, in: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 63 (1989), 99 – 104, hier 99.

<sup>7</sup> So der Titel eines auflagenstarken Bildbandes der deutschen Zigarettenindustrie und des „Deutschen Propaganda-Ateliers“ Berlin: *Raubstaat England*, hrsg. v. Cigaretten-Bilderdienst Hamburg-Bahrenfeld, Hamburg / Berlin 1941.

<sup>8</sup> Ebd., 108.

Die Bedeutung des Einkreisungs-Syndroms geht jedoch in seiner propagandistischen Verwertbarkeit nicht auf, sondern führt ins Zentrum einer kulturgeschichtlich inspirierten Politikgeschichte der Jahrzehnte um 1900. Das spezifische Frageinteresse, das – ungeachtet vieler Verschiedenheiten in anderen Punkten – die kulturgeschichtliche Herangehensweise generell auszeichnet<sup>9</sup>, richtet sich auch im Fall der Politikgeschichtsschreibung stärker als das anderer Zugänge auf das Wie der zu untersuchenden historischen Phänomene. Wie waren die Weltwahrnehmungen derjenigen politischen Akteure beschaffen, die während der Julikrise 1914 in Entscheidungspositionen saßen? Wie sind sie zustande gekommen? Welcher Art waren die Vorstellungen vom jeweiligen Gegenüber (anderen Regierungen, Staaten, Gesellschaften)? Woraus speisten sie sich? Wie sah eine Welt aus, in der die Option für den Krieg ebenso selbstverständlich war wie diejenige gegen ihn? Wie kam es dazu, daß Fragen des außenpolitischen Prestiges innerpolitisch so bedeutsam und gleichzeitig außenpolitisch zu einem Nullsummenspiel wurden, in dem Kompromisse immer schwieriger – oder auch: immer weniger wünschbar – wurden? Wie war es möglich, daß im August 1914 die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen „in den Krieg (ging) wie die Ente ins Wasser“<sup>10</sup>?

Die Aussage, daß ohne den Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden, kein Verständnis der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs möglich ist, ist weniger begründungsbedürftig als die Tatsache, daß es an solchen Antworten nach wie vor mangelt. Lange Zeit hindurch hatte die historische Forschung innerhalb wie außerhalb Deutschlands andere Schwerpunktsetzungen. Sie arbeitete sich an verschiedenen Versionen reduktionistischer, also die Entwicklung zum Krieg auf bestimmte Faktoren reduzierender Erklärungsversuche ab:

- an der Frage der Kriegsschuld, die selbst bereits eine Reduktion auf die Feststellung moralischer Verantwortung darstellt und je nachdem auf Deutschland oder einem anderen Staat abgeladen wurde, bis sich mit dem apologetischen Befund des „Hineingeschlittert-Seins“ aller in den Krieg, der die Schuldpartikel gewissermaßen flächendeckend verteilte, die Ausgangsfrage ad absurdum führte;
- an der Frage, ob es nun das Primat der Innen- oder das Primat der Außenpolitik war, das entscheidend für die eskalierende deutsche Politik war; diese ursprünglich von Eckart Kehr in den 1920er Jahren angestoßene Debatte über die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Hintergründe der deutschen Vorkriegs- und Flottenrüstungspolitik war als Korrektiv der bis dahin vorherrschenden exklusiven Erklärungsweisen der Diplo-

<sup>9</sup> Siehe hierzu *Ute Daniel*, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M., 4. verb. Aufl. 2004.

<sup>10</sup> *Evelyn Bluecher von Wahlstatt*, Tagebuch, München 1924, 18.

matie- und Politikgeschichte sehr heilsam, führte jedoch seit den 1960er Jahren zu einem Reduktionismus umgekehrter Art, der die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs ausschließlich aus der deutschen Innenpolitik resultieren ließ; diese Debatte hat vor einigen Jahren ihr Ende gefunden, weil sich nach und nach auch hier die Ausgangsfrage als falsch gestellt erwiesen hat. Ihre Schwundformen finden sich in der Reduktion der wilhelminischen Außenpolitik auf den großen sozialimperialistischen *master plan* durch Hans-Ulrich Wehler, der die deutsche „Weltpolitik“ als „kühl kalkulierte Instrumentalisierung der Expansionspolitik zu innenpolitischen Zwecken“<sup>11</sup>, vorangestellt die Reformvermeidung, beschreibt. In einer gänzlich argumentationsfreien Form findet sich der überkommene Reduktionismus bei Heinrich August Winkler, der die *Entente cordiale* und das englisch-russische Bündnis und damit die Einkreisung Deutschlands als „in erster Linie“ durch die deutsche Außenpolitik herbeigeführt sein lässt, ohne daß seine nahezu ausschließlich auf die Innenpolitik beschränkte Darstellung eine Begründung für diese äußere Politik beziehungsweise ihre unterstellten Wirkungen gibt<sup>12</sup>;

- an der Frage, ob die deutsche Regierung – nicht zuletzt unter dem Einfluß wirtschaftlicher Interessen – zielstrebig auf den Krieg hingearbeitet habe; diese These stellte Fritz Fischer um 1960 auf<sup>13</sup> und löste damit eine für die Pluralisierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft außerordentlich bedeutsame Grundsatzdebatte aus; seine starke These von der ursächlichen Bedeutung deutscher Kriegs- und Eroberungspläne hat sich mittlerweile als in dieser Form nicht haltbar erwiesen;
- an der Frage, ob es die lang- und mittelfristige Vorgeschichte oder die Julikrise 1914 war, die als ausschlaggebend für den Weg in den Krieg zu gelten habe – und auch hier hat letztlich das entschiedene Sowohl-Als auch obsiegt, das auch die anderen Versuche, bestimmte Faktoren und Zusammenhänge als die entscheidenden zu identifizieren, beendet hat;
- an der Frage, ob es jenseits der politisch-diplomatischen Oberflächenstruktur eine ideengeschichtliche Tiefenstruktur gebe, die den Weg Europas in den Krieg erklären könne; die Antworten haben sehr viel Wissenswertes über Nationalismus und Sozialdarwinismus, Kriegsbereitschaft und Weltreichsideen in ihrer Bedeutung für den „Zeitgeist“ der Vor-

---

<sup>11</sup> Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914, München 1995, 1139.

<sup>12</sup> Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, 298.

<sup>13</sup> Vgl. insbesondere Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

kriegsjahre erbracht<sup>14</sup>; doch eignen sich diese ideengeschichtlichen Hintergründe ebenso wenig für eine reduktionistische Erklärung des Ersten Weltkriegs wie die Aufklärung für eine solche der Französischen Revolution: Erst wenn die situativen Kontexte und medialen Verbreitungsformen von Ideen und Wahrnehmungsweisen mit einbezogen werden, erst wenn Vorstellungen im Rahmen von Handlungskontexten konkretisiert werden, lässt sich ihre historische Bedeutung ermessen;

- an der Frage, ob man den deutschen Kaiser Wilhelm II. und sein „persönliches Regiment“ als Hauptverantwortlichen für die Entwicklung in Richtung 1914 dingfest machen könne; es war vor allem John C.G. Röhl, der „the most brilliant failure in history“<sup>15</sup> – wie der englische König Edward VII. seinen Neffen Wilhelm einmal privatim titulierte – für alles haftbar machen wollte, was zwischen 1888 und 1914 in der deutschen Geschichte schief gegangen war; so positiv es sich auswirkte, daß damit in der seinerzeit von unpersönlichen Strukturen und Prozessen dominierten deutschen Diskussionslandschaft wieder ein Akteur aus Fleisch und Blut Einzug hielt, so wenig haltbar war dieser Reduktionismus ad hominem<sup>16</sup>.

Es gibt noch einen weiteren reduktionistischen Erklärungsansatz, der jedoch kein Gegenstand von Grundsatzdebatten geworden ist, wohl weil er eher auf Gewohnheit als auf Argumenten beruht: nämlich den, die Vorkriegsgeschichte des Ersten Weltkriegs allein aus den deutschen Zusammenhängen erklären zu wollen. Ihm frönt vorzugsweise die deutsche Gesellschaftsgeschichtsschreibung, während weniger auf die deutsche Innenpolitik fixierte Studien demonstrieren, wie erkenntnisverstellend es ist, die internationale Wechselwirkung und ihre eskalierende Dynamik auszublenden<sup>17</sup>.

---

<sup>14</sup> S. hierzu u. a. *Jost Dülffer* (Hrsg.), Bereit zum Krieg: Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Göttingen 1986; *Sönke Neitzel*, Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914, Zürich 2002, 18–26; *ders.*, Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn u. a. 2000; *Konrad Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890–1902, 2. Aufl., Berlin 1999, 223–256; *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Anm. 11), 1081–1085.

<sup>15</sup> *Hermann Freiherr von Eckardstein*, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten, Bd. 1, Leipzig 1920, 218.

<sup>16</sup> *John C.G. Röhl*, Wilhelm II., 2 Bde., München 1993/2001; *ders.*, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, 3. Aufl., München 1988; *ders.* (Hrsg.), Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, München 1991. S. hierzu auch die fundierte „Gegendarstellung“ von *Wolfgang J. Mommsen*, War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, 2. Aufl., München 2003, sowie *Nicolaus Sombart*, Wilhelm II. Sündenbock und Herr der Mitte, Berlin 1996. Die m.E. nach wie vor erhellendste biographisch-politische Studie zu Wilhelm II. ist von *Thomas A. Kohut*, Wilhelm II and the Germans. A Study in Leadership, New York / Oxford 1991.

Jeder nicht-reduktionistische Zugang zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs steht allerdings vor dem Problem, es mit einer völlig unüberschaubaren Fülle von Quellen, Akteuren und Perspektiven zu tun zu haben, deren Reaktionen aufeinander, deren Wechselwirkungen mit- und gegeneinander zur Gänze weder darstellbar noch analysierbar sind: die verschiedenen Staaten und ihre politischen Klassen; die Militärs und Parteien; die Regierungen und Parlamente; die wirtschaftlichen Interessengruppen und Gewerkschaften. Das Problem verschärft sich, wenn die große Zahl weiterer Akteure einbezogen wird, die in dieses Chaos wechselseitiger Wahrnehmung und Positionsbestimmung in ganz entscheidender Weise eingehen: nämlich diejenigen der damaligen Medienlandschaften. Die Jahre um 1900 erlebten einen bis dahin beispiellosen Bedeutungszuwachs der Medienberichterstattung für die Politik im allgemeinen und die internationale Politik im besonderen: Die Massenblätter der großen „Meinungsplantagen“<sup>18</sup> in London und New York, Berlin und Paris verbreiteten ihre Versionen dessen, was man heute teils politische Berichterstattung, teils Infotainment nennen würde, in Auflagenhöhen, die schon die Millionengrenze überschreiten konnten. Die kapitalintensiven neuen Druckmaschinen, die um die Jahrhundertwende eingeführt wurden und den Abdruck von Abbildungen in hohen Auflagen ermöglichen, erhöhten den erbitterten Konkurrenzkampf um den Absatz der Ware Nachricht. Deren Inhalte und Verbreitungsmethoden wurden dementsprechend schriller: Die „Daily Mail“ schickte in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts schon einmal Verkäufer in preußischen Militäruniformen auf die Oxford Street, um ihre neueste Fortsetzungsgeschichte über die drohende deutsche Invasion unter die Leute zu bringen<sup>19</sup>. Durch die telegraphischen Leitungen, die die Metropolen Europas untereinander und mit allen Ecken der Welt verbanden, liefen überall und von überall Meldungen ein, die die Korrespondenten unter dem Druck, ständig Druckbares zu liefern, unentwegt absetzten. Der Zwang zur Nachricht führte in dieser Epoche zum Urknall medialer Selbstreferentialität<sup>20</sup>: In allen Haupt-

<sup>17</sup> Siehe u. a. *William L. Langer*, *The Diplomacy of Imperialism, 1890–1902*, 5. Aufl., New York 1968; *Wolfgang J. Mommsen*, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890–1918*, Berlin 1995; *ders.*, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914*, Frankfurt a.M./Berlin 1993; *Immanuel Geiß*, *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914*, 2. Aufl., München [u. a.] 1991; *Canis*, *Von Bismarck zur Weltpolitik* (Anm. 14); *T.C.W. Blanning* (Hrsg.), *The Nineteenth Century. Europe 1789–1914 (Short Oxford History of Europe)*, Oxford/New York 2000; *Neitzel*, *Kriegsausbruch* (Anm. 14); *Holger Afflerbach*, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien [u. a.] 2002, sowie für die deutsch-britischen Beziehungen immer noch herausragend: *Paul M. Kennedy*, *The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914*. London [u. a.] 1980.

<sup>18</sup> *Maximilian Harden*, in: *Die Fackel*, Nr. 2, April 1899 (Repr. München 1968–76, Bd. 1), 4.

<sup>19</sup> *Kennedy* *The Rise* (Anm. 17), 362.

städten der Welt sichteten die Journalisten ebenso wie die diplomatischen Vertreter aus anderen Ländern täglich die Presse, um aus den Nachrichten, Kommentaren und Karikaturen des Gastlands Stoff für die Politik und die Medien zuhause zu beschaffen. Was heute in der „Times“ steht, wird morgen weltweit nachgedruckt, kommentiert und – je nach politischer Großwetterlage – zum Gegenstand von Beifall, Kritik oder Spott. Wenn der deutsche Kaiser oder der britische Handelsminister Reden hielten, die auf der jeweils anderen Seite des Kanals von Interesse waren, kursierten mehr oder weniger korrekte Auszüge entsprechender Meldungen einheimischer Zeitungen oder Agenturen binnen Stunden in mehr oder weniger korrekten Übersetzungen.

Viele zeitgenössische Aussagen belegen, wie unheimlich damaligen Beobachtern die Medialisierung der auswärtigen Politik ist; nicht selten greifen sie zu archaisierenden und naturalisierenden Metaphern, um zu beschreiben, was die Presse ihrer Meinung nach bewirkt:

„Millionen sonst urteilsfähiger Leute [...] können in dem fortwährend wechselnden Riesendurcheinander vielfach nicht bestimmen, ob es hell oder dunkel ist oder wo die Beleuchtung herkommt. Wenn man die Presse in ihrer Gesamtheit nimmt, so stellt sie sich dar als ein wildes Chaos von allem Möglichen und Unmöglichen, Beschriebenem und Unbeschreiblichem. Die Weltpresse als Ganzes ist noch wild: es könnte einem bisweilen fast so vorkommen, als wenn die ursprüngliche Wildheit der Urvölker [...] hier wieder gewaltsam in anderen Formen in Erscheinung trete und ihren Einfluß auf die Geschicke der Menschheit von neuem geltend machen wollte“<sup>21</sup>.

Die Aufmerksamkeit, die das Phänomen „öffentliche Meinung“ aus diesem Grund in den Jahren vor 1914 auf sich zog, und die Versuche, seine Wirkung intellektuell nachvollziehbar zu machen, wären eine eigene Untersuchung wert. Auch sie lassen bis in die Wortwahl der Beschreibungen erkennen, wie hilflos die Zeitgenossen diesem Spezifikum ihrer Epoche gegenüberstanden. Das gilt besonders für die Jahre zwischen 1900 und 1914, als die internationale Verhetzung der Medienlandschaften untereinander –

---

<sup>20</sup> Siehe hierzu *Bernhard Rosenberger*, *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges*, Köln [u. a.] 1998, *passim*.

<sup>21</sup> *Arthur Böninger*, *Die Presse und die internationale Verständigung*, München 1911, 5 f. Um nur eine kleine Auswahl aus den zahlreichen Veröffentlichungen der Zeit um 1900 über das Problem der Presse in der internationalen Politik zu geben: *Hermann Oncken*, *Politik, Geschichtsschreibung und öffentliche Meinung* (1904), in: *ders.*, *Historisch-politische Aufsätze und Reden*, Bd. 1, München/Berlin 1914; *Otto Hötzsch*, *Auswärtige Politik und Presse*, in: *Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart*, XI (1906/07), 160–172; *M(ax) von Brandt*, *Die deutsche Presse und die auswärtige Politik*, in: *Deutsche Revue* 25 (1900), Bd. 2, 197–201; *ders.*, *Die europäische Diplomatie und die Presse*, in: *ebd.* 34 (1909), Bd. 2, 181–185; *Otfried Nippold*, *Der deutsche Chauvinismus (Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung*, H. 9), Berlin [u. a.] 1913.

hier waren sich einmal Politiker und Beobachter, auch zahlreiche Zeitungslieute, einig – groteske und gefährliche Züge anzunehmen begann. Unter dem Eindruck der englisch-deutschen Pressefehde während des Burenkriegs umreißt etwa der deutsche Historiker Hermann Oncken 1904 „öffentliche Meinung“ folgendermaßen:

„[...] öffentliche Meinung ist [...] bald einheitlich, wie eine gewaltige Flutwelle gegen die Regierungen und Sachverständigen sich erhebend, bald in sich zerteilt und die widerstrebendsten Tendenzen bergend; einmal das einfache und natürliche Gefühl des Menschen zum Ausdruck bringend, das andere Mal ein lärmender und unsinniger Ausbruch wilder Instinkte; immer geleitet und doch immer führend; [...] ansteckend wie eine Epidemie, launisch und treulos und herrschsüchtig wie die Menschen selber, und dann doch wieder nichts als ein Wort, mit dem sich die Machthaber betrügen. Wenn die Politiker und Staatswissenschaftler sie nicht auf eine Formel bringen können, kann vielleicht der Sozialpsycholog, moderner und gewandter, dieser Massenerscheinung etwas näher kommen, aber auch er wird gestehen, daß er einem immer wieder neuen Bilde gegenübersteht, dessen Entstehung im Einzelfall er wohl besser als die früheren analysieren, aber dessen Naturgeschichte im ganzen auch er nicht schreiben kann“<sup>22</sup>.

Die Presse wurde um 1900 in der Tat zur fünften (oder, je nachdem, sechsten, siebten oder achten) Großmacht, denn auf keinem anderen Gebiet war ihre Stimmkraft größer als auf dem der Außenpolitik, da sie selbst für die politischen Akteure oft die wichtigste Nachrichtenquelle über politische Zusammenhänge und Stimmungslagen des Auslands war. Und was diese Quelle stark trübte, war nicht zuletzt die Tatsache, daß Regierungen ihre eigene Presse immer wieder als Signalgeber an das Ausland nutzten und dementsprechend davon ausgingen, daß dies auch alle anderen Regierungen taten. Die Pressestimmen waren also nicht nur kakophon, aus ihnen war auch – vor den Zeiten der „roten Telefone“, der regelmäßigen Gipfelkonferenzen und der offiziellen Pressesprecher – die politische Tendenz der jeweiligen Gegenseite herauszufiltern und von nicht „inspirierten“ Ausschüttungen einzelner Organe und (meist anonymer) Leitartikler zu unterscheiden. Damit kommt das Phänomen der „Offiziösen“ in den Blick, das ebenfalls bereits die Zeitgenossen, Politiker wie Journalisten und Medienkritiker, umtrieb. Als „offiziös“ galten Presseorgane, die, ohne einen quasiamtlichen Charakter zu haben wie in Deutschland die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, als regierungsnah betrachtet wurden, und das heißt: von welchen man annahm oder wußte, daß sie im Austausch für interne Informationen etwa des Londoner Foreign Office oder des Auswärtigen Amtes in Berlin ihre Druckspalten in regelmäßigen Abständen für regierungspolitische Verlautbarungen zur Verfügung stellten. Da aber selbst bei den gewissermaßen offiziell-„offiziösen“ Zeitungen wie der „Kölnischen Zeitung“ neben Inspiriertem allerhand Uninspiriertes stand und allseits eine Tendenz

<sup>22</sup> Oncken, Politik (Anm. 21), 203 – 243, Zitat: 236.

vorzuherrschen schien, jeweils dasjenige als „offiziös“ zu betrachten, was eine Zeitung, eine pressure group oder ein Politiker gern dafür halten wollte, war dem Deutungschaos Tür und Tor geöffnet. Aus der englischen Perspektive galt tendenziell die gesamte deutsche Presselandschaft als Ausdruck gubernementalen Willens, wie etwa aus ihrer Beschreibung durch George Saunders, den „Times“-Korrespondenten in Berlin, erhellt:

„The German newspapers occupy a quite different position from ours. There are few public speeches such as our politicians deliver, and when the Government wants to influence public opinion it does so through the press. Consequently, one must be always on the watch for indications of the drift of Government opinion on the popular opinion that influences it“<sup>23</sup>.

Die deutsche Regierung wiederum unterstellte der englischen Presse insgesamt eine durchgängige Bereitschaft, dem jeweiligen außenpolitischen Kurs der englischen Regierung freiwillig zu folgen. Die Konsequenz war ein fatales Deutungsmuster, dessen eskalierende Wirkung gerade auf die deutsch-englischen Beziehungen gar nicht überschätzt werden kann: In beiden Ländern wußten die Politiker aus mehr oder weniger leidvoller eigener Erfahrung, daß sie nur beschränkten Einfluß auf die eigene Presse hatten. Die politischen Klassen beider Länder gingen jedoch in der Regel davon aus, daß die jeweils andere Regierung Ausfälle ihrer Presse gegen das eigene Land unterbinden könnte, wenn sie nur wollte. Es ist diese Vorannahme, die im akuten Fall jede kritische Presseäußerung zur „offiziösen“ stempeln konnte. Ob die Politiker sich dieses Problems bewußt waren und es strategisch einsetzen oder ob hier eine kulturell geprägte Fehlwahrnehmung vorliegt – oder sich beides von Fall zu Fall harmonisch verband –, dürfte kaum jemals klar entscheidbar sein. Wichtiger als die Ursachen sind auch die Folgen: nämlich eine weitere Verstärkung der ohnehin unentwirrbaren Verknüpfung zwischennationaler Pressefehden; sie ergaben sich häufig aus der schlichten Zitierung ausländischer Zeitungsartikel, aus dem dann politisches Kapital geschlagen werden konnte – etwa für die Begründung erhöhter Rüstungsbudgets. Der Herausgeber der liberalen „Westminster Gazette“, John Alfred Spender, hat dies nach dem Krieg so beschrieben:

„In writing about foreign affairs in these times [i.e. vor 1914, U.D.] one was perpetually reminded of the extreme difficulty of saying anything that would be equally sensible and useful for the home and foreign reader. When an article was quoted abroad, it was read from a different angle, and very often used to point an entirely different moral from what one had intended. One might wish, for instance, to rebuke English chauvinists, yet it was very difficult to do it in such a way as not to furnish apt quotations to German chauvinists alleging British excesses in justification of their own follies. In these years the militarists of each side hugged the

---

<sup>23</sup> George Saunders an seinen Vater, 29. Januar 1900, zit. nach: A.J.A. Morris, The Scaremongers. The Advocacy of War and Rearmament 1896–1914. London [u. a.] 1984, 34.

pacifists of the other to their bosoms, and found the desired evidence of aggressive intentions in the very protests which were being made against them“<sup>24</sup>.

Man wird wohl nie genau ermessen können, wie sehr es zur negativen Einfärbung des britischen Deutschlandbildes beigetragen haben mag, daß ausgerechnet der Münchener „Simplicissimus“, ein in England wegen seiner antipreußischen und antimilitaristischen Haltung gern zitiertes Blatt, in welchem Außenpolitik praktisch nicht vorkam, im Sog der weltweiten antienglischen Entrüstung über den Burenkrieg 1899 – den ersten echten Medienkrieg auf der internationalen Bühne – zu harschen Verunglimpfungen in Text und Bild überging, die auch die höchsten Personen, Königin Victoria und König Edward, nicht aussparten. Sicher ist: Politiker und Diplomaten der Vorkriegszeit hat man sich nicht zuletzt als Zeitungsleser vorzustellen: den deutschen Kaiser bei der Lektüre seiner ominösen Zeitungsausschnittsammlung und des „Daily Graphic“<sup>25</sup>, den Senior Clerk im Foreign Office, Eyre Crowe, mit seiner regelmäßigen Lektüre der „Alldeutschen Blätter“<sup>26</sup>, den deutschen Reichskanzler Bülow, der sorgfältig alle ihn betreffenden Karikaturen sammelte, mit dem „Punch“ – dem einzigen Blatt, das in seinem Vorzimmer auslag<sup>27</sup> –, und den deutschen Botschafter in London, Metternich, in der für ihn reservierten Kemenate im obersten Stockwerk des Botschaftsgebäudes inmitten eines Wustes englischer Zeitungen und Zeitschriften<sup>28</sup>. Nur der englische Premierminister Arthur Balfour weigerte sich, eine Zeitung auch nur aufzuschlagen, und ließ sich die Neuigkeiten während des Mittagessens von seiner Familie erzählen<sup>29</sup>. Zu den regelmäßig wiederkehrenden Pflichten der Botschafter aller Länder gehörte es infolgedessen, bei der Gastregierung vorstellig zu werden, um sich gegen verunglimpfende Darstellungen einzelner Zeitungen zu verwahren und in der Regel dort mit dem Hinweis beschieden zu werden, daß die Presse leider frei und nicht zu zügeln sei – ein Bescheid, auf welchen wiederum in der Regel mit Unglauben reagiert zu werden pflegte. Dasjenige Land, das damals wie heute am stärksten eines akuten Mangels an unabhängiger veröffentlichter Meinung verdächtigt wird, war das deutsche Kaiserreich – eine durchaus unzutreffende Vermutung, soweit es die wilhelminische Ära seit 1890 be-

<sup>24</sup> John Alfred Spender, *Life, Journalism and Politics*, 2 Bde., New York o. J. (1927), Bd. 1, 221 f.

<sup>25</sup> Gunda Stöber, *Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Stuttgart 2000, 180–189.

<sup>26</sup> Erich Voegtle, *Die englische Diplomatie und die deutsche Presse 1898–1914. Ein Beitrag zu den deutsch-englischen Beziehungen der Vorkriegszeit*, Diss. Tübingen 1935, Würzburg 1936, 14.

<sup>27</sup> Spender, *Life* (Anm. 24), Bd. 1, 209.

<sup>28</sup> Friedrich Rosen, *Aus einem diplomatischen Wanderleben: Auswärtiges Amt – Marokko*, Berlin 1931, 76.

<sup>29</sup> Robert K. Massie, *Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Heraufziehen des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a.M. 1998, 330.

trifft<sup>30</sup>. Auch in Deutschland verstanden sich die Redaktionen der großen Blätter als durchaus unabhängig, wie im ausgehenden 19. Jahrhundert die bei der Pflege der Medienlandschaften besonders „modernen“ Offiziere des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamts feststellen mußten<sup>31</sup>. Und die anti-englische Ressentimentpublizistik nationalliberaler, radikalkonservativer und alldeutscher Organe und der Witzblätter entfaltete sich ebenso ungesteuert und unsteuerbar wie die zunehmende Generalkritik der deutschen Außenpolitik in Blättern aller Couleur nach 1905/06. Die häufig überschätzten speziellen Beziehungen, die Otto Hammann vom Pressebüro des Auswärtigen Amts zu einigen Zeitungsleuten unterhielt, waren alles andere als ein effizientes Instrument der Meinungslenkung; und zu strafrechtlichen Sanktionen wurde kaum jemals gegriffen. Ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten der deutschen Regierung mit ihrer eigenen Presse wirft einer der ganz seltenen Fälle, in denen es einer Regierung gelang, die andere gezielt eine Veröffentlichung lancieren zu lassen, um unfreundliche Pressemeldungen zu desavouieren – gleichzeitig einer der skurrilsten Fälle dieser Art: nämlich ein offizielles Hilfesuchen des deutschen Kaisers bei der englischen Regierung gegen die – deutsche Presse. Ende des Jahres 1896 erging sich die deutsche Presse in antienglischen Ausfällen, nachdem Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“ Ende Oktober die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrags mit Russland 1890 enthüllt und auf englische Einflüsse (lies: auf den mit dem englischen Königshaus verwandschaftlich eng verbundenen Kaiser) zurückgeführt hatte<sup>32</sup>. Neu angefacht

<sup>30</sup> Siehe hierzu und zum Zusammenhang von Außenpolitik und veröffentlichter Meinung generell u. a. *Oron James Hale, Germany and the Diplomatic Revolution. A Study in Diplomacy and the Press, 1904–1906*, Ph.D. Philadelphia 1931; *ders.*, *Publicity and Diplomacy, with special reference to England and Germany, 1890–1914*, Gloucester, MA 1964; *Sidney Bradshaw Fay, Der Einfluss der Vorkriegspresse in Europa*, in:  *Berliner Monatshefte* 10 (1932), 411–445; *E. Malcolm Carroll, Germany and the Great Powers, 1866–1914. A Study in Public Opinion and Foreign Policy*, New York 1938; *Günter Heidorn, Monopole – Presse – Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkriegs*, Berlin (Ost) 1960; *Morris, Scaremongers* (Anm. 23); *Wolfgang J. Mommsen, Außenpolitik und öffentliche Meinung im Wilhelminischen Deutschland 1897–1914*, in: *ders.*, *Der autoritäre Nationalstaat*. Frankfurt a.M. 1990, 358–379; *ders.*, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, in: *ebd.*, 380–406; *Opinion publique et politique extérieure*, Bd. 1: 1870–1915, Mailand/Rom 1981; *Thomas Meyer, „Endlich eine Tat, eine befreende Tat . . .“*. Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung, Husum 1996; *Martin Mayer, Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904–1906*, Düsseldorf 2002.

<sup>31</sup> *Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914*, Stuttgart 1976, 133.

<sup>32</sup> *Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898*, München 1977, 597–610; *Die Große Politik der europäischen Kabinette*

wurde dieser Mediensturm durch Meldungen, der Hamburger Hafenarbeiterstreik, der im November 1896 begonnen hatte, werde von englischen Reedern unterstützt und mit englischem Geld finanziert (auch diese Meldung wurde unter anderem von Bismarcks Hausblatt, den „Hamburger Nachrichten“, verbreitet). Daraufhin ließ Wilhelm II. den englischen Premier Salisbury ersuchen, er möge diese Meldung dementieren. Dieser lehnte ab, da ein konservativer Politiker sich lächerlich mache, wenn er dementiere, sozialistische Umtreibe zu unterstützen; nach weiterem Insistieren des deutschen Botschafters erschien einige Tage später dann doch eine vermutlich „inspirierte“ Meldung in der „Times“, in der die Unterstellung, englische Kaufleute unterstützten den Hafenarbeiterstreik, als Friedrichsruher Erfindung bezeichnet wurde. Allerdings hielt es Salisbury für geraten, sich vorab zu erkundigen, ob man in Berlin damit einverstanden sei, daß er Bismarck desavouiere.

Darzustellen, zu analysieren und nachzuvollziehen ist die Fülle von Wechselwirkungen und Interaktionsbeziehungen auf der nationalen und internationalen Ebene unter Einschluß medieninduzierter Dynamiken nur, wenn an die Stelle linearer Erklärungs- und Darstellungsformen solche treten, die eine schärfere und differenzierte synchrone Tiefendimension bieten. Statt einzelne Akteure – „Deutschland“, den Kaiser, bestimmte Interessengruppen – als Verursacher zu identifizieren, deren kausale Funktion dann in einer auf sie konzentrierten reduktionistischen Entwicklungsgeschichte auf 1914 zu geschrieben wird, soll demzufolge hier eine andere Erklärungs- und Plausibilisierungsweise versucht werden. Drei Episoden sollen intensiver ausgeleuchtet werden, um sichtbar zu machen, was hier wie aufeinander einwirkt, und zwar unter der leitenden Fragestellung nach Entstehungszusammenhängen und Wirkungsweisen des deutschen Einkreisungs-Syndroms: der Beginn des „neuen Kurses“ mit der Entlassung Bismarcks 1890, die Zeit des Burenkriegs und diejenige der ersten Marokkokrise 1905 / 06. Die Thesen, die ich dieserart illustrieren und plausibel machen möchte, sind die folgenden:

- Die Vorstellung, von feindlichen Kräften umzingelt und existentiell bedroht zu sein, wurde in den letzten knapp zehn Jahren vor 1914 in der deutschen veröffentlichten Meinung von einer Minderheitenposition insbesondere alddeutscher Provenienz zu einem allgemeinen Deutungsmuster der internationalen Situation. Damit verengte sich der bisherige diplomatische beziehungsweise redaktionelle Gebrauch von Begriffen wie etwa „Isolation“, die bereits im 19. Jahrhundert innerhalb wie außerhalb Deutschlands auf diejenigen europäischen Großmächte angewandt wurden, deren Ausgrenzung aus den Bündnisbeziehungen je nach Spre-

---

1871–1914, hrsg. von Johannes Lepsius [u. a.], 2. Aufl., Berlin 1924–27 (im folgenden: GP), Bd. XIII, 7–11.

cher oder Schreiber gewünscht oder befürchtet wurde<sup>33</sup>. „Isoliert“ war irgendwann einmal jede von ihnen – Frankreich durch Deutschland, Rußland durch England, England durch die Kontinentalmächte, Deutschland durch England etc. –, „eingekreist“ war nach 1905 / 06 nur noch Deutschland.

- Diese semantische Verengung ging einher mit einer antienglischen Aufladung. England und insbesondere der englische König, Edward VII., galt als Akteur der Einkreisung Deutschlands. Begründet wurde dies gleichermaßen mit der zunehmenden Einbindung der Londoner Regierung in Abkommen mit potentiell feindlichen kontinentalen Mächten, insbesondere Frankreich und Rußland, wie mit der Suprematie der englischen Flotte auf den Weltmeeren und mit der gegen Deutschland eingestellten englischen Presse. Die Vorwurfshaltung, die mit dem immer frequenter und dringlicher formulierten Befund der vollendeten Einkreisung Deutschlands verbunden war, richtete sich jedoch nicht nur gegen die englische Seite und war demzufolge nicht nur ihr gegenüber implizit oder explizit mit der Androhung von Gegenmaßnahmen und radikalen Abhilfen unterlegt: Vorwurf wie Drohgebärde galten gleichermaßen dem deutschen Kaiser und seiner Regierung, „Einkreisung“ war also ein zweiseitig geschliffenes semantisches Schwert. Allein schon die Tatsache, daß von der Presse verschiedenster Couleur so heftige Kritik an einzelnen außenpolitischen Maßnahmen oder der Außenpolitik als ganzer geübt wurde, stellte in dynastisch verfaßten Staaten eine implizite Kritik am eigenen Monarchen dar, dessen Person die Nation nach außen symbolisierte. Zwischen der Akzeptanz des Monarchen und der unter ihm – von parlamentarischen Ministern wie in England oder aber von durch den Monarchen ernannten wie im deutschen Kaiserreich – betriebenen Außenpolitik bestand also eine intensive Wechselbeziehung. Mit blankem Neid beobachtete die wilhelminische Politik, daß diese Wechselbeziehung jenseits des Kanals geeignet war, Ausfälle der englischen Presse gegen die Diplomatie des Foreign Office im Zaum zu halten. Konsterniert und alarmiert reagierten die englischen Regierungen auf die schrillen, die deutsche Außenpolitik desavouierenden deutschen Pressestimmen, die es dort gar nicht geben dürfte: weil man das Kaiserreich für einen funktionierenden autokratischen Zentralstaat und die deutsche Presse seit Bismarcks Zeiten für hoffnungslos korrumpt und regierungshörig hielt. Genau dasjenige also, was einen Teil der unter Bismarck in der Tat außenpolitisch lendenlahmen deutschen Presse nach 1890 zunehmend radikaliserte, nämlich der enge Konnex zwischen Thron und Diplomatie, ließ aus der englischen Perspektive die Wahrnehmung der deutschen Politik mit derjenigen ihrer radikalen Minderheiten im konservativ-alldeutschen

<sup>33</sup> Vgl. *Nikolaus Buschmann*, Einkreisung und Waffenbrüderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850 – 1871, Göttingen 2003.

Milieu, die als letztes Hilfsmittel gegen die Einkreisung den militärischen Befreiungsschlag anpriesen, zunehmend verschmelzen: Je alarmierter und alarmierender deutsche Blätter das internationale Szenario der deutschen Einkreisung ausmalten, um so weniger ging die Londoner Regierung davon aus, daß sich diese zunehmend aggressiv eingefärbten Pressestimmen gegen den Willen des Kaisers und seiner Regierung artikulierten.

- Auch die Geschichtsschreibung hat das Bild des wilhelminischen Kaiserreichs als autokratischen, vom Kaiser und von konservativ-feudalen Interessengruppen gelenkten Einheitsstaats, dessen einzige oppositionelle Kraft die Sozialdemokratie war, zu relativieren begonnen<sup>34</sup>. Unterbelichtet bleibt jedoch die eigentümliche Karriere Wilhelms II. vom bejubelten jungen Kaiser zu „Guillaume le timide“, der innerdeutsche Stimmungserdrutsch von der freudigen Ergebenheit ihm gegenüber als dem, der für Deutschlands Aufstieg zur Weltmacht sorgen würde, zur „absolute(n) Verurteilung des hohen Herrn“ nicht zuletzt durch seine eigenen Militärs wegen „zu ‚große(r) Friedensliebe‘“<sup>35</sup>. Aus der zunehmenden Demilitarisierung des Kaiserbildes speiste sich die Militarisierung des Einkreisungs-Syndroms: Zur existentiellen Bedrohung wurde die bündnispolitische Schwäche Deutschlands – das einzig auf den Bündnispartner Österreich-Ungarn verwiesen bleibt, nachdem der Dreibund mit Beginn des 20. Jahrhunderts de facto zu existieren aufgehört hat, während England, Frankreich und Rußland ihre politische Annäherung vollzogen hatten –, weil an seiner Spalte kein starker Mann in „schimmernder Wehr“, sondern ein „immer reisefertiger“ – so lautete eine zeitgenössische Auflösung von Wilhelms Unterfertigung „I.R.“ (Imperator Rex) – Bramarbasierer stand, der, statt seinen Worten Taten folgen zu lassen, zu Schiff das Weite suchte. Der Sozialdemokrat August Bebel erzielte im Reichstag einen der wenigen fraktionsübergreifenden Lacher zu seinen Gunsten, als er zur Zeit des Burenkriegs im Dezember 1900 das von einer Amsterdamer Zeitung leicht abgewandelte Bismarck-Diktum zitierte, dem zufolge „die Deutschen (nur Gott) fürchten und ihre Großmutter“<sup>36</sup>.

<sup>34</sup> Geoff Eley, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven/London 1980; Mommsen, *War der Kaiser an allem schuld?* (Anm. 16); Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003, 134 – 143, 170 – 197.

<sup>35</sup> Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, hrsg. v. Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960, 563 (Eintrag vom 19. November 1913).

<sup>36</sup> Harald Rosenbach, *Das Deutsche Reich, Großbritannien und der Transvaal (1896 – 1902). Anfänge deutsch-britischer Entfremdung*, Göttingen 1993, 303 (Reichstagssitzung vom 12. Dezember 1900).

Damit sind die beiden Bezugnahmen angesprochen, denen der kaiserliche Schrumpfungsprozeß in den Augen seiner Untertanen und der ihm folgende *horror vacui* allem voran zu verdanken ist: zum einen derjenige auf die englische Verwandtschaft des Kaisers, der Enkel von Königin Victoria und Neffe König Edwards war. Sie ließ Willy, wie Wilhelm II. im familiären Rahmen genannt wurde, als allerhöchstes Sicherheitsrisiko erscheinen, je deutlicher wurde, daß mit ihm keine antienglische und letztlich überhaupt keine machtvolle imperialistische Außenpolitik zu machen war. Somit wurde nicht zuletzt die Person des Kaisers selbst zum Symptom der Einkreisung, die der englischen Politik angelastet wurde, und verschärfte, so die These, das antienglische Ressentiment in weiten Kreisen der veröffentlichten und der privat formulierten Meinungen. Zum anderen war es der allgegenwärtige Bismarck, der, ob lebendig oder tot, die Referenzgröße abgab, im Verhältnis zu welcher Wilhelms II. Statur gemessen – und für zu klein befunden wurde. Dafür sorgte nicht nur der wenig vorteilhafte Vergleich mit den Erfolgen des Begründers des Deutschen Reiches, dafür sorgte vor allem Bismarck selbst, der nach seiner Entlassung durch den einunddreißigjährigen Kaiser 1890 dessen Regierung und Person auf dem nationalen und internationalen Parkett nach allen Regeln der politisch-journalistischen Inszenierungskunst vorführte. Mit der Bismarck-Fronde gegen den „neuen Kurs“ seiner Nachfolger und seines ehemaligen Dienstherrn begann 1891 eine bis dahin unvorstellbare innere Spaltung der staatstragenden Milieus in Anhänger und Gegner der monarchischen Reichsspitze und des preußischen Königs. Abgesehen von seiner oft erratischen Politik und seinen rhetorischen Ausfällen delegitimierte nichts den Träger dieser Würden, Wilhelm, so sehr wie die unter der Ägide des verbitterten Ex-Kanzlers und seines Sohns Herbert hoffähig werdende radikalkonservative Kritik nicht nur der Alldeutschen. In zahllosen Interviews – Bismarck machte diese französisch-amerikanische Presseerfindung gewissermaßen in Deutschland heimisch –, in Verlautbarungen seines Hausblatts, der „Hamburger Nachrichten“, in den der Bismarck-Fronde zugehörigen Blättern von der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ über die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bis zu Maximilian Hardens „Zukunft“ sowie durch unvermutet auftauchende Enthüllungen wie derjenigen des Rückversicherungsvertrags und seiner Nichtverlängerung wurden die deutschen Zeitungleser gründlich über Fehler und Schwächen der kaiserlichen Politik nach Bismarckscher Lesart informiert, und in Friedrichsruh gaben sich die in- und ausländischen Besucher die Türklinke in die Hand – bis ins Jahr 1896 monatlich um die hundert, davon die wenigsten privater Natur<sup>37</sup> –, um dieselbe Botschaft in drastischerer mündlicher Version zu hören. Die Wirkungen auf das Renommee der kaiserlichen Person und Politik, aber auch auf dasjenige Bismarcks selbst waren innerhalb wie außerhalb Deutschlands

---

<sup>37</sup> Hank, Kanzler (Anm. 32), 81.

verheerend, was der deutschen Politik im Ausland einen dauerhaft zweifelhaften Ruf eintrug. Dies dürfte der Wilhelmstraße in den folgenden Jahren das außenpolitische Geschäft ebenso erschwert haben, wie es die deutsche Medienlandschaft tat, die sich an eine Regierungs- und Kaiserkritik gewöhnt hatte, „deren formale Schärfe rückblickend bemerkenswert erscheint“<sup>38</sup>.

– Viertens schließlich zog durch die Jahrzehnte um 1900 „the big brass band playing the new imperial tunes“, zu deren Soli und Tutti in allen vom imperialistischen Fieber ergriffenen Ländern die Zeitungen die Begleitmusik lieferten<sup>39</sup>. Der Wettkampf um koloniale Ausdehnung und die globale Konkurrenz der Großmächte um wirtschaftliche, politische und militärische Dominanz ließen seit den 1880er Jahren in regelmäßigen Abständen Politiker, Militärs und Leitartikler verschiedener Länder auf Konfrontationskurse gehen, an denen eigentlich nur erstaunlich ist, daß sie nicht schon früher zu einem Krieg der Großmächte untereinander führten – mehrfach zwischen England und Rußland, 1893/94 wegen Siam und 1898 wegen Faschoda zwischen England und Frankreich, 1895 wegen Venezuela zwischen England und den Vereinigten Staaten, 1905 wegen Marokko zwischen Deutschland und Frankreich. Für die Konfliktgeschichte der Großmächte stellte die koloniale und imperiale Konkurrenz weniger eine Ursache als eine Ausdrucksform dar; dies zeigte sich nicht zuletzt daran, daß in den Jahren nach der Jahrhundertwende die wichtigsten Einzelschritte der Allianzbildung um Deutschland herum mittels Beilegung genau solcher Streitigkeiten über Kolonialbesitz und Einflußzonen vollzogen wurden. Gerade jedoch wegen der hohen symbolischen Bedeutung dieser Konflikte um außereuropäische Territorien für den Großmächtetestatus der an ihnen Beteiligten waren sie folgenreich: Zum einen, indem sie spektakuläre Anlässe machtpolitischen Auftrumpfens inklusive der entsprechenden Demonstrationen militärischer Stärke waren, die den für die Entstehung des Ersten Weltkriegs so entscheidenden engen Konnex zwischen Diplomatie und Rüstung stärkten<sup>40</sup>; und zum anderen, indem geschichtsmächtige „Gesichtsverluste“ ihre Folge sein konnten, die, wie im Fall des deutschen Kaiserreichs während des Burenkriegs und der ersten Marokkokrise, gerade deswegen eskalierend wirkten, weil auf militärische Machtdemonstrationen verzichtet wurde: Der innenpolitische Absturz des kaiserlichen Renommees ins Bodenlose, der sich zwischen 1899 und 1906 vollzog, bedeutete den gleichzeitigen

<sup>38</sup> Friedrich Lenz, *Werden und Wesen der öffentlichen Meinung*, München 1956, ND Aalen 1981, 86. Siehe zu den Grenzen regierungsmäßlicher Pressepolitik im Wilhelminischen Kaiserreich auch Stöber, *Pressepolitik* (Anm. 25).

<sup>39</sup> Spender, *Life* (Anm. 24), Bd. 1, 78.

<sup>40</sup> Siehe hierzu David Stevenson, *Armaments and the Coming of War. Europe, 1904–1914*, Oxford 1996.

## Aufstieg von Einkreisungsängsten und Neigungen zum Befreiungsschlag in den politisch-militärischen Eliten Deutschlands.

Wenn die mediale Begleitmusik zur imperialistischen Variante der Eskalation zwischenstaatlicher Beziehungen sehr viel häufiger beitrug, statt sie zu vermindern, so wegen der Eigendynamik des *medialen agenda setting*, die damals das erste Mal in aller Schärfe sichtbar wurde: Nichts förderte den Verkauf der Ware Nachricht so wie die exotischen, spannenden, an Helden gestalten reichen Geschichten von der imperialen Peripherie. Der „New York Herald“ hatte um 1870 mit Henry Morton Stanleys unter anderem von ihm finanzierte Expedition zur Rettung David Livingstones vorgemacht, wie man einem Blatt mithilfe medialen Futters dieses Genres aufhelfen konnte; die zahlreichen Massaker, Geiseldramen und Kriege in fernen Weltgegenden sorgten dafür, daß andere dem Beispiel folgen konnten. Die unverhältnismäßig große Bedeutung, die in England wie in Deutschland, in Frankreich wie in den Vereinigten Staaten, in Italien wie in Rußland dem Erwerb von Kolonien zugeschrieben wurde, resultierte, so die These, sehr viel mehr aus diesem ersten hype des internationalen Medienzeitalters als aus wirtschaftlichen Interessen oder sozialimperialistischen Krisenstrategien politischer Akteure, die es zweifelsohne gab, doch deren Wirksamwerden den medial vermittelten Kolonialenthusiasmus voraussetzte. Ihm gegenüber erwies sich selbst ein notorischer Mediendompteur wie Kanzler Bismarck als machtlos, dessen Diktum „Wir haben schon mehr afrikanischen Besitz, als wir zur Zeit verdauen können, und auch Friktionen mit England mehr wie nützlich“<sup>41</sup>, in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre den kolonialen Taumel wegen Ostafrikas nicht unterbinden konnte. Die Bedeutung der imperialen Konkurrenz für die Eskalation der internationalen Vorkriegspolitik und ihrer Allianzbildungen um Deutschland herum ist mittlerweile unumstritten. Die Rolle, die sie bei der zunehmenden Verhetzung der Medienlandschaften im allgemeinen und der deutschen und britischen im besonderen spielt, ist nur ansatzweise gewürdigt worden, ohne daß die Ergebnisse einschlägiger Analysen Eingang in die Darstellungen der allgemeinen Vorkriegsgeschichte gefunden hätten<sup>42</sup>. Indem die medial induzierte Kolonialbegeisterung das Thema aus dem Ghetto der kolonialen Vereine und imperialen Fanatiker freisetzte und zu einem weit über diese Krei-

<sup>41</sup> Zit. nach *Fritz Ferdinand Müller*, Deutschland – Zanzibar – Ostafrika. Geschichte einer deutschen Kolonialeroberung 1884–1890, Berlin 1959, 460.

<sup>42</sup> Siehe v. a. *Hale*, Germany (Anm. 30); *ders.*, Publicity (Anm. 30); *Carroll*, Germany (Anm. 30); *Rosenberger*, Zeitungen (Anm. 20); *Meyer*, „Endlich eine Tat (...)“ (Anm. 30); *Morris*, Scaremongers (Anm. 23); *Ilse Metz*, Die deutsche Flotte in der englischen Presse, der Navy Scare vom Winter 1904/05, Berlin 1936, Repr. Vaduz/Liechtenstein 1965; *Jörg Requate / Martin Schulze Wessel*, Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, hrsg. v. *dens.*, Frankfurt a.M. / New York 2002, 11–39.

se und ihre propagandistischen Aktivitäten hinausgehenden Anliegen einer breiten Öffentlichkeit machte, schuf sie eine weitere Bühne, auf der die imperiale Großmacht England, das „moderne Karthago“<sup>43</sup>, beim Abschneiden Deutschlands von seinen vorgeblich lebenswichtigen kolonialen Ressourcen zu Beginn der 1890er Jahre beobachtet werden konnte – gewissermaßen einem außereuropäischen Vorspiel der Einkreisung nach der Jahrhundertwende.

## I. Der neue (Kollisions-)Kurs

Im Dezember 1889 trifft eine Expedition von gut 1.500 Personen an der ostafrikanischen Küste ein, deren Schicksal und Vorgeschichte in Europa, vor allem in England und Deutschland, Furore gemacht hat<sup>44</sup>. Sie bringt zwei berühmte Afrikareisende aus dem seit dem Mahdiaufstand für Europäer unzugänglichen Äquatorialafrika zurück: Emin Pascha (Eduard Schnitzer) und Henry Morton Stanley. Der schlesische Arzt Eduard Schnitzer hat seit 1878 als Gouverneur des ägyptischen Khedive in der südlichsten ägyptischen Provinz im Quellgebiet des Weißen Nil residiert. Nachdem der Mahdiaufstand ihn von Ägypten abgeschnitten hat, ist er mit einer Gruppe Untergebener nach Wadelei nordwestlich des Viktoriasees gezogen, wo er sich eine kleine Privatkolonie eingerichtet und dem Elfenbeinsammeln gewidmet hat. Zwei Reisende bringen die Kunde von der gefährdeten Situation Emin Paschas – so der Name Schnitzers nach seinem Übertritt zum Islam – im Aufstandsgebiet nach Europa. Sie löst in England und in Deutschland, wo sich die Kolonialenthusiasten und –vereine bereits seit längerem auf Erwerbungen in Ostafrika konzentrieren, hektische Betriebsamkeit aus. In Deutschland wird im Juni 1888 ein „Emin Pascha-Komitee“, in England bereits zwei Jahre zuvor das „Emin Bey Relief Committee“ gegründet mit dem Ziel, Emin Pascha zu befreien und bei dieser Gelegenheit dessen „Rechte“ in Ostafrika zu übernehmen. Das deutsche Unternehmen, für das Carl Peters als Führer gewonnen wird, wird durch eine intensive Werbekampagne bekannt gemacht, die Emin Pascha als „kühnen Bannerträger christlicher Gesittung in Mittelafrica“ und „Held von Wadelei“ preist, der im afrikanischen Busch rein humanitäre und nicht, wie der schnöde englische Konkurrent um diese Territorien, kommerzielle Interessen verfolge<sup>45</sup>. Als bald je-

<sup>43</sup> „Alldeutsche Blätter“ vom 18. Dezember 1898, zit. nach Erich Leupolt, *Die Außenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890–1909*, Leipzig 1933, 162.

<sup>44</sup> Das Folgende nach Müller, Deutschland – Zanzibar – Ostafrika (Anm. 41), 458–470; Adam Hochschild, *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen*, Stuttgart 2000, 126–144; Martin Duard, *Auf nach Afrika! Stanley, Livingstone und die Suche nach den Quellen des Nils*, München 2004.

doch wird von der deutschen Regierung abgebremst. Bismarcks oben zitiertes Diktum gegen ein weiteres Engagement in Ostafrika legt der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ und den Bismarck politisch nahestehenden Personenkreisen aus Schwerindustrie und konservativer Partei, die das „Rettungskomitee“ überwiegend tragen, Zügel an. Der Kanzler hält seinen jungen Dienstherrn, Wilhelm II., davon ab, sich an die Spitze des „Rettungskomitees“ zu stellen, und informiert darüber hinaus die englische Regierung, er wolle mit diesen Aktivitäten nichts zu tun haben und habe nichts dagegen, wenn Peters von englischen Kolonialbeamten in Ostafrika an der Durchführung seiner Mission gehindert werde. Damit ist er insofern erfolgreich, als Peters in der Tat von März bis Juni 1889 an der Küste aufgehalten wird; doch muß er erleben, daß die „Entrüstungskampagne“ der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ und vieler Nationalliberaler im Frühjahr und Frühsommer 1889 heftig gegen England und dessen Behinderung der Peters-Expedition, implizit gleichzeitig gegen ihn agitiert und damit einen „Aufstand der Kartellparteien gegen ihren Herrn und Meister“<sup>46</sup> inszeniert. Auch die „Kölnische Zeitung“, das führende nationalliberale Organ, distanziert sich im August 1889 unüberhörbar von Bismarcks Veröffentlichungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die der Expedition den obrigkeitlichen Segen entzogen haben: „Wenn es jemals eine Bewegung gegeben hat, welche ihren Ursprung und ihre Kraft den einfachsten und natürlichsten Trieben der Menschenbrust verdankt, so ist es [...] die Fronde, welche aus der gemäßigten Mitte der Kartellparteien gegen die beiden vielbesprochenen Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung emporstaucht“<sup>47</sup>.

Was in Deutschland niemand weiß, ist, daß die englische Konkurrenz bereits im Sommer 1888, als das deutsche Komitee gegründet wird, bei Emin Pascha eingetroffen ist. Dem Führer der englischen Rettungsexpedition nämlich ist sein damaliger Arbeitgeber, der belgische König Leopold II., bei der Vorbereitung zur Hilfe gekommen und hat ihm 1887 erlaubt, eine Expedition in Richtung Weißer Nil zu führen – unter der Bedingung, daß diese nicht von Ostafrika, sondern von der anderen Seite des Kontinents, von der Kongomündung nämlich, ausgeht, um Leopolds Privatkolonie, den sogenannten Freistaat Kongo, weiter zu erschließen. Das Unternehmen startet im März 1887, finanziert wird der schwer bewaffnete große Tross von 700 Afrikanern und neun Europäern von der Londoner „Times“, dem „New York Herald“, englischen imperialistischen Kreisen und der englisch-ägyptischen Regierung – eine internationale Mischfinanzierung, der Stanley Rechnung trägt, indem er keine Nationalflagge, sondern die Fahne des New

<sup>45</sup> Müller, Deutschland – Zanzibar – Ostafrika (Anm. 41), 464.

<sup>46</sup> Ebd., 467.

<sup>47</sup> „Kölnische Zeitung“ vom 23. August 1889, zit. nach: ebd., 468.

Yorker Yachtclubs vorantragen läßt. Die Expedition legt eine Schneise der Verwüstung quer durch Afrika, das mitgeführte Maximgewehr macht die von Stanley bereits zuvor praktizierte Nahrungsmittelbeschaffung durch Terror und Gewalt vollends verheerend. In England führen entsprechende Nachrichten zu einem starken Abkühlen der Emin-Pascha-Rettungsbegeisterung und zum Abrücken von Stanley, der bis dahin in England Kultstatus genossen hat. Als die Expedition im April 1888 bei Emin Pascha ankommt, ist sie in einem schlechten Zustand: um die Hälfte dezimiert, erschöpft und halb verhungert. Der zu Rettende muß sie erst einmal aufpäppeln und ist auch davon abgesehen nicht sehr erbaut, haben doch die Gewalttätigkeiten Stanleys in die mittlerweile beruhigte Region neue Unruhe gebracht. Dann allerdings entschließt er sich doch dazu, sich retten zu lassen, veranlaßt durch die Bedrohung, die von seinen eigenen meuternden Soldaten und den Leuten des Mahdi ausgeht. Unter Zurücklassung seines angehäuften Elfenbeinschatzes ziehen die beiden Europäer zusammen mit über 1.500 Personen, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, zum Südufer des Viktoriasees und von dort an die Küste, wo sie im Dezember 1889 eintreffen.

Daß der „Held von Wadelei“ von einem Engländer gerettet worden ist, ist für die deutschen Kolonialenthusiasten und Zeitungsleser ein Schock; daß er nach seiner Genesung von einem Schädelbruch, den er sich bei einem Fenstersturz nach einer feuchtfröhlichen Feier zugezogen hat, nicht dem Angebot der „Imperial British East Africa Company“ folgt, seine ehemalige Privatkolonie durch eine Expedition zurückzuerwerben, sondern Anfang des Jahres 1890 erklärt, in deutsche Dienste treten zu wollen, läßt ihn endgültig zu einer nationalen Lichtgestalt werden. Als der zu spät gekommene Leiter der deutschen Rettungsexpedition, Carl Peters, im Sommer 1890 mit den zusammengeraubten „Verträgen“ nach Deutschland zurückkehrt, auf deren durch Gewalt und Erpressung beförderten Abschluß er sich konzentriert hat, nachdem die Emin-Pascha-Rettungsaktion ausgefallen ist, hätte also das Ganze schon beinahe als Erfolg gelten können – wäre da nicht das Problem gewesen, daß die neue deutsche Regierung unter Kanzler Caprivi gerade den Fuß aus der ostafrikanischen Tür gezogen und allen auf weitere ostafrikanische Erwerbungen gerichteten Ambitionen einen Riegel vorgeschoben hat.

In Deutschland und weit über seine Grenzen hinaus hält noch der Paukenschlag nach, den die Entlassung Bismarcks am 20. März 1890 bedeutet hat. Nicht wenige, die Einblick in den erratischen Gang der Regierungsgeschäfte unter dem alternden Kanzler hatten, über den schon im Jahr zuvor gemunkelt worden ist, „daß er nicht mehr richtig im Kopfe sei“<sup>48</sup>, haben

---

<sup>48</sup> Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hrsg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2, Stuttgart / Leipzig 1906, 456 (Eintrag vom 24. Juni 1889).

genau darauf gewartet. Friedrich von Holstein, dem Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, ist Bismarcks Regierungsstil bereits 1886 bedenklich erschienen:

„Seine Art zu arbeiten wird mehr und mehr dilettantenhaft und unzusammenhängend. Er denkt, in einer halben Stunde beim Frühstück kann er die Welt regieren, den übrigen Tag faulenzt er oder diktirt müßige Zeitungsartikel, die alle viel besser ungeschrieben blieben“<sup>49</sup>.

Daß Bismarck seit 1888 „aus der Ferne dem Triumphzug des jungen Kaisers mit den Empfindungen einer versauerten alten Kokette“ folgt<sup>50</sup>, hat nicht nur im Auswärtigen Amt Zweifel geweckt, ob das neue Führungsgepann an der Reichsspitze und in Preußen zur Zusammenarbeit fähig sein wird. Insofern klärt die Entlassung Bismarcks die Verhältnisse durchaus in einer von vielen erhofften Weise. Sie lichtet allerdings auch die Reihen der Führungspersönlichkeiten einmal mehr, die als Garanten von Kontinuität und Stabilität fungieren, und in die schon die kurz aufeinanderfolgenden Tode Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs III. empfindliche Lücken geschlagen haben. Nachdem im April des folgenden Jahres auch noch Generalfeldmarschall von Moltke gestorben ist, notiert die Baronin von Spitzemberg in ihrem Tagebuch:

„Mein erster Gedanke war, warum hat es dem Fürsten [Bismarck, U.D.] nicht auch so gut gehen können wie dem alten Kaiser und diesem seinem Genossen, daß er hinweggenommen wurde mit dem Ruhmesschimmer ums Haupt, mit unverwelktem und unbestrittenem Lorbeerkrantz! [...] Aber wie wird des alten Moltke ehrwürdige und charakteristische Gestalt den Zeitgenossen fehlen, und wie ernst macht die Empfindung, daß mit seinem Scheiden abermals einer von jenen mächtigen Türmen gesunken ist, die unser Deutschland gegen Hass und Neid von außen schützen“<sup>51</sup>!

Weit davon entfernt, in das ihm von seiner kritischen Verehrerin Spitzemberg gewünschte ruhmvolle Grab gesunken zu sein, ragt zu diesem Zeitpunkt, im Frühjahr 1891, Bismarcks turmhohe Gestalt drohender auf denn je. Allerdings schreckt sie weniger die Feinde außerhalb von Deutschlands Grenzen als diejenigen, die der Kanzler im Unruhestand mittlerweile innerhalb von Deutschlands Grenzen identifiziert und aufs Korn genommen hat – nämlich seinen Nachfolger Caprivi und dessen Dienstherrn, Kaiser Wilhelm II. Der von Bord gegangene Lotse ist auf Kollisionskurs gegangen, und um ihn sammelt sich die „Bismarck-Fronde“, die weit über den Tod ihres Schirmherrn hinaus Wilhelm II. und seinen Kanzlern das Regieren erschweren und dem Kaiserreich eine konservative Opposition bescheren wird, de-

<sup>49</sup> Friedrich von Holstein: Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau, hrsg. v. Helmut Rogge, Berlin 1932, 143 (Eintrag vom 15. Oktober 1886).

<sup>50</sup> Ebd., 151 (Eintrag vom 15. Oktober 1888).

<sup>51</sup> Spitzemberg, Tagebuch (Anm. 35), 294 f. (Eintrag vom 25. April 1891).

ren Radikalität auch in den konstitutionellen Monarchien und parlamentarisch verfaßten Staaten Europas um 1900 ihresgleichen sucht. Diese aus völlig heterogenen Kreisen gebildete Opposition eint kein Programm, sondern nur der sich aus unterschiedlichen Quellen speisende „Reichskatzenjammer“<sup>52</sup>, den Caprivi – von dem der Ausdruck stammt – und Wilhelm II. auf sich ziehen: In ihn stimmen die ostelbischen Großagrarier ein, die von Caprivi's Handelsvertragspolitik enttäuscht sind, und die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, die Wilhelms II. Arbeiterschutzpolitik ablehnen; die von Bismarcks Entlassung entsetzten Bildungsbürger reihen sich ebenso ein wie weite Teile der Beamenschaft und des Offizierskorps; Vertreter der kleineren deutschen Staaten suchen in Bismarcks langem Schatten Schutz vor einem befürchteten Erstarken des Reichszentralismus, und die Kolonialenthusiasten strömen ihrem früheren Feind zu, weil Bismarck nach seiner Entlassung zum vernichtendsten Kritiker einer kolonialabstinenten Politik wird, wie er sie in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre selbst betrieben hat.

Der Anlaß für Bismarcks kolonialpolitischen Kurswechsel ist der erste Regierungsakt des „neuen Kurses“ auf außenpolitischem Gebiet – derselbe, über welchen sich der aus Afrika zurückkehrende Carl Peters im Sommer 1890 entrüstet. Das deutsch-englische Kolonialabkommen über Helgoland und Sansibar vom 1. Juli 1890, das Resultat von Verhandlungen, die bereits unter Bismarcks Kanzlerschaft begonnen haben und jetzt von Caprivi mit voller Rückendeckung durch den Kaiser zum Abschluß gebracht worden sind, regelt die in Afrika zwischen den beiden Mächten offenen Grenzfragen. Die deutsche Regierung verzichtet auf Ansprüche jenseits der nunmehr festgelegten Grenze Deutsch-Ostafrikas inklusive derjenigen auf Uganda und Wadelei und akzeptiert die Errichtung eines britischen Protektorats über Sansibar; die bestehenden Grenzen von Togo und Kamerun werden bestätigt, Deutsch-Südwestafrika erhält einen Zugang zum Sambesi (den sogenannten Caprivizipfel). Im Gegenzug geht Helgoland, das seit 1807 zu England gehört hat, in deutschem Besitz über. Das wichtigste Motiv der deutschen Regierung für diese afrikanische Selbstbescheidung ist, wie Caprivi in der Denkschrift ausführt, mit welcher er Ende Juli 1890 auf die nach und nach laut werdende Kritik reagiert, der Wunsch nach verbesserten Beziehungen mit England beziehungsweise der Versuch, eine französisch-englische Annäherung zu Lasten Deutschlands zu verhindern.

Mit dieser Einlassung bringt Caprivi die Lawine erst richtig ins Rollen. Bislang beschränkt sich die Kritik am Helgoland-Sansibar-Vertrag, dessen Inhalt Mitte Juni in der Presse bekanntgegeben worden ist, überwiegend auf die radikale Fraktion der „Kolonialfexe“<sup>53</sup> etwa auf der Tagung des Ver-

<sup>52</sup> Ebd., 293 (Eintrag vom 19. März 1891).

eins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Leipzig noch im selben Monat, wo der Redner, Geheimrat Wislicenius, starke Töne anschlägt: „Es gelte jetzt bei aller Loyalität unsern Kaiser zu warnen, damit er keines Titelchens seines und seines Volkes Rechte sich begäbe“<sup>54</sup>. Und Ende Juni veröffentlichen mehrere große deutsche Blätter eine Erklärung von vier in der Schweiz ansässigen Reichsdeutschen, die zum allgemeinen Volksaufstand gegen den Vertrag auf- und der Welt und dem deutschen Kaiser drohend zurufen:

„Wer kann ein Volk von 50 Millionen, das seine beste Kraft dem Kriegsdienst weihet, das jährlich über eine halbe Milliarde für Kriegswesen ausgibt, wer kann ein solches Volk daran hindern, einen Vertrag zu zerreißen, der offenkundig dazu dienen soll, die kommenden Geschlechter um ihr Erbteil am Planeten zu betrügen?! Wahrlich, zu groß wären unsere Opfer an Blut und Geld, wenn unsere militärische Macht uns nicht einmal die Möglichkeit verschaffte, unser gutes Recht auch da geltend zu machen, wo es die hohe Genehmigung der Engländer nicht findet.

Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegenführen zu lassen; aber wir können dafür auch verlangen, daß uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht. *Deutschland, wach' auf!*<sup>55</sup>!

Das kolportierte Diktum des Erzrivalen Henry Morton Stanley, Deutschland habe mit dem Vertrag einen neuen Anzug für einen alten Hosenknopf hingegeben, heizt die dieser Einschätzung voll entsprechende Stimmung der radikalen Kolonialenthusiasten weiter an, die sich zunehmend mit dem in Kolonialfragen jederzeit aktivierbaren antienglischen Ressentiment verbindet. Von Hannover aus verschickt der damals 25jährige Alfred Hugenber, der spätere Direktoriumsvorsitzende des Krupp-Konzerns und Begründer eines deutschen Medienimperiums, Werbebriefe, die zur Gründung eines nationalen Vereins aufrufen, welcher eine Gegenöffentlichkeit gegen Maßnahmen der Regierung wie den Helgoland-Sansibar-Vertrag herstellen soll. Aus diesen Aktivitäten geht die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Verbandes“ im April 1891 hervor, der sich am 1. Juli 1894 in „Alldeutscher Verband“ umbenennen wird. Die Alldeutschen werden nie eine Massenorganisation werden, allerdings als „Franktireurs in Sachen der auswärtigen Politik“.

<sup>53</sup> So titulieren die „Historisch-politischen Blätter“ 1890 die Kolonialenthusiasten, zit. nach *Manfred Sell, Das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Helgoland und die afrikanischen Kolonien im Lichte der deutschen Presse*, Berlin/Bonn 1926, 87.

<sup>54</sup> Zit. nach *Sell, Das deutsch-englische Abkommen* (Anm. 53), 61.

<sup>55</sup> Zit. nach *Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954, 7. Siehe zum Helgoland-Sansibar-Vertrag und den Reaktionen auf ihn auch *Heinz Schneppen, Sansibar und die Deutschen. Ein besonderes Verhältnis 1844–1966*, Münster [u. a.] 2003, 353–395.

tigen Politik“<sup>56</sup> durch ihre gezielte und erfolgreiche Pressepolitik einen erheblichen Einfluß auf den Gang der Geschichte nehmen; auch wenn sie in Deutschland nie aus der kolonialfanatischen, antisemitischen und unverhohlen kaiserkritischen Schmuddelecke herauskommen werden, werden es nicht zuletzt ihre schrillen Töne sein, die das Deutschlandbild des Auslands – das schon seit Bismarcks Reichseinigungskriegen beschädigt ist – bis 1914 negativ einfärben<sup>57</sup>. Und in den letzten Jahren vor 1914 werden es ihre außenpolitischen Positionen sein, die sich rechts von SPD und Freisinn als mehrheitsfähig erweisen.

Doch auch die seriösen Organe der deutschen Presse nationalliberaler und konservativer Provenienz kommentieren den Vertrag mit England zum Teil kritisch. Die nationalliberale „Münchener Allgemeine Zeitung“ nennt ihn „eine grobe Falle, in die die deutsche Diplomatie hineingeraten ist“<sup>58</sup>, berichtet über die antideutsche Stimmung der Helgoländer Bevölkerung und drückt eine aus einem englischen Blatt übernommene Falschmeldung, die besagt, Helgoland dürfe laut einer Klausel des deutsch-englischen Vertrags nicht befestigt werden<sup>59</sup> – was den Nutzen der Insel für die strategische Absicherung des Nordostseekanals hinfällig gemacht hätte. Dem widerspricht das liberale, den Vertrag begrüßende „Berliner Tageblatt“, das die „allseitige aufrichtige Freude“ der ins Reich heimkehrenden Helgoländer betont.<sup>60</sup> Die Frage wird durch die Londoner „Pall Mall Gazette“ entschieden, eines der wenigen vertragskritischen englischen Blätter: Sie führen eine Volksbefragung in Helgoland durch, die wunschgemäß ergibt, daß die dortige Bevölkerung nicht zu Deutschland überwechseln will, was ebenfalls Eingang in die deutschen Blätter findet<sup>61</sup>. Die freikonservativen „Preußischen Jahrbücher“ Hans Delbrücks befinden: „Die englische Unverschämtheit Deutschland gegenüber hat sich bei der Teilung Afrikas hinlänglich gezeigt“<sup>62</sup>, begrüßt jedoch die Bemühungen der deutschen Politik um eine konfliktreduzierende Politik gegenüber England. Auch andere nationalliberal beziehungsweise konservativ ausgerichtete Blätter schwanken zwischen Zustimmung und Ablehnung und spiegeln damit den Riß wider, der sich durch die entsprechenden Fraktionen zieht. Zentrumsnahe und

<sup>56</sup> Hans Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“ im Mai 1904, zit. nach *Leupolt*, Außenpolitik (Anm. 43), 151.

<sup>57</sup> Um nur einen der zahlreichen zeitgenössischen Belege für diese Rolle des Alldeutschen Verbandes anzuführen: Hans Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“ im August 1905, zit. nach *Leupolt*, Außenpolitik (Anm. 43), 151.

<sup>58</sup> „Münchener Allgemeine Zeitung“ vom 22. Juni 1890, zit. nach *Sell*, Das deutsch-englische Abkommen (Anm. 53), 67.

<sup>59</sup> „Münchener Allgemeine Zeitung“ vom 20. und 23. Juni, zit. nach *ebd.*, 42.

<sup>60</sup> „Berliner Tageblatt“ vom 19. Juni 1890, zit. nach *ebd.*, 42 f.

<sup>61</sup> *Ebd.*, 43.

<sup>62</sup> „Preußische Jahrbücher“ im August 1890, zit. nach *ebd.*, 99.

freisinnige Organe befürworten das Abkommen, sozialdemokratische Stimmen verweisen darauf, „daß die Eingeborenen gar nicht darnach gefragt werden, ob sie mit dieser gewaltsamen Annexion überhaupt zufrieden sind“<sup>63</sup>, und markieren allgemein ihre Distanz gegenüber kolonialen Fragen.

Es ist seit Anfang des Jahres 1891 die Bismarck-Fronde, die die chauvinistisch-kolonialenthusiastischen Kreise mit dem größeren Teil der Rechtsparteien zu einer explosiven Mischung amalgamiert, deren systemkritische und englandfeindliche Sprengkraft weit über das Meinungsghetto der „Alldeutschen“ hinausreichen wird. Im Regierungslager verbleiben nach der durch den Helgoland-Sansibar-Vertrag aufgerissenen Spaltung der jeweils kleinere Teil der Konservativen und Nationalliberalen sowie das Zentrum – was die als Reichsfeinde verschrienen Katholiken und die wegen ihrer demokratischen Tendenzen beargwöhnten Linksliberalen zur wichtigsten Stütze des „neuen Kurses“ werden läßt. Anlaß für diese unerwartete Umgruppierung des politischen Kräftefelds ist Capravis Flucht nach vorn. In der Reichstagssitzung vom 5. Februar 1891 nimmt der Kanzler Zuflucht bei seinem Vorgänger, um seine Afrikapolitik zu rechtfertigen; er zitiert aus den Akten eine Marginalie Bismarcks von 1888: „England ist für uns wichtiger wie Sansibar und Ostafrika“<sup>64</sup>. Bismarck reagiert in den „Hamburger Nachrichten“, indem er sich dagegen verwahrt, für die Handlungen seines Nachfolgers verantwortlich gemacht zu werden, dem Kaiser die Verantwortung für den Helgoland-Sansibar-Vertrag zumißt und England als dessen Nutznießer bezeichnet.

Es ist diese erste – aber keineswegs letzte – Kaskade öffentlicher Kritik Bismarcks am „neuen Kurs“ und an Wilhelm II., die den Beginn systemkritischer Opposition von rechts und ihrer medialen Verbreitung markiert. Die veröffentlichte Meinung des wilhelminischen Kaiserreichs ist ab jetzt eine zutiefst gespaltene, und das wird sie bis 1914 bleiben. Die radikalen Kolonialenthusiasten im allgemeinen und die Alldeutschen im besonderen – die Bismarck 1895 zu seinem 80. Geburtstag die Ehrenmitgliedschaft verleihen – gerieren sich ab jetzt als Hüter von Bismarcks Erbe, was ihnen Akzeptanz in den breiten Schichten verschaffen wird, die den nach Bismarcks Tod 1898 einsetzenden Kult um den Reichsgründer und dessen nachgerade mythische Verklärung tragen<sup>65</sup>. Was Wilhelm II. betrifft, so wird er das Odium, deutsche Interessen an England zu verraten, an dessen Untermauerung Bis-

<sup>63</sup> Zit. nach ebd., 96.

<sup>64</sup> Zit. nach Hank, Kanzler (Anm. 32), 450 f. Zur Rolle Bismarcks in diesem Zusammenhang ebd., 279 – 287, 447 – 454.

<sup>65</sup> Siehe hierzu *Roger Chickering, We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886 – 1914*, Boston [u. a.] 1984, 93 – 97, und *Rainer Hering, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003, 228 – 234.

mark auch in Zukunft weiter arbeiten wird, nie wieder loswerden. Und was Deutsch-Ostafrika betrifft, so wird seine „Einschnürung“ durch die englische Politik im folgenden für die deutsche Außenpolitik ebenso wie im Lager ihrer Kritiker zu einem Fall englischer Einkreisung *avant la lettre*<sup>66</sup>.

Der „neue Kurs“ beginnt in der Tat als Kollisionskurs – aber nicht, wie häufig zu lesen, einem solchen des auf „Weltpolitik“ erpichten jungen Kaisers mit dem Ausland; was hier kollidiert, ist eine auf imperiale Selbstbeschränkung und Verständigung mit England ausgerichtete Politik mit der unheiligen Allianz von Bismarck-Fronde, imperialen Pressure-groups und einer für afrikanische Heldenepen eingenommenen veröffentlichten Meinung.

## II. Zwischen zwei Stühlen: Burenkrieg und deutsch-englische Beziehungen

Ironischerweise sind es ausgerechnet zwei für ihre geschickte Pressepolitik berühmte Politiker beiderseits des Kanals, nämlich Joseph Chamberlain und Bernhard von Bülow, deren Reden während des Burenkriegs in der jeweils anderen Presselandschaft „einschlagen“ – buchstäblich wie mediopolitische Bomben, deren Detonation von ebenso unbeabsichtigter wie nachhaltiger Wirkung auf die deutsch-britischen Beziehungen ist. Am Tag nach der Abreise des deutschen Kaisers und seines Staatssekretärs Bülow aus England im November 1899 hält der englische Kolonialminister am 30. November in Leicester eine Rede, die eine mögliche „new Triple Alliance between the Teutonic race and the two great branches of the Anglo-Saxon Race“<sup>67</sup>, also England und den USA, in den Bereich des Möglichen rückt. Wahrscheinlich geschieht dies noch unter dem Eindruck einer der berüchtigten Charme-Offensiven Wilhelms II. und der positiven Resonanz, die der hohe Besuch in den englischen Zeitungen gefunden hat. Sogar die der deutschen Politik kritisch gegenüberstehende Londoner „Times“ hatte lobende Worte für den Kaiser gefunden – die allerdings gleichzeitig wenig schmeichelhaft für das übrige Deutschland und dessen seit Beginn des Burenkriegs im Oktober sehr englandkritische veröffentlichte Meinung sind: „[...] we

<sup>66</sup> Siehe zu den Auseinandersetzungen über den englisch-belgischen Kongovertrag vom Mai 1894, in welchen die Frage der wechselseitigen Isolierung zum politisch-publizistischen Thema der deutsch-englischen Beziehungen wurde und in deren Verlauf die deutsche Regierung sich über die englische „Abschnürung“ etc. Deutsch-Ostafrikas beklagte, u. a. *Theodor A. Bayer*, England und der Neue Kurs 1890–1895, Tübingen 1955, und *Michael Fröhlich*, Von Konfrontation zur Koexistenz. Die deutsch-englischen Kolonialbeziehungen in Afrika zwischen 1884 und 1914, Bochum 1990.

<sup>67</sup> „Times“ vom 1. Dezember 1899, zit. nach *Rüdiger Schütz*, Die deutsch-englische Entfremdung im Spiegel der britischen Presse von 1897–1903, Diss. Aachen 1969, 128.

see in the Emperor, whose sagacity and large foresight so potently mould the policy of Germany, the counterpoise to the narrow enmity based greatly upon prejudices so antiquitated as to deserve the name of superstitions, and upon ignorance so obvious as to provoke our mirth rather than our resentment“<sup>68</sup>.

Nicht nur im deutschen Kaiserreich geht die allgemeine Parteinahme für die Buren mit einer Woge medialen Ressentiments gegen England einher; in Belgien werden sie einige Monate später, im April 1900, sogar zu einem Attentatsversuch auf König Edward und seine Frau während ihres Besuchs in Brüssel führen, ausgeführt durch einen burenbegeisterten 15jährigen Belgier. Doch nur der deutsche Monarch besucht gerade jetzt seine englischen Verwandten – das Datum war bereits im Sommer 1899 festgelegt worden – und nährt damit die seit dem Helgoland-Sansibar-Vertrag von 1890 in Deutschland gehegten Zweifel an seiner Bereitschaft, nationale über familiäre Belange zu stellen<sup>69</sup>. Diese Zweifel waren im Januar 1896 vorübergehend zum Schweigen gebracht worden, als Wilhelm II. Paul Krüger, dem Präsidenten von Transvaal, seinen Glückwunsch zur erfolgreichen Niederschlagung des von Cecil Rhodes initiierten Jameson Raid übermittelte; dies war in Deutschland als Signal für eine entschiedene Parteinahme des Kaisers gegen England gewertet worden – und in England ebenso: Die Londoner Presse, allen voran die „Times“, hatte extrem negativ auf diese Geste reagiert; ein durch Zeitungslektüre, antideutsche Pamphlete und Haßlieder hysterisierter Mob hatte deutsche Läden in der City demoliert; die First Royal Dragoons, das englische Regiment des deutschen Kaisers, hatten sein Porträt in Stücke gehackt und verbrannt<sup>70</sup>. Und gerade die seither zum chauvinistischen Symbol gewordene starke deutsche Position zugunsten der Burenrepubliken wird jetzt, angesichts von deren sehr viel existentiellerer Bedrohung durch die englische Macht, von Wilhelm höchstpersönlich davouiert.

Und nur in Deutschland, dies eine weitere Besonderheit der öffentlichen Aufregung im Kaiserreich angesichts des Burenkriegs, gibt es eine durch die Bismarck-Fronde geadelte radikalkonservative Monarchiekritik, die

<sup>68</sup> „Times“ vom 20. November 1899, zit. nach ebd., 121.

<sup>69</sup> Bülow an Hatzfeldt, 14. Dezember 1899, in: Die geheimen Papiere Friedrich von Hosteins, hrsg. v. *Norman Rich / M. H. Fisher*, Bd. IV, Göttingen [u. a.] 1963, 152 f. Siehe zur Medienberichterstattung während des Burenkriegs GP XVII, Kap. CXI, S. 183–237; *Wilhelm Treue*, Presse und Politik während des Burenkrieges, in: Berliner Monatshefte. Zeitschrift für Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges 11 (1933), 786–804; *Schütz*, Deutsch-englische Entfremdung (Anm. 67); *Johannes Dreyer*, Deutschland und England in ihrer Politik und Presse im Jahre 1901, Berlin 1934, ND Vaduz 1965; *Rosenbach*, Das Deutsche Reich (Anm. 36), 290–305; *Lothar Reinermann*, Der Kaiser in England. Wilhelm II. und sein Bild in der britischen Öffentlichkeit, Paderborn [u. a.] 2001, 180–262.

<sup>70</sup> *Hank*, Kanzler (Anm. 32), 459.

nunmehr, unterstützt durch Herbert von Bismarck, den Sohn des 1898 gestorbenen Ex-Kanzlers<sup>71</sup>, erneut lanciert, daß der mit der englischen Dynastie so eng verbundene Monarch ein allerhöchstes Sicherheitsrisiko darstellt. Bülow trägt nach seiner Rückkehr aus England der aufgeregten veröffentlichten Meinung in Deutschland – wohl wissend, daß englische Pressekommentare wie der oben zitierte auf die deutschen Zeitungen gewirkt haben wie ein rotes Tuch<sup>72</sup> – auf seine Art Rechnung. In seiner Reichstagsrede vom 11. Dezember übergeht er das Chamberlainsche Angebot mehr oder weniger, indem er sich auf einige abständige Sätze zum deutsch-englischen Verhältnis beschränkt, bittet jedoch gleichzeitig den deutschen Botschafter in London, Hatzfeldt, der englischen Regierung mitzuteilen, daß man sich in Berlin von jeder potentiellen kontinentalen Verbindung gegen England fern halten würde.

Bei dieser Doppelstrategie beläßt es Bülow auch in den folgenden Monaten: Seine und des Kaisers Versicherungen, der englischen Regierung entschieden freundschaftlich gesonnen zu sein, bleiben der privaten und internen Kommunikation vorbehalten; Bülows öffentliche Äußerungen sind nach Auffassung des englischen Botschafters in Berlin, Lascelles, „streng korrekt“, jedoch „durch eine große Kälte gegen England charakterisiert“<sup>73</sup>. Was hüben dazu dient, die eigene Medienlandschaft zu beruhigen, hat drüben, wie Lascelles im Auswärtigen Amt zu bedenken gibt, den gegenteiligen Effekt:

„[...] auch in England gebe es eine öffentliche Meinung, auf die man Rücksicht nehmen müsse und die sich ihr Urteil nur nach dem, was sie wisse, bilden könne. Die Privatgespräche des Grafen Bülow mit mir und namentlich die Mitteilungen, die der Kaiser mir häufig zu machen geruht habe, könnten unmöglich veröffentlicht werden. Ich gäbe durchaus zu, da diese höchst befriedigend gewesen seien, aber die öffentliche Meinung Englands könne nur nach öffentlichen Äußerungen urteilen, die, wie ich zu meinem Bedauern sagen müsse, nicht ermutigend gewesen seien“<sup>74</sup>.

Die veröffentlichte Meinung Englands hatte schon auf die kühle Replik Bülows auf Chamberlains Rede in Leicester mit einem Temperatursturz reagiert. Nachdem um die Jahreswende 1900 die „Bundesrath“ und zwei weitere deutsche Schiffe von der britischen Navy vor der afrikanischen Küste aufgebracht und nach Konterbande für die Burenrepubliken durchsucht worden sind, ist die Stimmung auch bisher pro-deutscher Blätter eisig ge-

<sup>71</sup> Bülow an Holstein, 28. November 1899, in: *Rich / Fisher*, Die geheimen Papiere Friedrich von Hosteins (Anm. 69), 150 ff., hier 152.

<sup>72</sup> Bülow an Hatzfeldt, 14. Dezember 1899, in: *ebd.*, 152.

<sup>73</sup> Lascelles an Salisbury, 1. August 1900, in: Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898–1914, hrsg. v. G.P. Gooch / Harold Temperley (im folgenden zitiert: BD), Bd. 2, Teilbd. 1, Berlin 1928, 11.

<sup>74</sup> *Ebd.*

worden. Das ist einerseits eine Reaktion auf die empörten deutschen Pressemeldungen, in denen etwa, wie in der konservativen „Post“ vom 6. Januar 1900, unter dem Eindruck der „Bundesraths-Affäre“ der Untergang der deutschen Handelsflotte prognostiziert wird, die, ohne weitere deutsche Flottenrüstung, einer ungenannten größeren Seemacht – also England – hilflos ausgeliefert sein würde.<sup>75</sup> Andererseits ist in den englischen Blättern völlig richtig vermutet worden, daß die deutsche Regierung das aufwallende antienglische Ressentiment für die Einbringung der zweiten Flottenvorlage ausgenutzt hat, statt ihm entgegenzuwirken. Die Folge ist eine das ganze Jahr 1900 hindurch ausgeprägt negative Umgangsweise der Medien der beiden Länder miteinander und mit der Politik des jeweils anderen Staates.

Es ist die große Zeit der Ressentiment-Publizistik in allen denkbaren Darreichungsformen: Zeitungskommentare und Romane, Zirkusdarbietungen und plattdeutsche Bühnenstücke, Kinderbücher, Karikaturen und Gedichtsammlungen, religiöse Traktate und antikapitalistische Kampfschriften geißeln den, wie es heißt, durch Raff- und Goldgier motivierten Krieg des mächtigen Albion gegen den niederdeutschen David am Kap. Am 1. Dezember 1900 versammelt sich eine von der Burenbegeisterung euphorisierte Menge am Kölner Hauptbahnhof, um der Burendelegation einen jubelnden Empfang zu bereiten, die unter Führung von „Ohm“ Krüger gerade auf Europatournee ist. Zu Schaden kommen im Gedränge nicht nur zahlreiche Personen, die mehr oder weniger starke Verletzungen erleiden, unter Druck gerät auch die deutsche Regierung und der Kaiser, nachdem bekannt wird, daß die Delegation auf keinen Empfang in Berlin rechnen kann. Selbst das liberale „Berliner Tageblatt“ urteilt, daß dies angesichts der Tatsache, daß Krüger kurz zuvor in Paris von Präsident Loubet empfangen worden ist, einen Affront nationaler Gefühle darstelle und jeden Deutschen beschäme<sup>76</sup>. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gibt der allgemein gehegten Vermutung Ausdruck, Berlin habe sich wieder einmal englischen Vorgaben gefügt – tatsächlich ist die deutsche Regierung einem entsprechenden Wunsch aus London zuvorgekommen –, und stellt die rhetorische Frage, wie eine Großmacht so tief sinken könne, daß sie in London darüber entscheiden läßt, wen sie empfängt. Zahlreiche nationalliberale Blätter fordern, der Reichstag möge offiziell dementieren, daß die Audienz Krügers in Berlin in Rücksichtnahme auf englische Gefühle abgesagt worden sei<sup>77</sup>. Bülow leistet dem Folge, indem er in einer Reichstagsrede am 12. Dezember die Unterstellung zurückweist, die deutsche Neutralitätspolitik im Burenkrieg sei durch die verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Herrscherhäuser bestimmt<sup>78</sup>. Kurzum: In der Forderung nach sofortiger Beendigung des Buren-

<sup>75</sup> Wiedergegeben nach *Carroll, Germany* (Anm. 30), 455.

<sup>76</sup> „Berliner Tageblatt“ vom 6. Dezember 1900, zit. nach *Hale, Publicity* (Anm. 30), 232.

<sup>77</sup> *Ebd.*

kriegs und der Kritik an der als englandhörig empfundenen deutschen Reichsleitung finden sich, wie Wilhelm II. im Dezember 1900 diese merkwürdige Stimmungskoalition zusammenfaßt, „Alldeutsche, Antisemiten und Sozialisten“<sup>79</sup> zusammen. Der von Bebel populär gemachte Witz über den Kaiser, der nur Gott und seine Großmutter fürchte, kursiert in allen deutschen Landen<sup>80</sup>.

Als die Großmutter, Königin Victoria, Anfang 1901 stirbt und Wilhelm II. am 19. Januar nach England reist, um sie noch einmal zu sehen, zeigt sich, daß das Ende der nach oben offenen Entrüstungsskala der veröffentlichten deutschen Meinung noch lange nicht erreicht ist. Der Kaiser, dem seine spontane Geste ebenso wie sein diesmal ebenso takt- wie gefühlvolles Benehmen größte öffentliche Anerkennung auch derjenigen englischen Blätter einträgt, die ihn gerade noch verketzt haben, dehnt seinen Besuch bis zum 5. Februar aus, so daß er noch am Begräbnis Königin Victorias teilnehmen kann. Damit fallen in Deutschland nicht nur die Feierlichkeiten zu seinem Geburtstag aus, sondern auch die lange geplanten 200-Jahr-Feiern des Bestehens des preußischen Staates. Beides wird in den deutschen Medien mit unüberhörbar kritischen Tönen quittiert, die dadurch, daß Wilhelm dem „Burenbezwinger“ Feldmarschall Roberts den höchsten preußischen Orden, den Schwarzen Adlerorden, verleiht und seinerseits zum englischen Feldmarschall ernannt wird, nicht gerade besänftigt werden. Anlässlich seiner Rückkehr läßt, dies ist aussagekräftiger als alles andere, ausgerechnet die konservativ-behäbige preußische „Kreuzzeitung“ einen publizistischen Warnschuß an ihren Monarchen ertönen. Unter der Überschrift „Zur Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers“ drückt sie ihren Wunsch aus, daß das starke preußische Königtum „uns auf die Dauer erhalten bleiben möge“, und fährt fort:

„Das wird der Fall sein, wenn die alte preußische Treue, die sich in den Zeiten der Anfechtung zu Anfang des vorigen Jahrhunderts so glänzend betätigt hat, nicht ins Wanken kommt, wenn das Volk weiß, daß es unter der Leitung seiner Herrscher nichts zu fürchten hat, und wenn sich die Überzeugung erhält, daß der Monarch aus den Tiefen der Volksseele zu schöpfen versteht. [...] Ist es heute noch so? Diese Frage kehrt in zahlreichen Briefen wieder, die uns in neuerer Zeit aus den Kreisen, an deren überzeugter Königstreue in keiner Weise gezweifelt werden darf. Gerade die schweren Sorgen, die in den Zuschriften zum Ausdruck kommen, verbieten uns, über sie mit Schweigen hinwegzugehen. Diese Sorgen beziehen sich namentlich auf die weitgehenden Aufmerksamkeiten, die unser Kaiserlicher Herr einzelnen Personen und Einrichtungen erwiesen hat. Man versteht es im Volke nicht, so wird gesagt, daß Se(ine) Maj(estät) der Kaiser, indem er seine Ernennung zum bri-

<sup>78</sup> Johannes Penzler (Hrsg.), Graf Bülow's Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik, Bd. 1, Leipzig 1903, 171.

<sup>79</sup> Zit. nach Rosenbach, Das Deutsche Reich (Anm. 36), 303.

<sup>80</sup> Hale, Publicity (Anm. 30), 232.

tischen Feldmarschall dem Lord Roberts mitteilte, diesem Heerführer der Engländer gegen die Buren eine in ihrer Art einzig dastehende Auszeichnung erwies [...].

Wir sind der Meinung, daß derartige Äußerungen volle Beachtung verdienen, zumal in ihnen [...] ein in die Tiefe reichendes Empfinden des Volkes zum Ausdruck kommt. [...] Gerade wegen der gewaltigen Machtstellung, die der deutsche Kaiser und König von Preußen einnimmt, [...] halten wir uns für verpflichtet zu reden, wenn zu befürchten ist, daß Monarch und Volk einander nicht verstehen. Die Befürchtung, daß solches Mißverständen sich einstellt, rückt leider in greifbare Nähe, wenn ein tiefgehender Gegensatz zwischen den Empfindungen der Volksseele und den Handlungen des Monarchen in die Erscheinung tritt“<sup>81</sup>.

Diese Sätze kommen einer expliziten Aufkündigung der Gefolgschaftstreue durch das konservative preußische Zentralorgan schon ziemlich nahe. Selbst für den antipreußischen, adels- und militärkritischen Münchener „Simplicissimus“ wird in der Folgezeit die wohl am schlechtesten getimierte Ordensverleihung der preußischen Geschichte zu einem Skandal, der den teils berechtigten, teils weit übertriebenen Greuelgeschichten über die englische Kriegsführung in Südafrika an Schrecklichkeit gleichzukommen scheint. In den weniger reim- als meinungsstarken Versen Ludwig Thomas („Peter Schlemihl“) anläßlich der internationalen Debatten über die englischen Konzentrationslager im Sommer 1901:

*„Aus Südafrika.*

Wir hörten schon manches Stücklein melden / Zum ewigen Ruhme der englischen Helden.

Das beste blieb uns noch aufgehoben, / Wir durften sie heute aufs neue loben.  
Erbittert nach den empfindlichen Hieben, / Haben sie Weiber und Kinder zusammengetrieben.

Die mußten in glühender Sonne kampieren, / Wer's nicht vermochte, der konnte krepieren.

Die Mütter sahen die Kleinen sterben / Und mußten selber langsam verderben.  
[...]

Die es vollbrachten, sind Christen gewesen, / Die den Heiland tragen zu den Chinesen,  
Und die Bibel von hinten bis vorne kennen, / Und den lieben Gott ihren Duzfreund nennen.

Das Stücklein von den blutigen Hunden / Das Stücklein ist wahr! Nicht hat es erfunden

Ein märchenschreibender Zeitungslenker. / Und der es befohlen, der Weiberhenker,  
Der tapfere Roberts – die Wahrheit ist bitter – / Ist königlich preußischer Ordensritter<sup>82</sup>.

Sommer und Herbst 1901 entwickelt sich die Empörung der englischen und der deutschen Presselandschaft in wechselseitiger Reaktion aufein-

<sup>81</sup> „Neue Preußische Zeitung“ („Kreuzzeitung“) vom 8. Februar 1901 (Abendausgabe).

<sup>82</sup> „Simplicissimus“, 6. Jg., 1901/02, Nr. 16, 123.

ander immer weiter, heftige Anklagen und bitterböse Karikaturen deutscher Zeitungen über die Brutalität der englischen Kriegsführung werden jenseits des Kanals zitiert und reproduziert und ebenso heftig und bitterböse zurückgewiesen. Was sonst der medialen Kommunikation von Kriegsgegnern vorbehalten ist, nämlich die gegenseitige Denunziation wegen Verletzung der Regeln einer „zivilisierten“ Kriegsführung, wird in diesen Monaten zum Normalfall der Berichterstattung ganz ohne kriegerische Verwicklung miteinander. Anfang September druckt die „Times“ einen Leserbrief „Methods of Barbarism in 1870/71 and in 1900/1“, der auf der Grundlage der Tagebücher von Moritz Busch die deutsche Kriegsführung dreißig Jahre zuvor mit der englischen im Burenkrieg vergleicht und in Anknüpfung an welchen die „Times“ am selben Tag leitartikelt: „The Germans in fact went much further than we have ever done“.<sup>83</sup>

Amtlich werden diese in beiden Ländern als extrem ehrverletzend aufgefaßten Vorwürfe durch eine Rede des Kolonialministers Chamberlain in Edinburgh am 25. Oktober, in der er sich gegen die Kritik an der englischen Kriegsführung verwahrt und erklärt:

„I think that the time has come – is coming – when measures of greater severity may be necessary, and if that time comes we can find precedents for anything that we may do in the action of those nations who now criticize our ‚barbarity‘ and ‚cruelty‘, but whose example in Poland, in the Caucasus, in Almeria, in Tongking, in Bosnia, in the Franco-German war, we have never even approached“<sup>84</sup>.

Angesichts der quasi-sakralen Bedeutung des deutsch-französischen Kriegs als wichtigsten Bestandteils des Gründungsmythos des Deutschen Reichs ist die Folge abzusehen: Chamberlain ist in Deutschland ab sofort der bestgehaßte Politiker überhaupt, und das nicht nur in konservativen, militärischen und alddeutschen Kreisen. Wie der britische Außenminister, Lord Lansdowne, wohl zu Recht vermutet, speist sich die nachgerade hysterische Reaktion der deutschen Presse auf die Äußerungen nicht zuletzt auch daraus, daß die deutschen Zeitungsleser ebenso wie die Journalisten Opfer der häufig nicht nur die Tatsachen, sondern alle Vorstellungen übersteigenden Greuelstories der letzten Monate geworden sind:<sup>85</sup> Burenkinder tötende englische Hunde, Massensterben in Konzentrationslagern, Bauernfamilien, die von Dum dum-Geschossen zerschmettert werden – das versteht man außerhalb von England unter dessen Kriegsführung in Südafrika, und dies, so die Schlußfolgerung, wirft Chamberlain nun den deutschen Truppen von 1870/71 vor. Der Berliner „Times“-Korrespondent, George Saunders, der in einem am 2. November veröffentlichten Artikel ebenfalls auf die reißeri-

<sup>83</sup> „Times“ vom 3. September 1901, zit. nach Dreyer, Deutschland (Anm. 69), 42.

<sup>84</sup> Zit. nach Hale, Publicity (Anm. 30), 241.

<sup>85</sup> BD, Bd. 1, 2. Halbbd., Nr. 326: Marquess of Lansdowne an Herrn Buchanan, 26. November 1901, 423, und ebd., Nr. 328: ders. an dens., 3. Dezember 1901, 426.

schen deutschen Presseartikel über südafrikanische Greuel hinweist, konzidiert, daß sich die deutsche Armee 1870 / 71 beinahe so tadellos verhalten habe wie die englische im Burenkrieg<sup>86</sup>; er wird daraufhin selbst zu einem Lieblingsziel deutscher Presseartikel wenig freundlicher Art, was seine Berichterstattung aus Deutschland in den folgenden Jahren prägen wird. Koordinierte Versuche der deutschen wie der englischen Politik, Saunders aus Berlin abberufen zu lassen, weil sich seine Berichterstattung über die Ausfälle alldeutscher und anderer Blätter verheerend auf das Deutschlandbild der englischen Presse auswirkt, scheitern; die „Times“ hält an ihrem Korrespondenten fest.

In buchstäblich zahllosen Protestkundgebungen, die der Alldutsche Verband und die Veteranenverbände, Professoren und Studenten oder Geistliche einberufen, werden die heftigsten antienglischen Proklamationen verfaßt<sup>87</sup>. Aus den Zeitungskommentaren soll als Beispiel für viele, und zwar auch viel gröbere, die „Deutsche Zeitung“ erwähnt werden, die erklärt, bei dem Schraubenfabrikanten aus Birmingham – Chamberlain hat sein Vermögen als industrieller Selfmade-man gemacht – sei wohl selbst eine Schraube los<sup>88</sup>. Allgemein erhebt sich der Ruf nach Wiedergutmachung: Chamberlain solle sich öffentlich für seine Beleidigung der deutschen Soldatenehre entschuldigen.

Chamberlain tut nichts dergleichen. Er ist nicht der Meinung, etwas Beleidigendes geäußert zu haben, und in dieser Haltung fühlt er sich dadurch bestärkt, daß keines der anderen von ihm angesprochenen Länder so empfindlich reagiert. Außerdem ist er infolge der deutschen Angriffe in England zum allgemeinen Sympathieträger avanciert – was durch ein öffentliches Einlenken nur zu relativieren wäre. Für seine auf Stärkung des Empire ausgerichtete Politik, die in England durchaus umstritten ist, liefert die jetzt schrill wie nie intonierte deutsch-englische Entfremdung eine anfeuernde Hintergrundmusik, wie Chamberlain einige Wochen später an Alfred Milner schreibt:

„[...] on the whole, I think we are stronger than ever. You will have seen the outburst of feeling in connection with the German attacks upon our troops and race.

The movement of indignation has been irresistible and no doubt has strengthened us materially“<sup>89</sup>.

<sup>86</sup> „Times“ vom 2. November 1901, zit. nach *Hale, Publicity* (Anm. 30), 245.

<sup>87</sup> Siehe als ein Beispiel für viele Pamphlete und Kundgebungen, die die Zurückweisung von Chamberlains Kritik mit einer expliziten Schelte am Kaiser und der deutschen Politik verbinden, *Eugen von Enzberg, Protest gegen Chamberlain*, Berlin 1901. Den Hinweis auf diesen Text verdanke ich Andrea Berger.

<sup>88</sup> „Deutsche Zeitung“ vom 7. November 1901, zit. nach *Hale, Publicity* (Anm. 30), 245.

<sup>89</sup> Chamberlain an Milner, 20. Januar 1902, zit. nach *Rosenbach, Das Deutsche Reich* (Anm. 36), 296.

In Deutschland ist es Bülow, der, seit 1900 Reichskanzler, bemüht ist, den Tiger der öffentlichen Meinung zu reiten. Gegen den ausdrücklichen Rat Holsteins, des deutschen Botschafters in London, Metternich, und anderer hält er am 8. Januar 1902 im Reichstag „aus Gründen innerer Politik, d. h. der Popularität“<sup>90</sup>, eine bejubelte Rede, in der er mit einem abgewandelten Zitat Friedrichs II. von Preußen kämpferisch auf Chamberlain reagiert: „Laßt den Mann gewähren und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit“<sup>91</sup>.

Die „Granitbeißerrede“ wirkt auf die deutsch-englischen Beziehungen, wie Holstein es ausdrückt, wie „das Krüger-Telegramm in Taschenformat“<sup>92</sup> – weniger wegen des Gesagten als wegen des Nichtgesagten: Der Reichskanzler distanziert sich in dieser in England wie in Deutschland als programmatisch wahrgenommenen Stellungnahme in keiner Weise von den antienglischen Ausfällen der deutschen Presse und erweckt dadurch in England den Eindruck, er habe sich vor den Karren der alddeutschen und konservativen Englandgegner spannen lassen beziehungsweise, was im Endeffekt auf dasselbe hinausläuft, er spanne diese extreme Fraktion der deutschen politischen Landschaft vor seinen Karren. Dieser Eindruck verstärkt sich, als Bülow zwei Tage später eine nachgerade volksverhetzende antienglische Rede des Abgeordneten der Antisemitenpartei Max Liebermann von Sonnenberg eher matt zurückweist<sup>93</sup>. Hat bislang die englische Politik ungeachtet des Furors der veröffentlichten Meinung in Deutschland immer noch zwischen dieser und der pro-englischen Einstellung der deutschen Reichsleitung unterschieden, wird diese Differenzierung nunmehr hinfällig. Als Cecil Spring Rice im April 1902 London besucht, ist er über den vollständigen Einstellungswandel gegenüber Deutschland erstaunt: „Everyone in the (Foreign) office and out talks as if we had but one enemy in the world, and that (is) Germany. [...] The change in Chamberlain's mind is most remarkable“<sup>94</sup>. Eine Annäherung an Rußland beziehungsweise, so lange sich diese nicht als realisierbar erweist, an Japan und Frankreich bleiben jetzt die konkurrenzlosen Optionen; noch im Januar 1902 wird das Bündnis mit Japan abgeschlossen, dem gut zwei Jahre darauf die *Entente cordiale* mit Frankreich folgen wird. Die Konturen der Allianzen unter Ausschluß

<sup>90</sup> Rich / Fisher, Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins (Anm. 69), 223 (Eintrag vom 14. Januar 1902).

<sup>91</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 4, 1900/1903, 3209.

<sup>92</sup> Rich / Fisher, Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins (Anm. 69), 223 (Eintrag vom 14. Januar 1902).

<sup>93</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 4, 1900/1903, Sitzung vom 10. Januar 1902, 3275–3280.

<sup>94</sup> Letters and Friendships of Sir Cecil Spring Rice, Bd. 1, London 1929, 350, zit. nach Langer, Diplomacy (Anm. 17), 776.

Deutschlands und damit der realhistorische Kern der Einkreisung beginnen sich abzuzeichnen.

Dies ist jedoch nur einer der beiden Stühle, zwischen denen sich die deutsche Politik wiederfindet: „[...] indem wir freundlich handelten und unfreundlich redeten, setzten wir uns zwischen zwei Stühle (wir, d. h. Bülow)“, schreibt Holstein Ende November 1902 an seine Kusine. „Beide Teile schimpften auf uns, die Einen, weil zu wenig getan, die Andern, weil zu viel geredet und gedruckt worden war“<sup>95</sup>. Zu wenig getan – nämlich für die Burgen und gegen England – hat in den Augen eines stimmkräftigen Teils der veröffentlichten ebenso wie der privat formulierten Meinung in Deutschland allen voran der Kaiser. War Philipp Eulenburg, der Vertraute Wilhelms II., schon im Dezember 1899 in „Sorge wegen unseres geliebten Herrn“, dessen innenpolitische Lage „immer prekärer“ werde<sup>96</sup>, so urteilt er im Februar 1901 in einem Brief an seinen Freund Bülow über die negativen Folgen des langen Englandaufenthalts des Kaisers: „Die Stimmung gegen unsern lieben Herrn ist in Deutschland geradezu erschreckend“<sup>97</sup>! Und nur wenige Monate später konstatiert er hinsichtlich des auch aus einigen anderen Gründen zunehmend gespannten Verhältnisses zwischen den Konservativen und ihrem Monarchen, der Kaiser hielte die Konservativen für „überlebt“ und unfähig, die moderne Zeit zu verstehen, während die Konservativen ihrerseits durch ihre mit dem Feuer spielende Obstruktionspolitik gegen Wilhelm II. eine ungewollte politische Formwandlung durchliefen: „In nichts zeigt sich mehr der Fortschritt des demokratischen Gedankens als in der Geschichte dieser ‚königstreuen Partei‘“<sup>98</sup>. Die „leider stetig und rasch abnehmende Popularität“ des Kaisers beobachtet auch die Baronin Spitzemberg<sup>99</sup>. Der kaiserliche „Vibratör“<sup>100</sup> vibriert eindeutig nicht im Einklang mit einem erheblichen Teil seiner konservativ und nationalliberal gesonnenen Untertanen, von den Alldeutschen und anderen pro-burischen „Bierbankpolitikern“<sup>101</sup> ganz zu schweigen.

Kaiser Wilhelm sitzt nicht nur in der deutsch-englischen, sondern auch in einer deutsch-deutschen Entfremdungsgeschichte zwischen zwei Stühlen, nämlich in derjenigen zwischen den konservativ-agrarischen Kreisen und der Monarchie. Geht seine Abneigung gegen diese Kreise schon einmal so

<sup>95</sup> Holstein, Lebensbekenntnis (Anm. 49), 214 (Eintrag von Ende November 1902).

<sup>96</sup> Eulenburg an Hermann von Lucanus am 10. Dezember 1899, in: Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, Bd. III: Krisen, Krieg und Katastrophen 1895–1921, hrsg. v. John C.G. Röhl, Boppard a.Rh. 1983, 1973.

<sup>97</sup> Eulenburg an Bülow, 16. Februar 1901, in: ebd., 2015.

<sup>98</sup> Eulenburg an Bülow, 4. Juni 1901, in: ebd., 2020 f.

<sup>99</sup> Spitzemberg, Tagebuch (Anm. 35), 421 (Eintrag vom 24. Oktober 1902).

<sup>100</sup> Ebd., 427 (Eintrag vom 23. Februar 1903).

<sup>101</sup> So nennt Bülow 1901 die Alldeutschen; zit. nach Mommsen, Außenpolitik und öffentliche Meinung (Anm. 30), 366.

weit, daß er „die Hunde“ – in diesem Fall die Agrarier – wegen Hochverrats köpfen lassen will<sup>102</sup> und Eulenburg befürchtet, daß Wilhelm „sich den Liberalen in die Arme wirft, *um die Konservativen zu zerschlagen*“<sup>103</sup>, so hindert ihn seine Vorstellung monarchischer Selbstherrschaft an jeder Annäherung an liberale, gar an demokratische politische Kreise. Seiner Wahrnehmung zufolge ist nicht zuletzt die deutsche Burenbegeisterung ein Ausdruck demokratischen Übergriffs in seine politische Alleinherrschaft, auf welche er umso entschiedener pocht, je stürmischer ihm der Wind im deutschen Blätterwald ebenso wie auf den zahlreichen Burenkundgebungen entgegenweht. Seine Vorstellung der angemessenen Umgangsweise mit solcherart Unbotmäßigen ist, wie im Fall des Bielefelder Pastors von Bodelschwingh, der eine Unterschriftensammlung für die burische Sache plant, „per allerschärfster Grobheit ihm den Bauch so zu polieren, daß er fürs erste ein Eingreifen in meine Privilegien durch Volksabstimmungen in Form eines von Pastoren, Junkern und alten Komtessen geleiteten Konvents gefälligst unterläßt“<sup>104</sup>. Die geborenen Trägerschichten der Monarchie, die schon seit der Bismarck-Fronde und dem Beginn des „neuen Kurses“ zu bröckeln begonnen haben, entfremden sich dem deutschen Kaiser und preußischen König nicht zuletzt durch dessen pro-englische Politik nun massenhaft, und andere politische Lager sind mit Wilhelms autokratischer Selbstwahrnehmung nicht kompatibel und mit ihren politischen Gegnern in der Frage des Burenkriegs ausnahmsweise völlig einer Meinung. Die bündnispolitische Isolierung Deutschlands beginnt gerade erst, die innere Auskreisung Wilhelms ist, als der Burenkrieg Mitte 1902 endet, bereits Tatsache. Unmittelbar nach Beendigung des Burenkriegs gibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ am 7. Juni 1902 folgende Einschätzung der kaiserlichen Politik zum besten:

„Diese Zeit ist die schlimmste, die das deutsche Volk seit seiner Wiedergeburt von 1864 erlebt hat. Die Regierungsjahre Wilhelms II. haben die jämmerlichen Tage Maximilians II. und Rudolfs II. erneuert. Wie damals infolge schlechter Rüstung und schlechter Diplomatie die Niederlande vom Deutschen Reich verlassen wurden und damit das Reich verließen, so hat auch das heutige Deutschland seine natürliche Aufgabe, einen uns so sehr nahe verwandten germanischen Stamm zu schützen, nicht erfüllt. Und auch für diese Unterlassung werden wir zu büßen haben, wie für jene wir büßen mußten; auch Afrika ist dem Deutschtum verloren, auch in Afrika wird das Deutschtum nur Völkerdünger sein“<sup>105</sup>.

<sup>102</sup> Eulenburg an Bülow, 23. September 1900, in: Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz (Anm. 96), 1991.

<sup>103</sup> Eulenburg an Bülow, 14. Juli 1900, in: ebd., 1984 (Hervorh. im Orig.).

<sup>104</sup> Kaiser Wilhelm an Bülow, 19. Februar 1901, in: GP XVII, Nr. 5067, 187.

<sup>105</sup> „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 7. Juni 1902, zit. nach Rosenbach, Das Deutsche Reich (Anm. 36), 305.

Daß die eine, die außenpolitische, mit der anderen, der kaiserlichen Auskreisung zu interagieren beginnt, legt in den folgenden Jahren den Grund für die Einkreisung als deutsches Deutungsmuster, das in den letzten Vorkriegsjahren zur Grundströmung für Sehnsüchte nach einer aggressiven Flucht nach vorn, notfalls einem Präventivkrieg werden wird.

### III. „Wilhelm der Friedliche“<sup>106</sup> oder: Die erste Marokkokrise

„Politisch bin ich nicht vergnügt“, kommentiert Friedrich von Holstein den Abschluß der englisch-französischen Entente cordiale im Frühjahr 1904:

„Die verkehrte Haltung während des Burenkrieges trägt jetzt ihre Früchte in dem Zusammenschluß von England und Frankreich. Nicht nur ich, sondern auch andre Mitglieder der pol(itischen) Abt(eilung) des Ausw(ärtigen) Amts waren vor drei Jahren mit aller Anstrengung bemüht, Bülow zu bewegen, daß er im Parlamente der übermäßigen Feindseligkeit gegen England entgegentreten und namentlich die schändlichen Bilder der Witzblätter tadeln solle. Aber der gute Bülow schwimmt lieber mit dem Strom als gegen. Jetzt haben wir die Bescherung. England und Frankreich werden uns schwerlich angreifen, [...] aber wir sind außer Stande, irgendwelche überseeischen Erwerbungen zu machen. Ich verlange solche Erwerbungen nicht, aber eine Masse Menschen schreien danach und wundern sich, daß für Deutschland nichts abfällt. Ja, wie sollte das sein? Gegen England und Frankreich ist keine überseeische Politik möglich“<sup>107</sup>.

Zu diesem Zeitpunkt ist allerdings noch völlig offen, wie herzlich die englisch-französische Entente tatsächlich werden und welche Bedeutung ihr im europäischen und imperialen Kräftespiel zukommen wird. In der Politik und der veröffentlichten Meinung Frankreichs ist diese Annäherung an den traditionellen Konkurrenten England und deren Protagonist, Minister Delcassé, durchaus umstritten. Und die englischen Liberalen und ihre Presseorgane bleiben diesem Abweichen von der bisherigen englischen Politik der *splendid isolation* gegenüber skeptisch. Daß im Lauf der kommenden zwei Jahre bis 1906 die *Entente cordiale* von einem reinen Kolonialabkommen, das Ägypten der englischen und Marokko der französischen Einflußnahme vorbehält, zu einem weit darüber hinausgehenden Bündnis mit militärpolitischen Implikationen und einer Spalte gegen Deutschland wird, resultiert aus zeitgleichen Geschehnissen und Aktivitäten sehr unterschiedlicher Art. Erst sie sind es, die 1906 diejenige Bündniskonstellation vollends sichtbar werden lassen, die 1914 wirksam werden wird, nämlich den Zusammenschluß von England, Frankreich und Rußland gegen Deutschland. Und erst

<sup>106</sup> Maximilian Harden, Wilhelm der Friedliche, in: „Die Zukunft“ 27 (6. April 1906), 1 – 12.

<sup>107</sup> Holstein, Lebensbekenntnis (Anm. 49), 231 (Eintrag vom 10. April 1904) (Hervorh. im Orig.).

dieses in- und gegeneinander wirkende Konglomerat verschiedenster Geschehnisse und ihre entsprechende mediale Begleitmusik läßt die deutsche Regierung und den Kaiser zu Hause seit 1906 als diejenigen dastehen, die die Einkreisung – ein Terminus, den ab jetzt in Deutschland nicht mehr nur die den Alldeutschen nahestehenden Politiker und Presseorgane verwenden werden – verschuldet haben, weil sie Frieden um jeden Preis wollen. Zum Zeitpunkt des „Panthersprungs nach Agadir“ 1911 wird die Tangerlandung Wilhelms II. von 1905 in der „Zukunft“ bereits als Synonym für übersteigerte Friedensliebe verwendet werden:

„Sollte Agadir eine neue Reise nach Tanger werden, so wird die Stimmung der deutschen Patrioten sich dumpfer Resignation so sehr nähern, daß selbst der angekündigte Sturm der Entrüstung ausbleiben wird und daß ein anderer Bismarck in die Lage kommen würde, dem Kaiser die Worte zu citiren:

„Hier endet, Zollern, Deines Ruhms Geschichte.

Hier fiel ein König, – aber nicht im Streit“<sup>108</sup>.

Die Geschichte beginnt nicht mit der Landung Wilhelms II. in Tanger Ende März 1905, sondern mit dem russisch-japanischen Krieg. Seit Februar 1904 kämpfen Rußland und Japan zur See und auf dem Land um ihre fernöstliche Einflußsphäre. Die *Entente cordiale*, die zwei Monate später zu stande kommt, stellt vor diesem Hintergrund auch den englischen Versuch dar, einem Übergreifen dieser kriegerischen Verwicklung auf den europäischen Kontinent vorzubeugen: Frankreich ist seit den 1890er Jahren mit Rußland verbündet, England seit 1902 mit Japan. Von der Stärkung von dessen imperialistischen Bestrebungen in Korea und der Mandschurei erhofft sich das Foreign Office Schützenhilfe gegen Rußlands imperiales Ausgreifen unter anderem nach China. Aus Londoner Sicht ist die Beilegung der jahrelangen Zwistigkeiten mit Paris wegen Ägyptens auch eine vorbeugende Maßnahme gegen eine Ausweitung des russisch-japanischen Kriegs: Entsprechend der Bündnislage hätte etwa ein Angriff japanischer auf russische Schiffe im Mittelmeer den französischen Kriegseintritt zur Folge haben können; Japan hätte dann zwei Kriegsgegnern gegenübergestanden, was für England den Bündnisfall gegenüber Japan bedeuten würde. In der Tat schlägt die fernöstliche Kriegskonstellation alsbald nach Europa durch – allerdings nicht im Mittelmeer, sondern unmittelbar vor Englands Küste. An ihr zieht im Oktober 1904 die russische Baltische Flotte vorbei, die Entstatz für das von japanischen Streitkräften belagerte Port Arthur und Verstärkung für die stark dezimierte russische Flotte bringen soll. Bei Hull an der Doggerbank beschießt sie englische Fischerboote, die im Dunkeln für japanische Torpedoboote gehalten werden, und verläßt den Tatort dann fluchtartig, ohne sich um die Überlebenden zu kümmern. Die englische Presse verlangt in einhelliger Empörung über diesen „First Act of Heroism of the

<sup>108</sup> *Graf von Preysing*, Ems – Agadir, in: „Die Zukunft“ 76 (5. August 1911), 185 – 191 (Zitat: 191).

Baltic Fleet“<sup>109</sup>, bei dem mehrere Fischer getötet werden, Wiedergutmachung und Entschuldigung, und in deutschen Zeitungen wird dieser Empörung gegenüber volles Verständnis geäußert. Das mediale Einvernehmen diesesseits und jenseits des Kanals endet abrupt, als in der „Times“ am 29. Oktober eine Meldung ihres Pariser Korrespondenten erscheint, die Pressekorrespondenzen aus St. Petersburg wiedergibt, laut welchen die deutsche Regierung die russische vor japanischen Torpedobooten in der Nordsee gewarnt habe. Der Verdacht deutschen Einflusses auf den Doggerbank-Zwischenfall führt zusammen mit der Tatsache, daß die Hapag, die Hamburger Reederei Albert Ballins, sich vertraglich verpflichtet hat, die Baltische Flotte auf ihrem Weg nach Japan zu bekohlen, zum ersten deutsch-englischen *navy scare*. Die deutsche Flottenrüstung ist seit der deutsch-britischen Medienentfremdung zur Zeit des Burenkriegs 1901 / 02 von der englischen Admiralität, Politik und Presse kritischer kommentiert worden als zuvor<sup>110</sup>. Auch der erste Invasionsroman ist schon 1903 erschienen, der erste eines Genres, das ebenso wie die gleichermaßen florierenden Spionageromane in der Folgezeit die deutsche Gefahr in den drastischsten Ausmalungen zum festen Bestandteil der englischen Populärkultur machen wird: In Erskine Childers’ Roman „The Riddle of the Sands“ wird geschildert, wie die deutsche Flotte unter der Leitung des Kaisers eine Invasion Englands durch die Priele der Nordsee probt<sup>111</sup>. Die deutsche Flottenrüstung und ihr kaiserlicher Oberherr figurieren hier allerdings noch als leuchtende Vorbilder, die die Zeichen der Zeit besser als die Engländer erkannt und genutzt hätten – eine Sichtweise, der der erste *navy scare* Ende 1904 ein Ende bereiten wird. Ein Beispiel für die alarmierten englischen Pressestimmen nach den „Enttäuschungen“ über die deutschen Machinationen hinter dem Zwischenfall bei Hull schickt der deutsche Marineattaché in London Mitte November nach Berlin<sup>112</sup>. Es handelt sich um einen Artikel aus „Vanity Fair“, der einen deutschen Angriff auf England voraussagt und mit der Empfehlung an England schließt, „to decide in her own interests, which are identical with the peace of the world, what shall be done with the German fleet.“ „Bodenlos und unerhörte Sprache im Frieden“, merkt Kaiser Wilhelm hier am Rande an.

<sup>109</sup> „Daily Mail“, zit. nach Hale, Germany (Anm. 30), 60. Siehe hierzu und zum Folgenden auch Metz, Die deutsche Flotte (Anm. 42), 63–93; sowie John Albert White, The emergence of encirclement, in: Transition to global rivalry. Alliance diplomacy and the Quadruple Entente, 1895–1907, hrsg. v. dems., Cambridge [u. a.] 1995, 81–119.

<sup>110</sup> George Monger, Ursachen und Entstehung der englisch-französisch-russischen Entente 1900–1907, Darmstadt 1972, 86.

<sup>111</sup> Reinermann, Der Kaiser (Anm. 69), 291 ff.

<sup>112</sup> Bericht des Marineattachés in London, Kapitäns zur See Coerper, vom 18. November 1904, in: GP XIX,2, Nr. 6149, 353–356 (Zitate: 356).

Der deutsche Militärattaché an der Londoner Botschaft, von der Schulenburg, faßt die aktuelle Situation zwischen Deutschland und England für Reichskanzler Bülow knapp vier Wochen später folgendermaßen zusammen<sup>113</sup>: Seit dem Burenkrieg und insbesondere Bülows „Granitbeißerrede“ vom Januar 1902 sei die allgemeine Stimmung in England ausgesprochen deutschfeindlich. Nachdem die „Tagespresse, die monatlichen Zeitschriften, Broschüren und Redner“ die englische Bevölkerung „drei Jahre hindurch bearbeitet“ hätten, hielte man Deutschland für den gefährlichsten Feind, dessen Flottenrüstung darauf abziele, „England zu überfallen und seine Kolonien zu teilen“. Die Regierung habe dieser „Verhetzung“ keinen Riegel vorgeschoben, was sie nach seiner Meinung ohne weiteres gekonnt hätte: „Die englische Presse ist viel gebildeter, politisch reifer und disziplinierter wie die deutsche; in auswärtigen Angelegenheiten wird sie immer leicht für Regierungsdirektiven zu haben sein [...]. Die Tatsache aber, daß die englische Regierung dem Pressfeldzug gegen Deutschland keinen Einhalt geboten hat, muss zu dem Schluss führen, dass ihr dies in ihre Politik paßt.“ Mit diesem Haß habe die deutsche Politik in Zukunft unweigerlich zu rechnen, und dieser Haß „predigt jetzt die Verständigung mit Rußland.“ Das liefe auf die gezielte „Isolierung“ Deutschlands hinaus, die zwar nicht in einer „direkten kriegerischen Absicht“ angestrebt werde; doch müsse Deutschland mit einem Krieg rechnen, da sicherlich „ein Zwischenfall wie Hull oder Faschoda mit Deutschland den Krieg bedeuten würde. Die öffentliche Meinung in England ist eine größere Macht wie in irgendeinem andern Staat. In einem solchen Fall würde die Flamme des seit Jahren angehäuften Hasses und der Erregung so stark auflodern, daß keine Regierung stark genug sein würde, sich dem Volkswillen entgegenzustemmen.“

Ohne den – für die deutsche Englandwahrnehmung typischen – Widerspruch zwischen der einerseits als für Direktiven „von oben“ zugänglichen, andererseits als Macht sui generis beschriebenen englischen Presse aufzulösen, empfiehlt Schulenburg die Annäherung an Rußland, um der Isolierung Deutschlands entgegenzuwirken. Entsprechende Verhandlungen haben zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen, werden jedoch Ende 1905 daran scheitern, daß im mit Rußland verbündeten Frankreich weder die Politik noch die Medienlandschaft für eine solche indirekte Annäherung an Deutschland zu haben sind. Hier gehen zu diesem Zeitpunkt nämlich die Wogen der veröffentlichten Meinung hoch, nachdem die Landung Kaiser Wilhelms in Tanger Ende März 1905 ihre Folgewirkungen entfaltet hat. Sie geht auf die Initiative Holsteins zurück, der nunmehr auch die Möglichkeit eines englischen Angriffs auf Deutschland nicht mehr ausschließen will<sup>114</sup> und diese,

<sup>113</sup> Aufzeichnung des Militärattachés in London, Majors Grafen von der Schulenburg, für den Reichskanzler Grafen von Bülow vom 13. Dezember 1904, in: ebd., Nr. 6154, 360–366.

ebenso wie hinsichtlich eines eventuellen französischen Angriffs, für um so wahrscheinlicher hält, je schwächer Deutschland nach außen wirkt<sup>115</sup>. Dementsprechend greift er den Vorschlag des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Marokko, August Hornung, und des dortigen deutschen Geschäftsträgers, von Kühlmann, auf<sup>116</sup>, durch eine demonstrative Landung des Kaisers in Tanger den Druck auf die französische Regierung zu erhöhen, die ungeachtet der Madrider Konvention von 1880 gerade dabei ist, das marokkanische Territorium wirtschaftlich und militärisch zu durchdringen.

Der Zeitpunkt für eine solche symbolische Geste ist insofern gut gewählt, als der französische Verbündete Rußland durch den Krieg gegen Japan – im Januar 1905 ist Port Arthur von den japanischen Kräften eingenommen worden und in Rußland die Revolution ausgebrochen – stark geschwächt ist. Er ist allerdings wohl eher zu gut gewählt: Aus der Perspektive maßgeblicher Mitarbeiter des Londoner Foreign Office wirkt die Stärkung Deutschlands nach dem Ausfall Rußlands als handlungsfähiger Macht auf dem Kontinent infolge der Siege des englischen Verbündeten Japan bedrohlich und lässt Vergleiche mit der napoleonischen Vormachtstellung in Europa hundert Jahre zuvor aufkommen<sup>117</sup>. Unter den zahlreichen unbeabsichtigten Nebenfolgen imperialistischer Politik um 1900 ist diese auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz herbeigeführte Veränderung der europäischen Machtbalance durch das mit englischen und US-amerikanischen Krediten aufgerüstete Japan und dessen mit englischer Hilfe aufgebauten Flotte vielleicht die geschichtsmächtigste: Sie macht die Ausweitung der *Entente cordiale* zu einem Quasi-Bündnis nahezu zwingend, als nunmehr die deutsche Politik Marokko zur Gelegenheit macht, unter dem Erwartungsdruck der eigenen Kolonialenthusiasten die nicht selbst gesäte Ernte durch eine aggressive Politik Frankreich gegenüber einzufahren. Wäre nämlich die Folge ein deutsch-französischer Krieg – eine Möglichkeit, die der zeitgenössischen Wahrnehmung zufolge jeder größere Konfliktfall in sich birgt und die in the long run als unvermeidliche Tendenz der Epoche gilt<sup>118</sup> –, dann wäre die kontinentale Vormacht Deutschlands vollendet und die Seeherrschaft Englands ernsthaft bedroht, weil die Folge eine sofortige Verstärkung der deutschen Flottenstärke um die französische Seestreitmacht wäre.

---

<sup>114</sup> Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein vom 5. Dezember 1904, in: ebd., Nr. 6153, 358 f.

<sup>115</sup> Holstein an Josef Neven-Dumont, 20. April 1904, in: *Rich / Fisher*, Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, Bd. IV (Anm. 69), 303.

<sup>116</sup> Theodor Wolff, Das Vorspiel, Bd. 1, München 1924, 156.

<sup>117</sup> Reinermann, Der Kaiser (Anm. 69), 286 f.

<sup>118</sup> Mommsen, Der Topos (Anm. 30), *passim*.

Die Reaktionen der englischen Politik und der englischen Presse auf die Tangerlandung Wilhelms sind anfangs noch keineswegs alarmierend, sondern bieten ein gemischtes Bild: Die deutschlandkritische imperialistische und konservative Presse kritisiert die Aktion heftig als Beleg für eine amoralische deutsche Machtpolitik und als Versuch, die *Entente cordiale* zu sprengen; andere außenpolitisch profilierte Zeitungen und Zeitschriften äußern sich zurückhaltend oder auch verständnisvoll gegenüber dem Signal, daß Deutschland in Sachen Marokko mitreden wolle<sup>119</sup>. Es ist erst die Rückwirkung der deutschlandkritischen Pressekommentare – die nicht zuletzt aus der im Ausland intensiv rezipierten „Times“ stammen – auf die französischen Medien, die die deutsche Aktion zu einem Testfall der englisch-französischen Annäherung machen<sup>120</sup>. Denn die ohnehin der *Entente* gegenüber teilweise kritisch eingestellten französischen Organe interpretieren die heftigen Reaktionen gegen Deutschland und für den neuen Verbündeten Frankreich allem voran als Zeichen dafür, daß diesen politischen Richtungen in England ein französisch-deutscher Konflikt nur allzu recht wäre, daß Frankreich also in die Rolle des englischen Festlanddegen gedrängt werden solle. Die aufbrechenden politischen, medialen und parlamentarischen Auseinandersetzungen führen am 6. Juni zum Sturz Minister Delcassés, dessen Name für die Annäherung an London steht.

Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Tangerlandung immer noch als Erfolg der deutschen Außenpolitik gelten. Auch die Vorbereitungen der geplanten internationalen Konferenz zur Lösung der Marokkofrage machen, wenn auch langsam und unter Schwierigkeiten, Fortschritte. Es sieht so aus, als ob sich die optimistischere Version der Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen bewahrheiten könnte, die der deutsche Botschafter, Metternich, Anfang Januar 1905 nach Berlin übermittelt hat, nachdem der erste *navy scare* abgeklungen ist: daß nämlich die wechselseitige Entfremdung ihren Höhepunkt überschritten habe und man womöglich gegen Ende des Jahres 1905 „schon ganz anders zu England stehen [könne, U.D.] wie jetzt“. Einschränkend hat er seinerzeit hinzugefügt: „Dazu gehört aber, daß unsere Presse das Thema der englischen Kriegsgefahr fallen läßt. Das [...] hält [...] die Anschuldigungen auf beiden Seiten wach und lebendig“<sup>121</sup>. Genau dies allerdings ist nicht der Fall. Und das ist die Folge einer sensationellen „Enthüllung“ des französischen Journalisten Stéphane Lauzanne, der im Oktober 1905 unter dem Titel „*La vérité sur l'affaire du Maroc*“ eine Serie von Artikeln im „*Matin*“ veröffentlicht<sup>122</sup>. Diese ebenso wie

<sup>119</sup> Reinermann, Der Kaiser (Anm. 69), 265–288.

<sup>120</sup> Hale, Germany (Anm. 30), 107–137. Siehe zur Rolle der Presse im Verlauf der ersten Marokkokrise auch Mayer, Geheime Diplomatie (Anm. 30), *passim*.

<sup>121</sup> Metternich an Bülow, 11. Januar 1905, in: GP XIX,2, Nr. 6160, 378.

<sup>122</sup> „*Matin*“ vom 6., 7., 8. und 17. Oktober 1905, zit. nach Hale, Germany (Anm. 30), 195–202.

ähnliche Artikel im „Echo de Paris“ bemühen sich um eine Rehabilitierung Delcassés und um den Nachweis, daß eine Annäherung an Deutschland für Frankreich von Übel sei, während es gelte, die Beziehungen zu England zu vertiefen, das Frankreich während der Krise im Frühjahr und Sommer des Jahres treu zur Seite gestanden habe. Die Sensation steckt in einer Fußnote des Artikels vom 7. Oktober, in der – wie allgemein vermutet wird, auf der Grundlage von Informationen Delcassés selbst – berichtet wird, die englische Regierung habe sich mündlich verpflichtet, zur Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland notfalls 100.000 Mann nach Schleswig-Holstein zu schicken und den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu besetzen<sup>123</sup>. Daraufhin ist der Aufschrei der deutschen Zeitungen einhellig und durch keine Bülow'sche Presseanweisung zu dämpfen: Die „Enthüllungen“ bewiesen, so die Kommentare, daß die englische Politik darauf aus sei, den Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland zu schüren, und daß die deutsche Politik zukünftig von der unabänderlichen Feindschaft Englands auszugehen habe. Das bedeute vor allem eine verstärkte Flottenrüstung – und für die deutsche Regierung, wie Bülow Tirpitz wissen läßt, eine größere Sicherheit als zuvor, die entsprechenden Gesetzesvorlagen durchzubekommen<sup>124</sup>.

Es sind somit nicht zuletzt die Wechselwirkungen der Medienlandschaften in Frankreich, Deutschland und England, die für die deutsche Politik eine Annäherung an Frankreich ebenso verbauen wie an England und an Rußland; denn der Zar schließt, wie er Wilhelm II. im November mitteilt, aus den Turbulenzen der vorausgegangenen Wochen, daß zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein *treaty ,à trois'* realisierbar sei<sup>125</sup>. Der deutsche Kaiser prognostiziert daraufhin durchaus weitsichtig, daß jetzt „*that-sächlich* die *Militärische Coalition a trois*“ zwischen London, Paris und St. Petersburg hergestellt sei<sup>126</sup>. Der Verlauf der internationalen Marokko-Konferenz in Algeciras von Januar bis April 1906 demonstriert diese Bündnisoption zumindest auf der diplomatischen Ebene: Die Vertreter Englands, Frankreichs und Rußlands, unterstützt durch die ausweichende Stellungnahme des deutschen Dreibund-Partners Italien, lassen sich auf keinen Kompromiß zugunsten der deutschen Position ein. Damit konterkariert die

<sup>123</sup> Es handelt sich um eine Falschmeldung, die wahrscheinlich auf Sir John Fisher, den Ersten Seelord der englischen Admiralität, zurückgeht; s. Hermann Lutz, Lord Grey und der Weltkrieg. Ein Schlüssel zum Verständnis der britischen amtlichen Aktenpublikation über den Kriegsausbruch 1914, Berlin 1927, 52 f. Erst im Januar 1906 begannen englisch-französische Militärabsprachen; Monger, Ursachen (Anm. 110), 295 – 320.

<sup>124</sup> Hale, Germany (Anm. 30), 198 f.

<sup>125</sup> Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., 23. November 1905, in: GP XIX,2, Nr. 6254, 522 f. (Zitat: 522).

<sup>126</sup> Kaiser Wilhelm II. an Bülow, 26. November 1905, in: GP XIX,2, Nr. 6255, 524 (Hervorh. im Orig.).

Konferenz das Hauptziel der deutschen Politik, das Bülow im November 1905 in den Worten zusammenfaßt:

„Unser Hauptziel muß natürlich sein, daß wir auf dieser Konferenz nicht isoliert dastehen. Wenn wir in einer Frage, in der wir uns einmal engagiert haben, die Mehrheit oder gar alle anderen gegen uns haben, so nutzen auch Farschheit und Drohungen nichts, da unsere Situation dann nach allem Vorhergegangenen etwas beinah Lächerliches haben würde“<sup>127</sup>.

Angesichts der heftigen politisch-publizistischen Reaktionen darauf, daß mit der Konferenz von Algeciras für Deutschland „die Stunde der glänzenden Vereinsamung naht“<sup>128</sup>, ist an dieser Einschätzung nur das Wörtchen „beinah“ zu streichen. Und diese Niederlage rechnet nicht nur Holstein dem Nachgeben des Kaisers persönlich an, dem „die Nerven seines Großvaters (fehlen). Das ist das Schlimmste. Allmählich merkt das Ausland, daß S(eine) M(ajestät) vor starkem Drucke zurückweicht, und darin liegt eine Gefahr für die Zukunft. Man wird den Druck öfter versuchen“<sup>129</sup>. Holstein irrt nur insofern, als der stärkste Druck nicht von außen<sup>130</sup>, sondern von innen kommt, nämlich von den an des Kaisers und seiner Regierung Fähigkeit, in der imperialistischen Konkurrenz standzuhalten oder gar Punkte zu machen, gänzlich irregewordenen politischen Kreisen und den Wortführern der veröffentlichten Meinung. Nicht alle formulieren es so überdeutlich wie Maximilian Harden unter der Überschrift „*Pacifiste et timide*“:

„Von allen Seiten wird dem Reich Angst gemacht [...]. Warum? Weil [...] die Repräsentanten des Deutschen Reiches viel zu oft, viel zu laut die nahe und ferne Hörerschaar ihres friedsamen Sinnes versichert haben. Muß denn täglich die Flöte geblasen werden? Herr Clemenceau ließ vor ein paar Monaten den Satz drucken: Guillaume est un pacifiste. [...] Herr Jules Huret sagte neulich im Figaro, er habe in Potsdam gehört, que la vraie nature de l'Empereur est celle d'un timide. Habe gehört, der Kaiser wünsche, unter dem Namen Wilhelms des Friedlichen in der Geschichte zu leben. Unglückseliges Flötenspiel! Doch wenn ein Deutscher Kaiser so unkriegerisch wäre, daß ihm auch der Versuch einer Demüthigung nicht die Hand ans Schwert zwänge, würde das deutsche Volk [...] selbst sich sein Schicksal schmieden. Das sollte der Fremdling bedenken, ehe er den Siegern von Wörth und Sedan unglücklich zu begegnen wagt. Sich aber auch fragen, ob der Fürst, den er gestern noch für einen Heißsporn und Eisenfresser ausschrie, heute zu dem

<sup>127</sup> Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow vom 23. November 1905, in: GP XXI,1, Nr. 6900, 14.

<sup>128</sup> Der Nationalliberale Bassermann in der Reichstagsdebatte über die außenpolitische Lage am 14. November 1906, in: Stenographische Berichte über die Verhandlung des Reichstags. XI. Legislaturperiode, II. Session, 1905 / 06, Bd. 5, 3622.

<sup>129</sup> Holstein, Lebensbekenntnis (Anm. 49), 245 (Eintrag vom 17. März 1906).

<sup>130</sup> Holstein befürchtet, die französische Regierung könne mit internationaler Unterstützung auf eine Revision des Frankfurter Friedens und damit auf die Rückgabe Elsaß-Lothringens drängen; siehe u. a. Rich / Fisher, Die geheimen Papiere Friedrich von Hosteins, Bd. IV (Anm. 69), 221 (Eintrag vom 11. Januar 1902).

schüchternen Männlein geschrumpft sein kann, das unter dem Stahlpanzer bei dem Gedanken an blutiges Würfelspiel schlottert. Ist dieser neue Wahn erst als sinnlos erwiesen, dann schwindet die Hauptgefahr, die uns jetzt umdräut“<sup>131</sup>.

Der Eindruck, daß Deutschland, personifiziert durch den Kaiser, in Tanger als Tiger gesprungen ist, um in Algeciras als Bettvorleger zu landen, führt angesichts der diplomatischen Ringbildung rund um Deutschland herum in der deutschen Presse zu einer regelrechten Einkreisungs-Panik, die nicht zufälligerweise mit einer unüberhörbaren Kritik der veröffentlichten Meinung am „persönlichen Regiment“ des Kaisers zusammenfällt. Letzteres ist bislang den nicht mehrheitsfähigen äußeren Enden des politischen Spektrums vorbehalten gewesen, nämlich den Sozialdemokraten von links und den Alldeutschen aus der chauvinistischen Ecke. Unter dem Eindruck von Algeciras findet die Kritik des „persönlichen Regiments“ Ende 1906 nun Eingang in Blätter aller politischen Richtungen. „Geradezu erschreckend aber ist der Ton, den die Zeitungen aller Farben gegen das selbstherrliche und retrograde Regiment des Kaisers anschlagen – sie drohen förmlich“, notiert die Baronin Spitzemberg in ihrem Tagebuch<sup>132</sup>. Die „große Erregung gegen das ‚persönliche Regiment‘ des Kaisers“<sup>133</sup> erfaßt jetzt auch die nationalliberale und die konservative Partei: „Gerade die konservativen Parteien werden jetzt bockig,“ stellt Holstein am 6. November fest, „sie wären auch Narren, wenn sie sich nicht durch die Marokkokonferenz belehren ließen, daß der Kaiser einem genügend energischen Drucke allemal nachgibt. Anfangs überheblich, dann aber kommt der Kollaps“<sup>134</sup>. Seine Hoffnung, daß jetzt auch im Reichstag die Rechtsparteien „frei von der Leber weg reden werden“<sup>135</sup>, erfüllt sich acht Tage später. Am 14. November äußert der Führer der Nationalliberalen, Ernst Bassermann, in einer Interpellation zur außenpolitischen Lage unüberhörbare Kritik am Kaiser und seinem unheilvollen Einfluß auf die äußere Politik<sup>136</sup>. Die von England betriebene „Isolierung“ beziehungsweise Einkreisung Deutschlands sei jetzt „in aller Munde“, und ebenso weit verbreitet sei die Ansicht, der Hauptfehler der deutschen auswärtigen Politik, dem anzulasten sei, daß „die Stunde der glänzenden Vereinsamung“ nahe, sei „die Menge unkontrollierbarer Einflüsse, die sich geltend machen, die sich in die Führung der Geschäfte einmischen“. Ohne daß er den Kaiser nennen muß, weiß jeder, daß es dessen „Stimmungen und plötzliche Impulse“ sind, deren Eingreifen in die Politik Bassermann zufolge allgemeines Unbehagen hervorriefen und weitgreifende

<sup>131</sup> *Harden*, Wilhelm der Friedliche (Anm. 106), 12.

<sup>132</sup> *Spitzemberg*, Tagebuch (Anm. 35), 466 (Eintrag vom 9. November 1906).

<sup>133</sup> *Holstein*, Lebensbekenntnis (Anm. 49), 267.

<sup>134</sup> *Ebd.*

<sup>135</sup> *Ebd.*

<sup>136</sup> *Stenographische Berichte über die Verhandlung des Reichstags. XI. Legislaturperiode, II. Session, 1905 / 06, Bd. 5, 3619 – 3622.*

Folgen auf Deutschlands Stellung in der Welt hätten: „Das Resultat ist eine Minderung des Respekts; die Furcht vor Deutschland, die früher bestand, ist verschwunden.“ Es bleibt ihm zufolge jetzt nur noch eine Sicherheit: „Wir vertrauen auch alleinstehend auf unser gutes deutsches Schwert, auf unsere Armee, die nicht rastet und nicht rostet, auf unsere werdende Flotte.“

Bülows Antwort bestätigt und widerlegt den Befund der Einkreisung gleichermaßen und läuft letztlich auf dasselbe Fazit hinaus wie die Interpellation Bassermanns, nämlich darauf, daß allein die militärische Stärke Sicherheit gibt:

„Die *entente cordiale* ohne gute Beziehungen der Weltmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik. Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck, aus Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen. [...] Deutschland, meine Herren, braucht sich vor der Isolierung gar nicht so sehr zu fürchten. Wären wir wirklich isoliert – wir sind es nicht; aber nehmen wir den Fall an –, so brauchten wir auch noch nicht zu flennen wie ein einsames Kind im Walde. Ein Volk von 60 Millionen mit einem Heer, wie das deutsche, ist niemals isoliert, solange es sich selbst treu bleibt, solange es sich nicht selbst aufgibt. Wir haben es gar nicht nötig, irgend jemand nachzulaufen, den anderen gegenüber entgegenkommender zu sein als diese uns gegenüber. [...] Solange wir unser Schwert scharf halten, sind wir auch in der Lage, uns unseren Freunden nützlich und unseren Feinden unangenehm zu machen“<sup>137</sup>.

In der anschließenden Debatte geht es gleichermaßen um die Einkreisung Deutschlands wie um das von nahezu allen Rednern kritisch aufgegriffene „persönliche Regiment“ des Kaisers. Sie zeigt bereits *in nuce*, warum beide Begriffe gleichermaßen in den folgenden Jahren zu von links bis rechts geteilten Diagnoseformeln werden können, die sich wechselseitig bestärken, aus welchen jedoch je nach politischer Ausrichtung ganz unterschiedliche Schlüsse gezogen werden. Man ist sich einig darin, daß es allem voran die nervöse Unberechenbarkeit der kaiserlichen Politik, kombiniert mit bombastischen Reden und Telegrammen, sei, auf die Deutschlands diplomatische Isolation zurückzuführen sei. Für Sozialdemokratie und Freisinn lautet die Schlußfolgerung, daß das Übel in der mangelhaften inneren Demokratisierung Deutschlands liege; sie gebe Wilhelm II. die Möglichkeit, als oberster Lenker deutscher Außenpolitik zu erscheinen, und sie mache Deutschland zu einem für andere Länder abschreckenden Beispiel eines Polizeistaats. Für Nationalliberale und Konservative ist, wie bislang schon für die Alldeutschen, deren „schwarzseherische“ Position jetzt auf der rechten Seite des politischen Spektrums mehrheitsfähig wird, die höchste Person und ihr byzantinistisches, weihrauchumnebeltes Umfeld nicht nur Aus-

<sup>137</sup> Ebd., 3624, 3631.

druck, sondern Kern des Problems: Auch ihrer Meinung nach hält Wilhelm II. zu viele bombastische Reden und schickt zu oft gefühlvolle Telegramme. Sie jedoch stört deren Mißverhältnis zu den Taten und zu dem, was sie für die Volksmeinung halten: „Der Weihrauchnebel hat dem Volke den Anblick des Thrones und dem Throne den Ausblick ins Volk allmählich versperrt“, so der Antisemit und jetzige Abgeordnete der Wirtschaftlichen Vereinigung Liebermann von Sonnenberg, und er ruft auf: „das Volksherz erkannt, die Byzantiner verbannt, das Schwert in der Hand“<sup>138</sup>! Und für die Deutsche Reformpartei erklärt ihr Abgeordneter Zimmermann, das deutsche Volk stehe nicht hinter der von ganz oben betriebenen Politik, die anderen Mächten nachlaufe, statt starke Positionen zu beziehen; der Burenkrieg habe dies besonders deutlich gezeigt, als der (nicht genannte, aber unverkennbar gemeinte) Kaiser aus Gründen des Gefühls heraus gehandelt habe, statt realpolitisch Englands „Nöte“ in Südafrika auszunutzen; und auch er schließt mit dem Verweis auf die einzige verbleibende Hoffnung: „daß wir in letzter Linie immer das Schwert scharf halten müssen, um unter Umständen die Fehler der Diplomatie ausgleichen zu können. Zu unserem Heere allein haben wir das Vertrauen, zu anderen Faktoren ist es verloren gegangen“<sup>139</sup>.

Die brisante Mélange aus Einkreisungsfurcht und Vertrauensverlust gegenüber dem obersten Kriegsherrn wird bis 1914 weiter köcheln und Eruptionen hervorbringen: anlässlich der im November 1906 von Maximilian Harden losgetretenen Eulenburg-Affäre mit dem Ziel, die verweichlichende „Kamarilla“ um Wilhelm II. abzusprengen, aus der sich von Oktober 1907 bis April 1909 sechs Prozesse ergeben, die den hohenzollernschen Hof wie ein „Sittenbild aus dem heidnischen Rom“<sup>140</sup> erscheinen lassen; anlässlich des die Einkreisungsfurcht erneut entfachenden Besuchs König Edwards in Italien 1907; anlässlich des „Daily Telegraph“-“Interviews“ Wilhelms II. und der darauf folgenden „Novemberrevolution“<sup>141</sup> in Deutschland mit ihrer ungehemmten Kritik am Kaiser und seinen friedensversessenen und pro-englischen Neigungen<sup>142</sup> und anlässlich der zweiten Marokkokrise 1911. Auf deren Höhepunkt trägt die Baronin Spitzemberg in ihr Tagebuch ein:

<sup>138</sup> Ebd., 3655.

<sup>139</sup> Ebd., 3662 f.

<sup>140</sup> So der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn in der Reichstagssitzung vom 28. November 1907, zit. nach *Peter Jungblut, Famose Kerle. Eulenburg – Eine wilhelminische Affäre*, Hamburg 2003, 162; siehe hierzu auch *Sombart, Sündenbock* (Anm. 16).

<sup>141</sup> *Spitzemberg, Tagebuch* (Anm. 35), 503 (Eintrag vom 16. April 1909).

<sup>142</sup> *Mommsen, War der Kaiser an allem schuld?* (Anm. 16), 145; *Peter Winzen, Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale-Interview von 1908*, Stuttgart 2002, 21 f. Als eines der Beispiele für die kritischen Presseechos auf die in dem „Daily Telegraph“-Artikel wiedergegebenen Aussagen Wilhelms II. zu seiner pro-englischen Einstellung im Burenkrieg siehe den Artikel Friedrich Naumanns in: *Die Hilfe* 14 (1908), 718 ff., abgedruckt ebd., 179 – 183, hier 181.

„Ja, der Kaiser! Den halten eben alle für foncièremen feige, d. h. des Mutes der Starken entbehrend, der Frieden hält bis zum Äußersten, aber nicht um jeden Preis. Er fürchtet die Verantwortung, die Störung seines Daseins, die Arbeit, die Opfer jeder Art. [...] geradezu hochverräterische Äußerungen brachte die ‚Post‘, die darin gipfeln, den Kaiser als den Fremden gefügigen Feigling zu nennen, ‚Guillaume II. le valeureux poltron!‘ [...] eine Kriegserklärung würde einen ähnlichen Enthusiasmus erzeugen wie anno 1870. Was wird werden“<sup>143</sup>?

\* \* \*

„Der Europäische Friede ist wie ein Herzleidender. Er kann lange, sehr lange leben. Aber er kann plötzlich auf das Unerwartetste todt sein“<sup>144</sup>, stellte Wilhelm II. 1891 in einer seiner teils bombastisch-juvenilen, teils hellsichtigen Marginalien fest. Daß der plötzliche Herztod am Ende der Julikrise 1914 eintrat, hatte viele Gründe. Der Herzkranke hatte, so Paul W. Schroeder in derselben Metaphorik wie seinerzeit der deutsche Kaiser, seine Medizin nicht eingenommen – nämlich keine Instrumentarien zur Konfliktlösung ausgebildet, die im Ernstfall griffen.<sup>145</sup> Hinzu kommen weitere aus dem bisher Gesagten erschließbare Faktoren<sup>146</sup>: Das imperialistische Nullsummenspiel mit seiner scharfen Konkurrenz aller gegen alle um außereuropäische Territorien und wirtschaftliche Dominanz ließ sich nicht auf die außereuropäische Sphäre begrenzen, sondern wandte sich letztendlich gegen seine Betreiber selbst. Der Rüstungswettlauf zu Land und zu Wasser – und hier zwar nicht allein, aber besonders medienwirksam das von Wilhelm II. angestoßene Flottenwettrennen – schuf Bedrohungsszenarien, deren Eigendynamiken sich als nicht kontrollierbar erwiesen. Nationale und chauvinistische Lobbyisten ebenso wie schwerindustrielle und andere wirtschaftliche Interessengruppen trugen das Ihre dazu bei, das internationale

<sup>143</sup> Spitzemberg, Tagebuch (Anm. 35), 531 f. (Einträge vom 2. und 7. August 1911). Die entsprechende Passage aus dem Artikel der Berliner „Post“ vom 4. August 1911 ist wiedergegeben bei Meyer, „Endlich eine Tat (...)“ (Anm. 30), 244. Der Artikel wird auch von bislang den Alldeutschen nicht nahestehenden Blättern wie etwa der „Braunschweigischen Landeszeitung“ zustimmend aufgegriffen, die am 6. August 1911 erklärt, wenn die deutsche Regierung in der zweiten Marokkokrise nachgabe und damit „zum Gespötte aller Nationen“ werde, dann müsse „das deutsche Volk sich in seiner Gesamtheit erheben und an den Stufen des Thrones seine Schmerzen und seine Not hinaufschreien zum Herrscher, dem es bis jetzt mit Vertrauen und Zuversicht angehangen hat.“ Den Hinweis auf diesen Artikel verdanke ich Steffi Bartels.

<sup>144</sup> GP VII, Nr. 1505, 216.

<sup>145</sup> Paul W. Schroeder, International Politics, Peace, and War, 1815 – 1914, in: Blanning (Hrsg.), The Nineteenth Century (Anm. 17), 207 (Fußnote).

<sup>146</sup> Siehe hierzu auch den ausgezeichneten Überblick über die Diskussion zu den Kriegsursachen mit Schwerpunkt auf der militärischen Seite von Stig Förster, Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkriegs, in: Wie Kriege entstehen, hrsg. v. Bernd Wegner [u. a.] 2000, 211 – 252.

Klima zu vergiften. Die deutschen Politiker und insbesondere Kaiser Wilhelm II. verfolgten ihre „Weltpolitik“ mit einer „elephantine clumsiness“<sup>147</sup>, deren säbelrasselnde Unberechenbarkeit das Ihre dazu beitrug, daß die Un- und Umordnung des internationalen Systems nicht in eine stabile neue Situation überführt werden konnte. Die englische Politik zur Sicherung des Empires stellte ein weiteres erhebliches Eskalationsmoment dar, indem sie Bündnisse einging, die in verschiedener Hinsicht unkontrollierbare Eigen-dynamiken entwickelten. Und *last but not least* drohte der teils sozialdarwinistisch motivierte, teils fatalistische, teils gewohnheitsmäßige Glaube an die Unvermeidlichkeit, ja Wünschbarkeit des Kriegs jede Konfliktsituation bis an die Schwelle des Militäreinsatzes und über diese hinauszutreiben. Nicht nur für die Militärs, sondern für die Vorkriegsgesellschaften ganz generell galt das Kriegsführen als selbstverständlicher Teil des staatlichen Handlungsrepertoires; hätte es vor 1914 eine wirklich pazifistische Macht gegeben, so der Herausgeber der „Westminster Gazette“, John Alfred Spender, so hätte sie für ihre Ablehnung des Kriegs Krieg führen müssen<sup>148</sup>. Diese allgemeine Akzeptanz des Kriegs galt nicht nur, aber besonders ausgeprägt in den kontinentalen Monarchien, deren Militärführungen über einen von politischer Kontrolle freien Entscheidungsspielraum verfügten, den sie im Verlauf der Julikrise zur Geltung brachten.

Die hier vorgeschlagene Sichtweise kann und soll diese Vielfalt bedingender Faktoren nicht ersetzen. Sie kann sie jedoch, wie ich zu zeigen versucht habe, aus abstrakten Diagnosen in Handlungs- und Wahrnehmungszusammenhänge zurückverwandeln, die verstehbar machen, welche wie ineinandergriffen und welche gewollten, aber vor allem auch welche ungewollten Folgen daraus jeweils entstanden. Eine wahre Brutstätte nur bedingt oder gar nicht intendierter Folgen waren die Wechselwirkungen zwischen Politik und Medien. Sie in die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs zurückzuschreiben zu wollen, aus welcher sie die historische Forschung lange Zeit hinausgeschrieben hat, bedeutet nicht, jetzt in Gestalt der Zeitungen und Nachrichtenagenturen, der Journalisten und Herausgeber neue Schuldige zu identifizieren, die den langen Reigen der alten ablösen sollen. Es bedeutet, Innen- und Außenpolitik in einer Weise zu verschränken, die die politischen Akteure in ihre zeitgenössischen Kontexte zurückversetzt, welche nicht zuletzt durch die internationale Medialisierung geprägt waren. In den daraus entstehenden Wechseldynamiken waren die Politiker aller Länder gleichermaßen Treibende wie Getriebene. In besonders eigentümlicher Mischung verbanden sich beide Rollen in der Person des deutschen Kaisers, des „Fabeltiers seiner Zeit“<sup>149</sup>. Bis heute figuriert er vorzugsweise in einer Fabel,

<sup>147</sup> „Pall Mall Gazette“ vom Januar 1900, zit. nach Schütz, Deutsch-englische Entfremdung (Anm. 67), 149 f.

<sup>148</sup> Spender, Life (Anm. 24), Bd. 2, 181.

<sup>149</sup> J. Daniel Chamier, Ein Fabeltier unserer Zeit, Zürich [u. a.] 1938.

die darüber belehrt, wie ein ungeschickter weltmachtlüsterner Ungestüm Deutschland erst isolierte und dann in den Krieg führte. Die in der Tat fabelhafte Handlungsmächtigkeit, die ihm und der deutschen Politik damit für die Auslösung des Ersten Weltkriegs zugesprochen wird, dient seit 1918 dazu, diffizilere und gegenläufige Bedingungsfaktoren und Verantwortlichkeiten auf der geräumigen wilhelminischen Abraumhalde zu entsorgen. Zu diesen gehört, wie hier zu zeigen versucht wurde, eine Eskalationsdynamik, in welcher Wilhelm II. „der Friedliche“, Willy mit der englischen Verwandtschaft, zum Symbol der diplomatischen Einkreisung Deutschlands wird, aus der nur noch der militärische Fluchtweg offen schien, da von dem immer unverhüllter als feige und nachgerade verräterisch deklarierten Kaiser keine Rettung zu erwarten war. Auf seine Weise hat sich unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bereits Walther Rathenau darum bemüht, die Fabel vom kaiserlichen Allesverursacher als Deckerzählung zu dekonstruieren, unter welcher beunruhigend überpersönliche Aspekte von Gesellschaften und Politik im Vorkriegseuropa verdeckt werden, die eine nicht-intendierte Folge verheerendster Art zeitigten – Aspekte, die für die Zeit des Hochimperialismus spezifisch, jedoch nicht auf sie beschränkt sind:

„Ein entseeltes, übermechanisiertes Europa, worin jeder Mensch jedes Menschen Feind war, jedes Volk jedes Volkes Feind, in ahnungsloser, schamloser Selbstverständlichkeit; wo jeder, Mensch und Land, in tierischer Unbefangenheit nur genießen und leben wollte, wenn der andre sich quälte und starb, wo alle Politik zugesandnermaßen nur Wirtschaftspolitik war, nämlich plumper und dummdreister Versuch der Übervorteilung, oder Rüstungspolitik, nämlich zynisches Pochen auf Menschenüberschuss, Geld, Technik und Massendisziplin; wo die Begriffe der Vorherrschaft zur See, der Vorherrschaft zu Lande, der Weltherrschaft mit Augenaufschlag besprochen wurden, als ob es sich um ein Schweineauskegeln und nicht um das todeswürdigste Verbrechen handelte: in diesem unglücklichen und nichtswürdigen Europa brach der Krieg nicht am 1. August 1914 aus. [...] Jeder, der einen Schimmer sehenden Gefühls hatte, wußte, dass der Krieg nicht drohte, sondern längst ausgebrochen war; dass die armen Weltbezwingter Kinder waren, die zwischen Pulverfässern mit wichtiger Miene unerlaubte Zigaretten rauchten. Wenn es eine Schuld gibt, so ist es die Schuld des europäischen Gewissens. An ihr ist jeder beteiligt, der aus dem verborgenen Weltkrieg der Konkurrenz und des Brotneides Vorteil und Unterhaltung zog, gerecht zu sein glaubte, weil es ihm gut ging, und die Stimme nicht erhob, weil er sich fürchtete“<sup>150</sup>.

---

<sup>150</sup> Walther Rathenau, *Der Kaiser. Eine Betrachtung*, Berlin 1919, 47 f.

## Le memorie della repubblica

### Geschichtspolitik in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg

Von *Thomas Großbölting*, Münster

„Tristano muore“ – Tristan stirbt, so lautet der Titel des im Februar 2004 erschienenen Romans des italienischen Schriftstellers Antonio Tabucchi, der sich bei der Literaturkritik wie auch beim Publikum eines großen Interesses erfreut<sup>1</sup>. Er schließt damit an die vorangegangenen Erfolge Tabucchis an, weist aber doch – folgt man der Kritik – deutlich über die bisherigen Werke hinaus: In ersten Reaktionen wurde „Tristano muore“ gar als Eposchenroman des italienischen 20. Jahrhunderts gewürdigt.

Im Zentrum steht der tödlich erkrankte Ich-Erzähler Tristan. Dieser lässt auf dem Totenbett seine Lebensgeschichte Revue passieren und erzählt dabei dem herbeigeeilten Schriftsteller eine vielfach gebrochene Biographie: Als Soldat im Dienste Mussolinis erschoß er während der Besatzung in Griechenland einen deutschen SS-Mann, dessen sadistische Quälereien an der Zivilbevölkerung er nicht mehr ertragen konnte. Teils von Überzeugung getragen, teils vom Zufall geführt, stieß er danach in den norditalienischen Bergen zu den Partisanen, um von dort aus gegen die deutsche Besatzung und die Kombattanten der Republik von Saló zu kämpfen. Bis dahin war der junge Tristan von einem festen Weltbild getragen, in dem Gut und Böse säuberlich voneinander getrennt waren. Erst die Nachkriegsjahrzehnte mit ihrer ausbleibenden Abrechnung mit dem Faschismus sowie dem Terrorismus von rechts und von links ließen diese Gewißheit aufweichen. „Cos’ è l’eroismo? Cos’ è la viltà?“ – Was ist Heldenmut? Was ist Feigheit?“ lässt Tabucchi den Ich-Erzähler auf dem Totenbett fragen. Ist die Geschichte, die der sterbende Tristan zum Ende des 20. Jahrhunderts zu berichten hat, nicht zwangsläufig dazu bestimmt, zur Parodie auf die Heroisierungen einer Generation von Widerstandskämpfern zu werden, wie sie die neorealisten Filmemacher der fünfziger Jahre versuchten<sup>2</sup>? Der zuhörende Schriftsteller, der gekommen war, um eine Heldengeschichte zu verfassen, erlebt

---

<sup>1</sup> Antonio Tabucchi, *Tristano muore. Una vita*, Mailand 2004.

<sup>2</sup> Vgl. *Istituto Storico della Resistenza* (Hrsg.), *La Resistenza nel cinema italiano 1945–1995*, Genua 1992, 89–150; Guido Fink, *Sanguinare per finta: Fascismo e antifascismo nel cinema italiano del dopoguerra*, in: *Fascismo e antifascismo. Rimozioni, revisioni, negazioni*, hrsg. v. Enzo Colloti, Turin 2000, 493–502.

eine Enttäuschung. Mit dem ehemaligen Widerstandskämpfer scheint am Ende des 20. Jahrhunderts auch der pathetische Freiheitsbegriff zu sterben, für den der junge Tristan gekämpft hatte.

Der Erfolg dieses literarischen Werkes ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß es ein Thema der italienischen Vergangenheit berührt, welches bereits seit eineinhalb Jahrzehnten heftig diskutiert wird: Bis 1990 ruhte das nationale Selbstbild auf einem – oberflächlich betrachtet – breiten Konsens der Vergangenheitsinterpretation, die mit Jan Assmann als „fundierend“ charakterisiert werden kann<sup>3</sup>. Die Resistenza der Jahre 1943 bis 1945 wurde schrittweise zu dem wichtigsten Element der italienischen „Zivilreligion“<sup>4</sup>, auf die sich in der Republik Italien die jeweils zeitgenössischen politischen Lager und Weltanschauungsgruppen in unterschiedlicher Weise beriefen. Im Mittelpunkt stand damit eine Widerstandsbewegung, die im westeuropäischen Vergleich mit ihrer zwanzigmonatigen Existenz zeitlich die kürzeste und mit ihren circa 250.000 Beteiligten und 50.000 Toten zahlenmäßig die größte Erhebung gegen die deutsche Besetzung war<sup>5</sup>. Mit dem Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) war am 9. September 1943 ein von den Kommunisten bis zu den Katholiken reichen des Allparteienkomitee entstanden, welches die Idee des Antifaschismus zusammenhielt und welches den Widerstand gegen die deutschen Besatzer und die faschistischen Anhänger der Republik von Salò organisierte. Am 25. April 1945 gelang es den Partisanenverbänden, eine Reihe von oberitalienischen Städten zu befreien; die größten unter ihnen waren Turin, Mailand und Genua.

Militärisch nicht unbedeutend, aber auch nicht entscheidend für den Rückzug der deutschen Besatzer, entfaltete sich die Wirkung dieser Aufstandsbewegung vor allem in der Nachkriegszeit<sup>6</sup>. Bis in die Gegenwart wird der Resistenza und insbesondere der Einnahme der oberitalienischen Städte am 25. April jeden Jahres gedacht. Der Nationalfeiertag dient als Zeichen dafür, daß die – so die Formeln der Ansprachen und Gedenkreden – „nationale Wiedergeburt“ und die innere wie äußere Befreiung politisch und moralisch ein Akt der Selbstbestimmung und der Selbstfindung des

<sup>3</sup> Jan Assmann, Frühe Formen politischer Mythomotorik. Fundierende, kontrapräsentische und revolutionäre Mythen, in: Revolution und Mythos, hrsg. v. Dietrich Harth / Jan Assmann, Frankfurt a.M. 1992, 39–61.

<sup>4</sup> Vgl. Carlo Campani, Antifaschismus als Zivilreligion. Die Legitimität der Republik und die nationale Identität Italiens in der Nachkriegszeit, in: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung Frankfurt 4 (1994), 78–90.

<sup>5</sup> Vgl. Jens Petersen, Der Ort der Resistenza in Geschichte und Gegenwart Italiens, in: QFIAB 72 (1992), 550–571, 550.

<sup>6</sup> Unterschiedliche Bewertungen der militärischen Wirkung der Widerstandsbewegung finden sich bis heute. Vgl. zur Diskussion, Gian Enrico Rusconi, Die italienische Resistenza auf dem Prüfstand, in: VjhefteZG 42 (1994), 379–402.

italienischen Volkes gewesen sei<sup>7</sup>. Aus dem Widerstand der Jahre 1943 bis 1945 heraus organisierte sich das Parteiensystem der italienischen Republik, „bildete sich eine neue Elite, fand die Nation ein moralisch-politisches Selbstbewußtsein“<sup>8</sup>. Dem eigenen Selbstverständnis nach schufen die Vertreter des CLN die Verfassung der italienischen Republik aus eben diesem, die einzelnen Parteien und Weltanschauungsgemeinschaften überwölbenden Geist der Resistenza<sup>9</sup>. Noch 1982 erklärte der überaus populäre Staatspräsident und ehemalige Widerstandskämpfer Sandro Pertini, daß die Verfassung „direkt aus den Idealen und der Kultur der Resistenza und aus dem Glauben und den Überzeugungen von Tausenden von antifaschistischen Märtyrern hervorgegangen“ sei<sup>10</sup>.

Im Laufe der sechziger Jahre wurde die Resistenza in Hunderten von Denkmälern, Tausenden von Erinnerungstafeln, Zehntausenden von Straßennamen, Schul- und Institutswidmungen institutionalisiert und ritualisiert<sup>11</sup>. Damit wurde ein Ausschnitt der Vergangenheit hegemonial gestellt, neben dem andere Momente wie 20 Jahre Faschismus, der italienische Krieg an der Seite der deutschen Wehrmacht oder auch der eigene kolonialistische Expansionismus vor allem in Äthiopien in der öffentlichen Erinnerung zum Teil bis heute völlig verblassen. Bis Anfang der neunziger Jahre stützten sich die regierungstragenden Parteien und das politische System insgesamt in hohem Maße auf die Legitimation, die man aus der Erinnerung an die Resistenza gründete. Das Gedenken der Vergangenheit diente einerseits der Binnenintegration einer Nation, deren Zusammengehörigkeitsgefühl traditionell als schwach charakterisiert wird<sup>12</sup>. Andererseits war dieses Erinnerungsmoment Gegenstand zahlreicher innenpolitischer Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen den regierenden Christdemokraten und den opponierenden Kommunisten.

Erst mit dem Zerbrechen des „bipartitismo imperfetto“ zwischen der ewigen Regierungsparcie Democrazia Cristiana (DC) und der immerwährenden

<sup>7</sup> Vgl. *Campani*, Antifaschismus (Anm. 4), 80–81 und öfter.

<sup>8</sup> Vgl. die Selbsteinschätzung von *Giovanni Amendola*, Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview, Stuttgart 1977.

<sup>9</sup> Die bis heute vorherrschenden parteipolitisch gebundenen Interpretationen dieses historischen Zusammenhangs finden sich dokumentiert bei *Simone Neri Serner*, Partiti, nazione e Stato: continuità e rottura nella Resistenza e alle origini della Repubblica, in: Passato e presente della Resistenza. 50 Anniversario della Resistenza e della Guerra di Liberazione, Rom 1994, 293–307; *Massimo Rendina*, Resistenza, costituzione, democrazia, in: ebd., 308–323.

<sup>10</sup> *Sandro Pertini*, Con le stesse forze e lo spirito del '45 si può rinnovare la Costituzione, in: *Corriere della Sera* vom 25. August 1982.

<sup>11</sup> Vgl. *Monumenti alla Resistenza*, in: *Enciclopedia dell'antifascismo e della Resistenza* Bd. 6, Mailand 1989, 634–644, hier 635.

<sup>12</sup> Vgl. *Jens Petersen*, Wandlungen des italienischen Nationalbewußtseins nach 1945, in: *QFIAB* 71 (1991), 699–748.

kommunistischen Opposition PCI kam auch der Resistenza-Mythos an sein Ende<sup>13</sup>. Seitdem ist dieses Moment der Erinnerung zunehmender Konkurrenz ausgesetzt, die vor allem von Politikern und Journalisten aus dem Umfeld der Mitte-Rechts-Koalitionen um Silvio Berlusconi ausgeht<sup>14</sup>. Das Ziel dieser geschichtspolitischen Initiativen ist es, mit der Neu- und Abwertung des Widerstandskampfes auch den Faschismus und seine politischen Anhänger in ein besseres Licht zu stellen. Mit der Implosion des politischen Systems und dem Niedergang des damit verbundenen Resistenza-Mythos zeigten sich die fatalen Folgen einer Geschichtspolitik, die negative Momente der Nationalgeschichte in der öffentlichen Erinnerung ausgespart hatte und auf diese Weise eine verharmlosende Interpretation des Faschismus begünstigte, wenn nicht sogar ermöglichte. Das Ziel des folgenden Beitrags ist es, die angedeuteten Konjunkturen des Resistenza-Mythos zu analysieren und resümierend nach den Folgen dieser Geschichtspolitik zu fragen<sup>15</sup>.

Die Weitergabe einer spezifischen Deutung der Vergangenheit, deren Konjunkturen für das Beispiel Italien kurz skizziert wurden, gehört mittlerweile zu den zentralen Forschungsfeldern der Kulturwissenschaft. Dabei hat allerdings die Inflation der meist eher metaphorisch verwendeten Begriffe Erinnerung und Gedächtnis wissenschaftlich nicht präziser gemacht. Herausgelöst aus ihrem ehemals engen, vor allem pädagogisch-psychologisch und existentialphilosophischen Bedeutungszusammenhang steht ihr Gebrauch immer in der Gefahr der Beliebigkeit und der Redundanz. Insbesondere Konzepte wie das des „kulturellen Gedächtnisses“ oder auch das der „Erinnerungsorte“ haben vielfältige Forschungen angeregt, ohne daß es zu einer methodischen oder gar theoretischen Fundierung gekommen wäre<sup>16</sup>. Um nicht bei einer Aufzählung von frei schwebenden Repräsentationen der Vergangenheit stehen zu bleiben, beschränke ich mich im folgenden auf eine im engen Sinne politische Funktion der Vergangenheitsdeutung<sup>17</sup>.

<sup>13</sup> *Giorgio Galli, Il bipartitismo imperfetto*, Bologna 1966.

<sup>14</sup> Eine luzide Analyse der Geschichtspolitik von Gianfranco Fini findet sich bei *Tina Buser / Valentin Rauer*, Gianfranco Finis Erinnerungspolitik. Eine Medienanalyse zu den Gedenkbesuchen in den Fosse Ardeatine und in Auschwitz, in: *Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs*, hrsg. v. Bernhard Giesen / Christoph Schneider, Konstanz 2004, 239–268.

<sup>15</sup> Zur Deutung der Resistenza als Mythos vgl. *Rombolo Gobbi*, *Il mito della Resistenza*, Mailand 1992.

<sup>16</sup> Eine luzide Einführung und Kritik bietet *Clemens Wischermann*, Erinnerungskultur in Westfalen. Die Weitergabe der Vergangenheit, in: *WestfForsch* 51 (2001), 1–18.

<sup>17</sup> Damit ist ein Feld betreten, welches noch 2002 der Historiker Jan-Werner Müller als Defizit der Erinnerungsforschung bezeichnet hat. Vgl. *Jan-Werner Müller*, Introduction: The Power of Memory, the Memory of Power and the Power over Memory, in: *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*, hrsg. v. dems., Cambridge 2002, 1–38, 1 f.

Deshalb sollen Erinnerungsmotive zur Sprache kommen, die primär als Momente der Gegenwartsorientierung genutzt wurden. Damit wird nicht nach dem historischen Gegenstand, sondern nach seiner Instrumentalisierung gefragt, so daß sich der Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart in einem veränderten Licht darstellt. „Die Schlüsselwörter lauten dann nicht mehr Nationalsozialismus, Holocaust oder Kriegsverbrechen“, so argumentiert Julia Kölsch mit Blick auf die bundesrepublikanische Erinnerungskultur, „die Ingredienzien dieser Geschichte heißen Identität und Nation“<sup>18</sup>.

Insbesondere im Feld der Politik, welches sich durch die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen kennzeichnet, muß konstruiert werden, was die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft nicht zu bieten hat: ein Kollektiv, dem Entscheidungen auch zuzurechnen sind. Das Gedächtnis der Politik muß deshalb eine Einheit stiften, auf welche sie sich beziehen kann. Das funktionale Element dieses Prozesses ist die Vergangenheit. Mit „Geschichte“ ausgestattet, wird Gesellschaft als Einheit sichtbar und die Fiktion von Identität erzeugt. Selbst im Wechsel der Generationen und im Wandel der Lebensumstände erlaubt die gemeinsame Erinnerung die Illusion von Kontinuität und die Fiktion einer Abgrenzung nach außen.

Das europäische Modell der Organisation differenzierter Gesellschaften ist die Nation. Auch diese bedarf wie jede Art von Kollektiv der Bezugspunkte, die Identität stiften. In seinem Rückblick auf nationale Selbstvergewisserungsprozesse des 18. und 19. Jahrhunderts hat Reinhart Koselleck die permanente Verfertigung „kollektiver Selbst- und Fremdbilder“ als eine historisch unverzichtbare Basis „nationaler“ Vergesellschaftung herausgestellt. Ohne sie kann Gegenwart nicht mit einer Vorstellung von Zukunft versehen werden, die aus dem Stoff der Geschichte zu begründen ist<sup>19</sup>. In den Diskursen um die Vergangenheit versichern sich Gesellschaften ihrer Verankerung im historischen Raum und ihrer Abgrenzung im internationalen Rahmen. Aus der gemeinsamen Herkunft deutet sich an, wer „wir“ sind und was „wir“ werden<sup>20</sup>. Daß auch unsere Gegenwart nicht ohne solche Formen der Selbstvergewisserung auskommen kann, zeigt sich insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre: Globale Umorientierungsprozesse und das Aufbrechen gewohnter Horizontlinien wie beispielsweise der politische und weltanschauliche Zusammenbruch des Ostblocks, aber auch das zunehmende Aufgehen der Nationalstaaten in der Europäischen Union führen zu gesellschaftlicher Verunsicherung. Dieser begegnet man durch den verstärk-

<sup>18</sup> Julia Kölsch, Politik und Gedächtnis. Die Gegenwart der NS-Vergangenheit als politisches Sinnstiftungspotential, in: Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, hrsg. v. Wolfgang Bergem, Opladen 2003, 137–150, 137.

<sup>19</sup> Dazu und zum Folgenden Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft, Frankfurt a.M. 1977, 349–375.

<sup>20</sup> Vgl. dazu als einen der „Klassiker“ der Nationalismusforschung Karl W. Deutsch, Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972, 44.

ten Rückgriff auf die Geschichte. Und dies meint Geschichtspolitik, die als aktuelle, gesellschaftliche Identitätspolitik betrieben wird, „nicht nur auf der Ebene des Nationalen, aber hier doch in besonderem Maße“<sup>21</sup>.

Auf die in diesem Kontext betriebene öffentliche Erinnerung trifft zweifelsohne zu, was Hayden White den Historikern als *emplotment* angekreidet hat<sup>22</sup>. Vergangenheit und Erinnerung sind keineswegs deckungsgleich, sondern verfügen allenfalls über Schnittmengen. Im öffentlichen Gedächtnis werden Elemente ausgewählt, hinzuerfunden und zusammengefügt. Ausgeblendet bleibt hingegen, was sich diesem Spannungsbogen nicht einpaßt. Welche Gegenwart und welche Zukunft gewünscht sind, entscheidet bei der Konstruktion der „nationalen Meistererzählung“ mit darüber, welche Vergangenheit man zu haben glaubt.

Im politischen Feld funktionieren die Erinnerungsmotive und ihre Aktualisierung wie Produkte, die zu vermarkten sind. Obwohl Erinnerung im eigentlichen Sinne keine „Sache“ ist, wird sie aber von den einzelnen Gruppen wie ein Fixpunkt gedacht, um entsprechend wirksam sein zu können. Nicht Profit, sondern ein Anteil an der Macht ist demjenigen sicher, dem es gelingt, die eigene Deutung der Vergangenheit hegemonial werden zu lassen. Politische Institutionen und Parteien, die Massenmedien und entsprechende Kulturbewegungen als Protagonisten einer nationalen Geschichtspolitik werden dabei nur glaubhaft bleiben und auf Gehör stoßen, so lange ein Mindestmaß an Kompatibilität zu den individuellen Erfahrungen und Vergangenheitsinterpretationen zu verzeichnen ist. Damit sind die Möglichkeiten der Kombination und der Erfindung von Vergangenheit viel begrenzter, als mancher Konstruktivist glauben machen will<sup>23</sup>.

Umgekehrt hat aber die nationale Meistererzählung entscheidenden Einfluß auch auf lokale, geschlechts- oder generationenspezifische Erinnerungen. Mit einem Verschieben der Koordinaten des nationalen Gedächtnisses verändert sich die Matrix, innerhalb derer konkurrierende individuelle und kollektive Erinnerungen einzuordnen sind. Am Beispiel des Konfliktes im früheren Jugoslawien hat Michael Ignatieff verdeutlicht, welchen enormen

<sup>21</sup> Vgl. Beate Binder / Wolfgang Kaschuba / Peter Niedermüller, „Geschichtspolitik“. Zur Aktualität nationaler Identitätsdiskurse in europäischen Gesellschaften, in: Gesellschaften im Vergleich. Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Hartmut Kaelble / Jürgen Schriewer, Frankfurt a.M., 2. Aufl., 1998, 465–508, 467.

<sup>22</sup> Hayden White, *Metahistory*. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa, Frankfurt a.M. 1994.

<sup>23</sup> Jan-Werner Müller, Introduction (Anm. 17), 21. „‘High politics’ understood as presidential speeches and other symbolic gestures by national representatives [...] matters enormously for memory.“ Norbert Frei wie auch Jeffrey Herf haben im deutschen Fall darauf hingewiesen, wie wichtig die „hohe Politik“ für den erinnerungspolitischen Diskurs ist. Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik*. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge 1997.

Einfluß nationale Leitfiguren auf den individuellen Umgang mit der Vergangenheit haben, im positiven wie im negativen Sinne. Politische Führungspersonen markieren die Grenzen des Denkbaren, provozieren durch die Konstruktion von Feindbildern Gewaltexzesse, erlauben aber auch Versöhnungsgesten, welche Menschen als einzelne sich nicht vorstellen konnten<sup>24</sup>.

Eine Version der Vergangenheitsdeutung hegemonial zu stellen, hat wenig mit „Gehirnwäsche“ durch eine konstante Berieselung zu tun. Dominanz ist dann erreicht, wenn es gelingt, rivalisierenden Deutungen kein Gewicht in der Öffentlichkeit zukommen zu lassen, diese zu diskreditieren oder durch den eigenen Entwurf aus dem Feld zu schlagen. Eine Geschichtspolitik ist tatsächlich dominierend, so Donald Sassoon, „when it is the only story in town“<sup>25</sup>. Nicht die Fiktion eines Konsenses des Geschichtsbildes sollte die Erinnerungsforschung leiten. Statt dessen werden im folgenden die Deutungskonflikte um die Vergangenheit als Medien einer Integration analysiert, mit denen die Pluralität von Gruppengedächtnissen nicht eingeebnet, wohl aber mit einer als legitim geltenden nationalen Deutung gerahmt wurde.

In der italienischen Nachkriegsgesellschaft war der Widerstand der Jahre 1943 bis 1945 das zentrale Element der nationalen Identitätsdiskurse. Die verschiedenen Formen der „Kanonisierung“, die politischen und geschichtspolitischen Instrumentalisierungen und die seit den 1990er Jahren aufgekommenen konkurrierenden Deutungen der Vergangenheit zwischen 1943 und 1945 machen die Resistenza bis heute zu einem Politikum ersten Ranges, dessen Analyse tiefe Einblicke in die politische Kultur Italiens erlaubt<sup>26</sup>. Ein besonderes Medium dieser Erinnerung ist der jährlich am 25.

<sup>24</sup> Vgl. Michael Ignatieff, *The Warrior's Honour. Ethnic War and the Modern Conscience*, London 1998, 188. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat in erschreckender Weise verdeutlicht, wie Erinnerung und die mit ihr betriebene Geschichtspolitik als Kodierung kultureller Identität Feindbilder produzieren und Gewaltbereitschaft generieren kann. Politische Eliten aller Seiten haben die jeweils behauptete Geschichte jenseits eines rationalen Diskurses zur Mobilisierung der Massen eingesetzt. Vgl. dazu Michael Ignatieff, *Blood and Belonging. Journeys into the New Nationalism*, New York 1994.

<sup>25</sup> Donald Sassoon, *Italy after Fascism. The Predicament of Dominant Narratives*, in: *Life after Death. Approaches to a cultural and social history of Europe during the 1940s and 1950s*, hrsg. v. Richard Bessel / Dirk Schumann, Cambridge 2003, 259–290, 260.

<sup>26</sup> Vgl. Jens Petersen, *Der Ort der Resistenza in Geschichte und Gegenwart Italiens*, in: QFIAB 72 (1992), 550–571, 552: „Ein Analyse der Politikerreden und der Pressekommentare zum 25. April und zum 2. Juni könnte über vier Jahrzehnte hinweg die Schöpfung, die Ritualisierung und den Abbau dieses Mythos auf das deutlichste zeigen.“ Eine ähnlich fokussierte Studie mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

April abgehaltene Nationalfeiertag, an dessen Gestaltung und Interpretation sich die Konjunkturen und Deutungen der Resistenza analysieren lassen<sup>27</sup>.

Als Träger und Protagonisten der Geschichtspolitik stechen neben einer lebendigen lokalen und regionalen Erinnerungskultur vor allem die politischen Parteien und die ihnen zuzurechnenden gesellschaftlichen Gruppen und Milieus hervor. Während die Staatsspitze und ihre Institutionen mit einem die Gegensätze überbrückenden Gestus auf die fundierende Funktion der Erinnerung setzte<sup>28</sup>, bildete sich in den Auseinandersetzungen der politischen Lager der Spannungsbogen ab, der die politische Kultur der ersten Republik wie auch ihre Erosion zu Anfang der neunziger Jahre wesentlich mitbestimmte.

### I. Die Anfänge der Erinnerung: Die Resistenza im Kalten Krieg

Bereits Anfang April 1946 erklärte der christdemokratische Chef einer Allparteiengierung De Gasperi den 25. April zum Nationalfeiertag, der in ganz Italien als „Tag der Befreiung“ begangen werden sollte. Mit dieser Entscheidung wie auch mit dem Procedere dieser Veranstaltungen zementierte die politische Klasse der Republik Italien das Gedenken an Krieg und Faschismus für Jahrzehnte. Die Resistenza avancierte zu dem zentralen Bezugspunkt des Erinnerns an Krieg und Faschismus in Italien. Bis in die Gegenwart werden die Jahre 1943 bis 1945 kollektiv, so der Italienkenner Jens Petersen, „als tiefe Zäsur empfunden“<sup>29</sup>.

Zugleich scheinen bereits in den Anfängen der öffentlichen Erinnerung ein Jahr nach der Aufstandsbewegung Konflikte und Bruchlinien zwischen den so unterschiedlichen Kräften auf, die sich am 9. September 1943 im CLN zusammengefunden hatten. Kommunisten und Katholiken sowie Sozialisten und Liberale hatten militärisch vereint gegen die deutsche Besatzung wie auch gegen die Mussolinireuen Anhänger der Republik von Salò agieren können. Eine gemeinsame Zielfusion der politischen Gestaltung der

<sup>27</sup> Dagegen treten andere Formen der Erinnerung wie zum Beispiel die Historiographie in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich zurück.

<sup>28</sup> Als Beispiel dafür die Rede von Giovanni Gronchi zum zehnten Jahrestag der Befreiung, der nicht zuletzt auf Grund des erfolgreichen Spagats zum Staatspräsidenten gewählt wird. *Giovanni Gronchi, Celebrazione del decennale della Resistenza*, in: *Discorsi parlamentari*, Rom 1986, 472–480. Vgl. dazu *Carlo Campani, Nationale Identität und Gedenken an den antifaschistischen Widerstand im republikanischen Italien*, in: *Inszenierungen des Nationalstaates Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, hrsg. v. Sabine Behrenbeck / Alexander Nützenadel, Köln 2000, 171–190.

<sup>29</sup> *Jens Petersen, Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise*, München 1995, 47.

Republik wie auch die damit unmittelbar zusammenhängende Deutung der Vergangenheit konnte man nur mühsam entwickeln. Ein ethnologisch orientierter Blick auf die Feierlichkeiten zum 25. April 1946 und ihre zeitgenössischen Deutungen deckt die Spannungslinien auf, die dieses Fest von Beginn an durchzogen. Zunächst etablierte sich mit den ersten Feierlichkeiten ein Schema, welches das Procedere zum Tag der Befreiung bis heute prägt: Nach dem *concentramento*, dem Zusammenkommen der Öffentlichkeit auf einem zentralen Platz, folgte ein religiöser Akt, in der Regel eine Messe zum Totengedenken, sowie in den ersten Jahren Ordensverleihungen an ehemalige Kämpfer und Hinterbliebene, gefolgt von Ansprachen von Politikern und Vertretern der Partisanenverbänden. Gerahmt wurden diese Aktivitäten von einer reichen Beflaggung der jeweiligen Stadt oder des Dorfes, sportlichen oder kulturellen Darbietungen und einem Fackelzug, der den Festtag beendet. So weit verblieb man im herkömmlichen Formenkatalog politischer Manifestationen. Konflikte ergaben sich erst auf der Ebene der konkreten Gestaltung.

Kontrovers diskutiert wurde beispielsweise im April 1946, wo die zentrale Gedenkfeier stattfinden sollte. Daß gegenüber der Hauptstadt Rom letztlich Mailand den Vorzug erhielt, erklärt sich dadurch, daß dort ein wichtiger Ausgangspunkt des Aufstandes war. Grundsätzlich aber stellte sich damit die Frage, wie auch der Süden Italiens sich dieses Tages erinnern könnte und sollte, schließlich war der Mezzogiorno am 25. April 1945 bereits von amerikanischen Truppen befreit worden. Das Problem blieb ungelöst. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein war die Resistenza eine Angelegenheit des Nordens, während der Süden nicht integriert war<sup>30</sup>. Die Erhebung der Widerstandsbewegung zum Staatsmythos verfestigte den bereits vorhandenen Antagonismus zwischen Nord und Süd<sup>31</sup>.

Darüber hinaus gab es zur Ortswahl weitere Vorbehalte von Seiten der Christdemokraten, da die norditalienische Metropole als Sitz des Befreiungskomitees für Oberitalien (CLN AI) die Zentrale zwar des wichtigsten, aber durch und durch kommunistisch getragenen Flügels der Resistenza war. Um diese parteipolitische Spannung zu entschärfen, behalf man sich damit, nicht die CLN, sondern mit der nationalen Vereinigung der italienischen Widerstandskämpfer (ANPI) eine zu diesem Zeitpunkt noch neutrale Institution zum Ausrichter der *solemi manifestazioni* zu machen. Die Regie und die tragende Rolle in der Organisation der Feierlichkeiten über-

<sup>30</sup> Vgl. den Ausspruch von Feruccio Parri, der zitiert wird von Vittorio Gorresio, Il 25 Aprile – Constatazioni tristie e amare“, La Nuova Stampa 25.4.1949, 1. „Quanti sono gli Italiani delle regioni centrali e meridionali che della Resistenza sanno altro che le Fosse Adreatine e il tesoro die Dongo?“

<sup>31</sup> Zur Gedenkkultur im Mezzogiorno vgl. Gloria Chianese, Il Mezzogiorno tra memoria e rimozione, in: Le memorie della Repubblica, hrsg. v. Leonardo Paggi, Florenz 1999, 155 – 189.

nahmen daher die beiden Leiter des Mailänder Regionalverbandes der ANPI, der Kommunist Luigi Longo und der Führer der Aktionspartei Ferrucci Parri sowie der General Cadorna, der eine zeitweise hunderttausend Soldaten umfassende Partisanenarmee in Oberitalien befehligt hatte. Das Allparteienkomitee der Nationalen Befreiung war lediglich durch die einzelnen Mitgliederparteien vertreten. Dieser Umstand zeigt, daß auch auf der rituellen Ebene die antifaschistischen Bande bereits deutlich gelockert waren<sup>32</sup>.

Relativ unproblematisch war zunächst, wer offiziell an der Feier teilnehmen sollte: Regierungs- und Verwaltungsstellen sowie Parteien und Gewerkschaften sagten ihre Teilnahme zu. Die Stadtregierung, der Präfekt und auch der Bürgermeister von Mailand, der regionale Oberkommandierende der italienischen Befreiungstruppen, das Ministerium für Wiederaufbauhilfe, die Assoziation der Kriegsversehrten und Invaliden sowie die mitkämpfenden Partisanen, die Arbeitskammer, das Komitee der Familien der für die Freiheit Gefallenen, alle zugelassenen Parteien und – zu diesem Zeitpunkt nicht selbstverständlich – der Erzbischof der Diözese Mailand, Kardinal Schuster. Im Gegensatz zum Nationalfeiertag zum 2. Juni, an dem 1946 per Referendum die Monarchie abgeschafft und die Republik gegründet wurde, hatte sich die katholische Hierarchie entschlossen, den „Tag der Befreiung“ nicht nur mitzutragen, sondern das Feiern einer Messe auch zu einem zentralen Bestandteil zu machen<sup>33</sup>. Im Vorgriff darauf, daß wenige Monate später die Monarchie per Referendum abgeschafft wurde, war allein das italienische Königshaus nicht vertreten.

Neben den Vertretern der italienischen Institutionen und Parteien war auch das alliierte, in diesem Fall das britische Oberkommando vertreten. Im Verlauf der Feierlichkeiten überreichte der General John Mc Caffery den Partisanen Longo, Perrucci und Cadorna eine bronzenen Gedenktafel mit der Aufschrift „Spirit of Resistance“. Im Gegenzug erhielt er die Ehrenbürgerschaft von Mailand<sup>34</sup>. Rituell wurde damit ein Selbstbild Italiens bestätigt, welches italienische Politiker seit der Kapitulation der italienischen Armee propagiert hatten: Der 8. September 1943, mit dem der Nachfolger Mussolinis, Marschall Badoglio, zur Politik der *nonbelligeranza* zurückkehren wollte, sollte als *cobelligeranza* und damit als erster Schritt zur „Selbst-

<sup>32</sup> Vgl. Antonio Baldassare, *La costruzione del paradigma antifascista e la Costituzione repubblicana*, in: *Fascismo e antifascismo negli anni della Repubblica*, hrsg. v. Nicola Gallerano u. a., Mailand 1986, 11–33.

<sup>33</sup> Zur Haltung der katholischen Kirche zu verschiedenen Nationalfeiertagen vgl. Carlo Campani, Nationale Identität und Gedenken an den antifaschistischen Widerstand im republikanischen Italien, in: *Inszenierungen des Nationalstaates* (Anm. 28), 171–190, 178.

<sup>34</sup> „Nell’ anniversario del 25 aprile, . . .“, in: *Corriere di informazione* (Mailand) vom 14. April 1946.

befreiung“ Italiens gelten<sup>35</sup>. Mit der Resistenza sah sich das italienische Volk an der Seite der siegreichen alliierten Truppen. Im Norden hatte man sich, so suggerierte die Selbstdarstellung, gar selbst der deutschen Besatzung entledigt. Mit der dominierenden Erinnerung an den 25. April befreite man sich im internationalen Kontext „von dem Schuldkomplex [...], der damit verbunden war, dem Faschismus zugestimmt zu haben, und konnte sich der Gemeinschaft der demokratischen Staaten zugehörig [...] fühlen“<sup>36</sup>. Die geschichtspolitische Funktionalisierung nach außen funktionierte deshalb so unkompliziert, weil sie den Interessen der Alliierten weitgehend entgegenkam. Der genannte General Mc Caffery, der in Mailand 1946 die alliierten Mächte vertrat, stand *in personam* für die innenpolitische Einflußnahme der Großmächte. Seit 1943 hatte er den britischen militärischen Geheimdienst in Italien befehligt, der die „weißen“ Partisanenverbände unterstützte und diese damit zugleich auf die Abwehr einer möglichen Übernahme der Staatsgewalt durch die Kommunistische Partei orientiert hatte<sup>37</sup>. Italien, das in den verschiedenen politischen Krisen der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre starken Spannungen ausgesetzt war, wurde zum Testfeld, auf dem die UdSSR wie die USA Verbündete suchten, um die Strategien des Kalten Krieges zu erproben.

Wo die geschichtspolitische Funktionalisierung nach außen hin problemlos funktionierte, da gelang die Befriedung per Vergangenheitspolitik nach innen nur partiell: Den stärksten gemeinsamen Bezugspunkt fand man in einer Interpretation, die die Widerstandsbewegung in den weiten Bogen der Nationalgeschichte einschloß. Aus Anlaß der Feierlichkeiten in Mailand wurde zugleich eine „Mostra del primo e del secondo Risorgimento“ eröffnet. Der „Corriere di informazione“, die provisorische Tageszeitung in Mailand, interpretierte den Zusammenhang folgendermaßen: „Eine Kontinuität des Idealismus verbindet das erste und das zweite nationale Erwachen, das Risorgimento. Die Beweggründe des 19. Jahrhunderts, sich gegen die Unterdrücker zu erheben, entsprachen vollends den Motiven, die die Kämpfer der Resistenza im 20. Jahrhunderts geleitet haben. Diese geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die politischen Überzeugungen des italienischen Volkes sich in keiner Weise verändert haben“<sup>38</sup>. „L'uniformità della linea storica“ – die Idee von einer unveränderlichen politischen Überzeugung und Haltung der Italiener stand im Mittelpunkt dieser Geschichtsinterpretation<sup>39</sup>. Damit

<sup>35</sup> Vgl. Costanzo Casucci, Il trauma dell’otto settembre e il problema dell’identità nazionale italiana, in: Il mulino 7 – 8 (1994), 607 – 615,

<sup>36</sup> Pietro Scoppola, 25 aprile. Liberazione, Turin 1995, 10.

<sup>37</sup> Christopher Duggan, Italy in the Cold war Years and the Legacy of Fascism, in: Italy in the Cold war. Politics, Culture and Society 1948 – 1958, hrsg. v. dems. / Christopher Wagstaff, Oxford / Washington 1995, 1 – 24.

<sup>38</sup> „25 Aprile“, in: Corriere die informazione (Mailand) vom 12. April 1946.

<sup>39</sup> Vgl. Jens Petersen, Quo vadis (Anm. 29), 30.

folgte man im öffentlichen Gedenken der Interpretation des liberalen Philosophen und Politikers Benedetto Croce, nach der der Faschismus gegenüber dieser italienischen „Erfolgsgeschichte“ allenfalls einen Einschub markiere, welchem in der Erfolgsgeschichte des 1860 entstandenen italienischen Einheitsstaates nur untergeordnete Bedeutung zukommen sollte.

Die Deutung der Resistenza als *Secondo Risorgimento* trug allerdings nur bedingt, und das aus zwei Gründen. Wenn Luigi Longo zum fünften Jahrestag der Befreiung die gefallenen Resistenza-Kämpfer als „unsere Toten“ und als Mitglieder einer Erinnerungsgemeinschaft feierte, die die universelle Gemeinschaft der Demokraten und die aus dem Risorgimento hervorgegangenen italienische Nation darstelle<sup>40</sup>, dann waren damit die früheren Parteigänger Mussolinis und die Anhänger der Republik von Salò zu Repräsentanten des „Anti-Italiens“ gestempelt. Wörtlich formulierte es so zwei Jahre später, am 5. Juni 1952, der Parlamentsabgeordnete Calosso<sup>41</sup>. Vergegenwärtigt man sich, daß in den Jahren 1943 bis 1945 circa fünf Prozent der italienischen Bevölkerung auf der Seite der Repubblica Sociale Italiana Mussolinis kämpfte, dann wird deutlich, einen welch hohen Prozentsatz der Bevölkerung man aus der Nation symbolisch ausgeschlossen hatte<sup>42</sup>.

Aber auch unter den zwei großen und die politische Kultur Italiens prägenden Parteien waren die Assoziationen, die sich mit dem Risorgimento verbanden, höchst unterschiedlich<sup>43</sup>. Die Kommunisten, die zwischen 25 und 35 Prozent der Wähler hinter sich wußten, stimmten der Parallele nur dann zu, wenn das historische Risorgimento als ein von sozial geprägten Konflikten geschürter Volksaufstand, nicht aber als Bewegung national gesonnener Eliten interpretiert wurde. Orthodoxen Kommunisten galt die Parallelisierung von Risorgimento und Resistenza immer als Versuch, den Widerstand der Jahre 1943 bis 1945 auf ein Höchstmaß an Kontinuität mit einer moderaten, konservativen Vergangenheit zu reduzieren<sup>44</sup>. In diesem Sinne wurde das Bild vom *Secondo Risorgimento*, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Bruch mit dem Faschismus betonte, zu einer konservati-

<sup>40</sup> Luigi Longo, Il messaggio dei caduti, in: *L'Unità* vom 25.4.1950, 3.

<sup>41</sup> „I fascisti [...] hanno sempre rappresentato l'anti-Italia“. Atti della Camera dei Deputati, 1. Legislatura, Sitzung vom 5. Juni 1952, S. 3845.

<sup>42</sup> Zur bislang nur wenig erforschten RSI vgl. Rudolf Lill, Das faschistische Italien, in: Kleine italienische Geschichte, hrsg. v. Wolfgang Altgeld, Stuttgart 2002, 371–430, 418–425.

<sup>43</sup> Eine umfassende Rekonstruktion bei Giovanni Miccoli, Cattolici e comunisti nel secondo dopoguerra: memoria storica, ideologia e lotta politica, in: La grande Cesura. La memoria della guerra e della resistenza nella vita europea del dopoguerra, hrsg v. dems., Bologna 2001, 31–88, 45; Paolo Blasina, Resistenza, Guerra, fascismo nel catolicesimo italiano (1943–1948), in: ebd., 123–196.

<sup>44</sup> Guido Quazza, Passato e Presente nelle interpretazioni della Resistenza, in: Passato e Presente della Resistenza. 50º Anniversario della resistenza e della Guerra di Liberazione, Rom 1995, 44–56, 45.

ven Vorstellung, mit der die DC gegen kommunistische und sozialistische Pläne einer tief greifenden Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft argumentierte<sup>45</sup>.

Trotz dieser parteipolitisch genehmen Deutung akzeptierten auch die Christdemokraten diese Interpretation nur mit Zurückhaltung und dann unter Vorbehalt: Die bis 1991 an jeder Regierung beteiligte DC, die jeweils zwischen 35 und 40 Prozent der Wählerstimmen erreichte, war auf das engste mit der katholischen Kirche, ihren Vorfeldorganisationen wie auch dem Papst und Bischof von Rom verbunden. Einem christdemokratischen Regierungschef fiel es dabei bis zuletzt schwer, Mazzini oder Garibaldi oder den 20. September, den Tag der Eroberung Roms, zu feiern. Die Christdemokraten, die nach 1945 fast permanent das Erziehungsministerium besetzten, konnten zwar, so der Politologe Leonardo Sciascia, „die Vergangenheit akzeptieren, aber kaum dazu beitragen, die Idee des Risorgimento zugunsten künftiger Generationen lebendig zu erhalten“<sup>46</sup>.

Ähnlich ambivalent lässt sich auch das Verhalten der Christdemokraten gegenüber der Resistenza insgesamt charakterisieren. Natürlich waren Vertreter des politischen Katholizismus und der Partito popolare italiano aktiv an der Resistenza beteiligt, im Gros der Widerstandsbewegung stellten sie allenfalls eine kleine Gruppe. Man kämpfte aus nationalen, patriotischen Gründen gegen die Anwesenheit der verhaßten Deutschen, man stritt gegen die illegitime Regierung von Salò und die Grausamkeiten, die auf ihrem Hoheitsgebiet zu beobachten waren, ohne aber eine eigene politische Zielvision zu entwickeln<sup>47</sup>. In der nach Kriegsende neu gegründeten *Democrazia Cristiana* trafen diese katholischen Resistenza-Angehörigen auf einen größeren Teil politisch aktiver Katholiken, die nicht an die volksparteilich-vorfascistischen Traditionen, sondern an ältere autoritäre Traditionen anknüpfen wollten<sup>48</sup>. „Konkret“, so formuliert vorsichtig der katholische Historiker Pietro Scoppola, „entfernte sich dieses Ideal [...] nicht viel von den Modellen Francos oder Salazars [...]“<sup>49</sup>.

---

<sup>45</sup> Vgl. ebd., 48.

<sup>46</sup> So der Politologe Leonardo Sciascia, zitiert nach Petersen, *Quo vadis* (Anm. 29), 51.

<sup>47</sup> Vgl. Ezio Franceschini, *Il mio no al fascismo*, in: Uomini liberi. Scritti sulla Resistenza, a cura die F. Minuto Peri, hrsg. v. dems., Casale Monferrato 1993, 1–9.

<sup>48</sup> Vgl. Karl-Egon Lönne, Zur Reaktivierung des politischen Katholizismus in Deutschland und Italien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Wissenschaftstradition und Nachkriegsgeschichte in Italien und Deutschland, hrsg. v. dems., Düsseldorf 1987, 20–38.

<sup>49</sup> Pietro Scoppola, *La proposta politica di De Gasperi*, 2. Aufl., Bologna 1978, 47. Zur letztlich demokratischen Wende der DC vgl. Karl-Egon Lönne, Zur Reaktivierung des politischen Katholizismus (Anm. 48), 20–38.

Die Beteiligung der Katholiken an der Resistenza hatte alles in allem eine doppelte Wirkung: Auf der einen Seite mäßigte sie die revolutionären Tendenzen der überwiegend engagierten Linken, die unmittelbar nach Kriegsende auf eine rasche sozialistische oder kommunistische Umgestaltung Italiens drängten. Auf der anderen Seite verschaffte der Resistenza-Flügel der DC innerhalb der katholischen Kirche einem eher integralen Politikansatz Raum, welcher zwischen den Konzeptionen der *Azione Cattolica* und der *Partito popolare* vermittelte<sup>50</sup>. Schon zu diesem Zeitpunkt erschien aber im Vergleich zum Faschismus der Kommunismus als größere zu bekämpfende Gefahr. So verhielt sich die regierende Partei DC durchaus ambivalent. Man reklamierte, beteiligt gewesen zu sein, legte aber wenig Wert auf die Aktualisierung der Vergangenheit, da man der Resistenza nicht gedenken konnte, ohne den Anteil der Kommunisten zu würdigen<sup>51</sup>.

Stattdessen versuchte man, dieses Symbol abzuwerten und zugleich die eigene Anhängerschaft mit alternativen geschichtspolitischen Mitteln zu mobilisieren. Dieser Prozeß fand seinen Höhepunkt im Wahlkampf 1948, in deren Ergebnis die – so die zeitgenössische Formulierung – „Allparteienregierung aus dem Geiste der Resistenza“ zerbrach.

Insbesondere ein vom 14. Februar bis zum 30. April 1948 geltendes Verbot, in der Öffentlichkeit Uniformen, Abzeichen oder andere Kleidungsstücke zu tragen, die jemanden als Angehörigen einer militärischen Formation auszeichneten, zielte zunächst darauf, die Wahlen vom 18. April zu schützen und von Demonstrationen freizuhalten. Gleichzeitig aber führte die zeitliche Verlängerung dieses Verbotes auf den 25. April dazu, daß Militär und Polizei, aber auch die Vertreter der Partisanenverbände nicht mehr als Amtspersonen beziehungsweise als alte Kämpfer an diesem Fest teilnehmen konnten<sup>52</sup>.

Zusätzlich setzte man darauf, der Resistenza-Erinnerung eigene Formen der Mobilisierung entgegenzustellen. Beim katholischen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, so die zeitgenössische Bezeichnung, gingen die Interessen der Kirchenhierarchie und der DC Hand in Hand<sup>53</sup>. Das „Mikrofon Gottes“, der Jesuitenpater Riccardo Lombardi, erklärte beispielsweise bei einer Veranstaltung mit dem Titel „Jesus, Retter Italiens“ Togliatti, den Führer der italienischen Kommunisten, zum russischen „Senza Dio“<sup>54</sup>. Einen Höhepunkt fand diese Mobilisierung in der Reaktivierung des Marienkultes. 1948 wurde so zum Jahr der Wunder, in dem zahlreiche Marienstatu-

<sup>50</sup> *Miccoli, Cattolici* (Anm. 43), 75–77.

<sup>51</sup> Vgl. *Sassoon, Italy* (Anm. 25), 263 ff.

<sup>52</sup> Vgl. „25 aprile“, in: *Corriere della Sera* vom 23. April 1948.

<sup>53</sup> *Giancarlo Zizola, Il microfono di Dio*, Mailand 1990, 137.

<sup>54</sup> Vgl. *Giovanni De Luna, Il 18 Aprile*, in: *I luoghi della memoria. Personaggi e date dell'Italia unita*, hrsg. v. Mario Isnenghi, Mailand 1997, 321–331.

en weinten oder sich die Jungfrau in wundersamen Erscheinungen zeigte. Die größte Breitenwirkung erzielte die Verehrung der „Madonna pellegrina“ – eine reich geschmückte Marienstatue, die getragen von den Wallfahrenden von Haus zu Haus wanderte und – so wörtlich der Jesuit Pater Mondrone – „selbst in den Landstrichen, die am meisten von der kommunistischen, sozialistischen und alles in allem antiklerikalen Propaganda heimgesucht worden waren“, auf einen riesigen Enthusiasmus stieß. „Erst nach dem gloriosen Wahlsieg der DC“, so Carlo Ginzburg in seiner Geschichte Italiens, „beruhigte sich dieses febbre mariana nach und nach“<sup>55</sup>.

Die Christdemokraten erreichten bei diesem Wahlgang 48,7 Prozent der Stimmen und waren seitdem kontinuierlich bis 1991 an der Regierung Italiens beteiligt. Die italienischen Kommunisten hingegen, die fest mit dem Sieg der gemeinsam mit den Sozialisten aufgestellten *Fronte democratico popolare* gerechnet hatten, erreichten lediglich 31 Prozent und waren seitdem bis Anfang der neunziger Jahre die zweitstärkste Kraft Italiens, ohne aber an der Regierung jemals beteiligt zu sein. Nach dieser Wahl wurde der „Tag der Befreiung“ zur Bühne für eine Auseinandersetzung, die für die Geschichtspolitik der fünfziger Jahre insgesamt steht. Die siegreiche DC hielt der PCI wiederholt vor, sich die Symbole der *Resistenza* exklusiv anzueignen. Die Kommunisten nutzten ihrerseits die *Resistenza*-Erinnerung als Argument gegen den Antikommunismus der Regierungspartei. Im Gefolge der immer intensiveren Auseinandersetzungen schieden auch die katholischen Widerstandskämpfer aus dem nationalen Verband der *Resistenza*-Angehörigen aus und gründeten eigene Organisationen<sup>56</sup>.

In diesem „*Bipartitismo imperfetto*“ wurde auf Grund der gespaltenen Haltung der Christdemokraten bis zum Beginn der sechziger Jahre die Kommunistische Partei zum eigentlichen Erbe der *Resistenza*. Die Legitimation einer ganzen Generation von Parteiführern leitete sich aus ihrer Beteiligung am Widerstand ab. Ein komplexes Netz von Symbolen und Ritualeln wurde errichtet, Hunderte von Parteigliederungen nach „Märtyrern der Bewegung“ benannt<sup>57</sup>. Selbst in den internen Auseinandersetzungen zu Beginn der neunziger Jahre, an deren Ende sich die PCI in eine sozialdemokratisierte PDS und eine kommunistische Rifondazione Comunista spaltete, war das Erbe der *Resistenza* eines der schwersten Geschütze, welches von den Kontrahenten aufgefahren wurde<sup>58</sup>.

<sup>55</sup> Carlo Ginzburg, Folklore, magia, religione, in: *Storia d' Italia*, Vol. I. I caratteri generali, Turin 1972, 672.

<sup>56</sup> Vgl. Cristina Cenci, Rituale e memoria. Le celebrazioni del 25 aprile, in: *Le memorie della Repubblica*, hrsg. v. Leonardo Paggi, Florenz 1999, 325 – 378.

<sup>57</sup> Vgl. Marcello Flores, L'antifascismo all'opposizione, in: *Fascismo* (Anm. 32), hrsg. v. N. Gallerano, 34 – 61.

<sup>58</sup> Vgl. David Kertzer, Politics and Symbol. The Italian Communist Party and the Fall of Communism, New Haven 1996, 123 – 152.

Ihr Beharren auf dem Resistenza-Mythos hatte einen dezidiert innenpolitischen Hintergrund. Während große Teile der Parteibasis noch lange Zeit auf eine direkte Machtübernahme in Italien hofften, setzte die Parteiführung um Togliatti in Absprache mit Moskau auf eine Machtbeteiligung im Rahmen des parlamentarischen Systems, von wo aus dann mehr möglich sein sollte. Wenn es gelang, sich auf den Antifaschismus als den zentralen Bezugspunkt für das neue Italien zu verständigen, dann konnte man die Kommunisten nicht einfach ihrer demokratischen Defizite wegen ausgrenzen, so das Kalkül der Parteiführung. Aus diesem Grund legte man die Partei auch auf eine Geschichtsdarstellung fest, die der selbstheroisierenden Deutung der alten Kämpfer widersprach. Hatte man zunächst von einer Elite gesprochen, die aus den Bergen heraus das italienische Volk befreite, setzte man in den fünfziger Jahren darauf, die Resistenza als einen Aufstand zu zeigen, der zwar von den Kommunisten angeführt, aber von breiten Teilen des italienischen Volkes unterstützt und getragen wurde<sup>59</sup>.

Das Kalkül ging nicht auf. Trotz dieser Öffnung blieb die Wirkung dieser Vergangenheitsinterpretation auf das eigene politische Lager beschränkt. In der Schule wurde die Zeitgeschichte bis zum Anfang der sechziger Jahre nicht gelehrt<sup>60</sup>. Massenmedien und Freizeitindustrie griffen das Thema Resistenza nicht auf. Während in Großbritannien und in den USA insbesondere in den fünfziger Jahren eine große Zahl von Kriegsfilmen produziert wurde, beschränkte sich das Interesse der italienischen Filmindustrie auf einige neorealistiche Produktionen, die allesamt keine Zuschauermagneten wurden<sup>61</sup>. Während es im Laufe der fünfziger Jahre auf der einen Seite der Regierungspartei DC nicht gelang, eine überzeugende alternative Geschichtspolitik zu etablieren, blieb auf der anderen Seite die kommunistische Erzählung vom Widerstand eingekapselt in die Subkultur der politischen Linken<sup>62</sup>.

## II. Das öffentliche Erinnern in den sechziger und siebziger Jahren: Von der „nuova resistenza“ zur „ufficialisazione“

Daß die Erinnerung an die Resistenza auch zu diesem Zeitpunkt durchaus noch mobilisieren konnte, zeigte sich im Sommer 1960<sup>63</sup>. Die Regierung

<sup>59</sup> Vgl. *Sassoon, Italy* (Anm. 25), 269 f.

<sup>60</sup> Vgl. *Luigi Cajani*, Italien und der Zweite Weltkrieg in den Schulgeschichtsbüchern, in: Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, hrsg. v. Christoph Cornelissen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker, Frankfurt a.M. 2003, 285–298.

<sup>61</sup> Vgl. *Istituto Storico della Resistenza* (Hrsg.), *La Resistenza nel cinema* (Anm. 2).

<sup>62</sup> Vgl. *Guido Formigoni*, *La memoria della Guerra e della resistenza nelle culture politiche del „mondo cattolico“ (1945–1955)*, in: *Cesura* (Anm. 43), 479–526.

des Christdemokraten Tambroni, die zur Regierungsbildung auf Koalitionspartner angewiesen war, setzte aus den Machtkämpfen innerhalb der DC heraus auf ein Bündnis mit der neofaschistischen MSI, dem Movimento Sociale Italiano. Zugleich kündigte die Nachfolgepartei Mussolinis an, ihren Parteitag in Genua und damit in einem der Zentren der Resistenza abhalten zu wollen<sup>64</sup>. Aus dem Unmut darüber entwickelte sich ein massiver Protest, der Italien an den Rande eines Bürgerkrieges führte. Es mutet karnevalessk an, daß es die 20- bis 40-jährigen Kämpfer der Jahre 1943, '44 und '45 waren, die im Sommer 1960 um fast 20 Jahre gealtert, sich erneut zur Resistenza zusammenfinden, und das nicht nur im übertragenen Sinne. In Genua, aber auch in Turin und ansatzweise in Mailand bildeten sich die alten Organisationsstrukturen erneut; die Generale und Hauptleute von damals nahmen ihre Posten ein und die Kämpfer ihre alten Kriegs- und Decknamen an. Aus ganz Italien reisten protestbereite Jugendliche und – so kann man es den Berichten der Sicherheitsbehörden wie auch den Erlebnisschilderungen der Beteiligten entnehmen – bewaffnete Partisanen an. Nach mehreren Generalstreiks, Zusammenstößen mit der Polizei und Straßenschlachten mit vielen Verletzten und mehreren Toten hatten am 30. Juni die Protestierenden in Genua die Sicherheitskräfte in ihre Kasernen zurückgedrängt und im Stil des CLN ein *comitato permanente* organisiert, welches nach eigenem Bekunden bereit war, die Macht in der Stadt zu übernehmen. Die Krawalle und Proteste weiteten sich aus, fünf Menschen starben am 7. Juli in Reggio Emilia, zwei in Palermo, einer in Catania.

Angesichts dieser Eskalation änderten Regierung und Behörden ihren Kurs vollständig. Der Senatspräsident Merzagora rief zu einem 14-tägigen Waffenstillstand auf, bei dem sowohl die Polizeieinheiten in ihren Kasernen wie auch die Protestierenden weg von der Straße bleiben sollen. Tambroni und sein Innenminister, die zunächst darauf gedrängt hatten, die Fähigkeit zu einer Politik der Stärke zu demonstrieren, verboten den Parteitag der Neofaschisten in der ehemaligen Resistenza-Metropole. „Der Widerstand lebt“, so jubelte die linksorientierte Presse und die kommunistische *L'Unità* ließ sich gar zu einer gewagten Geschichtsinterpretation hinreißen: Nicht der Faschismus sei eine Parenthese, eine auszuklammernde Zwischenperiode der italienischen Geschichte gewesen, wohl aber der Centrismo der Christdemokraten, die 15 Jahre lang die Herrschaft innehatten<sup>65</sup>. „Tutto ci

<sup>63</sup> Dazu und zum Folgenden vgl. die stark wertende Darstellung von *Piergiuseppe Murgia*, Il luglio 1960, Mailand 1968; *Giovanni De Luna*, I fatti di luglio 1960, in: I luoghi della Memoria (Anm. 54).

<sup>64</sup> Zur Strategie der MSI vgl. *Piero Ignazi*, Il polo escluso. Profilo del movimento sociale italiano, Bologna 1989, 92–99.

<sup>65</sup> Eine Dokumentation verschiedener Pressestimmen bietet *Guido Crainz*, La „legitimazione“ della Resistenza. Dalla crisi del centrismo alla vigilia del '68, in: *Fascismo* (Anm. 32), hrsg. v. Gallerano, 62–97, 66 f.

era parso possibile“, so hatte der Schriftsteller Vittorio Foa den Aufstand vom 25. April 1945 charakterisiert und stand damit für eine Reihe von literarischen und autobiographischen Zeugnissen, die die Resistenza-Erfahrung als eine individuelle wie kollektive Grenzerfahrung beschrieben<sup>66</sup>. Auch jetzt – im Sommer 1960 – schien wieder alles möglich. Diese Mischung aus politischem Protest, berausender Freiheitserfahrung, aber auch Massenillusion und kollektiver Selbstdäuschung verweist nachdrücklich auf die durchaus lebendige und zum Zwecke der politischen Mobilisierung latent abrufbare Erinnerung an die Ausnahmejahre 1943 bis 1945.

Ein politisches Ziel hatte die demonstrierende Linke auf die Schnelle erreicht. Der Regierungschef Tambroni konnte sich nicht halten und mußte noch im Monat dieser Ereignisse zu Gunsten des Christdemokraten Fanfani zurücktreten, der dann mit der liberalen PRI und der sozialdemokratischen PSDI koalisierte. Zugleich aber verband sich mit dieser Renaissance verbundener Jubel bei der politischen Linken eine gewaltige Selbstdäuschung. „La nuova Resistenza“ erwies sich rasch als Trugbild. In den genuesischen Straßenkämpfen waren die 20 Jahre alten Widerstandstraditionen zusammengeflossen mit einer „rivolta dei blue jeans“ – so die Bezeichnung, mit der aufmerksame zeitgenössische Beobachter den Unterschied zwischen den zwei zusammenfließenden Protestbewegungen markierten<sup>67</sup>. Über die soziale Zusammensetzung der protestierenden Jugendlichen und ihre politischen Hintergründe ist bis heute wenig bekannt<sup>68</sup>. Die PCI war institutio-nell ebenso wenig präsent wie die sozialistischen Parteien, allein die lokalen Gewerkschaftsorganisationen organisierten verschiedene der Streikaktionen. Zum Erschrecken der christdemokratischen Funktionäre war unter den verhafteten Jugendlichen nicht nur ein anteilig hoher Prozentsatz von Mitgliedern kommunistischer und sozialistischer Jugendverbände, sondern auch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Angehörige der Christlichen Arbeiterjugend (Acli), der Gioventù Italiana di Azione Cattolica (Giac) und der – alles in allem christdemokratisch geprägten – organisierten Jugend der Landbevölkerung<sup>69</sup>. Über die Motive der protestierenden Jugend ist bis heute mehr spekuliert als tatsächlich geforscht worden. Eine Abwehr der stärkeren Regulierung des jugendlichen Ausbildungsganges durch eine forcierte Modernisierung seit Mitte der fünfziger Jahre floß zusammen mit den Anfängen eines gegenkulturellen Lebensstils von Musik- und Modekonsum. Die Erinnerung an die Resistenza der Jahre 1943 bis 1945 war dagegen allenfalls ein nachrangiges Motiv des Protestes<sup>70</sup>.

<sup>66</sup> Eine ethnologische Interpretation bei Cenci, *Rituale* (Anm. 56), 331 – 336.

<sup>67</sup> Vgl. A. *Illuminati, Insegnamenti del luglio*, in: *Nuova Generazione* vom 30. Juli 1960.

<sup>68</sup> Vgl. N. *Balestrini / P. Moroni*, *L'orda d'oro 1968 – 1977. La grande ondata rivoluzionaria e creative politica ed esistenziale*, Mailand 1988, 17.

<sup>69</sup> *De Luna, I fatti* (Anm. 63), 365 – 371.

Der ergraute Partisan und der Jeans tragende Jungarbeiter bildeten daher nur eine lose Einheit, die sich im gemeinsamen Kampf gegen MSI und Christdemokraten fand. Eine Konsensformel war lediglich im gemeinsamen Feindbild ersichtlich. Nach der Interpretation der Protestierenden trat der Faschismus seinen Gegnern nun nicht mehr offen gegenüber, sondern in den Strukturen und Organisationsformen der italienischen Republik<sup>71</sup>. Selbst die ausgewiesenen antifaschistischen Politiker unter den Christdemokraten – Antonio Segni, Mario Scelba und auch Giulio Andreotti – galten nun als „antifascisti pentiti“, als „bereuende Antifaschisten“, die sich zu Gunsten des Machterhalts von ihren Idealen abkehrten<sup>72</sup>. „Klero-Faschismus“ war die Formel, mit der man die eigene Diagnose von der engen Verflechtung von Vatikan, katholischer Subkultur und den regierenden Christdemokraten der politischen Situation bezeichnete<sup>73</sup>.

Auf längere Sicht war mit den Ereignissen des Sommers 1960 ein Phyrussieg errungen, setzte doch jetzt die „Ufficialisazione“ der Erinnerung ein. Nicht nur politisch hatten die Christdemokraten angesichts der Ereignisse des Juli 1960 die Weichen auf eine „apertura a sinistra“ gestellt. Auch geschichtspolitisch vollzog man – allen voraus Aldo Moro – eine Kehrtwende nach links. Der Übergang vom kommunikativen Gedächtnis der Mitlebenden und Miterfahrenden zum kulturellen Gedächtnis einer symbolisch gestützten, ritualisierten Erinnerung verband sich mit einer geschichtspolitischen Kehrtwende, mit der die ewige Regierungspartei und die koalierenden Sozialisten die Resistenza endgültig zur Staatsdoktrin erhoben. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger und Parteifreund Taviana, der zum zehnjährigen Gedenken des Blutbades in den ardeatinischen Höhlen die Resistenza mit keinem Wort erwähnt hatte, verwies Aldo Moro beim 20. Jahrestag 1964 siebenmal auf den italienischen Widerstand. Noch 1960 bemerkte der Kolumnist der Tageszeitung *Il Mondo*, daß das Wort vom Antifaschismus eine Seltenheit wäre aus dem Munde eines christdemokratischen Politikers<sup>74</sup>. Schon 1965 aber, zum zwanzigsten Jahrestag der Liberazione,

<sup>70</sup> Vgl. die entsprechenden Passagen in *Arthur Marwick, The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy and the United States, c. 1958 – c. 1974*, Oxford 1998; *Franz Walter, Jugendprotest in Italien. Die lange revolutionäre Welle 1968 – 1977*, Frankfurt a.M. 1993, 11 – 13.

<sup>71</sup> Weder personell noch strukturell hatte ein Bruch mit der faschistischen Vergangenheit stattgefunden – ein Befund, den Hans Woller in einer Studie zur „Abrechnung mit dem Faschismus“ *grosso modo* bestätigt. Vgl. *Hans Woller, Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948*, München 1996.

<sup>72</sup> Vgl. die Schlagzeile „Antifascisti pentiti“ auf der Titelseite der Tageszeitung *L'Espresso* vom 31. Januar 1960.

<sup>73</sup> Vgl. „Fascismo 60“, in: *Il Mondo* vom 16. Februar 1960 (Kolumn „Taccuino“).

<sup>74</sup> Vgl. die Kolumn *Il „Taccuino“*, in: *Il Mondo* vom 16. August 1960: „Se l'onorevole Moro non avesse altri meriti basterebbe quello, che noi particolarmente apprezziemo, die aver ritrovato o meglio ‚reinventato‘ la parola ‚antifascismo‘. E‘ una

war das Gedenken an die Befreiung vom Faschismus zur „espressione corale della nazione“ avanciert<sup>75</sup> und in der politischen Kommunikation der Zeit untrennbar mit der Idee verbunden, die Freiheit gegenüber den Totalitarismen von rechts und links, sprich: vor allem gegen den Kommunismus, zu verteidigen<sup>76</sup>.

Analysiert man populäre Darstellungen und Fernsehsendungen zum Thema, dann versuchte die offiziöse Geschichtspolitik nun ein verändertes Bild zu verankern. Gegen die „Bestialität“ der Nazideutschen erhoben sich eine große Zahl italienischer „buon homini“. Ihre Motive waren Humanität, Moralempfinden und Nationalbewußtsein, nicht aber der Wunsch nach sozialen und politischen Veränderungen<sup>77</sup>. Ein solchermaßen konturiertes „nuovo risorgimento“ erfreute sich auch unter Christdemokraten größter Beliebtheit und wurde von den zentralen politischen Institutionen breit gefeiert. Allein zum zwanzigjährigen Jubiläum fanden 17 offizielle Gedenkstunden des Parlaments statt<sup>78</sup>. Mit der Gründung eines Teils der heute über 60 Institute zur Erforschung der Resistenza erhielt diese geschichtspolitische Ausrichtung eine institutionell-wissenschaftliche Stütze. Die Jahre 1943 bis 1945 wurden zum festen Bestandteil aller Lehrpläne bis in die Mittelschule hinein<sup>79</sup>, und auch die italienische Filmindustrie hatte mit der Heroisierung des Resistenza-Geschehens und entsprechender staatlicher Fördergelder im Widerstand den Stoff gefunden, aus dem die Leinwandträume sind<sup>80</sup>.

Dem Paradox, daß nun gesellschaftliche Gruppen diese Erinnerung für sich reklamierten, die den Antifaschismus und den historischen Widerstand eher am Rande getragen hatten, begegnete man über die inhaltliche Ausdehnung der Legitimationsbegriffe, die von einer konkreten politischen Aktion zur Geisteshaltung ausgeweitet wurden. Die Kommunistische Partei wurde weiterhin dem „arco costituzionale“, also dem Verband der die Verfassung tragenden Parteien zugerechnet, blieb aber von einer Regierungs-beteiligung ausgeschlossen.

---

parola che in bocca ai cattolici appariva desueta.“ Für eine detaillierte Analyse der veränderten Haltung zum Antifaschismus in der „mondo cattolico“ vgl. *Luigi Bedeschi*, La presenza politica dei cristiani nella sinistra italiana. Appunti per un’interpretazione, in: I cristiani nella sinistra. Dalla resistenza ad oggi, hrsg. v. dems., Rom 1976, 9–27.

<sup>75</sup> *Cenci*, Rituale (Anm. 56), 372.

<sup>76</sup> Vgl. exemplarisch „Dalla resistenza al ‚dialogo‘“, in: *Corriere della Sera*, 25. April 1965.

<sup>77</sup> Vgl. dazu die polemische Schrift von *David Bidussa*, Il mito del bravo italiano, Mailand 1994.

<sup>78</sup> Vgl. *Campani*, Antifaschismus (Anm. 4).

<sup>79</sup> Vgl. *Luigi Cajani*, Italien und der Zweite Weltkrieg (Anm. 60).

<sup>80</sup> Vgl. *Istituto Storico della Resistenza* (Hrsg.), La Resistenza nel cinema (Anm. 2).

Als der eigentliche Schnitt bei der generationellen Tradierung der Resistenza-Erinnerung erwiesen sich die zweite Hälfte der sechziger und die siebziger Jahre: Auf der Linken wuchs der Protest gegen die Vereinnahmung. „Wir wollen nicht, daß die Toten der Resistenza – mit Monumenten ‚für die Gefallenen aller Kriege‘ – von Bischöfen, Präfekten, Gerichtspräsidenten, Wehrkreiskommandeuren, Kommissaren, Intendanten und Superintendenten ‚geehrt‘ werden – besser ist das Schweigen!“ Die Resistenza sei tot, erstickt von den offiziellen Feierlichkeiten, so hieß es bereits in der ersten Nummer der berühmten *Quaderni Piacenti* von 1962, die später zu einem der wichtigsten Organe der italienischen Neuen Linken und der Studentenbewegung avancierten<sup>81</sup>. Claudio Pavone, ehemaliger Partisan und einer der berühmtesten Resistenza-Forscher Italiens, pflichtete dem im Juli 1968 provozierend bei: „Wenn die Jugend die als Alibi benutzte Resistenza zerstören will, dann tut sie gut daran“<sup>82</sup>. Für die Studentenbewegung von 1968 war die Resistenza ihrer Eltern- und GroßelternGeneration kein positiver Bezugspunkt, sondern wurde ihres offiziösen Charakters wegen abgelehnt oder ging in Internationalismus und einem allgemeinen Protest gegen autoritäre Haltungen auf.

Aus dem Parteiensystem Italiens war es vor allem die PCI, die die „nuova resistenza“ in die eigenen Reihen zu integrieren versuchte. Mit großem Aufwand publizierte man eine Studie zur „fronte della gioventù“, mit der der Anteil junger Kämpfer an der Widerstandsbewegung gewürdigt werden sollte. Zugleich wies man auch die eigene Jugendorganisation an, in der Werbung neuer Mitglieder ein verändertes Bild der Resistenza zu vermitteln. Dabei gab man Argumentationshilfen an die Hand, mit denen die Jungkommunisten dem Vorwurf der außerparlamentarischen Linken begegnen sollten, nicht nur die politische Mitte, sondern auch die PCI habe die Resistenza verraten. Erfolg hatten diese Initiativen nicht<sup>83</sup>.

Ein weitaus tieferer Bruch läßt sich unter der nicht politisch organisierten Bevölkerung beobachten: Mit der Herausbildung einer simplifizierenden Meistererzählung und der damit einhergehenden politischen Rhetorik wurde eine diffuse und undifferenzierte Erinnerung etabliert, die den ihr zugedachten Zweck der nationalen Legitimation nicht mehr erfüllt. Zahlreiche demoskopische und pädagogische Studien zeigten, daß selbst Schüler und Studenten aus den ehemaligen norditalienischen Resistenza-Hochburgen kaum noch Interesse an einem Thema zeigten, das vom offiziellen Ita-

<sup>81</sup> „25 aprile 1945 – 25 aprile 1962“, in: *Quaderni Piacenti* 1 (April 1962).

<sup>82</sup> Zitiert nach Paolao Ghigne, in: *La resistenza tra storia e memoria*, hrsg. v. Nicola Gallerano, Mailand 1999, 133.

<sup>83</sup> Umberto Gentiloni Silveri, „Dare avvio ad una nuova resistenza“: FCGI e resistenza nella crisi italiana degli anni '70, in: *Passato e presente della resistenza. 50° Anniversario della Resistenza e della Guerra di Liberazione*, Rom 1995, 283 – 292.

lien dermaßen stark besetzt war<sup>84</sup>. Hinzugekommen ist, daß die politische Praxis der regierenden Christdemokraten und Sozialisten kaum noch mit den gefeierten „Idealen“ der Resistenza in Einklang zu bringen waren. Seit dem Zeitpunkt, als tatsächlich „no other story in town“ sich Gehör verschaffen konnte und die Resistenza zum nationalen Mythos erhoben wurde, höhle dieser von innen aus und verlor zunehmend an Potential, nationale Identität zu stiften<sup>85</sup>.

### III. Ausblick und Resümee

Blickt man auf die Gedenkpraxis der neunziger Jahre, dann offenbart sich das Ende der offiziellen Geschichtspolitik unmittelbar. Ein Beleg dafür ist das Agieren Gianfranco Finis. Mit dem Führer der MSI nahm am 25. April 1994 nicht nur einer der Wahlsieger der Mitte-Rechts-Koalition unter Silvio Berlusconi, sondern erstmals auch ein Vertreter der Neofaschisten an einem Gedenkgottesdienst zum „Tag der Befreiung“ teil. „Ich hoffe, daß dieser Jahrestag“, so Fini in seiner Ansprache, „als der Tag des wirklichen Endes des zweiten Weltkriegs verstanden werden wird und als Tag, an dem die Versöhnung zwischen allen Italienern begonnen hat“<sup>86</sup>. Eine Woche später aber feierte er, um seine Anhänger nicht zu verschrecken, in mehreren Interviews Mussolini als den „größten Staatsmann des 20. Jahrhunderts“. Diese Propagierung einer umfassenden „Pacificazione“, mit der die überkommenen Streitigkeiten begraben werden sollen, ist ein Element der neuen Geschichtspolitik, die die politische Kultur Italiens seit den neunziger Jahren prägt.

Die Bestreitung und Ablösung des Resistenza-Mythos fiel zusammen mit einer tiefen Staats- und Gesellschaftskrise und verstärkte diese zugleich. Die juristische und öffentliche Aufarbeitung von „Tangentopoli“ und „Partitocrazia“ hat die regierenden Christdemokraten und Sozialisten seit Anfang der neunziger Jahre nahezu verschwinden lassen. Der Zusammenbruch des Ostblocks zog die Spaltung der PCI nach sich.

In dieses Machtvakuum stießen rechtspopulistische Formationen wie die Lega Nord, die aus der MSI hervorgegangene Alleanza Nazionale und die Berlusconi-Bewegung Forza Italia. Diese Kräfte bedienten sich der Argumente einer geschichtswissenschaftlichen Neubewertung des Resistenza-Bildes, welche seit Mitte der achtziger Jahre vor allem von Renzo de Felice

<sup>84</sup> *Diego Giachetti, Anni sessanta comincia la danza. Giovani, capelloni, studenti ed estremisti negli anni della contestazione*, Pisa 2002, 28–32.

<sup>85</sup> Vgl. *Scoppola, 25 Aprile* (Anm. 36), 43–54 (Capitolo quarto: Il 25 aprile nel visuto degli italiani).

<sup>86</sup> Vgl. *Federico Guiglia, Il Requiem di Fini al fascismo*, in: *Il Giornale* vom 26. April 1994.

betrieben wurde<sup>87</sup>. Am meisten öffentliche Aufmerksamkeit fand der Hinweis, daß im Befreiungskampf nicht nur die Deutschen aus dem Land vertrieben wurden, sondern zugleich auch ein Bürger- und Bruderkrieg unter Italiener tobte, der mit dem 25. April nicht beendet war. Dem Bild von der disziplinierten und idealistischen Resistenza, auf welchem der Staats-Mythos ruhte, machte so der Blick auf die Verbrechen Konkurrenz, die im Kontext des Widerstandes verübt wurden.

Die politischen Kräfte von Mitte-Rechts bedienten sich dieser Argumente, ohne aber an einer ernsthaften historischen Neubewertung der Resistenza und des Faschismus in Italien interessiert zu sein. In den Wahlkampfreden dieser Koalition um Silvio Berlusconi führte ein direkter Weg von der Gründung des Nationalen Befreiungskomitees 1946 zum Korruptionsskandal und zur Krise der Ersten Republik Anfang der neunziger Jahre. Wo die Alleanza Nazionale auf die Versöhnungsargumente der fünfziger Jahre setzte, da propagierte die Lega Nord, Garibaldi und Mazzini durch den lombardischen Föderalisten Carlo Cattaneo zu ersetzen. Forza Italia setzt bis heute auf ein überhistorisches Bild vom „braven“, eigentlich doch unpolitischen Italiener und seinem großen Vaterland<sup>88</sup>. „Die wissenschaftlich überzeugende Deutung Claudio Pavones, daß die Resistenza auch Bürgerkrieg gewesen sei (neben Befreiungskrieg und sozialem Konflikt), ist von politisch wichtigen Personen dazu benutzt worden, zu verlangen, daß nun auch die ‚guten Gründe‘ derjenigen, die sich für Mussolinis Republik von Salò entschieden hatten, wahrgenommen und gewürdigt werden müßten“<sup>89</sup>.

An die Stelle des Resistenza-Mythos trat so seit Mitte der Neunziger Jahre ein „Bipolarismo“, in dem zwei unvereinbare Geschichtsbilder nebeneinander stehen<sup>90</sup>. Daß man sich bei der politischen Auseinandersetzung der Vergangenheit mittlerweile nahezu beliebig bedient, ist eine Folge der letztlich gescheiterten Geschichtspolitik in der Nachkriegszeit: Mit der Ritualisierung der Resistenza und der Einengung der Kriegserinnerung auf die große, angeblich allumfassende Kraftanstrengung der Selbstbefreiung vom Nazifaschismus war fast automatisch die Ausblendung der Mitverantwortung für den Krieg und die Kriegsverbrechen von italienischer Seite verbunden. Auf diese Weise hat der Resistenza-Mythos der ersten Republik

<sup>87</sup> Vgl. dazu *Bruno Groppo*, Antifaschismus, Widerstand, nationale Identität in der aktuellen geschichtswissenschaftlichen und politischen Debatte, in: Mitteilungsblatt des Institutes für soziale Bewegungen 1998, 242–257.

<sup>88</sup> Vgl. *Sassoon, Italy* (Anm. 25), 288–290.

<sup>89</sup> *Brunello Mantelli*, Revisionismus durch „Aussöhnung“. Politischer Wandel und die Krise der historischen Erinnerung in Italien, in: *Erinnerungskulturen* (Anm. 79), 222–233, hier 231.

<sup>90</sup> Vgl. *Luca Baldissara*, Auf dem Weg zu einer bipolaren Geschichtsschreibung? Der öffentliche Gebrauch der Resistenza in einer geschichtslosen Gegenwart, in: *QFIAB* 82 (2002), 590–637.

einen zentralen Teil der Nationalgeschichte, den Faschismus nämlich, tabuisiert. Damit hat er de facto wie eine Hemmschwelle gewirkt, die einer Wiederaneignung der nationalen Geschichte mit all ihren auch kritisch zu wertenden Traditionsträngen entgegenstand.

Demonstrieren lassen sich die Folgen dieser Entwicklung am populären Mussolini-Bild in Italien: Die Wortführer des Antifaschismus zeichneten seit Kriegsende ein vernichtendes Bild des Duce und zeigten ihn als „blutrünstigen Diktator, als Hexenmeister und Komödianten, als machtbesessenen megalomanen Individualisten, als Verführer, als ungebildeten Demagogen, als Marionette kapitalistischer und reaktionärer Drahtzieher“<sup>91</sup>. Man mühte sich nicht, die Komplexität der politisch-ideologischen Laufbahn Mussolinis und ihre Beziehung zur historisch-kulturellen Tradition Italiens zu verstehen und in historisch-genetische Zusammenhänge zu stellen, sondern beschränkte sich auf die Artikulation von Abscheu. Dem standen die Nachwirkungen der populären Selbststilisierung entgegen, die der Diktator während seiner Herrschaft verbreitet hatte – Mann des Volkes, Tischlersohn, Rebell gegen soziale Ungerechtigkeit, Kämpfer für die Nation, uneigennütziger Politiker, feuriger Liebhaber<sup>92</sup>. Die Gemengelage dieser Erinnerungsstränge hinterließ im Nachkriegsitalien letztlich nur Stereotypen, Simplifizierungen und Gemeinplätze. Damit war der Boden bereitet für eine seit den sechziger Jahren betriebene historische Rehabilitierung Mussolinis: Neben dem Zeithistoriker Renzo de Felice war es vor allem der einflußreiche Publizist Indro Montanelli, der Mussolinis historische Bedeutung herunterspielte und ihn als einen tragischen Helden darstellte, der vergeblich versuchte, ein im Grunde unregierbares Land zu disziplinieren. Der italienische Faschismus galt ihm als eine „milde Diktatur“, die grausamen Kolonialkriege in Afrika als typisch italienische Kriege „mit wenigen Toten und vielen Orden“<sup>93</sup>. Warum hätten die Italiener den Duce, der zu seinen Lebzeiten „an Schrecklichem doch nur Grimassen geschnitten“ habe, hassen sollen, so die rhetorische Frage des ungemein stark rezipierten Journalisten und Verlegers<sup>94</sup>. Von Mussolini selbst wie auch vom Faschismus existiert daher bis heute ein „tendenziell milderes Bild [...], als es der Wirklichkeit entspricht“<sup>95</sup>.

<sup>91</sup> Alessandro Campi, Mussolini und die italienische Nachkriegsgesellschaft. Italien zwischen Erinnern und Vergessen, in: Erinnerungskulturen (Anm. 79), 108–122, hier 112.

<sup>92</sup> Vgl. Luisa Passerini, Mussolini immaginario. Storia di una biografia 1915–1939, Rom/Bari 1991.

<sup>93</sup> Indro Montanelli, Qui non riposano, Mailand 2001, 105.

<sup>94</sup> Indro Montanelli, Il buonuomo Mussolini, Mailand 1947, 98.

<sup>95</sup> Hans Woller, Der Rohstoff des kollektiven Gedächtnisses. Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien und ihre erfahrungsgeschichtliche Dimension, in: Erinnerungskulturen (Anm. 79), 67–76, hier 75. Ein ähnliches Urteil bei Wolfgang Schieder, Der große Diktator. Weshalb Berlusconi sich gern mit Mussolini vergleicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.10.2003.

In den Polemiken zwischen „Revisionisten“ und denjenigen, die an der so lange vorherrschenden Resistenza-Deutung festhalten, offenbart sich das Fehlen eines Interpretationsansatzes für die Nachkriegsgeschichte und einer öffentlichen Geschichtserzählung, die den Anspruch, Identität und demokratische Kultur aus der Resistenza-Erfahrung abzuleiten, fundieren könnte<sup>96</sup>. Da das „Erbe der Resistenza politisch und ideologisch in höchstem Maße instrumentalisiert“ wurde, so resümierte Pietro Scoppola in einem Interview, ist es „nicht in der Lage gewesen, langfristig das staatsbürgerliche Bewußtsein der Italiener zu nähren“<sup>97</sup>.

---

<sup>96</sup> Vgl. die scharfsinnige Analyse von *Baldissara*, Bipolare Geschichtsschreibung (Anm. 90), 603.

<sup>97</sup> *B. Gravagnuolo*, Intervista a Pietro Scoppola: I vizi della Repubblica, *L'Unità* vom 14.11.1991.



# **Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte**

## **Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele**

Von *Thomas Mergel*, Bochum

Die Debatten um einen kulturgeschichtlichen Zugang zu politischen Phänomenen zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Perspektive haben, den konzeptionellen Rahmen dessen, was unter „politisch“ verstanden wird, auszuweiten. Zum einen zielen sie auf eine Historisierung, zum anderen aber auch auf eine Befreiung von den diskursiven Grenzen, die durch zeitgenössische Politikverständnisse gesetzt werden. Damit röhrt der Ansatz an das Selbstverständnis der herkömmlichen Politikgeschichte, wonach feststehe, was denn „eigentliche“ Politik sei<sup>1</sup>. Diese kann in ihrem Gegenstand genau zwischen denen unterscheiden, die mächtig, also entscheidungsfähig und mit Ämtern begabt sind, und all den anderen. Die systematische Ausscheidung der Perspektive, daß auch Politik sozial und diskursiv hergestellt werden muß, daß sie nicht nur ein Feld, sondern auch ein Medium ist, daß sie von Zuschreibungen und Bedeutungen geprägt wird, hat nicht nur zu einem oftmals engen Blick auf die Phänomene geführt, sondern auch manche Themen ganz übersehen.

Dazu gehörte lange Zeit auch der Wahlkampf. Denn hier taucht nicht nur vieles auf, was unpolitisch zu sein scheint, sondern es sind auch viele beteiligt, die an sich als ohnmächtig zu gelten haben. Wahlkämpfe sind ein prädestinierter Ort für die Aushandlung von Macht und von Themen, die als wichtig, mithin als politisch verstanden werden. In der Politikgeschichte dominierten dagegen zwei vertraute Topoi des politischen Diskurses: der eine sagt, daß die Wahlkämpfe bloßer Schein und Inszenierung seien; der andere nimmt, anscheinend entgegengesetzt, das Reden von der demokratischen Willensbildung ernst und befragt den Wahlkampf deshalb als einen Set von Programmaussagen, die auf Erfolg abzielen. Beide Topoi führen auf denselben Umgang mit dem Wahlkampf: seine Geschichte nämlich (so sie denn von Historikern getrieben wurde) fast ausschließlich von den Wahlergebnissen her zu schreiben. Sie waren das „Tatsächliche“, und der Wahlkampf war ein Vorlauf, der damit in Beziehung gesetzt werden mußte; und deshalb war er als politisches Ereignis weniger bedeutend<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Hierzu nur der Hinweis auf den klassischen Aufsatz von *Andreas Hillgruber*, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 2261 (1973), 529–552.

Politik- und Kommunikationswissenschaftler sehen den Wahlkampf heute anders, als eine Veranstaltung eigener Art. Als „Inszenierung des demokratischen Mythos“ (Andreas Dörner), als „Hochämter der politischen Alltagsliturgie“ (Ulrich Sarcinelli) stellen Wahlkämpfe Verdichtungen des politischen Prozesses dar, in denen wie im Brennspiegel die Routinen, Vorerwartungen und Bildersprachen der Politik verhandelt werden<sup>3</sup>. Sie sind nicht nur programmatischer Dauerbeschuß, sondern sie stellen in ihren Semantiken, in der Bildersprache, in den Handlungsformen der Wahlkämpfer auch eine Selbstbeschreibung des politischen Systems dar: was eine „gute Politik“ sei, was erlaubt und was verboten ist, was sagbar und was nicht. Darüber hinaus aber kann man den Wahlkampf nicht nur vom „Anbieter“ – also der Politik – her sehen, sondern auch von den „Nachfragern“, also von Wählern und Medien her. Das ist bisher kaum geschehen, schon gar nicht in der Geschichtswissenschaft<sup>4</sup>. Wahlkämpfe stellen aus der Perspektive dieser „Zuschauer“ (sie sind mehr als das) erlebnisreiche Phasen dar, in denen (mehr oder minder) Spektakuläres vor sich geht, in denen sich politische Herrschaft zum Anfassen präsentiert und der politische Konflikt zu einer am Wahlstand und in der Wahlveranstaltung konkret erlebten Konfrontation wird. Wahlkämpfe sind auch in ihrer medialen Präsentation eine Phase des Ausnahmezustands, sei es, weil die Werbespots der Parteien das Abendprogramm durcheinander bringen, sei es, weil die Elefantenrunden und Kandidatenduelle so etwas wie Champions-League-Übertragungen der Politik sind, mit Spannung erwartet und ausführlich kommentiert. In der Diskussion über Wahlkämpfe oder der Teilnahme der Bürger an ihr spiegeln sich Erwartungen an eine Politik, wie sie sonst nicht so zum Greifen nah sind.

Wahlkämpfe sind mithin ein ideales Feld, um eine Kulturgeschichte der Politik zu exerzieren, weil sie die verschiedenen Dimensionen, die in einem solchen Konzept liegen, beinhalten. Im folgenden sollen deshalb (I) einige konzeptionelle Fragen einer Kulturgeschichte der Politik diskutiert werden. Sodann sollen (II) einige Probleme einer Kulturgeschichte der Politik zur Sprache kommen, bevor (III) einige zentrale Dimensionen einer Kultur-

<sup>2</sup> Vgl. mit einer ähnlichen Kritik Thomas Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), 481 – 547.

<sup>3</sup> Ulrich Sarcinelli, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik, Opladen 1987; Andreas Dörner / Ludgera Vogt (Hrsg.), Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt a.M. 2002.

<sup>4</sup> Ausnahmen, denen ich viele Anregungen verdanke, sind Thomas Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen, 1867 – 1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994, und vor allem: Margaret Anderson, Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.

geschichte der Politik angesprochen und auf das Feld der Wahlkampfgeschichte angewandt werden.

Meine Beispiele entstammen einem gegenwärtig laufenden, von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierten Projekt zur Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949 – 1983, das danach fragt, wie weit man von einer Amerikanisierung des Wahlkampfs sprechen kann und in welcher Hinsicht eine solche Tendenz, sollte sie denn zutreffen, mit dem anderen großen politischen Prozeß der Epoche in Zusammenhang steht, nämlich der Demokratisierung<sup>5</sup>. Der letztere ist als Befreiung und politisches Erwachsenwerden der Deutschen konzipiert, der erstere hat deutliche Anklänge von Manipulation und Entfremdung.

## I. Einige konzeptionelle Fragen

Generell hat sich inzwischen in der Diskussion um kulturgeschichtliche Ansätze eine gewisse Klarheit hergestellt. Es scheint, daß weder mehr der Begriff des Konstruktivismus noch der des Diskurses ernsthafter Unklarheit unterliegen. Es sollen deshalb hier nur zwei Themen kurz angerissen werden, die immer wieder in der Diskussion stehen:

### 1. *Kulturgeschichte als Kommunikationsgeschichte*

Die Dimension der Kommunikation ist in meinen Augen das entscheidende Charakteristikum eines kulturgeschichtlichen Ansatzes. Wie Rudolf Schlägl zu Recht argumentiert, gewinnt Soziales erst als Kommunikation Gestalt<sup>6</sup>. Ob man den Akzent auf symbolische Kommunikation legt, ob man nach Diskursen fragt, ob man das Handeln von Akteuren untersucht (das sich immer auf ein Gegenüber richten muß): immer steht die Dimension der Interaktion im Mittelpunkt. Zu einer historischen Tatsache kann nur werden, was kommunikativ zu einer solchen gemacht wurde, was von den Beteiligten Bedeutungen, Wichtigkeit zugeschrieben bekommt. Die Feststellung ist deshalb wichtig, weil sich in der Kommunikation ein grundlegender Unterschied zur Sozialgeschichte und zur Politikgeschichte offenbart. Beide gehen von Tatsachen aus, die vor ihrer kommunikativen Aufbereitung da

<sup>5</sup> Als einen Abriß der Fragestellung und der Thesen: *Thomas Mergel*, Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfs in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, hrsg. v. Bernd Weisbrod, Göttingen 2003, 29 – 53.

<sup>6</sup> *Rudolf Schlägl*, Symbole in der Kommunikation. Zur Einführung, in: *Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften*, hrsg. v. dems. [u. a.], Konstanz 2004, 5 – 38, 11.

sind, die gewissermaßen durch die historischen Subjekte hindurch wirken. Deutschlands gefährdete Mittellage ist demnach objektive Bedingung der Geschichte. Dem würde sich ein kulturgeschichtlicher Ansatz nicht anschließen, weil er z. B. argumentieren würde, daß die Voraussetzung dafür ein bestimmter geographischer Blick ist, der im 19. Jahrhundert erst produziert worden ist, ganz abgesehen von den politischen Interessen, die sich mit einem solchen Begriff verknüpften<sup>7</sup>.

Insofern Geschichte immer kommunizierte Geschichte ist, ist auch Politik nur unter dem Rubrum von Kommunikation zu verstehen – wobei dieser Begriff denkbar weit sein kann. Sucht man nach einer Definition, die flexibel genug ist, um auch die historischen Wandlungen und die kulturellen Verschiebungen des Begriffs der Politik abzudecken, so scheint mir die Formulierung Karl Rohes und Andreas Dörners hilfreich zu sein. Wenn Politik die Dimension ist, in der die fundamentale Ordnungsproblematik verhandelt wird, die allen sozialen Verbänden zu eigen ist<sup>8</sup>, dann ist dabei angenommen, daß nicht immer eine identische Ordnung gemeint ist. Wenn es um die Herstellung und die Persistenz von Ordnungen geht, kann diese ohne oder mit Staat funktionieren, kann sich auf kleine wie auf große Kollektive beziehen; wichtig ist aber der Hinweis darauf, daß diese „verhandelt“ werden müsse. Er besagt, daß Politik ein kommunikativer Raum ist, in dem Setzungen jeder Art einerseits erst einmal hergestellt werden und mit anderen ausgetauscht werden müssen. Insofern ist Politik zuallererst soziales Handeln.

Es scheint einer der größten Vorteile eines solchen kommunikationstheoretischen Zugangs zu sein, daß er den Rahmen dessen, was als politisch zu gelten hat, auflöst. Die Grenze zwischen Politik und Nichtpolitik wird selbst zu einem Gegenstand des Verhandelns, ein Thema zu „politisieren“ wird damit selbst zu politischem Handeln. Die Auflösung dieser Grenze ist einerseits deshalb hilfreich, weil sie sich historisch wandelt, andererseits deshalb, weil sie auch jeweils umkämpft ist. Denn einen Gegenstand als „Politik“ zu bezeichnen ist seit dem 19. Jahrhundert eine diskursive Strategie, ihr besondere Wichtigkeit zuzumessen. Der Aufstieg der Vorsorgetätigkeit des Staates (als „Sozialpolitik“) oder, umgekehrt, der Abstieg der Aufsicht über Moral und Glauben („Religionspolitik“ ist heute als Begriff fast verschwunden) offenbaren sich als Eintritt der jeweiligen Fragen in die – oder Austritt aus der – Sphäre der Politik, den Aufgabenbereich von Politikern, den Gegenstandsbereich von Gesetzen, Polizei und Justiz.

<sup>7</sup> Ich beziehe mich hier auf: *Hans-Dietrich Schultz*, Deutschlands „natürliche“ Grenzen. „Mittellage“ und „Mitteleuropa“ in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), 248–281.

<sup>8</sup> *Andreas Dörner / Karl Rohe*, Politikbegriffe, in: *Lexikon der Politik*, hrsg. v. Dieter Nohlen, Bd. 1, München 1995, 453–458, hier 457.

Aus der Schule Foucaults kommt das Konzept, die Frage nach der Kommunikation im Begriff des Wissens zu verankern und diesen eng mit dem Begriff der Macht zu verkoppeln. Die Macht – so verkürzt ausgedrückt – besteht im Wissen, und die Mächtigen sind mächtig zunächst deshalb, weil sie Wissen kontrollieren, was gewußt werden darf und kann. Dies ist ein wichtiger Befund; er tendiert jedoch zur Einlinigkeit, gleichsam als ob viel Wissen viel Macht bedeute. Mit Verweis auf eine Denkfigur Niklas Luhmanns, die der Reduktion von Komplexität, muß man aber darauf bestehen, daß es auch zu viel Wissen gibt; der Wille zum Wissen kann sich selber in einen weithin selbständigen Diskurs verwandeln, der Wissen produziert, das an Macht hindert. Das kann man empirisch zeigen. Es ist kennzeichnend für das moderne Verhältnis von Politik und Gesellschaft, daß es auf beiden Seiten von Unsicherheit und Unterinformation geprägt ist. Nicht nur die Bürger wollen von den Politikern wissen, was sie zu erwarten haben, sondern vor allem wollen die Politiker von den Bürgern wissen, was sie versprechen sollen. Die Geschichte der Politik des 20. Jahrhunderts ist deshalb auch eine Geschichte der Versuche, diese Spannung abzubauen, und ein zentrales Mittel dafür war die Demoskopie. Sie wurde nach 1945 als ein Mittel entdeckt, um zu erfahren, was die Bürger von der Politik wollten, und umgekehrt, für die Bürger, zu erfahren, was sie wollen konnten – denn die Optionen, die die Umfragen den Bürgern präsentierten, waren ihrerseits Selektionen der politischen Wirklichkeit. Wie Anja Kruke aber jüngst gezeigt hat, führte das Mehr an Information jedoch zu einem qualitativen Umschlag der Politik: In ihrem Bemühen, mehr über die Bürger und ihre Wünsche zu erfahren, ihre eigenen Handlungen abzusichern, hat die Politik im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Bürger in immer kürzeren Abständen befragen lassen, bis hin zu – heute – wöchentlichen Umfragen. Damit haben sich aber Stimmungsschwankungen gezeigt, die es wahrscheinlich früher auch schon gab, die aber nicht gewußt wurden. Jetzt, da sie gewußt werden, muß die Politik darauf reagieren, mit dem Ergebnis, daß sie immer kurzfristiger handeln muß und ihre Kommunikationstrategien so anlegen muß, daß auch Stimmungsschwankungen abgefedert werden können. Die Demoskopie war also zunächst ein Mittel, die Handlungsspielräume der Politik zu erhöhen, hat sich aber als ein Instrument erwiesen, diese zu beschränken und die Politik in eine fortwährende Kette von Reaktionen auf Stimmungen des Publikums zu zwingen<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Anja Kruke, Zwischen Verwissenschaftlichung und Medialisierung: Demoskopie und ihre Auswirkungen auf den politischen Markt der Bundesrepublik, 1949–1990, Diss. Bochum 2004.

## 2. Handeln und Strukturen

Mit einem solchen interaktionistischen Ansatz negiert man nicht Strukturen. Man faßt sie nur anders, nämlich als interaktiv hergestellte, im ständigen Handeln (also Kommunizieren) bestätigte und veränderte Rahmen ebendieses Handelns. Eine Kulturgeschichte, die ohne Strukturen auskommt, ist naiv. Umgekehrt darf sie auch nicht ignorieren, daß handelnde Subjekte beteiligt sind, daß Kommunikation immer eines Alter und eines Ego bedarf – eine Kulturgeschichte, die eine radikale Lehre aus Foucaults (Post-) Strukturdanken zieht und die Geschichte als ein namenloses und kontingentes Geflecht von Diskursen und Dispositiven webt, könnte die Frage nicht beantworten, wie Geschichte sich bewegt, wie Dinge und Ereignisse zu Bedeutungen kommen und wie diese sich verändern.

Für eine Kulturgeschichte würde ich deshalb generell vorschlagen, einen doppelten Ansatz „von unten“ und „von oben“ zu verfolgen, dabei aber die Verbindungen zwischen beiden konzeptionellen Dimensionen im Auge zu behalten. Nur Handeln (das in der Begrifflichkeit Max Webers immer schon kommunikatives, also auf Verstehen gezieltes Tun ist) kann Strukturen schaffen, die nichts anderes als durch Wiederholung, Habitualisierung und Erwartung „geronnenes“ Handeln sind. Sie können nur durch beständiges Handeln erhalten werden: Die Polizei hört auf zu existieren, wenn die Polizisten keine Verbrecher mehr verfolgen, Strafzettel ausschreiben oder in der Wache Protokolle schreiben. Gleichzeitig sind Strukturen aber mehr als nur die Summe dieses Handelns. Denn die Wiederholung schafft ja, in Luhmanns Begrifflichkeit, generalisierte Erwartungsstrukturen. Ein Polizist muß also diese Tätigkeiten vollführen, auch wenn er nicht will, es sei denn, er will kein Polizist mehr sein. Strukturen sind also objektivierte Sinngebilde. Mit dieser Begrifflichkeit wären auch Diskurse unter einen solchen Begriff von Struktur zu subsumieren, mit der Betonung, daß auch sie nicht existieren können, wenn nicht ständig Menschen bestimmte Worte sagen, denen bestimmte Bedeutungen beigemessen werden, Bilder, die in bestimmter Weise codiert sind. Die starke Stellung des Kanzlers, die wir heute aus der im Grundgesetz verankerten Richtlinienkompetenz herleiten, war beileibe nicht von vornherein da; sie wurde von Adenauer erkämpft, und zwar in Formen des Alltagshandelns, bis hin zu Tagungsort und Sitzordnung des CDU-Bundesvorstands. Hier eroberte Adenauer nicht nur sich, sondern dem Amt des Kanzlers eine symbolische Superiorität, die durch die Richtlinienkompetenz eine Rechtfertigung erfährt, die aber keineswegs selbstverständlich war<sup>10</sup>. Akzeptiert

---

<sup>10</sup> Vgl. Frank Bösch, Politik als kommunikativer Akt. Formen und Wandel von Gesprächsführung im [CDU-, TM] Parteivorstand der fünfziger und sechziger Jahre, in: Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, hrsg. v. Moritz Föllmer, Stuttgart 2004, 197–215.

man diesen doppelten Zugriff, dann ergibt sich daraus, daß eine Kulturgeschichte niemals reine Diskursgeschichte sein kann<sup>11</sup>. Daß Bedeutungen unterschiedlich zugemessen werden können, daß mithin Zeichen verschiedene Codierung erfahren, kann nur daran liegen, daß konkrete Subjekte ihre je unterschiedlichen Erfahrungen spielen lassen. Kulturgeschichte kann aber auch ebensowenig eine reine Geschichte des Handelns der Subjekte, ihres Alltags und ihrer Widerständigkeit sein. Strukturen werden von diesen widerständigen Subjekten genauso gemacht wie von ihren „Widersachern“. Die Leitfrage muß sich immer darauf richten, wie Bedeutungen entstehen, gemacht werden und umkämpft sind, und wie sie Macht über die Weltsicht der Subjekte entfalten, indem sie andere mögliche Bedeutungen ausschließen.

## II. Einige Probleme einer Kulturgeschichte der Politik

Das erste Problem ist der Begriff. Es ist in den bisherigen Ausführungen durchweg von „Politik“ die Rede gewesen und nicht von „dem Politischen“. Der letztere Begriff scheint mir problematisch. Er reflektiert auf eine Verengung des Begriffs der Politik im Deutschen, der sich auf Institutionen und Politikfelder konzentriert. Was die heutige Verwendung von „Politik“ ausblendet, ist der kommunikative Aspekt, ist der Umstand, daß solche Begriffe selbst umkämpft sind, und die Frage, ob man eine Angelegenheit „politisch“ nennen darf oder nicht, selbst eine Machtfrage ist<sup>12</sup>. Jedoch – dies ist mein Einwand – ist der „Begriff des Politischen“ selber von einer hegemonialen Verwendung kontaminiert. Carl Schmitt hat ihn geprägt, um die Kriegsähnlichkeit der politischen Sphäre, die Zuspitzung von Gegensätzen zu einem Freund-Feind-Verhältnis zu bezeichnen, und hat damit dieser Wortverwendung eine Vorstellung vom Gegenstand eingeprägt, die wohl nicht wieder abzustreifen ist<sup>13</sup>. Es sei nicht bestritten, daß es noch andere Begriffstraditionen gibt – etwa die emphatisch aristotelische Prägung durch Dolf Sternberger in der Tradition Hannah Arendts – die selbst, soweit ich

<sup>11</sup> Dies scheint mir in der Konsequenz von Achim Landwehrs Zugang zu liegen, wenn er auch einen solch doppelten Zugriff favorisiert. Die *agency* bleibt aber bei ihm konzeptionell ungleich unklarer als die Diskursivität von Strukturen.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu auch die konzeptionellen Überlegungen im SFB 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“, Universität Bielefeld. Im folgenden beziehe ich mich auf meine Überlegungen in: *Thomas Mergel*, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), 574–606. Vgl. auch – mit einigen charakteristischen Differenzen – *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85 (2003), 71–117.

<sup>13</sup> *Carl Schmitt*, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, 3. Aufl., Berlin 1991.

sehe, niemals diese semantische Form verwendet hat, sondern immer nur von „Politik“ sprach<sup>14</sup>. An ein Konzept wie dasjenige Sternbergers schließen heutige Verfechter des „Politischen“ an<sup>15</sup>; ich meine aber, daß man die Schmittsche Tradition nicht ohne weiteres los wird. Dirk Käsler hat demgemäß den dualistischen Antagonismus in der deutschen Semantik des „Politischen“ im Anschluß an Schmitt kritisiert: Oben-Unten, Freund-Feind, Wir-Sie: Diese Formierung der politischen „Schlachtreihen“ hat etwas unverkennbar Militärisches<sup>16</sup>. Für die Konjunktur des Begriffs des „Politischen“ mag darüber hinaus die Substantivierung des Adjektivs eine Rolle spielen, die dem Gegenstand eine gewisse Emphatik verleiht. „Das Politische“ erhält so eine Wichtigkeit, die semantisch solchen Konstrukten wie „Das Gute, Wahre, Schöne“, oder „das Soziale“ ähnelt.

Darüber hinaus ist der Begriff der „Politik“ selber historisch, und außerdem älter als „Das Politische“. Es gilt nur, dies wiederzuentdecken; er ist vielfältiger als man meinen könnte und umfaßt auch Dimensionen, die heute nicht mehr darunter fallen. Der frühneuzeitliche Begriff der Politik kam noch lange Zeit ohne den Staat aus<sup>17</sup>. Die Traditionslinie eines aristotelischen Politikverständnisses, das von der Gemeinschaft der Bürger ausgeht, das eine soziale und eine moralische Dimension hat, ist in der angelsächsischen Welt bis heute leitend und hat die politische Ideengeschichte in diesem Raum tiefgehend befruchtet<sup>18</sup>. Manche haben diese Politikverständnisse und ihre transnationale Verbreitung auch im deutschen Sprachraum zu entdecken versucht.<sup>19</sup> Noch bis in die Mitte des 20. Jahrhundert wurde unter „Politik“ das verstanden, was heute „Politikwissenschaft“ heißt<sup>20</sup>. Die Tradition der Kommunalpolitik ist zumindest in Deutschland explizit geprägt davon, daß sie sich als nicht-politisch versteht, weil damit auch das Partei-Politische ausgeschlossen ist<sup>21</sup>. Der angelsächsische Sprachgebrauch

<sup>14</sup> *Rolf Sternberger*, Der Begriff des Politischen. Der Friede als der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen, Frankfurt a.M. 1961.

<sup>15</sup> Das gilt insbesondere für den Bielefelder Sonderforschungsbereich 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“.

<sup>16</sup> *Dirk Käsler*, Freund versus Feind, Oben versus Unten, Innen versus Außen. Antagonismus und Zweiwertigkeit bei der gegenwärtigen soziologischen Bestimmung des Politischen, in: Politikwissenschaftliche Spiegelungen. Ideendiskurs – institutionelle Fragen – Politische Kultur und Sprache (FS Stammen), hrsg. v. Dirk Berg-Schlosser [u. a.], Opladen 1998, 174–189.

<sup>17</sup> Vgl. *Volker Sellin*, Politik, in: Geschichtliche Grundbegriffe 4 (1978), 789–874.

<sup>18</sup> Hier gilt es besonders auf die Cambridge School zu verweisen. Vgl. *John G.A. Pocock*, The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton 1975.

<sup>19</sup> *Paul Nolte*, Bürgerideal, Gemeinde und Republik. „Klassischer Republikanismus“ im frühen deutschen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift 254 (1992), 609–656.

<sup>20</sup> *Adolf Grabowsky*, Die Politik. Ihre Elemente und ihre Probleme, Zürich 1948.

ist hierin flexibler, da er mit politics, policy und polity eine genauere Beschreibung dessen kennt, was im Deutschen unter „Politik“ zusammengefaßt ist; doch die Semantik ist fluide, und die Formulierung „the politics of“, die einen Handlungsscharakter beschreibt, taucht zusehends eingedeutscht auf<sup>22</sup>, ebenso der in der Politikwissenschaft häufig verwandte Plural „Politiken“, der eine analoge Übersetzung des englischen „policies“ ist<sup>23</sup>. Auch die Politikwissenschaft hat, etwa mit der Entdeckung des Themas „governance“, also gesellschaftliche Steuerung von unten und innen, eine Erweiterung des Politikbegriffs vollzogen, der in diese Richtung geht<sup>24</sup>. Man kann also feststellen, daß die herkömmliche Politikgeschichte mit ihrer Begrenzung der Politik auf Entscheidungshandeln, auf politische Führungsgruppen und – tendenziell – auf internationale Beziehungen selber eine Verengung des Begriffs vorgenommen hat, die nur Ausschnitte des Problems in den Blick nimmt. Insofern würde ich, gerade im Dienst der Historisierung, für eine Kulturgeschichte der Politik, und nicht des Politischen plädieren; denn sonst kommt es am Ende zu einer Segregation in eine (harte) Politikgeschichte und eine (weiche) Geschichte des Politischen.

Das führt zum zweiten Problem: Eine kommunikationstheoretische Fundierung der Politikgeschichte, die Konzentration auf Symbole, Diskurse und Repräsentationen hat sich den Vorwurf eingehandelt, daß sie die Politik gewissermaßen durch den Weichspüler drehe und solche Begriffe wie Macht, Interessen, Entscheidungen oder erst recht Gewalt dabei hintanstünden. Bernd Weisbrod hat argumentiert, daß ein solcher Ansatz, der auf Kommunikation zielt, nicht deren Zusammenbruch erklären kann, der sich mit dem Einbruch der Gewalt einstellt<sup>25</sup>. Die Kulturgeschichte der Politik, so sein Vorwurf, unterschätzt systematisch die Gewalt als Schlüssel zum Verständnis „des Politischen“. Denn diese verändert das Bedeutungsspiel der politischen Kommunikation überhaupt, will sagen: wenn da die

<sup>21</sup> Vgl. *Everhard Holtmann*, Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Das Beispiel Unna und Kamen, Opladen 1989.

<sup>22</sup> Vgl. etwa *Svenja Goltermann*, Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860–1890, Göttingen 1998; *Weisbrod*, Politik der Öffentlichkeit (Anm. 5); *Jörg Echternkamp* (Hrsg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen, 1760–1960, Paderborn 2002.

<sup>23</sup> *Axel Schulte*, Zwischen Diskriminierung und Demokratisierung; Aufsätze zu Politiken der Migration. Integration und Multikulturalität in Westeuropa, Frankfurt a.M. 2000; *Klaus Dieter Borchardt*, Die Politiken der Europäischen Gemeinschaft, Fernuniversität Hagen 2003.

<sup>24</sup> Vgl. *Arthur Benz*, Governance: Eine Einführung, Fernuniversität Hagen 2003.

<sup>25</sup> *Bernd Weisbrod*, Das Politische und die Grenzen der politischen Kommunikation, in: Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, hrsg. v. Daniela Münkel/Jutta Schwarzkopf, Frankfurt a.M. 2004, 99–112.

Gewalt ist, haben Symbole und Sprache ihren vorherigen Platz verloren. Diese Kritik ist richtig, insofern sie auf den weitverbreiteten Kommunikationsbegriff zielt, der im Gefolge Jürgen Habermas' das Gelingen und das Zusammensein der Menschen meint. Damit geht ein gewissermaßen linearer Begriff von Kommunikation einher, der, je mehr kommuniziert wird, desto mehr Handlungsfähigkeit und Konfliktlösung, sozusagen „gute Gesellschaft“ annimmt. Die Menschen sollten viel mehr miteinander reden: das ist die Figur der Alltagserfahrung, die dahinter steht. Dem ist jedoch keineswegs so; wie oben argumentiert wurde, kann es auch zu viel Kommunikation geben. Gerade eine Politikgeschichte im Medienzeitalter ist mit diesem Problem konfrontiert. Kommunikation ist eben nicht ohne weiteres etwas Gutes, sondern die Ebene, auf der wir menschliches Handeln beobachten können. Wenn sie „gelingt“, bedeutet dies nichts anderes, als daß der Rezipient versteht, was der Informant sagt, und wenn es eine Drohung ist. Interessen, Entscheidungen und Macht bedürfen der symbolischen und sprachlichen, eben der kommunikativen Aktualisierung, denn sie sind selber kommunikative Prozesse und deren Ergebnis.

Das Gewaltargument ist eines, das schon in der Diskussion um den *cultural turn* eine Rolle spielte. Damals wurde argumentiert, daß der Holocaust nicht auf einen Diskurs reduzierbar sei<sup>26</sup>. Man kann dagegen einwenden, daß die Gewalt in vielen Formen von Konflikt die *ultima ratio* sei, weil sich ihr Herrschaftspotential schnell abnutzt<sup>27</sup>. Damit ist es aber nicht getan, und die aktuellen Erfahrungen von internationaler Gewalt lassen das Argument, daß es sich um einen Grenzfall handle, an Überzeugungskraft verlieren. Momentan scheint es eher so, als ob sie vielfach der eigentliche Zweck sei. In der Tat hört vor der Gewalt das Sprechen auf, und insofern ist jede Konzeptualisierung, will sie nicht allein vor der Schrecklichkeit kapitulieren, problematisch; das gilt auch und gerade für die herkömmliche Politikgeschichte, die jenseits dieser Dimension keine ernsten Versuch unternommen hat, einen tragfähigen Begriff von Gewalt zu gewinnen. Ein Angebot könnte lauten: Die Gewalt spricht selbst, denn sie zielt, will sie politische Gewalt sein, niemals nur auf das unmittelbare Opfer, sondern entfaltet auch immer ein Aussagepotential, das potentielle Opfer und Täter einbezieht<sup>28</sup>. Gewalt produziert dabei Worte oder Bilder – gibt es eigentlich

---

<sup>26</sup> Saul Friedländer (Hrsg.), *Probing the Limits of Representation: Nazism and the Final Solution*, Cambridge MA 1992.

<sup>27</sup> Vgl. Mergel, *Kulturgeschichte der Politik* (Anm. 12), 602 ff.

<sup>28</sup> Das Monströse der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik könnte man dann damit beschreiben, daß sie eben am Ende nichts wollte außer vernichten, und das unterscheidet sie von der stalinistischen Industrialisierung, die den Tod von Millionen billigend miteinbezog. Aber auch diese Dimension von Gewalt wurde, wie die neuere Täterforschung zeigt, von den Beteiligten erst langsam entwickelt, sie zeigte sich in gewisser Weise auch als die ultima ratio, nachdem andere Konzepte wie Vertreibung oder Mega-Ghettoisierung der Juden in Madagaskar oder Osteuropa sich als

den Begriff der Strukturellen Gewalt noch? –, und es geht auch um Waffen; aber auch Schlachten folgen Ritualen, und Folterung und Erniedrigung von politischen Gegnern erweisen ihre Grausamkeit eben daran, daß sie an Selbstbildern der Ausgelieferten ansetzen und vorgängige Bilder im Kopf bestätigen, wie die stalinistischen Bekenntnisrituale von todgeweihten „Verrätern“, die Erniedrigungsrituale des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs oder aktuell von Folterszenen der amerikanischen Armee im Irak zeigen. Sie alle können ihre Grausamkeit, die von den Betroffenen wie von der Öffentlichkeit gleichermaßen empfunden wird, nur entfalten, weil sie mehr als nur körperlichen Schmerz ausüben. Gerade die derzeitigen Gewaltereignisse, seien es der 11. September, Krieg und Folter, sind voll von verweisenden Zeichen, die sehr viel mehr „tun“ als nur, Menschen zu töten oder quälen<sup>29</sup>. Auch wenn Politik in einem kommunikationstheoretischen Ansatz verstanden wird, kann sie so trotzdem den Akzent von Kampf und Konflikt behalten, der ihr gemeinhin zugeschrieben wird. Insofern würde eine Kulturgeschichte, die sich als Kommunikationsgeschichte versteht, die Möglichkeit in sich bergen, weit über die Beschaulichkeit des habermas'schen Diskursbegriffs hinauszugehen und die Gewalt als einen originären Bestandteil von Politik in sich aufzunehmen<sup>30</sup>. Und dabei kann sie sehr viel weiter kommen als die herkömmliche Politikgeschichte, die nämlich auch keinen konzeptionellen Platz für die Gewalt kennt.

Ein letztes Problem, das gerade in der Forschung über die DDR thematisiert wird: Handelt es sich bei der Kulturgeschichte der Politik letztlich nur um eine Kulturgeschichte der Demokratie? Ist der Zugang, der auf frei flottierende und einander bekämpfende Deutungen angewiesen ist, der die Eigentätigkeit der Subjekte wie auch der Symbole und Diskurse betont, der Momente von Zustimmung und Legitimation in den Blick nimmt, ist ein solcher Zugang nicht existentiell darauf angewiesen, daß die Teilnehmer am Prozeß des Politikwerdens und Politikmachens in gewisser Weise die Verfügung zumindest über ihre eigene Deutungsmacht haben? Daß also die Unterworfenen und Ausgelieferten sprechen – was aber in der Diktatur lebensgefährlich sein kann. Dieser Einwand ist insofern richtig, als er, ernst genommen, genau wie die Frage nach der Gewalt darauf verweist, daß das Analyseinstrumentarium flexibel genug sein muß, um auch Diskurse und Symbole zu erfassen, die nicht ohne weiteres als frei flottierend gelten kön-

---

unrealistisch erwiesen hatten. Vgl. *Ulrich Herbert* (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik*, Frankfurt a.M. 1998.

<sup>29</sup> Vgl. etwa *Philipp Sarasin*, *Bioterror als Phantasma*, Frankfurt a.M. 2004.

<sup>30</sup> Aufschlußreich ist hier die Studie von Sven Reichardt, der die Gewalt der SA und der italienischen squadre in hohem Maß als einen nach innen gerichteten Symbolkatalog bestimmt: Gewalt schafft Gemeinschaft, weil sie soziale Ordnungen herstellt. *Sven Reichardt*, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, Köln 2002.

nen. Grundsätzlich sind auch autoritäre oder als „herrschaftlich“ organisierte Systeme für solche Zugänge offen, wie der Umstand zeigt, daß sie gerade in der Frühen Neuzeit und im Mittelalter interessiert aufgegriffen werden<sup>31</sup>. Hier nur ein paar Beispiele, die aus der Diskussion um die DDR als „Konsensdiktatur“ und/oder als „durchherrschte Gesellschaft“ entnommen sind<sup>32</sup>: Das Motiv der Politischen Pädagogik zeigt sich gerade hier und hat die Form einer Erziehungsdiktatur angenommen, und man könnte durchaus fragen, ob dies eine systemübergreifende deutsche Spezialität war. In der Vergangenheitspolitik haben sich beide Systeme ähnlicher Verfahrensweisen bedient, sei es die Belegung von Ansichten und Handlungen mit semantischen und politischen Tabus („Faschismus“, „Imperialismus“, „Kommunismus“, „Antisemitismus“), sei es die Indienstnahme von historischen Figuren, die national codiert sind, wie Luther, Friedrich der Große oder Bismarck. Bürgeraktivität und Partizipation gab es in beiden politischen Systemen, nur war sie gänzlich anders motiviert und symbolisch codiert. In der DDR nahm die organisierte Aktivität den Charakter einer angeordneten Veranstaltung an, und man müßte deshalb nicht nur nach der symbolischen Ordnung solcher Veranstaltung als Herrschaftssymbolik, sondern auch nach den Ausfall- und Stolperschritten der solchermaßen zum Gleichschritt animierten oder gezwungenen Bürger fragen. In der Bundesrepublik dagegen wurde die partizipatorische Aktivität von Bürgern eher als systemgefährdet wahrgenommen und eingegrenzt. Erst in den letzten Jahren zeigt sich – im „Aufstand der Anständigen“ eine Indienstnahme der Straßenpolitik für die Belange der Herrschaft. Das Phänomen der politischen Konvertiten (oder, aus anderer Perspektive, der Renegaten) zeigt sich in beiden politischen Systemen; es wäre lohnend zu fragen, welche symbolische und diskursive Gestalt diese Figuren erhielten, die ja nicht nur als charakterlos und verräterisch, sondern auch als geistig selbständig dargestellt werden können.

Ein letztes Beispiel: Die Symbolsprache von Wahlkampfplakaten entziffern – ist dies eine so sehr andere Tätigkeit, als im „Neuen Deutschland“ zwischen den Zeilen zu lesen und versteckte Botschaften in Dissidentenliteratur aufzuspüren? Freilich ist die Kommunikation in Diktaturen ungleich stärker zugerichtet und dem Versuch ausgesetzt, die Bedeutungsfülle möglichst zu beschränken. Es ist aber ein Stück Glaubensbekenntnis eines kulturgeschichtlichen Ansatzes, daß sich die Symbole und Diskurse solcher

<sup>31</sup> Vgl. hierzu nur die Beiträge in diesem Band.

<sup>32</sup> Hierfür bin ich den Mitarbeitern im Projektbereich „Herrschaft und Legitimierung“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung zu Dank verpflichtet. Vgl. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. v. Hartmut Zwahr [u. a.], Stuttgart 1994, 547–553, und für den Begriff der Konsensdiktatur: Martin Sabrow, Die Diktatur des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001.

Disziplinierung prinzipiell entziehen und nicht völlig ruhiggestellt werden können. Wenn Worte und Symbole nicht mehr unterschiedliche Bedeutungen annehmen können, dann hört die Kommunikation bald auf, weil sie ja darauf beruht, daß man Dinge verschieden verstehen kann. Doch auch dies wußte die autoritäre Herrschaft der DDR, und sie handelte danach. Die berühmte „Berliner Schnauze“ ist in vieler Hinsicht eine Fiktion, weil viele der „witzigen“ Zweitbenennungen (wie „schwangere Auster“ für die Kongreßhalle oder „Flöte“ für die Philharmonie) im Grunde Erfindungen für Touristen sind. Der Fernsehturm am Alexanderplatz war ein reines Renommierprojekt, das nach dem Mauerbau ein Zeichen im Wettkampf der Systeme sein sollte, und die Berliner Bevölkerung machte sich lustig darüber. Die Bezeichnung „Telespargel“ war jedoch ein von der DDR-Führung inauguriert und verbreiteter Begriff, um Bezeichnungen, die abschätziger (und Ulbricht-feindlicher) waren, zu verdrängen<sup>33</sup>. Auch dies ist ein Beispiel für Symbolpolitik, die sich darüber klar ist, daß Verbieten und Anordnen allein nicht reicht. Es ist darüber hinaus ein Beispiel, das wieder eine Ebene der Ost-West-Vergleichbarkeit einführt, denn was ist dies anders als die Prägung „Erhardts Soziale Marktwirtschaft“, „Freiheit oder Sozialismus“ oder – neuer – die „Neue Mitte“? Auch auf der Ebene der Sprachpolitik ließen sich somit kulturgeschichtliche Zugänge praktizieren, auch und gerade bei autoritären Systemen. Denn hier läßt sich sehr viel genauer eine Strategie von oben identifizieren und die Reichweite von deren Erfolg bestimmen. Die Frage nach der Sprache liefert damit auch eine Antwort auf den Grad, zu dem eine solche Gesellschaft tatsächlich einförmig und durchherrscht ist und wie weit sie Widerständigkeit beherbergt. Diese Frage ist in der Demokratie umgekehrt wieder viel schwieriger zu beantworten.

### **III. Einige zentrale Dimensionen einer Kulturgeschichte der Politik und ihre Anwendung auf die Wahlkampfgeschichte**

Eine Geschichte des Wahlkampfs hat vorderhand mit Problemen wie Gewalt oder Diktatur nicht viel zu tun. Es wird sich aber zeigen, daß selbst hier die Dimensionen zum Tragen kommen; denn Wahlkampf ist nicht zuletzt Kampf, und er war dies mitunter in einem sehr konkreten Sinne, mit Schlägereien, sogar Schießereien, mit Störungen und Zerstörungen. Die Frage nach der Gewalt als Begleiterscheinung der demokratischen Willensbildung war in bestimmten Phasen, besonders in den siebziger Jahren, immer virulent. Sodann stellte sich die Diskussion über die Willensbildung in der Demokratie immer in eine Spannung zu derjenigen in der Diktatur, und der deutsche Wahlkampf bezog ein gut Teil seines Legitimationsdiskurses aus der Behauptung, es gehe in der Bundesrepublik nicht zu wie in der

---

<sup>33</sup> Hinweis von *Christoph Classen*, Potsdam.

DDR oder – als ständige Hintergrundfolie – wie in der nationalsozialistischen Propaganda. In drei Dimensionen läßt sich ein kulturgeschichtlicher Zugang zum Wahlkampf konkretisieren. Das ist erstens der Blick auf symbolisches Handeln, zweitens auf Diskurse und drittens auf Repräsentationen.

### *1. Symbolisches Handeln und symbolische Kommunikation*

Die Ansätze einer Politischen Kulturforschung, die in der Tradition Murray Edelmans symbolisches Handeln als die Vorderseite einer im Hintergrund ablaufenden, manipulativen Politiktätigkeit vermutet, scheinen inzwischen vorbei zu sein<sup>34</sup>. Statt dessen hat sich die aus der Ethnologie und, in ihrem soziologischen Gewand, dem Symbolischen Interaktionismus entnommene Anschauung durchgesetzt, daß Symbole Komplexität reduzieren, weil sie polyvalente Zeichen sind: ein einfacher Ausdruck für einen komplexen Zusammenhang, zu dessen genauer Beschreibung es vieler Worte bedürfe. Symbole vereinfachen insofern die Kommunikation. Das gilt für jede Interaktion; ich beziehe es hier besonders auf den Handlungsbegriff, weil Symbole begrifflich oft zu sehr auf „Dinge“ zugeschnitten sind. Aber auch Worte, Handzeichen, der Weg, den der Parlamentspräsident nimmt, sind symbolisch<sup>35</sup>. Auch Handeln ist selten so eindeutig, daß es nicht anders verstanden werden könnte<sup>36</sup>. Politisches Handeln ist in hohem Maße symbolische Kommunikation, und zwar auch deshalb, weil es möglichst anschlußfähig bleiben möchte.

Der Wahlkampf ist der Ort, an dem in ganz besonderem Maße symbolisch kommuniziert wird, allein schon deshalb, weil er ein Ort der verdichteten und damit auch begrenzten Kommunikation ist<sup>37</sup>. Dies fällt zunächst natürlich an den Wahlkampfmitteln ins Auge: Die Plakate, die Slogans, die Fernsehwerbung sind in Bildersprache, Wortwahl, Farbgebung, Aufstellungsort symbolische Medien, und sie sind es selbst dann, wenn, wie in der Weimarer Republik, sie vor allem Text und wenig Farbkreativität aufweisen. Darüber hinaus sind aber auch alle Gelegenheiten symbolisch, bei denen Kandidaten

<sup>34</sup> Vgl. Murray Edelman, *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt a.M. 1976.

<sup>35</sup> Als ein Beispiel meine Analyse der symbolischen Kommunikation im Reichstag der Weimarer Republik: Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.

<sup>36</sup> Hier müßte man nur an die kulturell verschiedene Bedeutung des Kopfnickens denken, das in Griechenland „nein“ bedeutet. Vgl. die Darstellung des Gestenverständnisses bei Peter Berger / Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie* (1966), Frankfurt a.M. 1980, 31 ff.

<sup>37</sup> Wegweisend hier in Deutschland: Sarcinelli, *Symbolische Politik* (Anm. 3).

auftreten, ihre Kleidung, die kleinen Gesten und die Konstruktion des Wettkampfs. Die Wahrnehmung von Rollen – etwa die der Experten im Wahlstudio, die anfangs vor einer Tafel, dann vor Bildschirmen, inzwischen neben einem Laptop stehen – wird symbolisch verankert, Lautstärke definiert, wer auf welche Seite gehört: Wer schreit, ist entweder Anhänger oder Unterlegener. Auch das Sprechen ist symbolisch, und wenn die SPD in ihren Wahlkampfannoncen von 1972 durchgehend „CSU/CDU“ schrieb, dann war dies ein Hinweis auf ihre Vermutung, der CDU-Kanzlerkandidat Rainer Barzel sei nur eine Marionette von Franz Josef Strauß. Kandidaten treten als Matadore auf, mit charakteristischer Begleitmusik, typischen Accessoires und ergebener Anhängerschaft. Natürlich kennen die Matadoren der jeweiligen Parteien einander. Sie kommunizieren auf mehreren Ebenen miteinander: einerseits arbeiten sie vielleicht im Bundestag in einem Ausschuß gut zusammen; andererseits sind sie Parteigegner und spielen die Auseinandersetzung nicht nur, sondern meinen sie ernst. Weiterhin kann sein, daß sie einander aus dem Wahlkreis kennen, womöglich sogar seit langer Zeit. Und schließlich kämpfen sie ja um weit mehr als um Ideen, nämlich um einen Arbeitsplatz (der selbst natürlich weit mehr ist als eine reine Möglichkeit zum Geldverdienen, sondern ein symbolischer Ort der Macht und der Reputation). Die rituelle Auseinandersetzung zwischen den Parteien hat demzufolge sehr reelle Konfliktdimensionen, die sich symbolisch zeigen. Eigentlich kämpfen ja nicht sie gegeneinander, sondern sie kämpfen stellvertretend für ihre Anhänger. Der Zweikampf verläuft zwischen den Parteien, und die Kandidaten stehen dafür – es wäre interessant, die Symbolik des Zweikampfes in der amerikanischen oder britischen Wahlkampfkultur zu verfolgen, wo es sich ja um tatsächliche Zweikämpfe handelt.

Doch nicht nur die Kandidaten oder Wahlkampfmacher handeln symbolisch, auch die Anhänger und Gegner tun es. Sie treten bei Wahlversammlungen auf, werben an Ständen für den Kandidaten, die Partei und deren Politik; sie schreiben Leserbriefe oder veranstalten Plakate des Gegners. Wahlkämpfe sind der Ort, an dem die Anhänger als Akteure der Politik ins Bild treten, und augenscheinlich ist dies besonders dann der Fall gewesen, wenn die politische Landschaft in hohem Maße durch Konflikte bestimmt waren. Die 1970er Jahre, die durch ein kulturkampfartiges politisches Klima gekennzeichnet waren, kannten auch besonders aktive Anhänger; ähnliches gilt für die 1950er Jahre, als besonders die jeweiligen Jugendorganisationen sich auch als Rollkommandos verstanden. Doch die Erregung ergriff auch ganz normale Bürger. Wenn im Wahlkampf 1972 ein FDP-Kandidat von einem abgeneigten Wähler mit Faustschlägen traktiert wurde, mit den Worten „Dir wird ich's zeigen, Du Russe“, dann mochte der aufgebrachte Bürger sich in Hinsicht auf die nationale Zugehörigkeit täuschen. Aber er zeigte in Wort und Tat eine sehr entschiedene Gegnerschaft an, und er zeigte an, daß es um etwas sehr Wichtiges ging: Diese Wahlveranstaltung in der

Provinz machte Weltpolitik. Das Zerstören oder Verunstalten von Wahlplakaten hatte oft gar keinen „realen“ Effekt; denn die Parteien wollten den Anschein nicht aufkommen lassen, sie unterstützten ein solches Vorgehen und erneuerten oft die zerstörten Plakate des Gegners auf eigene Kosten. Aber solche Aktionen, die häufig von kaum organisierten Privatleuten unternommen wurden, zerstörten rituell den Gegner, indem sie ihm eine andere Identität beilegten (ihm etwa einen Schnurrbart malten) oder ihn nicht mehr erkennbar werden ließen. Parolenplakate werden kaum zerstört, sondern es trifft die Konterfeis.

## *2. Diskurse*

Bedeutungszuweisungen, die uns als objektiv erscheinen und insofern Wirklichkeit definieren, geschehen in Form von Diskursen, sprachlichen Kommunikationsmustern, die Schlüssigkeit in sich selbst aufweisen und festlegen, daß man nicht „irgendwie“ sprechen kann, wenn man verstanden werden will. Diskurse erscheinen überpersönlich, aber trotzdem werden sie gemacht, nicht immer von bestimmten Personen oder Institutionen, aber durchaus auch das. Diskurse stellen insofern die habitualisierten, anscheinend alternativlos gewordenen Modi dar, eine Wirklichkeit zu bezeichnen. Sie sind generell umkämpft, aber es gibt lange Phasen oder große Segmente der Gesellschaft, in der Diskurse solche Hegemonie gewonnen haben, daß man nur noch auf diese Weise sprechen kann, möchte man verstanden oder nicht gestraft werden. Aber es gibt Spannbreiten der Abweichung, und damit können Veränderungen im Sprechen und damit auch in der Wirklichkeitswahrnehmung durchgesetzt werden.

Die politische Sprache, wie sie im Wahlkampf erscheint, hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich gewandelt, allerdings keineswegs linear: In den fünfziger Jahren und wieder in den siebziger Jahren dominierte eine Sprache des Kriegs und des Kampfs. In den sechziger Jahren und wieder seit den achziger Jahren sind deutlich zivilere Sprachen zu hören: gemeinschaftsorientierte Sprachen, die manchmal an „Spiel ohne Grenzen“ erinnert, oder die Sprache des Sports, die von edlem Wettstreit spricht, von Foul oder von Punkten, die ein Kandidat gemacht hat. Es läßt sich zeigen, daß diese Sprachen auch eine Reaktion auf Publikumserwartungen waren, das eine kriegerische Sprache in Zeiten relativer Gemeinsamkeit nicht gut ertrug und sie dann als unpassend, gar als unpolitisch empfand. In Leserbriefen mahnten die Bürger eine gewisse Sprache an, und Kandidaten, die solchermaßen „unpassend“ sprachen, wurden bei den Wahlen abgestraft. Umgekehrt konnte aber ein kämpferischer Politiker wie Franz Josef Strauß eine entschlossene Anhängerschaft genau durch solche sprachlichen Polarisierungsstrategien hinter sich sammeln. Es war diese Polarisierung, die

Strauß zu einer Attraktion machte, seine Versammlungen auch von Gegnern besucht werden ließ und seine Reden zu Medienereignissen.

Strauß ist ein hervorragendes Beispiel für eine politische Kommunikation, die das Kampffeld solcher Diskurse betritt, Begriffe besetzt, andere „unsagbar“ macht, dem Gegner bestimmte Bezeichnungen und damit Weltbilder anheftet. Darin besteht ein großer Teil des Politikmachens. 1953 entdeckte die CDU, daß der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft von vielen Wählern für einen SPD-Begriff gehalten wurde – wegen des Sozialen<sup>38</sup>. Fortan ging sie nicht nur daran, ausschließlich von „Erhards Sozialer Marktwirtschaft“ zu sprechen, eine Benennung, die den Wirtschaftsminister überhaupt erst zum Vater der Sozialen Marktwirtschaft machte; sie hörte auch auf, „Sozial“ von „Sozialistisch“ zu unterscheiden, weil diese Unterscheidung offenbar nicht haften blieb, sondern differenzierte nun „Sozial“ von „Marxistisch“. Diesen Begriff kannten die Wähler, denn auch schon die Nationalsozialisten hatten damit eine Einigkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten suggeriert. Diese Politik der Begriffe wurde seit den sechziger Jahren zusehends professionalisiert. Es war Kurt Biedenkopf, der als Generalsekretär der CDU 1973 eine „Semantikgruppe“ ins Leben rief, die strategisch daran ging, bestimmte Zentralbegriffe für die CDU zu erkämpfen<sup>39</sup>. Sie konzentrierte sich auf den Begriff „Freiheit“, den sie so eng an das Bild von CDU knüpfen wollte, daß die SPD damit nicht mehr konnotierbar sei. Das gelang nur halb, weil die SPD dagegenhielt; schließlich war „Freiheit“ auch ein Zentralbegriff in Willy Brandts politischem Denken. Die im Wahlkampf von 1976 (und in Bayern 1980) verwendete und höchst umstrittene Parole „Freiheit oder Sozialismus“ vertiefte die Gräben zwischen den Lagern, machte der CDU aber deutlich, daß damit strategisch keine absolute Mehrheit zu bekommen sei. Die Diskussionen um diese Parole führten in eine wahlpolitische Sackgasse, aber paradoxalement auch wieder aus ihr heraus, denn die FDP wollte nicht mit dem Sozialismus identifiziert werden und öffnete sich seit 1980 sukzessive der CDU.

Es gibt aber auch Diskurse, die nicht umkämpft sind, sondern sich so tief eingegraben haben, daß sie nur schwer als solche erkannt werden können. Im internationalen oder im diachronen Vergleich kann eine solche Prägung schon eher deutlich werden. Dazu gehört etwa die deutsche, seit dem 19. Jahrhundert geltende und auch heute noch nicht überholte Grundauffassung, daß Wahlkampf keine Werbung sei, sondern der Information und der politischen Aufklärung diene. Für sich selbst Reklame zu machen – das erschien den bürgerlichen Politikern des 19. Jahrhunderts als eine Zumutung. Ihre Lösung des Dilemmas bestand darin, daß sie aus dem Wahlkampf ein

<sup>38</sup> Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001, 154.

<sup>39</sup> G. Mahler, Politik und Sprache, in: Sonde 8 (1975), 34–38.

Instrument der politischen Bildung machten. Deshalb hatte der Wahlkampf in Deutschland keine ausgeprägte Bildtradition; erst recht, seit die Nationalsozialisten eine bilder- und sinnenfällige Propaganda machten, war das Werben mit imaginativer Eindrücklichkeit und dramatischer Inszenierung verpönt, weil es als Manipulation galt. Stattdessen war der deutsche Wahlkampf vom 19. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre ausgesprochen text- und wortlastig, und er gab vor, Argumente in den Mittelpunkt zu stellen. Mit einer Semantik der Sachlichkeit wurde der Wahlkampf eingehetzt, und damit konnten Politiker sich und ihre Ziele als nüchtern, gemäßigt und anti-populistisch präsentieren. Es war dies durchaus auch eine Strategie der Inszenierung, eine zumal, die auf Wählererwartungen reagierte. Denn in Umfragen bekamen regelmäßig diejenigen Politiker die besten Noten, die sich wenig aufgereggt und mit Äußerungen präsentierten, die als „sachlich“ durchgehen konnten, etwa indem sie Zahlen nannten, korrekt zitierten oder dem Gegner durchaus konzedierten, daß dieser recht haben könne – damit haben Walther Scheel und Hans-Dietrich Genscher ihre Beliebtheit errungen, die weit über das Wählerpotential ihrer Partei hinausreichte. Die deutsche Wahlkampfpolitik hat so lange Zeit einen gewissermaßen pädagogischen Grundton behalten.

Mit dieser Prägung des Wahlkampfs als einer sachlichen und informativen Veranstaltung hängt auch zusammen, daß im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Parteien umsonst Reklame plazieren können, denn: bei der Wahlkampfwerbung handelt sich nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts um politische Information, und die Sender kommen ihrer Informationspflicht nach, indem sie die Spots zu einer guten Sendezeit platzieren. Eine solche Grundanschauung wird man etwa in den Vereinigten Staaten umsonst suchen. Dort gibt es eine Tradition des Spektakels; die Politik hat dort Unterhaltungsformate angenommen, nicht erst, seit sie mit Sport und Hollywood konkurrierten mußte. In den Städtchen des Mittleren Westens war es im 19. Jahrhundert eine willkommene Abwechslung des Alltags, wenn der Wahlkampf durchkam. Zusammen mit der Korruption, die am Ende des 19. Jahrhunderts offen diskutiert wurde, hatten Wahlkampf und Wahlen eher das Aussehen eines allgemeinen Volksfestes, das von den Bewerbern bezahlt wurde<sup>40</sup>.

Wahlkampf als politische Pädagogik erheischt auch ein bestimmtes Verhalten von den Politikern, denn sie müssen als Vorbild wirken. Deshalb hängt es eng mit diesem Diskurs zusammen, daß es in Deutschland immer eine hohe Aufmerksamkeit für die Fairness im Wahlkampf gab. Nur in Deutschland und Österreich kam es zu Wahlkampfabkommen zwischen den Parteien, die die Ausgaben und das Wohlverhalten regelten. Die Fairness

<sup>40</sup> Vgl. Marion G. Müller, *Wahlkampf à l'américain. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*, in: Dörner / Vogt, *Wahl-Kämpfe* (Anm. 3), 187 – 210.

schien nicht nur dem pädagogischen Grundton des Wahlkampfs zu entsprechen, sondern diente auch als Ausweis für Demokratie – denn Hitler, der allgegenwärtige Bezugspunkt der deutschen Wahlkampfethik, war nicht fair gewesen. Damit ist nicht gesagt, daß die deutschen Wahlkämpfe besonders fair gewesen wären, wohl aber, daß jeder Wahlkämpfer sich an diesem Ethos messen lassen und für den Fall des Falles eine Erklärung zur Hand haben mußte – oder aber der Gegenseite ihre zerstörten Plakate bezahlen mußte.

Daran sieht man, daß solche Diskurse nichts weniger sind als einfache „Debatten“. Denn sie führen nicht nur zu bestimmtem Handeln, sondern verweisen auch auf eine spezifische Formung der Wirklichkeit. Wenn solche Diskurse keine Wirkung mehr entfalten und andere Diskurse an ihre Stelle treten, dann ändern sich meist auch die politischen Rahmenbedingungen. Daß in Deutschland seit den achtziger Jahren ein Abnehmen dieses Diskurses der politischen Pädagogik zu beobachten ist, steht in engem, nicht nur zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung des privaten Fernsehens. Damit sah sich die Politik einer Unterhaltungskonkurrenz ausgesetzt, die vorher nicht gegeben war. Jetzt konnte man der Politik entfliehen, anders als vorher, als die Elefantenrunden häufig von beiden öffentlich-rechtlichen Sendern übertragen wurden und so die Bürger zur Politik zwangen. Es ist aber nicht ohne weiteres der kausale Zusammenhang nachzuweisen, daß es die „Struktur“ des Fernsehens war, die den Diskurs wandelte, denn dessen Umschlag ist seinerseits mit einer Diskurskonkurrenz in Zusammenhang zu setzen. Seit 1968, besonders mit den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre hatte sich eine Politikkritik entfaltet, die den Parteien und ihren Politikern die Kompetenz absprach, das Volk zu erziehen, und das mit Erfolg; in Umfragen rangierte der Beruf des Politikers ganz unten. Damit wurde einem Wahlkampf, der politische Pädagogik sein wollte, der Boden entzogen. Aus dieser doppelten Bewegung läßt sich erklären, daß der Wahlkampf seither einerseits eindeutig an Unterhaltungsformat gewonnen hat, daß aber gleichzeitig die Haltung der Wahlkämpfer sich verändert hat: Sie treten nun an und werben um Vertrauen. Damit ist ein neuer Schlüsselbegriff in die politische Kultur der Bundesrepublik eingeführt, der das Verhältnis der Politiker zum Wähler verändert hat, weil damit die Belehrung von oben herab nicht mehr möglich ist. Dieser Wandel hat einen neuen Politikertypus hervorgebracht. Während die Politiker bis in die achtziger Jahre – man wird noch Helmut Schmidt dazu zählen dürfen – dadurch wählbar waren, daß sie ganz anders als ihre Wähler waren, charismatisch, autoritär und brillant auftraten und damit eben den Staat über der Gesellschaft repräsentierten, traten nun, mit Helmut Kohl als erstem, Politiker vor das Volk, die sich durch die Ähnlichkeit mit den Repräsentierten auszeichneten. Sie wurden nun wählbar, weil sie so waren wie alle, und demgemäß haben sich die Repräsentationsstrategien dahingehend verändert, daß Politiker

Alltäglichkeit und mitunter auch Mittelmäßigkeit und Proletarität demonstrierten. Hier zeichnete sich ein Diskurs ab, der von Essayisten als ein Niveauverlust der Politik kritisiert wird, der aber auch ein Stück gewachsenes demokratisches Selbstbewußtsein der Deutschen anzeigen kann, indem die Politik weniger als Herrschaft und mehr als Dienstleistung begriffen wird. Wie auch immer: Seit die Kandidaten sich durch Ähnlichkeit auszeichneten, war es mit der Politischen Pädagogik vorbei.

### 3. Repräsentationen

Mit Repräsentationen sind hier die Bilder gemeint, die die Politik, die Beteiligten, die involvierten Werte darstellen. Vom Herrscherbild auf der Münze bis hin zu Bauwerken ist auch das keine Angelegenheit der Moderne. Was aber mit der Mediengesellschaft Einzug gehalten hat, sind die vielfachen Brechungen, die sich daraus ergeben, daß die Medien sowohl Ort als auch „Macher“ von Repräsentationen sind; sie bilden sie nicht mehr nur ab, sondern sie verdoppeln sie auch. Wir wissen ja eigentlich, daß wir im Fernsehen nur Bilder von der Person sehen, aber trotzdem behandeln wir es, als ob es die Person selber wäre. Dieser Distanzverlust, dem die simultane Kommunikation von Abwesenden unterliegt, führt zu einem Problem mit der Realitätskontrolle. Von Niklas Luhmann stammt die Beobachtung, daß die Mediengesellschaft sich in dem Dilemma befindet, daß man nicht wisse, ob in den Medien die Wahrheit mitgeteilt werde, daß man dies aber nur selber wieder über die Medien herausfinde<sup>41</sup>. Insofern stehen mediale Repräsentationen der Politik grundsätzlich unter Inszenierungsverdacht, und zwar nicht notwendigerweise, weil die Politiker – oder die Medien – lügen würden, sondern weil das in der Logik der medialen Beobachtung liegt<sup>42</sup>. Ein Auftritt im Fernsehen ist ohne Schminke nicht gut möglich, und Farben wirken anders.

Während aber im amerikanischen Wahlkampf die kommunikativen Möglichkeiten, die die neuen Medien boten (Film, Radio, Fernsehen), entschlossen genutzt wurden<sup>43</sup>, war man in Deutschland damit vorsichtig. Das war auf das pädagogische Paradigma zurückzuführen, denn eingedenk der propagandistischen Ausnutzung des Radios durch Goebbels unterlagen die

---

<sup>41</sup> Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, 2. Aufl., Opladen 1996.

<sup>42</sup> In diesem Zusammenhang hat man von einer „Glaubwürdigkeitslücke“ des Fernsehens gesprochen. Siegfried Weischenberg, *Die Glaubwürdigkeitslücke des Fernsehjournalismus. Anmerkungen zum Zusammenhang zwischen der Politikmündigkeit der Bevölkerung und der aktuellen politischen Berichterstattung*, in: *Media Perspektiven* 11 (1987), 711–717.

<sup>43</sup> Eine optimistische Diskussion des amerikanischen Umgangs damit bietet Andreas Dörner, *Politische Kultur und Medienunterhaltung. Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt*, Konstanz 2000

elektronischen Medien generell dem Verdacht der Manipulation. Dagegen setzten Politik wie Medien einen Gestus der Authentizität, der gut zur Semantik der Sachlichkeit paßte. Politiker und Politik sollten in den Medien so erscheinen, wie sie waren, und dies hatte Auswirkungen, die jedem Zuschauer von heute eine Elefantenrunde aus den siebziger Jahren zum Genuß machten. Nachdem noch bis 1969 die Kandidaten es abgelehnt hatten, Live-Interviews zu geben, weil sie es noch nicht gelernt hatten, im Wissen um die simultane Übertragung frei zu sprechen, kehrte in den siebziger Jahren geradezu ein Kellerbar-Stil ein. Charakteristisch ist für die Elefantenrunden, daß auf Inszenierungsmomente aller Art verzichtet wurde, ja, anfangs gab es noch nicht einmal einen Moderator. Die Vorsitzenden der Parteien rauchten, tranken Whisky, hatten Aktenberge mitgebracht und warfen sich Zahlen an den Kopf. Wie wenig dieses Diskussionen als Inszenierung verstanden wurden, wie sehr sie als Diskussionen gewissermaßen ernst genommen wurden, erhellt aus der Antwort Rainer Barzels 1972 auf die Frage, wie er sich auf die Runde vorbereiten werde. Eine Vorbereitung sei nicht nötig, lautete die Antwort des Herausforderers, denn er habe im Wahlkampf schon jedes Argument gehört und benutzt, etwas Neues werde nicht kommen. Es konnte bei diesen Fernsehdiskussionen durchaus heftig zugehen. 1980 stand die Runde der Generalsekretäre vor dem Abbruch, weil Heiner Geißler sich im Ton vergriff und der Regierung eine „Rentenlüge“ vorhielt. Man kann auch diese Art als Inszenierung verstehen, aber sie produzierte eine spezifische Repräsentation der Politik: indem die Kandidaten sich derart stritten, zeigten sie an, daß es ihnen wichtig war und sie mit ganzer Person hinter der Sache standen.

Ein anderes Beispiel für den Gestus der Authentizität sind die Wahlwerbespots, die – da ja Information – ein Bild von Politik transportierten, das sich am klarsten dann äußerte, wenn ein Strauß oder Adenauer hinter ihrem Schreibtisch saß und – mit Stichwortgeber oder ohne – dem Volk die Welt erklärten, dabei Tatsachen und Daten nannte und in jeder Weise objektiv wirkte. Vater- oder Lehrerbilder verkündeten hier Wahrheit, ungeschnitten, versteht sich. Selbst wenn, wie in den fünfziger Jahren, moderne Stilmittel wie der Zeichentrick benutzt wurden, standen sie doch im Dienst einer sich sachlich gebenden Politikrepräsentation, die, wenn auch in Gedicht- oder Dialogform, Argument an Argument reihte und lieber über Sachen als über Personen sprach. Der erste, der sein Privatleben strategisch einsetzte, um mit Verweis auf seine Familie Verlässlichkeit und Verantwortungsbewußtsein zu demonstrieren, war Willy Brandt 1961<sup>44</sup>; doch noch 1980 stand Franz Josef Strauß in der Kritik, weil seine Familie sich am Wahlkampf beteiligte. So sehr der Verweis auf die Familie einem bestimmten Bild des Poli-

<sup>44</sup> Vgl. hierzu *Daniela Münkel*, Politiker-Image und Wahlkampf. Das Beispiel Willy Brandt: Vom deutschen Kennedy zum deutschen Helden, in: Weisbrod, Politik der Öffentlichkeit (Anm. 5), 55 – 76.

tikers entgegenkam, so sehr entsprach die Trennung von Privat und Politisch den Erwartungen an eine redliche Politik.

An diesen Repräsentationen von Politik sieht man, daß die Amerikanisierungsthese, die in der politischen Kommunikation lange Zeit fast unwidergesprochen galt, nicht ohne weiteres akzeptiert werden kann. Es kann auch nicht ins Feld geführt werden, daß Deutschland hier nur verspätet eingetroffen ist, denn noch in den späten achtziger Jahren lassen sich Versatzstücke dieses Stils finden. Vielmehr zeigen sich hier Momente eines nationalen Codes dessen, was man unter „guter Politik“ versteht. Die Politiker kamen Wählererwartungen entgegen, wenn sie so auftraten. Seit den späten fünfziger Jahren wurden Versuche unternommen wurden, den Wahlkampf in Richtung auf das amerikanische Vorbild zu modernisieren, erst von der SPD, dann von der CDU. Damit änderte sich das Bild wohl mit der Zeit, besonders seit den späten achtziger Jahren. Aber auch die Modernisierer mußten darauf achten, das Bild, das die Wähler von Politik hatten, nicht allzusehr anzukratzen. Auch heute noch muß, wer für Politik ideenreich werben möchte, darauf achten, sich nicht selbst zum Narren zu machen. Das letzte Opfer dieser Wählererwartung war Guido Westerwelle im Bundestagswahlkampf 2002.

## Autorenverzeichnis

Prof. Dr. *Frank Becker*, Historisches Seminar der Universität Münster, Domplatz 20–22,  
48143 Münster

Dr. *Reinhard Blänkner*, Vergleichende Europäische Geschichte der Neuzeit, Europa-Universität  
Viadrina, Postfach 1786, 15207 Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. *Ute Daniel*, Historisches Seminar der Technischen Universität Braunschweig,  
Schleinitzstraße 13, 38106 Braunschweig

PD Dr. *Birgit Emich*, Historisches Seminar der Universität Freiburg, Werthmannplatz KG IV,  
79085 Freiburg

Dr. *Antje Flüchter*, Historisches Seminar der Universität Münster, Domplatz 20–22,  
48143 Münster

Prof. Dr. *Gerhard Göhler*, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestraße 22, 14195  
Berlin

PD Dr. *Thomas Großbölting*, Historisches Seminar der Universität Münster, Domplatz 20–22,  
48143 Münster

Dr. *Achim Landwehr*, Historisches Seminar der Heinrich-Heine-Universität, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf

PD Dr. *Thomas Mergel*, Fakultät für Geschichtswissenschaften, Ruhr-Universität Bochum,  
Universitätsstraße 150, 44801 Bochum

Prof. Dr. *Rudolf Schlägl*, Fachgruppe Geschichte, Universität Konstanz, Postfach 5560/D5,  
78434 Konstanz

Prof. Dr. *Kevin Sharpe*, School of English and Drama, Queen Mary, University of London,  
Mile End Rd., London E1 4NS, U.K.

Prof. Dr. *Barbara Stollberg-Rilinger*, Historisches Seminar der Universität Münster, Domplatz  
20–22, 48143 Münster

Prof. Dr. *Andreas Suter*, Historisches Seminar der Universität Bielefeld, Postfach 100131,  
33501 Bielefeld

Prof. Dr. *Silvia Serena Tschopp*, Lehrstuhl für Europäische Kulturgeschichte, Universität  
Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg

Prof. Dr. *Rainer Walz*, Fakultät für Geschichtswissenschaften, Ruhr-Universität Bochum,  
Universitätsstraße 150, 44780 Bochum